WP-0-82 Präambel: Alles für den Aufbruch

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 82 bis 83 einfügen:
Unser Land befindet sich im vielleicht wichtigsten Jahrzehnt seiner Geschichte. Lassen Sie uns den Weg der Veränderung gemeinsam gehen. Dazu laden wir Sie ein.

Einheitliches und inklusives gendern im gesamten Dokument, an allen Stellen an denen gegendert wird. Entweder durch geschlechtsneutrale Bezeichnungen (zB "Studierende") oder, wo das nicht möglich bzw. sinnvoll ist, durch mit Asterisk gegenderte Varianten (zB "Politiker*innen"). Die Beidnennung, also das Aufzählen der männlichen und weiblichen Form bezieht z.B. nichtbinäre Menschen nicht mit ein und reicht deshalb zu keinem Zeitpunkt aus.

Begründung

Für eine bessere Verständlichkeit des ganzen Wahlprogrammes und bestmögliche Inklusion aller angesprochenen, bedarf es unter anderem einer einheitlichen Form.

WP-0-30 Präambel: Alles für den Aufbruch

Antragsteller*in:	LAG Europa, Frieden, Internationales (EFI)
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 30 bis 32 einfügen:
Industrieland in Europa - nicht obwohl, sondern gerade, weil wir klimaneutral wirtschaften. Von NRW kann und muss der Nachhaltigkeitsschub ausgehen, um die ökologische Wende in Europa voranzutreiben. Die Technologien und das Wissen dafür sind in Industrie, Handwerk, Startups und Hochschulen längst vorhanden. Mehr noch: Viele Unternehmen sind

Von Zeile 34 bis 35 einfügen:
es die politische Entschlossenheit, den Rahmen zu setzen, damit in Nordrhein-Westfalen die Arbeitsplätze der Zukunft entstehen. In Zeiten erstarkener Nationalismen sind wir uns als Region im Herzen Europas unserer europäischen und globalen Verantwortung für Solidarität und Kooperation bewusst. Es ist die Aufgabe Nordrhein-Westfalens, zur Verwirklichung und Entwicklung eines geeinten Europas beizutragen. Das Wissen um diese Verantwortung soll Leitschnur für unser Handeln in allen Politikbereichen sein.

Begründung

Europa soll sich als Querschnittsthema durch das gesamte Wahlprogramm ziehen (Mainstreaming), um zu zeigen, dass wir die europäische Ebene bei unseren Vorhaben immer mitbedenken. Um nicht im gesamten Programm Änderungen mit entsprechenden Verweisen vornehmen zu müssen, sollte sich dieser Leitgedanke in der Präambel wiederfinden.

WP-1-166-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Achim Stump (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 166 bis 168:
Braunkohleabbaus bis 2030. Wir stellen hierbei Menschen und Klimaschutz ins Zentrum, damit alle Dörfer bleiben. Mit einem ~~Abrissmoratorium~~sofortigen und endgültigen Abrissstopp werden wir eine weitere sinnlose Zerstörung von Infrastruktur und Heimat verhindern. Auch die in

Begründung

Der Entwurf-Satz "Mit einem Abrissmoratorium werden wir eine weitere sinnlose Zerstörung von Infrastruktur und Heimat verhindern." ist offensichtlicher Unsinn.

Definition von Moratorium ist: zeitlicher Aufschub. Ein zeitlicher Aufschub verhindert nichts, sondern verlängert lediglich die Zeit der Ungewissheit. Aber wir brauchen endlich möglichst schnell die endgültige Gewissheit, dass die Dörfer, Höfe und Bäume bleiben (inklusive Lützerath), und die Kohle darunter. Wir brauchen mehr als ein Moratorium, nämlich ein verbindliches Gesetz, das weitere Zerstörung endgültig und nicht nur vorläufig verhindert, und dauerhaft dafür sorgt, dass die Strukturen erhalten bleiben.

Unterstützer*innen

Anne Roth (KV Köln); Moritz Rüger (KV Köln); Philipp Staudt (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Dominik Bickschäfer (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Florian Lemmes (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Patrick Kloß (KV Köln); Denise Schilling (KV Köln); Lennart Girrbach (KV Köln); Alexander Allwicher (KV Köln); Christopher Schmidt (KV Köln); Joss Pepe Strache (KV Köln); Luise Zühl (KV Köln); Sandra Schmitz (KV Köln); Wolfgang Kleinjans (KV Köln); Max Beckhaus (KV Köln); Christian Althoff (KV Köln)

WP-1-480 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Lukas Benner (KV Aachen)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 480 bis 487:
Schienenstrecken zu den unterschiedlichen Seehäfen endlich unter hohen Lärmschutzstandards umzusetzen. ~~Eine Mautbefreiung für kombinierte Verkehre rund 50 km um Häfen und Güterbahnhöfe kostet nicht viel, ermöglicht aber, dass sich Multimodalität im Güterverkehr rechnet. In enger Abstimmung mit Umweltverbänden, Kommunen und der Wirtschaft werden wir einen neuen Landeswasserstraßenplan zur Ertüchtigung unserer Schifffahrtswege und Binnenhäfen erarbeiten. Dabei ist es unser Ziel, auch in der Schifffahrt fossiles Schweröl durch alternative Kraftstoffe und Antriebe zu ersetzen.~~Damit sich Multimodalität im Güterverkehr rechnet, befreien wir kombinierte Verkehre rund 50km um Häfen und Güterbahnhöfe von der Maut und setzen uns für vereinfachte und konsequente Genehmigungsverfahren für den Großraum- und Schwerlasttransport auf Wasserstraßen ein. In enger Abstimmung mit Umweltverbänden, Kommunen und der Wirtschaft werden wir einen neuen Landeswasserstraßenplan zur Ertüchtigung unserer Schifffahrtswege und Binnenhäfen erarbeiten. Unser Ziel ist eine zukunftsfähige und klimaneutrale Schifffahrt. Neben Investitionen in Forschung und Entwicklung klimaneutraler Antriebe, bedarf es auch die Anregung einer klimatauglichen, angemessenen Besteuerung von Schiffsdiesel auf Bundesebene. Im Wissen um die zunehmend spürbaren Folgen des Klimawandels investieren wir in Förderprogramme (z.B. für Niedrigwasserschiffe), die den Schiffsgüterverkehr in NRW fit für die Zukunft machen.

Begründung

Die Mautbefreiung allein reicht nicht aus, um den Umstieg vom Land- auf den Wasserstraßenverkehr wirtschaftlich rentabel zu machen. Zu komplizierte Genehmigungsverfahren im Wassergüterverkehr machen den Umstieg für viele Unternehmen unattraktiv. Außerdem werden vorhandene Genehmigungsverfahren zu Gunsten des Straßengüterverkehrs nicht konsequent umgesetzt.

Nur ein geringer Anteil des Binnenschiffsverkehrs wird mit fossilem Schweröl angetrieben. Allein zu fordern, dass dieser Kraftstoff durch alternative Antriebsformen ersetzt werden soll, wird uns den Klimaschutzzielen für 2030 kaum näherbringen. Im Gegensatz zur PKW-Kraftstoff-Steuer entfallen auf gewerblich genutzten Schiffsdiesel bislang keine Abgaben (§ 27 I EnergieStG) weshalb sich der Umstieg auf erneuerbare Kraftstoffe bislang nicht wirtschaftlich rentiert. Mit einer Besteuerung von Schiffsdiesel schaffen wir einen stärkeren Anreiz für die Umrüstung oder den Neukauf klimafreundlicherer Schiffe. Der klimaneutrale Umbau der Binnenschifffahrt wird teuer und eine große Herausforderung, mit der wir die Betroffenen nicht alleine lassen dürfen. Daher braucht es öffentliche Förderprogramme, die zusätzliche Anreize und Möglichkeiten für Investitionen und Umbaumaßnahmen schaffen.

Unterstützer*innen

Benjamin Dick (KV Aachen); Michael Röls (KV Dortmund); Tim Achtermeyer (KV Bonn); Christa Heners (KV Aachen); Bettina Hilgers (KV Aachen); Nora Schulte (KV Aachen); Philipp Noack (KV Aachen); Carla Wüller (KV Aachen); Anja Fitter (KV Aachen); Astrid Vogelheim (KV Aachen); Stefan Krischer (KV Aachen)

WP-1-110 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Ortsverband Jülich
Beschlussdatum: 12.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 110 bis 112 einfügen:
Windenergie und Photovoltaik auf den Weg bringen. Als Teil dessen werden wir Mindestabstände zu Wohnbebauungen für neue Windenergieanlagen abschaffen und jährliche Mindest-Ausbaupfade für Windkraft und Solar festlegen. Denn von einer sicheren

Begründung

Die Mindestabstände zu Wohn- und Nicht-Wohngebäuden müssen abgeschafft werden. Mindestabstände zu schützenswerter Natur (z.B. Naturschutzgebieten, Vogelschutzgebieten, FFH-Gebieten) dürfen jedoch nicht abgeschafft, sondern müssen an die regionalen Begebenheiten angepasst werden. Zum Beispiel sind die Empfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten aus dem Jahr 2015 dabei zu beachten und bei Bedarf neu zu bewerten.

WP-1-113 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	Ortsverband Jülich
Beschlussdatum:	12.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 113 bis 115 einfügen:
Energieversorgung auf Basis Erneuerbarer Energien hängt nicht nur erfolgreicher Klimaschutz ab, sondern auch die Zukunft unseres Industriestandortes. Stromspeicher sowie die Sektorenkopplung bilden eine notwendige Ergänzung zu Windkraft und Solar. Daher unterstützen wir den kombinierten Ausbau dieser Technologien besonders. Die Ausbauhemmnisse auf Landesebene werden wir beispielsweise durch Änderungen in

Begründung

Stromspeicher und die Sektorenkopplung, insbesondere Power-to-Heat, sind notwendige Komplementärtechnologien zum Ausbau der regenerativen Energien im Stromsektor. Sie reduzieren den Bedarf zum Ausbau der Stromnetze und helfen dabei, Strom lokal zu speichern und bei Bedarf wieder abzugeben bzw. ihn in eine andere, leichter speicher- und transportierbare Energieform, umzuwandeln. Dies entlastet die Stromnetze und sorgt für eine Reduzierung der Netzkosten und somit des gesamten Strompreises. Außerdem können so weitere Energiesektoren einfacher dekarbonisiert werden.

WP-1-173 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Ortsverband Jülich
Beschlussdatum: 12.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 173 bis 175 einfügen:
Versorgungssicherheit angewiesen. Deswegen gehört zum Kohleausstieg untrennbar der Ausbau der Erneuerbaren Energien, ganz besonders in NRW. Stillgelegte Kohlekraftwerke sollen ertüchtigt und in Speicherkraftwerke umgewandelt werden. Daneben werden wir uns auch für eine Beschleunigung des Netzausbaus einsetzen, damit der Windstrom

Begründung

Wir müssen das enorme Potential der stillgelegten Kohlekraftwerke nutzen. Sie können als Speicherkraftwerke weiter betrieben werden. Dabei wird der Braunkohlekessel rückgebaut und mit einem Hochtemperaturspeicher (z.B. Salz oder Keramik) inklusive Heizelemente ersetzt. Der Dampfkreislauf sowie der Generator können erhalten bleiben. Überschüssiger EE-Strom kann dann in Wärme umgewandelt und bei Bedarf über einen Kraftwerksdampfprozess rückverstromt werden. Das reduziert zum einen den Netzausbau und zum anderen dienen die am Netz befindlichen Generatoren als Phasenschieber und Netzstabilisatoren. Eine erste Realisierung soll in Kürze im Rheinischen Revier gestartet werden. RWE muss allerdings dazu verpflichtet werden, die stillgelegten Kraftwerksblöcke einer neuen Nutzung zuzuführen. Hinzu kommt, dass vorhandene Leitungskapazitäten zu und von den Kraftwerksstandorten weiterhin genutzt werden können.

WP-1-242 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Ortsverband Jülich
Beschlussdatum: 12.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 242 bis 243 einfügen:
ersetzt werden können. Denn diese Standorte sind etabliert und in der Regel breit akzeptiert. Dabei ist darauf zu achten, dass nicht funktionierende Anlagen abgeschaltet, sondern primär veraltete und kaputte Anlagen ersetzt werden.

Begründung

Im Zuge der Ressourcenschonung ist Repowering nur sinnvoll, wenn die Anlage ihre Lebensdauer überschritten hat und mögliche Reparaturen nicht mehr finanzierbar sind. Bestehende Windkraftanlagen müssen bis an ihr technisch-ökonomisches Lebensende betrieben werden. Es dürfen nicht funktionierende Anlagen ersetzt werden, die anschließend gar nicht oder nur teilweise recycelt werden können.

WP-1-371 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Ortsverband Jülich
Beschlussdatum: 12.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 371 bis 373 einfügen:
Schiene und Stationen. Städte und Kreise verpflichten und unterstützen wir, selbst verkehrsträgerübergreifend in moderne Verkehrswege zu investieren. Wir unterstützen Kommunen dabei, Shared Spaces einzurichten. Die drei Zweckverbände NWL, NVR und VRR stehen für einen Großteil der anstehenden

Begründung

Shared Spaces bezeichnet öffentlichen Straßenraum, in dem alle Verkehrsteilnehmenden vollständig gleichberechtigt sind. So wird zum Beispiel auf Verkehrszeichen, Lichtsignalanlagen und Fahrbahnmarkierungen verzichtet. Im Gegensatz zu verkehrsberuhigten Bereichen können Shared Spaces auf allen innerörtlichen Verkehrswegen eingerichtet werden. Shared Spaces sind für alle Kommunen, vom Dorf bis zur Großstadt geeignet. Sie bieten die Möglichkeit, dass Platz für alle Verkehrsteilnehmenden gleichberechtigt genutzt werden kann und Barrieren abgebaut werden können.

WP-1-558 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (KV Bielefeld)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 558 bis 559 einfügen:
gezielte Projekte aufwerten und den Wasserhaushalt dieser Lebensräume deutlich verbessern. Wildnisentwicklungsgebiete ermöglichen den ungestörten Ablauf der Naturvorgänge in ihrer natürlichen Dynamik und sind damit ein bedeutender Beitrag zum Erhalt der Biologischen Vielfalt. Das vorhandene Netz in NRW wollen wir sichern und weiter ausbauen. Als einen ersten Beitrag wollen wir den Hambacher Wald mit den benachbarten Bürgewäldern in Landeseigentum bzw. in die Trägerschaft der zu gründenden „NRW-Stiftung Naturerbe“ überführen und als Wildnisentwicklungsgebiet ausweisen.

Begründung

Der Ausbau der noch von Johannes Remmel neu ausgewiesenen Wildnisentwicklungsgebiete ist in der schwarz-gelben Regierungszeit nicht voran gekommen. Besonders die dabei aus der forstlichen Nutzung genommenen Wälder haben eine große Bedeutung für den Erhalt unseres Naturerbes. Mit diesem von den Grünen geschaffenen Instrument besteht jetzt auch die Chance, den geretteten Hambacher Wald mit den dazu gehörenden Bürgewäldern dauerhaft unter Schutz zu stellen. Dazu muss der Wald in Landeseigentum überführt werden. Die von uns neu geschaffene "NRW-Stiftung Naturerbe" wäre der ideale Träger.

Unterstützer*innen

Heinrich Büscher (KV Bielefeld); Till Engelhardt (KV Bielefeld); Gerda Werth (KV Paderborn); Norika Creuzmann (KV Paderborn); Helga Lange (KV Gütersloh); Lisa Waimann (KV Bielefeld); Karen Meyer (KV Bielefeld); Andreas Zimmermann (KV Bielefeld); Romy Mamerow (KV Bielefeld); Klaus Feurich (KV Bielefeld); Sarah Laukötter (KV Bielefeld); Christina Osei (KV Bielefeld); Arne Petring (KV Bielefeld); Jonas Runge (KV Bielefeld); André Flöttmann (KV Bielefeld); Phyllis Marina Bollgönn (KV Bielefeld); Gaby Grosser-Tatoglu (KV Bielefeld)

WP-1-673 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (KV Bielefeld)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 673 bis 680:
und als solche unsere stärksten Verbündeten im Kampf gegen die Klimakrise. Gleichzeitig sind sie selbst im Klima-Dauerstress. Auf großen Flächen sterben allerdings aktuell besonders aufgeforstete, standortfremde Nadelholz-Monokulturen ab. Solche Fehler dürfen nicht wiederholt werden. Aus diesem Grund ~~machen~~fördern wir ~~den Waldumbau hin zu naturnahen, arten-~~eine Waldentwicklung, die ökologisch intakte, artenreiche und ~~strukturreichen Wäldern~~klimastabile Wälder zum Ziel hat. Wälder, die neben der ~~nordrhein-westfälischen Waldwirtschaft~~Holzproduktion allen bedeutenden Waldfunktionen wie Klimaschutz, Wasserschutz, Erhalt der Biodiversität und Erholungsnutzung gleichermaßen dienen. ~~Hier~~Dabei werden ~~klima-tolerante~~besonders die Potenziale der Naturverjüngung genutzt, und ~~heimische~~die Voraussetzungen dafür verbessert. Bei Pflanzungen stehen standortheimische und zugleich klimatolerante Baumarten ~~zum neuen Normal~~im Vordergrund. Das gilt für Wald in öffentlicher Hand genauso wie für den privaten Waldbesitz. Damit es gelingt, werden wir die Förderprogramme für den privaten Waldbesitz konsequent auf diese Grundsätze ausrichten. Wer seinen Wald nach ökologischen Kriterien im Sinne der Gemeinwohlfunktionen naturnah entwickelt, kann sich dabei auf geeignete Förder- und Beratungsinstrumente stützen. Dafür bauen wir auch die Angebote des Vertragsnaturschutzes im Bereich des Privatwaldes aus.~~[Leerzeichen]~~

Begründung

Das Ziel eines zugleich ökologisch intakten wie klimastabilen Zukunftswaldes erreichen wir nur durch eine ökologische Waldwende bzw. konsequente Ausrichtung auf ökologische Waldwirtschaft, nicht durch irgendeinen „Waldumbau“ mit bestimmten Baumarten. Mein Änderungsantrag orientiert sich deshalb an dem aktuellen Papier von Oliver Krischer und Robert Habeck (https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/biologische_vielfalt/PDF/2108_AP-Zukunft-Wald.pdf) und den Beschlüssen zur Ökologischen Waldwende der Bundestagsfraktion (https://www.gruene-bundestag.de/files/beschluesse/beschluss-wald-klima.pdf). In NRW mit seinem hohen Privatwaldanteil wird es dabei besonders auf eine steuernde Förderpolitik nach dem Prinzip „Öffentliche Geld für öffentliche Leistungen“ ankommen. Dass die aktuelle Landesregierung noch Wiederaufforstungen von Monokulturen und die radikale Räumung von Kalamitätsflächen fördert, muss ein Ende haben (so wie es auch unser Parteirat am 28.2.2021 beschlossen hat). „Wir wollen gesetzliche Mindeststandards festlegen, damit die Waldbewirtschaftung naturnah wird, den Umbau und die Wieder- und Neubewaldung nach ökologischen Bewirtschaftungsvorgaben ausrichten und die Waldbesitzer*innen dabei mit qualifizierter Förderung und Beratung unterstützen.“, sagt dazu z.B. die Bundestagsfraktion. In diesem Sinne bitte ich um Unterstützung des Antrags.

Unterstützer*innen

Till Engelhardt (KV Bielefeld); Gerda Werth (KV Paderborn); Norika Creuzmann (KV Paderborn); Helga Lange (KV Gütersloh); Lisa Waimann (KV Bielefeld); Karen Meyer (KV Bielefeld); Andreas Zimmermann (KV Bielefeld); Romy Mamerow (KV Bielefeld); Arne Petring (KV Bielefeld); Klaus Feurich (KV Bielefeld); Christina Osei (KV Bielefeld); Sarah Laukötter (KV Bielefeld); Jonas Runge (KV Bielefeld); Markus Kremmelbein (KV Bielefeld); Phyllis Marina Bollgönn (KV Bielefeld)

WP-1-684 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (KV Bielefeld)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 684 bis 687:
~~Der Waldumbau gelingt nur mit den Waldeigentümer*innen zusammen. Wir werden geeignete Förder- und Beratungsinstrumente schaffen, die den Waldumbau zu einer naturgemäßen Waldwirtschaft vorantreiben.~~Eine naturnahe, klimastabile Waldentwicklung gelingt nur mit den Waldeigentümer*innen zusammen. Forstbetriebsgemeinschaften und forstliche Zusammenschlüsse wie Waldgenossenschaften sind sehr gut geeignet, um

Begründung

Siehe Begründung des Änderungsantrags für den ersten Absatz. Stabile Waldäökosystem lassen sich nicht "bauen", sie müssen sich entwickeln. Die Föderung und Beratung muss darauf ausgerichtet werden (die Hinweise dazu wurden in den ersten Absatz übernommen und präzisiert)

Unterstützer*innen

Heinrich Büscher (KV Bielefeld); Gerda Werth (KV Paderborn); Norika Creuzmann (KV Paderborn); Helga Lange (KV Gütersloh); Karen Meyer (KV Bielefeld); Andreas Zimmermann (KV Bielefeld); Romy Mamerow (KV Bielefeld); Klaus Feurich (KV Bielefeld); Christina Osei (KV Bielefeld); Arne Petring (KV Bielefeld); Jonas Runge (KV Bielefeld); Phyllis Marina Bollgönn (KV Bielefeld)

WP-1-695 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (KV Bielefeld)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 694 bis 703:
Naturverjüngung – also der sich selbst erneuernde Wald – ist zentral für eine naturnahe Wiederbewaldung von Kahlflächen. Ein naturverjüngter Wald ist ein wichtiger Lebensraum für bedrohte Arten.

~~Naturverjüngung – also der sich selbst erneuernde Wald – ist zentral für eine naturnahe Wiederbewaldung von Kahlflächen. Ein naturverjüngter Wald ist ein wichtiger Lebensraum für bedrohte Arten. Doch in vielen Teilen Nordrhein-Westfalens verhindern deutlich überhöhte Wildbestände genau diesen wichtigen Prozess. Um den Waldumbau hin zu klimastabilen Mischwäldern gestalten zu können, ist eine konsequente Reduzierung der Wildbestände auf ein verträgliches Maß erforderlich. Öffentliche Gelder zur Herstellung einer naturnahen Waldnutzung sollten daher zukünftig nur dann erteilt werden, wenn gleichzeitig das notwendige ökologische Wildmanagement erfolgt.~~

Naturverjüngung – also der sich selbst erneuernde Wald – ist zentral für eine naturnahe Wiederbewaldung von Kahlflächen. Ein naturverjüngter Wald ist ein wichtiger Lebensraum für bedrohte Arten. Besonders auf großen Kahlflächen sind aber oft aufwändige Schutzmaßnahmen gegen Wildverbiss notwendig. Hohe Bestände von Rehen und Hirschen hängen von den konkreten Lebensraumkapazitäten ab. Ein Dauerabschuss von Arten ist bei diesen guten Habitatbedingungen keine Problemlösung und auch mit dem Tierschutz unvereinbar. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Paarhuferbestände besonders durch kombinierte land- und forstwirtschaftliche Maßnahmen begrenzt werden. Werden Kahlhiebe vermieden, wird auf flächige Räumungen verzichtet und auf Baumvielfalt gesetzt, hat auch die Naturverjüngung bessere Chancen.

Begründung

Das Ziel „Wald vor Wild“ verkennt, dass alle Wildtiere Bestandteil der Waldlebensgemeinschaft sind. Der Versuch einer „konsequente Reduzierung der Wildbestände auf ein verträgliches Maß“ wird seit vielen Jahrzehnten immer wieder gefordert, konnte noch nirgendwo erreicht werden. Letztendlich ist der Versuch gescheitert. Gescheitert an der Jagdlobby, die überhaupt nicht bereit ist, da mitzumachen. Gescheitert aber besonders an den Naturgesetzen, nach denen eben nicht Jäger den Wildtierbestand regeln können, sondern das Nahrungsangebot und der Lebensraum darüber entscheiden. Die Probleme werden besonders durch naturferne Bewirtschaftung verschärft. Aktuell sind es besonders die großen frei geräumten ehemaligen Fichtenflächen, wo Rehe jetzt als Offenlandbewohner ideale Äsungsflächen finden. Egal wie viele Rehe da mehr geschossen werden, die neu gepflanzten Bäume müssen in jedem Fall vor Verbiss geschützt werden. Abschussforderungen lösen die Probleme nicht, Grüne sollten das nicht unterstützen bzw. schon gar nicht fordern.

Unterstützer*innen

Heinrich Büscher (KV Bielefeld); Till Engelhardt (KV Bielefeld); Gerda Werth (KV Paderborn); Andreas Zimmermann (KV Bielefeld); Klaus Feurich (KV Bielefeld); Christina Osei (KV Bielefeld); Arne Petring (KV Bielefeld); Jonas Runge (KV Bielefeld); Sarah Laukötter (KV Bielefeld); Ariane Yvonne Bohlen (KV Bielefeld)

WP-1-520 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (KV Bielefeld)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 520 bis 521 einfügen:
wollen sie besser ausstatten und vernetzen, sowohl untereinander als auch mit dem Zentrum für Biodiversitätsmonitoring in Bonn. Zugleich wollen wir die Naturschutzverbände als wichtige zivilgesellschaftliche Gruppe stärken und sie als Handelnde im Naturschutz deutlich besser unterstützen, z.B. über eine praxistaugliche und mit einem gutem Mittelansatz ausgestattete "Förderrichtlinie Naturschutz"..

Begründung

Die Fokussierung auf die ohne Zweifel bedeutenden Biostationen greift zu kurz. Wir haben ja ein Defizit an Akteuren, insbesondere, wenn es um die Umsetzung bzw. den Abruf von Drittmitteln geht. Deshalb sollte hier auch die Arbeit der Naturschutzverbände erwähnt werden, die gerade in der praktischen Arbeit vor Ort eine wichtige Rolle spielen.

Unterstützer*innen

Till Engelhardt (KV Bielefeld); Gerda Werth (KV Paderborn); Karen Meyer (KV Bielefeld); Andreas Zimmermann (KV Bielefeld); Romy Mamerow (KV Bielefeld); Klaus Feurich (KV Bielefeld); Jonas Runge (KV Bielefeld); André Flöttmann (KV Bielefeld); Phyllis Marina Bollgönn (KV Bielefeld); Christina Osei (KV Bielefeld); Stephanie Kraege (KV Bielefeld)

WP-1-944 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 944 bis 946 einfügen:
Umweltprobleme, angefangen beim Artensterben, über Dürre- und Hochwasserereignisse bis hin zur Erderwärmung. Deshalb gilt es, Flächen besonders effizient zu nutzen, indem wir kleinere Wohneinheiten planen, stärker in die Höhe als Breite bauen und gemeinschaftliche Wohnformen fördern. Wir machen endlich Ernst im Kampf gegen den Flächenfraß – mit einem klaren Rechtsrahmen und intelligenten

Von Zeile 951 bis 953 einfügen:
Zertifikaten sorgen wir dafür, dass unsere Kommunen und Kreise Entwicklungsspielräume behalten. Gleichzeitig setzen wir mit einer u.a. vom Flächeneffizienzquotienten abhängigen Versiegelungsabgabe Anreize, Flächen der Natur zurückzugeben. Um für den

Begründung

Bei der Frage des Flächenfraßes wird vor allem über die angestrebten gesetzlichen Instrumente gesprochen. Damit der Text weniger abstrakt rüberkommt und auch Anknüpfungspunkte für die Wähler*innen bietet, schlage ich einen kurzen Einschub vor, der die konkreten Möglichkeiten zur effektiven Flächennutzung aufzeigt.

Konkretisierend sollte auch die genannte Versiegelungsabgabe von der Bebauungsdichte abhängig sein. Im Fachdeutsch wird hier vom Flächeneffizienzquotienten gesprochen: Nutzungsfläche (NF) dividiert durch Bruttogrundfläche (BGF), also Grundstücksfläche / Bruttogeschossfläche.

Bei einer möglichen (modifizierten) Übernahme ist ggf. zu überlegen, hier einen zwar fachlich weniger gebräuchlichen, aber allgemein verständlichen Begriff zu nutzen.

Unterstützer*innen

Achim Stump (KV Köln); René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Andreas Franco (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Petra Schmidt-Niersmann (KV Wesel); Anne Roth (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Nils Behler (KV Dortmund); Sabine Jutta Müller (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Christiane Schmidt (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Jörg Thiele (KV Krefeld)

WP-1-676 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Dominik Bickschäfer (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 676 bis 678:
nordrhein-westfälischen Waldwirtschaft. Hier werden klima-tolerante und ~~heimische Baumarten~~standortgerechte Laub- und Nadelbaumarten zum neuen Normal. Das gilt für Wald in öffentlicher Hand genauso wie für den privaten Waldbesitz. Damit es gelingt, bauen wir die

Begründung

Die klimatischen Veränderungen der vergangenen Jahre haben dem Wald zugesetzt. Dürren, Stürme und andere Wetterextreme fügen den Wäldern erhebliche Schäden zu. Daneben haben eingeführte Schadorganismen dazu geführt, dass heimische Baumarten, wie die Esche oder die Ulme kaum noch im Wald anzutreffen sind. Der Wald muss daher aktiv an die sich ändernden klimatischen Bedingungen angepasst werden. Die Einengung des Baumartenspektrums auf heimische Arten reduziert jedoch die Möglichkeiten den Wald klimastabil zu machen. Im Zentrum sollte in Zukunft daher die Frage stehen, ob eine Baumart auf dem jeweiligen Standort erfolgreich wachsen kann und weniger die Frage ihrer Herkunft. Dabei soll auch Nadelholz in relevantem Umfang vorhanden sein, um die Funktionen des Waldes als Rohstofflieferant dauerhaft erfüllen zu können.

Unterstützer*innen

Roman Schulte (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Anne Roth (KV Köln); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Patrick Kloß (KV Köln); Ute Ackermann (KV Köln); Alexander Allwicher (KV Köln); Christopher Schmidt (KV Köln); Joss Pepe Strache (KV Köln); Luise Zühl (KV Köln); Max Beckhaus (KV Köln)

WP-1-700 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Dominik Bickschäfer (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 700 bis 703:
ist eine konsequente Reduzierung der Wildbestände auf ein verträgliches Maß erforderlich. ~~Öffentliche Gelder zur Herstellung einer naturnahen Waldnutzung sollten daher zukünftig nur dann erteilt werden, wenn gleichzeitig das notwendige ökologische Wildmanagement erfolgt.~~Insbesondere Privatwaldbesitzer*innen kleiner Waldflächen sollen dabei unterstützt werden mehr Einfluss auf die Bejagung zu nehmen. Dies kann zum Beispiel über eine Verkürzung der Laufzeit von Pachtverträgen ermöglicht werden.

Begründung

Ob in ausreichendem Maße ein angemessenes ökologisches Wildmanagement erfolgt, lässt sich im Vorfeld z.B. einer Wiederaufforstungsmaßnahme nur schwer feststellen. Es müssten zeitaufwendige und teils teure Gutachten angefertigt werden. Daneben würde sich hieraus nur eine weitere Nachweispflicht für Antragsteller*innen von Fördergeldern ergeben und daher zusätzliche bürokratische Hürden entstehen. Daneben besteht heute auch schon die Verpflichtung Fördermittel zurückzuzahlen, wenn Wiederaufforstungen durch zu hohe Wilddichten (Verbiss) geschädigt werden. Insbesondere Besitzer*innen kleinerer Waldflächen haben aufgrund der Zwangsmitgliedschaft in Jagdgenossenschaften kaum Möglichkeiten Einfluss auf das Wildmanagement zu nehmen. Hier sollten weitere Möglichkeiten geschaffen werden, um auch im Kleinprivatwald angemessene Wildbestände zu realisieren.

Unterstützer*innen

Roman Schulte (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Anne Roth (KV Köln); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln); Florian Lemmes (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Patrick Kloß (KV Köln); Christopher Schmidt (KV Köln); Joss Pepe Strache (KV Köln); Max Beckhaus (KV Köln)

WP-1-704 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Dominik Bickschäfer (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 704 bis 706 einfügen:
Holz ist ein wertvoller, klimaneutraler Baustoff, der nachwächst und CO_2 über viele Jahrzehnte lang binden kann. Nur nachhaltige Holznutzung zur Versorgung der heimische Holzindustrie leistet einen Beitrag zum Klimaschutz. Deshalb wollen wir in Zukunft stärker auf den Baustoff Holz aus unseren heimischen Wäldern setzen. Öffentliche Gebäude sollen

Begründung

In der Debatte über die Klimaschutzfunktion des Waldes wird allzu oft allein auf seine Senkenfunktion abgehoben. Die wichtige Bedeutung, die eine nachhaltige Holznutzung zur Speicherung von CO2 in Holzprodukten und die Substitution fossiler Rohstoffe hat gerät dabei häufig aus dem Fokus. Hier sollte ein klares Statement gesetzt werden, um die Bedeutung der nachhaltigen Holznutzung und die Versorgung der heimischen Holz- und Holzwerkstoffindustrie hervorzuheben. Nur wenn Holz mit geringen Transportentfernung vom Wald zum Ort der Verarbeitung und schließlich zum Verwendungsort transportiert werden kann macht eine Steigerung der Holzverwendung, z.B. im Bau wirklich Sinn.

Unterstützer*innen

Roman Schulte (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Anne Roth (KV Köln); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Florian Lemmes (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Patrick Kloß (KV Köln); Lennart Girrbach (KV Köln); Ute Ackermann (KV Köln); Christopher Schmidt (KV Köln); Joss Pepe Strache (KV Köln); Luise Zühl (KV Köln); Max Beckhaus (KV Köln)

WP-1-175 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Christian Althoff (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 175 bis 176 einfügen:
uns auch für eine Beschleunigung des Netzausbaus einsetzen, damit der Windstrom aus dem Norden auch zu uns kommt[Leerzeichen]und es ausreichende Übertragungsmöglichkeiten nach Belgien und den Niederlanden gibt. Zugleich muss die Einspeisung dezentrale Stromerzeuger möglich sein. Wir wollen Maßnahmen zum Lastmanagement, wie flexible Strompreise (auch bei Steuern und Umlagen), Anreize für Unternehmen, vorhandene Lastmanagementpotentiale zu nutzen, einen netzdienlichen Betrieb von Ladesäulen für E-Autos, eine netzdienliche Steuerung von Haushaltsgeräten, etc. umsetzen. Um die schwankenden Erneuerbaren Energien besser in das Stromnetz integrieren zu können, wollen wir den Energiemarkt so umgestalten, dass alle notwendigen Speichertechnologien im erforderlichen Umfang wirtschaftlich betrieben werden können. Dafür müssen u.a. Doppelbelastungen mit Abgaben und Umlagen für Energiespeicher abgeschafft werden. Stromspeicher und Reservekraftwerke müssen Teil der Netzinfrastruktur werden und entsprechend geplant werden. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass die Anbindung und Nutzung von Speicherkapazitäten in Skandinavien vertraglich geregelt wird. Außerdem wollen wir uns für eine gesetzliche Regelung einsetzen, dass zehn Prozent der Batteriekapazität von E-Autos über intelligente Ladeinfrastruktur als Speicher zur Netzstabilisierung genutzt werden kann.

Ein wichtiger Langzeitspeicher ist die Umwandlung von Strom in Gas. Hierfür wollen wir die Notwendigen Maßnahmen zur Schaffung der Infrastruktur schaffen. Für den Fall der kalten Dunkelflaute und sonstiger Versorgungsengpässe wollen wir, dass Reservekraftwerke mit ausreichenden Kapazitäten vorgehalten werden.

Begründung

Dieser Zusatz ist Bestandteil der Studie "Wie kann Nordrhein-Westfalen aufden 1,5-Grad-Pfad kommen?", Seite 123 ff. Wir benötigen in NRW zusätzlich zu dem Ausbau der Erneuerbaren Energien auch Maßnahmen zum Lastmanagement, den Ausbau der Stromnetze, den Ausbau von Stromspeichern und gesicherte Reservekapazitäten. Dies sollte sich im Landtagswahlprogramm wiederfinden.
Der Änderungsantrag wird vom Kölner AK Klima und Umwelt unterstützt.

Unterstützer*innen

Martin Reiher (KV Köln); Michael Schütte (KV Köln); Lisa Seufert (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Anne Roth (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Marina Tebeck (KV Köln); Max Beckhaus (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Marcus Baban (KV Köln); Chris Cranz (KV Köln); Moritz Mittelstaedt (KV Köln); Felix Fischer (KV Köln); Jana Dreston (KV Düsseldorf); Achim Stump (KV Köln); Robert Kuhn (KV Köln); Britta Berschik (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln)

WP-1-191-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Christian Althoff (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 191 bis 193:
Solarenergie zünden. Mit Solarenergie kommt die Energiewende in die Dörfer und Städte. Wir wollen, dass Solaranlagen ~~zum Standard~~ auf unseren Dächern, Fassaden, Parkplätzen und anderen geeigneten Flächen zum Standard und bei Neubau und Sanierung von Dächern gesetzlich verpflichtend geregelt[Leerzeichen]werden. Dafür brauchen wir faire Rahmenbedingungen auf Bundesebene und deutlich weniger

Begründung

Aus der Studie "Wie kann Nordrhein-Westfalen auf den 1,5-Grad-Pfad kommen?", Seite 112 blauer Kasten, erster Absatz: "Der Bau von Photovoltaik-Anlagen auf Dächer, Fassaden, Parkplätzen und anderen geeigneten Flächen wird zum Standard gemacht und gesetzlich geregelt. Priorität sollen Neubauten sowie Gewerbedächer und -flächen haben."
Eine Solarpflicht auf Dächern bei Neubau und Sanierung sollte, wie in Hamburg und Baden Württemberg, Pflicht werden.

Der Änderungsantrag wird vom Kölner AK Klima und Umwelt unterstützt.

Unterstützer*innen

Denise Abé (KV Köln); Christopher Schmidt (KV Köln); Anne Roth (KV Köln); Robert Vogelsang (KV Köln); Joss Pepe Strache (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Patrick Kloß (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln); Markus Budelski (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Marina Tebeck (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln)

WP-1-201 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Christian Althoff (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 201 bis 202 einfügen:
unterstützend wirken, denn nicht jede*r möchte oder kann selbst in eine Anlage investieren. Wir wollen in NRW pro Jahr im Durchschnitt mindestens 3,4 GW Photovoltaik auf Dächern zubauen.

Begründung

Aus der Studie "Wie kann Nordrhein-Westfalen auf den 1,5-Grad-Pfad kommen?", Seite 113 blauer Kasten unten. Die Nennung von konkreten Ausbauzahlen ist wichtig.

Der Änderungsantrag wird vom Kölner AK Klima und Umwelt unterstützt.

Unterstützer*innen

Christopher Schmidt (KV Köln); Robert Vogelsang (KV Köln); Joss Pepe Strache (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln); Markus Budelski (KV Köln); Marina Tebeck (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln)

WP-1-217 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Christian Althoff (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 217 bis 218 einfügen:
Menschen und die Standort-Kommunen im Umfeld der Projekte frühzeitig einbeziehen und fair beteiligen. Wir wollen in NRW pro Jahr im Durchschnitt mindestens 1,9 GW auf Freiflächen zubauen.

Begründung

Aus der Studie "Wie kann Nordrhein-Westfalen auf den 1,5-Grad-Pfad kommen?", Seite 113 blauer Kasten unten. Die Nennung von konkreten Zubauzahlen ist wichtig.

Der Änderungsantrag wird vom Kölner AK Klima und Umwelt unterstützt.

Unterstützer*innen

Christopher Schmidt (KV Köln); Anne Roth (KV Köln); Robert Vogelsang (KV Köln); Joss Pepe Strache (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Patrick Kloß (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln); Marina Tebeck (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln)

WP-1-222 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Christian Althoff (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 222 bis 224:
der Photovoltaik das Fundament für Energiewende und Klimaschutz. Wir werden die Grundlagen dafür legen, dass jedes Jahr durchschnittlich mindestens ~~200 neue Anlagen~~740 MW Anlagenzubau und 320 MW Neubau im Zuge von Repowering gebaut werden können. Damit das gelingt, müssen etwa zwei Prozent der Landesfläche für

Begründung

Die Zubauzahlen stammen aus der Studie "Wie kann Nordrhein-Westfalen auf den 1,5-Grad-Pfad kommen?", Seite 109 blauer Kasten unten. Die Nennung von konkreten Zubauzahlen in MW ist wichtig. Die Nennung nur von Anlagen reicht nicht aus, um den notwendigen Zubau sicher darzustellen.

Der Änderungsantrag wird vom Kölner AK Klima und Umwelt unterstützt.

Unterstützer*innen

Christopher Schmidt (KV Köln); Robert Vogelsang (KV Köln); Joss Pepe Strache (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Patrick Kloß (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln); Markus Budelski (KV Köln); Marina Tebeck (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln)

WP-1-314 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Christian Althoff (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 314 bis 316:
Dazu unterstützen wir die Betreiber dabei, auf Gülle und andere Reststoffe umzustellen. ~~So können wieder mehr~~ Die bisher für den Anbau von Energiepflanzen genutzten landwirtschaftliche Flächen können, in partnerschaftlicher Abstimmung mit den Landwirten, für die Aufforstung von Wald, die Vernässung ehemaliger Moore, den Anbau biogener Rohstoffe für das Baugewerbe und die Industrie, sowie für die Produktion von gesunden und regionalen Nahrungsmitteln genutzt werden.

Während Anfang des Jahrtausends noch große Hoffnungen in den Anbau von Energiepflanzen gesetzt wurden, hat sich mittlerweile herausgestellt, dass dieser ineffizient ist. Wenn die gleiche Fläche anstelle des Maisanbaus für Solarthermie-Anlagen oder Photovoltaik verwendet wird, kann je nach Technik 5 bis 60-mal mehr Energie produziert werden.

Der Anbau von Energiepflanzen wollen wir bis 2035 einstellen. Den Import von Bio-Brennstoffen aus Energiepflanzenanbau wollen wir ebenfalls einstellen; dies betrifft auch den Import von Brennholz und Pellets ab 2035. Die Nutzung von Holz in alten Kohlekraftwerken wollen wir nicht mehr erlauben. In KWK-Anlagen können biogene Reststoffe, einschließlich Restholz und Holzproduktionsabfälle eingesetzt und gefördert werden. Die Förderung darf nicht für Pellets gelten, die nicht nachweislich aus Restholz bestehen. Im Rahmen einer zertifizierten Kaskadennutzung von Holz kann am Ende das Altholz und auch Holz mit Schadstoffen in Kraftwerken genutzt werden, wenn diese Anlagen dafür entsprechend immissionsschutzrechtlich zugelassen sind. Reststoffe aus der Landwirtschaft (vor allem Gülle und Stroh) sollten vollständig genutzt werden. Dies hat zwei positive Effekte: Erstens können die Biogasanlagen auch ohne Energiepflanzenanbau genutzt werden. Zweitens werden die Treibhausgas-Emissionen reduziert, die sonst durch Gülle anfallen. Biogas-Anlagen wollen wir so umbauen, dass sie seltener laufen, aber in kürzerer Zeit große Mengen Strom produzieren. Dies hilft dabei das Stromsystem zu stabilisieren. Dafür wollen wir größere Speicher für Biogas-Anlagen bauen und die Stromerzeugungseinheiten modernisieren. Fördermodelle wollen wir entsprechend umgestalten, sodass sie eine Flexibilisierung der Anlagen und eine ausschließliche Nutzung von Reststoffen ab 2035 nahelegen. Wir wollen die technische Optimierung der Gärprozesse durch Zusatz von Wasserstoff fördern. Um die Potenziale aus Bioabfällen besser zu nutzen, wollen wir einen landesweiten Anschlusszwang an die Biotonne bewirken – sowohl im Landesabfallgesetz als auch im Landeswassergesetz soll festgelegt werden, dass die energetischen Potenziale des Abfalls und des Klärschlamms sowie der Wärme- und Bewegungsenergie zu genutzt werden.

Begründung

Der in diesem Änderungsantrag enthaltene Inhalt ist Bestandteil der Studie "Wie kann Nordrhein-Westfalen auf den 1,5-Grad-Pfad kommen?", Seite 113 ff. Bei der Vorstellung der Studie wurde der Verzicht auf den Anbau von Energiepflanzen und die Umnutzung der dafür genutzten Flächen als wichtiger Baustein für die Schaffung von CO2-Senken genannt. Dazu müssen in der kommenden Legislatur die Weichen gestellt werden.

Der Änderungsantrag wird vom Kölner AK Klima und Umwelt unterstützt.

Unterstützer*innen

Christopher Schmidt (KV Köln); Robert Vogelsang (KV Köln); Joss Pepe Strache (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Marina Tebeck (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Michael Schütte (KV Köln); Lisa Seufert (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln)

WP-1-165 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Marina Tebeck (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 165 bis 167 einfügen:
voran und setzen mit einer neuen Leitentscheidung den Rahmen für ein Ende des Braunkohleabbaus und dessen Verstromung bis 2030. Wir stellen hierbei Menschen und Klimaschutz ins Zentrum, damit alle Dörfer bleiben. Mit einem Abrissmoratorium werden wir eine

Begründung

Zur Vervollständigung: Ein (Braun-)Kohleausstieg bedeutet nicht nur, dass der Abbau von Braunkohle beendet wird, sondern ebenso, dass wir mit diesem Energieträger keinen Strom mehr herstellen werden.

Unterstützer*innen

Christopher Schmidt (KV Köln); Robert Vogelsang (KV Köln); Joss Pepe Strache (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Patrick Kloß (KV Köln); Christian Althoff (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Markus Budelski (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln)

WP-1-463 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Lilo Schmitz (KV Rhein-Erft-Kreis)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 463 bis 466:
Vorreitern bei der Beimischung von klimaneutralen Treibstoffen machen. Um die Menschen besser vor Lärm zu schützen, ~~werden wir Nachtflüge reduzieren und die Ausweitung sowie die Einhaltung von Nachtflugverboten fortlaufend überprüfen.~~ sollen die gesundheitsschädlichen Nachtflugerlaubnisse über das Jahr 2030 hinaus nicht verlängert werden. Alte, laute Maschinen, die die Menschen aus dem Schlaf reißen, sollen nachts nicht mehr fliegen dürfen. Hier müssen bestehende Regelungen konsequent umgesetzt werden. Passiver Schallschutz ist keine Lösung, denn Menschen brauchen Ruhe UND frische Luft in ihrer Schlafumgebung.

Unterstützer*innen

Bela Kassan (KV Rhein-Erft-Kreis); Martin Bender (KV Rhein-Erft-Kreis); Christine Hölzmann (KV Rhein-Erft-Kreis); Christian Schirmer (KV Rhein-Erft-Kreis); Cornelia Richter (KV Rhein-Erft-Kreis); Christine Albert (KV Rhein-Erft-Kreis); Michael Rosemeyer (KV Rhein-Erft-Kreis); Louise Hasenhauer (KV Rhein-Erft-Kreis); Annette Blank (KV Rhein-Erft-Kreis); Antje Grothus (KV Rhein-Erft-Kreis)

WP-1-102 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: KV Olpe
Beschlussdatum: 19.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 102 bis 104:
Nur mit Strom aus erneuerbaren Quellen bekommen wir die Klimakrise in den Griff. Deswegen stellen wir den Ausbau von Windenergie und ~~Solaranlagen~~PV-anlagen sowie der Speichertechnologie ins Zentrum. Der Großteil der Treibhausgasemissionen stammt aus der Verbrennung von Kohle, Öl

Begründung

Speicher sind zentral für die EE. Wenigstens an einer Stelle im Programm sollte das Wort erwähnt sein

WP-1-249 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: KV Olpe
Beschlussdatum: 19.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 249 bis 251 einfügen:
günstiger Energie. Bürger*innen-Projekte bei Wind- und Solarparks unterstützen wir bei der Projektentwicklung mit einem neuen Bürgerenergiefonds. Am Gemeinwohl orientierte Energiegenossenschaften unterstützen wir bei der Planung und Durchführung von Einspar-, Speicher- und Produktionstechnologien.

Begründung

Energiegenossenschaften sind ein wichtiges Element gesellschaftlicher Partizipation. Nur mit am Gemeinwohl und nicht am Gewinn orientierten Initiativen schaffen wir den Ausbau in der Fläche

WP-1-780 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: KV Olpe
Beschlussdatum: 19.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 780 bis 781 einfügen:
und überwachen sie systematisch. Beim Gesundheitsschutz darf es keine Lücken geben.Den Masterplan Umwelt und Gesundheit greifen wir wieder auf und machen Umweltgerechtigkeit zu einem Querschnittsthema.

Begründung

Einführung des Themas Umweltgerechtigkeit in das Programm

WP-1-543 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Christopher Schmidt (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 543 bis 545 einfügen:
von Pestiziden und Mineraldünger in Schutzgebieten sowie durch eine bessere Förderung für eine vielfältige Landschaftsstruktur. Um angrenzende Bauern und Bäuerinnen zu entlasten, werden wir einen biologischen Nützlingseinsatz, sowie eine biologische Düngung im Gegenzug unterstützen. Mit Förderprogrammen und klaren Vorgaben schaffen wir Anreize für den Erhalt unterschiedlicher

Begründung

Neben der Sanktion sollten wir einen Lösungsansatz denjenigen gegenüber geben, die von diesem Verbot betroffen sein könnten. Wir wollen schließlich niemanden über Bord werfen.

Der Lösungsansatz kann auch eine andere Gestalt haben. Es ist an dieser Stelle nur ein Vorschlag, der möglischerweise auch verallgemeinert werden könnte.

Unterstützer*innen

Robert Vogelsang (KV Köln); Joss Pepe Strache (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Christian Althoff (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln); Markus Budelski (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Max Beckhaus (KV Köln); Marina Tebeck (KV Köln); Marcus Baban (KV Köln); Felix Fischer (KV Köln); Jana Dreston (KV Düsseldorf); Robert Kuhn (KV Köln); Britta Berschik (KV Köln); Patrick Kloß (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Eike Danke (KV Köln); Christiane Beckers (KV Rhein-Berg); Sandra Schmitz (KV Köln); Carolin Ramrath de Quintero (KV Köln)

WP-1-270-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Christopher Schmidt (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 270 bis 272 einfügen:
Förderprogramme des Landes, machen sie attraktiver und richten sie auf solche Maßnahmen aus, die mit dem Ziel der Klimaneutralität in Einklang stehen. Im Vordergrund steht hierbei die Dämmung der Wohngebäude und gewerblich genutzten Gebäude. Der größte Energieverlust beim Heizen passiert aufgrund einer unzureichenden Dämmung. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene für höhere Energieeffizienzstandards ein, auch

Begründung

Rund 14 % des CO2-Ausstoßes gehen auf das Konto des Wohnsektors. Beim Dämmen des Bestands derHäuser kann der größte Batzen an Energieverlust schon einmal eingedämmt werden. Im zweiten Schritt kann man an alternative Heizanlagen denken. Denn eine neue Heizanlage bringt nicht viel, wenn die Energie trotzdem verloren geht. Da ist es egal welcher Energieträger meine Wärme erzeugt. Hinten heraus benötige ich die gleiche Energie aus Kohle, oder erneuerbaren Energien. Wenn wir es schaffen weniger Energie zu verschwenden und so unseren Energiebedarf vielleicht sogar senken, erleichtern wir uns das Ziel komplett auf die Erneuerbaren umzusteigen.

Wegen meiner Ausführung der zusätzliche Satz, um die Wichtigkeit hervorzuheben.

Unterstützer*innen

Robert Vogelsang (KV Köln); Joss Pepe Strache (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Christian Althoff (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Marina Tebeck (KV Köln); Max Beckhaus (KV Köln); Marcus Baban (KV Köln); Moritz Mittelstaedt (KV Köln); Felix Fischer (KV Köln); Jana Dreston (KV Düsseldorf); Britta Berschik (KV Köln); Patrick Kloß (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Anne Roth (KV Köln); Marc Kersten (KV Köln); Eike Danke (KV Köln); Sandra Schmitz (KV Köln)

WP-1-94 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Niklas Graf (KV Wesel)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 94 bis 97:
Kommunen mehr Unterstützung von Land und Bund. Wir werden die Landesförderungen beispielsweise für die Erstellung von Klimaanpassungskonzepten oder Baumaßnahmen, die ~~Fassadenbegrünung~~Grüne Klimaarchitektur wie Fassadenbegrünung, lebende Architektur und andere Formen klimaresilienter Gebäude- und Stadtplanung beeinhalten, ausweiten. Auch bei der Klimaanpassung gilt: Keine Landesmittel mehr ohne vorherigen Klima-Check. Flächen, die für die

Begründung

Die Fassadenbegrünung (sowohl horizontale wie vertikale Begrünung) ist ein wichtiger Teil der grünen Architektur der Zukunft, aber nicht der einzige förderungswürdige. Um beispielsweise Hitzeinseln durch zu dichte Bebauung in Großstädten zu verhindern oder die Luftqualität deutlich zu steigern, müssen wir so viele Maßnahmen wie möglich im Bereich der Gebäude- und Stadtplanung fördern und starke Anreize für deren Umsetzung setzen.

Unterstützer*innen

Kerstin Engel (KV Wesel); Elke Christiane Langenbrink (KV Wesel); Juli Scharffe (KV Münster); Jan Krüßmann (KV Wesel); Johannes Lingnau (KV Wesel); Karl-Heinz Freckmann (KV Wesel); Wolfgang Buddemeier (KV Wesel); Andreas Köhler (KV Wesel); Karl-Heinz Hasibether (KV Wesel); Johann Sebastian Ritzmann (KV Wesel); Manfred Schramm (KV Wesel); Mascha Gores (KV Wesel); Michael Denstädt (KV Wesel); Petra Platen (KV Wesel); Monika Heiming (KV Wesel)

WP-1-357 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Paul Muschiol (KV Viersen)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 357 bis 359 einfügen:
kostenlose Ticket für Schüler*innen und junge Menschen bis 18 Jahre. Wir senken den Preis für das landesweite Azubiticket und bauen soziale Angebote aus. Senior*innen erhalten ein einmaliges kostenloses Jahresticket für den heimischen ÖPNV bei einem freiwilligen Verzicht auf ihre Fahrerlaubnis. Städte und Kreise, die schneller vorangehen wollen, unterstützen wir aktiv in ihren

Begründung

Analog zur Regelung in Baden-Württemberg:

Viele Senior*innen schrecken vor der Rückgabe des Führerscheins zurück, da sie befürchten dadurch nicht mehr mobil zu sein. Das kostenlose Seniorenticket soll Senior*innen ermutigen, eine eventuell schon lange hinterfragte Entscheidung umzusetzen und auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Hinsichtlich des Alters der Senior*innen bin ich unkonkret geblieben, um entsprechend flexibel zu bleiben.

Gegen Abgabe des Führerscheins erhalten Senior*innen einmalig ein kostenloses Jahresticket zur Nutzung des heimischen ÖPNV. Die Regelung soll eine Wiedererteilung der Fahrerlaubnis nicht ausschließen.

Aus Gründen der Gleichbehandlung sollte das Angebot auch denjenigen Senior*innen gemacht werden, welche schon in früheren Zeiten ihre Fahrerlaubnis abgegeben haben.

Unterstützer*innen

Peter Pütz (KV Bielefeld); Martin Beyel (KV Viersen); Ralf Klemm (KV Köln); Simon Rock (KV Rhein-Kreis-Neuss); Meral Thoms (KV Viersen); Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Britta Rohr (KV Viersen); Claudia Wiese (KV Leverkusen); Michael Sendrowski (KV Viersen); Andreas Schulz (KV Viersen); Margret Henning (KV Viersen); Dirk Druve (KV Viersen); Merlin Praetor (KV Viersen); Klaus Behrla (KV Viersen); Andrea Kiontke (KV Viersen); Viktor Di Dio (KV Viersen); Anne Rehrmann (KV Höxter)

WP-1-992 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Peter Pütz (KV Bielefeld)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 992 bis 994 einfügen:
fördern und dazu die soziale Wohnraumförderung und die bestehenden Förderprogramme zur Gebäudesanierung erweitern. Wir verschärfen das Wohnraumstärkungsgesetz und machen Zweckentfremdungssatzungen in Kommunen mit angespanntem Wohnungsmarkt verbindlich.
Großflächig betonierten Parkplätzen vor Firmengebäuden oder Supermärkten werden wir einen

Begründung

Wohnraum ist zum Wohnen da. Das Wohnraumstärkungsgesetz muss nachgeschärft werden, so dass z.B. das Leerstehenlassen von Wohnraum in angespannten Wohnungsmärkten nur noch für einen Zeitraum von bis zu 3 Monaten (anstatt von bis zu 6 Monaten wie im aktuellen Gesetz) erlaubt ist. Zudem sollten Kommunen mit angespannten Wohnungsmärkten verpflichtend eine Zweckentfremdungssatzung erlassen, denn insbesondere dort sollten Kurzzeitvermietungen zu touristischen Zwecken und Leerstand, insbesondere spekulativer Leerstand, unterbunden werden. Eine ähnlich formulierte Forderung haben wir hier verabschiedet: https://gruene-nrw.de/2018/06/wohnen-in-nrw-bezahlbar-oekologisch-sozial/ .

Unterstützer*innen

Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Paul Muschiol (KV Viersen); Jannik Struckmeyer (KV Bielefeld); Jana Bohne (KV Bielefeld); Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (KV Bielefeld); Jonas Runge (KV Bielefeld); Romy Mamerow (KV Bielefeld); Anne Rehrmann (KV Höxter); Willi Kortmann (KV Coesfeld); Tim Lautner (KV Münster)

WP-1-445 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Peter Pütz (KV Bielefeld)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 445 bis 447 einfügen:
ohne den Bund – für mehr Sicherheit auf nordrhein-westfälischen Straßen sorgen. Neben einem Sicherheitstempo von 130 km/h auf unseren Autobahnen und von 80 km/h auf unseren Landstraßen werden wir auch das grüne Modell eines Regeltempos von 30 km/h innerhalb geschlossener

Begründung

Hilft der Verkehrssicherheit und dem Umweltschutz und wurde so im verkehrspolitischen Antrag am 28.02.2021 verabschiedet: https://gruene-nrw.antragsgruen.de/LPR21/gruene_verkehrswende_in_nrw__sauber_und_bezahlbar_unterwegs_im_ganzen_-55150.

Unterstützer*innen

Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Paul Muschiol (KV Viersen); Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (KV Bielefeld); Jonas Runge (KV Bielefeld); Romy Mamerow (KV Bielefeld); Anne Rehrmann (KV Höxter); Willi Kortmann (KV Coesfeld); Tim Lautner (KV Münster); Cim Kartal (KV Bielefeld); Chris Cranz (KV Köln)

WP-1-867 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Peter Pütz (KV Bielefeld)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 867 bis 869:
Behörden, Kitas und Schulen dabei, mindestens 30 Prozent ihrer Produkte aus dem Ökolandbau zu beziehen ~~–~~und so viel wie möglich ~~davon~~ regional, direkt von den Betrieben oder regionalen Vertriebsnetzen. Hochwertiges Bio-Fleisch aus der

Begründung

Wir wollen auch, dass möglichst viele der nicht ökologischen Produkte aus der Region kommen.

Unterstützer*innen

Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Paul Muschiol (KV Viersen); Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (KV Bielefeld); Jana Bohne (KV Bielefeld); Sarah Laukötter (KV Bielefeld); Jonas Runge (KV Bielefeld); Romy Mamerow (KV Bielefeld); Anne Rehrmann (KV Höxter); Willi Kortmann (KV Coesfeld); Tim Lautner (KV Münster)

WP-1-456 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Peter Pütz (KV Bielefeld)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 456 bis 459:
Unsere globalisierte Welt ist ohne das Flugzeug nicht denkbar~~. Zugleich ist es heute wegen seines hohen Energieverbrauchs das klimaschädlichste Verkehrsmittel. Hinzu kommen der immense Flächenbedarf und~~ , zugleich ist es das klimaschädlichste Verkehrsmittel. Hinzu kommen die starken Belastungen für Anwohner*innen durch Fluglärm, Abgase und den An- und Abreiseverkehr. Wir Grüne

Begründung

Zwei falsche Aussagen gestrichen:

1. Der Energieverbrauch ist nicht der Grund, warum das Flugzeug das klimaschädlichste Verkehrsmittel ist. Relevanter ist die Art, wie diese Energie erzeugt wird (bisher bei Flugzeugen größtenteils auf Basis fossiler Brennstoffe) sowie anderen Emissionen wie Kondensstreifen, die beim Flugverkehr erzeugt werden.

2. Den Flächenverbrauch beim Luftverkehr sollten wir nicht als immens bezeichnen, er könnte kleiner sein als der Flächenverbrauch der Bahn, s. z.B. S.151 in https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/texte_156-2020_oekologische_bewertung_von_verkehrsarten_0.pdf.

Unterstützer*innen

Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Paul Muschiol (KV Viersen); Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (KV Bielefeld); Jannik Struckmeyer (KV Bielefeld); Sarah Laukötter (KV Bielefeld); Jonas Runge (KV Bielefeld); Romy Mamerow (KV Bielefeld); Anne Rehrmann (KV Höxter); Willi Kortmann (KV Coesfeld); Anne Kathrin Herbermann (KV Münster); Tim Lautner (KV Münster)

WP-1-466 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Peter Pütz (KV Bielefeld)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 466 bis 469:
keinem NRW-Flughafen ist ein weiterer Ausbau verkehrspolitisch erforderlich und klimapolitisch vertretbar. ~~Die Zukunftsperspektiven der vier Regionalflughäfen werden wir genau analysieren. Sie müssen sich aus eigener Kraft tragen.~~Weder von Seite des Landes noch der Kommunen soll es zukünftig öffentliche Zuschüsse für Flughäfen geben. Inlands- und Kurzstreckenflüge machen wir durch attraktive Alternativen mit Bus und Bahn

Begründung

Wir müssen nichts mehr analysieren, die Einnahmen und Ausgaben der (Regional-)Flughäfen sowie ihre klimapolitische Bedeutung sollten bekannt sein. Der eingefügte Satz wurde so ähnlich im verkehrspolitischen Antrag am 28.02.2021 (https://gruene-nrw.antragsgruen.de/LPR21/gruene_verkehrswende_in_nrw__sauber_und_bezahlbar_unterwegs_im_ganzen_-55150) verabschiedet und geht über Regionalflughäfen hinaus, denn auch für internationale Flughäfen sollten keine öffentliche Gelder aufgebracht werden.

Unterstützer*innen

Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Paul Muschiol (KV Viersen); Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (KV Bielefeld); Jannik Struckmeyer (KV Bielefeld); Jana Bohne (KV Bielefeld); Sarah Laukötter (KV Bielefeld); Jonas Runge (KV Bielefeld); Anne Rehrmann (KV Höxter); Willi Kortmann (KV Coesfeld); Tim Lautner (KV Münster)

WP-1-696 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Paul Muschiol (KV Viersen)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 696 bis 703 löschen:
naturnahe Wiederbewaldung von Kahlflächen. Ein naturverjüngter Wald ist ein wichtiger Lebensraum für bedrohte Arten. ~~Doch in vielen Teilen Nordrhein-Westfalens verhindern deutlich überhöhte Wildbestände genau diesen wichtigen Prozess. Um den Waldumbau hin zu klimastabilen Mischwäldern gestalten zu können, ist eine konsequente Reduzierung der Wildbestände auf ein verträgliches Maß erforderlich. Öffentliche Gelder zur Herstellung einer naturnahen Waldnutzung sollten daher zukünftig nur dann erteilt werden, wenn gleichzeitig das notwendige ökologische Wildmanagement erfolgt.~~

Begründung

Ersatzlose Streichung um unnötige Diskussionen zu vermeiden. Auch falls die Ausführungen fachlich korrekt sind, werden sie im Wahlkampf gegen uns verwendet werden.

Unterstützer*innen

Britta Rohr (KV Viersen); Meral Thoms (KV Viersen); Claudia Wiese (KV Leverkusen); Michael Sendrowski (KV Viersen); Andreas Schulz (KV Viersen); Margret Henning (KV Viersen); Dirk Druve (KV Viersen); Merlin Praetor (KV Viersen); Klaus Behrla (KV Viersen); Viktor Di Dio (KV Viersen)

WP-1-720 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Paul Muschiol (KV Viersen)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 720 bis 722:
halten, fördern wir nachhaltige Formen der Landnutzung und Tierhaltung. Erdgasförderung oder ~~tiefe Geothermie mittels „Frackings“~~ „Fracking“ gefährden unser Trinkwasser. Daher lehnen wir diese Technologien auch aus Gründen des

Begründung

Streichung des Wortes "Geothermie". Das Wort "Geothermie" wird generell im Zusammenhang mit Erdwärme genannt und ist ein Baustein der Energiewende mittels energieeffizienter Gebäudewärme. Daher sollte der Begriff in unserem Wahlprogramm nicht negativ belegt werden. Fracking ist natürlich abzulehnen.

Unterstützer*innen

Britta Rohr (KV Viersen); Meral Thoms (KV Viersen); Peter Pütz (KV Bielefeld); Gerrit Heil (KV Unna); Claudia Wiese (KV Leverkusen); Michael Sendrowski (KV Viersen); Andreas Schulz (KV Viersen); Margret Henning (KV Viersen); Dirk Druve (KV Viersen); Merlin Praetor (KV Viersen); Klaus Behrla (KV Viersen); Andrea Kiontke (KV Viersen); Viktor Di Dio (KV Viersen)

WP-1-234 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Christopher Schmidt (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 234 bis 236:
Wir werden die Planungs- und Genehmigungsverfahren durch operative Verbesserungen ~~und~~, einheitliche Bewertungsmaßstäbe ~~beschleunigen~~und klare Fristen beschleunigen, sodass die gesetzlich vorgesehene Dauer von 3 bzw. 7 Monaten für den Genehmigungsprozess wieder eingehalten wird. Wir werden den Artenschutz auch bei dem notwendigen schnelleren Ausbau weiter stärken, indem

Begründung

Eine klare Kommunikation des Zielwertes von 3 bzw. 7 Monaten setzt ein messbares Ziel, mit dem Politik und Industrie arbeiten können. Das Ziel ist ambitioniert aber nicht unerreichbar, zumal die Dauer vom Gesetzgeber vorgesehen ist. Eine Erreichung des Ziels hätte einen signifikant positiven Einfluss auf den Ausbau der Erneuerbaren und wäre gleichsam ein politischer Erfolg wie ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Einhaltung der Klimaziele.

Unterstützer*innen

Robert Vogelsang (KV Köln); Joss Pepe Strache (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Patrick Kloß (KV Köln); Christian Althoff (KV Köln); Markus Budelski (KV Köln); Marina Tebeck (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Max Beckhaus (KV Köln); Marcus Baban (KV Köln); Moritz Mittelstaedt (KV Köln); Felix Fischer (KV Köln); Jana Dreston (KV Düsseldorf); Britta Berschik (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Marc Kersten (KV Köln); Anne Roth (KV Köln); Eike Danke (KV Köln); Christiane Beckers (KV Rhein-Berg); Sandra Schmitz (KV Köln); Carolin Ramrath de Quintero (KV Köln)

WP-1-48-2 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Anne Roth (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 48 bis 49:
Nordrhein-Westfalen kann ~~auf den~~seinen Beitrag zur Erreichung des globalen 1,5-Grad-Pfad ~~kommen~~leisten und bis 2040 klimaneutral werden. Dafür leiten wir die wichtigsten Maßnahmen mit einem Klimaschutz-

Begründung

Es ist missverständlch, wenn NRW auf seinen 1,5-Pfad kommen möchte, vorallem da wir weiter unten schreiben, dass NRW bereits 1,5 Grad wärmer ist.

Unterstützer*innen

Sascha Heußen (KV Köln); Max Beckhaus (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Christopher Schmidt (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Friederike Scholz (KV Köln); Robert Schallehn (KV Köln); Robert Vogelsang (KV Köln); Denise Abé (KV Köln); Joss Pepe Strache (KV Köln); Patrick Kloß (KV Köln); Chris Cranz (KV Köln); Christian Althoff (KV Köln); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Markus Budelski (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Marina Tebeck (KV Köln)

WP-1-61 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Anne Roth (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 61 bis 64:
klimaneutrale Prozesse. Damit ergänzen wir auch die Instrumente, die umgehend auf Bundesebene auf den Weg gebracht werden müssen~~: eine höhere CO_2-Bepreisung, Klimaverträge und steuerliche Anreize für Investitionen in Klimaneutralität.~~. Beim Verkehr senken wir die Emissionen mit einem ambitionierten Fahrradgesetz,

Begründung

Mit Votum des AK Klima und Umwelt des KV Köln vom 18.11.2021.

Wir denken, dass die Auswahl der Bundesinstrumente nicht gut gewählt sind, da die CO2-Bepreisung vielleicht nicht das für den Wähler*innen attraktivste Instrument ist und der Begriff Klimaverträge nicht geläuftig. Wir schlagen vor auf Beispiele zu verzichten oder andere auszuwählen, wobei wir heute noch nicht wissen, welche wir auf Bundesebene umzusetzen werden können.

Unterstützer*innen

Max Beckhaus (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Christopher Schmidt (KV Köln); Ralf Hauswirth (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Friederike Scholz (KV Köln); Robert Vogelsang (KV Köln); Denise Abé (KV Köln); Joss Pepe Strache (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Patrick Kloß (KV Köln); Christian Althoff (KV Köln); Markus Budelski (KV Köln); Marina Tebeck (KV Köln)

WP-1-66 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Anne Roth (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 66 bis 67 einfügen:
von Bus und Bahn. Haushalte mit geringen Einkommen wollen wir mit höheren Förderquoten in Landesförderprogrammen besonders unterstützen. Wir werden die Stromversorgung in NRW bis 2035 vollständig auf erneuerbare Energie umstellen. Derzeit tragen erneuerbare Energien in NRW noch weniger als 20% zum gesamten Stromverbrauch bei, damit liegen wir deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 42%. Um bis 2035 unsere Stromversorgung vollständig auf erneuerbare Energien umzustellen, benötigen wir jährlich mehr als 100 TWh an zusätzlichem erneuerbarem Strom. Um diese Mammutaufgabe zu stemmen, müssen wir den Ausbau von Windkraft und Photovoltaik drastisch beschleunigen.

Begründung

Mit Votum des AK Klima und Umwelt des KV Köln vom 18.11.2021.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energie ist ein zentraler Hebel für unser Klimaziele, deswegen sollte die auch an dieser oberen Stelle im Text erwähnt werden.

Unterstützer*innen

Sascha Heußen (KV Köln); Max Beckhaus (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Christopher Schmidt (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Friederike Scholz (KV Köln); Martin Esch (KV Köln); Robert Schallehn (KV Köln); Robert Vogelsang (KV Köln); Joss Pepe Strache (KV Köln); Patrick Kloß (KV Köln); Christian Althoff (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln); Markus Budelski (KV Köln); Alexander Volk (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Marina Tebeck (KV Köln)

WP-1-81 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Anne Roth (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 81 bis 99:

~~Schon heute ist es in unserem Land 1,5 Grad wärmer als zu Beginn des letzten Jahrhunderts und auch wenn es uns gelingt, die Klimaschutzbemühungen deutlich zu erhöhen, wird es zu einem weiteren Anstieg kommen. Besonders in ländlichen Gebieten steigt die Gefahr von Waldbränden. Land, Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen müssen sich noch besser an die unvermeidbaren Folgen der Klimakrise anpassen, die etwa durch Hitze, Dürren, Stürme und Starkregen entstehen. Um unsere Städte im Sommer zu kühlen, werden wir offene Wasserflächen und mehr Grün in die Städte bringen und auf Plätzen, Dächern und Fassaden und über Frischluftschneisen für Abkühlung sorgen. Bei Starkregen kommt jede Kanalisation an ihre Grenzen, daher ist der Umbau anhand des Leitbilds der „Schwammstadt“ so wichtig. So können die Städte mehr Wasser aufnehmen, speichern und im Sommer kühlend wirken. Flächenfraß und Versiegelung werden wir mit intelligenter Stadtplanung Einhalt gebieten. Für diese Aufgaben brauchen die Kommunen mehr Unterstützung von Land und Bund. Wir werden die Landesförderungen beispielsweise für die Erstellung von Klimaanpassungskonzepten oder die Fassadenbegrünung ausweiten. Auch bei der Klimaanpassung gilt: Keine Landesmittel mehr ohne vorherigen Klima-Check. Flächen, die für die Klimaanpassung wichtig sind, wollen wir effektiver vor Bebauung oder anderer Versiegelung schützen.~~

Klimafolgenanpassung: NRW auf klimaresilient machen

Bereits seit einigen Jahren spüren wir in NRW die Auswirkungen der globalen Erderwärmung. Extremwetterereignisse treffen auf unsere Städte und Landschaften, andauernde Trockenheiten, Starkregen-Ereignisse, Hitze-Perioden und Tropennächte sind die Folgen des Klimawandels. Und auch wenn es uns gelingt, die Klimaschutzbemühungen deutlich zu erhöhen, wird es zu einer weiteren Erwärmungder Erde kommen,wodurch sich die Lage weiter verschärft. Unsere Wälder sind durch Trockenheiten und Hitze bedroht, das Baumsterben ist sichtbar, die erhöhte Gefahr von Waldbränden droht zuzunehmen. Deswegen müssen wir Wald und Forst auf den Klimawandel vorbereiten. Ernteausfälle durch Trockenheit und Starkregenereignisse schwächen unsere Landwirtschaft und müssen verhindert werden. Starkregenererereignisse haben 2021 erschreckend gezeigt, welchen Folgen der Klimawandel für unser Land und insbesondere unsere ländlichen Gebiete bedeutet kann. Und auch unsere Städte sind mehrfach betroffen, denn Überflutungen durch Starkregenereignisse, Hitze-Inseln in den Innenstadtbereichen und Trockenheit werden künftig zu noch größeren Herausforderungen. Eine konsequente Umsetzung von Klimafolgenanpassung in NRW, insbesondere die Unterstützung der Kommunen, ist eine Aufgabe, die einen Beitrag zur wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Sicherheit in unserem Land leistet. Deswegen werden wir die Landesförderungen für die Erstellung von Klimaanpassungskonzepten oder für die Umsetzung von Klimaanpassung ausweiten. Dabei werden wir sowohl Maßnahmen für den urbanen Raum als auch für den ländlichen Raum forcieren. Wir werden Flächen im Städten, die für die Klimafolgenanpassung wichtig sind, effektiver vor Bebauung und Versiegelung schützen und Entsiegelung vorantreiben. Durch offene Wasserflächen und mehr Grün in den Städte wollen wir für Kühlung sorgen. Wir fördern dem Umbau der Städte untern dem Leitbild der „Schwammstadt“. Außerdem werden wir den Kommunen dabei helfen, Hitzeaktionspläne zu entwickeln, um ihre Bürger*innen auf den Klimawandel vorzubereiten und sie zu schützen. Um Regionen und Gemeinden im ländlichen Raum vor den Folgen des Klimawandels zu schützen, werden wir Siedlungsgebiete an Flüssen und Gewässern dabei unterstützen, sich besser auf Starkregen-Ereignisse vorzubereiten und die Risiken bei kommenden Planungen zuberücksichtigen. Zudem werden wir Land- und Forstwirten dabei helfen, Flächen nachhaltiger zu bewirtschaften und umzubauen, damit diese resilient gebenüber den

Klimawandelfolgen werden. Für Menschen und Tiere entwickeln wir einen Masterplan Hitze und Gesundheit, um insbesondere vulnerable Gruppen zu schützen und die Artenvielfalt zu erhalten bzw. zu fördern. Insbesondere Menschen, die wenig zum Klimawandel beitragen, spüren seine negativen Folgen am meisten, global und lokal. Wir werden uns deswegen für Umweltgerechtigkeit im Land NRW und in den Kommunen einsetzen. Bei der Klimafolgenanpassung gilt - wie beim Klimaschutz auch - künftig: Keine Landesmittel mehr für Aktivitäten, die die Folgen des Klimawandels für Mensch und Natur verstärken. Deswegen werden wir auch dort einen Klima-Check umsetzen.

Begründung

Klimafolgeanpassung ist ein wichtiges Thema. Die verschiedenen Auswirkungen auf unser Land wurde im Ursprungstext nicht umfassend beschrieben, der Fokus lag bei den Auswirkungen, wie auch bei den Maßnahmen auf den Städten. Außerdem sollte deutlich gemacht werden, dass Klimafolgenanpassung uns vor weiterer Umweltungerechtigkeit, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Schieflagen sowie Verlust an Gesundheit und Biodiversität schützen wird.

Unterstützer*innen

Max Beckhaus (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Christopher Schmidt (KV Köln); Ralf Hauswirth (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Friederike Scholz (KV Köln); Robert Vogelsang (KV Köln); Joss Pepe Strache (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Christian Althoff (KV Köln); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Alexander Volk (KV Köln); Marina Tebeck (KV Köln)

WP-1-173-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Christopher Schmidt (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 173 bis 175 einfügen:
Versorgungssicherheit angewiesen. Deswegen gehört zum Kohleausstieg untrennbar der Ausbau der Erneuerbaren Energien, sowie ausreichende Kapazität zur Stromspeicherung, ganz besonders in NRW. Daneben werden wir uns auch für eine Beschleunigung des Netzausbaus einsetzen, damit der Windstrom

Begründung

Der Ausbau der erneuerbaren Energien alleine reicht leider nicht aus, um die Konstanz der Auslastung der Stromnetze zu gewährleisten. Einen riesigen Stellenwert nimmt hier die Stromspeicherung ein, die zur Zeit nur sehr begrenzt zur Verfügung steht. Täler und Spitzen im Stromnetz werden aktuell noch über die Kohle-, bzw. Atomkraftwerke reguliert. Wir sollten ein besonderes Augenmerk auf die Speicherung des Stroms legen. Deswegen hier die Ergänzung.

Die Änderung wurde im AK Klima von Köln am 18.11.2021 beschlossen.

Unterstützer*innen

Anne Roth (KV Köln); Robert Vogelsang (KV Köln); Joss Pepe Strache (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Patrick Kloß (KV Köln); Christian Althoff (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln); Markus Budelski (KV Köln)

WP-1-2 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Christopher Schmidt (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 2 bis 4 einfügen:
Denn die Klimakrise und das Artensterben sind längst auch in Nordrhein-Westfalen angekommen, sie finden direkt vor unserer Haustür statt, wie schmerzlich zuletzt gesehen bei der Flutkatastrophe oder dem Rückgang der Schmetterlinge. Denken wir nur zwei Jahrzehnte zurück, hat sich unsere Umwelt rasant gewandelt. Wer Klima und Umwelt schützt, schützt auch unsere Freiheit und die der nachfolgenden Generationen.

Begründung

Wurde beschlossen vom AK Klima Köln am 18.11.2021.

Hier zur Verstärkung und nochmal zum Hervorheben, dass der Klimawandel bereits sichtbar ist und Kosten und auch Spuren hinterlässt. Beim Lesen kam direkt die Frage auf, wie es sich denn bemerkbar macht. Um dem/der Lesenden diese Denkarbeit abzunehmen direkt zwei kleinere Beispiele.

Unterstützer*innen

Anne Roth (KV Köln); Joss Pepe Strache (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Patrick Kloß (KV Köln); Christian Althoff (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln); Markus Budelski (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln)

WP-1-951 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Kai Zaschel (KV Dortmund)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 951 bis 954:
Zertifikaten sorgen wir dafür, dass unsere Kommunen und Kreise Entwicklungsspielräume behalten. ~~Gleichzeitig setzen~~Gleichzeitigsorgen wir mit verbindlichen Vorgaben beim Maß der baulichen Nutzung und einer Versiegelungsabgabe ~~Anreize,~~dafür, dass notwendiger Neubau flächensparend erfolgt und Flächen der Natur ~~zurückzugeben~~zurückgegeben werden. Um für den verbleibenden Flächenverbrauch zukünftig einen wirksamen und ortsnahen

Begründung

In dem Projekt werden nur Maßnahmen beschrieben, die den absoluten Flächenverbrauch berücksichtigen. Es wird außer Acht gelassen, dass auch mit einer besseren Nutzungsauslastung der Bedarf an Fläche auch verringert wird. Somit sollte dieser Aspekt ebenfalls in dem Projekt adressiert werden.

Unterstützer*innen

Max Kumpfer (KV Dortmund); Till Zaschel (KV Dortmund); Hannah Sassen (KV Dortmund); Luis Hotten (KV Dortmund); Ulrike Burkert (KV Soest); Helle Sönnecken (KV Hochsauerland); Sonia Teimann (KV Rhein-Sieg); Astrid Vogelheim (KV Aachen); Christian Wendel (KV Solingen); Michael Röls (KV Dortmund); Jan Stielike (KV Bonn); Hannah Rosenbaum (KV Dortmund); Richard Dembowski (KV Köln); Katrin Lögering (KV Dortmund)

WP-1-8 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Christopher Schmidt (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 8 bis 14:
~~Sehr viele Menschen in NRW sind schon längst weiter als die Landesregierung: Es sind die vielen Millionen, die beispielsweise eine Solaranlage oder Teile davon besitzen; all diejenigen, die Produkte aus der Region kaufen, verstärkt Rad, Bus und Bahn benutzen und für einen starken Klimaschutz auf die Straße gehen. Sie alle verdienen Unterstützung in ihrem Engagement durch einen von Bundes- und Landespolitik gestalteten Rahmen, der eine klimaneutrale Gesellschaft tatsächlich möglich macht.~~

Um einen nachhaltigen Klimaschutz erreichen zu können, wird auf lange Sicht ein Wandel des Lebensstils in einigen Bereichen von Nöten sein. Betroffen sein werden unter anderem der Verkehr, die Ernährung und auch der Energiesektor. Bereits heute gibt es viele Menschen in NRW, die sich eine Optimierung ihres Lebensstils auf die Fahnen geschrieben haben. Viele Bürger*innen nutzen verstärkt das Fahrrad, den Bus oder die Bahn, kaufen vornehmlich verpackungsfreie Produkte aus der Region, oder aus nachhaltigem Import und besitzen eine Solaranlage oder Teile davon. Wir werden eben diese klimafreundlichen Verhaltensweisen durch einen von Europa-, Bundes- und Landespolitik gestalteten Rahmen unterstützen, um den Lebensstilwandel zu erleichtern.

Begründung

Wurde vom AK Klima und Umwelt Köln am 18.11.2021 beschlossen.

Die Änderung betrifft den gesamten Abschnitt, da hier sehr stark kategorisiert wurde und ein direkter Adressat benannt wurde. Die Befürchtung ist es, dass diejenigen, die sich an dieser Stelle nicht angesprochen fühlen für den Rest des Programms Mental aussteigen werden. In der neuen Version wird versucht ausdrücklich einen Lebensstilwechsel zu benennen, der jeden Anspricht und es wird darauf verwiesen, dass alle, die diesen Weg gehen wollen auch die notwendige Unterstützung bei uns finden werden. Dabei wurde versucht den ursprünglichen Gedanken des ursprünglichen Textes, der sehr gut ist, wieder mit aufzunehmen. Auch in der neuen Version würden sich diejenigen freuen entlastet zu werden, die diesen Weg ohnehin schon gehen. Unser Ziel ist es möglichst viele Menschen mit ins Boot zu holen. Wir fahren schließlich alle mit dem selben Schiff, genannt Erde.

Unterstützer*innen

Anne Roth (KV Köln); Robert Vogelsang (KV Köln); Joss Pepe Strache (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Patrick Kloß (KV Köln); Christian Althoff (KV Köln); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Markus Budelski (KV Köln)

WP-1-892 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Roman Schulte (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 892 bis 894 einfügen:
Lange Lebendtransporte bedeuten für die Tiere ungeheure Strapazen und nicht selten qualvolles Leiden. Für Transporte innerhalb von NRW bzw. aus NRW in andere Bundesländer werden wir deshalb tierfreundlichere Transport-Standards entwickeln, um unnötiges Tierleiden zu unterbinden. Wir beschränken Tiertransporte aus NRW in andere EU-Länder ausnahmslos auf maximal vier Stunden, genehmigen sie nur unter strengen

Begründung

Mit Votum des AK Klima und Umwelt des KV Köln vom 18.11.2021.

Die negativen Auswirkungen von Tiertransporten sowie die Maßnahmen für Transporte ins Ausland (EU & Nicht-EU) werden im Entwurf ausreichend abgebildet. Allerdings werden Tiertransporte innerhalb von NRW/Deutschland überhaupt nicht addressiert. Diese verursachen grundsätzlich den gleichen Schaden an Tieren und sind nicht zwingend kürzer als Transporte ins nahe EU Ausland. Deshalb ist es wichtig, generell tierfreundlichere Transport-Standards zu forcieren, ähnlich zu tierfreundlicheren Haltungsstandards.

Unterstützer*innen

Christopher Schmidt (KV Köln); Robert Vogelsang (KV Köln); Joss Pepe Strache (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Christian Althoff (KV Köln); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Max Beckhaus (KV Köln); Marina Tebeck (KV Köln); Marcus Baban (KV Köln)

WP-1-675-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Robert Schallehn (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 675 bis 677 einfügen:
den Waldumbau hin zu naturnahen, arten- und strukturreichen Wäldern zum Ziel der nordrhein-westfälischen Waldwirtschaft und fördern hier insbesondere die Waldanbau durch natürliche Sukzession. Hier werden klima-tolerante und heimische Baumarten zum neuen Normal. Das gilt für Wald in öffentlicher Hand

Unterstützer*innen

Anne Roth (KV Köln); Hans Schwanitz (KV Köln); Ralf Hauswirth (KV Köln); Ingeborg Schallehn (KV Rhein-Berg); Katharina Philippsen-Schmidt (KV Köln); Witaly Gersch (KV Köln); Hannah Sassen (KV Dortmund); Ralf Klemm (KV Köln); Claus Wittke (KV Oberberg); Bärbel Hölzing-Clasen (KV Köln); Hans Aust (KV Aachen); Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (KV Bielefeld); Martin Reiher (KV Köln); David Kupitz (KV Herford); Nicole Kolster (KV Rhein-Erft-Kreis)

WP-1-919-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Robert Schallehn (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 919 bis 925:
Tierversuche deutlich und streben ein Ende von Tierversuchen an. Auch im privaten Bereich kann der Tierschutz noch verbessert werden. ~~Mit einem Gefahrtiergesetz stellen wir sicher, dass potenziell für andere Menschen gefährliche Tiere gut und sicher gehalten werden. Wir lehnen Reptilien- und Exotenbörsen ab und setzen uns für eine stärkere Kontrolle ein. Das bestehende Gifttiergesetz ist deutlich zu kurzgefasst und leistet keinen Beitrag zur Eindämmung des Handels und der Haltung mit und von exotischen Wildtieren.~~ Wir setzten uns daher für einen Sachkundenachweis für die Haltung von Haustieren ein, der im Umfang an der Komplexität der jeweiligen Tierhaltung orentiert sein soll. Tierbörsen sollen nur dann erlaubt bleiben, wenn sie dem Austausch regionaler Nachzuchten dienen.

Unterstützer*innen

Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (KV Bielefeld); Anne Roth (KV Köln); Hans Schwanitz (KV Köln); Ralf Hauswirth (KV Köln); David Kupitz (KV Herford); Ingeborg Schallehn (KV Rhein-Berg); Claus Wittke (KV Oberberg); Julia Müller (KV Krefeld); Andreas Müller (KV Essen); Henry Tünte (KV Borken); Martin Reiher (KV Köln); Nicole Kolster (KV Rhein-Erft-Kreis)

WP-1-916 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Roman Schulte (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 916 bis 918 einfügen:
wurden. Wir setzen uns für ein Verbot von Tierversuchen ein, für die es anerkannte, tierleidfreie Alternativen gibt. Insbesondere dort, wo Tierversuche keiner dringenden Sache dienen, beispielsweise bei in der Kosmetikindustrie, werden wir Tierversuche verbieten. Mit klaren Zielvereinbarungen, gezielter Förderung und eindeutigen Vorgaben reduzieren wir die Anzahl der

Begründung

Mit Votum des AK Klima und Umwelt des KV Köln vom 18.11.2021.

Tierversuche sollte nicht nur dort verboten werden, wo es tierleidfreie Alternativen gibt, sondern auch dort, wo sie keinem höheren Nutzen dienen.

Selbst wenn es keine tierleidfreie Alternative bspw. für den Test eines Kosmetikprodukts gibt, rechtfertigt dies kein Tierleiden. Außerdem kann ein solches Verbot die Forschung an tierleidfreien Alternativen fördern, wenn diese die Marktzugangsbeschränkung für "normale" Konsumprodukte darstellen.

Unterstützer*innen

Christopher Schmidt (KV Köln); Joss Pepe Strache (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Patrick Kloß (KV Köln); Christian Althoff (KV Köln); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln); Marina Tebeck (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Max Beckhaus (KV Köln); Marcus Baban (KV Köln)

WP-1-658-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Robert Schallehn (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 658 bis 660 einfügen:
Naturschützer*innen werden, dann können wir die Klima- und Artenkrise gemeinsam besser meistern. Dabei leitet uns neben der klassischen Umweltbildung das Konzept der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), das wir in allen Bildungsbereichen fest verankern werden. Das

Begründung

Es macht keinen Sinn die klassischen Umweltbildner, die das seit Jahrzehnten erfolgreich machen, mit dieser Fixierung auf eine "DIN-Norm" BNE vor den Kopf zu stoßen!

Unterstützer*innen

Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (KV Bielefeld); Anne Roth (KV Köln); Sandra Schneeloch (KV Köln); Hans Schwanitz (KV Köln); Ralf Hauswirth (KV Köln); Ingeborg Schallehn (KV Rhein-Berg); Katharina Philippsen-Schmidt (KV Köln); Witaly Gersch (KV Köln); Ralf Klemm (KV Köln); Claus Wittke (KV Oberberg); Bärbel Hölzing-Clasen (KV Köln); Andreas Müller (KV Essen); Henry Tünte (KV Borken); Hans Aust (KV Aachen); Martin Reiher (KV Köln); David Kupitz (KV Herford); Nicole Kolster (KV Rhein-Erft-Kreis)

WP-1-520-2 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Robert Schallehn (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 520 bis 521 einfügen:
wollen sie besser ausstatten und vernetzen, sowohl untereinander als auch mit dem Zentrum für Biodiversitätsmonitoring in Bonn. Für Wiederansiedlungsprojekte und Erhaltungszuchten, z. B. für Feldhamster, Wechselkröte oder Feuersalamander, wollen wir mit den wissenschaftlich geführten Zoologischen Gärten zusammenarbeiten.

Begründung

Biostationen sind toll, keine Frage. Aber Fixierung nur auf BS ist was dünn.

Unterstützer*innen

Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (KV Bielefeld); Anne Roth (KV Köln); Sandra Schneeloch (KV Köln); Hans Schwanitz (KV Köln); Ralf Hauswirth (KV Köln); Ingeborg Schallehn (KV Rhein-Berg); Witaly Gersch (KV Köln); Ralf Klemm (KV Köln); Claus Wittke (KV Oberberg); Bärbel Hölzing-Clasen (KV Köln); Christian Wendel (KV Solingen); Andreas Müller (KV Essen); Henry Tünte (KV Borken); Hans Aust (KV Aachen); Martin Reiher (KV Köln); David Kupitz (KV Herford); Nicole Kolster (KV Rhein-Erft-Kreis)

WP-1-934 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Luis Hotten (KV Dortmund)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 934 bis 936 einfügen:
Bundesrates kam es bisher nicht zu einem Verbot der Mitführung von Wild- und Großtieren. Auch domestizierte Tiere leiden unter der kommerziellen Nutzung. Ein Zirkus mit Tieren jeglicher Art ist nicht tierschutzrechtskonform und nicht mehr zeitgemäß. Wir setzen uns dafür ein, dass die sogenannten Zirkusleitlinien unverzüglich und nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen überarbeitet und

Begründung

Hier zwischen Wildtieren und domestizierten Tieren zu unterscheiden, ist wissenschaftlich nicht tragbar. Die Dressur, die Unterbringung in kleinen Gehegen und Käfigen mit zu wenig Beschäftigung, sowie die Transsporte zwischen Standorten sind für keine Tierart mit dem Tierschutzgesetz vereinbar. Außerdem gilt: Wenn Tiere zu kommerziellen Zwecken eingesetzt werden, wird im Zweifel an der Futterqualität oder tiermedizinischer Versorgung gespart.
Die Nutzung von Tieren jeglicher Art in Zirkussen ist nicht tierschutzrechtskonform und nicht mehr zeitgemäß.
Deshalb sollten wir als GRÜNE ein Verbot von Zirkustieren im Allgemeinen anstatt nur von Wildtieren fordern. Ansonsten wird das Problem nur zu Lasten von domestizierten Tieren verschoben.

Unterstützer*innen

Michelle Jura (KV Dortmund); Meike Sofie Sittart (KV Dortmund); Vera Theresa Sittart (KV Bochum); Hannah Reger (KV Dortmund); Louis Nathaniel Lorenz (KV Dortmund); Hannah Sassen (KV Dortmund); Franca Fischer (KV Dortmund); Hannah Rosenbaum (KV Dortmund); Katrin Lögering (KV Dortmund); Finn Wilken (KV Dortmund); Feline Johanna Paul (KV Dortmund); David Spiecker (KV Dortmund); Felix Berger (KV Dortmund)

WP-1-752-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (KV Bielefeld)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 752 bis 761:

~~Wo „Wasserschutzgebiet“ drauf steht, muss auch Wasserschutz drin sein.Deshalb überarbeiten wir das Landeswassergesetz und stärken den Wasserschutz nach vier Jahren des Rückschritts wieder. Derzeit blockieren viele tausend Querbauwerke, Wehre und Schwellen die Flüsse und Bäche in NRW. Um die Wasserkraftnutzung mit den Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie in Einklang zu bringen, müssen insbesondere kleine Wasserkraftanlagen unter ökologischen Aspekten weiterentwickelt werden. Fisch- und fließgewässerfreundliche Wasserkraftwerke sollten bevorzugt werden und können zur Verbesserung des Fließgewässers beitragen und gleichzeitig einen Beitrag zur Stromerzeugung leisten. Verrohrte Bäche im Stadtgebiet sollten – wo möglich – offengelegt und renaturiert werden.~~

Fließgewässer brauchen dazu wieder mehr Raum! Auch verrohrte Bäche im Stadtgebiet sollten wo möglich – offengelegt und renaturiert werden. Im Sinne eines ökologischen Hochwasserschutzes verankern wir das Ziel einer naturnahen Gewässerentwicklung mit Mooren, Auwäldern und Feuchtwiesen stärker als bisher in der Regional- und Bauleitplanung sowie im Landeswassergesetz. Dazu überarbeiten wir das Landeswassergesetz und stärken den Wasser- und Gewässerschutz nach vier Jahren des Rückschritts wieder. Ein besonderes Anliegen ist es dabei, den konsequenten Schutz der für den Gewässerschutz besonders wichtigen Uferrandstreifen gesetzlich zu verankern. Ohne ausreichende Investitionen lassen sich all diese Ziele nicht erreichen. Wir müssen deshalb die Fördermittel für vorsorgenden, ökologischen Hochwasserschutz und Maßnahmen zur Umsetzung der EU-WRRL deutlich verstärken.
Wo „Wasserschutzgebiet“ drauf steht, muss auch Wasserschutz drin sein. Wassereinzugsgebiete von Wassergewinnungsgebieten der öffentlichen Wasserversorgung wollen wir deshalb den rechtlich ausgewiesenen Wasserschutzgebieten gleichstellen. Weitere Abgrabungen in Wasserschutzgebieten und Wassereinzugsgebieten von Wasserwerken der öffentlichen Wasserversorgung werden nicht mehr zugelassen. Schon geplante Abgrabungen laut Gebietsentwicklungs- und Regionalplanung wollen wir einer strikten Überprüfung unterziehen. Den Umfang von Exporten von Sand und Kies in die Niederlande wollen wir - soweit rechtlich möglich - wie in den Niederlande selbst entscheidend reduzieren. Wasserrechte zur Entnahme von Grundwasser und Uferfiltrat müssen unter dem Gesichtspunkt langanhaltender Trockenperioden aufgrund des Klimawandels umfassend überprüft werden. Die Federführung beim Grundwasserschutz im Bereich der Landwirtschaft wollen wir künftig im Sinne einer fachlich unabhängigen Bearbeitung beim Landesumweltamt (LANUV) ansiedeln. Die Beteiligung von Umweltverbänden und Bürger*innen, besonders auf lokaler Ebene, kann dabei durch eine Stärkung der Beteiligungsprozesse verbessert werden.
Derzeit blockieren viele tausend Querbauwerke, Wehre und Schwellen die Flüsse und Bäche in NRW und verhindern damit den diese Lebensräume prägenden freien Abfluss. Hier gilt es zwischen den Belangen des Gewässerschutzes bzw. den Zielen der EU-Wasserrahmenrichtlinie und den Zielen der Energiewende abzuwägen. Wir sind uns dabei bewusst, dass es trotz vieler Bemühungen wirklich fisch- und fließgewässerfreundliche Wasserkraftwerke nicht geben kann. In diesem Konfliktfeld ist deshalb auch eine kritische Überprüfung besonders von Kleinstwasserkraftwerken nötig, die in der Summe in NRW aktuell nur einen marginalen Beitrag zur Energiewende leisten. Ist eine weitere Stromerzeugung hier weiter wirtschaftlich sinnvoll, muss durch überzeugende Konzepte wie z.B. Umgehungsgerinne mit Mindestwasserführung eine ökologische Verbesserung erreicht werden.

Begründung

Klimawandel mit Wassermangel auf der einen, Hochwasserkatastrophen auf der anderen Seite machen klar: Dieses Themenfeld verlangt nach einer schlüssigen „Zukunftsstrategie", wie wir sie als Grüne voran bringen wollen. Der Programmentwurf wird aber diesem Anspruch noch nicht gerecht. Dieser Antrag mit einer Reihe von Ergänzungen dient deshalb der Schärfung unseres Profils in diesem bedeutenden Themenfeld einer zukunftsfähigen Entwicklung. Dabei bildet das Bekenntnis zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie sowohl für den Schutz des Grundwassers, also auch für die naturnahe Entwicklung der Oberflächengewässer die zentrale Grundlage. Das Erreichen dieses gesetzlichen Auftrags wird nicht ohne massiven Einsatz, nicht ohne Anpassung der Gesetze und nicht ohne Aufstockung von Finanzmitteln gelingen. Und bei der naturnahen Entwicklung der Fließgewässer müssen wir auch offen aussprechen, dass die vielen tausend Querbauwerke, die die Durchgängigkeit blockieren, großenteils zurück gebaut werden müssen. Wollen wir wirklich wegen einem marginalen, nicht relevanten Beitrag zur Energiewende an allen auch kleinsten Wasserkraftanlagen festhalten? Den Konflikt zwischen Kleiner Wasserkraft und Gewässerschutz lösen wir leider nicht mit „fisch- und fließgewässerfreundlichen Wasserkraftwerken", denn die gibt es aus ökologischer Sicht nicht. Man kann mit Fischaufstiegen und Umgehungsgerinnen ökologisch etwas verbessern, aber die Durchgängigkeit (auch für Kleinlebewesen) und der freie Abfluss, der diese Lebensräume ökologisch prägt, lässt sich damit leider nicht herstellen. Deshalb muss eine kritische Überprüfung solcher Anlagen auch ein Bestandteil der Zukunftsstrategie Wasser sein.

Unterstützer*innen

Heinrich Büscher (KV Bielefeld); Peter Pütz (KV Bielefeld); Romy Mamerow (KV Bielefeld); Robert Schallehn (KV Köln); Andreas Zimmermann (KV Bielefeld); Gerda Werth (KV Paderborn); Dirk Althoff (KV Bielefeld); Christina Osei (KV Bielefeld); Friedrich Meyer (KV Oberberg); Claus Wittke (KV Oberberg); Sebastian Schäfer (KV Oberberg); Norika Creuzmann (KV Paderborn); Manfred Waddey (KV Köln); Joachim Scholz (KV Oberberg); Kurt-Joachim Eggeling (KV Düsseldorf)

WP-1-748 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (KV Bielefeld)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 748 bis 751 löschen:
fürverschiedene Arten und leisten daher einen unersetzlichen Beitrag zum Erhalt der Biodiversität. ~~Im Sinne eines ökologischen Hochwasserschutzes verankern wir das Ziel einer naturnahen Gewässerentwicklung mit Mooren,Auwäldern und Feuchtwiesen stärker als bisher in der Regional- und Bauleitplanung.~~

Begründung

Diese Änderung ergibt sich aus dem Änderungsantrag zum nächsten Abschnitt. Der Satz wird dort mit eingebaut.

Unterstützer*innen

Heinrich Büscher (KV Bielefeld); Peter Pütz (KV Bielefeld); Romy Mamerow (KV Bielefeld); Robert Schallehn (KV Köln); Andreas Zimmermann (KV Bielefeld); Gerda Werth (KV Paderborn); Christina Osei (KV Bielefeld); Friedrich Meyer (KV Oberberg); Claus Wittke (KV Oberberg); Sebastian Schäfer (KV Oberberg); Norika Creuzmann (KV Paderborn); Manfred Waddey (KV Köln); Joachim Scholz (KV Oberberg)

WP-1-57 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 24.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 57 bis 59 einfügen:
Kommunale Planungen und Konzepte zu Klimaschutz und Klimaanpassung sind für uns Teil der Daseinsvorsorge und sollen daher kommunale Pflichtaufgabe werden. Mit klaren Regeln und Zielen schaffen wir Planungs- und Investitionssicherheit für die Unternehmen im Land. Industrieunternehmen

Begründung

Es gibt in NRW viele Positivbeispiele von Städten und Gemeinden, die bereits heute anspruchsvolle Klimaschutzziele verfolgen und dafür umfassende Handlungskonzepte auf den Weg bringen. Leider gibt es aber auch viele Kommunen, in denen der Klimaschutz nicht so stark berücksichtigt und nicht als politische Handlungsmaxime verfolgt wird. Daher sollte das Land NRW Klimaschutz zur Pflichtaufgabe der kommunalen Selsbtverwaltung machen und die Kommunen auch entsprechend dafür ausstatten und unterstützen. Denn viele Treibhausgasreduktionen lassen sich vor allem auf kommunaler Ebene erreichen, z.B. in der Wärmeversorgung, der Verkehrs- und Stadtplanung sowie im kommunalen Gebäudebestand.

Das gleiche gilt für die Klimaanpassung: Diese wirkt sich vor allem lokal aus und muss lokal organisiert werden, z.B. durch kommunale Grünordnungen oder eine klimaresiliente Stadtentwässerung ("Schwammstadt").

WP-1-124 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	KV Münster
Beschlussdatum:	24.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 124 bis 127:
Klimaschutz und Digitalisierung sind eng miteinander verwoben und werden unser Land grundlegend verändern. Nur mit digitalen Mitteln ~~werden wir~~kann unsere Gesellschaft klimaneutral ~~umbauen können~~werden. Mit künstlicher Intelligenz und digitaler Steuerung von den Übertragungsnetzen bis in jedes Gebäude bleibt das

Begründung

Wir halte es für unklug davon zu sprechen, dass wir die Gesellschaft "umbauen" wollen. Das klingt für viele Bürger*innen zu radikal, zumal das was man mit der Digitalisierung für Klimaschutz tun kann – hier geht es wohl vor allem um die automatisierte Steuerung von Prozessen – von den Bürger*innen vermutlich gar nicht als "Umbau" wahrgenommen wird.

WP-1-126 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 24.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 126 bis 128:
Gesellschaft klimaneutral umbauen können. Mit künstlicher Intelligenz und ~~digitaler~~automatisierter Steuerung von den Übertragungsnetzen bis in jedes Gebäude bleibt das erneuerbare Energiesystem stabil – auch wenn Millionen E-Autos geladen werden

Begründung

Übertragungsnetze werden meines Wissens nach auch heute schon digital gesteuert (mag vielleicht ein*e Energiepolitiker*in etwas Genaueres zu beitragen). In Verbindung mit Künstlicher Intelligenz wird hier wohl eher diskutiert, dass kleinteiligere Netze auch automatisiert gesteuert werden. Also dass wenn weniger Strom im Netz ist Elektroautos langsamer laden (oder sogar selbst wieder Strom ins Netz einspeisen).

WP-1-128 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 24.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 128 bis 130:
erneuerbare Energiesystem stabil – auch wenn Millionen E-Autos geladen werden und Wärmepumpen unsere Häuser heizen. ~~In~~Insbesondere in der Industrie sind mit stärkerer Digitalisierung noch immer enorme Effizienzgewinne möglich. Gleichzeitig muss

Begründung

Es gibt auch außerhalb der Industrie Potenziale. Bspw. bei Mobilität, Home Office etc.

WP-1-131 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 24.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 132 bis 135:
ausgerichtet werden, damit sie nicht zum Brandbeschleuniger der Klimakrise wird. ~~Wir wollen verhindern, dass Effizienzgewinne durch den überbordenden Datenverbrauch fragwürdiger Anwendungen aufgefressen werden.~~Soft- und Hardware für Digitalisierung muss ressourcenschonend und energiesparend konzeptioniert, entwickelt und programmiert werden, damit diese Effizienzgewinne erhalten bleiben. Mit einer ambitionierten Green-IT-Strategie machen wir daher die öffentliche Verwaltung

Begründung

Die Formulierung im Originalantrag ist unverständlich. Was sind fragwürdige Anwendungen? Geht es um Cryptowährungen? Dort ist nicht der Daten, sondern der Energieverbrauch das Problem. Oder geht es darum, dass bei Soft- und Hardware nachhaltig entwickelt werden soll? Das vermutet dieser Änderungsantrag und schlägt dahingehend eine Präzisierung vor.

WP-137-2 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 24.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 137 bis 139:
werden uns dafür einsetzen, dass der Ausbau des schnellen Internets ab sofort allein mit Glasfaser und 5G erfolgt. Dadurch ~~können~~erreichen wir Energieeinsparungen gegenüber bisherigen Netzen ~~nutzen~~.

Begründung

Wir erreichen Energieeinspparungen. Wenn man tatsächlich von Nutzen sprechen möchte würde sich die Frage stellen "wofür?". M.E. reicht aber schlicht die Feststellung, dass wir dadurch Energieeinsparungen erreichen.

WP-1-368 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Mobilität+Verkehr
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 368 bis 370 einfügen:
werden Bahnstrecken reaktivieren oder ausbauen und Lücken oder Nadelöhre beseitigen. Wir Grüne möchten neben dem RRX-Ausbau in gemeinsamer Kraftanstrengung mit dem Bund auch das S-Bahn-Netz an Rhein und Ruhr deutlich erweitern. Stilllegungen und Entwidmungen von Bahnstrecken soll es nicht mehr geben. Damit das klappt, verdoppeln wir die pro-Kopf-Investitionen in Bus, Bahn,

Begründung

Um die Ziele der Grünen Verkehrswende zu ereichen und ausreichende Kapazitäten im SPNV anzubieten, reicht der Ausbau der Kernachsen des RRX nicht aus. Daher soll das S-Bahn-Netz zum weiteren Rückgrat des Nahverkehrs weiterentwickelt werden.

WP-1-368-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Mobilität+Verkehr
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 368 bis 370 einfügen:
werden Bahnstrecken reaktivieren oder ausbauen und Lücken oder Nadelöhre beseitigen, auch grenzüberschreitend. Stilllegungen und Entwidmungen von Bahnstrecken soll es nicht mehr geben. Damit das klappt, verdoppeln wir die pro-Kopf-Investitionen in Bus, Bahn,

Begründung

Von Monschau bis Gronau hat es schon lange keinen bedeutsamen Aufbruch zu grenzüberschreitender Mobilität gegeben. Was über Autobahnen eine hohe Einfachheit hat, muss über Busse und Bahnen sowie den Aus- und Neubeu von Radwegen endlich ungeniert aufgeholt und zu neuen Dimensionen geführt werden. Überdie Erreichung von Arbeits- und Studienplätzen sowie Freizeitzielen müssen Grenzregionen zu neuen europäischen Mitten werden.

WP-1-395 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Mobilität+Verkehr
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 395 einfügen:

Sicher, schnell und barrierearm mit dem Fahrrad durch NRW und darüberhinaus

WP-1-345 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	LAG Mobilität+Verkehr
Beschlussdatum:	23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 345 bis 347:
Bisher werden in Nordrhein-Westfalen lediglich 8,5 Prozent der Wege mit Bus und Bahn zurückgelegt ~~– da ist noch viel Luft nach oben~~. Dies reicht nicht aus, um das Klimaziel im Sektor Mobilität zu erreichen. Wir machen umweltfreundliche Mobilität für alle attraktiv und bezahlbar. Wir streben eine

WP-1-349 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Mobilität+Verkehr
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 349 bis 351:
mindestens im Stundentakt mit einer verlässlichen Verbindung vorankommen – in ~~Großstädten~~Verdichtungsräumen mindestens halbstündlich von 4.30 bis 23.30. Die Angebote werden vertaktet, auf andere Busse und die Bahn abgestimmt, so dass der Umstieg überall

Begründung

Damit die Verkehrswende in den Großstädten gelingt, ist es aufgrund der Pendler*innenbeziehungen notwendig, dass auch die Umlandgemeinden der Großstädte ein gutes ÖPNV-Angebot erhalten

WP-1-364 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	LAG Mobilität+Verkehr
Beschlussdatum:	23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 364 bis 367:
~~Unsere Verkehrswege stammen im Wesentlichen aus vergangenen Jahrhunderten. Sie dienen zu großen Teilen dem motorisierten Verkehr und überlassen andere Verkehrsteilnehmer*innen oftmals sich selbst.~~. Immer noch ist die Verkehrsinfrastruktur zu sehr ausgerichtet auf Pkw und Lkw und zu national gedacht, während der Umweltverbund vernachlässigt wird. Grüne Verkehrspolitik stellt demgegenüber Klimaschutz und Lebensqualität endlich in den Mittelpunkt. Wir

Begründung

Dass unsere Verkehrswege überwiegend aus vergangenen Jahrhunderten stammen, ist im Jahr 2021 nicht überraschend. Dass Verkehrswege irgendwie andere Verkehrsteilnehmer "sich selbst überlassen" ist so nicht sinnvoll ausgedrückt. Außerdem ist "motorisierter Verkehr" auch ÖPNV. Daher diese neue Formulierung.

WP-1-191 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: KV Düsseldorf
Beschlussdatum: 20.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 191 bis 193:
Solarenergie zünden. Mit Solarenergie kommt die Energiewende in die Dörfer und Städte. ~~Wir wollen, dass Solaranlagen zum Standard auf unseren Dächern~~ Unseres Erachtens nach ist daher die Einführung einer allgemeinen Verpflichtung zur Nutzung der Dächer für Sonnenenergie – zunächst bei öffentlichen Gebäuden, im Neubau und nachfolgend auch im Bestand – klima- und energiepolitisch notwendig. Soziale Härten sollen vermieden werden. Dafür brauchen wir faire Rahmenbedingungen auf Bundesebene und deutlich weniger

Begründung

„Standard auf unseren Dächern“ ist eine weiche Formulierung, die offen lässt, was genau getan werden muss, damit tatsächlich ein Standard entsteht. Eine „Einführung einer allgemeinen Verpflichtung“ beschreibt präziser, mit welchem Hebel eine solche Strategie funktionieren kann.

WP-1-752 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: OV Warstein
Beschlussdatum: 11.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 752 bis 755:
Wo „Wasserschutzgebiet“ drauf steht, muss auch Wasserschutz drin sein.Deshalb überarbeiten wir das Landeswassergesetz und ~~stärken den Wasserschutz nach vier Jahren des Rückschritts wieder~~wollen die Änderungen der schwarz-gelben Landesregierung rückgängig machen. Der Trinkwasserschutz muss Vorrang vor Interessen wie der Kalkstein-, Zement- und Kiesindustrie haben. Es darf keinen zusätzlichen Rohstoffabbau in Wasserschutzgebieten geben. Die (Trink-)Wasserquellen müssen geschützt werden.. Derzeit blockieren viele tausend Querbauwerke, Wehre und Schwellen die Flüsse und Bäche in NRW. Um die Wasserkraftnutzung mit

Begründung

Die schwarz-gelbe Landesregierung änderte im Jahr 2021 das Landeswassergesetz an verschiedenen Stellen.

Neben der Abschaffung von Gewässerrandstreifen wurde auch das generelle Abgrabungsverbot von Rohstoffen wie Kalk, Kies und Sand in Wasserschutzgebieten gestrichen.

In §35.2 des Landeswassergesetzes war geregelt, dass in Wasserschutzgebieten kein Rohstoffabbau erfolgen kann, dieser Paragraf wurde gestrichen und durch eine Verordnung ersetzt. Der Rohstoffabbau ist somit erleichtert worden. Diese Änderung gefährdet nicht nur den ungehinderten Zugang der Öffentlichkeit auf das Grundwasser zur Trinkwassergewinnung, sondern ermöglicht den Unternehmen auch Entschädigungsforderungen von Städten und Gemeinden einzufordern.

Verschiedene kommunale Vertretungen, wie der Kreistag Soest, richteten Resolutionen an den Landtag NRW und forderten erfolglos die betreffenden Paragrafen nicht zu ändern. Auch verschiedene Verbände positionierten sich klar gegen die Änderungen.

Dieser wichtige Punkt der Forderung nach dem Grundsatz Wasserschutz vor Rohstoffabbau sollte im Wahlprogramm auftauchen.

WP-1-764 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: OV Warstein
Beschlussdatum: 11.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 764 bis 766:
Menschen vorzeitig aufgrund schlechter Luft. Gerade Menschen mit geringen Einkommen können es sich nicht aussuchen, ob sie an ~~belasteten~~abgas- und feinstaubbelasteten Hauptverkehrsstraßen oder in der Nähe einer stickstoff-lastigen industriellen

Begründung

Vor allem Füßgänger*innen, Anwohner*innen und Fahrradfaher*innen leiden an der schlechten Luft, die durch Straßenverkehr verursacht wird. Diese schlechte Luftqualität liegt vor allem an Autoabgasen und der daraus resultierenden Feinstaubbelastung in der Luft. Die Ursache für die schlechte Luftqualität sollte in dieser Form benannt werden.

Das LANUV stellt auf seiner Seite LANUV (nrw.de) die Luftqualität bzw die Feinstaubbelastung und Überschreitungstage von verschiedenen Städten in NRW dar.

WP-1-347 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Nicolas Blume (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 347 bis 351:
umweltfreundliche Mobilität für alle attraktiv und bezahlbar. Wir streben eine Mobilitätsgarantie an, mit der alle Menschen im Land von 5:30 Uhr bis ~~22.30 Uhr~~23:00 mindestens im Stundentakt mit einer verlässlichen Verbindung vorankommen – in ~~Großstädten~~Städten ab 50.000 Einwohnern mindestens ~~halbstündlich~~im 20-Minutentakt von ~~4~~5:00 bis 00:00. In Großstädten ab 250.000 Einwohnern soll dieser Takt zwischen 4:30 ~~bis 23~~und 01:00 gelten und zwischen 7:00 und 21:00 zu einem 10-Minutentakt verdichtet werden.~~30~~ Zur Hauptverkehrszeit soll das Angebot auf den wichtigsten Achsen jeweils verdoppelt werden. Die Angebote werden vertaktet, auf andere Busse und die Bahn abgestimmt, so dass der Umstieg überall

Begründung

Ohne einen deutlich besseren ÖPNV wird es nicht möglich sein das Sektorziel im Verkehr zu erreichen.

Der Verkehrssektor ist der einzige mit steigenden Emissionen, für eine Kehrtwende ist hier eine große Kraftanstrengung nötig.

Ein Halbstundentakt, wie im Entwurf vorgesehen, wäre jedoch in Großstädten eine Verschlechterung.

Das nachfrageorientierte Modell muss dringend durch ein angebotsorientiertes Modell abgelöst werden. Sobald ein gutes Angebot existiert, steigen in den meisten Fällen die Fahrgastzahlen deutlich an.

Berlin plant bereits einen 10-Minutentakt für das gesamte Stadtgebiet, auch in weniger dicht besiedelten Stadtteilen. In Großsiedlungen soll ein 5-Minutentakt angeboten werden.

Hamburg plant bis 2030 an jeder Haltestelle im gesamten Stadtgebiet einen 5-Minutentakt einzuführen, damit soll der Anteil des ÖPNV von 22% auf 30% gesteigert werden. In weniger dicht besiedelten Stadtteilen soll ein Teil des Angebots über Sharing Dienste erreicht werden, der Großteil wird jedoch durch reguläre Linien erreicht.

Außerdem würde anders als in Hamburg noch nicht mal eine Jahreszahl als Ziel genannt.

Unterstützer*innen

Nicola Ueffing (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Jonas Ebersbach (KV Köln); Christian Becher (KV Köln); Frederik Strompen (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Ulla Weinberg (KV Köln); Katja Poredda (KV Köln); Sebastian Jansen (KV Köln)

WP-1-753 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Ökologie
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 753 bis 755 einfügen:
überarbeiten wir das Landeswassergesetz und stärken den Wasserschutz nach vier Jahren des Rückschritts wieder. Wir werden das Verbot des Rohstoffabbaus in allen Trinkwasserschutz- und Reservegebieten kurzfristig wieder in Kraft setzen. Derzeit blockieren viele tausend Querbauwerke, Wehre und Schwellen die Flüsse und Bäche in NRW. Um die Wasserkraftnutzung mit

Begründung

Zur Durchsetzung einer umweltverträglichen Rohstoffgewinnung ist es erforderlich, die rechtlichen Entfesselungen von schwarz-gelb kurzfristig aufzuheben, um das Faktenschaffen für Jahrzehnte zu verhindern.

WP-1-946 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Ökologie
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 946 bis 951:
gegen den Flächenfraß – mit einem klaren Rechtsrahmen und intelligenten Lösungen. Dazu schreiben wir zunächst kurzfristig eine Obergrenze für den Flächenverbrauch von fünf Hektar pro Tag im Landesentwicklungsplan (LEP) fest. ~~Bis~~ und senken diese schrittweise ab, um bis spätestens 2035 ~~wollen wir~~ dafür zu sorgen, dass nicht mehr Fläche verbraucht, als gleichzeitig entsiegelt wird (Flächenverbrauch netto Null). Mit Hilfe von tauschbaren Flächenentwicklungs-Zertifikaten sorgen wir dafür, dass unsere Kommunen und Kreise

Begründung

Zur Durchsetzung einer umweltverträglichen Rohstoffgewinnung ist es erforderlich, die rechtlichen Entfesselungen von schwarz-gelb kurzfristig aufzuheben, um das Faktenschaffen für Jahrzehnte zu verhindern. Dazu müssen die notwendigen Schritte wesentlich konkreter und verbindlicher formuliert werden.

Der Niederrhein ist bereits übersät mit Wasserflächen. Allein in den Jahren 2012 bis 2017 sind rund 300 ha zusätzlich hinzugekommen und in den Folgejahren hat sich die Abbaumenge nicht verringert. Den Menschen in der Region, die seit einigen Jahren erheblichen Widerstand zeigen (u.a. Bündnis Niederrheinappell), ist ein weiterer Abbau von Kies in anhaltender Größenordnung weder zumutbar noch vermittelbar. Hinzu kommt, dass durch den Abbau wertvolle landwirtschaftliche Flächen/ Grünflächen unwiederbringlich verloren gehen, was sich sehr nachteilig auf den Klimawandel auswirkt.

WP-1-42 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Ökologie
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 42 bis 44 einfügen:
der Natur wieder mehr Raum, holen die Schmetterlinge zurück in unsere Gärten und Parks, die Fische zurück in die Gewässer und die Bienen wieder zurück auf die Felder und Wiesen. Zu diesem Zweck setzen wir die Forderungen der Volksinitiative Artenschutz um und reduzieren den

Begründung

Es fehlt die aquatische Umwelt und bei Bienen fachliche Richtigstellung.

WP-1-90 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Ökologie
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 90 bis 92 einfügen:
Kanalisation an ihre Grenzen, daher ist der Umbau anhand des Leitbilds der „Schwammstadt“ und eine umfassende Renaturierung unserer Fließgewässer so wichtig. So können die Städte mehr Wasser aufnehmen, speichern und im Sommer kühlend wirken. Flächenfraß und Versiegelung werden wir mit

Begründung

Auch außerhalb der Städte ist resilienter Umgang mit Wasser wichtig. Wir brauchen nicht nur Schwamm-"Stadt", sondern auch wieder Schwamm-Landschaft!

WP-1-750 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: KV Düsseldorf
Beschlussdatum: 20.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 750 bis 751 einfügen:
das Ziel einer naturnahen Gewässerentwicklung mit Mooren, Auwäldern und Feuchtwiesen stärker als bisher in der Regional- und Bauleitplanung. Auch Deichrückverlegungen werden wir – ergänzend zum Bundesförderprogramm „Blaues Band“ - unterstützen.

Begründung

Im dichtbesiedelten NRW sind die eingedeichten Siedlungs- bzw. Nutzflächen z.T. sehr nah an die Gewässer herangerückt. Die Gefahren durch Hochwasser in Zeiten des Klimawandels werden nach wie vor unterschätzt. Der technische Hochwasserschutz durch immer höhere Deiche kommt an Grenzen. Selbst der Wiederaufbau im Ahrtal ignoriert die gerade erfahrenen Naturgewalten. Die Behörden lassen den größten Teil der ca. 6.000 von der Katastrophe betroffenen Gebäude zum Wiederaufbau zu. Dringend notwendig ist aber mehr Platz für die Ausbreitung von Hochwasser, was erforderlich macht, mögliche Deichrückverlegungen tatsächlich auch anzugehen. Darüber hinaus wäre es eigentlich auch angebracht, bestimmte jetzt noch bebaute Flächen aufzugeben, wie das in den Niederlanden als vorbeugender Hochwasserschutz geschehen ist. Aber zunächst wäre in der kommenden Legislaturperiode das Potenzial der möglichen Rückverlegungen ohne Eingriffe in Siedlungsstrukturen zu heben.

WP-1-120 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Ökologie
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 120 bis 122:
Arten- und Naturschutz zu sichern, Fairness und Teilhabe für Bürger*innen auf Augenhöhe und eine Beschleunigung und Verbesserung der Planungsverfahren gehör~~t~~en für uns beim Ausbau der Erneuerbaren zusammen.

Begründung

Geschwindigkeit bei der Planung ist weniger wichtig als hohe Planungsqualität, die dann keine langwierigen Gerichtsverfahren nach sich zieht.

WP-1-512 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Ökologie
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 512 bis 514:
alle Aktiven, die sich oft ehrenamtlich seit Jahren im Natur- und Umweltschutz einsetzen. Wir setzen ihre Forderungen um, stoppen den Flächenfraß~~[Leerzeichen]~~, renaturieren Gewässer und ihre Auen und unterstützen eine artenfreundliche Landwirtschaft, die im Einklang mit der Natur

Begründung

Es fehlt die aquatische Umwelt.

WP-1-110-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: KV Düsseldorf
Beschlussdatum: 20.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 110 bis 112:
Windenergie und Photovoltaik auf den Weg bringen. Als Teil dessen werden wir Mindestabstände für neue ~~Windenergieanlagen~~Windenergie- und Solaranlagen abschaffen und jährliche Mindest-Ausbaupfade für Windkraft und Solar festlegen. Denn von einer sicheren

Begründung

Es soll bloß die gekennzeichnete minimale Ergänzung ("und Solar") erfolgen.

NRW hat in seiner Landesbauordnung (im Gegensatz zu 14 anderen Bundesländern!) zusätzliche Mindestabstände für nicht brennbare Solardachanlagen zu Nachbardächern festgelegt. Diese reduzieren das bei enger Bebauung, vorweg auf Reihenhausdächern nutzbare Solarpotential erheblich bis massiv.

Dazu wurde auch bereits eine Petition gestartet:
https://www.change.org/p/armin-laschet-weg-mit-dem-photovoltaik-mindestabstand-in-nrw/

Weitere Informationen finden sich in folgender Argumentationshilfe dazu (siehe insb. Abschnitt Neuigkeiten):
https://drive.google.com/file/d/1WyCPJaz52L68-WI2H8Edc5-drqFME526/view?usp=sharing

WP-1-124-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Ökologie
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 124 bis 130:
Klimaschutz und Digitalisierung sind eng miteinander verwoben und werden unser Land grundlegend verändern. ~~Nur mit digitalen Mitteln werden wir unsere Gesellschaft klimaneutral umbauen können. Mit künstlicher Intelligenz und digitaler Steuerung von den Übertragungsnetzen bis in jedes Gebäude bleibt das erneuerbare Energiesystem stabil – auch wenn Millionen E-Autos geladen werden und Wärmepumpen unsere Häuser heizen.~~ Digitale Mittel sind eine wichtige Hilfe, um unsere Gesellschaft klimaneutral umzubauen. Mit künstlicher Intelligenz und digitaler Steuerung von den Übertragungsnetzen bis in jedes Gebäude bleibt das erneuerbare Energiesystem stabil. In der Industrie sind mit stärkerer Digitalisierung noch immer enorme Effizienzgewinne möglich. Gleichzeitig muss

Begründung

Diese unbelegten Behauptungen sind in ihrer Absolutheit naiv und unnötig technikverliebt.

WP-1-130 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Ökologie
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 130 bis 133:
Digitalisierung noch immer enorme Effizienzgewinne möglich. Gleichzeitig muss die Digitalisierung konsequent an Klimaneutralität ~~und~~, Nachhaltigkeit und Cybersicherheit ausgerichtet werden, damit sie ~~nicht~~weder zum Brandbeschleuniger der Klimakrise ~~wird~~noch zum Einfallstor für Kriminellewird.
Wir wollen verhindern, dass Effizienzgewinne durch den überbordenden

Begründung

Hier fehlt der unbedingt notwendige Hinweis auf das Thema "Sicherheit".

WP-1-563 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Ökologie
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 563 bis 565 einfügen:
intakte Grünflächen zu bebauen. Wir setzen auf begrünte Fassaden und Dächer, auf starke kommunale Baumschutzsatzungen, renaturierte Gewässer bis hin zu einem wirksamen Ausschluss von sogenannten Schottergärten in der Landesbauordnung. Pestizide haben in

Begründung

Es fehlt die aquatische Umwelt.

WP-1-613 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Ökologie
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 613 bis 614 einfügen:
mit Abschaltautomatik für die Erkennung von Greifvögeln oder Fledermäusen können die Tiere besser schützen. Auch bei der Beurteilung von Wasserkraftanlagen müssen die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Gewässer-, Arten- und Tierschutz angewendet werden.

WP-1-780-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Ökologie
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 780 bis 781 einfügen:
und überwachen sie systematisch. Beim Gesundheitsschutz darf es keine Lücken geben. Auf Bundesebene treten wir dafür ein, die von der WHO empfohlenen Grenzwerte auch in der EU verbindlich zu machen.

Begründung

Die WHO hat kürzlich ihre Empfehlungen für Luftgrenzwerte verschärft (PM2.5, PM10, Ozon, NO2, SO2, CO), siehe https://www.who.int/publications/i/item/9789240034228?ua=1.

WP-1-754 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Ökologie
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 754 bis 761:
Jahren des Rückschritts wieder. Derzeit blockieren viele tausend Querbauwerke, Wehre und Schwellen die Flüsse und Bäche in NRW~~. Um die Wasserkraftnutzung mit den Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie in Einklang zu bringen, müssen insbesondere kleine Wasserkraftanlagen unter ökologischen Aspekten weiterentwickelt werden. Fisch- und fließgewässerfreundliche Wasserkraftwerke sollten bevorzugt werden und können zur Verbesserung des Fließgewässers beitragen und gleichzeitig einen Beitrag zur Stromerzeugung leisten.~~ , oft sind Wasserkraftanlagen der Grund. Daher muss eine Wasserkraftnutzung – auch durch kleine Wasserkraftanlagen – den ökologischen Anforderungen des Wasserhaushaltsgesetzes, der Wasserrahmenrichtlinie, der Naturschutzrichtlinien und des Tierschutzrechtes entsprechen. Denn Klimaschutz und Artenschutz gehen nur zusammen. Verrohrte Bäche im Stadtgebiet sollten – wo möglich – offengelegt und renaturiert werden.

Begründung

Zur Klarstellung: Die Wasserkraftnutzung an Talsperren wird hiermit nicht angesprochen!

Die Formulierung dass insbesondere kleine Wasserkraftanlagen unter ökologischen Aspekten weiterentwickelt werden müssen, ist eine inhaltslose Floskel und unterläuft geltende Rechtslage. Was heißt „weiterentwickelt", mit welchem konkreten Ziel? Ohne Zielvorgabe werden bestenfalls kosmetische Änderungen umgesetzt. Das Ziel kann doch nur die Einhaltung und Umsetzung der vorhandenen Gesetze und EU-Vorgaben sein. Außerdem sagt die alte Formulierung nichts über irgendeinen Zeitraum aus – so kann man eine (unbestimmte) „Weiterentwicklung" über Jahre verschleppen, bis ggf. eine Förderung sowieso ausläuft. Sofern es hier einen zeitlichen Spielraum gibt, ist dies in den entsprechenden Gesetzen/Vorschriften enthalten.

Der letzte Satz ist ersatzlos zu streichen. Fisch – und Fließgewässer- freundliche Wasserkraftwerke kann es nicht geben, sie sind immer ein Eingriff in das Gewässer und wenn etwas weniger Fische durch das Kraftwerk sterben, sehen das höchstens die überlebenden Fische positiv. Zu einer „Verbesserung des Fließgewässers" kann ein Wasserkraftnutzung bestenfalls beitragen, wenn es vorher die Gewässerökologie stark beeinträchtigt hat und durch Änderungen etwas weniger schädlich ist. Eine Verbesserung des Fließgewässers würde eher durch die Beseitigung der Wasserkraftanlage bzw. des Querbauwerkes erfolgen!

Mit der alten Textversion würden wir uns in Fachkreisen lächerlich machen und jegliche Glaubwürdigkeit verlieren. Einige Textfragmente sind einem älteren Standpunkt der Europäischen Kommission entnommen, ohne den Gesamtzusammenhang zu berücksichtigen (war nicht für kleine Wasserkraft gedacht). In der LDK zum Thema „Sichern wir unsere Lebensgrundlagen - Natur und Umwelt konsequent schützen"wurde der kritisierte Text zwar mehrheitlich übernommen, das kann aber doch nicht heißen, dass erkennbare Fehler und missverständliche Formulierungen unverändert in das Wahlprogramm aufgenommen werden müssen. Hier ist insbesondere das nach der LDK am 4. November veröffentliche „Memorandum deutscher Fachwissenschaftler/innen zum politischen Zielkonflikt Klimaschutz versus Biodiversitätsschutz bei der Wasserkraft" zu berücksichtigen, das in bisher einmaliger, übergreifender Form das Thema Wasserkraft darstellt. Das ist nicht irgendein Papier, sondern eine Fachexpertise von allem, was Rang und Namen hat und den entsprechenden

Institutionen (bis hin zum Sachverständigenrat für Umweltfragen SRU des Bundestages). Wir wären gut beraten, dieses Memorandum 1:1 in unserem Wahlprogramm zu berücksichtigen!

WP-1-625 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Ökologie
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 625 bis 627 einfügen:
eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung, damit der Umweltschutz nicht an unterbesetzten Behörden scheitert. Mit gezielten Kampagnen und finanziellen Anreizen unterstützen wir die Gewinnung von Fachkräften. „Grüne Telefone“ als unabhängige

Begründung

Der Umweltverwaltung in NRW mangelt es auch deshalb an qualifizierten Fachkräften und schlagkräftigem Führungspersonal, weil die entsprechenden Stellen zu unattraktiv sind. Ingenieur*innen, Naturwissenschaftler*innen und andere Fachkräfte werden in der Umweltverwaltung i.d.R. erheblich schlechter bezahlt als in entsprechenden Berufen in der Privatwirtschaft und als andere akademische Berufe im öffentlichen Dienst.

WP-1-518 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Ökologie
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 518 bis 520:
Vielfalt endlich vom Reden ins Handeln. Für eine verlässliche und zielgerichtete Umsetzung sind die ~~44~~40 Biologischen Stationen im Land bestens geeignet. Wir wollen sie besser ausstatten und vernetzen, sowohl untereinander als auch mit

Begründung

Anpassung an aktuelle Zahl.

WP-1-537 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Ökologie
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 537 bis 539:
Grund schaffen wir einen übergreifenden Biotopverbund für Nordrhein-Westfalen. Hier bilden struktur- und artenreiche Wiesen, Weiden, ~~Gewässerrandstreifen~~ Gehölze, Gewässersysteme und andere ~~Strukturen~~Biotoptypen ein Netz~~,~~ [Leerzeichen]in dem die Ausbreitung und Wanderung von Arten und deren genetischer Austausch

Begründung

Ein Biotopverbund beispielsweise von Intensivgrünland ist noch kein Gewinn - wichtig ist ihren Strukturreichtum und die Artenvielfalt etc. zu berücksichtigen.

WP-1-540 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Ökologie
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 540 bis 542 einfügen:
gewährleistet wird. Wo immer es möglich ist, müssen Schutzgebiete verbunden und solche größeren Biotop-Systeme hergestellt werden. Ein Biotopverbund beispielsweise von Intensivgrünland ist noch kein Gewinn - wichtig ist ihren Strukturreichtum und die Artenvielfalt etc. zu berücksichtigen. Wir schützen wertvolle Lebensräume durch eine Pestizidminderungsstrategie für alle Flächen, ein Verbot

Begründung

Aktuell ist die Ausweisung von Biotopverbundsystemen planungsrechtlich ein zahnloser Tiger. Um ausgewiesene Biotopverbundsysteme dauerhaft zu erhalten, muss im Planungsrecht ein Prüfungsvorbehalt eingebaut werden, der belegen muss, das eine geplante Bebauung die Funktionsfähigkeit des Verbundsystems nicht beeinträchtigt.

WP-1-520-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Ökologie
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 520 bis 521 einfügen:
wollen sie besser ausstatten und vernetzen, sowohl untereinander als auch mit dem Zentrum für Biodiversitätsmonitoring in Bonn. Zugleich wollen wir die Naturschutzverbände als wichtige zivilgesellschaftliche Gruppe stärken und sie als Handelnde im Naturschutz deutlich besser unterstützen.

Begründung

Neben den Biologischen Stationen sollten auch andere Akteuren berücksichtigt werden, insbesondere wenn es um die Umsetzung und den Abruf von Drittmitteln geht.

WP-1-536 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Ökologie
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 536 bis 538 einfügen:
Siedlungen zertrennt werden, ist die Belastung für die Tierwelt groß. Aus diesem Grund schaffen wir einen übergreifenden Biotopverbund für Nordrhein-Westfalen. Naturschutz wird aktuell defensiv und am Restbestand orientiert umgesetzt. Die Grünen stehen angesichts des massiven Artensterbens für eine Neuorientierung der Naturschutzpolitik. Die Landschaftsplanung soll daher zu einem aktiven Planungsinstrument ausgebaut werden. Die Flächen, die zusätzlich benötigt werden, um die bedrohten Arten in den sogenannten "guten Erhaltungszustand" zu versetzen, sollen abgegrenzt und nach und nach zu einem kohärenten Schutzgebietsnetz aufgebaut werden. Dafür ist die Landschaftsplanung deutlich zu stärken, der Schutzstatus der Biotopverbundflächen anzuheben und der Naturschutz mit einem wirksamen Vorkaufsrecht auszustatten. Von besonderem Wert sind bei diesem Konzept die Bach- und Flussauen, da hier Naturschutz, Biotopverbund und Hochwasservorsorge optimal zusammen aufgebaut werden können. Hier bilden Wiesen, Weiden, Gewässerrandstreifen und andere Strukturen ein Netz,

WP-1-6 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 6 bis 7 einfügen:
Klimakatastrophe und des Artensterbens noch abwenden. Dafür braucht die Klima- und Umweltpolitik NRW einen echten Neustart. Um die Brisanz der Klimakrise zu verdeutlichen, werden wir den Klimanotstand für Nordrhein-Westfalen ausrufen.

Begründung

erfolgt mündlich

WP-1-48 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 48 bis 49:
Nordrhein-Westfalen kann auf den 1,5-Grad-Pfad kommen und bis ~~2040~~2035 klimaneutral werden.
Dafür leiten wir die wichtigsten Maßnahmen mit einem Klimaschutz-

Begründung

erfolgt mündlich

WP-1-53 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 53 bis 55 einfügen:
was es verspricht. Mit klar definierten jährlichen Zielen für jeden Sektor und verpflichtenden Plänen, wie sie erreicht werden sollen. Zudem schaffen wir ein neu zu gründendes Klimaschutzministerium mit umfassenden Befugnissen, Nordrhein-Westfalen auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Ein Klima-Sachverständigenrat überwacht die Erreichung der Ziele. Kommunen statten wir mit

Begründung

erfolgt mündlich

WP-1-157 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 157 bis 160:
enormen Einschnitt in jede einzelne Biografie bedeutet. Wir lassen aber niemanden damit allein, sondern stellen sicher, dass für die Beschäftigten der fossilen Industrien neue Jobs mit vergleichbaren Tarifbedingungen geschaffen werden. Eine solche Status-Garantie gibt die notwendige Sicherheit, um optimistisch auf den Wandel blicken zu können. Zudem werden wir diese Menschen durch Instrumente wie das Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld dabei unterstützen, sich für zukunftsfähige Arbeitsfelder ~~fit zu machen~~weiterzubilden.

Begründung

erfolgt mündlich

WP-1-166 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 166 bis 168:
Braunkohleabbaus bis 2030. Wir stellen hierbei Menschen und Klimaschutz ins Zentrum, ~~damit~~ und stellen sicher, dass alle Dörfer bleiben. Zudem sichern wir den sozialen Frieden in der Region mit einem Rückkehrrecht für bereits umgesiedelte Personen. Mit einem Abrissmoratorium werden wir eine weitere sinnlose Zerstörung von Infrastruktur und Heimat verhindern. Auch die in

Begründung

erfolgt mündlich

WP-1-178 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 178 bis 180 einfügen:
Kohleausstieg nicht aus der Verantwortung für eine ordnungsgemäße Rekultivierung und die Ewigkeitskosten des Braunkohleabbaus stehlen kann. Flächen im Besitz von RWE, die nicht mehr für die Tagebaue in Anspruch genommen werden, wollen wir in Gemeineigentum überführen. Die Planungen für die Versorgung der Feuchtgebiete und die Befüllung der Tagebau-Rest-Seen mit Wasser

Begründung

erfolgt mündlich

WP-1-196 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 196 bis 199:
wir Mieterstromprojekte besonders unterstützen. Wir werden die öffentlichen Gebäude von Land und Kommunen zu Klima-Vorbildern machen und ~~so schnell wie möglich alle~~bis spätestens 2028 80% der geeigneten Dachflächen ~~vollständig nutzen~~mit Solar ausstatten. Auch auf Gewerbegebäuden und Neubauten werden Solaranlagen mit uns schnell zum Standard. Perspektivisch

Begründung

erfolgt mündlich

WP-1-22-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 24.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 22 bis 24:
Klimaschutz-Sofortprogramm schlagen wir jetzt die Pflöcke ein, um unser Land bis ~~2040~~2035 klimaneutral zu machen und auf den 1,5°C-Pfad des Pariser Klimaabkommens zu kommen. Der Kohleausstieg bis 2030 gehört genauso zu unserem Plan wie ein

Begründung

Das Jahr 2040 als Zielmarke zur Erreichung der Klimaneutralität ist zu spät für das Erreichen des 1,5°C-Ziels. Um dem im Pariser Klimaabkommen formulierten 1,5°C-Ziel gerecht zu werden, muss Nordrhein-Westfalen bereits 2035 Klimaneutralität anstreben.

Die 1,5 Grad Machbarkeitsstudie des Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie besagt ganz klar „Für Deutschland bleibt … ab dem Jahr 2020 noch ein Restbudget von 4,2 Gt CO2 … Das Einhalten dieser Zielmarke ist nur dann zu erreichen, wenn Deutschland bis etwa zum Jahr 2035 CO2-neutral wird und dies auch nur dann, wenn die Emissionen schon in den unmittelbar vor uns liegenden Jahren besonders stark sinken." (Quelle: https://fridaysforfuture.de/wp-content/uploads/2020/10/FFF-Bericht_Ambition2035_Endbericht_final_20201011-v.3.pdf)

Die Landtagsfraktion hat für die Erreichung der Klimaneutralität eigens eine Metastudie in Auftrag gegeben. Doch auch diese Studie schreibt: „Würde das Budget der Welt [für das Erreichen des 1,5 Grad Ziels, Anm. d. Red.] nach Einwohnerzahl aufgeteilt, stünde Deutschland etwa ein Prozent zu. Dann müsste Deutschland und damit auch NRW bereits 2028 klimaneutral werden.“ (Quelle: https://gruene-fraktion-nrw.de/wp-content/uploads/2021/06/Handbuch-Klimaschutz-NRW-Final.pdf (Seite 3))

Die von der Landtagsfraktion in Auftrag gegebene Studie rechnet aufgrund der Annahme, dass die weltweit noch erlaubten Emissionen pro Kopf der Bevölkerung nicht gleichermaßen verteilt werden, mit einem für Deutschland nicht 1,5°C konformen CO2 Budget. „Auf Basis der Studien halten wir es für darstellbar, dass Deutschland einen Pfad verfolgt, mit dem es bis … 2040 klimaneutral wird. Damit ergeben sich Restemissionen von etwa 6.600 MtCO2eq ab 2020. Dafür benötigt allerdings jede*r Deutsche ein Restbudget, das knapp 1,9-mal so groß ist wie das, was einem Menschen global betrachtet durchschnittlich eigentlich noch zur Verfügung steht.“ (Quelle: https://gruene-fraktion-nrw.de/wp-content/uploads/2021/06/Handbuch-Klimaschutz-NRW-Final.pdf (Seite 315))

“Insgesamt legen die Analysen in dieser Studie nahe, dass das Erreichen von CO2- Neutralität bis zum Jahr 2035 aus technischer und ökonomischer Sicht zwar extrem anspruchsvoll wäre, grundsätzlich aber möglich ist.” (Quelle: https://fridaysforfuture.de/wp-content/uploads/2020/10/FFF-Bericht_Ambition2035_Endbericht_final_20201011-v.3.pdf)

Sowohl die Studie des Wuppertaler Institus, als auch die von der Landtagsfraktion in Auftrag gegebene Studie kommen zum Schluss, dass das Jahr 2040 zu spät ist, um auf den 1,5°C Pfad zu gelangen. Da wir uns von Klimawissenschaftler*innen und Fridays For Future nicht wieder vorwerfen lassen wollen (zurecht) kein 1,5°C konformes Wahlprogramm zu haben, benötigen wir diesen Änderungsantrag.

WP-1-199 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 199 bis 201 einfügen:
und Neubauten werden Solaranlagen mit uns schnell zum Standard. Perspektivisch muss jedes geeignete Dach eine Solaranlage zieren. Pachtmodelle und Energiegenossenschaften können hier unterstützend wirken, denn nicht jede*r möchte oder kann selbst in eine Anlage

WP-1-301 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 301 bis 304:
überschätzt. Denn Erdgas hat gegenüber Kohle kaum Klimavorteile, wenn Leckagen bei Förderung und Transport berücksichtigt werden. ~~Zudem binden uns neue Kraftwerke und Pipelines wegen der hohen Baukosten für mehrere Jahrzehnte daran.~~ Deswegen wollen wir bis spätestens 2035 aus der Nutzung von Erdgas aussteigen. Daher werden wir dafür sorgen, dass neue Gaskraftwerke nur dort gebaut werden,

Begründung

erfolgt mündlich

WP-1-48-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 24.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 48 bis 49:
Nordrhein-Westfalen kann auf den 1,5-Grad-Pfad kommen und bis ~~2040~~2035 klimaneutral werden. Dafür leiten wir die wichtigsten Maßnahmen mit einem Klimaschutz-

Begründung

Das Jahr 2040 als Zielmarke zur Erreichung der Klimaneutralität ist zu spät für das Erreichen des 1,5°C-Ziels. Um dem im Pariser Klimaabkommen formulierten 1,5°C-Ziel gerecht zu werden, muss Nordrhein-Westfalen bereits 2035 Klimaneutralität anstreben.

Die 1,5 Grad Machbarkeitsstudie des Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie besagt ganz klar „Für Deutschland bleibt … ab dem Jahr 2020 noch ein Restbudget von 4,2 Gt CO2 … Das Einhalten dieser Zielmarke ist nur dann zu erreichen, wenn Deutschland bis etwa zum Jahr 2035 CO2-neutral wird und dies auch nur dann, wenn die Emissionen schon in den unmittelbar vor uns liegenden Jahren besonders stark sinken." (Quelle: https://fridaysforfuture.de/wp-content/uploads/2020/10/FFF-Bericht_Ambition2035_Endbericht_final_20201011-v.3.pdf)

Die Landtagsfraktion hat für die Erreichung der Klimaneutralität eigens eine Metastudie in Auftrag gegeben. Doch auch diese Studie schreibt: „Würde das Budget der Welt [für das Erreichen des 1,5 Grad Ziels, Anm. d. Red.] nach Einwohnerzahl aufgeteilt, stünde Deutschland etwa ein Prozent zu. Dann müsste Deutschland und damit auch NRW bereits 2028 klimaneutral werden.“ (Quelle: https://gruene-fraktion-nrw.de/wp-content/uploads/2021/06/Handbuch-Klimaschutz-NRW-Final.pdf (Seite 3))

Die von der Landtagsfraktion in Auftrag gegebene Studie rechnet aufgrund der Annahme, dass die weltweit noch erlaubten Emissionen pro Kopf der Bevölkerung nicht gleichermaßen verteilt werden, mit einem für Deutschland nicht 1,5°C konformen CO2 Budget. „Auf Basis der Studien halten wir es für darstellbar, dass Deutschland einen Pfad verfolgt, mit dem es bis … 2040 klimaneutral wird. Damit ergeben sich Restemissionen von etwa 6.600 MtCO2eq ab 2020. Dafür benötigt allerdings jede*r Deutsche ein Restbudget, das knapp 1,9-mal so groß ist wie das, was einem Menschen global betrachtet durchschnittlich eigentlich noch zur Verfügung steht.“ (Quelle: https://gruene-fraktion-nrw.de/wp-content/uploads/2021/06/Handbuch-Klimaschutz-NRW-Final.pdf (Seite 315))

“Insgesamt legen die Analysen in dieser Studie nahe, dass das Erreichen von CO2- Neutralität bis zum Jahr 2035 aus technischer und ökonomischer Sicht zwar extrem anspruchsvoll wäre, grundsätzlich aber möglich ist.” (Quelle: https://fridaysforfuture.de/wp-content/uploads/2020/10/FFF-Bericht_Ambition2035_Endbericht_final_20201011-v.3.pdf)

Sowohl die Studie des Wuppertaler Institus, als auch die von der Landtagsfraktion in Auftrag gegebene Studie kommen zum Schluss, dass das Jahr 2040 zu spät ist, um auf den 1,5°C Pfad zu gelangen. Da wir uns von Klimawissenschaftler*innen und Fridays For Future nicht wieder vorwerfen lassen wollen (und zurecht) kein 1,5°C konformes Wahlprogramm zu haben, benötigen wir diesen Änderungsantrag.

WP-1-850 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 24.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 850 bis 852:
Generationen und in die Landwirtschaft der Zukunft gelingt. Bestehende Programme zum Umbau der Tierhaltung hin zu mehr ~~Tierwohl~~Tiergerechtigkeit sind für viele kleine Unternehmen durch zu hohe Anforderungen versperrt. Statt umzubauen, geben so viele Betriebe

Begründung

Tierwohl ist ein Kampfbegriff der Massentierhaltungsindustrie.

WP-1-356 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 356 bis 358:
finanziertes Bürger*innenticket für ganz NRW ein. Den Anfang macht das kostenlose Ticket für Schüler*innen ~~und~~, junge Menschen bis 18 Jahre und Empfänger*innen von Sozialleistungen. Wir senken den Preis für das landesweite Azubiticket und bauen soziale Angebote aus. Städte

Begründung

erfolgt mündlich

WP-1-369 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 369 bis 372:
beseitigen. Stilllegungen und Entwidmungen von Bahnstrecken soll es nicht mehr geben. Damit das klappt, ~~verdoppeln~~erhöhen wir die pro-Kopf-Investitionen auf 300 Euro in Bus, Bahn, Schiene und Stationen. Städte und Kreise verpflichten und unterstützen wir dabei, selbst verkehrsträgerübergreifend in moderne Verkehrswege zu investieren. Die

Begründung

erfolgt mündlich

WP-1-371-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 371 bis 373 einfügen:
Schiene und Stationen. Städte und Kreise verpflichten und unterstützen wir, selbst verkehrsträgerübergreifend in moderne Verkehrswege zu investieren. Dazu gehören auch autofreie Innenstädte und unsere Vision völlig autofreier Städte als Modellprojekte.

Begründung

erfolgt mündlich

WP-1-262 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	Kreisverband Wuppertal
Beschlussdatum:	20.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 262 bis 266:
Häuser gedämmt werden, reicht nicht aus. Wir verdreifachen die Sanierungsrate. Damit Land und Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen~~, werden wir bis 2030~~ wird ein Konzept erstellt, damit alle Landesliegenschaften energetisch ~~sanieren~~saniert werden und wir
setzen auf ambitionierte Standards für öffentliche Neubauten. Nur so ist das gesetzliche Ziel einer klimaneutralen Landesverwaltung 2030 noch zu schaffen. Selbstverständlich werden alle Dächer mit Solaranlagen ausgestattet.

Begründung

Fridays for Future Wuppertal wies darauf hin, dass auf den Uni-Gebäuden in Wuppertal bisher keine Solaranlagen installiert sind. Der BLB sieht offenbar bisher keine Notwendigkeit. Dabei sollte er Vorreiter sein. Es ist absolut notwendig, alle verfügbaren Dächer mit Solaranlagen auszustatten, um das Ziel Klimaneutralität 2035 zu erreichen.

WP-1-248 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Martina Witzel (KV Aachen)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 248 bis 250 einfügen:
Energieversorgung neuen Schwung. So profitieren möglichst viele Menschen von günstiger Energie. Die breit akzeptierte und bekannte Unternehmensform der Genossenschaft hat sich in diesem Bereich in Form zahlreicher Bürgerenergiegenossenschaften seit Jahren bewährt und soll in Zukunft eine noch wichtigere Rolle spielen.Bürger*innen-Projekte bei Wind- und Solarparks unterstützen wir bei der Projektentwicklung mit einem neuen Bürgerenergiefonds. Mit einem

Begründung

Genossenschaftlich organisierte Unternehmen sind vielen Menschen bekannt, durch die vielen Volks- und Raiffeisenbanken sowie auch die Sparda-Banken. Die ersten davon wurden vor über 150 Jahren gegründet. Die Unternehmensform "Genossenschaft" ist etabliert, akzeptiert, beruht nicht auf "Großkapital", sondern ermöglicht vielen Menschen eine Beteiligung, oft zu sehr geringen Beträgen. Auch im Energiebereich funktioniert das sehr gut, wie zahlreiche Bürgerenergiegenossenschaften zeigen. Und erleichtert hier erheblich die Akzeptanz von Erneuerbaren. Möglicherweise könnte man sie noch unterstützen, durch Bürokratieabbau o.Ä.
Zudem handelt es sich dabei nicht um irgendwas Gefördertes oder Subventioniertes, sondern um ganz normale "freie Wirtschaft".

Unterstützer*innen

Christa Stiller-Ludwig (KV Hagen); Klaus Lüdemann (KV Wuppertal); Thomas Reimann (KV Soest); Hans-Christian Hierweck (KV Unna); Markus Auerbach (KV Rhein-Berg); Andreas Werner (KV Aachen); Eva Miriam Fuchs (KV Wuppertal); Matthias Werny (KV Dortmund); Marietheres Mimberg (KV Aachen); Philipp Meyer (KV Mülheim)

WP-1-407 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Martina Witzel (KV Aachen)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 407 bis 409 einfügen:
sorgen dafür, dass Fahrräder auch in Bussen und Bahnen bequem und gratis mitgenommen werden können. Die Anschaffung von Lastenrädern soll nicht nur für den gewerblichen Bereich, sondern auch für private Haushalte gefördert werden. Straßenbau- und -sanierungsmaßnahmen ohne Zusatznutzen für einen sicheren und besseren Radverkehr wird es mit den Grünen

Begründung

„Fahrrad“ als Oberbegriff schließt zwar strenggenommen das Lastenrad mit ein, wird aber häufig doch noch als herkömmliches Fahrrad verstanden. Daher ist es sinnvoll, das Lastenrad explizit zu nennen. Wer das Lastenrad benutzt, lässt dafür häufig das Auto stehen. Zukünftige Untersuchungen werden zeigen, ob die Anschaffung eines Lastenrades sogar den Kauf eines Zweit- oder Dritt-Pkw's verhindert.

Unterstützer*innen

Christa Stiller-Ludwig (KV Hagen); Klaus Lüdemann (KV Wuppertal); Thomas Reimann (KV Soest); Hans-Christian Hierweck (KV Unna); Markus Auerbach (KV Rhein-Berg); Andreas Werner (KV Aachen); Eva Miriam Fuchs (KV Wuppertal); Matthias Werny (KV Dortmund); Marietheres Mimberg (KV Aachen); Philipp Meyer (KV Mülheim)

WP-1-354-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG MoVe
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 354 bis 356:
getakteter Busverkehr im Regelbetrieb kaum genutzt wird. Wir beenden das Tarifchaos und führen ~~in den nächsten zehn Jahren~~mittelfristig und schrittweise ein solidarisch finanziertes Bürger*innenticket für ganz NRW ein. Den Anfang macht das

Begründung

erfolgt mündlich

WP-1-376 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG MoVe
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 376 bis 378 einfügen:
ob wichtige neue Infrastruktur zukünftig von einer Landesverkehrsgesellschaft geplant und unterhalten wird. Gemeinsam mit den Zweckverbänden wollen wir eine landesweite Verkehrsgesellschaft schaffen, die in der Lage ist, Verkehrsleistungen zu erbringen, um die Abhängigkeit von Eisenbahnverkehrsunternehmen zu verringern. Für uns Grüne hat dabei der effektive Schutz vor Lärm und Schadstoffen Priorität. Darum wollen wir die Elektrifizierung heutiger

Begründung

Die laufenden Verkehrsverträge mit den Eisnebahnverkehrsunternehmen sind nicht auskömmlich. Sie fordern Nachbesserungen. Die Insolvenz von Abellio hat die Zweckverbände und das Land in ein Dilemma gebracht, sehr ungünstige Neuverträge abschließen zu müssen, wenn der Verkehr nicht eingestellt werden soll. Mit einer landeweiten Verkehrsgesellschaft bestünde die Möglichkeit per Inhouse-Vergabe anders auf den Druck zu reagieren und sich nicht erpressen zu lassen.

WP-1-356-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 24.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 356 bis 358 einfügen:
finanziertes Bürger*innenticket für ganz NRW ein. Den Anfang macht das kostenlose Ticket für Schüler*innen und junge Menschen bis 18 Jahre sowie Menschen, die einen Freiwilligendienst leisten. Wir senken den Preis für das landesweite Azubiticket und bauen soziale Angebote aus. Städte

Begründung

Menschen, die einen Freiwilligendienst leisten, erbringen einen wichtigen Dienst für die Gemeinschaft. Da sie für diesen Einsatz nur eine sehr geringe Aufwandsentschädigung bekommen, ist ein kostenloses Ticket eine große Unterstützung für sie. Außerdem unterstützt es mehr Menschen dabei, sich auf nachhaltige Weise fortzubewegen.

WP-1-385 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG MoVe
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 385 bis 388:
leistungsstarkes und emissionsfreies Busangebot im ganzen Land investieren. Bis 2025 werden wir ~~50~~flächendeckend regionale Schnellbuslinien schaffen und so für alltagstaugliche, verlässliche ~~Land-Stadt-~~Verbindungen zu allen Städten und Gemeinden und – wo entsprechende Angebote fehlen – auch zwischen den verschiedenen Ballungsräumen sorgen. Um auch

Begründung

50 Schnellbusse zusätzlich landesweit erscheint wenig. Der NVR hat bereits ca. 15 geschaffen. Es geht außerdem nicht nur um "Stadt-Land-Verbindungen", sondern auch um die ländlichen Räume untereinander.

WP-1-388 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG MoVe
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 388 bis 391:
Angebote fehlen – auch zwischen den verschiedenen Ballungsräumen sorgen. Um auch zu Stoßzeiten schnelle Verbindungen zu gewährleisten, ~~werden~~wollen wir dem Vorbild anderer Länder folgen und wo möglich Autobahnstandstreifen für Linienbusse öffnen. Die Beschaffung von emissionsfreien Bussen werden wir durch attraktive

Begründung

Zuständig ist hier m.E. nicht das Land. Deshalb kein "werden wir".

Außerdem geht das aus Sicherheitsgründen lange nicht überall, muss immer im Einzelfall geprüft werden.

WP-1-167 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Antje Grothus (KV Rhein-Erft-Kreis)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 167 bis 169 einfügen:
Zentrum, damit alle Dörfer bleiben. Mit einem Abrissmoratorium werden wir eine weitere sinnlose Zerstörung von Infrastruktur und Heimat verhindern.Wir setzen uns darüberhinaus ein für die besitzseitige Erhaltungs- und Instandhaltungspflicht des Gebäude-Bestandes und der gewachsenen dörflichen Strukturen und eine Nachnutzung für den unter Druck stehenden Wohnungsmarkt. Bereits umgesiedelte Menschen sollen ein Vor- und Rückkaufsrecht erhalten. Bei der Entwicklung der Dörfer zu lebenswerten und zukunftsfesten Dörfern der Zukunft sollen die verbliebenen Anwohner*innen bevorzugt Mitspracherechte erhalten und für die Anpassung an die Klima-Neutralität Mittel vom Land bereitgestellt werden.
Wir tragen zur Verbesserung der Lebensqualität in allen Tagebauranddörfern bei. Dazu gehören die Minimierung der Auswirkungen der laufenden Tagebaubetriebe u.a. durch einen Mindestabstand von mindestens 1.000 Metern zwischen Wohngebäuden und dem Tagebau.
Um den Kohleausstieg für alle sozial verträglich zu gestalten, setzen wir uns für die Abschaffung von Zwangsumsiedlungen und Enteignungen für Kohle, Sand und Kies ein.

Begründung

Jahrzehntelang wurden die Rechte der vom Braunkohletagebau betroffenen Menschen mit Füßen getreten. Ca. 45.000 Menschen wurden aus ihrem Zuhause vertrieben und an die 125 Ortschaften und Höfe, und damit alte gewachsene Siedlungsstrukturen zertört. Grubenrandanrainer*innen leiden unter entsetzlichen Beeinträchtigungen und gesundheiltichen Bealstungen, da die Abstände zu den Tagebauen teilweise nur 200 Meter betragen müssen (halbe Abteuftiefe). Wir haben die Pflicht die Tagebaurandkommunen bei der Reaktivierung zu unterstützen und eine hohe Lebensqualität sicherzustellen. Grubenrandkoalitionen und andere aktive Gruppen haben im Leitentscheidungsprozess plausibel begründet und dargelegt, dass die Grubenranddörfer, aber auch Feldhöfe(Eggerather Hof, Roitzer Hof), größere Abstände zum Grubenrand benötigen, um die Menschen bestmöglich zu schützen.

Die detaillierten Forderung zur Reaktivierung und Wiederbelebung sind vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die im Dorf Morschenich gemacht wurden, essentiell. Dort lässt RWE die Häuser verfallen, sie werden nicht mehr geheizt, es werden keine Reparaturen (Abflussrohre, defekte Dachfenster etc.) mehr vorgenommen, so dass die Häuser irgendwann als nicht mehr "verkehrssicher" eingestuft werden und abgerissen werden müssen. Die Sicherungspflicht der Immobilien nimmt RWE in die Pflicht, sichert Wohnraum und verhindert einen flächendeckenden Abriss um in den Dörfern große Gewerbgegebiete entstehen zu lassen.

Unterstützer*innen

Lilo Schmitz (KV Rhein-Erft-Kreis); Isabel Elsner (KV Düren); Yvonne Elisabeth Anna Zimmermann (KV Rhein-Erft-Kreis); Martin Bender (KV Rhein-Erft-Kreis); Britta Bojung (KV Rhein-Erft-Kreis); Bela Kassan (KV Rhein-Erft-Kreis); Marion Küke (KV Rhein-Erft-Kreis); Anne Klein (KV Rhein-Erft-Kreis); Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (KV Bielefeld); Irmgard Pehle (KV Herford)

WP-1-389 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG MoVe
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 389 bis 391 einfügen:
zu Stoßzeiten schnelle Verbindungen zu gewährleisten, werden wir dem Vorbild anderer Länder folgen und Autobahnstandstreifen für Linienbusse öffnen. Kommunen sollen außerdem bei der Einrichtung von Busspuren und Vorrangschaltungen stärker unterstützt werden. Die Beschaffung von emissionsfreien Bussen werden wir durch attraktive

Begründung

Busse bilden an vielen Orten das Rückgrat des ÖPNVs.

Damit die Schnellbusse auch innerhalb der Stadt schnell und zuverlässig vorran kommen, sind eigene Spuren und gute Vorrangschaltungen unerlässlich.

WP-1-286 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Gerhard Klünder (KV Warendorf)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 286 bis 288 löschen:
dieser Steuer an die Menschen rückverteilt werden. Dadurch haben insbesondere Haushalte mit geringerem Einkommen ~~am Ende des Jahres~~ einen finanziellen Vorteil. Werden Mehrfamilienhäuser energetisch saniert, geht dies noch zu oft zu

Begründung

In der Diskussion zum Klimageld während der Bundestagswahl hat Robert Habeck klargestellt, dass das Geld am Anfang des Jahres ausgezahlt werden soll. „Am Ende des Jahres ist zwar nicht wirklich falsch, kann aber wieder zu Irritationen führen.

Unterstützer*innen

Katja Behrendt (KV Warendorf); Anna Lena Laumann (KV Warendorf); Marian Husmann (KV Warendorf); Jürgen Blümer (KV Warendorf); Britta Sporket (KV Warendorf); Peter Spieker (KV Warendorf); Marcus Behrendt (KV Warendorf); Tatjana Scharfe (KV Warendorf); Anja Beiers (KV Warendorf); Ali Bas (KV Warendorf); Hedwig Tarner (KV Warendorf); Jessica Wessels (KV Warendorf); Raphaela Blümer (KV Warendorf); Elisabeth Hollenhorst (KV Warendorf); Sabine Grohnert (KV Warendorf); Valeska Grap (KV Warendorf); Stephanie Holtmann (KV Warendorf); Madelaine Valeska Grap (KV Warendorf); Michael Brandherm (KV Warendorf); Bernhard Meyer (KV Warendorf); Karl Stelthove (KV Warendorf)

WP-1-491 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG MoVE
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 491 bis 494 löschen:
wird großes bewegt. Wir machen auch den Schwerlastverkehr nachhaltig, indem wir alle Technologien und Antriebe fördern, die dazu geeignet sind. ~~Gas-LKW werden längst in Serie hergestellt, auch~~ Batterie-LKW's gibt es schon auf nordrhein-westfälischen Straßen und als Modellprojekte fahren die erste Busse und LKW

Von Zeile 497 bis 499:
wir all diese Antriebe, um auch in NRW für jedes Nutzfahrzeug die beste Lösung zu finden. ~~Neben~~Als Brückentechnologie werden für eine begrenzte Zeit weiterhin auch Gas-LKW benöigtNeben dem Ausbau der grünen Wasserstoffwirtschaft werden wir gemeinsam mit anderen Bundesländern und dem Bund auch den Ausbau von

Begründung

Gas LKW werden nur noch für begrenzte Zeit als Brückentechnologie eine Rolle im gewerblichen Straßengüterverkehr spielen. Heute noch eine Förderung von Gas-LKW für die Zukunft in Aussicht zu stellen (wie implizit in der ursprünglichen Formulierung der Fall), schafft neue Pfadabhängigkeiten. So verzögert sich die Antriebswende im Güterverkehr. Studien der Agora Verkehrswende, des Ökoinstituts und des International Council on Clean Transportation zeigen deutlich, dass die Klimabilanz eines mit Erdgas betriebenen Fahrzeugs über den gesamten Lebenszyklus nur unwesentlich besser ist, als die eines Diesel-betriebenen Fahrzeugs.

Mit Oberleitungen, Batterietechnologie und (grünem!) Wasserstoff stehen bereits heute klimaneutrale Antriebe im Güterverkehr mit Zukunftspotenzial zur Verfügung. Grüne Verkehrspolitik sollte sich in der Förderung auf diese zukunftsfähigen Technologien konzentrieren.

Hintergrundinfos:

International Council on clean transportation; Öko-Institut e.V. (2020): Decarbonization of on-road freight transport and the role of LNG from a German perspective. Online unter: https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/LNG-in-trucks.pdf

Agora Verkehrswende (2020): Klimabilanz von strombasierten Antrieben und Kraftstoffen. Online abrufbar unter: https://www.agora-verkehrswende.de/fileadmin/Projekte/2019/Klimabilanz_Batteriefahrzeugen/32_Klimabilanz_strombasierten_Antrieben_Kraftstoffen_WEB.pdf

WP-1-488 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG MoVE
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 488 bis 489 löschen:

Oberleitungen, Wasserstoff, ~~grüne Biotreibstoffe~~ und Batterien: Für jeden Laster der passende Antrieb

Begründung

Biotreibstoffe werden nur noch für begrenzte Zeit als Brückentechnologie eine Rolle im gewerblichen Straßengüterverkehr spielen. Der Wirkungsgrad von Biotreibstoffen ist sehr gering und hier bestehen Zielkonflikte mit nachhaltiger Landnutzung, Nahrungsmittelproduktion und Energienutzung.

Mit Oberleitungen, Batterietechnologie und (grünem!) Wasserstoff stehen bereits heute klimaneutrale Antriebe im Güterverkehr mit Zukunftspotenzial zur Verfügung. Grüne Verkehrspolitik sollte sich in der Förderung auf diese zukunftsfähigen Technologien konzentrieren.

WP-1-507 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Gerhard Klünder (KV Warendorf)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 507 bis 510:
streift, spürt es: Mit den Pflanzen und Tieren gehen über Jahrtausende gewachsene wertvolle Lebensräume unwiederbringlich verloren. ~~Natur, die auch uns erhält und~~Das Artensterben ist neben der Klimakrise das ~~Klima schützt~~zweite Problem mit dem Potenzial, unsere Lebensgrundlagen zu zerstören und den Fortbestand unserer Gesellschaften in Frage zu stellen. Der Erhalt der Biodiversität braucht unsere höchste Aufmerksamkeit.

Begründung

Das wird ansonsten in dieser Deutlichkeit im Programm nicht gesagt.

Unterstützer*innen

Katja Behrendt (KV Warendorf); Anna Lena Laumann (KV Warendorf); Marian Husmann (KV Warendorf); Jürgen Blümer (KV Warendorf); Ursula Mindermann (KV Warendorf); Britta Sporket (KV Warendorf); Peter Spieker (KV Warendorf); Marcus Behrendt (KV Warendorf); Tatjana Scharfe (KV Warendorf); Hedwig Tarner (KV Warendorf); Ali Bas (KV Warendorf); Anja Beiers (KV Warendorf); Jessica Wessels (KV Warendorf); Elisabeth Hollenhorst (KV Warendorf); Sabine Grohnert (KV Warendorf); Valeska Grap (KV Warendorf); Stephanie Holtmann (KV Warendorf); Michael Brandherm (KV Warendorf); Bernhard Meyer (KV Warendorf); Karl Stelthove (KV Warendorf)

WP-1-444 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG MoVE
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 445 bis 449:
ohne den Bund – für mehr Sicherheit auf nordrhein-westfälischen Straßen sorgen. ~~Neben einem Sicherheitstempo von 130 km/h auf unseren Autobahnen werden wir auch das grüne Modell eines Regeltempos von 30 km/h innerhalb geschlossener Ortschaften umsetzen. Städte und Kreise~~Wir setzen uns weiter dafür ein, dass auf Autobahnen und außerorts die Höchstgeschwindigkeiten herabgesetzt werden. Wir wollen, dass Städte und Gemeinden das grüne Modell eines Regeltempos von 30 km/h innerhalb geschlossener Ortschaften umsetzen können. Kommunen können dann selbstständig entscheiden, wo im begründeten Ausnahmefall weiter Tempo 50 gelten soll. Das sorgt nicht nur

Begründung

Auch hier Zuständigkeiten Bund/Land klargestellt. Zudem eine Formulierung gewählt, die nicht total im Konflikt mit dem Sondierungspapier Bund steht.

WP-1-406 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG MoVE
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 406 bis 408 einfügen:
unterstützen. Wir bauen Jobrad-Modelle im öffentlichen Dienst konsequent aus und sorgen dafür, dass Fahrräder nach Möglichkeit auch in Bussen und Bahnen bequem und gratis mitgenommen werden können. Straßenbau- und -sanierungsmaßnahmen ohne

Begründung

Schon jetzt kommt es in Bussen zu Konflikten zwischen verschiedenen Nutzer*Innen-Gruppen. Menschen mit Rollatoren, Rollstühlen, Kinderwägen und Radfahrer müssen auf einen engen Platz untergebracht werden.

Die generelle Kostenfreie Mitnahme setzt Fehlanreize und sollte vor Ort entschieden werden. Eine kostenfreie Radmitnahme ist bereits jetzt im VRR mit dem Ticket 2000 möglich. Ein Mehrwert, den presilich schon mehr kosten darf

WP-1-405 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG MoVE
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 405 bis 407 einfügen:
und unsere Kommunen finanziell bei der Umsetzung eigener Radverkehrskonzepte zu unterstützen. Speziell für unsere Städte achten wir dabei auf Radwege mit ausreichender Breite, um die Voraussetzung für eine emissionsfreie Logistik für die erste und letzte Meile zu ermöglichen. Wir bauen Jobrad-Modelle im öffentlichen Dienst konsequent aus und sorgen dafür, dass Fahrräder auch in Bussen und Bahnen bequem und gratis

Begründung

Egal ob Paket oder Essen, der Anteil an Waren die ausgeliefert werden, nimmt rasant zu. Für die Auslieferung von Waren in den Städten gibt es immer neue innovative E-Lastenräder die an Größe zunehmen. Diese Fahrten sollen zukünftig möglichst emissionsfrei durchgeführt werden. Voraussetzung dafür sind ausreichend breite Radwege. Dies würde auch die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer*innen erhöhen.

WP-1-670 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Gerhard Klünder (KV Warendorf)

Änderungsantrag zu WP-1

Nach Zeile 670 einfügen:
Ein wirksames Ergebnis ist dann erreicht, wenn sich die Menschen wieder als Teil der Natur verstehen, von der sie ebenso abhängig sind, wie die Natur von ihnen.

Begründung

Die Entfernung der Menschen von der Natur ist einer der Hauptgründe für die Umweltzerstörung. Das wird nur gedreht werden können, wenn sich das Bewusstsein entsprechend wendet.

Ob eine solche Aussage in ein politisches Programm gehört ist Geschmackssache, sie gehört aber zur DNA der Grünen. Sollte sie jedenfalls.

Unterstützer*innen

Katja Behrendt (KV Warendorf); Anna Lena Laumann (KV Warendorf); Marian Husmann (KV Warendorf); Jürgen Blümer (KV Warendorf); Britta Sporket (KV Warendorf); Peter Spieker (KV Warendorf); Marcus Behrendt (KV Warendorf); Tatjana Scharfe (KV Warendorf); Hedwig Tarner (KV Warendorf); Anja Beiers (KV Warendorf); Ali Bas (KV Warendorf); Elisabeth Hollenhorst (KV Warendorf); Jessica Wessels (KV Warendorf); Sabine Grohnert (KV Warendorf); Valeska Grap (KV Warendorf); Madelaine Valeska Grap (KV Warendorf); Stephanie Holtmann (KV Warendorf); Bernhard Meyer (KV Warendorf); Karl Stelthove (KV Warendorf)

WP-1-101 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: OV Telgte
Beschlussdatum: 20.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 110 bis 112 einfügen:
Windenergie und Photovoltaik auf den Weg bringen. Als Teil dessen werden wir Mindestabstände für neue Windenergieanlagen abschaffen oder so anpassen, dass sich die erforderliche Anzahl möglicher Standorte ergibt und jährliche Mindest-Ausbaupfade für Windkraft und Solar festlegen. Denn von einer sicheren

WP-1-225 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: OV Telgte
Beschlussdatum: 20.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 225 bis 227 einfügen:
die Windenergie gesichert werden. Feste Mindestabstände zur Wohnbebauung passen damit nicht zusammen. Wir werden sie daher wieder abschaffen oder so anpassen, dass die Ausbauziele erreicht werden können. Außerhalb besonders schutzwürdiger Wälder werden wir die Windenergie wieder einfacher

Begründung

Mindestabstände abschaffen“ schürt Ängste und ist auch nicht nötig. Die Mindestabstände sollten so angepasst werden, dass die Ausbauziele erreicht werden können.

WP-1-266 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: OV Telgte
Beschlussdatum: 20.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Nach Zeile 266 einfügen:
Wir stärken das Handwerk, indem wir spezielle Ausbildungsangebote für Gebäudesanierer*innen und Gebäudetechniker*innen schaffen.

Begründung

Bei einer Erhöhung der Sanierungsquote gibt es bekanntermaßen zwei Probleme: Fehlende Fachkräfte und fehlendes Material. Durch gezielte Ausbildungsangebote kann ein Problem schon mal angegangen werden.

WP-1-360 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	KV Dortmund
Beschlussdatum:	25.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 360 bis 362:
Modellprojekten. Auch bei der Preisentwicklung des Semestertickets wollen wir sicherstellen, dass es für Studierende gut bezahlbar wird. ~~Das~~Wir werden das Jobticket für alle Arbeitnehmer*innen fördern und machen ~~wir schrittweise~~es zur Pflicht ~~für öffentliche~~bei öffentlichen Arbeitgeber*innen.

WP-1-750-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Katja Behrendt (KV Warendorf)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 750 bis 751 einfügen:
das Ziel einer naturnahen Gewässerentwicklung mit Mooren, Auwäldern und Feuchtwiesen stärker als bisher in der Regional- und Bauleitplanung. Wir brauchen mehr Wasser in der Landschaft und entwickeln das Wassermanagement weiter, um in Hinblick auf mögliche Klimafolgen die Entwässerung von Wäldern, Wiesen, Äckern und Mooren bei Bedarf zu regulieren.

Begründung

Jahrzehntelang haben wir in der Natur über Entwässerungsgräben Flächen für uns Menschen nutzbar gemacht. Sowohl Moor, als auch Wald und Ackerflächen werden stark entwässert, in der Regel ohne Regulierungsmöglichkeiten. Da zukünftig häufiger mit Hitzewellen und Trockenheit zu rechnen ist, muss diese unkontrollierte Entwässerung einem regulierbaren Wassermanagement weichen, das das Wasser bei bedarf besser als bisher in der Landschaft halten kann, um Wälder und Moore, aber auch landwirtschaftliche Flächen besser vor Trockenheit zu schützen.

Unterstützer*innen

Gerhard Klünder (KV Warendorf); Anna Lena Laumann (KV Warendorf); Marian Husmann (KV Warendorf); Jürgen Blümer (KV Warendorf); Ursula Mindermann (KV Warendorf); Britta Sporket (KV Warendorf); Peter Spieker (KV Warendorf); Marcus Behrendt (KV Warendorf); Tatjana Scharfe (KV Warendorf); Ali Bas (KV Warendorf); Jessica Wessels (KV Warendorf); Anja Beiers (KV Warendorf); Elisabeth Hollenhorst (KV Warendorf); Hedwig Tarner (KV Warendorf); Sabine Grohnert (KV Warendorf); Valeska Grap (KV Warendorf); Madelaine Valeska Grap (KV Warendorf); Stephanie Holtmann (KV Warendorf); Michael Brandherm (KV Warendorf); Bernhard Meyer (KV Warendorf); Karl Stelthove (KV Warendorf)

WP-1-405-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: KV Dortmund
Beschlussdatum: 25.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 405 bis 407:
und unsere Kommunen finanziell bei der Umsetzung eigener Radverkehrskonzepte zu unterstützen. Wir ~~bauen~~fördern Jobrad-Modelle ~~im öffentlichen Dienst~~ konsequent ~~aus~~für alle Arbeitnehmer*innen und sorgen dafür, dass Fahrräder auch in Bussen und Bahnen bequem und gratis

WP-1-625-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Katja Behrendt (KV Warendorf)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 625 bis 627 einfügen:
eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung, damit der Umweltschutz nicht an unterbesetzten Behörden scheitert und zügig mehr rechtlich bindende Schutzgebietsverordnungen gerade für die Natura-2000-Flächen erarbeitet oder entsprechend angepasst werden. Festgelegte Erhaltungsziele müssen hinreichend quantifiziert und messbar sein. Mit gezielten Kampagnen unterstützen wir die Gewinnung von Fachkräften. „Grüne Telefone“ als unabhängige

Begründung

Wir müssen den Naturschutz auf die Flächen bekommen. Das Land NRW ist für die Schutzgebietskulisse im Bundesland zuständig und für die Erhaltung bzw. Optimierung der Lebensräume im Natura 2000-Netz verantwortlich. Auf noch zu vielen Schutzgebieten fehlt es an Schutzgebietsverordnungen bzw. ausreichend klar formulierten Schutzgebietsverordnungen.

Unterstützer*innen

Gerhard Klünder (KV Warendorf); Anna Lena Laumann (KV Warendorf); Marian Husmann (KV Warendorf); Jürgen Blümer (KV Warendorf); Ursula Mindermann (KV Warendorf); Britta Sporket (KV Warendorf); Peter Spieker (KV Warendorf); Marcus Behrendt (KV Warendorf); Tatjana Scharfe (KV Warendorf); Ali Bas (KV Warendorf); Jessica Wessels (KV Warendorf); Hedwig Tarner (KV Warendorf); Anja Beiers (KV Warendorf); Elisabeth Hollenhorst (KV Warendorf); Sabine Grohnert (KV Warendorf); Valeska Grap (KV Warendorf); Madelaine Valeska Grap (KV Warendorf); Stephanie Holtmann (KV Warendorf); Michael Brandherm (KV Warendorf); Bernhard Meyer (KV Warendorf); Karl Stelthove (KV Warendorf)

WP-1-569 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Markus Loh (KV Düsseldorf)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 569 bis 570 einfügen:
insektenfreundliche und ökologische Pflege des Straßengrüns überall im Land zur Regel und schaffen damit parallel zum Straßen- ein Vielfaltsnetz.

Mit einem neuen Konzept zum Hochwasserschutz möchten wir erreichen, dass der Erhalt und die Nachpflanzung vom Bäume auf den Deichen nicht mehr grundsätzlich ausgeschlossen werden. Als Merkmal unserer typischen Flusslandschaften sollen die Bäume erhalten bleiben und nachgepflanzt werden können, um attraktive, artenreiche Lebensräume mit hohem Erholungswert zu bewahren und zu entwickeln.

Unterstützer*innen

Nane Kröger (KV Düsseldorf); Peter-Paul Ernst (KV Düsseldorf); Björn Syffus (KV Düsseldorf); Astrid Wiesendorf (KV Düsseldorf); Barbara Vogel (KV Düsseldorf); Ilona Steffen (KV Düsseldorf); Astrid Bohner (KV Düsseldorf); Frederik Franz Hartmann (KV Düsseldorf); Stefan Engstfeld (KV Düsseldorf); Sara Kupka (KV Düsseldorf)

WP-1-537-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum: 26.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 537 bis 539 einfügen:
Grund schaffen wir einen übergreifenden Biotopverbund für Nordrhein-Westfalen. Hier bilden Wald, Wiesen, Weiden, Gewässerrandstreifen und andere Strukturen ein Netz, in dem die Ausbreitung und Wanderung von Arten und deren genetischer Austausch

Begründung

Wichtige inhaltliche Ergänzung in Bezug auf die Wanderung von Arten und und deren genetischem Austausch.

WP-1-562 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum: 26.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 562 bis 564 einfügen:
städtischen Raum setzen wir auf Nachverdichtung und Flächenrecycling, statt intakte Grünflächen zu bebauen. Wir setzen auf Baumpflanzungen, begrünte Fassaden und Dächer, auf starke kommunale Baumschutzsatzungen bis hin zu einem wirksamen Ausschluss von

Begründung

Bäume bieten eine wichtige Grundlage für die Artenvielfalt in Städten. Daher brauchen wir nicht nur den Schutz bestehender Bäume durch stärkere Baumschutzusatzungen, sondern auch vermehrte Baumpflanzungen in urbanen Räumen.

WP-1-583 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum:	26.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 583 bis 585:
Weidetierhaltung muss auch in Zukunft möglich sein und als wichtiger Beitrag zum Tier- und Artenschutz besser gefördert werden. ~~Sie darf weder an fehlenden~~Deswegen stellen wir die notwendigen finanziellen ~~oder~~und personellen Ressourcen ~~noch an Ängsten scheitern~~dafür bereit.

Begründung

Die LAG TSP befürwortet eine Positiv-Formulierung, welche eine klare Aussage zu einem größeren finanziellen und personellen Einsatz des Landes im Themenkomplex Wolf macht.

Das von drei LAGen (zusammen mit der LAG Ökologie und der LAG Wald, Landwirtschaft & ländlicher Raum) abgestimmte Positionspapier zum Thema Wolf hat dazu weitere Ausführungen erarbeitet.

WP-1-696-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum: 26.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 696 bis 703 löschen:
naturnahe Wiederbewaldung von Kahlflächen. Ein naturverjüngter Wald ist ein wichtiger Lebensraum für bedrohte Arten. ~~Doch in vielen Teilen Nordrhein-Westfalens verhindern deutlich überhöhte Wildbestände genau diesen wichtigen Prozess. Um den Waldumbau hin zu klimastabilen Mischwäldern gestalten zu können, ist eine konsequente Reduzierung der Wildbestände auf ein verträgliches Maß erforderlich. Öffentliche Gelder zur Herstellung einer naturnahen Waldnutzung sollten daher zukünftig nur dann erteilt werden, wenn gleichzeitig das notwendige ökologische Wildmanagement erfolgt.~~

Begründung

Die LAG TSP kann die Ausführungen zur konsequenten Reduzierung der Wildbestände und dem Wildmanagement nicht befürworten.

WP-1-709 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum: 26.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 709 bis 710 einfügen:
kommunale Ebene entsprechende Anreize setzen und entsprechend die Verwendung von Holz im Baugewerbe stärker unterstützen.

Jagdrecht weiter entwickeln

Auch die Jagd muss tierschutzgerechter werden. So sollte jede*r Jagdausübungsberechtigte verpflichtet werden in regelmäßigen Abständen ihre Schießfähigkeiten nachzuweisen. Streng geschützte oder gefährdete Arten dürfen nicht dem Jagdrecht unterliegen. Vom Jagdzwang sollen sich neben natürlichen auch juristische Personen aus naturwissenschaftlichen und naturschutzfachlichen Gründen befreien können.

Begründung

Das Thema Jagd muss eine Erwähnung in unserem Landtagswahlprogramm finden. Die LAG TSP hat daher die zentralen und weitestgehend unkritischen naturschutzfachlichen Anpassungen zusammengefasst.

WP-1-765 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum: 26.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 765 bis 767 löschen:
Einkommen können es sich nicht aussuchen, ob sie an belasteten Hauptverkehrsstraßen oder in der Nähe einer stickstoff-lastigen ~~industriellen~~ Massentierhaltung leben. Insofern ist saubere Luft auch eine Frage der

Begründung

Die LAG TSP schlägt vor den Bezug an dieser Stelle nicht auf die "industrielle" Massentierhaltung zu begrenzen.

WP-1-788 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum:	26.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 789 bis 792:
wollen diese produzieren. Wir geben dieser Bewegung Rückenwind und wollen die ~~Rechte der Konsument*innen durch einen besseren Verbraucher*innenschutz stärken sowie die Bäuer*innen beim Umstieg unterstützen.~~Bäuer*innen beim Umstieg unterstützen. Die Rechte der Konsument*innen wollen wir durch einen besseren Verbraucherschutz stärken und die Ernährungsbildung fördern.
Landwirtschaft und der Schutz von Tieren, Klima, Umwelt und Gewässern sind keine Gegensätze, sondern bedingen

Begründung

Der Satz ist in der vorgeschlagenen Form inhaltlich nicht stringent. Durch die Aufteilung in zwei Sätze wird der Bezug wieder deutlich. Gleichzeitig ergänzen wir mit diesem ÄA den wichtigen Aspekt der Ernährungsbildung.

WP-1-809 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum:	26.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 809 bis 811:
durch Düngemittel konsequent um und schützen so Trinkwasser und Böden. Mittelfristig reduzieren wir den ~~Viehbestand~~Bestand landwirtschaftlich gehaltener Tiere auf ein umwelt- und tierverträgliches Maß. Zuchtprogramme zur Steigerung von Leistungsparametern wie z.B. für die Zucht auf einseitige Höchstleistungenlehnen wir ab.

Begründung

Überzüchtungen führen gerade in der Landwirtschaft zu großem Tierleid. Daher benötigen wir einen Verweis im Landtagswahlprogramm, dass wir uns als GRÜNE NRW dem Thema annehmen werden. Im Weiteren schlagen wir vor den negativ disktuierten und konnotierten Begriff "Viehbestand" aus tierschutzpolitischen Überlegungen heraus nicht zu verwenden.

WP-1-822 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum: 26.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 822 bis 824 einfügen:
Pestiziden kurzfristig. Besonders die für die Artenvielfalt kritischen Pestizide finden keinen Einsatz mehr und für Pestizide, die in Kombination stärker toxisch wirken, gibt es verbindliche Grenzwerte, die niedriger sind als der jeweilige Einzelgrenzwert. Als Steuerungsinstrument setzen wir auf eine NRW-Pestiziddatenbank, mit der die Abkehr von Pestiziden für alle transparent und

Begründung

Studien belegen, dass eine auch sehr geringe Konzentrationen von mehreren Einzelpestiziden, die weit unter den jeweils zulässigen Höchstgrenzen liegen, eine viel toxischere Wirkung entfalten, als aufgrund der Einsatzkonzentrationen zu vermuten wäre. Daher wäre pro Pestizid ein niedrigerer "zweiter Grenzwert" sinnvoll, der gelten soll, sobald zwei oder mehr Pestizide zusammen ausgebracht werden.

WP-1-6-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Jürgen Blümer (KV Warendorf)

Titel

Ändern in:

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 6 bis 7 einfügen:
Klimakatastrophe und des Artensterbens noch abwenden. Dafür braucht die Klima- und Umweltpolitik NRW einen echten Neustart, um diese in das Zentrum allen politischen Handelns zu rücken.

Begründung

Der Kampf gegen die Klimakatastrophe lässt sich als gesellschaftliche Herausforderung nicht auf einzelne Politikfelder isolieren, sondern muss als Aufgabe das alltägliche politische Handeln durchziehen. Dazu ist es erforderlich, Politik neu zu denken, grundsätzlich anders zu gestalten und dementsprechend auch in die Gesellschaft hinein zu kommunizieren.

Ein Neustart von Politik in NRW darf sich nicht in einer parteipolitisch gefärbten Liste von Maßnahmen erschöpfen, sondern muss den Geist eines inhaltlich-strategischen Neuanfangs atmen. Insbesondere muss dabei dem Eindruck, der bereits beim Ampel-Koalitionsvertrag auf Bundesebene aufleuchtet, entgegen getreten werden, dass Klima- und Umwelschutz einzig die Aufgabe von Bündnis 90 / Die Grünen sei,

Mit dieser Ergänzung wird diese strategische Grundhaltung zum Ausdruck gebracht.

Unterstützer*innen

Gerhard Klünder (KV Warendorf); Katja Behrendt (KV Warendorf); Marcus Behrendt (KV Warendorf); Anja Beiers (KV Warendorf); Hedwig Tarner (KV Warendorf); Ali Bas (KV Warendorf); Elisabeth Hollenhorst (KV Warendorf); Sabine Grohnert (KV Warendorf); Bernhard Meyer (KV Warendorf); Madelaine Valeska Grap (KV Warendorf)

WP-1-838 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum:	26.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 838 bis 839:
Der ~~Löwenanteil~~Großteil der Agrarförderung geht derzeit an die größten Betriebe, nicht an diejenigen, die tagtäglich mit großem Aufwand gesunde Lebensmittel im

Begründung

Um uns tierschutzpolitisch nicht in bestimmten Kreisen unglaubwürdig zu machen sollten "tierschutzunsensible" Formulierungen vermieden werden.

WP-1-131-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Jürgen Blümer (KV Warendorf)

Titel

Ändern in:

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 131 bis 133:
die Digitalisierung konsequent an Klimaneutralität und Nachhaltigkeit ausgerichtet werden, damit sie nicht zum Brandbeschleuniger ~~der~~von Klimakrise und Ressourcenverschwendung wird. Wir verankern eine digitale Kreislaufwirtschaft, die die Mengen an giftigen Elektroschrott senkt, wertvolle Rohstoffe wie seltene Erden der Verwertung direkt wieder zuführt und die Abhängigkeit von den globalen Lieferketten abmildert. Wir wollen verhindern, dass Effizienzgewinne durch den überbordenden

Begründung

Die globale Menge an Elektronikschrott wächst pro Jahr um 9,2 Mio. Tonnen und wird bis 2030 auf 74.7 Mio. Tonnen anwachsen, was einer Verdopplung in 16 Jahren entspricht. Mehr als 20 Kilogramm Elektroschrott pro Kopf entstehen in Deutschland, genau wie in den USA. Damit ist er im Bereich des häuslichen Mülls der am schnellsten wachsende Abfallstrom. Dieser Anstieg wird im wesentlichen durch höheren Verbrauch von Elektrogeräten, kürzeren Lebenszyklen und geringer Reparaturfähigkeit angetrieben.

Die digitale Transformation erfordert einen massiven Ausbau von digitaler Infrastruktur mit einem enormen Einsatz seltener Rohstoffe (Edelmetalle & seltene Erden). Hinzu kommt, dass die Bereitstellung von digitalen Bauteilen, Modulen und Hardware-Systemen unter menschenverachtenden Lebensumstände zustande kommt.

Die digitale Transformation muss sicherstellen, dass Abhängigkeiten von Rohstoffen nicht vertieft und Menschenrechtsverletzungen entlang von Lieferketten nicht weiter in die Zukunft fortgeschrieben werden. Eine Kreislaufwirtschaft ausdrücklich für digitale Hardware wird dazu einen herausragenden Beitrag leisten und muss daher eine tragende Säule der digitalen Transformation werden.

Unterstützer*innen

Gerhard Klünder (KV Warendorf); Katja Behrendt (KV Warendorf); Jessica Wessels (KV Warendorf); Marcus Behrendt (KV Warendorf); Anja Beiers (KV Warendorf); Hedwig Tarner (KV Warendorf); Ali Bas (KV Warendorf); Sabine Grohnert (KV Warendorf); Bernhard Meyer (KV Warendorf); Madelaine Valeska Grap (KV Warendorf)

WP-1-850-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum: 26.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 850 bis 854 einfügen:
Generationen und in die Landwirtschaft der Zukunft gelingt. Bestehende Programme zum Umbau der Tierhaltung hin zu mehr Tierwohl und mehr Tierrechten sind für viele kleine Unternehmen durch zu hohe Anforderungen versperrt. Statt umzubauen, geben so viele Betriebe auf. Wir streben daher an Planungs-, Rechts- und Investitionssicherheit wiederherzustellen und setzen ein landeseigenes Förderprogramm auf, das gezielt Bauvorhaben kleinerer und mittlerer Betriebe fördert und schließen so eine Lücke in der

Begründung

Den Begriff Tierrechte hinzuzufügen ist zukunftsorientierter und umfassender und entspricht dem Tierschutzgesetz. Mit der Ergänzung "Planungs-, Rechts- und Investitionssicherheit" unterstreichen wir gleichzeitig für diesen Forderungskomplex unser Bewusstsein für die daran angeknüpften Herausforderungen und verweisen auf die Rückschritte ohne GRÜNE Beteiligung an der Landesregierung.

WP-1-868 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum:	26.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 868 bis 872:
Ökolandbau zu beziehen – so viel wie möglich davon regional, direkt von den Betrieben oder regionalen Vertriebsnetzen. ~~Hochwertiges Bio-Fleisch aus der Region machen wir von der Ausnahme zum Standard, vollwertige fleischfreie und vegane Angebote zur täglichen Selbstverständlichkeit.~~Vollwertige fleischfreie und vegane Angebote sollen zur täglichen Selbstverständlichkeit und hochwertiges Bio-Fleisch aus der Region besser gefördert werden. So schaffen wir regionale Märkte mit fairen Preisen und Planungs- und Investitionssicherheit für

Begründung

Wir als GRÜNE priorisieren die fleischfreie Ernährung und stellen sie auch textlich vor den Fleischkonsum. Die Formulierung "zum Standard machen" ist leider mehrdeutig. Durch die textliche Umstellung reduzieren wir die Konflikthaftigkeit des ursprünglichen Satzes.

WP-1-880 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum:	26.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 880:

Tiere haben ein Recht auf ein ~~gutes~~qualfreies und artgerechtes Leben

Begründung

Zentraler Ansatzpunkt für die Umbennung dieser Zwischenüberschrift ist, dass die Begrifflichkeit "gutes Leben" für Tiere sehr kontrovers diskutiert wird und eine angepasste Formulierung wünschenswert ist.

WP-1-884 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum: 26.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 884 bis 885 einfügen:
Wir verbessern den Tierschutz auf den Schlachthöfen in Nordrhein-Westfalen und fordern mobile und dezentrale
Schlachtstrukturen. Insbesondere bei tierschutzsensiblen Arbeitsbereichen wie dem Zutrieb, der

Von Zeile 887 bis 891 einfügen:
werden. Wir stärken die Kontrollen durch unabhängige Kontrolleur*innen und setzen auf den flächendeckenden Einsatz von Videokontrollen in tierschutzrelevanten Bereichen. Jedes Jahr werden Millionen von Schweinen vor der Schlachtung mit Kohlendioxid betäubt, obwohl es Zweifel an Wirksamkeit und Schmerzfreiheit gibt. Wir setzen auf tierschutzkonforme Alternativen für die CO_2-Betäubung. Wir fordern eine Implementierung von Qualitätskriterien und deren Überwachung durch eine Prüfstelle für alle Betäubungsgeräte und -mechanismen. Neben den Kontrollbehörden wollen wir auch die Kriterien für die Kontrollen und den entsprechenden Vollzug klar stärken. Daher werden wir eine Verbesserung der Leitlinien auf Landesebene anstoßen.

Begründung

Die LAG TSP befürwortet drei Anpassungen im Themenkomplex Tierschlachtungen.

1. Mobile und dezentrale Schlachtstrukturen erhöhen nachweislich Tierleid und werden vermehrt in anderen Bundesländern gefordert und umgesetzt. Wir sollten diesen Aspekt daher unbedingt mitaufnehmen.

2. Videokontrollen werden oft nicht in den aus tierschutzpolitischer Perspektive adäquaten Räumen und mit den passenden Blickwinkeln montiert. Daher bedarf es an dieser Stelle einer kurzen Konkretisierung.

3. Wir brauchen eine textliche Konkretisierung für die Überwachung von Betäubungen und die Kontrollprozesse im Allgemeinen, um die bestehenden Missstände und Lösungsvorschläge klarer aufzuzeigen und nach der Wahl angehen zu können.

WP-1-897 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum: 26.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 897 bis 898 einfügen:
werden kann, werden wir diese Transporte aus NRW beenden und uns für ein bundesweites Verbot einsetzen. Nicht abgesetzte Jungtiere sollen grundsätzlich nicht transportiert werden dürfen.

Begründung

Eine sehr wichtige Ergänzung, um besonders großes Tierleid bei Jungtieren zu vermeiden.

WP-1-907 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum:	26.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 907 bis 910:
Tierschützer*innen, Bürger*innen oder Journalist*innen. Nicht selten bringen diese sich bei dieser Aufklärungsarbeit selbst in Gefahr. ~~Daher~~So sollten die Kontrollen durch einen deutlich verbesserten Personalschlüssel für die Veterinärämter ausgebaut und verstetigt werden. Darüber hinaus führen wir das abgeschaffte Verbandsklagerecht für anerkannte ~~Tierschutzverbände~~Tier- und Artenschutzverbände so schnell wie möglich wieder ein und bauen es aus, indem wir eine Feststellungs- und

Begründung

Der Übergang von den veterinäramtlichen Kontrollen zum Verbandsklagerecht ist nicht nachvollziehbar bzw. ein sachlich falscher Bezug. Das Wort "daher" sollte hier zur Überleitung nicht genutzt werden.

Für die fehlende Überleitung schlägt die LAG TSP die Ergänzung eines Lösungsansatzes für die Kontrollproblematik vor - einen verbesserten Personalschlüssel in den Veterinärämtern.

WP-1-915 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum: 26.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 915 bis 920 einfügen:
obwohl die Alternativen in den letzten Jahren vielfältiger und aussagekräftiger wurden. Wir setzen uns für ein sofortiges Verbot von Tierversuchen ein, für die es anerkannte, tierleidfreie Alternativen gibt sowie für ein sofortiges Verbot von Tierversuchen des Schweregrades "schwer". Mit klaren Zielvereinbarungen, gezielter Förderung und eindeutigen Vorgaben reduzieren wir die Anzahl der Tierversuche in allen Bereichen deutlich und streben ein Ende von Tierversuchen an. Die gesetzliche Anerkennung tierleidfreier Alternativen muss beschleunigt sowie Forschung mit Alternativen belohnt werden. Auch im privaten Bereich kann der Tierschutz noch verbessert werden. Mit einem

Begründung

Ein tierversuchsfreies NRW ist eine alte, aber auch starke und wichtige Forderung für uns GRÜNE. Daher konkretisieren wir diesen Aspekt und ergänzen wichtige Zwischenschritte zum langersehnten Ziel, um Tierleid im Falle einer Regierungsbeteiligung schnell reduzieren zu können.

WP-1-919 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum:	26.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 919 bis 921:
Tierversuche deutlich und streben ein Ende von Tierversuchen an. Auch im privaten Bereich ~~kann~~muss der Tierschutz noch verbessert werden. Bei der Tierzucht befürworten wir daher einen Ausstieg aus Qualzuchten und wollen gemeinsam mit den entsprechenden Verbänden dafür sorgen, dass kein Tier aufgrund von Überzüchtung bereits ab dem Zeitpunkt der Geburt leiden muss. Mit einem Gefahrtiergesetz stellen wir sicher, dass potenziell für andere Menschen

Begründung

Qualzuchten dürfen als Thema im Landtagswahlprogramm nicht fehlen.

WP-1-924 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum:	26.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 924 bis 925:
Gifttiergesetz ist deutlich zu kurzgefasst und leistet keinen Beitrag zur Eindämmung des Handels und der Haltung mit und von ~~exotischen~~ Wildtieren. Ebenso fordern wir eine deutliche Regulierung und Einschränkung des privaten und gewerblichen Verkaufs von Tieren über das Internet.

Begründung

Nicht nur exotische, sondern alle Wildtiere brauchen den Schutz und die Eindämmung des Handels mit ihnen. Dies gilt vor allem in Bezug auf den Onlinehandel und bisher zu geringen Regulierungen in diesem Bereich.

WP-1-185 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Antje Grothus (KV Rhein-Erft-Kreis)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 185 bis 186 einfügen:
überführen, schützen und in einen Ökosystemverbund einbetten, in dem er seine Funktion als Rückzugsgebiet für seltene Arten wieder übernehmen kann. Für die Wiedervernetzung der alten Bürgewaldstukturen ist der Erhalt von ökologischen Trittsteinen und wertvollen Verbindungsflächen essentiell. Daher setzen wir uns für den Erhalt und die nachhaltige Nachnutzung der symbolträchtigen alten Trasse der A 4 und der sie umgebenden Flächen ein. Wir lehnen die RWE Planung "Manheimer Bucht", eine großräumige Sand- und Kiesabgrabung ab, und wollen die verbliebenen Siedlungsstrukturen und die Manheimer Kirche erhalten, damit in den betroffenen Kommunen am Hambacher Wald identitätsstiftende kulturelle und touristische Strukturwandelpotentiale für die Region gehoben werden können.

Begründung

Die sog. Kohlekommission hat den Erhalt des Hambacher Waldes auch durch den großen Druck einer engagierten Zivilgesellschaft als wünschenswert bezeichnet. Damit war der dauerhafte Erhalt des Waldes gemeint. Dieser ist nur sicherzustellen, wenn der Hambacher Wald zum Nucleus einer großräumigen Waldvernetzung wird und er wieder mit den umgebenden restlichen Bürgewäldern (Steinheide, Merzenicher Erbwald) vernetzt wird. Auf den Flächen im Tagebauvorfeld besteht auch die Möglichkeit von Reallaboren für Agroforst, denn die landwirtschaftlichen Flächen haben eine hohe Bodengüte. RWE plant im Zuge seines Revierkonzeptes die Manheimer Bucht, eine große Ausbuchtung des Tagebaus auf 600 ha und will dort ca. 100 m tief Sand und Kies gewinnen. Damit würden Fächen, die für die Waldvernetzung und das Überleben des Hambi essentiell sind, verloren gehen und auch bewohnte Anwesen in Manheim sowie die Kirche in Manheim "in Anspruch genommen". Der Kommune Kerpen würden wichtige Flächen für den Strukturwandel verloren gehen und auch die Kommune Merzenich baut auf die Marke "Hambacher Wald".

Die alte Trasse der A 4 schöpft ihre Symbolkraft daraus, dass auf ihr die Roten Linien Aktionen stattfanden. Ihr kam daher in der Vergangenheit und auch heute noch eine wichtige Funktion als Rote Linie im Sinne von Haltelinie zu. Daher sollten auch die Massenabgrabungen von RWE VOR der alten A 4 gestoppt werden. Die Trasse wird schon heute von vielen als Spazier- und Radweg genutzt.

Aktuell hat RWE die Manheimer Bucht bergrechtlich noch nicht beantragt, allerdings ist damit in den nächsten Wochen zu rechnen. Zur Zeit wird ein "unabhängiges" Gutachten zur Überprüfung der von RWE vorgelegten Planung erstellt, auf der Basis von Unterlagen die von RWE bereit gestellt werden.

Prof. Pierre Ibisch von der HNEE kommt in einem Gutachten zu dem Schluss "DieErhaltungdes schützenswerten Hambacher Forsts kannnicht gewährleistetwerden, wenn dieRestwaldflächeinselgleich zwischen Tagebau und bestehenden sowie potenziell neu anzulegenden Kiesgruben sowielandwirtschaftlichen Flächen verbleibt. Noch weitaus problematischer wäre eine bergbauliche Massengewinnung östlich vom Hambacher Forst(z.B. im Bereich von Manheim-Alt)."
https://www.klima-allianz.de/fileadmin/user_upload/IbischBlumr%C3%B6der_Hambacher_Forst_in_der_Krise_26Okt20.pdf

Viele zivilgesellschaftliche Gruppen und Organisationensprechen sich gegen die Manheimer Bucht aus und haben zT Alterantivplanungen (Massenbereitstellung, Nachnutzung) vorgelegt (ZKS, ansev, Buirer für Buir, Klima-Allianz Deutschland, BUND NRW)

https://www.buirerfuerbuir.de/images/pdf/zukunft_wald.pdf

http://p376185.mittwaldserver.info/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Hintergrund/Wald-_und_Regionen-Vernetzung_RR_NRW_LE.pdf

Unterstützer*innen

Lilo Schmitz (KV Rhein-Erft-Kreis); Isabel Elsner (KV Düren); Yvonne Elisabeth Anna Zimmermann (KV Rhein-Erft-Kreis); Martin Bender (KV Rhein-Erft-Kreis); Britta Bojung (KV Rhein-Erft-Kreis); Bela Kassan (KV Rhein-Erft-Kreis); Marion Küke (KV Rhein-Erft-Kreis); Anne Klein (KV Rhein-Erft-Kreis); Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (KV Bielefeld); Karin Schmitt-Promny (KV Aachen); Raimund Ellenbeck (KV Aachen); Katrin Feldmann (KV Aachen)

WP-1-109 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Wibke Brems (KV Gütersloh)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 109 bis 111 einfügen:
umzustellen. Deswegen werden wir umgehend eine echte Ausbauoffensive für Windenergie und Photovoltaik auf den Weg bringen. Als Teil dessen werden wir pauschale Mindestabstände für neue Windenergieanlagen abschaffen und jährliche Mindest-

Begründung

Mindestabstände ergeben sich durch die Gesetzgebung, hier sind aber darüber hinaus gehende pauschale Mindestabstände gemeint. Deshalb sollte dies auch so geschrieben werden.

Unterstützer*innen

Thomas Reimann (KV Soest); Jan Matzoll (KV Recklinghausen); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Niklas Geßner (KV Solingen); Erwin Denninghaus (KV Soest); Nicole Kolster (KV Rhein-Erft-Kreis); Malte Lömpcke (KV Bonn); Rainer Lagemann (KV Steinfurt); Joachim Gutsche (KV Bottrop); Christoph Kühl (KV Leverkusen); Claudia Wiese (KV Leverkusen); Anna Haas (KV Rhein-Sieg); Marvin Rübhagen (KV Bochum); Andreas Beckmann (KV Soest); Sebastian Stölting (KV Gütersloh); Nabiha Ghanem (KV Soest); Petra Schenke (KV Rhein-Kreis-Neuss); Burkhard Kalle (KV Soest); Paul Muschiol (KV Viersen)

WP-1-236 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Wibke Brems (KV Gütersloh)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 236 bis 238:
Artenschutz auch bei dem notwendigen schnelleren Ausbau weiter stärken, indem ~~Dichtezentren~~Schwerpunktvorkommen (so genannte Dichtezentren) windenergie-sensibler Arten freigehalten werden. Im Gegenzug werden Anlagen in anderen Bereichen einfacher realisiert werden können. Mit

Begründung

In anderen Texten wird eher das Wort Schwerpunktvorkommen benutzt.

Unterstützer*innen

Thomas Reimann (KV Soest); Jan Matzoll (KV Recklinghausen); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Niklas Geßner (KV Solingen); Erwin Denninghaus (KV Soest); Malte Lömpcke (KV Bonn); Rainer Lagemann (KV Steinfurt); Claudia Wiese (KV Leverkusen); Anna Haas (KV Rhein-Sieg); Marvin Rübhagen (KV Bochum); Andreas Beckmann (KV Soest); Sebastian Stölting (KV Gütersloh); Nabiha Ghanem (KV Soest); Petra Schenke (KV Rhein-Kreis-Neuss); Burkhard Kalle (KV Soest); Paul Muschiol (KV Viersen)

WP-1-270 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Wibke Brems (KV Gütersloh)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 270 bis 274:
Förderprogramme des Landes, machen sie attraktiver und richten sie auf solche Maßnahmen aus, die mit dem Ziel der Klimaneutralität in Einklang stehen. ~~Dafür setzen wir uns~~Die auf Bundesebene ~~für höhere Energieeffizienzstandards ein~~durch die Ampelkoalition vorgesehenen Erhöhungen der Energieeffizienzstandards, auch für den Bestand, sind eine wichtige Voraussetzung. Beim Heizungstausch geben wir auch im Bestand eine Mindestquote für Erneuerbare Energien vor.

Begründung

Anpassung an Koalitionsvertrag auf Bundesebene

Unterstützer*innen

Thomas Reimann (KV Soest); Jan Matzoll (KV Recklinghausen); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Niklas Geßner (KV Solingen); Erwin Denninghaus (KV Soest); Nicole Kolster (KV Rhein-Erft-Kreis); Christoph Kühl (KV Leverkusen); Claudia Wiese (KV Leverkusen); Marvin Rübhagen (KV Bochum); Sebastian Stölting (KV Gütersloh); Nabiha Ghanem (KV Soest); Petra Schenke (KV Rhein-Kreis-Neuss); Burkhard Kalle (KV Soest); Paul Muschiol (KV Viersen)

WP-1-285 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Wibke Brems (KV Gütersloh)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 285 bis 289:
ehrlichere Preise. Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass die Einnahmen aus dieser Steuer ~~an die Menschen rückverteilt werden. Dadurch haben insbesondere Haushalte mit geringerem Einkommen am Ende des Jahres einen finanziellen Vorteil.~~für die Entlastung aller Menschen bei den Strompreisen eingesetzt werden. Dies könnte durch die Abschaffung der EEG-Umlage und die Senkung der Stromsteuer erreicht werden. Darüber hinaus verlangt der starke Energiepreisanstieg eine besondere Kompensation für Haushalte mit geringem Einkommen. Dies könnte über eine Erhöhung des Stromanteils in den Regelsätzen erreicht werden. Werden Mehrfamilienhäuser energetisch saniert, geht dies noch zu oft zu Lasten der Mieter*innen, da die Aufschläge auf die Miete häufig höher sind als

Begründung

Anpassung an aktuelle Entwicklungen und Fokussierung auf Haushalte mit geringem Einkommen.

Unterstützer*innen

Thomas Reimann (KV Soest); Jan Matzoll (KV Recklinghausen); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Niklas Geßner (KV Solingen); Erwin Denninghaus (KV Soest); Nicole Kolster (KV Rhein-Erft-Kreis); Claudia Wiese (KV Leverkusen); Marvin Rübhagen (KV Bochum); Sebastian Stölting (KV Gütersloh); Nabiha Ghanem (KV Soest); Petra Schenke (KV Rhein-Kreis-Neuss); Burkhard Kalle (KV Soest); Paul Muschiol (KV Viersen)

WP-1-604 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Wibke Brems (KV Gütersloh)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 604 bis 613:
Beim Ausbau der Windenergie leiten wir einen Systemwechsel ein. Mit einer Bund-Länder-übergreifenden Bedarfsplanung ~~legen wir bis zu~~sichern zwei Prozent der Landesfläche ~~als Vorrangfläche fest~~. Dabei sind Schwerpunktvorkommen besonders konfliktträchtiger, windenergiesensibler Tierarten von vornherein aus ~~den Vorranggebieten~~Flächen für die Windenergie auszuschließen. Mit Schutzprogrammen fördern wir die Population der Tierarten in den Schwerpunktvorkommen und überkompensieren damit mögliche negative Auswirkungen auf einen Teil der Population ~~in den Vorrangflächen~~an anderer Stelle. Wo es sinnvoll ist, nutzen wir Repowering ~~zur Übersiedlung der neuen~~zum Rückbau von Anlagen ~~in Vorranggebiete.~~an Standorten mit Artenschutzkonflikten Auch technische Lösungen wie Überwachung der Rotoren in Echtzeit mit Abschaltautomatik für die Erkennung von Greifvögeln oder Fledermäusen können

Begründung

Zielbeschreibung sollte im Vordergrund stehen und nicht die Maßnahme. Das entspricht einer Anpassung an andere Abschnitte im Programm.

Unterstützer*innen

Thomas Reimann (KV Soest); Jan Matzoll (KV Recklinghausen); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Niklas Geßner (KV Solingen); Wiebke Kopsieker (KV Lippe); Nicole Kolster (KV Rhein-Erft-Kreis); Claudia Wiese (KV Leverkusen); Marvin Rübhagen (KV Bochum); Andreas Beckmann (KV Soest); Sebastian Stölting (KV Gütersloh); Nabiha Ghanem (KV Soest); Petra Schenke (KV Rhein-Kreis-Neuss); Burkhard Kalle (KV Soest); Paul Muschiol (KV Viersen)

WP-1-163 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Antje Grothus (KV Rhein-Erft-Kreis)

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 163:

Kohleausstieg ~~auf~~bis 2030 ~~vorziehen~~klima-, sozial- und mitweltgerecht gestalten

Begründung

Dies ergibt sich aus KoaV auf Bundesebene und unserem Ansatz sowie den von mir in diesen Einsatz eingebrachten Änderungsanträgen zu Wald und Dörfern

Unterstützer*innen

Lilo Schmitz (KV Rhein-Erft-Kreis); Isabel Elsner (KV Düren); Yvonne Elisabeth Anna Zimmermann (KV Rhein-Erft-Kreis); Martin Bender (KV Rhein-Erft-Kreis); Britta Bojung (KV Rhein-Erft-Kreis); Bela Kassan (KV Rhein-Erft-Kreis); Nicole Kolster (KV Rhein-Erft-Kreis); Marion Küke (KV Rhein-Erft-Kreis); Anne Klein (KV Rhein-Erft-Kreis); Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (KV Bielefeld)

WP-1-911 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum: 26.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 911 bis 912 einfügen:
Anfechtungsklage mit der Möglichkeit einer aufschiebenden Wirkung für alle tierschutz-relevanten Bereiche einführen. Um den Tierschutz weiter zu fördern setzen wir uns im Bundesrat dafür ein, dass Amputationen, die nicht medizinisch indiziert sind, stärker reglementiert werden, wobei die Verhinderung von unkontrollierter Fortpflanzung erlaubt bleiben soll.

Gleichzeitig wollen wir die Brandschutz- und Rechtsvorschriften für Ställe verbessern und mit stärkeren gesetzlichen Mindeststandard für Neubauten und Nachrüstungen bei Bestandsgebäuden so schnell wie möglich umsetzen. Dazu gehört für uns auch eine Ende von Anbinde-, Kastenhaltung und isolierter Haltung.

Begründung

Um den Tierschutz entscheidend nach vorne zu bringen müssen sowohl Amputationen wie Misstände in den Ställen ebenfalls entschlossen angegangen werden.

Gerade bei Brandschutzvorschriften können durch klare Anpassungen wie bspw. für den Einsatz von schwerentflammbaren Materialien, qualitativ hochwertigen Brandmeldern, besseren Fluchtwegen für Tiere oder Sprinkleranlagen auf einfachem Wege Katastrophen, wie sie zuletzt auch in NRW passiert sind, verhindert werden.

WP-1-378 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 378 bis 380:
Lärm und Schadstoffen Priorität. Darum wollen wir die Elektrifizierung heutiger Dieselstrecken bis ~~2030~~2027 abschließen. Straßenbauprojekte werden wir auf den Prüfstand stellen und Gelder, z.B. für unzeitgemäße Autobahnen oder

Begründung

erfolgt mündlich

WP-1-379-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 379 bis 381 löschen:
Dieselstrecken bis 2030 abschließen. Straßenbauprojekte werden wir auf den Prüfstand stellen und Gelder, z.B. für ~~unzeitgemäße~~ Autobahnen oder Umgehungsstraßen, zugunsten der Sanierung maroder Straßen und des Ausbaus von

Begründung

erfolgt mündlich

WP-1-402 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 402 bis 404 einfügen:
Grüne die Grundlagen dafür schaffen, dass der Anteil des Radverkehrs zukünftig auf mindestens 25 Prozent wächst. Unsere Investitionsoffensive werden wir dazu nutzen, ein landesweites Radwegenetz aus Radschnellwegen und Radvorrangrouten zu entwickeln

Begründung

erfolgt mündlich

WP-1-409 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 409 bis 410 einfügen:
Zusatznutzen für einen sicheren und besseren Radverkehr wird es mit den Grünen in Nordrhein-Westfalen nicht mehr geben. Dazu gehören selbstverständlich auch baulich getrennte und breite Radwege an allen Straßen NRWs.

Begründung

erfolgt mündlich

WP-1-422 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 422 bis 424 einfügen:
Kund*innen oder der Nachbarschaft auf ihren Parkplätzen Lademöglichkeiten zur Verfügung stellen, werden wir dafür bei Steuern und Abgaben entlasten. Wir fördern Kommunen, die Parkplätze zurückbauen und in öffentlichen Lebensraum umwandeln und ersetzen die Verpflichtung zum PKW-Stellplatzbau durch einen Verpflichtung zum Fahrradstellplatzbau. Für uns Grüne ist es selbstverständlich, dass die öffentliche Verwaltung beim Umstieg

Begründung

erfolgt mündlich

WP-1-424 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 424 bis 426:
Grüne ist es selbstverständlich, dass die öffentliche Verwaltung beim Umstieg auf den E-Antrieb vorangeht. Bis ~~2030~~2025 wollen wir öffentliche Fahrzeugflotten daher auf regenerative Antriebe umstellen.

Begründung

erfolgt mündlich

WP-1-431 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 431 bis 433 löschen:
Verkehrsmittel. Dazu bauen wir die sogenannten Sharing-Angebote für Autos, Fahr- und Lastenräder, ~~Scooter~~ und andere Leihfahrzeuge aus. Bahnhöfe und Busplätze bauen wir zu Mobilitätsstationen um, die den Wechsel vom Auto oder dem Fahrrad

Begründung

erfolgt mündlich

WP-1-435 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 435 bis 437 einfügen:
flächendeckend barrierefrei. Wir nutzen die Möglichkeiten der Digitalisierung, um Angebote wie den Bus auf Bestellung oder Mitfahrdienste zu stärken. Wir schaffen in den nächsten fünf Jahren eine gemeinsame Buchungsplattform für alle Mobilitätsformen. Um eine echte Vernetzung aller Angebote zu erreichen, werden wir private Anbieter

Begründung

erfolgt mündlich

WP-1-456-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 456 bis 458 einfügen:
Unsere globalisierte Welt ist ohne das Flugzeug nicht denkbar. Zugleich ist es heute wegen seines hohen Energieverbrauchs das klimaschädlichste Verkehrsmittel. Deswegen streben wir langfristig eine Reduzierung des Flugverkehrs an. Hinzu kommen der immense Flächenbedarf und die starken Belastungen für

Begründung

erfolgt mündlich

WP-1-524 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 524 bis 527:
wieder das verbindliche Ziel, den Flächenverbrauch von aktuell über acht Hektar pro Tag in einem ersten Schritt auf fünf Hektar pro Tag zu begrenzen ~~und~~, bis 2035 auf netto null abzusenken[Leerzeichen]und danach auf eine Netto-Entsiegelung von Flächen hinarbeiten. Dafür erarbeiten wir eine wirksame Strategie mit operativen Zielen und einer Flächenversiegelungsabgabe sowie weiteren konkreten

Begründung

erfolgt mündlich

WP-1-549 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 549 bis 550 einfügen:
Durch einen Nationalpark in der Senne und weitere neue, möglichst große und zusammenhängende Schutzgebiete schaffen wir zusätzlichen Rückzugsraum für gefährdete Arten. Gerade im Verbund von Senne

Begründung

erfolgt mündlich

WP-1-675 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 675 bis 677 einfügen:
den Waldumbau hin zu naturnahen, arten- und strukturreichen Wäldern zum Ziel der nordrhein-westfälischen Waldwirtschaft. Dabei überlassen wir 5-10 % des Waldes sich selbst, wo Totholz liegen bleiben darf und sich die Artenvielfalt ungestört entfalten kann. Hier werden klima-tolerante und heimische Baumarten zum neuen Normal. Das gilt für Wald in öffentlicher Hand

Begründung

erfolgt mündlich

WP-1-868-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 868 bis 870 einfügen:
Ökolandbau zu beziehen – so viel wie möglich davon regional, direkt von den Betrieben oder regionalen Vertriebsnetzen. Zudem fördern wir den massiven Ausbau von (Schul-)Kantinen in NRW, um eine gute Ernährung für alle zu ermöglichen. Hochwertiges Bio-Fleisch aus der Region machen wir von der Ausnahme zum Standard, vollwertige fleischfreie und

Begründung

erfolgt mündlich

WP-1-672 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 672 bis 674 einfügen:
Wälder verdienen unseren besonderen Schutz. Sie sind eine wesentliche CO_2-Senke und als solche unsere stärksten Verbündeten im Kampf gegen die Klimakrise. Deswegen retten wir alle von Rodungen bedrohten schützenswerten Wälder in Nordrhein-Westfalen. Gleichzeitig sind sie selbst im Klima-Dauerstress. Aus diesem Grund machen wir

Begründung

erfolgt mündlich

WP-1-125 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Johannes Diermeier (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 125 bis 128:
Land grundlegend verändern. Nur mit digitalen Mitteln werden wir unsere Gesellschaft klimaneutral umbauen können. Mit ~~künstlicher Intelligenz und digitaler~~einer intelligenten Steuerung ~~von den Übertragungsnetzen bis in jedes Gebäude~~ bleibt das erneuerbare Energiesystem stabil – auch wenn Millionen E-Autos geladen werden

Begründung

Ich trage diesen Änderungsantrag stellvertretend für den AK Digitaler Wandel des KV Bonn ein.

"Künstliche Intelligenz" kann an dieser Stelle leicht als Synonym für "automatisches Entscheidungssytem" und "black box" gelesen werden. In der krtischen Infrastruktur (wie die Stromnetze) muss der Fokus auf fehlerfreiem Betrieb und Resistenz gegen Angriffe und Unfälle liegen. Es ist nicht klar, dass ein durch maschinelles Lernen trainiertes automatisiertes digitales Entscheidungssystem diesen Anforderungen am Besten gerecht wird. Hier ist "künstliche Intelligenz" ein Buzzword, das wir nicht fallen lassen sollten nur um es fallen zu lassen.
Zudem kann "jedes Gebäude" in diesem Zusammenhang nur heißen dass auch der Verbrauch von Privathaushalten mitgesteuert wird. Eine automatisierte, dynamische und ggfs. selbstlernende Steuerung von Stromzufuhr bei privaten Endverbrauchern halten wir für keine gute Idee. Zusätzlich dazu bietet es dem politischen Gegner enorm viel Angriffsfläche: Hier wird die Erzählung sein, dass die GRÜNEN die Versorgungssicherheit gewährleisten werden in dem sie den Bürger * innen wenn die Sonne nicht scheint den Strom abstellt.

Unterstützer*innen

Victor Venema (KV Bonn); Claus Scholl (KV Bonn); Richard Schubert (KV Bonn); Peter König (KV Bonn); Christoph Fabritius (KV Bonn); Jens Krause (KV Bonn); Josha Nitzsche (KV Bonn); Martin Stuke (KV Bonn); Raphael Teufel (KV Bonn); Leo Wilms (KV Bonn); Pavel Zorin-Kranich (KV Bonn)

WP-1-137 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Victor Venema (KV Bonn)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 137 bis 139:
werden uns dafür einsetzen, dass der Ausbau des schnellen Internets ab sofort ~~allein~~primär mit Glasfaser und 5G erfolgt. Dadurch können wir Energieeinsparungen gegenüber bisherigen Netzen nutzen.

Begründung

Wenn es um 5G geht, ist uns (AK Digitalen Wandel Bonn) "allein" zu pauschal. Es gibt wichtige Anwendungen, zum Beispiel Sensornetzwerken, wo andere Technologien mehr Sinn ergeben. 5G ist wesentlich teurer als 4G; wenn die Wahl ist zwischen keinem Netz oder 4G, haben Viele bestimmt lieber Netz.

Unterstützer*innen

Johannes Diermeier (KV Köln); Claus Scholl (KV Bonn); Christoph Fabritius (KV Bonn); Jens Krause (KV Bonn); Peter Mättig (KV Bonn); Josha Nitzsche (KV Bonn); Martin Stuke (KV Bonn); Raphael Teufel (KV Bonn); Leo Wilms (KV Bonn); Pavel Zorin-Kranich (KV Bonn)

WP-1-137-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Victor Venema (KV Bonn)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 137 bis 139 löschen:
werden uns dafür einsetzen, dass der Ausbau des schnellen Internets ab sofort allein mit Glasfaser und 5G erfolgt. ~~Dadurch können wir Energieeinsparungen gegenüber bisherigen Netzen nutzen.~~

Begründung

Die Lage ist nicht ganz so klar, aber wir können in einem Wahlprogramm keine lange Erklärungen schreiben. Wenn man die reine Übertragung betrachtet und pro Bit rechnet spart 5G gegenüber 4G Energie. Aber wenn man auch die notwendigen zusätzlichen Rechenzentren und die zu erwarteten größeren Datenmengen berücksichtigt ist es nicht eindeutig ob 5G Energie sparen wird. Glasfaserverbindungen sind Kupferkabeln überlegen, aber da Kupfer nur für die letzte Kilometer benutzt wird ist dies ein kleiner Teil des Gesamtenergieverbrauches des Internets.

Unterstützer*innen

Christoph Fabritius (KV Bonn); Claus Scholl (KV Bonn); Jens Krause (KV Bonn); Johannes Diermeier (KV Köln); Peter Mättig (KV Bonn); Guido Pfeiffer (KV Bonn); Josha Nitzsche (KV Bonn); Martin Stuke (KV Bonn); Raphael Teufel (KV Bonn); Leo Wilms (KV Bonn); Pavel Zorin-Kranich (KV Bonn)

WP-1-37 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Wald/Landwirtschaft/ländlicher Raum
Beschlussdatum: 27.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 37 bis 39:
Borkenkäfern gezeichnete Wälder ergrünen wieder als widerstandsfähige und ~~klimaangepasste Mischwälder~~naturnaheMischwälder. Mehr Platz für Tiere in den Ställen sorgt für mehr Tierwohl, besseren Klimaschutz und gesündere Nahrungsmittel. Die Landwirte

Begründung

Das Wort „klimaangepasst“ insinuiert, dass dort viel Bioengineering, vom Menschen künstlich Eingebrachtes, gebastelt und gemacht werden soll. Das wäre kontraproduktiv

WP-1-232 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Nicole Kolster (KV Rhein-Erft-Kreis)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 232 bis 233 einfügen:
als genug Wind weht und die Sonne scheint, muss es sich lohnen den Strom zu speichern, statt die Anlagen runterzufahren. Daher werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Stromspeicher von möglichst allen Letztverbraucherabgaben befreit werden.

Begründung

Seit über einem Jahrzehnt ist bekannt, dass die sogenannten Letztverbraucherabgaben Speicheranlagen hoch belasten und diese somit nicht wirtschaftlich betrieben werden können. Speicher sind zentral für die Energiewende. Zwar gibt es für die einzelnen Betreibermodelle Sonderbefreiungen, diese müssen aber erst beantragt werden. Dieser hohe bürokratische Aufwand ist ebenso zu minimieren. Ohne Speicher wird die Energiewende nicht gelingen. Daher sind sämtliche Abgaben die Speicheranlagen belasten zu reformieren und weitgehend abzuschaffen (Stromsteuer, KWK-Umlage, EEG-Umlage, Konzessionsabgabe u.a.).

Unterstützer*innen

Petra Schenke (KV Rhein-Kreis-Neuss); Roland Schüren (KV Mettmann); Volkhard Wille (KV Kleve); Andreas Müller (KV Essen); Bruno Jöbkes (KV Kleve); Richard Ralfs (KV Rhein-Sieg); Sabine Jutta Müller (KV Köln); Joachim Gutsche (KV Bottrop); Ursula Mindermann (KV Warendorf); Friederike Gudrun Seydel (KV Rhein-Erft-Kreis)

WP-1-962 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	LAG Regional- und Stadtentwicklung
Beschlussdatum:	19.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 962 bis 968:
Darum verstärken wir das Engagement des Landes bei der Reaktivierung von Brachflächen. Dazu ~~bauen~~verstetigen wir den Grundstücksfonds NRW ~~zu einem landesweiten Brachflächen-~~. ~~und Grundstücksfonds aus~~. Mit seiner Hilfe geben wir Kommunen die Möglichkeit, Flächen anzukaufen, zu entwickeln und neu zu nutzen. ~~Parallel verdoppeln wir~~Wir wollen die Fördermittel des Landes für die Beseitigung von Altlasten auf kommunalen Flächen mindestens verdreifachen und machen ~~diese~~die Flächen auch für gemeinnützige und gemeinwohlorientierte Grundstückseigentümer*innen zugänglich.

Begründung

Der "alte" Grundstücksfonds NRW für Altlastenflächen läuft unter der schwarz-gelben Landesregierung aus und muss verstetigt werden. Der Hemmschuh für die Kommunen sind aber häufig fehlende Finanzen, um die Sanierung zu stemmen. Deswegen fordern wir eine mind. Verdreifachung der bestehenden Fördermittel.

WP-1-976 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	LAG Regional- und Stadtentwicklung
Beschlussdatum:	19.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 976 bis 980:
Stattdessen setzen wir auf verkehrsberuhigte Plus-Energie-Siedlungen, Null-Emissions-Gewerbeparks und kühle, artenreiche Gärten. Mit einer Reform ~~des Landesplanungsgesetzes geben~~der Landesbauordnung können wir eigene Standards setzen und geben unseren Städten und Gemeinden die Möglichkeit, über kommunale ~~Entwicklungssatzungen~~Satzungen geeignete ~~Standards~~Vorgaben für die Erschließung von Grundstücken, nachhaltiges Bauen, regenerative Energiekonzepte, die

Begründung

Landesplanungsgesetze regeln die (überörtliche) Raumordnung und die Landesplanung in den Bundesländern. Kommunale Satzungen (örtliche Bauvorschriften) werden auf Grundlage von § 89 BauO NRW erlassen. In der Landesbauordnung können auch landesweite Standards festgelegt werden. "Standards" durch "Vorgaben" ersetzt, weil sonst Doppelung.

WP-1-523-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	LAG Regional- und Stadtentwicklung
Beschlussdatum:	19.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 523 bis 525:
und der Landwirtschaft. Zu diesem Zweck verankern wir im Landesentwicklungsplan wieder ~~das verbindliche Ziel~~die Zielsetzung, den Flächenverbrauch von aktuell über acht Hektar pro Tag in einem ersten Schritt auf fünf Hektar pro Tag zu begrenzen und bis

Begründung

Ein Ziel der Landesplanung ist endabgewogen. Schon beim rot-grünem LEP hat man sich dazu entschieden, dass das Hektarziel kein Ziel, sondern nur ein "Grundsatz" der Landesplanung ist. Ob eine Höchstgrenze der Versiegelung von 5 Ha/Tag als Ziel definiert werden kann, wird planungsrechtlich überwiegend verneint. Ein 5 ha-"Grundsatz" kann dann bspw. über die Bedarfsprognosen auf Regionalplanungsebene konkretisiert werden. Die Formulierung "Zielsetzung" umgeht die rechtliche Unklarheit.

WP-1-949-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Regional- und Stadtentwicklung
Beschlussdatum: 19.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 949 bis 956:
2035 wollen wir dafür sorgen, dass nicht mehr Fläche verbraucht, als gleichzeitig entsiegelt wird. ~~Mit Hilfe von tauschbaren Flächenentwicklungs-Zertifikaten sorgen wir dafür, dass unsere Kommunen und Kreise Entwicklungsspielräume behalten. Gleichzeitig setzen wir mit einer Versiegelungsabgabe Anreize, Flächen der Natur zurückzugeben. Um für den verbleibenden Flächenverbrauch zukünftig einen wirksamen und ortsnahen ökologischen Ausgleich sicherzustellen, führen wir ein klares Ökopunktesystem ein.~~Um diese Zielsetzung zu erreichen, werden wir Instrumente wie tauschbare Flächenzertifikate oder Versiegelungsabgaben prüfen und soweit wie möglich umsetzen. Weiterhin werden wir bei dem verbleibenden Flächenverbrauch zukünftig einen wirksameren und ortsnahen ökologischen Ausgleich sicherstellen.

Begründung

Im Programmentwurf werden zwei Methoden aufgezählt, um den Flächenverbrauch zu verringern: Flächenzertifikatehandel und Versiegelungsabgabe. Beide Methoden sind in der Fachwelt umstritten. Die Neu-Formulierung lässt Spielraum, welche Methode am Ende ergriffen werden sollte.

Beim Zertifikatehandel wird dem Boden ein marktwirtschaftlicher Warencharakter zugesprochen. Wachsstumsstarke Kommunen können strukturwachen Kommunen Zertifikate aufkaufen, wenn die "Schwachen" Geld benötigen, um ihre Haushalte zu sanieren. Andererseits kann der Handel tatsächlich ermöglichen, auf eine Versiegelung von "Netto Null" zu kommen.

Bei der Versiegelungsabgabe werden die Nutznießer*innen der Baurechte belastet. Die Einnahmen der Abgabe können zweckgebunden für Entsiegelungsmaßnahmen eingesetzt werden. Allerdings ließe sich hiermit wohl kein "Netto Null" erreichen und evtl. würden die Kosten auf Endnutzer*innen (Mieter*innen) durchgereicht.

Kompensationsmodelle: Den Kommunen und Kreisen steht es bereits offen, über eigene Punktesysteme den einzelnen Biotoptypen hohe und niedrige Werte zuzurechnen. Das Problem besteht eher darin, dass der Ausgleich nichts ortsnah geschieht. Dies ist auch im Sinne einer Umweltgerechtigkeit erheblich, wenn bspw. im Essener Norden versiegelt und im Süden aufgeforstet/ extensiviert wird.

WP-1-81-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Gabriele Siegert (KV Duisburg)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 81 bis 82:
Schon heute ist es global bereits etwa 1 Grad, in ~~unserem Land 1,5~~ Deutschland sogar etwa 2[Leerzeichen]Grad wärmer als zu Beginn des letzten Jahrhunderts und auch wenn es uns gelingt, die Klimaschutzbemühungen deutlich zu

Begründung

Die Wetterdaten des letzten Jahrzehnts zeigen für Deutschland bereits eine Erhöhung von 2 Grad. Nur wenn man über die letzten 30 Jahre mittelt, kommt man auf 1,5 Grad. Die Mittelung über den langen Zeitraum 30 Jahre verdeckt genau den deutlichen Trend des Temperatur-Anstiegs. Daher zeigen viele Klimaforscher inzwischen 10-Jahres-Mittel. Wir Grüne machen uns ohne Not angreifbar, wenn unsere Zahlen den wissenschaftlichen Zahlen widersprechen. Siehe dazu z.B. https://www.dwd.de/DE/klimaumwelt/aktuelle_meldungen/210609/basisfakten-zum-klimawandel_dkk.pdf.

Unterstützer*innen

Matthias Schneider (KV Duisburg); Deborah Rapp (KV Duisburg); Janne Schorer (KV Duisburg); Ulrike Tadema (KV Duisburg); Christian Saris (KV Duisburg); Claudia Leiße (KV Duisburg); Bianca Schöttelndreier (KV Duisburg); Dietmar Beckmann (KV Duisburg); Kathrin Selzer (KV Duisburg); Antje Ahlbrecht (KV Duisburg); Silvia Beyer (KV Duisburg); Thomas Perkowski (KV Duisburg); Detlef Harting (KV Rhein-Kreis-Neuss); Endrju Selimaj (KV Duisburg)

WP-1-420 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum: 27.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 420 bis 422 einfügen:
und öffentliche wie private Ladepunkte, wo möglich in Verbindung mit Solar- und Speichertechnik weiter fördern, und uns dafür einsetzen, dass Lade- und Bezahlstandards möglichst schnell vereinheitlicht werden. Unternehmen, die ihren Mitarbeitenden, Kund*innen oder der Nachbarschaft auf ihren Parkplätzen Lademöglichkeiten zur

Begründung

Derzeit erinnern die Verfahren und Anschlüsse und Abrechen-Modelle sehr den frühen Zeiten des Mobilfunks, bei dem die Kunden durch unterschiedliche und Wettbewerbs-behindernde Maßnahmen davor abgeschreckt wurden, die Anbieter zeitnah zu wechseln.

Hier ist nicht zuletzt das Beispiel der Kleingeräte-Netzteile sowohl Lehr-Beispiel, wie es durch "selbstheilung der Marktkräfte" nicht gut funktioniert hat - sehr zum Nachteil der Umwelt.

Die Marktteilnehmer hier aktiv und mit Nachdruck zur Vereinheitlichung der Ladeinfrastruktur und der niedrig-schwelligen Möglichkeit zum Anbieter- und Tarifwechsel bewegen, halten wir sowohl aus aus ökologischen , wie auch aus marktwirtschaftlichen Gründen für geboten.

WP-1-132 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	27.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 132 bis 135:
ausgerichtet werden, damit sie nicht zum Brandbeschleuniger der Klimakrise wird. Wir wollen verhindern, dass Effizienzgewinne durch ~~den überbordenden~~vermeidbaren Datenverbrauch ~~fragwürdiger Anwendungen~~ aufgefressen werden. Mit einer ambitionierten Green-IT-Strategie machen wir daher die öffentliche Verwaltung

Begründung

"überbordend" ist 1. ungebräuchliches Wort und füttert 2. Klischee von "wird langsam alles zu viel mit diesen Daten". Was wir meinen sind "vermeidbare" Daten, also solche, die Kernaufgaben der Anwendung nicht beeinträchtigen und nur entstehen, weil schlampig programmiert und nicht green-by-default (unnötige Optionen immer on etc.). Ob eine Anwendung "fagwürdig" ist, liegt im Auge des Betrachters, ist jedenfalls keine politisch bestimmbare Kategorie/Zuschreibung und man sollte als Partei nicht so tun, als könnten/wollten wir darüber entscheiden, was "fragwürdig" ist.

WP-1-395-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Dennis Sonne (KV Coesfeld)

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 395 einfügen:

Sicher, schnell und barrierearm mit dem Fahrrad durch NRW
Im Wahlprogramm findet sich an drei Stellen der Begriff „barrierearm“. Ziel von uns Grünen ist jedoch Barrierefreiheit in allen Bereichen. Daher wird beantragt sich auf den Begriff „barrierefrei“ zu einigen und den Begriff „barrierearm“ im gesamten Wahlprogramm durch „barrierefrei“ zu ersetzen.

Seite 15: Sicher, schnell und barrierearm mit dem Fahrrad durch NRW
Seite 47: Alle Bevölkerungsgruppen sollen digitale Dienste nutzen und davon profitieren können, barrierearm, leicht verständlich und in verschiedenen Sprachen.
Seite 64: Die Nachbarschaft für alle Generationen ist fußgängerfreundlich und barrierearm.

Begründung

Begründung steht im Antrag.

Dieser Antrag ist einer von vielen, der in einer Arbeitsgruppe für Inklusion durch mehrere Mitglieder erarbeitet wurde.

Unterstützer*innen

Helle Sönnecken (KV Hochsauerland); Marc Kersten (KV Köln); Frederike Reichmann (KV Coesfeld); Sebastian Koch (KV Coesfeld); Philipp Küpperbusch (KV Wesel); Nabiha Ghanem (KV Soest); Björn Krumminga (KV Coesfeld); Jöran Kortmann (KV Coesfeld); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Nils Behler (KV Dortmund); Klaus-Dieter Seiffert (KV Gelsenkirchen); Wolfgang Mattern (KV Coesfeld); René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Willi Kortmann (KV Coesfeld)

WP-1-361-3 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Nabiha Ghanem (KV Soest)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 361 bis 362 einfügen:
sicherstellen, dass es für Studierende gut bezahlbar wird. Das Jobticket machen wir schrittweise zur Pflicht für öffentliche Arbeitgeber*innen. Und natürlich muss Mobilität so umfassend wie möglich barrierefrei gestaltet werden, vom Ticketkauf bis zum letzten Meter vor der Haustür, egal, ob die in einer Großstadt oder weit draußen auf dem Land liegt.

Begründung

Die Bedeutung von Barrierefreiheit für die Umsetzung einer klimafreundlichen Mobilität, die allen Menschen in unserem Land volle Teilhabe ermöglicht, ist groß, wird aber noch häufig auf Einzelmaßnahmen für Menschen mit Behinderung reduziert. Ein umfassendes Verständnis von Barrierefreiheit kommt aber allen zugute, wenn von vornherein die Bedarfe verschiedener Gruppen mitgedacht werden. Die Frage, wie all die Menschen, die bislang das Auto nutzen, um ihre persönlichen Einschränkungen zu kompensieren, die kein Fahrrad fahren können und nicht mehr gut zu Fuß sind, in Zukunft eigenständig mobil sein können, werden wir Grüne beantworten müssen. Besonders wichtig ist dies für die, die im ländlichen Raum leben! Auch Ticket-Kauf und On-Demand-Dienste müssen für alle, ob jung oder alt, ob seh- oder hörgeschädigt, Stadt oder Land erreichbar sein. HINWEIS: Dieser Antrag ist einer von vielen, der in einer Arbeitsgruppe für Inklusion durch mehrere Mitglieder erarbeitet wurde.

Unterstützer*innen

Marc Kersten (KV Köln); Burkhard Kalle (KV Soest); Thomas Reimann (KV Soest); Shahabuddin Miah (KV Soest); Bernd Gottwald (KV Soest); Rolf Beu (KV Bonn); Manfred Waddey (KV Köln); Helle Sönnecken (KV Hochsauerland); Jörg Thiele (KV Krefeld); Johannes Martin Maria Bortlisz-Dickhoff (KV Rhein-Erft-Kreis); Philipp Küpperbusch (KV Wesel); Uta Lücking (KV Höxter); Jürgen Klug (KV Soest); Céline Madeleine Kalle (KV Soest); Lothar Kemmerzell (KV Soest); Annelie Gretel Wulff (KV Krefeld); Gregor Kaiser (KV Olpe); Elsa Nickel (KV Bonn); Jürgen Mülders (KV Mönchengladbach); Benjamin Zander (KV Krefeld); Ursula Schulte (KV Hochsauerland); Ulrike Burkert (KV Soest); Bernd Mosig (KV Gütersloh); Annette Von dem Bottlenberg (KV Soest); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Nils Behler (KV Dortmund); Ernst Potthoff (KV Essen); Axel Hercher (KV Mülheim); René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Ilona Schäfer (KV Wuppertal); Barbara Schulze (KV Soest); Dennis Sonne (KV Coesfeld); Andreas Müller (KV Essen); Ralf Schulz (KV Ennepe-Ruhr); Juli Scharffe (KV Münster); Philipp Hoffmann (KV Mülheim); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Antje Westhues (KV Bochum); Lena Cornelissen (KV Bonn); Manfred Becker (KV Bonn); Anja Beiers (KV Warendorf); Tanja Deiters (KV Köln); Tobias Visser (KV Soest); Melsa Yildirim (KV Hagen); Ingelore Fohr (KV Düsseldorf); Philippe Bergmann (KV Oberberg); Andrea Peuler-Kampe (KV Hagen); Andreas Neumann (KV Soest); Eike Danke (KV Köln); Christian Wendel (KV Solingen); Tim Lautner (KV Münster); Niclas Ehrenberg (KV Mettmann)

WP-1-371-3 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Nabiha Ghanem (KV Soest)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 371 bis 373 einfügen:
Schiene und Stationen. Städte und Kreise verpflichten und unterstützen wir, selbst verkehrsträgerübergreifend in moderne Verkehrswege zu investieren. Zu den Anforderungen an ein klimafreundliches Verkehrsnetz in einer älter werdenden Bevölkerung gehört auch Elektrokleinmobilität, für deren Vernetzung mit anderen Verkehrsträgern wir Sorge tragen werden. Die drei Zweckverbände NWL, NVR und VRR stehen für einen Großteil der anstehenden

Begründung

Zu einer barrierefreien Mobilität im ganzen Land für alle Menschen gehören zwingend verschiedene Arten kleiner Fahrzeuge mit E-Motor. Vom Scooter für Senior*innen und Menschen mit Behinderung über 2-, 3- oder 4- rädrige E-Roller bis zum Kabinenroller oder Kleinst-PKW, wir brauchen Lösungen für alle Lebenslagen. An rollstuhlgeeignete Busse und Haltestellen oder Leitsysteme für Menschen mit Sehbehinderung denken mittlerweile fast alle Verantwortlichen, aber noch nicht daran, wie Menschen mit Beeinträchtigung in ihrer körperlichen Fitness oder auch die Landbevölkerung auf große, schwere Autos verzichten können. Diese Frage ist besonders essentiell für alle, die auf Seniorenscooter oder E-Rollstühle angewiesen sind und nicht direkt in der Stadt wohnen. Aber auch hier gilt: es profitieren alle, die aus welchem Grund auch immer kurze und mittlere Strecken nicht zu Fuß oder mit dem Rad zurücklegen können oder wollen.
HINWEIS: Dieser Antrag ist einer von vielen, der in einer Arbeitsgruppe für Inklusion durch mehrere Mitglieder erarbeitet wurde.

Unterstützer*innen

Marc Kersten (KV Köln); Burkhard Kalle (KV Soest); Thomas Reimann (KV Soest); Shahabuddin Miah (KV Soest); Nicole Kolster (KV Rhein-Erft-Kreis); Bernd Gottwald (KV Soest); Rolf Beu (KV Bonn); Helle Sönnecken (KV Hochsauerland); Jörg Thiele (KV Krefeld); Johannes Martin Maria Bortlisz-Dickhoff (KV Rhein-Erft-Kreis); Philipp Küpperbusch (KV Wesel); Uta Lücking (KV Höxter); Jürgen Klug (KV Soest); Céline Madeleine Kalle (KV Soest); Lothar Kemmerzell (KV Soest); Annelie Gretel Wulff (KV Krefeld); Gregor Kaiser (KV Olpe); Elsa Nickel (KV Bonn); Jürgen Mülders (KV Mönchengladbach); Benjamin Zander (KV Krefeld); Ursula Schulte (KV Hochsauerland); Bernd Mosig (KV Gütersloh); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Nils Behler (KV Dortmund); Ernst Potthoff (KV Essen); René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Barbara Schulze (KV Soest); Irmgard Pehle (KV Herford); Andreas Müller (KV Essen); Ralf Schulz (KV Ennepe-Ruhr); Juli Scharffe (KV Münster); Philipp Hoffmann (KV Mülheim); Meral Thoms (KV Viersen); Antje Westhues (KV Bochum); Manfred Becker (KV Bonn); Tanja Deiters (KV Köln); Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Johannes West (KV Düsseldorf); Tobias Visser (KV Soest); Ingelore Fohr (KV Düsseldorf); Philippe Bergmann (KV Oberberg); Andreas Neumann (KV Soest); Christian Wendel (KV Solingen); Tim Lautner (KV Münster); Jeanne Emilia Riedel (KV München)

WP-1-432 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Nabiha Ghanem (KV Soest)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 432 bis 434 einfügen:
und Lastenräder, Scooter und andere Leihfahrzeuge aus. Bahnhöfe und Busplätze bauen wir zu Mobilitätsstationen um, die den Wechsel vom Auto, Elektrokleinfahrzeug oder dem Fahrrad in den Zug oder Bus erleichtern. Busse, Bahnen und Haltestellen werden endlich

Von Zeile 440 bis 441 einfügen:
wir – analog zur Kaufprämie für E-Autos – eine finanzielle Förderung für den Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr, Elektrokleinfahrzeuge oder das Fahrrad einführen. Dabei berücksichtigen wir die besonderen Bedarfe von Menschen mit Behinderung.

Begründung

Mit Elektrokleinfahrzeugen werden nicht nur die typischen E-Scooter einbezogen, sondern alles, was einen E-Motor hat und klein ist. Denn auch Menschen mit Beeinträchtigung in ihrer körperlichen Fitness müssen ohne Auto mobil sein können. Für Mobilitätsstationen wichtig sind vor allem folgende Aspekte:

1. Ausleihe von sog. "Seniorenscootern", also Fahrzeuge für Menschen, die nur schlecht laufen können oder nicht Fahrrad fahren können.

2. Park- und Lademöglichkeiten für alle kleinen E-Fahrzeuge, insbesondere in Orten mit ländlichem Einzugsgebiet.

Eine Förderung von Elektrokleinfahrzeugen würde vor allem Menschen mit Behinderung und den Menschen im ländlichen Raum, denen ein normales Fahrrad nicht ausreicht, auch die Möglichkeit eröffnen, klimafreundlich mobil sein und auf ein Auto verzichten zu können. Es sollte auch niemand nur aufgrund behinderungsbedingter Anforderungen benachteiligt werden.

HINWEIS: Dieser Antrag ist einer von vielen, der in einer Arbeitsgruppe für Inklusion durch mehrere Mitglieder erarbeitet wurde.

Unterstützer*innen

Marc Kersten (KV Köln); Burkhard Kalle (KV Soest); Thomas Reimann (KV Soest); Shahabuddin Miah (KV Soest); Nicole Kolster (KV Rhein-Erft-Kreis); Bernd Gottwald (KV Soest); Rolf Beu (KV Bonn); Helle Sönnecken (KV Hochsauerland); Jörg Thiele (KV Krefeld); Johannes Martin Maria Bortlisz-Dickhoff (KV Rhein-Erft-Kreis); Philipp Küpperbusch (KV Wesel); Uta Lücking (KV Höxter); Jürgen Klug (KV Soest); Céline Madeleine Kalle (KV Soest); Lothar Kemmerzell (KV Soest); Annelie Gretel Wulff (KV Krefeld); Gregor Kaiser (KV Olpe); Elsa Nickel (KV Bonn); Jürgen Mülders (KV Mönchengladbach); Benjamin Zander (KV Krefeld); Ursula Schulte (KV Hochsauerland); Bernd Mosig (KV Gütersloh); Annette Von dem Bottlenberg (KV Soest); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Nils Behler (KV Dortmund); Ernst Potthoff (KV Essen); René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Barbara Schulze (KV Soest); Dennis Sonne (KV Coesfeld); Andreas Müller (KV Essen); Ralf Schulz (KV Ennepe-Ruhr); Meral Thoms (KV Viersen); Antje Westhues (KV Bochum); Tanja Deiters (KV Köln); Johannes West (KV Düsseldorf); Tobias Visser (KV Soest);

Ingelore Fohr (KV Düsseldorf); Philippe Bergmann (KV Oberberg); Eike Danke (KV Köln); Andreas Neumann (KV Soest); Jeanne Emilia Riedel (KV München); Niclas Ehrenberg (KV Mettmann)

WP-1-672-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Wald/Landwirtschaft/ländlicher Raum
Beschlussdatum: 27.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 672 bis 674 einfügen:
Wälder verdienen unseren besonderen Schutz. Sie sind eine wesentliche CO_2-Senke und Wasserspeicher und als solche unsere stärksten Verbündeten im Kampf gegen die Klimakrise. Gleichzeitig sind sie selbst im Klima-Dauerstress. Aus diesem Grund machen wir

Begründung

Wälder tun viel mehr gegen den Klimawandel , als nur CO2 zu speichern. Die Wasser-Speicherfunktion und Wasserhaushaltsregulierung in der Landschaft von naturnahen Wäldern sind genauso wichtig, diese Funktionen werden durch die Nadelholzplantagen stark beeinträchtigt

WP-1-675-2 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	LAG Wald/Landwirtschaft/ländlicher Raum
Beschlussdatum:	27.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 675 bis 678:
den Waldumbau hin zu naturnahen, arten- und strukturreichen Wäldern zum Ziel der nordrhein-westfälischen Waldwirtschaft. Hier werden ~~klima-tolerante und heimische Baumarten~~sich selbst erhaltende naturnahe Dauerwälder zum neuen Normal. Das gilt für Wald in öffentlicher Hand genauso wie für den privaten Waldbesitz. Damit es gelingt, bauen wir die

Begründung

Die alte Formulierung insinuiert, dass die klimatoleranten Baumarten keine einheimischen Arten sind, sondern Exoten. Zumindest missverständlich. Das wollen wir aber nicht als Normal, das erneuert die gleichen Fehler der Vergangenheit in den Forst-Plantagen wieder

WP-1-677-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	LAG Wald/Landwirtschaft/ländlicher Raum
Beschlussdatum:	27.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 677 bis 680:
heimische Baumarten zum neuen Normal. Das gilt für Wald in öffentlicher Hand genauso wie für den privaten Waldbesitz. Damit es gelingt, ~~bauen~~ modernisieren wir das Forstgesetz, in dem u.a. eine gute fachliche Praxis die biologische Nachhaltigkeit des Ökosystems Wald sicherstellt. Angebote des Vertragsnaturschutzes ~~im Bereich~~fördern weitergehenden dauerhaften ökologischen Wert des ~~Privatwaldes aus~~Waldes.[Leerzeichen]. Außerdem entwickeln wir das Forstliche Bildungszentrum in Arnsberg zu einem

Von Zeile 682 bis 683 einfügen:
Zusammenhänge zu vermitteln. Daneben stärken wir den Waldnaturschutz und werden weitere Wildnis-Gebiete als Referenzflächen für naturnahe Waldentwicklung ausweisen.

Begründung

Anlehnung an Bundestagswahlprogramm; Verbändegespräche hat deutlich gemacht, wie wichtig Referenzflächen sind.

WP-1-694 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	LAG Wald/Landwirtschaft/ländlicher Raum
Beschlussdatum:	27.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 694:

~~Der Wald ist Artenbewahrer und Häuslebauer~~

Der Wald ist multifunktional

Begründung

Die Überschrift ist nur zweidimensional. Weiterhin passt die "schwäbische" Wortwahl nicht

WP-1-695-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Wald/Landwirtschaft/ländlicher Raum
Beschlussdatum: 27.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 695 bis 700:
~~Naturverjüngung – also der sich selbst erneuernde Wald – ist zentral für eine naturnahe Wiederbewaldung von Kahlflächen. Ein naturverjüngter Wald ist ein wichtiger Lebensraum für bedrohte Arten. Doch in vielen Teilen Nordrhein-Westfalens verhindern deutlich überhöhte Wildbestände genau diesen wichtigen Prozess. Um den Waldumbau hin zu klimastabilen~~. Klimastabile Dauerwälder können sich vorrangig mit Naturverjüngung erhalten.Doch in vielen Teilen Nordrhein-Westfalens verhindern deutlich überhöhte Wildbestände genau diesen wichtigen Prozess. Um den Waldumbau hin zu naturnahen Mischwäldern gestalten zu können, ist eine konsequente Reduzierung der Wildbestände auf ein verträgliches Maß

WP-1-704-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Wald/Landwirtschaft/ländlicher Raum
Beschlussdatum: 27.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 704 bis 710:
~~Holz ist ein wertvoller, klimaneutraler Baustoff, der nachwächst und CO_2 über viele Jahrzehnte lang binden kann. Deshalb wollen wir in Zukunft stärker auf den Baustoff Holz aus unseren heimischen Wäldern setzen. Öffentliche Gebäude sollen hierbei eine Vorreiterrolle einnehmen, indem sie statt mit Kies und Zement verstärkt aus Laub- und Nadelholz gebaut werden. Wir wollen auch für die kommunale Ebene entsprechende Anreize setzen und entsprechend die Verwendung von Holz im Baugewerbe stärker unterstützen.~~

Holz ist ein wertvoller nachwachsender Rohstoff, der CO2 über Jahrzehnte binden kann. Deshalb wollen wir in Zukunft Importe aus nicht-nachhaltiger Erzeugung vermeiden und stärker auf den Baustoff Holz aus regionalen Wäldern setzen.
Öffentliche Gebäude sollen hierbei eine Vorreiterrolle einnehmen. Wir wollen Holz nur für wertvolle langlebige Produkte einsetzen. Verbrennen ist nur am Ende einer langen Kaskadennutzung vorgesehen

Begründung

Kürzung, Details streichen. Kaskadennutzung betonen und Verbrennung nur am Ende dieser Kaskade, Es ist wichtig, dass Frischholzeinschlag für Verbrennung, auch nicht für Pellest zur Stromproduktion, von uns nicht unterstützt wird.

WP-1-785 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	LAG Wald/Landwirtschaft/ländlicher Raum
Beschlussdatum:	27.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 785 bis 786 einfügen:
Gute Lebensmittel von artenreichen Feldern und von gesunden Tieren, die ihren Bedürfnissen entsprechend gehalten werden, hergestellt von Bäuer*innen mit sicherem Einkommen in NRW. Das ist unser grüner Plan für die

Begründung

Die Tiere in der industriellen Tierhaltung sind auch gesund, bzw. nicht mehr oder weniger als im Ökolandbau. Die Studienlage ist da sehr indifferent. Da wir aber die Haltung der Tiere verbessern wollen sollte das hier explizit benannt werden.

WP-1-355 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Mobilität&Verkehr
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 355 bis 357 einfügen:
Tarifchaos und führen in den nächsten zehn Jahren schrittweise ein solidarisch finanziertes Bürger*innenticket für ganz NRW ein. Den Anfang macht das durch das Land getragene kostenlose Ticket für Schüler*innen und junge Menschen bis 18 Jahre. Wir senken

WP-1-790 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	LAG Wald/Landwirtschaft/ländlicher Raum
Beschlussdatum:	27.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 790 bis 792 einfügen:
Rechte der Konsument*innen durch einen besseren Verbraucher*innenschutz stärken sowie die Bäuer*innen beim Umstieg unterstützen, indem wir die landwirtschaftliche Beratung verbessern. Beratung zur Regionalvermarktung und für innovative und partizipative Ansätze wie Erzeuger*innengemeinschaften, solidarische Landwirtschaft oder Ernährungsräte unterstützen wir zudem. Insgesamt wollen wir die regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung stärken und so dem Betriebesterben der letzten Jahre entgegentreten. Landwirtschaft und der Schutz von Tieren, Klima, Umwelt und Gewässern sind keine Gegensätze, sondern bedingen

WP-1-360-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	LAG Mobilität&Verkehr
Beschlussdatum:	23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 360 bis 362:
Modellprojekten. Auch bei der Preisentwicklung des Semestertickets wollen wir sicherstellen, dass es für Studierende gut bezahlbar ~~wird~~bleibt. Das Jobticket machen wir schrittweise zur Pflicht für öffentliche Arbeitgeber*innen.

WP-1-361-2 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Mobilität&Verkehr
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 361 bis 362 einfügen:
sicherstellen, dass es für Studierende gut bezahlbar wird. Das Jobticket machen wir schrittweise zur Pflicht für öffentliche Arbeitgeber*innen. Die Landesbehörden sollen hier mit gutem Beispiel vorangehen und das Jobticket für ihre Beschäftigten umgehend einführen.

WP-1-799 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	LAG Wald/Landwirtschaft/ländlicher Raum
Beschlussdatum:	27.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 799 bis 802:
~~Unser Leitbild ist die ökologische, strukturreiche und bäuerliche Landwirtschaft, die auf einem Fundament von Pestizidfreiheit, Tiergerechtigkeit und Gentechnikfreiheit steht.~~Unser Leitbild ist eine sich weiterentwickelnde ökologische, strukturreiche und bäuerliche Landwirtschaft mit ihren Prinzipien Tiergerechtigkeit, Gentechnikfreiheit und Freiheit von chemisch-synthetischen Pestiziden .
Eine industrialisierte Massentierhaltung hat in der Landwirtschaft der Zukunft hingegen keinen Platz. Mit einer gezielten

Begründung

Analog zur Formulierung im Bundestagswahlprogramm.
Den Begriff Pestizide müssen wir sehr sauber definieren (auch biol. Pestizide sind Pestizide und werden im Ökoanbau verwendet).

WP-1-800 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	LAG Wald/Landwirtschaft/ländlicher Raum
Beschlussdatum:	27.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 800 bis 803:
Landwirtschaft, die auf einem Fundament von Pestizidfreiheit, Tiergerechtigkeit und Gentechnikfreiheit steht. ~~Eine industrialisierte Massentierhaltung hat in der Landwirtschaft der Zukunft hingegen keinen Platz.~~Tiere müssen entsprechend ihrer Bedürfnisse gehalten werden. Mit einer gezielten Förderung naturverträglicher Landwirtschaft geben wir mehr und mehr

Begründung

Kampfbegriffe sollten wir im Programm vermeiden, wenn wir die Transformation gemeinsam mit den Bäuer*innen gestalten wollen.

WP-1-869-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Wald/Landwirtschaft/ländlicher Raum
Beschlussdatum: 27.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 867 bis 869:
Behörden, Kitas und Schulen dabei, mindestens 30 Prozent ihrer Produkte aus dem Ökolandbau zu beziehen ~~–~~sowie so viel wie möglich ~~davon~~ regional, direkt von den Betrieben oder regionalen Vertriebsnetzen. Hochwertiges Bio-Fleisch aus der

Begründung

Wir wollen auch, dass möglichst viele der nicht ökologischen Produkte aus der Region kommen.

WP-1-846 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	LAG Wald/Landwirtschaft/ländlicher Raum
Beschlussdatum:	27.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 846 bis 848 einfügen:
Artenvielfalt und bilden das Rückgrat des ländlichen Raums. Mit zielgerichteter Unterstützung bäuerlicher Betriebe und Bürokratieabbau stoppen wir das Sterben kleiner Höfe. Durch den Ausbau sozialökologischer Beratungsangebote für Familienbetriebe bieten wir

WP-1-401 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Mobilität&Verkehr
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 401 bis 403:
unserer Klimaschutzziele. Mit einem neuen, besseren Radverkehrsgesetz werden wir Grüne die Grundlagen dafür schaffen, dass der Anteil des Radverkehrs ~~zukünftig~~bis 2035 auf 25 Prozent wächst. Unsere Investitionsoffensive werden wir dazu nutzen, ein

WP-1-404 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Mobilität&Verkehr
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 404 bis 406 einfügen:
landesweites Radwegenetz aus Radschnellwegen und Radvorrangrouten zu entwickeln und unsere Kommunen finanziell bei der Umsetzung eigener Radverkehrskonzepte und bei der Sanierung bestehender Strecken zu unterstützen. Wir bauen Jobrad-Modelle im öffentlichen Dienst konsequent aus und

WP-1-578 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	LAG Wald/Landwirtschaft/ländlicher Raum
Beschlussdatum:	27.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 578 bis 585:
~~Wo Tier und Mensch eng zusammenleben, gibt es immer auch Konflikte, wie bei der Rückkehr des Wolfs. Hier ist das Land in der Verantwortung einen Ausgleich zu schaffen und zu vermitteln. Die bislang getroffenen Regelungen zum Wolfsmanagement sind unzureichend. Ziel allen Handelns muss ein möglichst konfliktfreies bzw. -armes Miteinander von Wolf und Mensch sein. Weidetierhaltung muss auch in Zukunft möglich sein und als wichtiger Beitrag zum Tier- und Artenschutz besser gefördert werden. Sie darf weder an fehlenden finanziellen oder personellen Ressourcen noch an Ängsten scheitern.~~

Wo Tier und Mensch eng zusammenleben, gibt es immer auch Konflikte, wie bei der Rückkehr des Wolfs. Wir werden Rahmenbedingungen schaffen, die Wölfen Lebensräume in NRW bieten und gleichzeitig Weidetierhaltung ermöglichen. Wolfsmanagement bedeutet, dass nicht allein die Weidetierhalter*innen für den Schutz ihrer Herden zuständig sind. Das Land ist in der Pflicht, die Wolfspopulation in NRW so zu managen, dass der Hochwasserschutz auf Deichen und die Artenvielfalt im Grünland, in der Heide und in Mooren durch Beweidung erhalten bleiben und Schäfereien und andere tierhaltende Betriebe ihre Existenz sichern können.

Begründung

Schafbeweidung sorgt in Naturschutzgebieten für Artenvielfalt. Herdenschutzmaßnahmen können aber den (teuren) Naturschutz konterkarieren, da die Herdenschutzmaßnahmen die Barrierefreiheit für wertgebende und gefährdete Arten (z.B. Kröten, Hasen, Igel) in ihren natürlichen Habitaten aufheben. Darauf muss beim Thema Wolfsmanagement mehr Rücksicht genommen werden.

Siehe auch das von der LAG Wald/Landwirtschaft/ländlicher Raum verabschiedete Wolfspapier.

WP-1-802 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	LAG Wald/Landwirtschaft/ländlicher Raum
Beschlussdatum:	27.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 802 bis 804:
der Landwirtschaft der Zukunft hingegen keinen Platz. Mit einer gezielten Förderung ~~naturverträglicher~~einer ressourcenschonenden Landwirtschaft geben wir mehr und mehr landwirtschaftlichen Betrieben die Planungs- und Investitionssicherheit, die sie

Begründung

"Ressourcenschonend" legt den Schwerpunkt auf eine Landwirtschaft, die innerhalb planetarer Grenzen wirtschaftet, während der Begriff "naturverträglich" ehre diffus ist.

WP-1-381-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 381 bis 382 einfügen:
Umgehungsstraßen, zugunsten der Sanierung maroder Straßen und des Ausbaus von Schienen- und Radwegen umschichten. Zudem ist ein Moratorium notwendig für Ausbau- und Neubauvorhaben von Autobahnen
und Straßen gem. BVWP 2030 und Landesstraßenbedarfsplan einschließlich Abriss/Neubau/Erweiterung daraus resultierender Rheinquerungen als Brücken oder Tunnel – auch wenn sie bereits in Vorplanung sind.

Begründung

Straßenbauprojekte "auf den Prüfstand zu stellen" ist eine zu schwache Aussage. Es ist unverzüglich notwendig, die Rheinquerung A553 und den Ausbau A4 mit Abriss/Neubau oder Ausbau der Rodenkirchener Brücke zu stoppen. Beide Projekte sind Beispiele für Maßnahmen, die einerseits große Umweltschäden anrichten und andererseits der Mobilitätswende durch Anziehen von noch mehr Lastkraft- und Personen-Individualverkehr schaden. Dem wird die schwammige Aussage im Entwurf nicht gerecht, dort bleiben Moratorium und Rheinüber-/unterquerungen unerwähnt. Gegen diese Monsterprojekte muss landespolitisch expressis verbis Stellung bezogen werden, um die GRÜNE Position in NRW-Koalitionsverhandlungen von vorneherein deutlich zu machen.

WP-1-497 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG MoVe
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 497 bis 499 einfügen:
wir all diese Antriebe, um auch in NRW für jedes Nutzfahrzeug die beste Lösung zu finden. Als Brückentechnologie werden für eine begrenzte Zeit weiterhin auch Biotreibstoffe benötigt. Neben dem Ausbau der grünen Wasserstoffwirtschaft werden wir gemeinsam mit anderen Bundesländern und dem Bund auch den Ausbau von

Begründung

Biotreibstoffe werden nur noch für begrenzte Zeit als Brückentechnologie eine Rolle im gewerblichen Straßengüterverkehr spielen. Der Wirkungsgrad von Biotreibstoffen ist sehr gering und hier bestehen Zielkonflikte mit nachhaltiger Landnutzung, Nahrungsmittelproduktion und Energienutzung.

Mit Oberleitungen, Batterietechnologie und (grünem!) Wasserstoff stehen bereits heute klimaneutrale Antriebe im Güterverkehr mit Zukunftspotenzial zur Verfügung. Grüne Verkehrspolitik sollte sich in der Förderung auf diese zukunftsfähigen Technologien konzentrieren.

WP-1-354-3 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: KV Rhein-Sieg
Beschlussdatum: 25.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 354 bis 357:
getakteter Busverkehr im Regelbetrieb kaum genutzt wird. Wir beenden das Tarifchaos und führen ~~in den nächsten zehn Jahren schrittweise~~nach einem Gesetzgebungsverfahren ein solidarisch finanziertes Bürger*innenticket für ganz NRW ein. Die bisherigen Tarife des ÖPNV werden durch Beiträge aller über 18-Jährigen Einwohner*innen ersetzt. Die Beitragshöhe hängt von der Angebotsqualität ab und liegt unter 20 Euro monatlich. Auch Arbeitgebende, Übernachtungsgäste und Großveranstalter werden in die Finanzierung einbezogen - vergleichbar der Abgabe der Arbeitgebenden in Frankreich -, wenn sie Vorteile durch das Bus- und Bahnangebot haben. Im Gegenzug können alle Bürger*innen Busse und Bahnen in NRW ohne weitere Kosten nutzen. Vorteil der solidarischen Finanzierung ist nicht nur eine nachhaltige Finanzierung des ÖPNV, die auch einen Ausbau ermöglicht. Vielmehr werden Familien unterstützt, der Arbeitsmarkt für Arneitnehmende erweitert, die Justiz entlastet und auch mehr Teilhabe für Bürger*innen mit geringem Einkommen ermöglicht. Weniger Autoverkehr trägt zu höherer Lebensqualität und verbessertem Klima bei. Den Anfang macht das kostenlose Ticket für Schüler*innen und junge Menschen bis 18 Jahre. Wir senken

Begründung

Das vom Landesvorstand vorgeschlagene und zu begrüßende Bürger*innenticket ist ein Meilenstein/ Leuchtturm im Mobilitätsbereich. Es betrifft alle und sollte deshalb ausführlicher als mit einem Satz vorgestellt werden. Daneben wird insbesondere ein Arbeitgebendenbeitrag vorgeschlagen: Der öffentliche Nahverkehr leidet seit Jahrzehnten an Finanzierungsproblemen, die sich in Zeiten der Corona-Krise noch verschärft haben. Es wird immer schwieriger, höhere Ticketpreise durchzusetzen. Schon vor der Coronakrise war absehbar, dass die beiden Finanzierungssäulen „Ticketerlöse“ und „Steuerfinanzierung“ nicht ausreichen, um einen von allen gewünschten Ausbau des ÖPNV zu erreichen -selbst wenn der Bund für alle 16 Länder weitere Steuergelder zur Verfügung stellt.

Im Jahr 2019 – vor Corona – wurden 2,76 Mrd. Euro Fahrgelder in NRW eingenommen. Wenn alle über 18 Jahre alten Menschen in NRW im Durchschnitt 18 Euro im Monat zahlen, würden heute rund 250 Mio. Euro mehr im Jahr zur Verfügung stehen.

Die rechtliche Machbarkeit des Bürger*innen-Tickets durch ein Landesgesetz wird in verschiedenen Gutachten nicht (mehr) in Frage gestellt.

Wir treten für eine möglichst rasche Einführung und eine Beitragsstaffelung je nach Größe des Vorteils ein: Beitragszahler, die in schlechter mit ÖPNV versorgten Gebieten wohnen, zahlen weniger als die in gut versorgten Gebieten. Wenn man ohne Fahrschein in ganz NRW ohne Ticket mit dem Nahverkehr unterwegs sein kann, hat man einen Vorteil, auch wenn man zunächst mit anderen Verkehrsmitteln zur nächsten Haltestelle fahren muss. Die Zeit für Gesetzgebung und Umsetzung kann für den Ausbau des ÖPNV genutzt werden.

Neben dem Bürger*innenticket schlagen wir insbesondere einen Arbeitgeber*innen-Beitrag vor, um den ÖPNV nachhaltig und zukunftssicher zu finanzieren. So können z.B. auch die Arbeitnehmenden einbezogen werden, die nicht in NRW ihren Wohnsitz haben, aber hier arbeiten. Je nach Modell können rund eine Milliarde Euro pro Jahr erzielt werden. In Frankreich trägt z.B. eine kommunale Verkehrssteuer („Versement transport“), die von Arbeitgebenden gezahlt wird, wesentlich zur

Finanzierung des ÖPNV bei. Die Wirtschaft profitiert erheblich von der Erreichbarkeit durch den ÖPNV („Berufsverkehr“). Das Beitragsrecht setzt voraus, dass für eine mögliche Nutzung ein Vorteil besteht. So sollte beispielsweise die nächste Haltestelle 800 m Luftlinie vom Arbeitgebenden entfernt liegen und stündlich bedient werden. Betriebsstätten, Großveranstalter, Übernachtungsgäste müssten ohne diesen Vorteil nichts zahlen.

Wir wollen kein bürokratisches Monstrum: So ist es vorstellbar, dass eine Landesverkehrsgesellschaft den Beitragseinzug gegen Kostenerstattung übernimmt und nicht die Kommunen. Soziale Aspekte sollen bei der Beitragsstaffelung keine Rolle spielen, um bürokratische Erhebungen und Änderungsdienste zu vermeiden. Der Beitrag ist günstiger als ein 365-Euro-Ticket und weniger als im Arbeitslosengeld 2 vorgesehen.

Der Zahlungspflicht steht insbesondere gegenüber, dass alle Kinder und Jugendliche "kostenlos" fahren.

WP-1-355-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Wald/Landwirtschaft/ländlicher Raum
Beschlussdatum: 27.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 355 bis 357 einfügen:
Tarifchaos und führen in den nächsten zehn Jahren schrittweise ein solidarisch finanziertes Bürger*innenticket für ganz NRW ein, so ausgestaltet, dass es auch für die Menschen auf dem Land fair und für alle bezahlbar ist. Den Anfang macht das kostenlose Ticket für Schüler*innen und junge Menschen bis 18 Jahre. Wir senken

Begründung

Wir erkennen ja sls Grüne mittlerweile die Realität an, nämlich dass für bestimmte Wohnlagen und vor allem für Familien auf dem Land das Auto vorläufig unverzichtbar bleibt. Wir wollen daher, dass in klimaverträglichere Elektro- Autos, aber auch in Gebäudedämmung, moderne Heizungsanlagen und Photovoltaik investiert wird. Ein solidarisch finanziertes Bürger*innenticket, wunderbar für Düsseldorf und Köln, bedeutet aber für viele Menschen im ländlichen Raum in erster Linie erhebliche Kosten, die sie zusätzlich zu tragen haben! Der Krankenpfleger oder die Verkäuferin müssten ein Ticket kaufen, das sie oft nur für gelegentliche Luxusfahrten am Wochenende nutzen können. Für ihre wichtigen Alltagswege wie Fahrten zur Arbeit oder zur Kita, in die Stadt, um die Kinder zur Schwimmstunde oder Opa zum Arzt zu bringen, für all das müssen sie weiter ihr Auto finanzieren. Die Kosten für Mobilität auf dem Land sind ohnehin sehr hoch, meist übersteigen sie die Ersparnis durch geringere Wohnkosten erheblich. Sehr viele Menschen leben trotz durchschnittlichen oder niedrigen Einkommens im eigenen, schon betagten Häuschen. Jetzt sollen sie es dämmen, die Heizung erneuern, neue Fenster einbauen, einen CO2-Preis zahlen, E-Autos kaufen - die Liste der teuren, aber notwendigen Investitionen ist lang . Wir sollten daher im Interesse eines nachhaltigen und sozial verträglichen Klimaschutzes sowie in unserem eigenen Interesse eine völlige Überforderung der Landbevölkerung durch eine weitere finanzielle Belastung unbedingt vermeiden!

WP-1-354-4 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 354 bis 362:
getakteter Busverkehr im Regelbetrieb kaum genutzt wird. Wir beenden das Tarifchaos und führen in den nächsten zehn Jahren schrittweise[Zeilenumbruch]
ein solidarisch finanziertes Bürger*innenticket für ganz NRW ein. Den Anfang ~~macht das~~ machen kostenlose Ticket**s** für ~~Schüler*innen~~ jene, die sich ÖPNV am wenigsten leisten können weil sie kein oder nur geringes Einkommen haben, u.a. Sozialleistungsbeziehende, Schüler*innen, Azubis und ~~junge~~Studierende sowie Menschen ~~bis 18 Jahre~~mit Renten unter Grundsicherungsniveau. ~~Wir senken den Preis~~, Dies ergänzen wir mit einem 365-Euro-Ticket für ~~das landesweite Azubiticket und bauen soziale Angebote aus~~alle. .
Städte und Kreise, die schneller vorangehen wollen, unterstützen wir aktiv in[Zeilenumbruch]
ihren Modellprojekten. Auch bei der Preisentwicklung des Semestertickets wollen[Zeilenumbruch]
wir sicherstellen, dass es für ältere Studierende gut bezahlbar ~~wird~~ist. Das[Zeilenumbruch]
Jobticket machen wir schrittweise zur Pflicht für öffentliche Arbeitgeber*innen, außerdem wird jedem Unternehmen unabhängig von der Anzahl Abnahmen ermöglicht, am JobTicket teilzunehmen.

Begründung

Dass es perspektivisch ein von Allen solidarisch finanziertes Ticket gibt, ist wichtig. Wenn wir unsere Klimaziele einhalten wollen, müssen wir möglichst starke Anreize für einen Umstieg auf Bus & Bahn setzen. Dazu gehören kostenlose Tickets für junge Menschen und für Senior*innen. Außerdem brauchen wir ein einfaches 365-Euro-Ticket. Eine Teilnahme am JobTicket scheitert bei kleinen Unternehmen oft am Aufwand, es über einen Dachverband zu beziehen. Das muss vereinfacht werden.

WP-1-464 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 464 bis 466 einfügen:
Menschen besser vor Lärm zu schützen, werden wir Nachtflüge reduzieren und die Ausweitung sowie die Einhaltung von Nachtflugverboten fortlaufend überprüfen. Insbesondere am Flughafen Köln-Bonn setzen wir uns für ein
konsequentes Nachtflugverbot ein. An keinem NRW-Flughafen ist ein weiterer Ausbau verkehrspolitisch erforderlich und

Begründung

Die Belastungen des Flugverkehrs für Klima & Mensch sind offensichtlich und werden im Programmentwurf explizit benannt. Allerdings sollte der Schutz von Anwohner*innen konkreter eingefordert werden.

Der Flughafen Köln-Bonn ist einer der wenigen Flughäfen in Deutschland, die weder einem Nachtflugverbot für Passagierflugzeuge noch für Frachtverkehr unterliegen. Dies ist sowohl unter Klimagesichtspunkten als auch unter Lärmgesichtspunkten unverantwortlich. Die Anwohner*innen des Flughafens Köln-Bonn leiden schon seit Jahren unter der Lärmbelastung ohne eine konkrete Aussicht auf Besserung. Gleichzeitig gibt es bei anderen Flughäfen in der Umgebung (Düsseldorf in NRW oder Frankfurt in Hessen) wirksame Beschränkungen des Nachtflugverkehrs. Wieso gelingt es dort, Anwohner*innen zu schützen und in Köln-Bonn nicht?

Nach der kommenden Landtagswahl könnten wir Grüne im Bund, in NRW und in Köln gleichzeitig in Regierungsverantwortung sein. Eine solche Konstellation bietet optimale Voraussetzungen, um Nachtflugverbote endlich wirksam umzusetzen.

WP-1-936 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 936 bis 937 einfügen:
unverzüglich und nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen überarbeitet und in diesem Punkt angepasst werden. Zudem wollen wir zum Wohle von Tier und Mensch den Einsatz von Tieren, insbesondere Pferden, für Karnevals- und Festumzüge einschränken.

Begründung

Die Nutzung von Pferden bei Großveranstaltungen wie Karnevals- oder Festumzügen ist aus Gründen des Tierschutzes und der Sicherheit unverantwortlich.

Pferde sind Fluchttiere und erfahren ein außerordentlich hohes Stresslevel durch Menschenmassen, Lärm und motorisierte Fahrzeuge. Es ist ethisch nicht vertretbar, sie diesem Stress aufgrund reiner Unterhaltungszwecke auszusetzen.

Außerdem treten immer wieder Unfälle auf, bei denen Menschen durch panische Pferde verletzt werden. Um die Sicherheit der Besucher*innen zu gewährleisten und sie dem Risiko eines solchen Unfalls nicht auszusetzen, muss auf Pferde bei Großveranstaltungen verzichtet werden.

Modifiziert & beschlossen im AK Klima & Umwelt am 18.11.2021.

WP-1-223 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 223 bis 225:
Grundlagen dafür legen, dass jedes Jahr mindestens 200 neue Anlagen gebaut werden können. Damit das gelingt, müssen ~~etwa~~mindestens zwei Prozent der Landesfläche für die Windenergie gesichert werden. Feste Mindestabstände zur Wohnbebauung passen

Begründung

Nicht nur für die Deckung des jetzigen Strombedarfs brauchen wir viel mehr Erneuerbare, gerade auch im Hinblick auf grünen Wasserstoff und E-Mobilität wird der Strombedarf weiter steigen. Deshalb brauchen wir eine klare Bekenntnis zum echten 2%-Ziel bei der Windenergie.

WP-1-2-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	LAG Europa, Frieden, Internationales (EFI)
Beschlussdatum:	29.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 2 bis 4:
Denn die Klimakrise und das Artensterben sind längst auch in Nordrhein-Westfalen angekommen, sie finden nicht nur international, sondern auch direkt vor unserer Haustür statt. Wer Klima und Umwelt schützt, ~~schützt auch unsere Freiheit~~bewahrt den Frieden und die ~~der~~Freiheit von uns und nachfolgenden Generationen.

Begründung

Nexus zwischen Klima- und Biodiversitätskrise mit Frieden - Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlage ist nicht nur zentral zur Verteidigung unserer Freiheit, sondern sie ist auch entscheidend für eine friedliche Welt. Denn es ist klar, dass die Folgen des Klimawandels und des Artensterbens wie z.B. Nahrungsmittelknappheit Konflikte verursachen bzw. verschärfen können.

WP-1-228 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Ingo Stuckmann (KV Mark)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 228 bis 230 einfügen:
zulassen. Auch werden wir den Bau von Windenergieanlagen in Industrie- und Gewerbegebieten erleichtern, sowie insbesondere an den Autobahnrandstreifen, den neben Solarparks auch Windräder säumen können. Außerdem werden wir Änderungen auf Bundesebene erwirken, damit ausreichend Flächen für neue Anlagen bereitstehen. Genauso

Begründung

Wir brauchen 2% der Landesfläche für Windräder. Die gute Nachricht ist, dass sie heute so effizient sind, dass wir nicht mehr auf die Bergkuppen gehen brauchen, sondern wir können in die Fläche gehen, und da ist unser Autobahnnetz, mit wenig Häusern dran!

WIEVIEL Windräder braucht das Land?

Wir brauchen für ein klimaneutrales Land "nur" nochmal etwa 30.000 Windräder, und zufällig haben wir knapp 30.000 km Autobahnrandstreifen - und das Thema mit der Fläche ist erledigt!

(ich bin vom Fach!)

Deshalb der Vorschlag 500m Autobahnrandstreifen in der ein oder anderen Form zu privilegieren, dann ist das zumindest möglich. Bürgerenergie und Planer*innen brauchen dann trotzdem noch eine BIMSCH-Genehmigung mit Abwegungen, ob diese dann konkret am jeweiligen Standort möglich sind, aber wir haben immerhin die baurechtlichen/planerischen VORRAUSSETZUNGEN geschaffen! Das ist wichtig.

Diesen Punkt habe ich auch schon ins Bundestagswahlprogramm über die BAG-Energie eingebracht, da steht`s schon drin. Daher hier auch jetzt auf Landesebene.

REFERENZEN

1) TOP 10 Forderungen Ausbau Windkraft

https://ingo-stuckmann.de/top-10-forderungen-ausbau-der-windenergie/

2) Ein Blick auf die WINDKARTE: Wir können in die Fläche gehen:

https://ingo-stuckmann.de/was-kostet-der-green-deal-in-europa/

Unterstützer*innen

Christa Stiller-Ludwig (KV Hagen); Klaus Lüdemann (KV Wuppertal); Martina Witzel (KV Aachen); Hans-Christian Hierweck (KV Unna); Karen Modersohn-Kluth (KV Gelsenkirchen); Peter Pütz (KV Bielefeld); Mabel-Mara Platz (KV Gelsenkirchen); Linda Taft (KV Rhein-Sieg); Nadine Stäblein (KV Mark); Gerrit Heil (KV Unna); Andreas Drohmann (KV Unna)

WP-1-23-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	LAG Europa, Frieden, Internationales (EFI)
Beschlussdatum:	29.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 23 bis 25 einfügen:
2040 klimaneutral zu machen und auf den 1,5°C-Pfad des Pariser Klimaabkommens zu kommen. Wir werden Vorreiter in Europa und setzen den Green Deal in der Praxis um. Der Kohleausstieg bis 2030 gehört genauso zu unserem Plan wie ein Industriepakt mit der Wirtschaft und einem Klimavorbehalt für alle

Begründung

An dieser Stelle ist es wichtig, den gesamteuropäischen Kontext zu sehen. NRW agiert als wichtige Region in Europa entscheidend bei der Umsetzung des Green Deals. Wir können als Industrieland zeigen, wie wir die Transformation der Wirtschaft und den Strukturwandel erfolgreich gestalten. Als erfolgreiches Beispiel können wir noch überzeugender in Europa und in der Welt für eine nachhaltige Lebensweise werben.

WP-1-44 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	LAG Europa, Frieden, Internationales (EFI)
Beschlussdatum:	29.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 44 bis 45 einfügen:
die Forderungen der Volksinitiative Artenschutz um und reduzieren den Flächenverbrauch ebenso wie den Pestizideinsatz. Wir gehen voran und leisten unseren Beitrag im internationalen Kampf gegen die Klimakrise und das globale Artensterben.

Begründung

Einbringung von internationaler Perspektive und Herstellung von globalem Kontext: Think global, act local.
Weitere Erläuterung erfolgt mündlich.

WP-1-371-2 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG Europa, Frieden, Internationales (EFI)
Beschlussdatum: 29.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 371 bis 373 einfügen:
Schiene und Stationen. Städte und Kreise verpflichten und unterstützen wir, selbst verkehrsträgerübergreifend in moderne Verkehrswege zu investieren. Den grenzübergreifenden öffentlichen Personennah- und Fernverkehr werden wir stärken und zusammen mit unseren europäischen Partnern in den Niederlanden und Belgien ausbauen. Dazu sorgen wir besonders in den Grenzregionen und zwischen den Ballungsräumen für gute und durchgehende Verbindungen, regionale Koordinierungsstellen zur besseren Abstimmung und ein fahrgastfreundliches, grenzüberschreitendes Ticketing. Die drei Zweckverbände NWL, NVR und VRR stehen für einen Großteil der anstehenden

Begründung

Der ÖPNV darf die Bürger*innen in Grenzregionen nicht vergessen. Hier gibt es erheblichen Optimierungsbedarf und die Koordinierung mit Belgien und den Niederlanden muss dafür grundlegend sein.

WP-1-258 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Ingo Stuckmann (KV Mark)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 258 bis 266:
vom Einfamilienhaus auf dem Land bis zum Büroturm in der Innenstadt – klimaneutral und energieeffizient zu heizen. An der Technik scheitert es nicht, und günstiger ist es auch für uns alle. Mit Wärmepumpen, Solarthermie, Kraft-Wärme-Kopplung oder Fernwärme ist es möglich, eine soziale Politik zu wagen, die Mieterinnen und Mieter endlich von jahrzehntelangen Heizkosten befreit. Doch das Tempo, in dem jetzt gerade alte Heizungen ausgetauscht und Häuser gedämmt werden, reicht nicht aus. Wir verdreifachen die Sanierungsrate. Damit Land und Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen, werden wir bis 2030 alle Landesliegenschaften energetisch sanieren und setzen ~~ambitionierte~~ auf Passivhaus-Standards für öffentliche Neubauten. ~~Nur~~Und vor allem setzen wir auf einen Transformationsfond, der den Kommunen die Risiken abnimmt, die kommunale Energiewende jetzt anzugehen. Denn nur so ist die kommunale Energiewende und das gesetzliche Ziel einer klimaneutralen Landesverwaltung 2030 noch zu schaffen.

Begründung

Wir haben in der LAG-Finanzen das Konzept der "NETTONULL-City" entwickelt, und hier bei uns in Plettenberg im Sauerland und im Märkischen Kreis getestet, https://ingo-stuckmann.de/jetzt-handeln/

Die kommunale Energiewende ist mit kommunalen Direktkrediten der KfW haushaltsneutral 100% finanziert, mit anderen Worten "die kommunale Energiewende" "rechnet sich & kostet unsere Stadt KEINEN CENT mehr". Insgesamt stehen für ganz NRW 12 Mrd Euro zur Verfügung - und nichts passiert.

WARUM?

Trotzdem scheuen sich die Verwaltungen ohne Ende, was vielleicht auch verständlich ist, denn wie eine Mitstreiterin aus Iserlohn hier im Märkischen Kreis meinte "die Verwaltung möchte verwalten - nicht investieren". OK. Also?

LÖSUNG?

Daher sollte ein Landes-Transformationsfond unseren Verwaltungen in NRW das Risiko abnehmen.

Ganz einfach, 3 Schritte:

1) CONTRACTING für Kommunen

Eine Schule zahlt die nächsten 20 Jahre genau die Heizkosten (Energiekosten) an den Landesfond weiter, wie in den letzten 5 Jahren (ggf. Anpassung bei hohen Gaspreisen). Der Landesfond erhält also 20 Jahre kommunale Einnahmen (Contracting).

2) PASSIVHAUS: SCHULE sanieren

Dann wird die Schule auf Passivhaus-Niveau saniert, der Landes-Fonds erhält die Einsparungen+X, kann in NRW die verfügbaren 12 Mrd KfW Mittel investieren!

(+ Solar aufs Dach)

3) 100 JAHRE OHNE HEIZKOSTEN

Dann nach Amortisation sinken die Heizkosten drastisch: Die Kommune hat eine Schule für 100 Jahre (fast) OHNE HEIZKOSTEN !! (+ (fast) ohne Energiekosten)

So wie das unser Grünes Mitglied in der BAG-Energie Prof. Axel Bretzke in Frankfurt auch schon gemacht hat - seit 2004 Passivhaus-Schulen - und in der Pandemie brauchten sie nichtmal Wechselunterricht (wegen der Lüftungsanlagen), wie Axel mir neulich im webinar sagte. Klasse.

NETTONULL-NRW - jährlich 1 Mrd. Mehreinnahmen

Lasst uns die kommunale Energiewende jetzt landespolitisch katalysieren! Das ist die Lösung!

Da die meisten Sanierungen auch noch Zuschüsse von der KfW kriegen www.kfw.de/beg und sich oft in 10-12 Jahren rechnen, geht es auch darum, unseren Kommunen nach Amortisierung jährlich etwa 1 Mrd EURO Mehr-EINNAHMEN zu verschaffen!! Wie Klasse ist das denn?!

(12 Mrd / 12 Jahre Amortisierung = 1,2 Mrd jährliche MehrEinnahmen)

Und wenn der Landesfonds dann im Jahre 2035 auf ein klimaneutrales Land blickt - mit gut gefüllten Kassen - können diese angestauten "Milliarden" im Landesfonds ja auch noch an die Kommunen wieder ausgeschütten !!

WIN-WIN

Win-win wo Du hinschaust.

Und wie der SPIEGEL schon schreibt "Klimaschutz sei teuer", nein, "das Gegenteil ist richtig" , denn es geht jetzt um "sensationell" "Billionen (Euro) einsparen".

https://ingo-stuckmann.de/info/PM_Am%20Tag%20der%20Bundestagswahl%20kommt%20die%20TRENDWENDE%20in%20Deutschland%20an_

Und weil das die Spatzen schon von den Dächern pfeifen, sollten wir es jetzt als erste Partei in unser Landeswahlprogramm aufnehmen und dies als unsere SOZIAL-GRÜNE Vorzeige-Politik einbringen. Der Weg in ein klimaneutrales NRW liegt vor uns.

Bitte unterstützt diesen ÄA!

AMORY LOVINS

Interessant: Ich habe neulich Amory Lovins besucht, hier eine erstaunliche Erkenntnis:

Insta @ingostuckmann

Unterstützer*innen

Christa Stiller-Ludwig (KV Hagen); Hans-Christian Hierweck (KV Unna); Karen Modersohn-Kluth (KV Gelsenkirchen); Mabel-Mara Platz (KV Gelsenkirchen); Linda Taft (KV Rhein-Sieg); Gerrit Heil (KV Unna); Thomas Ketelaer (KV Köln); Thomas Reimann (KV Soest); Adnan Aydemir (KV Unna); Tim Lautner (KV Münster)

WP-1-753-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: KV Wesel
Beschlussdatum: 12.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 753 bis 755 einfügen:
überarbeiten wir das Landeswassergesetz und stärken den Wasserschutz nach vier Jahren des Rückschritts wieder. Wir werden das Verbot des Rohstoffabbaus in allen ausgewiesenen Trinkwasserschutz- und Reservegebieten kurzfristig wieder in Kraft setzen. Derzeit blockieren viele tausend Querbauwerke, Wehre und Schwellen die Flüsse und Bäche in NRW. Um die Wasserkraftnutzung mit

Begründung

Zur Durchsetzung einer umweltverträglichen Rohstoffgewinnung ist es erforderlich, die rechtlichen Entfesselungen von schwarz-gelb kurzfristig aufzuheben, um das Faktenschaffen für Jahrzehnte zu verhindern.

WP-1-946-2 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: KV Wesel
Beschlussdatum: 12.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 946 bis 951:
gegen den Flächenfraß – mit einem klaren Rechtsrahmen und intelligenten Lösungen. Dazu schreiben wir zunächst kurzfristig eine Obergrenze für den Flächenverbrauch von fünf Hektar pro Tag im Landesentwicklungsplan (LEP) fest. ~~Bis~~ und senken diese schrittweise ab, um bis spätestens 2035 ~~wollen wir dafür sorgen~~zu erreichen , dass nicht mehr Fläche verbraucht, als gleichzeitig entsiegelt wird (Flächenverbrauch netto Null). Mit Hilfe von tauschbaren Flächenentwicklungs-Zertifikaten sorgen wir dafür, dass unsere Kommunen und Kreise

Begründung

Zur Durchsetzung einer umweltverträglichen Rohstoffgewinnung ist es erforderlich, die rechtlichen Entfesselungen von schwarz-gelb kurzfristig aufzuheben, um das Faktenschaffen für Jahrzehnte zu verhindern. Dazu müssen die notwendigen Schritte wesentlich konkreter und verbindlicher formuliert werden.

Der Niederrhein ist bereits übersät mit Wasserflächen. Allein in den Jahren 2012 bis 2017 sind rund 300 ha zusätzlich hinzugekommen und in den Folgejahren hat sich die Abbaumenge nicht verringert. Den Menschen in der Region, die seit einigen Jahren erheblichen Widerstand zeigen (u.a. Bündnis Niederrheinappell), ist ein weiterer Abbau von Kies in anhaltender Größenordnung weder zumutbar noch vermittelbar. Hinzu kommt, dass durch den Abbau wertvolle landwirtschaftliche Flächen/ Grünflächen unwiederbringlich verloren gehen, was sich sehr nachteilig auf den Klimawandel auswirkt.

WP-1-494 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Leon Schlömer (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 494 bis 501:
westfälischen Straßen und als Modellprojekte fahren die erste Busse und LKW bereits mit Wasserstoff. ~~In Schleswig-Holstein wurden erfolgreich Oberleitungs-LKW getestet, auch Baden-Württemberg macht sich auf den Weg. In Zukunft brauchen wir all diese Antriebe, um auch in NRW für jedes Nutzfahrzeug die beste Lösung zu finden. Neben dem Ausbau der grünen Wasserstoffwirtschaft werden wir gemeinsam mit anderen Bundesländern und dem Bund auch den Ausbau von Oberleitungen auf unseren Autobahnen vorantreiben. Unser Ziel ist es, dass Lastwagen unser Land bis 2035 elektrisch durchqueren können.~~ In Zukunft brauchen wir all diese Antriebe, um auch in NRW für jedes Nutzfahrzeug die beste Lösung zu finden. Dafür werden wir insbesondere den Ausbau der grünen Wasserstoffwirtschaft vorantreiben. Unser Ziel ist es, dass Lastwagen unser Land bis 2035 emissionsfrei durchqueren .

Begründung

Modellversuche mit Oberleitungen auf Autobahnen zeigen vor allem, dass LKW-Hersteller und die Logistikbranche alles dafür tun, um einen konsequenten Aubau des Schienenverkehrs zu verhindern. Bis genügend Autobahnen elektrifiziert sind und ausreichend LKW umgerüstet sind, wird viel Zeit vergangen sein und viel Geld investiert werden. Gleichzeitig sind diese LKW ineffizienter als Schienenverkehr. Für den Güterverkehr, der nicht auf die Schiene verlegt werden kann, wollen wir Wasserstoff-LKW auf die Straße bringen.

Unterstützer*innen

Martino Saviano (KV Köln); Jonas Ebersbach (KV Köln); Kornelia von Pidoll (KV Köln); Phi Burghardt (KV Köln); Valentin Westerboer (KV Köln); Bünyamin Özkaya (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Marc Kersten (KV Köln); Isabell Drost (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Sami Chakkour (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln)

WP-1-69 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Isabell Drost (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 69 bis 79:
Wir werden einen Klimavorbehalt für neue Gesetze und Förderprogramme einführen. Schon jetzt fordert das Klimaschutzgesetz, dass neue Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften den Zielen des Klimaschutzgesetzes nicht entgegenstehen dürfen. Diese Regelung werden wir auf Gesetze ausdehnen und konkreter machen: Wir setzen einen parteiunpolitischen, bereichsübergreifenden Klima-Sachverständigenrat mit Vetorecht ein. Für jedes Gesetz wird berechnet, wie viel Treibhausgase entstehen oder vermieden werden und wie sich das mit ~~den Klimazielen~~dem verbindlichen 1,5-Grad-Ziel vereinbaren lässt. Gleiches gilt für eine Abschätzung der sozialen Auswirkungen. Wir haben hierbei aus Fehlern der Vergangenheit gelernt und werden keine Bürokratiemonster, sondern intelligente, rasch umsetzbare Verfahren auflegen~~. Einen vergleichbaren Klima-Check werden wir für die Förderprogramme des Landes einführen~~. ~~Landesgeld~~Zukunftsorientierte Politik darf ~~nicht~~ die Klimakrise nicht weiter anheizen.

Begründung

Da sich dieser Abschnitt sowohl auf Gesetze als auch auf Förderprogramme bezieht, sollte beides von Beginn an genannt werden (dafür entfällt der spätere Satz zu den Förderprogrammen). Was die Konsequenzen eines ggf. negativen Klima-Checks sind, bleibt im bisherigen Entwurf offen und wer den genannten “Klimavorbehalt” anmeldet ist ebenfalls unklar. Daher der Vorschlag eines konkreten Vetorechts durch einen unabhängigen Klima- Sachverständigenrat (bezugnehmend auf den vorherigen Abschnitt “Sofortprogramm für mehr Klimaschutz in NRW”). Die vage Formulierung zur Vereinbarkeit mit “den Klimazielen” wird durch die Nennung des 1,5-Grad-Ziels präzisiert und hebt dessen Verbindlichkeit und unser Bekenntnis zu diesem hervor. Dass es im gesamten Abschnitt sowohl um Gesetze als auch Fördermittel geht, sollte auch im Schlusssatz berücksichtigt werden, weshalb es sinnvoll erscheint von “zukunftsorientierter Politik” allgemein und nicht nur von “Landesgeld” (v.a. auf “Förderprogramme” bezogen) zu sprechen.

Unterstützer*innen

Leon Schlömer (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Phi Burghardt (KV Köln); Valentin Westerboer (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Felix Johannes Aumüller (KV Köln); Emanuel Bruckisch (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln)

WP-1-409-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Melih Keser (KV Duisburg)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 409 bis 410 einfügen:
Zusatznutzen für einen sicheren und besseren Radverkehr wird es mit den Grünen in Nordrhein-Westfalen nicht mehr geben.

Fußverkehr fördern

Fußverkehr ist eine Basismöbilität und die älteste Mobilitätsform in der Geschichte. Wir Grüne werden den Nachhaltigsten und ältesten Mobilitätsform eine neuen Stellenwert im Land NRW geben.
Wir unterstützen die Kommunen bei der Entwicklung und Erstellung kommunaler Fußverkehrsstrategien.
Die Kommunen werden von der Entwicklung bis zur Umsetzung zusammenhängender und kleinteiliger, barrierefreier kommunaler Fußwegenetze, die mit ziel- und routenorientiertem Wegweisesystem sowie Sitzmöglichkeiten und Wetterschutz ausgestattet sind begleitet und unterstützt.

Wir entwickeln ein Landesprogramm zur Unterbindung des Parkens von Kraftfahrzeugen auf Gehwegen: Zulassung von legalisiertem Gehwegparken nur dann, wenn die Mindestrestgehwegbreiten gemäß den Vorschriften in VwV-StVO Z. 315, VwV-StVO Zu Anlage 2 lfd. Nummer 74 Parkflächenmarkierungen sowie VwV-StVO §§ 39-43 eingehalten werden können.

Wir unterstützen die Kommunen bei der Entwicklung und Erstellung barrierefreier Querungshilfen,
- auf der Strecke (Zebrastreifen, Mittelinseln, Fußgänger-LSA),
- an nicht-signalisierten Knotenpunkten: Anlage von Zebrastreifen über die Hauptrichtung(en) sowie von Gehwegüberfahrten und Gehwegvorstreckungen an/über einmündende(n) Straßen.
Insbesondere soll auch ein Zebrastreifenprogramm NRW entwickelt werden.

Wir erstellen eines Landesprogramm für fußgängersichere (konfliktfreie) und fußgängerfreundliche LSA-Steuerung, die
- Konfliktfreie (fußgängersichere) Ampelschaltungen (Rundum-Grün, Diagonalgrün, Getrennte/Separate Abbiegephase)
- Fußgängerfreundliche Ampelschaltungen: Die Schaltung von Lichtsignalanlagen soll fußgängerfreundlich sein (d. h. sie muss die tatsächlichen Zeiten, die Fußgängerinnen und Fußgänger benötigen, um eine lichtsignalgeregelte Kreuzung zu überqueren, berücksichtigen).
Wir erstellen ein Landesprogramm zur Einrichtung “temporärer Spielstraßen”.

Begründung

Wenn wir die Klimaziele erreichen wollen, ist die Förderung des Fußverkehrs unabdingbar. Die meisten Fußgänger*innen sind Kinder bis 14 und Senior*innen ab 60 Jahre alt.

Diese Altersgruppen sind am schutzbedürftigsten und den Gefahren des Verkehrs besonders ausgesetzt. Sie benötigen vor allem sichere und barrierefreie Fußverkehrsanlagen. Daher braucht die Förderung des Fußverkehrs einen eigenen Schwerpunkt im Wahlprogramm. Insbesondere sollten wir

darauf achten, dass Fuß- und Radverkehr nicht gegeneinander ausgespielt werden. Fuß- und Radverkehr brauchen jeweils einen eigenen Schwerpunkt.

Unterstützer*innen

Ikram Kabchi (KV Duisburg); Santharupiny David (KV Leverkusen); Manoj Jansen (KV Heinsberg); Sabine Yündem (KV Remscheid); Nihat Mert (KV Bonn); Ali Bas (KV Warendorf); Antje Westhues (KV Bochum); Schabestan Gafori (KV Mettmann); Endrju Selimaj (KV Duisburg); Meral Thoms (KV Viersen); Jan Matzoll (KV Recklinghausen); Cim Kartal (KV Bielefeld); Natalie Kajzer (KV Essen); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Jenny Brunner (KV Dortmund); Hans-Josef Dederichs (KV Heinsberg); Merfin Demir (KV Mettmann)

WP-1-1010 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Klaus-Dieter Seiffert (KV Gelsenkirchen)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 1010 bis 1011 einfügen:
Grundlage zur Bestimmung der Gemeinwohlkriterien und installieren ein unabhängiges und fachübergreifendes Aufsichtsgremium. Hiermit wird beantragt ein barrierefreies Wahlprogramm in leichter Sprache zu entwickeln. Das Wahlprogramm soll in Lang- und Kurzform in ausreichender Anzahl gedruckt bereitgestellt werden. Außerdem soll eine Audioversion (auch in leichter Sprache) auf der Grünen NRW Website erscheinen.

Begründung

Unser Wahlprogramm richtet sich auch an Menschen mit Behinderung. Umso wichtiger ist es, dass es barrierefrei ist und verstanden wird.

Unterstützer*innen

René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Liane Baumann (KV Ennepe-Ruhr); Alina Blum (KV Ennepe-Ruhr); Christian Walker (KV Ennepe-Ruhr); Harald Wölter (KV Münster); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Martina Lilla-Oblong (KV Gelsenkirchen); Taran Mostofizadeh (KV Ennepe-Ruhr); Philipp Küpperbusch (KV Wesel); Philipp Hoffmann (KV Mülheim); Mohamad El-Zein (KV Recklinghausen); Anja Beiers (KV Warendorf)

WP-1-164-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Kathrin Henneberger (KV Mönchengladbach)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 164 bis 171:
~~Ein Kohleausstieg erst 2038 passt mit den Klimazielen nicht zusammen. Wir gehen voran und setzen mit einer neuen Leitentscheidung den Rahmen für ein Ende des Braunkohleabbaus bis 2030. Wir stellen hierbei Menschen und Klimaschutz ins Zentrum, damit alle Dörfer bleiben. Mit einem Abrissmoratorium werden wir eine weitere sinnlose Zerstörung von Infrastruktur und Heimat verhindern. Auch die in der Kohleindustrie Beschäftigten verdienen ehrliche Ausstiegsplanungen im Einklang mit den klimapolitischen Notwendigkeiten. Nur so kann eine verlässliche Planung gewährleistet und können kurzfristige Einschnitte vermieden werden.~~

Wir stehen für einen Kohleausstieg, der unserer globalen Verantwortung gerecht wird und sich nach dem Zielen des Übereinkommens von Paris richtet. Wir gehen voran und setzen mit einer neuen und vorgezogenen Leitentscheidung den Rahmen für ein Ende des Braunkohleabbaus bis allerspätestens 2030. Das Ende der Braunkohle muss regelmäßig überprüft werden, auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse über die Dringlichkeit der Klimakrise, der Wirtschaftlichkeit der Kohleverstromung sowie mit Blick auf Fortschritt des Ausbaus der Erneuerbaren Energien.

Wir stellen hierbei Menschen, Klimaschutz und den Erhalt unserer lokalen Ökosysteme ins Zentrum. Die noch bedrohten Dörfer wollen wir erhalten und kein Mensch soll mehr für Braunkohletagebaue enteignet werden. Auch die Zerstörung von wertvollen Ackerböden und Wäldern für Tagebaue wollen wir beenden. Damit bis zu einer neuen Leitentscheidung keine Fakten der Zerstörung geschaffen werden, wollen wir mit einem Abriss- und Rodungsmoratorium eine weitere sinnlose Zerstörung von Landschaft, Dörfer und Infrastruktur verhindern.

Unterstützer*innen

Jürgen Küsener (KV Mönchengladbach); Petra Kanters (KV Heinsberg); Andreas Schuflitz (KV Heinsberg); Manoj Jansen (KV Heinsberg); Jeanette Juch-Niemann (KV Mönchengladbach); Petra Schmidt-Niersmann (KV Wesel); Fabian Sneider (KV Mönchengladbach); Antje Grothus (KV Rhein-Erft-Kreis); Julia Woller (KV Köln); Julia Heinz (KV Mönchengladbach); Clara Padberg (KV Bochum); Michael Röls (KV Dortmund); Morice-Constantin Ippers (KV Rhein-Kreis-Neuss); Ursula Schmitz (KV Mönchengladbach); Carolin Ramrath de Quintero (KV Köln); Anja Boenke (KV Leverkusen); Meral Thoms (KV Viersen); Laura Steeger (KV Mönchengladbach); Katja Leverkus (KV Köln); Ildiko Zoe Mermagen (KV Köln); Philipp Noack (KV Aachen); Nicola Dichant (KV Köln); Reinhold Giesen (KV Mönchengladbach); Martin Laumert (KV Köln); Marion Manske (KV Mönchengladbach); Melissa-Lara Laws (KV Mönchengladbach); Vera Theresa Sittart (KV Bochum)

WP-1-86 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Landesvorstand
Beschlussdatum: 29.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 86 bis 88 einfügen:
Klimakrise anpassen, die etwa durch Hitze, Dürren, Stürme und Starkregen entstehen. Die im Klimaanpassungsgesetz NRW geforderte Klimaanpassungsstrategie werden wir schnellstmöglich mit klaren, messbaren Zielen und Maßnahmen vorlegen und eine ambitionierte Umsetzung sicherstellen.
Um unsere Städte im Sommer zu kühlen, werden wir offene Wasserflächen und mehr Grün in die Städte bringen und auf Plätzen, Dächern und Fassaden und

WP-1-106 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Landesvorstand
Beschlussdatum: 29.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 106 bis 109:
schnell viel mehr Strom aus Wind und Sonne. Dies gilt auch, wenn konsequent alle Möglichkeiten für mehr Energieeffizienz genutzt werden. Unser Ziel ist, ~~bis 2035~~ die Stromversorgung von Nordrhein-Westfalen bis 2030 zu 80 Prozent und bis 2035 zu 100 Prozent auf Erneuerbare umzustellen.
Deswegen werden wir umgehend eine echte Ausbauoffensive für

Begründung

Anpassung an Koalitionsvertrag

WP-1-163-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	29.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 163:

Kohleausstieg ~~auf~~bis 2030 ~~vorziehen~~umsetzen

Begründung

Anpassung an Koalitionsvertrag

WP-1-177 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	29.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 177 bis 178 einfügen:
Wir werden den Strukturwandel in den Kohleregionen beschleunigen und die Prozesse verbessern. Die großen Flächen in RWE-Besitz müssen schnellstmöglich für zukunftsfähige Nutzungen zur Verfügung stehen. Gleichzeitig werden wir sicherstellen, dass sich RWE auch bei einem vorgezogenen Kohleausstieg nicht aus der Verantwortung für eine ordnungsgemäße Rekultivierung

Begründung

Anpassung an Koalitionsvertrag

WP-1-223-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Landesvorstand
Beschlussdatum: 29.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 223 bis 225 einfügen:
Grundlagen dafür legen, dass jedes Jahr mindestens 200 neue Anlagen gebaut werden können. Damit das gelingt, müssen, entsprechend dem Koalitionsvertrag auf Bundesebene, etwa zwei Prozent der Landesfläche für die Windenergie gesichert werden. Feste Mindestabstände zur Wohnbebauung passen

Begründung

Anpassung an Koalitionsvertrag.

WP-1-300 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Landesvorstand
Beschlussdatum: 29.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 300 bis 303:
~~Die Rolle von Erdgas als Brückentechnologie in der Energiewende wird überschätzt. Denn Erdgas hat gegenüber Kohle kaum Klimavorteile, wenn Leckagen bei Förderung und Transport berücksichtigt werden.~~Erdgas als Brückentechnologie in der Energiewende werden wir auf das zur Versorgungssicherheit notwendige Maß minimieren. Die dafür gebauten Gaskraftwerke müssen so gebaut werden, dass sie auf klimaneutrale Gase umgestellt werden können. Zudem binden uns neue Kraftwerke und Pipelines wegen der hohen Baukosten für mehrere Jahrzehnte daran.

WP-1-805 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Landesvorstand
Beschlussdatum: 29.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 805 bis 808:
brauchen. Unser Ziel ist es, den Anteil des Ökolandbaus von heute knapp sieben Prozent auf ~~25 Prozent bis 2030 zu steigern, wie es die von uns unterstützte erfolgreiche „Volksinitiative Artenvielfalt“ fordert.~~30 Prozent bis 2030 zu steigern. Gemeinsam mit dem Bund setzen wir die europäischen Vorgaben zur Verringerung des Stickstoffeintrages

Begründung

Anpassung an Koalitionsvertrag

WP-1-648 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	29.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 648 bis 650 einfügen:
im Besitz des Landes in einer zentralen Stelle und schützen sie damit vor Privatisierung in Kooperation mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben auf Bundesebene. Durch aktiven Zukauf von Flächen und Flächenaustausch bei Projekten mit landesweiter Bedeutung schaffen wir einen landesweiten, dauerhaft

Begründung

Anpassung an Koalitionsvertrag

WP-1-633 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	29.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 633 bis 634 einfügen:
Maßnahmen kann und muss die Arbeit effizienter, transparenter, bürger*innennäher und wirtschaftlicher werden. Für die Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen oberhalb von gesetzlichen Mindeststandards stärken wir den Vertragsnaturschutz, insbesondere auch mit Mitteln des Bundes, deutlich.

Begründung

Anpassung an Koalitionsvertrag

WP-1-164 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Landesvorstand
Beschlussdatum: 29.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 164 bis 168:
~~Ein Kohleausstieg erst 2038 passt mit~~2030 ist das neue Zieljahr für den ~~Klimazielen nicht zusammen.~~Kohleausstieg auf Bundesebene Wir ~~gehen voran und~~ setzen dieses Ziel mit einer neuen Leitentscheidung, die den Rahmen für ein Ende des Braunkohleabbaus bis 2030 setzt, rechtssicher um. Wir stellen hierbei Menschen und Klimaschutz ins Zentrum~~, damit~~. Damit bleiben nicht nur alle Dörfer ~~bleiben~~im Rheinischen Revier, sondern wir sorgen auch dafür, dass die geretteten Dörfer neu erblühen können.. Mit einem Abrissmoratorium werden wir eine weitere sinnlose Zerstörung von Infrastruktur und Heimat verhindern. Auch die in

Begründung

Anpassung an Koalitionsvertrag

WP-1-373 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: KV Unna
Beschlussdatum: 29.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 373 bis 375 einfügen:
drei Zweckverbände NWL, NVR und VRR stehen für einen Großteil der anstehenden Aufgaben bereit und sind gut darauf vorbereitet. Um in Zukunft Synergien zu nutzen und Doppelstrukturen zu vermeiden muss ernsthaft und ergebnisoffen geprüft werden die Verkehrsverbünde zusammenzulegen.
Wir wollen sie bei ihrer Entwicklung vom Verkehrsverbund zum Mobilitätsverbund unterstützen und prüfen,

WP-1-404-1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: KV Unna
Beschlussdatum: 29.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 404 bis 406 einfügen:
landesweites Radwegenetz aus Radschnellwegen und Radvorrangrouten zu entwickeln und unsere Kommunen finanziell, bei der Planung und bei der Umsetzung eigener Radverkehrskonzepte zu unterstützen. Wir bauen Jobrad-Modelle im öffentlichen Dienst konsequent aus und

WP-1-482 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: KV Unna
Beschlussdatum: 29.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 482 bis 484 einfügen:
50 km um Häfen und Güterbahnhöfe kostet nicht viel, ermöglicht aber, dass sich Multimodalität im Güterverkehr rechnet. Die Errichtung und Modernisierung von Hubs für kombinierten Verkehr möchten wir unterstützen. So kann erreicht werden, dass nur noch die letzte Meile mit dem individuellen Lieferverkehr durchgeführt werden muss. In enger Abstimmung mit Umweltverbänden, Kommunen und der Wirtschaft werden wir einen neuen Landeswasserstraßenplan zur

WP-1-379 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: LAG MoVe
Beschlussdatum: 23.11.2021

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 379 bis 382:
Dieselstrecken bis 2030 abschließen. Straßenbauprojekte werden wir auf den Prüfstand stellen: Der Neubau von Landesstraßen soll zurückgefahren werden und ~~Gelder, z.B~~nur noch in Ausnahmen erfolgen - dafür sorgen wir mit einem neuen Landesstraßen-Bedarfsplan. Auch Fördermittel auf Kommunen sollen nur noch in Ausnahmen für ~~unzeitgemäße~~Straßenneubau verwendet werden. Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, den Neu- und Ausbau von Autobahnen ~~oder Umgehungsstraßen,~~und Bundesstraßen in NRW stark zu reduzieren. Gelder sollen zugunsten der Sanierung maroder Straßen und des Ausbaus von Schienen- , Rad- und ~~Radwegen umschichten~~Fußwegen umgeschichtet werden.

Begründung

Der bisherige Absatz vermischt die Zuständigkeiten Bund/Land. Gerade hier beim Thema Straßenneubau ist ein GRÜNES Alleinstellungsmerkmal und die Forderungen sollten klar artikuliert werden.

WP-2-536 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Text

Von Zeile 536 bis 538 einfügen:
Arbeitsumgebungen anbieten zu können. Wir sorgen dafür, dass Homeoffice im öffentlichen Dienst möglich wird, wo immer es geht und die Beschäftigten es wünschen. Dazu gehören passende Ausstattungen und IT-Strukturen, der rechtliche Rahmen und andere Anpassungen

Begründung

Homeoffice als Recht der Beschäftigten kann für viele Menschen etwas sehr positives sein. Dies darf aber nicht über die Köpfe der Beschäftigten und ihrer gewerkschaftlichen Vertreter*innen hinweg beschlossen/angeordnet werden.

Unterstützer*innen

René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Andreas Franco (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Petra Schmidt-Niersmann (KV Wesel); Anne Roth (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Manfred Becker (KV Bonn); Sabine Jutta Müller (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Monika Heiming (KV Wesel); Tanja Deiters (KV Köln); Till Hoffmann (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Jörg Thiele (KV Krefeld)

WP-2-406 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Text

Von Zeile 406 bis 408 einfügen:
Für eine diverse Gründer*innenlandschaft sorgen wir, indem wir Angebote insbesondere für Menschen mit Migrationsgeschichte, aber auch andere gesellschaftlich Benachteiligte schaffen. Wir heben den Maximalbetrag für Mikrokredite an und gestalten diese noch niedrigschwelliger. Wir erweitern die Instrumente der NRW.BANKum Start-Ups künftig länger zu begleiten,

Begründung

Lasst uns andere benachteiligte Menschen an dieser Stelle nicht vergessen. Aus meiner Sicht geht es hier neben Vielfalt auch um einen Nachteilsausgleich.

Das bestehende Instrument für Mikrokredite der nrw bank ist ein Fortschritt, erreicht aber noch nicht alle potenziellen Gründer*innen und ist mit maximal 50.000 Euro stark eingeschränkt. Ab 50.000 Euro werden dann harte Sicherheiten und Eigenkapital verlangt. Hier braucht es mehr Flexibilität.

Unterstützer*innen

Nabiha Ghanem (KV Soest); René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Philipp Küpperbusch (KV Wesel); Andreas Franco (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Petra Schmidt-Niersmann (KV Wesel); Anne Roth (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Nils Behler (KV Dortmund); Manfred Becker (KV Bonn); Klaus-Dieter Seiffert (KV Gelsenkirchen); Moritz Oberberg (KV Bochum); Clara Padberg (KV Bochum); Juli Scharffe (KV Münster); Niklas Graf (KV Wesel); Thomas Ketelaer (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Monika Heiming (KV Wesel); Tanja Deiters (KV Köln); Till Hoffmann (KV Köln); Christiane Schmidt (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Jörg Thiele (KV Krefeld)

WP-2-414 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in:	Ortsverband Jülich
Beschlussdatum:	12.11.2021

Text

Von Zeile 414 bis 415 einfügen:
Bundesratsinitiative zur Einführung eines Elterngeldes für Gründer*innen starten. Außerdem vereinfachen und erleichtern wir den Zugang zu öffentlichen Fördermitteln und Zuschüssen für StartUps.

Begründung

Insbesondere kleine und junge Unternehmen wie Start-ups, die noch wenig Erfahrung mit der Selbständigkeit haben, stehen vor vielen Herausforderungen wie z. B. der Klärung der Finanzierung. Hier greifen Gründer*innen häufig auf öffentliche Fördermittel zurück. Meist erhalten Existenzgründer bereits im Vorfeld jedoch Absagen von den Banken, die für die Vermittlung von Fördermitteln zuständig sind. Die Begründungen sind: Aufwand zu groß, Provision zu gering, fehlende Sicherheiten, unzureichender Cash-Flow etc. In den meisten Fällen sorgt die Risikoeinschätzung der durchleitenden Bank für die Ablehnung eines Fördermittelantrags.

Junge Unternehmen müssen eine begrenzte Erleichterung der Eigenkapitalanforderungen für bestimmte Risikofinanzierungen erhalten. Die enge Zusammenarbeit mit den Banken sollte gestärkt werden, denn diese sind am Ende die einzigen, die durch die Kreditvergabe „neues Geld“ schaffen und damit die Geldmenge vergrößern. Business-Angel (BA) und Venture Capital (VC) können nur bedingt neues Geld schaffen da sie „nur“ gespartes Vermögen einsetzten.

WP-2-521 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Ortsverband Jülich
Beschlussdatum: 12.11.2021

Text

Von Zeile 521 bis 523 einfügen:
ihre Verwaltungen beim Netzausbau und dem Stopfen von Funklöchern mit Mobilfunkkoordinator*innen vor Ort. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass alle öffentlichen Einrichtungen in NRW bis 2030 freies WLAN anbieten. So kommt die digitale Zukunft zu allen Menschen in NRW!

Begründung

Der Zugang zum Internet ist heute im öffentlichen Raum leider noch zu kompliziert. Mobile Daten sind oftmals in ihrem Volumen begrenzt, außerdem kommen selbst moderne Mobilfunkmasten bei einer hohen Datenabfrage schnell an ihre Grenzen. Freies WLAN in öffentlichen Einrichtungen kann dieses Nadelöhr befreien und in Kombination mit Glasfaser ist ausreichend Kapazität, selbst bei einer hohen Datenabfrage, vorhanden. Die Einrichtung von freien WLAN-Zugangsmöglichkeiten, z. B. Freifunk, ist unkompliziert und schnell zu erledigen. Außerdem wurde die so genannte Störerhaftung für freies WLAN abgeschafft und bietet somit Rechtssicherheit für die Anbietenden. Ziel ist außerdem die Nutzung eines gemeinsamen Standards für alle öffentlichen Einrichtungen in NRW.

WP-2-214 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Claudio Vendramin (KV Herford)

Text

Von Zeile 214 bis 222:
über NRW hinaus. So entsteht vielerorts auch wieder ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, das nach vorne und nicht zurück blickt. ~~Wir unterstützen diese Projekte und schlagen mit dem "Zero.Waste.Revier" eine Modellregion im Rheinischen Revier für das Ende der Wegwerfgesellschaft mit innovativen Recyclingunternehmen- und Forschungsinstituten von der Batterie bis zu haushaltsnahen Abfällen vor. Das Bedürfnis, gemeinsam die Wirtschaft der Zukunft zu etablieren, ist groß bei den Unternehmen in NRW. Wir stehen für eine Politik, die verlässliche Rahmenbedingungen setzt und sie gezielt unterstützt, damit an Rhein und Ruhr der Umbau gelingt.~~

Wir unterstützen diese Projekte und schlagen mit dem "Zero.Waste.NRW" eine Modell im Land NRW für das Ende der Wegwerfgesellschaft mit innovativen Recyclingunternehmen- und Forschungsinstituten von der Batterie bis zu haushaltsnahen Abfällen vor.

. Das Bedürfnis, gemeinsam die Wirtschaft der Zukunft zu etablieren, ist groß bei den Unternehmen in NRW. Wir stehen für eine Politik, die verlässliche Rahmenbedingungen setzt und sie gezielt unterstützt, damit an Rhein und Ruhr der Umbau gelingt.

Begründung

Änderungen vorgeschlagen durch Claudio Vendramin, Vorstand im Verein WIR e.V., Träger der Dachmarke für Secondhand-Kaufhäuser (Wiederverwendungs- und Reparaturzentren in Deutschland), grünes Ratsmitglied in Herford und in der LAG Ressourcenwirtschaft NRW aktiv

„Wir unterstützen diese Projekte und schlagen mit dem "Zero.Waste.NRW" eine Modell im Land NRW für das Ende der Wegwerfgesellschaft mit innovativen Recyclingunternehmen- und Forschungsinstituten von der Batterie bis zu haushaltsnahen Abfällen vor.

Begründung:

Die ursprüngliche Einschränkung auf eine Modellregion (Revier) ist unzureichend. Das Zero Waste Konzept soll für ganz NRW ausgelegt werden.

Abfall, Abfallvermeidung und die gesamte Palette der Maßnahmen, die unter eine Zero-Waste Konzept zusammengefasst werden, sind sinnvollerweise auf das ganze Land NRW anzuwenden, die Phasen der Erprobung sind durch die Beispiele aus dem europäischen Ausland und dem Land Berlin hinreichend bekannt, sodass eine Umsetzung eines Zero-Waste Konzeptes auf Landesebene geboten erscheint. Eine Einschränkung auf eine einzelne Region als „Modell" hängt andere Regionen ab, die dann nach der „Erprobung" erst umgestellt werden können. Die über ein Zero Waste Konzept und dessen Umsetzung erreichbaren Ziele der Abfallreduktion, der stringenten Einhaltung der Abfolge der Abfallschritte aus der Abfallpyramide und dem Ziel der Minimierung des Ressourcenverbrauchs sind im regionalen Kontext sinnvoll aber nicht auf eine Region beschränkbar. Die Abfallströme können durch die aktuelle Gesetzgebung weiterhin über Grenzen hinweg verbracht werden, also ist eine Flächendeckung auch von Abfallvermeidung und ihrer Vorbereitung notwendig, um messbare Ergebnisse zu erzielen und kommende Vorgaben der getrennten Erfassung von Recycling und Wiederverwendung gerecht zu werden. Die Aufklärung der Bevölkerung soll nicht auf einzelne Regionen beschränkt werden. Die mit Zero Waste erreichbaren CO2 Reduktionen (Einsparung bei

Neuproduktion, Transport, Recycling, Verbrennung, Deponierung) sind überlebensnotwendig für die Erreichung der gesetzten Ziele in Bezug auf die Klimakatastrophe.

Unterstützer*innen

Julia Müller (KV Krefeld); Gerhard Brust (KV Köln); Anja Cäsar (KV Krefeld); Patrick Motté (KV Krefeld); Eva Malecha-Konietz (KV Krefeld); Alexander Volk (KV Köln); Renate Böhm (KV Düsseldorf); Vera Esders (KV Düsseldorf); Knut Wittmann (KV Köln); Lara Schneider (KV Köln); Sandra Schneeloch (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Anne Roth (KV Köln); Thomas Ehses (KV Köln); Anne Maria Kafzyk (KV Köln)

WP-2-602 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Lilo Schmitz (KV Rhein-Erft-Kreis)

Text

Von Zeile 602 bis 603 einfügen:
bringen wir Versorgungssicherheit und Umweltschutz zusammen und befrieden gesellschaftliche Konflikte. Die Ereignisse von Blessem haben gezeigt: Der Abbau von Bodenschätzen in unmittelbarer Nähe von Wohngebieten kann Leben und Eigentum von Menschen gefährden. Die bisherigen Eckdaten für die Umweltverträglichkeitsprüfungen müssen deshalb neu justiert,
bereits bestehende Genehmigungen neu überprüft werden.

Begründung

Durch die Genehmigungsbehördein Arnsberg wurde die Kiesgrube in Blessem als ungefährlich eingestuft, die Umweltverträglichkeitsprüfung positiv beschieden. Dann kam der Regen.

Dass die Starkregen dieses Jahres kein Jahrtausendereignis sind, sondern sich in zahlreichen Regionen der Welt und Europas häufen, haben die letzten Monate gezeigt. Blessem hat deutlich gemacht, was eine Kiesgrube in der Nähe von Wohngebieten bedeuten kann: Menschen verlieren ihr Leben, ihre Häuser, ihre Heimat. Grundstücke verlieren ihren Wert und junge Familien bleiben mit den Schulden für ihr weggerissenes Wohnhaus zurück.

Dem Argument, eine Kiesgrube sei ein ideales Rückhaltebecken bei Hochwasser, kann nur entgegengehalten werden: Dass solche Berechnungen schief gehen, hat bereits das 1,4 Mio. Euro teure Rückhaltebecken des Wasserverbandes Dickopsbach gezeigt: Der Bach ist beim Hochwasser in eine andere Richtung geflossen und hat die Umgebung überflutet, während das Rückhaltebecken leer blieb. Wassermassen gezielt in Kiesgruben zu lenken, die ja profitorientiert angelegt sind – da machen nicht nur die fehlenden Erfahrungwerte skeptisch.

Kiesgruben sind die neuen Goldminen der Region. Sie dürfen nicht in gefährlicher Nähe zu Wohngebieten errichtet werden.

Unterstützer*innen

Martin Bender (KV Rhein-Erft-Kreis); Bela Kassan (KV Rhein-Erft-Kreis); Christine Hölzmann (KV Rhein-Erft-Kreis); Christian Schirmer (KV Rhein-Erft-Kreis); Cornelia Richter (KV Rhein-Erft-Kreis); Stephanie Bethmann (KV Rhein-Erft-Kreis); Tina Conrady (KV Rhein-Erft-Kreis); Christine Albert (KV Rhein-Erft-Kreis); Christian Schubert (KV Rhein-Erft-Kreis); Elke Griemens (KV Rhein-Erft-Kreis); Michael Rosemeyer (KV Rhein-Erft-Kreis)

WP-2-465 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: LAG Queer
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Von Zeile 465 bis 466 einfügen:

Besondere Lagen erfordern besondere Maßnahmen – Wir machen Wirtschaftsförderung extra für Frauen und marginalisierte Menschen

WP-2-467 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: LAG Queer
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Von Zeile 467 bis 468 einfügen:
Frauen genau wie kleinere marginalisierte Gruppen stehen aus unterschiedlichen Gründen vor höheren Hürden, um in der Wirtschaft Fuß zu fassen. Das gilt für die Vergabe von Führungspositionen

Von Zeile 472 bis 476:
Hightech-Forschung – ein separates Budget ausschließlich für die Förderung von Frauen sowie genderqueeren Menschen, Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund reservieren. Davon unbenommen behalten ~~Frauen~~oben genannte weiterhin Zugang zu den „freien" Mitteln der Fördertöpfe. So stellen wir sicher, dass Frauen wie auch andere marginalisierte Personengruppen an allen Wirtschaftsfördermaßnahmen partizipieren und ermutigen ~~mehr Frauen~~jene Menschen, die als Ganzes die Mehrheit der deutschen Bevölkerung wiederspiegeln,, bestehende Widerstände zu überwinden und sie als Gemeinschaft abzubauen. Besondere Beachtung sollen darüber hinaus mehrfach marginalisierte Menschen bekommen, da diese oft vor zahlreicheren Hürden stehen, was sich stets in ihrer wirtschaftlichen Realität wiederspiegelt.

Begründung

Bündnis90/DieGrünen stehen seit ihrer Gründung für Frauenrechte und die Rechte marginalisierter Menschen.
Eine Sonderstellung für die Frauen in diesem Lande ist richtig und wichtig, da sie die größte Gruppe Marginalisierter darstellen.
Diese Sonderstellung wird jedoch später in diesem Wahlprogramm in unserer Frauenpolitik deutlich.

In diesem Abschnitt geht es um die Eliminierung struktureller Probleme – Zitat: „Besondere Lagen erfordern besondere Maßnahmen". Diese besonderen Lagen erleben nicht nur Frauen; diesen Schluss zu ziehen ist inhaltlich falsch. Eine wirtschaftliche Förderung für Frauen zementiert wirtschaftliche Ausschlüsse von denen, die noch schlechtere Chancen haben. In diesem Absatz, der unter dem Unterpunkt „Wir fördern Innovation für eine bessere Welt von Morgen" steht, sendet dies ein falsches Signal über die „Welt von Morgen" und wie wir Grünen sie uns vorstellen. Eine bessere Welt von morgen wird nur erreicht,

...wenn wir es historischen Bewegungen gleichtun und als Gesellschaft an alle denken. ...wenn es wirtschaftliche Unterstützung für alle gibt, die es schwerer haben in der Wirtschaft Fuß zu fassen.
... wenn wir alle Betroffenen struktereller Diskriminierung dabei behilflich sind, an den Innovationen von Morgen mitzuwirken.

Als Partei der Wissenschaft muss uns klar sein, dass die Wirtschaft ein besonders hartes Pflaster für die Mehrheit in diesem Land ist und auch mehrfache Marginalisierung vorkommt, die sich in jedem Falle am Geldbeutel bemerkbar macht. Eine Chancengleichheit gibt es so in Nordrhein-Westfalen nicht und nur Frauen aus diesem Grunde wirtschaftlich zu fördern wäre konträr zu dem, was ausführlich erforscht wurde und viele Menschen – nicht nur Frauen – jeden Tag am eigenen Leibe spüren.

Wir als Grüne haben die Aufgabe, die Realität als solche wahrzunehmen und bei Maßnahmen, die nicht rein Frauen betreffen auch nicht nur für Frauen Politik zu machen. Damit würden wir einen diskriminierenden und antiwissenschaftlichen Weg einschlagen und Ungerechtigkeiten zementieren.

Als feministische Partei muss uns klar sein, dass Feminismus nicht nur eine Stärkung von Frauenrechten bedeutet, sondern Ungerechtigkeiten nur gemeinsam überwunden werden können. Denn nur gemeinsam stellen wir in diesem Land eine soziale aber eben in der Wirtschaft nicht repräsentierte Mehrheit.

Der Absatz widerspricht zudem unserer Programmatik im Bereich Bildung und Chancengleichheit, da alle Menschen, die wir in Schulen fördern wollen, vor eine Hürde gestellt würden, die eine Förderung nur für Frauen darstellen würde. Die Chancengleichheit nach der Schule ist demnach nicht gewährleistet.
Männliche, weibliche und nicht binäre Menschen, die von strukturellen Problemen wie Sexismus, Behindertenfeindlichkeit, Rassismus und mehr betroffen sind, würden von dieser

Förderung ausgegrenzt und könnten sich beruflich weniger frei entfalten.

Eine Annahme meines Änderungsantrages nimmt darüber hinaus – und das ist mir sehr wichtig, weshalb ich das betonen möchte – Frauen diese Förderchance nicht weg! Es addiert ausschließlich Menschen, die von dieser Förderungsmöglichkeit genauso oder sogar mehr profitieren.

WP-2-162 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: KV Olpe
Beschlussdatum: 19.11.2021

Text

Von Zeile 162 bis 164:
Erkenntnisse aus Forschung und Entwicklung und unterstützen innovative Start-Ups beim Markteinstieg. ~~In Lernfabriken~~InBildungsinstituten, die an die Netzwerke angeschlossenen sind, können Beschäftigte sich in Kooperation mit überbetrieblichen

Begründung

3x kommt der Begriff Lernfabrik mehr. Dieses Wort ist u.E. furchtbar. Menschen können und sollen aus unserer Sicht nicht fabrikmäßig zugerichtet werden oder belehrt werden. Oder in Fabriken lernen. Lernen ist individuell und vielfältig und nicht in fordistischen Masstäben zu organisieren

WP-2-290 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: KV Olpe
Beschlussdatum: 19.11.2021

Text

Von Zeile 290 bis 292:
Lernen auf dem neuesten Stand der Technik, Lernen für die digitale Zukunft: Das wird möglich in landesweiten ~~“Lernfabriken”~~Bildungsinstituten , die angedockt an die überbetrieblichen Berufsbildungsstätten eine Schlüsselrolle beim Wissenstransfer

WP-2-247 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: KV Olpe
Beschlussdatum: 19.11.2021

Text

Von Zeile 247 bis 249:
Zusammenarbeit von Hochschulen und Berufsschulen, z.B. durch die Einrichtung von ~~“Lernfabriken”~~Bildungsinstituten an unseren Berufskollegs. Außerdem verbessern wir die Bedingungen für Azubis, indem wir Lernendenwohnheime fördern, das Azubiticket vergünstigen

WP-2-403 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: KV Olpe
Beschlussdatum: 19.11.2021

Text

Von Zeile 403 bis 405 einfügen:
insbesondere Gründungen, die einen Fokus auf nachhaltige Entwicklung, Gleichstellung und die Gemeinwohlorientierung legen. Ein besonderes Augenmerk richten wir auf die Gemeinwohlökonomie und die Gemeinwohlbilanzierung Eine geschlechtergerechtere Mittelvergabe erreichen wir, indem wir 50% der Mittel für Frauen bereitstellen.

WP-2-477 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Peter Pütz (KV Bielefeld)

Text

Von Zeile 477 bis 478:

Schluss mit blindem „Höher, Schneller, Weiter“ – ~~Wir geben Wachstum eine Richtung~~Kooperation und Gemeinwohlorientierung stärken

Begründung

Die Überschrift passt nun deutlich besser zu dem zugehörigen Textabschnitt.

Unterstützer*innen

Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Paul Muschiol (KV Viersen); Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (KV Bielefeld); Sarah Laukötter (KV Bielefeld); Jonas Runge (KV Bielefeld); Anne Rehrmann (KV Höxter); Willi Kortmann (KV Coesfeld); Tim Lautner (KV Münster); Cim Kartal (KV Bielefeld); Christina Osei (KV Bielefeld)

WP-2-313 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Paul Muschiol (KV Viersen)

Text

Von Zeile 313 bis 316:
Hilfestellungen werden wir auch die Restrukturierungs- und Insolvenzberatung für KMU in den kommenden Jahren ausweiten ~~und den entsprechenden Anbietern zusätzliche Ressourcen zur Verfügung stellen. So verhindern wir Insolvenzen~~sowie eine Erst- und Folgeberatung zeitnah unterstützen. So ermöglichen wir gesteuerte Insolvenzverfahren, bewahren Arbeitsplätze und geben kleinen Unternehmen eine Zukunft. Die

Begründung

Die Verbraucherzentralen machen bei Privatinsolvenzen einen tollen Job und sind zu unterstützen. Bei Firmeninsolvenzen sind jedoch spezialisierte Restrukturierungsberater (insbesondere im Rahmen der Eigenverwaltung oder des Schutzschirmverfahrens, §270ff InsO) notwendig. Um diese fachliche Beratung in Anspruch nehmen zu können ist eine zeitnahe finanzielle Unterstützung, gerade in Zeiten knapper Liquidität, notwendig.

Dabei ist eine Insolvenz zwar - falls sinnvoll - zu vermeiden, jedoch kann auch ein geregeltes und gesteuertes Insolvenzverfahren einen ballastfreien Neustart bedeuten.

Unterstützer*innen

Gerrit Heil (KV Unna); Anne Kathrin Herbermann (KV Münster); Claudia Wiese (KV Leverkusen); Michael Sendrowski (KV Viersen); Andreas Schulz (KV Viersen); Margret Henning (KV Viersen); Dirk Druve (KV Viersen); Merlin Praetor (KV Viersen); Klaus Behrla (KV Viersen); Andrea Kiontke (KV Viersen); Viktor Di Dio (KV Viersen)

WP-2-590 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in:	LAG Wirtschaft
Beschlussdatum:	20.11.2021

Text

In Zeile 590:

~~Eine nachhaltige Rohstoffpolitik für NRW~~

Eine zukunftsfähigeige Baustoffpolitik für NRW

WP-2-600 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft
Beschlussdatum: 21.11.2021

Text

Von Zeile 600 bis 602:
reformieren und den Bedarf an zusätzlichen Rohstoffen durch mehr Ressourceneffizienz und den ~~Ein~~Umstieg in die Kreislaufwirtschaft ~~zügeln~~schrittweise zurückführen. . So bringen wir Versorgungssicherheit und Umweltschutz zusammen und befrieden

WP-2-609 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Von Zeile 609 bis 611 einfügen:
Verantwortung, die steigenden Flächenansprüche der Industrie zu bedienen, wälzt das Land NRW auf die regionalen Planungsbehörden ab. Damit machen wir Schluss. Wir werden die Zuständigkeit für die Landes- und Raumplanung von der Staatskanzlei wieder in das Umweltministerium verlagern, um die Entwicklung des Landes an den Nachhaltigkeitszielen auszurichten. Mit unserer Reform des Landesentwicklungsplans werden wir die Abbauplanung für

WP-2-620 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Von Zeile 620 bis 627:
landschaftlichen Spuren und der Umweltfolgen des Rohstoffabbaus von Locker- und Festgesteinen weitgehend ungeregelt. ~~Zwar~~Zukünftig sind zur Betriebsgenehmigung Renaturierungspläne vorzulegen, ~~wer für~~die die dauerhaften Folgen wie abgesenkte Grundwasserspiegel, gerodete Wälder oder bleibende Baggerseen ~~aufkommt, ist aber vollkommen ungeregelt~~sowie die Kostenträgerschaft verbindlich regeln. Mit der Einführung einer ~~maßvollen~~ Rohstoffabgabe auf jede Tonne abgebauten Gesteins schlagen wir zwei Fliegen mit einer Klappe. Wir beteiligen die Unternehmen und Endkunden an den Folgekosten des Rohstoffabbaus und setzen gleichzeitig Anreize für den Einsatz alternativer Baustoffe. Einnahmen aus der Rohstoffabgabe sollen z.B. für Altlastensanierung und Flächenentsiegelung verwendet werden.

WP-2-319 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Nach Zeile 319 einfügen:

Für lebendige Innenstädte und Ortszentren – den Strukturwandel aktiv gestalten!

Lebendige und attraktive Innenstädte und Ortszentren stiften Identität sowie Gemeinschaft und steigern die Lebensqualität. Durch die Transformation des Einzelhandels stehen unsere Zentren vor einem grundlegenden Wandel. Bereits vor der Corona-Krise veränderten sich Konsumgewohnheiten und belasteten den stationären Einzelhandel: ein breites Online-Angebot profitiert von ständiger Erreichbarkeit auch außerhalb der Ladenöffnungszeiten und einer vermeintlich bequemen Lieferung direkt nach Haus. Ebenso zahlen Online-Unternehmen deutlich geringere Personalkosten (Tarifverträge Logistikbranche) und niedrigeren Immobilien-Mieten außerhalb von Innenstadtlagen. Zudem tragen sie häufig eine verminderte Steuerlast durch die Verlagerung der Gewinne in andere Staaten usw. All das macht es dem stationären Einzelhandel vor Ort schwer. Die Corona-/Covid19-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen und Lockdowns sowie die Angst der Konsumenten vor Ansteckung beim Einkaufen haben diesen Trend zudem verstärkt.
Vergleichbare Entwicklungen sind auch in Dienstleistungsbranchen zu erkennen (Reisebüros, Bankfilialen, Hotellerie).
Dauerhaft wird man das Rad nicht zurückdrehen können, vielmehr handelt es sich um einen tiefgreifenden Strukturwandel. Diesen gilt es aktiv zu gestalten, damit Stadt- und Ortszentren belebte Orte der Begegnung bleiben. Am besten geschieht dies mit einer breiten Beteiligung der Bürger*innen vor Ort.

Wir befähigen Kommunen und Gemeinden, Ortskerne und Stadtmitten zu einzigartigen Orten mit Anziehungskraft zu gestalten: Neue Nutzungen, ein neuer Mix, mehr Kunst und Kultur, Kreativität und ein stetiger Wandel (durch z.B. Start-ups, Pop-ups & Aktionen) locken Besucher in die Zentren. Durch Bildungseinrichtungen schaffen wir gebundene Frequenz. Konsumfreie Orte laden zum Verweilen ein und bieten hohe Aufenthaltsqualität. So verhindern wir Leerstände, Filialisierungen und Verödung. Dazu benötigen Städte und Gemeinden dauerhaft ausreichende Ressourcen für einen langen Atem und nicht nur kurzfristige Projektgelder.

Mit einem Fonds stellen wir finanzielle Mittel bereit, damit Kommunen strategisch wichtige Immobilien wie bspw. ehemalige Großhandelskaufhäuser erwerben können und so langfristig ihren Gestaltungsspielraum sichern.

Mit einem neuen Landeswettbewerb zeichnen wie kommunale Konzeptionen und Taktiken aus, die Innenstädte und Ortszentren nachhaltige Vitalisieren und ihnen unverwechselbare Profile verleihen. So befördern wir Impulse und einen breiten gesellschaftlichen Diskurs über die zukünftigen Funktionen von Städten und Zentren..

Begründung

+++ Hinweis: Es soll ein komplett neuer Absatz inklusive Überschrift eingefügt werden +++

Begründung:
Der Handel und die Versorgung mit Gütern waren über Jahrhunderte Motivation für Menschen zusammen zu kommen.Darum wurden unsere Dörfer, Städte und Gemeinden in NRW entlang alter Handelsrouten oder strategisch günstiger Stellen für den Gütertausch gegründet und zu Orten, an denen sich Menschen trafen, sich austauschten, etwas erlebten, und in denen letztlich komplexe Gesellschaften entstanden.
Was aber wird aus einem Handelsplatz, wenn alle Geschäfte Online durchführbar sind? Verlieren unsere
Ortszentren und unsere Innenstädte ihre Daseinsberechtigung?
Laut IFH (2021) droht ca. 80.000–120.000 Geschäften die Schließung bis 2024. Durch die Corona-Pandemie sind ca. 30% des Umsatzes dauerhaft vom stationären zum Online-Handel verschoben
worden, gleichzeitig verbuchen Amazon und Co hohe Umsatz-Zuwächse (HDE Online-Monitor2021).
Eine bessere Verzahnung von digitalem und stationären Handel ist eine gute Idee, wird aber nicht ausreichen, um unsere Ortskerne dauerhaft als lebendig Anziehungspunkte zu erhalten.
Beim geschilderten Strukturwandel muss jede Stadt und jedes Dorf eigene Wege finden, um typische Charaktereigenheiten zu bewahren und durch Einzigartigkeit Menschen Identifizierung ermöglichen. Patentrezepte und Schablonen kann es daher nicht geben. Best Practise Beispiele können immer nur Inspiration sein. Das Instrument des Wettbewerbs betonte daher die Beispielhaftigkeit der Strategien und Konzepte. Darüber hinaus bietet er das Potential dem Strukturwandel ein positiveres Image zu verleihen und Chancen zu betonen.
Wie jeder Strukturwandel so ist auch dieser komplex, mit Ängsten und großen Herausforderungen behaftet, birgt aber auch Chancen. Diese Chancen verwirklichen wir am besten, indem wir Städte und Gemeinden befähigen, ihre Zentren neu zu definieren, sich neu aufzustellen und diesen Wandel aktiv mitzugestalten.
Konventionelle Maßnahmen bspw. Verkaufsoffene Sonntage, Stadtfeste sowie Angebots- und Rabattaktionen greifen zu kurz. Solche Aktionen sind Strohfeuer und können nicht nachhaltig Abhilfe schaffen.
Auch das landeseigene „Sofortprogramm zur Stärkung unserer Innenstädte und Zentren in Nordrhein-Westfalen“ der schwarz-gelben Landesregierung förderte ganz überwiegend vorübergehende
Anmietungen sowie kurzzeitigen Zwischenerwerb und-nutzung. Diese auf Kurzfristigkeit angelegten Maßnahmen werden aber dem geschilderten grundlegenden Wandel (auch jenseits von Corona) nicht gerecht. Zudem verweist das Programm die Kommune in die Rolle der Planerin und Beraterin und fördert nicht das Handeln als aktive Playerin und Gestalterin.
https://www.mhkbg.nrw/sites/default/files/media/document/file/2021-10-29_MHKBG_SoPro-Innenstadt_fin0.pdf
Ein wichtiges Instrument ist darum das besondere Vorkaufsrecht nach §25 BauGB, dass die Kommunen in die Lage versetzt, strategisch relevante Immobilien zu erwerben und damit eine gemeinwohl-orientierte Nutzung zu ermöglichen, auch jenseits von Rendite. Um Kommunen die hierfür erforderlichen finanziellen Ressourcen zu eröffnen, soll ein emtsprechender Bodenfond eingeführt werden.
Im April 2018 führte das Institut für Demoskopie Allensbacher eine Umfrage zum Thema „Heimat“ durch. Auf die Frage, worin Menschen Gefahren für die Heimat sehen, stand an erster Stelle der Antworten die Aussage „Dass viele alteingesessene Geschäfte schließen und dafür die immer gleichen Filialen großer Einkaufsketten aufmachen.“ 78 Prozent derer, die die Heimat in Gefahr sahen, wählten diesen Punkt. Dies zeigt einmal mehr,welche Sprengkraft die derzeitigen Krise des Einzelhandels birgt und welche identitätsstiftende Bedeutung die Gestaltung unserer Innenstädte und Ortszentren haben.
https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_April2018_Heimat.pd

WP-2-327 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in:	LAG Wirtschaft
Beschlussdatum:	20.11.2021

Text

Von Zeile 327 bis 329:
bis hin zur (im Internet längst gängigen) Nutzung anonymisierter Kund*innendaten durch den stationären Handel~~.~~ bietet sich ein breites Feld an Möglichkeiten Wir ~~bewahren~~unterstützen mit zusätzlichen Mitteln für zukunftsweisende Smart-City-Ansätze einen lebendigen Einzelhandel, der die

Von Zeile 331 bis 333:
Handelsunternehmen helfen wir die Investitionskosten zur Erschließung dieser neuen Absatzwege zu stemmen. Nicht zuletzt ~~treten~~helfen wir so ~~auch der Marktmacht~~kleinen Läden trotz der großen Marktmacht von Onlineportale ~~endlich entgegen~~weiter zu bestehen.

Begründung

Generell ist es richtig, den Einzelhandel bei der Digitalisierung und der Verzahnung von online mit stationärem Handel zu unterstützen und kleine & inhaber-geführte Geschäften unter die Arme zu greifen. Trotzdem wird durch ein solches Programm der kleinteilige, stationäre Einzelhandel nicht ”bewahrt” iSv
gerettet. Auch der ”Marktmacht der großen Onlineportale” wird man so nur in sehr geringem Maße etwas entgegensetzen. Dass durch ein solches NRW-Programm, Amazon an Marktmacht verliert, ist – leider – wenig realistisch und würde uns bei Fachleute auch angreifbar machen. Zudem ist seit 2016 viel passiert und sowohl viele Kommunen und Wirtschaftsförderungen als auch private Initiativen und Gewerbevereine bieten bereits Beratungen und Koordinationen in diesem Bereich an.

Im Einzelnen:

1. Die erste Ergänzung ist redaktioneller Art: in dem Satz fehlt ein Verb

2. die Änderungen im zweiten Absatz (ersetzt "bewahren" durch "unterstützen" und die Umformulierung zur Marktmacht von Onlineplattformen) ist inhaltlicher Natur.

WP-2-298 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Von Zeile 298 bis 299 einfügen:
Menschen mit Behinderungen, Jugendlichen oder Menschen mit Migrationsgeschichte oft noch im Weg stehen. Hierbei legen wir einen besonderen Fokus auf Asylbewerber*innen. Auf allen Ebenen unterstützen wir dabei, sie schon in einer frühen Phase in passende Ausbildungsberufe zu integrieren, und die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen zu erleichtern, um so dem Fachkräftemangel und der notwendigen Integration erfolgreich zu begegnen.

WP-2-439 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Von Zeile 439 bis 441 einfügen:
Pendelverkehre zu reduzieren. Wir Grüne werden Homeoffice und Co-Working darum besonders fördern, indem wir Homeoffice im öffentlichen Dienst ausbauen, die verstärkte Anmietung oder Bereitstellung von wohnortnahen Co-Working-Arbeitsplätzen - insbesondere in zur Zeit leer stehenden Bestandsimmobilien - seitens öffentlicher Arbeitgeber unterstützen und die Betriebsstättenverordnung an diese flexibleren Anforderungen anpassen, ohne

Begründung

Dem öffentlichen Dienst kommt beim Ausbau dezentraler Arbeitsformen eine Vorbildfunktion zu. Zur Klarstellung, dass im öffentlichen Dienst nicht nur Home-Office sondern auch Co-Working-Spaces ausgebaut werden soll, sollte der fettgedruckte Halbsatz in den Entwurf des Wahlprogramms übernommen werden.

WP-2-401 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Von Zeile 401 bis 403 einfügen:
zur Seite stehen, sei es bei der Bewältigung der Bürokratie, der Kapitalsuche oder dem Produktdesign. Wir fördern im Land und in den Kommunen One-Stop-Shop-Lösungen und digitalisieren den Prozess der Gewerbeanmeldung überall. Durch kluge Schwerpunktsetzungen fördern wir dabei insbesondere Gründungen, die einen Fokus auf nachhaltige Entwicklung,

Begründung

Gerade innovative Gründer*innen nutzen digitale Lösungen und in vielen Gemeinden ist die Gewerbeanmeldung noch per Papier.

WP-2-404 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in:	LAG Wirtschaft
Beschlussdatum:	20.11.2021

Text

Von Zeile 404 bis 406:
Gleichstellung und die Gemeinwohlorientierung legen. Eine geschlechtergerechtere Mittelvergabe erreichen wir, indem wir 50% der Mittel für Frauen bereitstellen. und bei der Vergabe von Landesmitteln auf eine paritätische Besetzung der Gutacher*innen sowie Jurys setzen

Begründung

Männer entscheiden über Männergeschäftsmodelle. Es muss nicht nur dafür gesorgt werden, dass das Geld bei Gründerinnen landet, sondern auch, dass die Vergabe entsprechend läuft. Bei der Antwort auf die große Anfrage „Digital First oder NRW Second“ unserer Landtagsfraktion (Drucksache 17/152002) ist bspw. herausgekommen, dass die Jurys für das Gründerstipendium nur zu einem Drittel durch Frauen besetzt werden. Hier gibt es über die vergangenen vier Jahre auch quasi Fortschritt.

WP-2-152 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Von Zeile 152 bis 156:
mittelständischen Zulieferbetrieben. Die Branche steht vor einem tiefgreifenden Wandel, denn das Auto der Zukunft fährt elektrisch, autonom,vernetzt und ~~vernetzt~~wird von mehrerern Nutzer*innen geteilt. Wir unterstützen sie, diesen Wandel zu meistern und ~~auch weiterhin gute~~werden gegebenenfalls wegfallende Arbeitsplätze ~~zu sichern~~durch attraktive Umschulungen und wirtschaftliche Perspektiven auffangen.. Die Automobilindustrie war schon immer Impulsgeberin für die gesamte NRW-Wirtschaft und muss es bleiben – in Zukunft steht sie für

Begründung

Wenn wir die Verkehrswende ernst nehmen, werden in Zukunft weniger Autos gebaut werden. Die besondere Bedeutung der Automobilindustrie soll hier nicht alleine mit Profit in den Vordergrund gestellt werden, sondern das Augenmerk wird auf Innovation und Transformation gerichtet. Wer zukünftige Elektomobilität als 1:1 Austausch des Antriebes versteht, hat keine Perspektive - das müssen wir frühzeitig kommunizieren!

WP-2-148 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Von Zeile 148 bis 149 einfügen:
Strukturwandel begleiten und so auch dem drohenden Fachkräftemangel in vielen klimarelevanten Bereichen begegnen.
Neben dem Braunkohlerevier steckt auch das Ruhrgebiet weiterhin mitten im Strukturwandel. Gleichzeitig bietet es als (ehemalige) Hochburg der fossilen Energieträger einzigartige Infrastruktur, die für die Transformation der Industrie von zentraler Bedeutung ist. Das Ruhrgebiet ist führende Wasserstoff-Region Deutschlands und soll diesen Standortvorteil weiter ausbauen und damit zum zentralen Baustein der klimaneutralen Transformation NRWs und Deutschlands werden.

Begründung

Trotz des neuen Strukturwandels im Rheinischen Revier dürfen wir nicht vergessen, dass es im Herzen NRWs das Ruhrgebiet mit 5,2 Millionen Einwohner*innen gibt, in dem zahlreiche Probleme (geringe Wirtschaftskraft, hohe Arbeitslosigkeit, hohe Kinderarmut) konzentriert auftreten und der Strukturwandel in Teilen gescheitert ist.

Gleichzeitig bietet das Ruhrgebiet in Studien bestätigte beste Vorraussetzungen für den Aufbau einer Wasserstoff-Industrie. Im Ruhrgebiet besteht das dichteste Pipeline-Netz Deutschlands, zahlreiche Forschungseinrichtungen zu diesem Thema wurden hier gegründet, führende Hersteller von Brennstoffzellen und Energiespeichern haben sich hier angesiedelt und mit thyssenkrupp hat sich das vielleicht tradionsreichste Unternehmen aus dem Ruhrgebiet auf den Weg gemacht, mit Hilfe von grünem Wasserstoff klimaneutralen Stahl für den Weltmarkt zu produzieren.

WP-2-17 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Von Zeile 17 bis 18 einfügen:
funktionierender, zeitgemäßer Infrastruktur und einer durchweg digitalen und deutlich effizienteren Verwaltung.
Wir werden alle landespolitischen Möglichkeiten nutzen um die Planungsverfahren für die Transformation zur Klimaneutralität zu beschleunigen und im Bundesrat dieses Anliegen so gut wie möglich unterstützen.

Begründung

Der Satz soll da in dem Punkt eingefügt werden, wo er nach Meinung der Schreibgruppe am besten passt.
Planungsbeschleunigung ist eine zentrale Notwendigeit für die Beschleunigung der Energiewende und den Ausbau der Infrastruktur.

WP-2-478 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Von Zeile 478 bis 491:
Globalalternative:

~~Auch wenn sich die Ansicht bei vielen hartnäckig hält, aber die Jagd nach Rendite ist längst nicht die einzige Triebfeder für Fortschritt und Wohlstand. Nicht nur die vielen gemeinnützigen Arbeitgeber*innen in der Wohlfahrtspflege, der Kultur oder dem Sport leisten täglich ihren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beitrag, um unser Land voranzubringen. Auch immer mehr private Unternehmen, Arbeitsgemeinschaften, Kooperativen und Sharing-Gemeinschaften bewerten ihren Erfolg weniger nach Kapitalrendite als nach Nachhaltigkeitskriterien oder sozialem Fortschritt. Sie betreiben gemeinwohlorientierte Ökonomie. Wir werden diese Formen des Wirtschaftens stärken, indem wir z.B. die Gründung von Genossenschaften, gemeinnützigen Vereinen und anderen kooperativen Unternehmensformen wieder stärker in den Fokus rücken, Nachteile beseitigen und geeignete Beratungs- und Unterstützungsstrukturen schaffen.~~

Unsere bestehende Wirtschaftsweise sprengt neben den ökologischen Grenzen in Bezug auf klimarelevante Emissionen, Artenvielfalt und Ressourcen-Extraktion ebenso gesellschaftliche Grenzen. Deswegen ist es für uns von herausragender Bedeutung, sich das grundgesetzliche Ziel allen Wirtschaftens wieder klarer vor Augen zu führen: das Gemeinwohl.

Um das in NRW zu fördern, setzen wir uns klar und deutlich für das Wirtschaften innerhalb ökologischer und gesellschaftlicher Grenzen ein. Wir fördern gemeinnützige Arbeitgeber*innen in Kultur, Sport oder sozialen Bereichen. Wir unterstützen Purpose-Unternehmer*innentum, Sozialunternehmen, Genossenschaften, Sharing-Projekte, solidarische Gemeinschaften ("Commons") sowie die nachhaltige und solidarische Plattform-Ökonomie in unserem Land mit geeigneten Beratungsstrukturen und wir wirken darauf hin, dass im Bund neue Unternehmens-Rechtsformen dieser Diversität im Unternehmenszweck gerecht werden.
Wir stärken die Ausrichtung am Gemeinwohl im privatwirtschaftlichen Sektor (z.B. durch eine Gemeinwohl-Bilanzierung) und unterstützen Unternehmen in diesem Prozess. Diese Unternehmen finden im Rahmen eines neuen Tariftreue- und Vergabegesetzes stärkere Berücksichtigung in der öffentlichen Beschaffung.

Zugleich gehen wir mit den landeseigenen Betrieben bzw. Beteiligungen als gutem Beispiel voran. Um die externalisierten gesellschaftlichen und ökologischen Kosten transparent zu machen, setzen wir uns für die Gemeinwohl-Bilanzierung von mindestens fünf landeseigenen Betrieben in der kommenden Legislaturperiode ein.

Begründung

Der Absatz im Programmentwurf geht zwar in die richtige Richtung, weil er Gewinnmaximierung unter Nebenfolgen als pauschales Unternehmensziel in der Ökonomie in Frage stellt. Dabei bleibt er aus unserer Sicht jedoch zu wenig konkret in seinen Antworten auf ein diverseres Wirtschaftsbild.

Da die Unternehmens-Rechtsformen Bundesrecht sind, wirken wir (im besten Fall natürlich als Teil einer Landesregierung, dann auch im Bundesrat) darauf hin, dass das Unternehmensrecht reformiert bzw. angepasst wird und Rechtssicherheit schafft für Sozialunternehmen.

Weitere Förderung und Unterstützung kann z.B. über die Etablierung von Social Impact Labs gelingen, die bereits in vielen Städten und Regionen in Deutschland existieren und soziale und ökologische Unternehmensgründungen begleiten und beraten.

Zur GWÖ: Viele privatwirtschaftliche Unternehmen in NRW erstellen bereits Gemeinwohl-Bilanzen (https://www.ecogood.org/who-is-ecg/ecg-companies/) - zum Teil, weil sie als große Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitenden nach der EU Richtlinie 2014/95/EU zur nicht finanziellen Berichterstattung verpflichtet sind. Aber auch kleinere und Kleinst-Unternehmen tun das, weil sie die externalisierten Kosten ihres wirtschaftlichen Handelns transparent machen wollen und durch besonderes Engagement ihren Beitrag zum Gemeinwohl erhöhen möchten.
Dass es hierbei allerdings nicht nur um einen "Feelgood-Move" geht, den wir fördern wollen und den man sich als Unternehmen leisten können muss wird spätestens klar, wenn man berücksichtigt, dass die EU Kommission eine Reform der EU Richtlinie angestoßen hat mit dem Ziel der deutlichen Erweiterung des Adressatenkreises. Es ist also absehbar, dass ohnehin mehr Unternehmen sich dem Thema Nichtfinanzielle Berichterstattung annehmen werden (müssen). Eine besondere Berücksichtigung bei der öffentlichen Vergabe wäre ein zusätzlicher Anreiz für Unternehmen.

Die GWÖ Bilanzierung bietet gegenüber allen anderen existierenden Indizes den Vorteil, dass sie nicht rein deskriptiv ist, sondern mit Punktevergaben arbeitet und damit nach innen und außen direkt mess- und vergleichbar macht.

Analog zu den vielen kommunalen Unternehmen und Beteiligungen, die in NRW inzwischen GWÖ Bilanzen erstellt haben oder gerade erstellen (viele GRÜNE Kommunalwahlprogramme im letzten Jahr enthielten diese Forderung), haben natürlich auch die landeseigenen Betriebe eine besondere Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl. Dieser werden sie durch eine GWÖ Bilanzierung und der Implementierung von Lehren daraus gerecht.

WP-2-290-1 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Marc Zimmermann (KV Oberberg)

Text

Von Zeile 290 bis 293:
Lernen auf dem neuesten Stand der Technik, Lernen für die digitale Zukunft: Das wird möglich ~~in landesweiten "Lernfabriken", die angedockt an die~~durch eine verbesserte personelle und materielle Austattung überbetrieblichen Berufsbildungsstätten, die eine Schlüsselrolle beim Wissenstransfer in die betriebliche Praxis übernehmen. Sie sollen regionale Orte für die

Begründung

"Lernfabriken" ist ein sehr unglückliches Wort. Außerdem bedarf es nicht noch mehr überbetrieblicher Ausbildungsorte, sondern besser ausgestattete derzeitige Berufsbildungsstätten, die die Veränderungen an die Wirtschaft von Morgen aufgreifen und optimal den Aus- und Weiterzubildenden vermitteln können.

Unterstützer*innen

Philippe Bergmann (KV Oberberg); Bernadette Reinery - Hausmann (KV Oberberg); Piet Hülsmann (KV Mettmann); Konrad Gerards (KV Oberberg); Henrik Jochen Köstering (KV Oberberg); Jürgen Körber (KV Oberberg); Dani Marie Brück (KV Oberberg); Ursula Mindermann (KV Warendorf); Sebastian Schäfer (KV Oberberg); Jean-Pierre Widdershoven (KV Solingen); Ulrike Claßen-Büttner (KV Oberberg)

WP-2-642-1 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Von Zeile 642 bis 651:
Wir wollen die NRW.BANK stärken und ihre Rolle als Unterstützerin für die sozial-ökologische Transformation ~~der~~von Wirtschaft und Gesellschaft ausbauen. Die Verwirklichung dieser Transformation erfordert die Aktivierung und Mitwirkung vieler Stakeholder. Einen Baustein bildet die staatliche, landeseigene Förderbank NRW.BANK. Als haushaltsunabhängige und wettbewerbsneutrale Landesförderbank erbringt sie bei der Unterstützung der mittelständigen Wirtschaft, unsere~~n~~r Kommunen und bei der Wohnraumförderung eine Reihe von Leistungen, die den Menschen in Nordrhein-Westfalen zugutekommen. ~~Wir möchten, dass~~Um die Rolle der NRW.BANK ~~einen verstärkten Fokus auf Nachhaltigkeitsaspekte legt~~für die sozial-ökologische Transformation zu stärken, ergänzen wir ihren staatlichen Auftrag um das Förderziel „Transformation“ (§3 NRW.BANK-Gesetz) und ~~ihre Geschäftspolitik (Förderungen, Investitionen, Kredite~~richten das Geschäftsmodell der NRW.BANK und ~~Anlagen)~~ihre Förderstrategie an den ~~Nachhaltigkeitszielen des Landes, des Bundes, der EU~~Zielen „Transformation“, „Nachhaltigkeit“ und ~~am Pariser Klimaabkommen ausrichtet~~„Sustainable Finance“ aus. Unser Ziel ist, die NRW.BANK zur grünsten Landesförderbank Deutschlands zu machen~~.~~

Begründung

Die NRW.Bank soll zu einer Förderin, Unterstützerin und Multiplikatorin staatlicher Transformations- und Umbaumaßnahmen werden und ferner als Vorbild und Anker in einem sich verändernden Finanzmarkt agieren. Um den "verstärkten Fokus" greifbar zu machen, konkretisiert der ÄA die Maßnahmen.

WP-2-414-2 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Von Zeile 414 bis 415 einfügen:
Bundesratsinitiative zur Einführung eines Elterngeldes für Gründer*innen starten.[Zeilenumbruch]

Nachfolge fördern

Der demographische Wandel wird dazu führen, dass viele Betriebe in naher Zukunft neue Eigentümer*innen brauchen. Wir wollen die potenziellen Nachfolger*innen bei den Anforderungen, die Digitalisierung, Familienfreundlichkeit und Nachhaltigkeit mit sich bringen, fördern: durch passgerechte Unterstützung und günstige Kredite für geplante Maßnahmen in diesen Bereichen. Unsere vielen kleinen und mittleren Unternehmen, die Arbeitsplätze und den gesellschaftlichen Zusammenhalt sicherstellen, wollen wir erhalten und zukunftsfest aufstellen.

Begründung

So wichtig die Förderung & Unterstützung von Gründungen und Start-Ups sind: viele Firmen und Unternehmen suchen händeringend nach Nachfolger*innen. Damit gesunde Betriebe nicht schließen müssen, muss der Wechsel von einer zur nächsten Generation unterstützt werden.

WP-2-241 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in:	KV Münster
Beschlussdatum:	24.11.2021

Text

Von Zeile 241 bis 243:
zigtausende Meister*innen und Fachgesell*innen der Generation der Babyboomer in den Ruhestand. Um ~~den Aderlass~~Menschen für das Handwerk zu ~~stoppen~~gewinnen, werden wir gemeinsam mit den Innungen und Kammern eine Fachkräfteoffensive starten, die aus vier Säulen besteht:

Begründung

Aderlass raus. Das ist zu unsachlich. Lieber positiv formulieren.

WP-2-529 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 24.11.2021

Text

Von Zeile 529 bis 530 einfügen:
Infrastruktur, eine digitale Verwaltung und eine „Green-IT“-Strategie. Dafür schaffen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen auf Landesebene. Gemeinsam mit dem Städte- und Gemeindebund professionalisieren wir den Wissenstransfer zwischen den Kommunen, indem wir Erfahrungen und Best Practices zentral sammeln und durchsuchbar machen.

Begründung

Städte, Gemeinden und Kreise stehen vor ähnlichen Herausforderungen bei der Digitalisierung. Sie alle gehen Schritte in dieselbe Richtung, wählen dabei aber unterschiedliche Wege. Manches gelingt, maches gelingt nicht. Diese Erfahrungen gilt es an einer Stelle zu sammeln, zugänglich und durchsuchbar zu machen. Kann eine Gebietskörperschaft auf Erfolgskonzepte aus anderen Gebietskörperschaften zurückgreifen kann sie die eigene Digitalisierung schneller voranbringen.

Eine zentrale Sammlung dieser Informationen wurde scheinends versucht, aber nicht erfolgreich.

WP-2-546 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 24.11.2021

Text

Von Zeile 547 bis 551:
der öffentlichen Hand machen wir einfach nutzbar und gestalten sie barrierefrei. ~~Je wichtiger das Internet für den Alltag wird, desto wichtiger wird es auch, dass alle einen Zugang dazu haben und dazu in der Lage sind mit der Technik umzugehen.~~Ein erheblicher Teil des gesellschaftlichen Lebens findet heute auch im digitalen Raum statt. Damit hier niemand ausgeschlossen ist, ist es wichtig, dass alle einen Zugang sowohl zu einer schnellen Internetleitung als auch zu einem Endgerät haben und dazu in der Lage sind, mit dieser Technik selbstbestimmt umzugehen. Alle Bevölkerungsgruppen sollen digitale Dienste nutzen und davon profitieren können, barrierearm, leicht verständlich und in verschiedenen

Begründung

Das Internet ist schon sehr wichtig. Bereits jetzt ist, wer keinen Zugang dazu hat, in erheblichem Maße von Gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Man denke bspw. an die Nutzung von Onlinevideodiensten, sozialen Netzwerken oder der Wikipedia.

Damit Menschen hier teilhaben können braucht es immer 3 Komponenten: Den Zugang (also die Leitung), das Endgerät (also bspw. den Computer) und die Kompetenz mit beidem auch umzugehen.

WP-2-544 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in:	KV Münster
Beschlussdatum:	24.11.2021

Text

In Zeile 544:

~~Digitale Ämter – leicht zugänglich~~

Wir machen die Digitalisierung für alle zugänglich

Begründung

In dem Absatz steht viel. Das wenigste hat etwas mit Ämtern zu tun, sondern am meisten geht es darum, Barrieren abzubauen. Das sollte auch in der Überschrift stehen.

WP-2-617 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Fred Lüke (KV Paderborn)

Text

Von Zeile 617 bis 618 einfügen:
anhand zurückliegender Abbaumengen, sondern am zukünftigen Bedarf unserer heimischen Bauindustrie. Ausgewiesene Flächen können bis zum Abbau für erneuerbare Energien genutzt werden.

Begründung

Etliche Abgrabungsflächen der Steinindustrie sind auf Jahrzehnte im Vorhinein in den Regional- und Flächennutzungsplänen ausgewiesen. Eine vorrübergehende Nutzung für Fotovoltaik ist nicht möglich, weil eine Doppelnutzung nicht vorgesehen ist. Die Nutzungsdauer von Sonnenstrom-Anlagen liegt oftmals unter der weit in die Zukunft reichende Bevorratung der Abbauflächen.

Unterstützer*innen

Anne Birkelbach (KV Paderborn); Lena Crummenerl (KV Paderborn); René Scherf (KV Paderborn); Norika Creuzmann (KV Paderborn); Carsten Birkelbach (KV Paderborn); Rainer Pusch (KV Paderborn); Markus Rieger (KV Paderborn); Gerda Werth (KV Paderborn); Jörg Schlüter (KV Paderborn); Ulrich Möhl (KV Paderborn)

WP-2-590-1 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: LAG Ökologie
Beschlussdatum: 23.11.2021

Text

In Zeile 590:

Eine ~~nachhaltige~~zukunftsfähige Baustoff- und Rohstoffpolitik für NRW

Begründung

Sprachliche Präzisierung notwendig. Endliche Rohstoffe können nicht nachhaltig genutzt werden.

WP-2-591 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: LAG Ökologie
Beschlussdatum: 23.11.2021

Text

Von Zeile 591 bis 594 löschen:
~~Die gesicherte Rohstoffversorgung ist eine der grundlegenden Voraussetzungen für die Wirtschaft. Gleichzeitig bedeutet der Rohstoffabbau immer auch eine Belastung für Menschen und Umwelt.~~ Die Spuren der Gewinnung von Kies und anderen Gesteinen haben einige Regionen NRWs, vor allem entlang des Niederrheins, in der

Von Zeile 600 bis 602:
reformieren und den Bedarf an zusätzlichen Rohstoffen durch mehr Ressourceneffizienz und den ~~Ein~~Umstieg in die Kreislaufwirtschaft ~~zügeln~~schrittweise zurückführen. So bringen wir Versorgungssicherheit und Umweltschutz zusammen und befrieden

Begründung

Der Niederrhein ist bereits übersät mit Wasserflächen. Allein in den Jahren 2012 bis 2017 sind rund 300 ha zusätzlich hinzugekommen und in den Folgejahren hat sich die Abbaumenge nicht verringert. Den Menschen in der Region, die seit einigen Jahren erheblichen Widerstand zeigen (u.a. Bündnis Niederrheinappell), ist ein weiterer Abbau von Kies in anhaltender Größenordnung weder zumutbar noch vermittelbar. Hinzu kommt, dass durch den Abbau wertvolle landwirtschaftliche Flächen/ Grünflächen unwiederbringlich verloren gehen, was sich sehr nachteilig auf den Klimawandel auswirkt. Ein schrittweiser Umstieg in eine Kreislaufwirtschaft durch verbessertes Bauschutt-Recycling und andere Baustoffe ist möglich.

WP-2-606 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: LAG Ökologie
Beschlussdatum: 23.11.2021

Text

Von Zeile 606 bis 618:
~~Die bisherige Praxis beim Abbau von Locker- und Festgesteinen wie Sand, Kies, Kalk oder Schiefer führt letztlich dazu, dass die Rohstoffunternehmen einen Freifahrtschein für die Erschließung neuer Abbauflächen haben. Die Verantwortung, die steigenden Flächenansprüche der Industrie zu bedienen, wälzt das Land NRW auf die regionalen Planungsbehörden ab. Damit machen wir Schluss. Mit unserer Reform des Landesentwicklungsplans werden wir die Abbauplanung für Locker- und Festgesteine – analog zur Abbauplanung für Braunkohle – auf das zuständige Landesministerium übertragen. Fehlanreize bauen wir durch eine neue Bedarfsermittlung ab, die schrittweise steigende Wiederverwendungsquoten bereits im Kreislauf befindlicher Rohstoffe einbezieht und so Anreize für mehr Baustoffrecycling setzt. Zusätzlichen Flächenbedarf bemessen wir nicht länger anhand zurückliegender Abbaumengen, sondern am zukünftigen Bedarf unserer heimischen Bauindustrie.~~

Wir unterstützen die Forderungen des Niederrheinappells von 2019. Dazu gehört unter anderem eine jährliche Reduzierung der Abbaumenge um 5%. Zur Entlastung bei der Ausweisung neuer Flächen und zur Vermeidung weiteren Fakten-Schaffens sind kurzfristig im Landesentwicklungsplan die Versorgungszeiträume von 25 Jahren wieder auf maximal 15 Jahre zu reduzieren, wobei der regionale Bedarf unserer heimischen Bauindustrie und nicht zurückliegende Abbaumengen Grundlage der Berechnung sein muss. Fehlanreize bauen wir durch diese neue Bedarfsermittlung ab, die schrittweise steigende Wiederverwendungsquoten bereits im Kreislauf befindlicher Rohstoffe einbezieht und so Anreize für mehr Baustoffrecycling setzt. Wir werden die Zuständigkeit für die Landes- und Raumplanung von der Staatskanzlei wieder in das Umweltministerium verlagern, um die Entwicklung des Landes an den Nachhaltigkeitszielen auszurichten.

Begründung

Der Niederrhein ist bereits übersät mit Wasserflächen. Allein in den Jahren 2012 bis 2017 sind rund 300 ha zusätzlich hinzugekommen und in den Folgejahren hat sich die Abbaumenge nicht verringert. Den Menschen in der Region, die seit einigen Jahren erheblichen Widerstand zeigen (u.a. Bündnis Niederrheinappell), ist ein weiterer Abbau von Kies in anhaltender Größenordnung weder zumutbar noch vermittelbar. Hinzu kommt, dass durch den Abbau wertvolle landwirtschaftliche Flächen/ Grünflächen unwiederbringlich verloren gehen, was sich sehr nachteilig auf den Klimawandel auswirkt. Ein schrittweiser Umstieg in eine Kreislaufwirtschaft durch verbessertes Bauschutt-Recycling und andere Baustoffe ist möglich.

WP-2-620-1 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: LAG Ökologie
Beschlussdatum: 23.11.2021

Text

Von Zeile 620 bis 627:
landschaftlichen Spuren und der Umweltfolgen des Rohstoffabbaus von Locker- und Festgesteinen weitgehend ungeregelt. ~~Zwar~~ Zukünftig sind zur Betriebsgenehmigung Renaturierungspläne vorzulegen, ~~wer für~~die die dauerhaften Folgen wie abgesenkte Grundwasserspiegel, gerodete Wälder oder bleibende Baggerseen ~~aufkommt, ist aber vollkommen ungeregelt~~sowie die Kostenträgerschaft, verbindlich regeln.[Leerzeichen] Mit der Einführung einer ~~maßvollen~~ Rohstoffabgabe auf jede Tonne abgebauten Gesteins schlagen wir zwei Fliegen mit einer Klappe. Wir beteiligen die Unternehmen und Endkunden an den Folgekosten des Rohstoffabbaus und setzen gleichzeitig Anreize für den Einsatz alternativer Baustoffe. Die Einnahmen aus der Rohstoffabgabe sollen z.B. für Altlastensanierung und Flächenentsiegelung verwendet werden.

Begründung

Der Niederrhein ist bereits übersät mit Wasserflächen. Allein in den Jahren 2012 bis 2017 sind rund 300 ha zusätzlich hinzugekommen und in den Folgejahren hat sich die Abbaumenge nicht verringert. Den Menschen in der Region, die seit einigen Jahren erheblichen Widerstand zeigen (u.a. Bündnis Niederrheinappell), ist ein weiterer Abbau von Kies in anhaltender Größenordnung weder zumutbar noch vermittelbar. Hinzu kommt, dass durch den Abbau wertvolle landwirtschaftliche Flächen/ Grünflächen unwiederbringlich verloren gehen, was sich sehr nachteilig auf den Klimawandel auswirkt. Ein schrittweiser Umstieg in eine Kreislaufwirtschaft durch verbessertes Bauschutt-Recycling und andere Baustoffe ist möglich.

WP-2-172 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in:	LAG Ökologie
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 172 bis 173 einfügen:
In einer echten Kreislaufwirtschaft sind Produkte von der Flasche, über das Handy bis zum Gebäude langlebig, reparierbar, schadstofffrei, wiederverwendbar und leicht

Begründung

Der Begriff ist schon so belastet, dass man das noch einmal deutlich machen sollte.

WP-2-191 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: LAG Ökologie
Beschlussdatum: 23.11.2021

Text

Von Zeile 191 bis 193 einfügen:
wir die Forschung und Entwicklung von nachwachsenden Rohstoffen als Startpunkt der Produktkreisläufe der Zukunft. Dabei berücksichtigen wir gezielt die Anforderungen an einen gentechnik- und schadstoffreien Anbau und der ökologischen Nahrungsproduktion. So schaffen wir die Basis für zukunftsfeste Arbeitsplätze in Bereichen wie Landwirtschaft, Chemie, Industrie und

Begründung

Bioökonomie darf nicht durch die Hintertür Pestizide und Gentechnik einführen, und es ist auch die Flächenkonkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion zu berücksichtigen.

WP-2-384 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: LAG Ökologie
Beschlussdatum: 23.11.2021

Text

Von Zeile 384 bis 388 löschen:
weiteren einzigartigen Naturschatz unter Schutz und eröffnen so neue Potenziale für einen sanften und nachhaltigen Naturtourismus in Ostwestfalen. ~~In dieser und anderen ausgewählten Regionen werden wir ein sogenanntes „Jedermannsrecht“nach dem Vorbild skandinavischer Länder einführen.~~ So eröffnen wir neue Möglichkeiten für alle, unsere wunderbaren Landschaften von der Weser bis zum Rhein neu zu

Begründung

Ein generelles Betretungsrecht in Schutzgebiete nach dem Jedermannsrecht ist mit den Schutzzielen unvereinbar und in dicht besiedelten Ländern wie NRW nicht praktikabel.

WP-2-249 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Ursula Mindermann (KV Warendorf)

Text

Von Zeile 249 bis 252:
für Azubis, indem wir Lernendenwohnheime fördern, das Azubiticket vergünstigen und mehr Möglichkeiten schaffen, Teile der Ausbildung im Ausland zu absolvieren. Frauen sind in den sogenannten technischen Handwerksberufen unterrepräsentiert, hier fördern wir Maßnahmen zur Erhöhung der Anzahl weiblicher Fachkräfte und Auszubildende. in diesen Berufsfeldern. Zweitens verstärken wir die Anstrengungen, um ~~Frauen,~~ Menschen mit Behinderung oder Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für handwerkliche Berufe zu gewinnen.

Unterstützer*innen

Jeanne Emilia Riedel (KV München); Marc Zimmermann (KV Oberberg); Tatjana Scharfe (KV Warendorf); Renate Sophia Konzen (KV Warendorf); Anna Lena Laumann (KV Warendorf); Katja Behrendt (KV Warendorf); Katja Müller (KV Warendorf); Valerie Kelling (KV Warendorf); Sebastian Schäfer (KV Oberberg); Jean-Pierre Widdershoven (KV Solingen); Roland Schüren (KV Mettmann); Birgit Müller (KV Düsseldorf)

WP-2-235 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Marc Zimmermann (KV Oberberg)

Text

Von Zeile 235 bis 237 löschen:
Handwerk einer ständigen Entwicklung unterliegt, werden wir die Frage, in welchen Gewerken eine Meister*innenpflicht ~~weiterhin (oder~~ wieder) notwendig ist, fortlaufend gemeinsam mit den Innungen, Kammern und der Wissenschaft neu

Unterstützer*innen

Sebastian Schäfer (KV Oberberg); Roland Schüren (KV Mettmann); Piet Hülsmann (KV Mettmann); Konrad Gerards (KV Oberberg); Philippe Bergmann (KV Oberberg); Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Elisabeth Anschütz (KV Rhein-Sieg); Ophelia Nick (KV Mettmann); Nicole Kolster (KV Rhein-Erft-Kreis); Christian Andrä (KV Düren); Maria Theresia Herbold (KV Höxter)

WP-2-246 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Marc Zimmermann (KV Oberberg)

Text

Von Zeile 246 bis 249:
Digitalisierung, Automatisierung und Klimaschutz und eine stärkere Zusammenarbeit von Hochschulen und Berufsschulen, z.B. durch ~~die Einrichtung~~ausweitung von ~~“Lernfabriken” an unseren Berufskollegs~~Ausbildungskooperationen zwischen handwerklicher Ausbildung und eines entsprechenden aufbauenden Studums mit interdisziplinärem Wissenstransfer.. Außerdem verbessern wir die Bedingungen für Azubis, indem wir Lernendenwohnheime fördern, das Azubiticket vergünstigen

Begründung

"Lernfabriken" ist ein sehr unglückliches Wort. Es gibt bereits duale Ausbildungen zwischen Handwerk und Studium. Diese müssen ausgeweitet und die Betriebe angehalten werden solche Konstrukte zu nutzen um gut ausgebildete Fachkräfte in die Betriebe zu integrieren, damit die Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Berufsschule/Betrieb verbessert wird.

Unterstützer*innen

Sebastian Schäfer (KV Oberberg); Jean-Pierre Widdershoven (KV Solingen); Sebastian Martin Lederer (KV Konstanz); Roland Schüren (KV Mettmann); Birgit Müller (KV Düsseldorf); Piet Hülsmann (KV Mettmann); Konrad Gerards (KV Oberberg); Philippe Bergmann (KV Oberberg); Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Elisabeth Anschütz (KV Rhein-Sieg); Ophelia Nick (KV Mettmann); Tanja Deiters (KV Köln); Ursula Schulte (KV Hochsauerland); Bruno Jöbkes (KV Kleve); Nicole Kolster (KV Rhein-Erft-Kreis); Christian Andrä (KV Düren); Maria Theresia Herbold (KV Höxter)

WP-2-225 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Marc Zimmermann (KV Oberberg)

Text

Von Zeile 225 bis 230:
Für unsere sozial-ökologische Energiewende setzen wir Grüne auf das starke, hochqualifizierte und innovative Handwerk. ~~Vom klassischen Zimmermannshandwerk über moderne Heizungsbauer und Elekroinstallateur*innen bis hin zur Mechatronikerin für die Fahr- und Flugzeugantriebe der Zukunft – kaum eine Branche~~Vom Bauhandwerk über das Gesundheitshandwerk, das Lebensmittel- und auch Kunsthandwerk mit zusammenfast 110.000 Betrieben, über eine Mio. Beschäftigten und nahezu 80.000 Auszubildenden alleine in NRW – kaum ein Wirtschaftszweig wird im gesamten Spektrum des Klimaschutzes so sehr gebraucht wie das Handwerk. Damit das Handwerk in seiner ganzen Breite vom Umbau unserer

Begründung

Die ursprüngliche Formulierung begrenzt das Handwerk auf (Bau)technische Berufe. Die Vielfalt des Handwerks und ihre gesellschaftliche Relevanz wird dadurch nicht klar formuliert. Deshalb haben wir von Handwerksgrün NRW die Formulierung mit Berücksichtigung alle Beruftszweige des Handwerks und deren wirtschaftlichen Stellenwert herausgestellt

Unterstützer*innen

Jean-Pierre Widdershoven (KV Solingen); Sebastian Schäfer (KV Oberberg); Sebastian Martin Lederer (KV Konstanz); Roland Schüren (KV Mettmann); Birgit Müller (KV Düsseldorf); Piet Hülsmann (KV Mettmann); Konrad Gerards (KV Oberberg); Philippe Bergmann (KV Oberberg); Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Elisabeth Anschütz (KV Rhein-Sieg); Ophelia Nick (KV Mettmann); Ursula Schulte (KV Hochsauerland); Bruno Jöbkes (KV Kleve); Nicole Kolster (KV Rhein-Erft-Kreis); Christian Andrä (KV Düren); Maria Theresia Herbold (KV Höxter)

WP-2-232 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Marc Zimmermann (KV Oberberg)

Text

Von Zeile 232 bis 235 löschen:
branchenspezifische Mindestvergütungen und fairen Wettbewerb. Lohndumping, Werksverträge und ausbeuterische Subunternehmermodelle bekämpfen wir ~~und bringen dazu ein neues Tariftreue- und Vergabegesetz auf den Weg~~. Weil gerade das Handwerk einer ständigen Entwicklung unterliegt, werden wir die Frage, in

Begründung

So sehr Tarifbindung und Verhinderung von Lohndumping wichtige und richtige Ziele sind - weitere gesetzliche Vorgaben werden im Zuge einer nötigen Entbürokratisierung im Handwerk aus Sicht der Handwerkersunternehmer*innen bei Handwerksgrün NRW keine Akzeptanz finden. Unterstützende Maßnahmen, wie u.A. im ersten Teil dieses Passus geschrieben sind zielführender.

Unterstützer*innen

Jean-Pierre Widdershoven (KV Solingen); Sebastian Schäfer (KV Oberberg); Roland Schüren (KV Mettmann); Birgit Müller (KV Düsseldorf); Piet Hülsmann (KV Mettmann); Konrad Gerards (KV Oberberg); Philippe Bergmann (KV Oberberg); Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Christian Andrä (KV Düren); Maria Theresia Herbold (KV Höxter)

WP-2-432 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in:	KV Mönchengladbach
Beschlussdatum:	25.11.2021

Text

In Zeile 432:

Arbeiten wo man lebt: ~~Homeoffice~~Telearbeit und Coworking ausbauen sowie mobiles Arbeiten im Homeoffice regeln

Begründung

Eine Betriebsstättenverordnung gibt es schon lange nicht mehr. Es gilt die Arbeitsstättenverordnung - das ist Bundesrecht, und zwar für Telearbeit und nicht für mobiles arbeiten im home office.

Wenn man also gute Arbeitsbedingungen in NRW „at home“ möchte, sollte Telearbeit und nicht Home office für den öffentlichen Dienst gefördert werden. Dann kann man als Land auf Bundesebene eine Neuregelung der Arbeitsstättenverordnung anstreben, die Nachteile im Arbeits- und Gesundheitsschutz für mobiles arbeiten im home office beseitigt.

WP-2-438 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in:	Kreisverband Mönchengladbach
Beschlussdatum:	25.11.2021

Text

Von Zeile 438 bis 443:
kommunikativer und flächensparender. Zusätzlich haben sie das Potential, Pendelverkehre zu reduzieren. Wir Grüne werden Telearbeit, Homeoffice und Co-Working darum besonders fördern, indem wir ~~Homeoffice~~Telearbeit im öffentlichen Dienst ausbauen und ~~die Betriebsstättenverordnung~~eine Anpassung der Arbeitsstättenverordnung an die~~se~~ flexibleren Anforderungen ~~anpassen~~der mobilen Arbeit anstreben, ohne Gesundheits- oder Sicherheitsstandards zu senken.~~[Leerzeichen]~~

Begründung

Eine Betriebsstättenverordnung gibt es schon lange nicht mehr. Es gilt die Arbeitsstättenverordnung - das ist Bundesrecht, und zwar für Telearbeit und nicht für mobiles arbeiten im home office.

Wenn man also gute Arbeitsbedingungen in NRW „at home“ möchte, sollte Telearbeit und nicht Home office für den öffentlichen Dienst gefördert werden. Dann kann man als Land auf Bundesebene eine Neuregelung der Arbeitsstättenverordnung anstreben, die Nachteile im Arbeits- und Gesundheitsschutz für mobiles arbeiten im home office beseitigt.

WP-2-241-1 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Marc Zimmermann (KV Oberberg)

Text

Von Zeile 241 bis 243:
zigtausende Meister*innen und Fachgesell*innen der Generation der Babyboomer in den Ruhestand und/oder geben ihre Betriebe aus Mangel an Nachfolger*innen oder Perspektivlosigkeit auf. Um ~~den Aderlass~~das zu stoppen, werden wir gemeinsam mit den Innungen und Kammern eine Fachkräfteoffensive starten, die aus vier Säulen besteht:

Begründung

Es gehen nicht bloß die Fachkräfte in Ruhestand und es kommt niemand nach. Es sind auch Betriebe von einer Schließung btroffen, was jüngeren Angestellten dann den Job kosten wird. Daher muss aus Sicht von Handwerksgrün NRW auch der Blick auf eben solche multiplikatorischen Gegebenheiten gerichtet sein. Wir müssen also auch die Schließung von Betrieben verhindern und potentielle Betriebsübernehmer*innen bestärken.

Unterstützer*innen

Jean-Pierre Widdershoven (KV Solingen); Sebastian Schäfer (KV Oberberg); Sebastian Martin Lederer (KV Konstanz); Roland Schüren (KV Mettmann); Piet Hülsmann (KV Mettmann); Konrad Gerards (KV Oberberg); Philippe Bergmann (KV Oberberg); Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Ophelia Nick (KV Mettmann); Ursula Schulte (KV Hochsauerland); Bruno Jöbkes (KV Kleve); Nicole Kolster (KV Rhein-Erft-Kreis); Christian Andrä (KV Düren); Maria Theresia Herbold (KV Höxter); Nabiha Ghanem (KV Soest)

WP-2-244 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Marc Zimmermann (KV Oberberg)

Text

Von Zeile 244 bis 247:
Erstens stärken wir die duale Ausbildung durch mehr und bessere überbetriebliche Praxisanteile, die Weiterentwicklung der Lehrinhalte mit Blick auf Klimaschutz, Regionalisierung, Digitalisierung, Automatisierung ~~und Klimaschutz~~ und eine stärkere Zusammenarbeit von Hochschulen und Berufsschulen, z.B. durch die Einrichtung von

Begründung

Dringlichste Aufgabe des Handwerks ist der Klimaschutz. Daher ist die Reihenfolge in einer solchen Auflistung wichtig. Mit dem Klimaschutz verbunden ist aber auch eine Regionalität der Lieferketten für das Handwerk. Daher haben wir von Handwerksgrün NRW die Reihenfolge geändert und ergänzt.

Unterstützer*innen

Jean-Pierre Widdershoven (KV Solingen); Sebastian Schäfer (KV Oberberg); Sebastian Martin Lederer (KV Konstanz); Roland Schüren (KV Mettmann); Birgit Müller (KV Düsseldorf); Piet Hülsmann (KV Mettmann); Konrad Gerards (KV Oberberg); Philippe Bergmann (KV Oberberg); Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Tanja Deiters (KV Köln); Ursula Schulte (KV Hochsauerland); Bruno Jöbkes (KV Kleve); Nicole Kolster (KV Rhein-Erft-Kreis); Christian Andrä (KV Düren); Maria Theresia Herbold (KV Höxter); Nabiha Ghanem (KV Soest)

WP-2-248 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Marc Zimmermann (KV Oberberg)

Text

Von Zeile 248 bis 250:
“Lernfabriken” an unseren Berufskollegs. Außerdem verbessern wir die Bedingungen für Azubis, indem wir Lernendenwohnheime fördern, das kostenlose Azubiticket ~~vergünstigen~~einführen und mehr Möglichkeiten schaffen, Teile der Ausbildung im Ausland zu absolvieren.

Begründung

Die Ausbildungsvergütungen liegen in manchen Branchen knapp über dem Hartz IV Satz. Wohnungen müssen gemietet werden, oftmals weite Wege zu BAustellen und Betrieben und überbetrieblichen Bildungsstätten gemacht werden, die kostenintensiv sind. Da geht schonmal ein Großteil nur an Fahrkosten nur hierfür drauf. Deshalb fordern Handwerksbetriebe und auch wir von Handwerksgrün NRW kostenlose Azubitickets.

Unterstützer*innen

Jean-Pierre Widdershoven (KV Solingen); Sebastian Schäfer (KV Oberberg); Sebastian Martin Lederer (KV Konstanz); Roland Schüren (KV Mettmann); Birgit Müller (KV Düsseldorf); Piet Hülsmann (KV Mettmann); Konrad Gerards (KV Oberberg); Philippe Bergmann (KV Oberberg); Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Ophelia Nick (KV Mettmann); Ursula Schulte (KV Hochsauerland); Bruno Jöbkes (KV Kleve); Nicole Kolster (KV Rhein-Erft-Kreis); Christian Andrä (KV Düren); Maria Theresia Herbold (KV Höxter); Nabiha Ghanem (KV Soest)

WP-2-253 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Marc Zimmermann (KV Oberberg)

Text

Von Zeile 253 bis 255:
Drittens verbessern wir die Weiterbildungs- und Aufstiegschancen, indem wir die Meister*innenausbildung ~~reformieren~~analog zum Studium finanzieren, mehr Stipendien vergeben und Zugänge zu universitären Ausbildungen für ausgebildete Handwerker*innen verbessern.

Begründung

Auf dem Weg zu einer Gleichstellung von Meister und Master ist das aus Sicht von Handwerksgrün NRW der erste und wichtigste Schritt. Wir brauchen Handwerksmeister*innen dringend. Wenn eine solche Ausbildung aber Unmengen an Geld und zusätzlich den Ausfall von Arbeitskraft, und somit meist auch Lohn, kostet, ist die Meisterausbildung nicht attraktiv für einen Gesellen, eine Gesellin.

Unterstützer*innen

Jean-Pierre Widdershoven (KV Solingen); Sebastian Schäfer (KV Oberberg); Sebastian Martin Lederer (KV Konstanz); Roland Schüren (KV Mettmann); Birgit Müller (KV Düsseldorf); Piet Hülsmann (KV Mettmann); Konrad Gerards (KV Oberberg); Philippe Bergmann (KV Oberberg); Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Ophelia Nick (KV Mettmann); Ursula Schulte (KV Hochsauerland); Bruno Jöbkes (KV Kleve); Nicole Kolster (KV Rhein-Erft-Kreis); Christian Andrä (KV Düren); Maria Theresia Herbold (KV Höxter); Nabiha Ghanem (KV Soest)

WP-2-237-1 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Marc Zimmermann (KV Oberberg)

Text

Von Zeile 237 bis 238 einfügen:
ist, fortlaufend gemeinsam mit den Innungen, Kammern und der Wissenschaft neu bewerten und Reformbedarf abarbeiten. Bürokratie, die kleine und mittelgroße Handwerksbetriebe - oft systemrelevant für die Umsetzung der Energewende, lokale Versorgungsketten z.B. mit Lebensmitteln - in ihrer Fortführungsperspektiven hemmt, muss abgebaut werden. Mitarbeiter:innen und Betriebsinhaber:innen müssen Fortführungsperspektiven erkennen und nutzen können, damit ihre wertvollen handwerklichen Strukturen der Gesellschaft erhalten bleiben.“

Begründung

Bürokratieabbau ist neben dem Fachkräfte und NAchwuchsmangel das große Thema im HAndwerk. Deshalb halten wir von Handwerksgrün NRW eine klare Stellung des LV zu Bürokratieabbau für dringend geboten um Perspektiven zu eröffnen für Betriebsübernehmer*innen.

Unterstützer*innen

Jean-Pierre Widdershoven (KV Solingen); Sebastian Schäfer (KV Oberberg); Sebastian Martin Lederer (KV Konstanz); Roland Schüren (KV Mettmann); Birgit Müller (KV Düsseldorf); Piet Hülsmann (KV Mettmann); Konrad Gerards (KV Oberberg); Philippe Bergmann (KV Oberberg); Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Ophelia Nick (KV Mettmann); Ursula Schulte (KV Hochsauerland); Bruno Jöbkes (KV Kleve); Nicole Kolster (KV Rhein-Erft-Kreis); Christian Andrä (KV Düren); Maria Theresia Herbold (KV Höxter); Nabiha Ghanem (KV Soest)

WP-2-97 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Martina Witzel (KV Aachen)

Text

Von Zeile 97 bis 98 einfügen:
Alternativen gibt. Das ist neben der Industrie, insbesondere der Chemie- und der Zementindustrie sowie der oben genannten Stahlproduktion, vor allem der Flug- und der Schiffsverkehr.

Begründung

Im oberen Bereich des Abschnittes wird die Stahlproduktion klar angesprochen, am Ende des ersten Absatzes steht dann aber der Satz "Das ist neben der Industrie, insbesondere der Chemie- und der Zementindustrie, vor allem der Flug- und der Schiffsverkehr." Da der Satz ja quasi auflisten soll, in welchen Bereichen man ohne grünen Wasserstoff nicht dekarbonisieren kann, muss die Stahlindustrie (oder ein passender Oberbegriff? Schwerindustrie?) hier einfach nochmal mit genannt werden.

Unterstützer*innen

Christa Stiller-Ludwig (KV Hagen); Klaus Lüdemann (KV Wuppertal); Thomas Reimann (KV Soest); Hans-Christian Hierweck (KV Unna); Markus Auerbach (KV Rhein-Berg); Andreas Werner (KV Aachen); Eva Miriam Fuchs (KV Wuppertal); Matthias Werny (KV Dortmund); Marietheres Mimberg (KV Aachen); Philipp Meyer (KV Mülheim)

WP-2-445 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Marvin Reschinsky (KV Herford)

Text

Von Zeile 445 bis 446 einfügen:
fördern, indem wir die Städtebau- und Strukturförderung für entsprechende Vorhaben öffnen.

Wir setzen uns auf Landes- und Bundesebene für starke betriebliche Mitbestimmung in der neuen Arbeitswelt ein. Konkret werden wir das Landespersonalvertretungsgesetz überprüfen und bei Bedarf anpassen, damit Personalräte und Jugend- und Auszubildendenvertretungen in den Dienststellen unseres Landes für Arbeit 4.0 ausreichend gewappnet sind.

Begründung

Die Welt der Arbeit 4.0 bietet viele neue Möglichkeiten und Chancen. Positive wie negative. Die Mitbestimmungsrechte der betrieblichen Interessenvertretungen müssen diese neuen Möglichkeiten widerspiegeln und nach Prüfung ggf. angepasst werden.

Unterstützer*innen

Johannes Menze (KV Paderborn); Florian Wüpping (KV Münster); Cim Kartal (KV Bielefeld); Ismail Arabaci (KV Köln); Nora Ricken (KV Düsseldorf); Björn Eckert (KV Siegen-Wittgenstein); Elisabeth Lang (KV Aachen); Theda de Morais Dourado (KV Düsseldorf); Jens Frantzen (KV Düsseldorf); Maik Babenhauserheide (KV Herford); Kurt-Joachim Eggeling (KV Düsseldorf); Florian Pankowski (KV Bochum); Esther Engberding (KV Düsseldorf); Marietheres Mimberg (KV Aachen); Markus Rieger (KV Paderborn); Nicola Dichant (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Laura Jungbluth (KV Siegen-Wittgenstein); Anke Tönsmann (KV Herford); Maik Biermann (KV Herford); Angelika Fleischer (KV Herford); Malte Schäffer (KV Herford); Ulrike Heusinger von Waldegge (KV Herford); Derya Gür-Seker (KV Rhein-Sieg); Nabiha Ghanem (KV Soest); Walburga Halbrügge-Schneider (KV Steinfurt); Nils Behler (KV Dortmund); David Maus (KV Düsseldorf); Katrin Feldmann (KV Aachen); Christian Becher (KV Köln); Christoph Schenk (KV Köln); Robin Prömpler (KV Aachen); Moritz Oberberg (KV Bochum); Burkhard Kalle (KV Soest); Marc Kersten (KV Köln); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Manfred Becker (KV Bonn); Irmgard Pehle (KV Herford); Juli Scharffe (KV Münster); Karl Sasserath (KV Mönchengladbach); Norika Creuzmann (KV Paderborn); Andrea Haack (KV Herford); Gerrit Pape (KV Paderborn); Ulrich Möhl (KV Paderborn); Marvin Schuth (KV Köln); Uta Lücking (KV Höxter); Meral Thoms (KV Viersen)

WP-2-43 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 43 bis 44:
Die Wirtschaft in NRW hat das Zeug dafür, bis ~~2040~~2035 klimaneutral zu werden. Wir machen es möglich.

WP-2-636 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 636 bis 638 einfügen:
ökologischen Transformation in Kommunen und Mittelstand, aber auch an der Finanzierung von Start-Ups beteiligen sich die Sparkassen allerdings zu selten. Ebenso gilt dies bei der Anlageberatung und im Bereich der Eigenanlagen, bei der nachhaltige Geldanlagen anhand strenger ESG-Kriterien zu selten eine Rolle spielen und zum Standard werden müssen. Ein Grund hierfür ist der enge Rechtsrahmen des Sparkassengesetzes. Damit unsere

Begründung

erfolgt mündlich

WP-2-154 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in:	LAG Wirtschaft
Beschlussdatum:	20.11.2021

Text

Von Zeile 154 bis 157:
unterstützen sie, diesen Wandel zu meistern und auch weiterhin gute Arbeitsplätze zu sichern. Die Automobilindustrie ~~war schon immer~~ist Impulsgeberin für die gesamte NRW-Wirtschaft und ~~muss~~soll es auch bleiben – in Zukunft steht sie für die klimaneutrale Industrie 4.0. Dafür siedeln wir in jeder Autoregion in NRW

Von Zeile 160 bis 162:
der Politik vor Ort Strategien, wie die Automobilindustrie und die gesamte Region ~~vom Strukturwandel profitieren~~die Chancen des Strukturwandels nutzen können. Sie beraten, vernetzen und bündeln Erkenntnisse aus Forschung und Entwicklung und unterstützen innovative Start-Ups

Begründung

Ergänzung zu WP-2-152

WP-2-531 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Jürgen Blümer (KV Warendorf)

Kapiteltitel

Ändern in:

Text

Von Zeile 531 bis 532 einfügen:
Damit Kommunen intelligent, ressourcenschonend und klimaneutral werden, bringen wir die Konzepte von „Smart City“ und „Zero Emission City“ zusammen und fördern eine schnelle und

Begründung

Wie die Klimaneutralität muss die Ressourcenschonung bei der digitalen Transformation immer mitgedacht werden, da ansonsten die Gefahr von Rebound-Effekten vernachlässigt und der Ressourcenverbrauch aus dem Fokus des politischen Handelns herausläuft.

Die Begrifflichkeit ‚Green-It‘ darf nicht nur für Energieeffizienz und Klimaneutralität stehen, sondern muss auch in Richtung Ressourcenschonung konsequent ausbuchstabiert werden.

Unterstützer*innen

Gerhard Klünder (KV Warendorf); Katja Behrendt (KV Warendorf); Ali Bas (KV Warendorf); Anja Beiers (KV Warendorf); Marcus Behrendt (KV Warendorf); Hedwig Tarner (KV Warendorf); Jessica Wessels (KV Warendorf); Elisabeth Hollenhorst (KV Warendorf); Raphaela Blümer (KV Warendorf); Sabine Grohnert (KV Warendorf); Madelaine Valeska Grap (KV Warendorf)

WP-2-43-1 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Jürgen Blümer (KV Warendorf)

Kapiteltitel

Ändern in:

Text

Von Zeile 43 bis 44 löschen:
~~Die Wirtschaft in NRW hat das Zeug dafür, bis 2040 klimaneutral zu werden. Wir machen es möglich.~~

Begründung

Statt des gestrichenen Satzes in diesem Antrag wird in einem zweiten Antrag der Satz in Zeile 19 neu formuliert:

"Die Wirtschaft in NRW hat das Zeug dafür, bis 2040 klimaneutral zu werden, indem sie in Kreisläufen denkt, Ressourcen schont und unsere Lebensgrundlagen schützt. Wir wollen zeigen, wie es geht."

Die gestrichene Zeile 43-44 ist am Ende dieser Einleitung eingefügt. Zwischen der Beschreibung der klimafreundlichen Wirtschaft und dem Ziel der Klimaneutralität für den Kampf gegen die Klimakatastrophe sind die Abschnitte ‚Europa' und 'Pandemie/Digitalisierung' eingeschoben.

Dieser Aufbau wertet das Ziel ‚Klimaneutralität 2040' und damit den Kampf gegen die Klimakatastrophe ab.

Um diesser Abwertung entgegen zu wirken, muss dass Ziel den Maßnahmen zusammenhängend vorangestellt werden, so wie es diese beiden Änderungsanträge unter dem Titel 'Klimaneutralität 2040 ins Zentrum der Wirtschaftspolitik rücken' vorschlagen.

Unterstützer*innen

Gerhard Klünder (KV Warendorf); Katja Behrendt (KV Warendorf); Ali Bas (KV Warendorf); Hedwig Tarner (KV Warendorf); Anja Beiers (KV Warendorf); Elisabeth Hollenhorst (KV Warendorf); Marcus Behrendt (KV Warendorf); Jessica Wessels (KV Warendorf); Tatjana Scharfe (KV Warendorf); Sabine Grohnert (KV Warendorf); Bernhard Meyer (KV Warendorf); Madelaine Valeska Grap (KV Warendorf)

WP-2-19 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Jürgen Blümer (KV Warendorf)

Kapiteltitel

Ändern in:

Text

Von Zeile 19 bis 21:
~~Klimafreundliche Wirtschaft denkt im Kreislauf, schont Ressourcen und schützt unsere Lebensgrundlagen. In NRW wollen wir zeigen, wie es geht.~~Die Wirtschaft in NRW hat das Zeug dafür, bis 2040 klimaneutral zu werden, indem sie in Kreisläufen denkt, Ressourcen schont und unsere Lebensgrundlagen schützt. Wir wollen zeigen, wie es geht. Klimaneutraler Stahl, grüner Wasserstoff, saubere Chemie und das Bauen der Zukunft sind die

Begründung

Ergänzend zu diesem Antrag wird in einem zweiten Antrag folgender Satz gestrichen:

"Die Wirtschaft in NRW hat das Zeug dafür, bis 2040 klimaneutral zu werden. Wir machen es möglich."

Die gestrichene Satz in Zeile 43-44 ist am Ende dieser Einleitung eingefügt. Zwischen der Beschreibung der klimafreundlichen Wirtschaft und dem Ziel der Klimaneutralität für den Kampf gegen die Klimakatastrophe sind die Abschnitte ‚Europa' und 'Pandemie/Digitalisierung' eingeschoben.

Dieser Aufbau wertet das Ziel ‚Klimaneutralität 2040' und damit den Kampf gegen die Klimakatastrophe ab.

Um diesser Abwertung entgegen zu wirken, muss dass Ziel den Maßnahmen zusammenhängend vorangestellt werden, so wie es diese beiden Änderungsanträge unter dem Titel 'Klimaneutralität 2040 ins Zentrum der Wirtschaftspolitik rücken' vorschlagen.

Unterstützer*innen

Gerhard Klünder (KV Warendorf); Katja Behrendt (KV Warendorf); Ali Bas (KV Warendorf); Hedwig Tarner (KV Warendorf); Elisabeth Hollenhorst (KV Warendorf); Anja Beiers (KV Warendorf); Marcus Behrendt (KV Warendorf); Jessica Wessels (KV Warendorf); Tatjana Scharfe (KV Warendorf); Sabine Grohnert (KV Warendorf); Bernhard Meyer (KV Warendorf)

WP-2-76 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Wibke Brems (KV Gütersloh)

Text

Von Zeile 76 bis 78:
federn das Risiko für die Unternehmen ab, Milliarden in Klimaneutralität zu investieren. Die Stahlindustrie in NRW ist schon auf dem Weg zu ~~neuen Hochöfen~~klimaneutralem Stahl mit grünem Wasserstoff. Für uns hat die Versorgungssicherheit der Industrie mit

Begründung

Die aktuelle Formulierung ist fachlich nicht korrekt. Das Einblasen von Wasserstoff in den Hochöfen ist nur der erste Schritt. Um klimaneutralen Stahl produzieren zu können, müssen die Hochöfen durch Direktreduktionsanlagen ersetzt werden.

Unterstützer*innen

Thomas Reimann (KV Soest); Tarek-Maximilian Janowski (KV Düsseldorf); Jan Matzoll (KV Recklinghausen); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Claudia Stein (KV Bochum); Moritz Wächter (KV Rhein-Sieg); Florian Pankowski (KV Bochum); Erwin Denninghaus (KV Soest); Nicole Kolster (KV Rhein-Erft-Kreis); Malte Lömpcke (KV Bonn); Christoph Kühl (KV Leverkusen); Claudia Wiese (KV Leverkusen); Anna Haas (KV Rhein-Sieg); Marvin Rübhagen (KV Bochum); Sebastian Stölting (KV Gütersloh); Nabiha Ghanem (KV Soest); Petra Schenke (KV Rhein-Kreis-Neuss); Burkhard Kalle (KV Soest); Paul Muschiol (KV Viersen)

WP-2-132 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Antje Grothus (KV Rhein-Erft-Kreis)

Text

Von Zeile 132 bis 148:
~~Mit dem~~Durch den beschlossenen Ausstiegsspfad und das Ende der Kohleverstromung ist der Strukturwandel im Rheinischen Revier und den Standortkommunen der Steinkohlekraftwerke in vollem Gang. Wir machen die Kohleregionen zu Leuchttürmen für einen ~~klimagerechten~~klima- und sozialgerechten Strukturwandel, der neuen Wohlstand, Sicherheit und Lebensqualität schafft für alle Menschen in der Region: ~~Für die~~Vom Kohle-Kumpel im Tagebau und den Kraftwerken ~~ebenso wie für die~~bis hin zu den Menschen in den bis heute vom Tagebau bedrohten Dörfern. Denn wir begreifen die Gestaltung des Wandels als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Auch die geschundene Natur der Region wird mit uns einen höheren Stellenwert bekommen. Lange genug wurde sie rücksichtslos ausgebeutet und zerstört. Ein erfolgreicher, ~~klimagerechter~~klima- und sozialgerechter Strukturwandel im Revier zeigt den Weg für andere Regionen in NRW und darüber hinaus. Wir werden Nachhaltigkeit und Klimaneutralität ins Zentrum der Strukturwandelpolitik der Landesregierung stellen. Dafür werden wir im Rheinischen Revier mehr Mitspracherechte für die Zivilgesellschaft und Räume für den gesellschaftlichen Austausch und zwischenmenschliche Begegnungen schaffen, transparentere Entscheidungsprozesse etablieren und klare, verbindliche Kriterien für die Vergabe von Fördermitteln festlegen. Jedes von uns geförderte Projekt wird einen Beitrag zum Klimaschutz ~~und~~, zu einer ~~klimagerechten~~klima- und sozialgerechten Gesellschaft leisten und im Einklang mit Nachhaltigkeitszielen stehen . Die Menschen werden wir mit einer Qualifizierungsoffensive durch den Strukturwandel begleiten und so auch dem drohenden Fachkräftemangel in vielen

Begründung

Wir haben uns als Grüne den sozial gerechten Wandel auf die Fahnen geschrieben (zB Klimaprämie etc.), daher empfiehlt es sich klima- und sozialgerechten Wandel in einem Atemzug zu nennen. Das Adjektiv klimagerecht ist hier nicht so holistisch angelegt wie der Begriff Klimagerechtigkeit, der eine soziale Komponente mit einschließt.

Wenn wir etwas für alle Menschen schaffen wollen, empfiehlt es sich nicht nur zwei Gruppen von Menschen zu benennen, sondern das breite Spektrum zum Ausdruck zu bringen: von .. bis .

Mit dem ergänzten Satz betonen wir unser Verständnis vom Strukturwandel als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und bringen zum Ausdruck, dass wir uns bemühen beim Prozess niemanden zurückzulassen.

Begegnungsräume wie zB Wandelwerkstätten in den Kommunen, Kulturzentren, in Kirchen sind insbesondere in konfliktären Auseinandersetzungen (Kohleausstieg) wichtig, und da Wandelprozesse vielen Menschen Sorgen und Ängste bereiten.

Unterstützer*innen

Lilo Schmitz (KV Rhein-Erft-Kreis); Isabel Elsner (KV Düren); Yvonne Elisabeth Anna Zimmermann (KV Rhein-Erft-Kreis); Martin Bender (KV Rhein-Erft-Kreis); Britta Bojung (KV Rhein-Erft-Kreis); Nicole Kolster (KV Rhein-Erft-Kreis); Bela Kassan (KV Rhein-Erft-Kreis); Marion Küke (KV Rhein-Erft-Kreis);

Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (KV Bielefeld); Karin Schmitt-Promny (KV Aachen); Katrin Feldmann (KV Aachen)

WP-2-130 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Antje Grothus (KV Rhein-Erft-Kreis)

Text

Von Zeile 130 bis 131:

Wir machen die Kohleregionen zum Leuchtturm für ~~klimagerechten~~klima- und sozialgerechten Strukturwandel

Begründung

Wir haben uns als Grüne den sozial gerechten Wandel auf die Fahnen geschrieben (zB Klimaprämie etc.), daher empfiehlt es sich klima- und sozialgerechten Wandel in einem Atemzug zu nennen. Das Adjektiv klimagerecht ist hier nicht so holistisch angelegt wie der Begriff Klimagerechtigkeit, der eine soziale Komponente mit einschließt.

Überschriftsänderung analog Änderungsanträgen im Kapitel

Unterstützer*innen

Lilo Schmitz (KV Rhein-Erft-Kreis); Isabel Elsner (KV Düren); Yvonne Elisabeth Anna Zimmermann (KV Rhein-Erft-Kreis); Martin Bender (KV Rhein-Erft-Kreis); Britta Bojung (KV Rhein-Erft-Kreis); Nicole Kolster (KV Rhein-Erft-Kreis); Bela Kassan (KV Rhein-Erft-Kreis); Marion Küke (KV Rhein-Erft-Kreis); Hendrik Fuchs (KV Rhein-Erft-Kreis); Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (KV Bielefeld); Irmgard Pehle (KV Herford)

WP-2-490 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Antje Grothus (KV Rhein-Erft-Kreis)

Text

Von Zeile 490 bis 491:
rücken, Nachteile beseitigen und geeignete Beratungs- und Unterstützungsstrukturen ~~schaffen~~(z.B. Wirtschaftsförderung 4.0)schaffen.

Begründung

„Das Projekt "Wirtschaftsförderung 4.0" möchte die regionale Wertschöpfung und kooperative Wirtschaftsformen systematisch fördern. Das stärkt die lokale Wirtschaftsstruktur in Kommunen. Flankierende Ziele sind Klimaschutz und ein sparsamer Umgang mit Ressourcen.“

https://www.wirtschaftsfoerderungviernull.de/

Projekt des BMBF im Rahmen der FONA (Forschung für Nachhaltigkeit) Strategie

Hierzu gibt es bereits ein Projekt in Wuppertal.

Die Wirtschaftsförderung in Bornheim hat sich gemeinwohlzertifizieren lassen und nutzt den ganzheitlichen Ansatz zB mit Kriterienkatalog zur Vergabe von Flächen und bewirkt damit auch Wandel in unternehmerischen Denken. Die Wirtschaftsförderung als „unverdächtiger Berater“ und Türöffner, dem eher kein ideologisches Denken unterstellt wird und der die Sprache der Unternehmen spricht.

Unterstützer*innen

Lilo Schmitz (KV Rhein-Erft-Kreis); Yvonne Elisabeth Anna Zimmermann (KV Rhein-Erft-Kreis); Britta Bojung (KV Rhein-Erft-Kreis); Bela Kassan (KV Rhein-Erft-Kreis); Nicole Kolster (KV Rhein-Erft-Kreis); Marion Küke (KV Rhein-Erft-Kreis); Anne Klein (KV Rhein-Erft-Kreis); Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (KV Bielefeld); Karin Schmitt-Promny (KV Aachen); Katrin Feldmann (KV Aachen)

WP-2-550 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: KV Rhein-Sieg
Beschlussdatum: 25.11.2021

Text

Von Zeile 550 bis 552:
umzugehen. Alle Bevölkerungsgruppen sollen digitale Dienste nutzen und davon profitieren können, ~~barrierearm~~barrierefrei, leicht verständlich und in verschiedenen Sprachen. Wir sorgen dafür, dass von der Kindertagesstätte bis zur Berufsschule

Begründung

Barrierefreiheit ist das Ziel und barrierearmut nur ein Zwischenschritt. Wir müssen endlich das Teilhabegesetz umsetzen.

WP-2-206-2 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Cyrill Ibn Salem (KV Köln)

Text

Von Zeile 206 bis 207 einfügen:
novellieren, sodass es seinem neuen Namen tatsächlich gerecht wird und auf Landesebene wichtige Impulse für eine echte Ressourcenschonung setzt. Wir streben dabei an, dass ressourcenleichte und kreislauftaugliche Produkte bei der Beschaffung des Landes bevorzugt werden und eine davon abweichende Beschaffung mit einer Begründungspflicht einher geht.

Begründung

Durch den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft könnten in Europa bis zu 50 Prozent der CO2-Emissionen in materialintensiven Industrien und Wertschöpfungsketten reduziert werden (Quelle: Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, 2019). Das Land NRW sollte Vorbild sein, indem es ressourcenleichte und kreislauftaugliche Produkte zum Standard bei seiner Beschaffung und Auftragsvergabe macht. Daher ist analog zum Kreislaufwirtschaftsgesetz auf Bundesebene eine Bevorzugung ressourcenarmer und kreislauftauglicher Produkte für die Beschaffung des Landes NRW einzuführen und eine Begründungspflicht für die Beschaffung anderer Produkte zu verankern.

Unterstützer*innen

Clara Padberg (KV Bochum); Alexander Volk (KV Köln); Petra Schmidt-Niersmann (KV Wesel); Martin Reiher (KV Köln); Niklas Graf (KV Wesel); Julia Müller (KV Krefeld); Ingrid Landau (KV Düsseldorf); Uta Wilms (KV Münster); Irmgard Pehle (KV Herford); Thomas Ketelaer (KV Köln); Juli Scharffe (KV Münster); Claudio Vendramin (KV Herford); Marion Küke (KV Rhein-Erft-Kreis); Sami Chakkour (KV Köln)

WP-2-527 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Luca Mehlig (KV Köln)

Text

Von Zeile 527 bis 529:
anbietet. Wir beraten und fördern die Kommunen, damit sie die Digitalisierung vor Ort ~~besser~~besonders durch die konsequente Internalisierung von Digitalisierungskompetenzen eigenständig und nachhaltig gestalten können. Dazu gehören die Förderung für eine digitale Infrastruktur, eine digitale Verwaltung und eine „Green-IT“-Strategie. Dafür

Unterstützer*innen

Jonas Ebersbach (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Leon Schlömer (KV Köln); Phi Burghardt (KV Köln); Valentin Westerboer (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Lea Winterscheidt (KV Köln); Marvin Schuth (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln)

WP-2-336 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	27.11.2021

Text

Von Zeile 336 bis 339 löschen:
Warum nicht den Einkauf aus der Fußgängerzone klimaneutral nach Hause liefern lassen? ~~Oder Handel und Gastronomie in der City per Rohrpost mit Nachschub versorgen?~~ Wir Grüne denken City-Logistik neu und machen Logistikketten effizienter, klimafreundlicher und zeitsparender. Dazu setzen wir auf

Begründung

Streichung Satz mit "Rohrpost", da dies zum einen veraltet klingt, zum anderen etwas utopisch, in Städten ein Rohrpostsystem zu verlegen.

WP-2-528 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	27.11.2021

Text

Von Zeile 528 bis 530:
vor Ort besser gestalten können. Dazu gehören die Förderung für eine digitale Infrastruktur, eine digitale Verwaltung ~~und~~sowie eine „Green-IT“-Strategie. Dafür schaffen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen und Ansprechpartner*innen auf Landesebene.

Begründung

Für die Verwaltungen im Land ist es auch mangels qualifiziertem Personal schwierig eine "Green-IT" Strategie umzusetzten. Wir sehen in anderen Bereichen das Landesmittel nur teilweise abgerufen werden. Daher wäre es wichtig auch Ansprechpersonen zur Verfügung die bei der Umsetzung unterstützen.

WP-2-206 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	27.11.2021

Text

Von Zeile 206 bis 207 einfügen:
novellieren, sodass es seinem neuen Namen tatsächlich gerecht wird und auf Landesebene wichtige Impulse für eine echte Ressourcenschonung setzt. Im Bund wollen wir alle Güter und Materialien mit digitalen Produktpässen ausstatten. Im Rahmen eines Pilotprojekts in Zusammenarbeit mit der EU werden wir in NRW hier Vorreiter.

Begründung

Um den notwendigen Aspekt der Digitalisierung in der Kreislaufwirtschaft einzuflechten und NRW als möglichen Pilot-Standort für den digitalen Produktpass aus dem BTWP erneut ins Spiel zu bringen.

WP-2-206-1 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	27.11.2021

Text

Von Zeile 206 bis 207 einfügen:
novellieren, sodass es seinem neuen Namen tatsächlich gerecht wird und auf Landesebene wichtige Impulse für eine echte Ressourcenschonung setzt. Wir wollen Ressourcen aus unserem Abfall effizienter nutzen. Daher möchten wir über die Anbindung an ein Internet Portal, Abfall den Unternehmen verfügbar machen, die Ihn am besten verwerten können.

Begründung

Wir nutzen noch viel zu wenige Ressourcen aus unseren Abfällen. Über den zentralen Handel mit Abfällen können wir den Unternehmen welche die höchste wirtschaftliche Wiederverwetung von Rohstoffen erreichen können, die Recycling Raten mit marktwirtschaftlichen Prinzipien erhöhen.

WP-2-237 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 237 bis 238 einfügen:
ist, fortlaufend gemeinsam mit den Innungen, Kammern und der Wissenschaft neu bewerten und Reformbedarf abarbeiten.

Wir setzen uns dafür ein, dass auf Landesebene Programme geschaffen werden, die die ökologisch-digitale Transformation auch im Handwerk Realität werden lassen. Egal ob bei Bäcker*innen, Schreiner*innen oder Schuster*innen: Auch im Handwerk muss es selbstverständlich sein, Produkte und Dienstleistungen digital-unterstützt erstellen und vermarkten zu können. Gerade im Handwerk lässt sich sich durch eine Digitalisierung, die die Ökologie und den Ressourcenverbrauch im Auge hat, umweltschädliche Ressourcenverschwendung vermeiden. Hierbei ist es uns wichtig, dass den Handwerkenden ihre Identität, und damit die Souveränität über ihre Daten und Prozesse, erhalten können.

Begründung

Im Wahlprogramm werden die Belange von Handwerker*innen noch nicht in ausreichender Form adressiert. Gerade die Digitalsierung von Unternehmenspozessen ist für viele KMUs überlebenswichtig, aber auch eine große Herausforderung. Wir können hier auf Landesebene unterstützen damit unsere KMUs auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben.

WP-2-635 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	27.11.2021

Text

Von Zeile 635 bis 637 einfügen:
unterstützen lokale Kindergärten, Sportvereine und Kunstprojekte. An der ökologischen und digital-nachhaltigen Transformation in Kommunen und Mittelstand, aber auch an der Finanzierung von Start-Ups beteiligen sich die Sparkassen allerdings zu selten.

Begründung

Wir sind in einem Transformationsprozess zu einer digitalen Gesellschaft. Es muss betont werden das dieser auch nachhaltig gestaltet werden muss.

WP-2-642 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	27.11.2021

Text

Von Zeile 642 bis 644 einfügen:
Wir wollen die NRW.BANK stärken und ihre Rolle als Unterstützerin für die sozial-ökologische und digital-nachhaltige Transformation der Gesellschaft ausbauen. Als haushaltsunabhängige und wettbewerbsneutrale Landesförderbank erbringt sie bei

Begründung

Wir sind in einem Transformationsprozess zu einer digitalen Gesellschaft. Es muss betont werden das dieser auch nachhaltig gestaltet werden muss. Gerade die NRW.BANK muss diese Prinzipien mit in Ihre Programme aufnehmen.

WP-2-75 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Mike Dressler (KV Oberhausen)

Text

Von Zeile 75 bis 78:
(“Carbon Contracts for Difference”) durch den Bund aufgesetzt werden. Diese federn das ~~Risiko~~Investitionsrisiko für die Unternehmen ab~~,~~ und regen sie an Milliarden in Klimaneutralität zu investieren. Die Stahlindustrie in NRW ist schon auf dem Weg ~~zu neuen Hochöfen~~zum Einsatz neuartiger Verfahren mit grünem Wasserstoff. Für uns hat die Versorgungssicherheit der Industrie mit

Begründung

Unser Ziel durch Klimaverträge ist nicht hauptsächlich das Abfedern des Unternehmensrisikos, sondern das Anregen von Investitionen in Klimaneutralität. Das sollten wir durch angepasste Formulierungen im Wahlprogramm deutlich machen.

Der Wasserstoffeinsatz in Hochöfen hat technisch bedingt nur ein sehr begrenztes CO2-Einsparpotenzial von maximal ca. 20%. Der Ausstieg der aus dem Hochofenprozess hat in NRW bereits begonnen. Zukünftig wird die wasserstoffbasierte Direktreduktion zur Stahlproduktion eingesetzt werden. Sie kann ca. 95% der bisherigen CO2-Emissionen einsparen. Als Grüne Partei sollten wir es vermeiden, mit dem veralteten Hochofenprozess in Verbindung gebracht zu werden und ein "Greenwashing" durch begrenzten Wasserstoffeinsatz im Hochofen mitzutragen. Stattdessen sollten wir den technologischen Fortschritt vom Hochofenprozess zu neuartigen Verfahren in unserem Wahlprogramm berücksichtigen.

(Dieser Änderungsantrag wurde zusammen mit Tobias Kempken aus dem KV Wesel erarbeitet.)

Unterstützer*innen

Laura Rupprecht (KV Oberhausen); Monika Heiming (KV Wesel); Ina Küpperbusch (KV Wesel); Niklas Graf (KV Wesel); Clara Stockhorst (KV Wesel); Johannes Lingnau (KV Wesel); Michael Denstädt (KV Wesel); Kathrin Olzog (KV Wesel); Karl-Peter Kuschay (KV Wesel); Klaus Lüdemann (KV Wuppertal); Philipp Küpperbusch (KV Wesel); Martina Witzel (KV Aachen); Mascha Gores (KV Wesel); Yakup Ordu (KV Kleve); Dennis Oetjen (KV Wesel)

WP-2-406-1 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Nils Behler (KV Dortmund)

Text

Von Zeile 406 bis 408 einfügen:
Für eine diverse Gründer*innenlandschaft sorgen wir, indem wir Angebote insbesondere für Menschen mit Migrationsgeschichte und für Menschen mit Behinderungen schaffen. Wir erweitern die Instrumente der NRW.BANKum Start-Ups künftig länger zu begleiten,

Begründung

Auch Behinderten Menschen sollte die Möglichkeit eingeräumt weden zu Gründen! Dabei müssen schon in der Vorgründungsphase Beratung und Unterstützung gegeben sein. Gründungsberatung muss ballierefrei sein. Beratung für Behinderte sollte nicht nur die abhängige Beschäftigung umfassen.

HINWEIS: Dieser Antrag ist einer von vielen, der in einer Arbeitsgruppe für Inklusion durch mehrere Mitglieder erarbeitet wurde

Unterstützer*innen

Nabiha Ghanem (KV Soest); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Philipp Hoffmann (KV Mülheim); Philipp Küpperbusch (KV Wesel); Irmgard Pehle (KV Herford); Andreas Müller (KV Essen); Ralf Schulz (KV Ennepe-Ruhr); Juli Scharffe (KV Münster); Burkhard Kalle (KV Soest); Lena Cornelissen (KV Bonn); Manfred Becker (KV Bonn); Tanja Deiters (KV Köln)

WP-2-569 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in:	LAG Wald/Landwirtschaft/ländlicher Raum
Beschlussdatum:	27.11.2021

Text

Von Zeile 569 bis 571 einfügen:
„grauen Energieverbrauch“, (der bei der Herstellung von Baumaterialien wie z.B. Zement entsteht) zu senken, fördern wir den modernen Holzbau mit Holz aus regionaler Erzeugung - auch für öffentliche Gebäude - und machen Solarenergie zum Standard auf jedem neuen Dach.

Begründung

Wenn wir unsere Wälder naturnah und damit klimastabil umbauen, also forstliche Plantagen zu naturnahen Dauerwäldern entwickeln, werden wir auf längere Sicht erstmal nicht mehr Holz, sondern weniger zur Verfügung haben. Holzimporte sind aber auf jeden Fall nicht nachhaltig und zerstören Wälder im Ausland (Sibirien, Skandinavien, Asien…). Das ist ein Dilemma. Wir können es aber nicht lösen, indem wir auf mehr Holzkonsum bestehen. Wir sollten daher nur den Holzbau fördern, der mit regional produzierten Hölzern stattfindet

WP-2-490-1 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Jens Keull (KV Coesfeld)

Text

Von Zeile 490 bis 491 einfügen:
rücken, Nachteile beseitigen und geeignete Beratungs- und Unterstützungsstrukturen schaffen. Unternehmen, die einen hohen Beitrag zum Gemeinwohl leisten, sollen bei öffentlichen Ausschreibungen bevorzugt werden. Als Bewertungsinstrument kann bspw. eine Gemeinwohl-Matrix herangezogen werden.

Begründung

Es gibt gute Konzepte, die uns Werkzeuge für eine bessere Wirtschaft liefern. U.a. ist hier die Gemeinwohl-Ökonomie eine interessante Lösung, die wir zukünftige anwenden sollten.

Unterstützer*innen

Elke Maria Wehling (KV Coesfeld); Kathrin Hoyer-Rick (KV Coesfeld); Norbert Vogelpohl (KV Coesfeld); Stefanie Nienhaus (KV Coesfeld); Christoph Wolfers (KV Coesfeld); Doris Vogt (KV Coesfeld); Sarah Albertz (KV Coesfeld); Achim Maier (KV Coesfeld); Christian Tiepold (KV Coesfeld); Mareike Raack (KV Coesfeld)

WP-2-570 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in:	KV Köln
Beschlussdatum:	27.11.2021

Text

Von Zeile 570 bis 572 einfügen:
Zement entsteht) zu senken, fördern wir den modernen Holzbau - auch für öffentliche Gebäude - und machen Solarenergie zum Standard auf jedem neuen oder renovierten Dach. Dort wo Solarenergie nicht zum Einsatz kommen
kann sollte die Begrünung von Dächern als Alternative genutzt werden.. Öffentliche Bauprojekte müssen auf diesem Weg ihrem Vorbildcharakter gerecht

Begründung

Bereits bestehende Dächer bieten ein enormes Potential zum Ausbau von Solarenergie. Dieses Potential sollte gehoben werden indem bei einer Renovierung eines Daches geprüft wird ob es geeignet ist und wenn ja, mit Photovoltaik ausgestattet wird. Nicht geeignete Dächer (z.B. wegen Verschattung) noch begrünt werden um ihnen so trotzdem einen ökologischen (und auch ökonomischen durch die bessere Dämmung!) zu geben.

WP-2-5 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: Ingo Stuckmann (KV Mark)

Kapiteltitel

Ändern in:
2. Leitplanke für die Industrie

Text

Von Zeile 5 bis 6 einfügen:
Industriestandort machen. Denn sie wissen: Die Märkte der Zukunft sind klimaneutral und digital. Und es ist sogar günstiger jetzt auf klimaneutrale Prozesse umzusteigen, wenn wir es schaffen, die heute sehr günstigen Erneuerbaren Energien auszubauen - neben der CO2 Bepreisung - als wichtige 2. Leitplanke für die Industrie!

Begründung

Das häufigste Argument gegen GRÜNE Klimapolitik im Bundestagswahlkampf war "Klimaschutz sei teuer". Ich habe es in etwa 1000 Haustürgesprächen immer wieder gehört "Grün kann ich mir nicht leisten". Nur das ist falsch. Nicht mehr zeitgemäss.

SPIEGEL "Der Unsinn vom teuren Klimaschutz"

Genau dieses Argument hat der Spiegel (endlich) am Tag der Wahl (26.09.) in 2 Artikeln entkräftet (warum nicht 3 Monate vorher?!):

Christian Stöcker schreibt in "Klimakrise: Wer bremst, verliert", bei den Triellen im Bundestagswahlkampf habe man den Eindruck "Klimaschutz sei teuer", allerdings seien die Moderator*innen nicht auf der Höhe der Zeit, denn es gibt neue Erkenntnisse "das Gegenteil ist richtig".

Es geht um "sensationell" "Billionen (Euro) Einsparungen". Endlich ist die Katze aus dem Sack (!!)

ÖKOSTROM zum 1/2 PREIS

Seit 2017 haben wir hier in Deutschland "Ökostrom zum 1/2 Preis" (Quelle: Bundesnetzagentur / BloombergNEF, Lazard, Frauenhofer, etc...)

Ich komme aus der Branche, rechne es jeden Tag: In ganz Deutschland kann ich heute für durchschnittlich 4 Cent sehr günstigen Wind & Sonnenstrom produzieren, auf 30 Jahre gerechnet. Und damit rechnet sich die "klimaneutrale" Industrie HEUTE schon. Einfacher Dreisatz, ich habe es hier einmal aufgeschrieben, und deshalb brauchen wir für unsere NRW Industriearbeitsplätze eben diese 2. Leitplanke für die Industrie: "Günstigen 4 Cent Ökostrom"

DESHALB

Deshalb sollten wir dieses Schlüsselargument im Wahlprogramm auch erwähnen, daher mein Vorschlag der Ergänzung des Textes oben.

REFERENZEN

1) KURZINFO "Die 2. Leitplanke für die Industrie"

https://ingo-stuckmann.de/kurzinfo-die-2-leitplanke-fuer-die-industrie/

2) SPIEGEL Artikel & Einordnung der Wichtigkeit

"Am Tag der Wahl kommt die TRENDWENDE auch in Deutschland an"

"Deutschland gewinnt die Klima-Medaille / am Tag der Wahl (26.09.)" Politische Einordnung.

https://ingo-stuckmann.de/presse/

https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/klimakrise-die-klimarettung-wird-teuer-bloedsinn-kolumne-a-ee0e53ad-2517-4f71-830a-bc5f21aecc80

https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/klimakrise-wer-bremst-verliert-kolumne-a-7c8a3a05-f742-47d3-8613-eadc99d13b62

3) KURZINFO "Ökostrom zum 1/2 Preis - Klimaschutz rechnet sich"

https://ingo-stuckmann.de/kurzinfo-oekostrom-zum-%c2%bd-preis-klimaschutz-rechnet-sich/

Unterstützer*innen

Christa Stiller-Ludwig (KV Hagen); Karen Modersohn-Kluth (KV Gelsenkirchen); Linda Taft (KV Rhein-Sieg); Gerrit Heil (KV Unna); Thomas Reimann (KV Soest); Tim Lautner (KV Münster); Jan Wölkerling (KV Mark); Christian Wendel (KV Solingen); Raoul König (KV Aachen); Jan Matzoll (KV Recklinghausen); Ulrich Naumann (KV Mark)

WP-2-60 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 60 bis 62 einfügen:
müssen vor allem auf Bundesebene geschaffen werden. Wir werden aber mit einem Investitionspaket für die Industrie zusätzliche Impulse auf Landesebene geben. Zudem werden wir den Zugang zu Fördergeldern für Energieeffizienzmaßnahmen in Unternehmen transparenter, unbürokratischer und damit einfacher gestalten, denn die klimafreundlichste Kilowattstunde ist die, die gar nicht gebraucht wird. Mit transparenten und langfristigen Klima- und Nachhaltigkeitsstandards und

Begründung

Das Wahlprogramm enthält viele Sätze, dass die Wirtschaft in NRW klimaneutral werden soll und dass GRÜNE wir das möglich machen. Auf die großen CO2-Emittenten, wie Stahlindustrie und Chemieindustrie wird eingegangen. Kleine und mittelständige Unternehmen, bei denen es auch große Einsparpotenziale gibt, werden dagegen nicht explizit genannt. Das Wort Energieeffizienz taucht nur zwei Mal im Programm auf, einmal im einführenden Teil, einmal im Kapitel zum Bauen. Das ist zu wenig. Hier müssen wir den klein- und mittelständigen Unternehmen deutlich mehr Anreize bieten Potenziale zu nutzen. Es gibt zwar aktuell verschiedenste Fördergelder für Energieeinsparmaßnahmen in den Unternehmen, aber gerade den kleineren Unternehmen fehlen Zeit und Ressourcen die gesamte Förderlandschaft zu überblicken. Aufwand und Nutzen stehen in keinem Verhältnis. Daher müssen wir uns dafür einsetzen, dass die Unternehmen in NRW einen unbürokratischen, einfachen Zugang zur Fördergeldbeantragung bekommen.

WP-2-96 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 96 bis 98:
setzen wir uns dafür ein, dass er dort zum Einsatz kommt, wo es keine Alternativen gibt. Das ist neben der Industrie, insbesondere der Chemie-, der Stahl- und der[Zeilenumbruch]
Zementindustrie, vor allem der Flug- und der Schiffsverkehr. Wir setzen uns dafür ein, NRW zu einem führenden Technologiestandort für grünen Wasserstoff zu machen. Hierzu bedarf es eines Masterplans „Grüner Wasserstoff für NRW“, der Beseitigung regulatorischer Hürden sowie einer Unterstützung bei der Finanzierung der erforderlichen Investitionen.

Begründung

Der vorliegende Änderungsantrag zielt darauf, den von der Wirtschaft bereits angestoßenen Transformationsprozess zu grünem Wasserstoff aktiv zu unterstützen und zu forcieren. Es soll ein Leuchtturmprojekt aufgesetzt werden, welches in der Öffentlichkeit, in den Medien und in der Wirtschaft als konkrete industriepolitische Initiative für NRW wahrgenommen wird. Für einen erfolgreichen Wahlkampf ist es unabdingbar, den Weg von einer reinen Programmatik hin zu konkreten (wirtschafts-) politischen Maßnahmen aufzuzeigen. Das gilt insbesondere für unsere Zielsetzung, NRW klimaneutral werden zu lassen.

WP-2-32 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in:	LAG Europa, Frieden, Internationales (EFI)
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 32 bis 34 einfügen:
durch Umweltzerstörung und Ausbeutung funktionieren, gehören in die Vergangenheit. Ganz egal wo. Wir unterstützen eine Handelspolitik, die globalgerecht ist und verbindliche soziale und ökologische Standards einhält. Deswegen lehnen wir Abkommen wie CETA und Mercosur in der jetzigen Form ab.
Unser NRW nutzt die EU-Mittel wie die aus dem Europäischen Green Deal für innovative Ideen für die klimaneutrale Zukunft und

Begründung

Nachhaltige Lieferketten müssen auf fairen Handelsbeziehungen basieren. Hier besteht Handlungsbedarf, da CETA und Mercosur diesen nicht entsprechen.

WP-2-90 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: KV Hagen
Beschlussdatum: 29.11.2021

Text

Von Zeile 90 bis 93:
Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten. Aber nur grüner Wasserstoff aus ~~erneuerbarem Strom~~treibhausgas-neutraler Produktion bringt einen Vorteil für das Klima. Deswegen sind Wasserstoff und der Ausbau von Strom aus Wind und Sonne untrennbar miteinander verbunden. Aktuell gibt es allerdings nicht ausreichend viele Anlagen zur Herstellung von grünem

Begründung

Die Produktion von Wasserstoff aus erneuerbarem Strom (z.B. durch Elektrolyse) ist eine von mehreren, wenn auch marktreifsten, Technologien um Wasserstoff für die Wirtschaft nutzbar zu machen. Allerdings sollte unser Wahlprogramm auch andere Technologien berücksichtigen, die treibhausgas-bilanziell heute oder in der nahen Zukunft zu besseren Resultaten oder anderen, neuen Anwendungen führen können. Der Antragstext suggeriert nicht auf eine 'bessere' Technologie zu warten, sondern die Augen für neue Entwicklungen im Gebiet des Wasserstoff offenzuhalten bzw. sogar zu fördern und sich diesen Entwicklungen nicht schon im Vorhinein durch die Definition von „grünem" Wasserstoff über einen speziellen Produktionsweg zu verschließen. Der Marktzugang und die Förderung für Innovationen, wie z.B. im Bereich Solid State Hydrogen, darf durch eine technologie-orientierte Definition von „grünem" Wasserstoff nicht behindert werden.

WP-2-106 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: KV Hagen
Beschlussdatum: 29.11.2021

Text

Von Zeile 106 bis 107 einfügen:
Erdgasnetze macht klimapolitisch keinen Sinn und würde nur den Wasserstoff für die Industrie weiter verknappen. Die Forschung und Entwicklung alternativer Technologien zur treibhausgas-neutralen Produktion, Speicherung und Freisetzung von Wasserstoff – wie z.B. im Bereich Solid State Hydrogen – werden wir fördern und berücksichtigen.

Begründung

Die Produktion von Wasserstoff aus erneuerbarem Strom (z.B. durch Elektrolyse) ist eine von mehreren, wenn auch marktreifsten, Technologien um Wasserstoff für die Wirtschaft nutzbar zu machen. Allerdings sollte unser Wahlprogramm auch andere Technologien berücksichtigen, die treibhausgas-bilanziell heute oder in der nahen Zukunft zu besseren Resultaten oder anderen, neuen Anwendungen führen können. Der Antragstext suggeriert nicht auf eine 'bessere' Technologie zu warten, sondern die Augen für neue Entwicklungen im Gebiet des Wasserstoff offenzuhalten bzw. sogar zu fördern und sich diesen Entwicklungen nicht schon im Vorhinein durch die Definition von „grünem" Wasserstoff über einen speziellen Produktionsweg zu verschließen. Der Marktzugang und die Förderung für Innovationen, wie z.B. im Bereich Solid State Hydrogen, darf durch eine technologie-orientierte Definition von „grünem" Wasserstoff nicht behindert werden.

WP-2-590-2 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: KV Wesel
Beschlussdatum: 12.11.2021

Text

In Zeile 590:

Eine ~~nachhaltige~~zukunftsfähige Baustoff- und Rohstoffpolitik für NRW

Begründung

Sprachliche Präzisierung notwendig. Endliche Rohstoffe können nicht nachhaltig genutzt werden.

WP-2-591-2 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: KV Wesel
Beschlussdatum: 12.11.2021

Text

Von Zeile 591 bis 594 löschen:
~~Die gesicherte Rohstoffversorgung ist eine der grundlegenden Voraussetzungen für die Wirtschaft. Gleichzeitig bedeutet der Rohstoffabbau immer auch eine Belastung für Menschen und Umwelt.~~ Die Spuren der Gewinnung von Kies und anderen Gesteinen haben einige Regionen NRWs, vor allem entlang des Niederrheins, in der

Von Zeile 600 bis 602:
reformieren und den Bedarf an zusätzlichen Rohstoffen durch mehr Ressourceneffizienz und den ~~Einstieg in~~Umstiegin die Kreislaufwirtschaft ~~zügeln~~schrittweise zurückführen. So bringen wir Versorgungssicherheit und Umweltschutz zusammen und befrieden

Begründung

Der Niederrhein ist bereits übersät mit Wasserflächen. Allein in den Jahren 2012 bis 2017 sind rund 300 ha zusätzlich hinzugekommen und in den Folgejahren hat sich die Abbaumenge nicht verringert. Den Menschen in der Region, die seit einigen Jahren erheblichen Widerstand zeigen (u.a. Bündnis Niederrheinappell), ist ein weiterer Abbau von Kies in anhaltender Größenordnung weder zumutbar noch vermittelbar. Hinzu kommt, dass durch den Abbau wertvolle landwirtschaftliche Flächen/ Grünflächen unwiederbringlich verloren gehen, was sich sehr nachteilig auf den Klimawandel auswirkt. Ein schrittweiser Umstieg in eine Kreislaufwirtschaft durch verbessertes Bauschutt-Recycling und andere Baustoffe ist möglich.

WP-2-609-2 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: KV Wesel
Beschlussdatum: 12.11.2021

Text

Von Zeile 609 bis 618:
Verantwortung, die steigenden Flächenansprüche der Industrie zu bedienen, wälzt das Land NRW auf die regionalen Planungsbehörden ab. Damit machen wir Schluss. ~~Mit unserer Reform des Landesentwicklungsplans werden wir die Abbauplanung für Locker- und Festgesteine – analog zur Abbauplanung für Braunkohle – auf das zuständige Landesministerium übertragen. Fehlanreize bauen wir durch eine neue Bedarfsermittlung ab, die schrittweise steigende Wiederverwendungsquoten bereits im Kreislauf befindlicher Rohstoffe einbezieht und so Anreize für mehr Baustoffrecycling setzt. Zusätzlichen Flächenbedarf bemessen wir nicht länger anhand zurückliegender Abbaumengen, sondern am zukünftigen Bedarf unserer heimischen Bauindustrie.~~
Wir unterstützen die Forderungen des Niederrheinappells von 2019. Dazu gehört unter anderem eine jährliche Reduzierung der Abbaumenge um 5%. Zur Entlastung bei der Ausweisung neuer Flächen und zur Vermeidung weiteren Fakten-Schaffens sind kurzfristig im Landesentwicklungsplan die Versorgungszeiträume von 25 Jahren wieder auf maximal 15 Jahre zu reduzieren, wobei der regionale Bedarf unserer heimischen Bauindustrie und nicht zurückliegende Abbaumengen Grundlage der Berechnung sein muss. Fehlanreize bauen wir durch diese neue Bedarfsermittlung ab, die schrittweise steigende Wiederverwendungsquoten bereits im Kreislauf befindlicher Rohstoffe einbezieht und so Anreize für mehr Baustoffrecycling setzt.
Wir werden die Zuständigkeit für die Landes- und Raumplanung von der Staatskanzlei wieder in das Umweltministerium verlagern, um die Entwicklung des Landes an den Nachhaltigkeitszielen auszurichten.

Begründung

Der Niederrhein ist bereits übersät mit Wasserflächen. Allein in den Jahren 2012 bis 2017 sind rund 300 ha zusätzlich hinzugekommen und in den Folgejahren hat sich die Abbaumenge nicht verringert. Den Menschen in der Region, die seit einigen Jahren erheblichen Widerstand zeigen (u.a. Bündnis Niederrheinappell), ist ein weiterer Abbau von Kies in anhaltender Größenordnung weder zumutbar noch vermittelbar. Hinzu kommt, dass durch den Abbau wertvolle landwirtschaftliche Flächen/ Grünflächen unwiederbringlich verloren gehen, was sich sehr nachteilig auf den Klimawandel auswirkt. Ein schrittweiser Umstieg in eine Kreislaufwirtschaft durch verbessertes Bauschutt-Recycling und andere Baustoffe ist möglich.

WP-2-620-2 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: KV Wesel
Beschlussdatum: 12.11.2021

Text

Von Zeile 620 bis 627:
landschaftlichen Spuren und der Umweltfolgen des Rohstoffabbaus von Locker- und Festgesteinen weitgehend ungeregelt. ~~Zwar~~Zukünftig sind zur Betriebsgenehmigung Renaturierungspläne vorzulegen, ~~wer für~~die die dauerhaften Folgen wie abgesenkte Grundwasserspiegel, gerodete Wälder oder bleibende Baggerseen ~~aufkommt, ist aber vollkommen ungeregelt~~sowie die Kostenträgerschaft, verbindlich regeln. Mit der Einführung einer ~~maßvollen~~ Rohstoffabgabe auf jede Tonne abgebauten Gesteins schlagen wir zwei Fliegen mit einer Klappe. Wir beteiligen die Unternehmen und Endkunden an den Folgekosten des Rohstoffabbaus und setzen gleichzeitig Anreize für den Einsatz alternativer Baustoffe. Die Einnahmen aus der Rohstoffabgabe sollen z.B. für Altlastensanierung und Flächenentsiegelung verwendet werden.

Begründung

Der Niederrhein ist bereits übersät mit Wasserflächen. Allein in den Jahren 2012 bis 2017 sind rund 300 ha zusätzlich hinzugekommen und in den Folgejahren hat sich die Abbaumenge nicht verringert. Den Menschen in der Region, die seit einigen Jahren erheblichen Widerstand zeigen (u.a. Bündnis Niederrheinappell), ist ein weiterer Abbau von Kies in anhaltender Größenordnung weder zumutbar noch vermittelbar. Hinzu kommt, dass durch den Abbau wertvolle landwirtschaftliche Flächen/ Grünflächen unwiederbringlich verloren gehen, was sich sehr nachteilig auf den Klimawandel auswirkt. Ein schrittweiser Umstieg in eine Kreislaufwirtschaft durch verbessertes Bauschutt-Recycling und andere Baustoffe ist möglich.

WP-2-529-1 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 529 bis 530 einfügen:
Infrastruktur, eine digitale Verwaltung und eine „Green-IT“-Strategie. Dafür schaffen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen auf Landesebene. Damit alle Generationen auf die verbesserte Infrastruktur zurückgreifen können, werden wir speziell für ältere Menschen digitale Angebote verstärken und Bildungsangebote für digitale Medien ausbauen.

Begründung

Antragspaket Grüne Alte Köln

WP-2-557 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 557 bis 559 einfügen:
für ältere Menschen und den Aufbau von Initiativen zur Stärkung der digitalen Teilhabe im Alter. Wichtig ist aber auch vor allem für Senior*innen: Der persönliche Kontakt in Ämtern muss weiterhin möglich bleiben.

Begründung

Antragspaket Grüne Alte Köln

WP-2-630 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in:	KV Rhein-Sieg
Beschlussdatum:	25.11.2021

Text

In Zeile 630:

Sparkassen als ~~Partner~~Partnerinnen von Kommunen und Mittelstand stärken

Begründung

Die Kasse ist grammatisch feminin, daher Partnerinnen

WP-2-351 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 351 bis 352 einfügen:
dem Ausbremsen von Betriebsratsgründungen oder der Ausbeutung von Arbeiter*innen treten wir entschlossen entgegen.

Daten für den Wandel nutzen

Als Grüne wollen wir die Klimakrise bewältigen, zukunftsfähige Wirtschaftsstrukturen und Wertschöpfungsketten ermöglichen und mit Wissen und Wissenschaft der Komplexität unseres Zusammenlebens mit Gestaltungsmut entgegentreten. Dafür sind Daten und deren Verfügbarkeit essenzielle Voraussetzung. Es fehlt in NRW aber bislang an einer konsequenten und ermöglichenden Datenpolitik, die Daten systematisiert, standardisiert und ihre Nutzung auf nachhaltigen Wohlstand und das Gemeinwohl ausrichtet. Wir streben deshalb ein NRW-Dateninstitut nach Vorbild des britischen „Open Data Institutes“ an, das eine aktive Rolle in der Datenpolitik spielt, indem es Expertise, Beratung, Vernetzung, Verfügbarkeit und Steuerung für ein NRW-Datenökosystem bündelt und einbringt.

Wir sind überzeugt: Die öffentliche Hand muss Datenzugang, Datenverfügbarkeit und gemeinwohlorientierte Regeln für das Teilen von Daten in Zusammenarbeit mit der kommunalen Datenverarbeitung und anderen nationalen und europäischen Dateninstitutionen aktiv vorantreiben. Denn sozial-ökologische Innovationen sind zunehmend datengetrieben und ein NRW-Dateninstitut könnte einen wichtigen Beitrag dazu leisten, landesweit vertrauenswürdige und verantwortungsvolle Standards für die Erhebung, Speicherung und Nutzung von Daten zu setzt, wie sie kommunal - etwa auf Basis des EU Decode Projects - vielfach schon erprobt und in EU-Metropolen wie Barcelona, Amsterdam oder Wien bereits eingeführt sind

Begründung

Der Zugang zu Daten ermöglicht sowohl hilfreiche zivilgesellschaftliche Angebote und wissenschaftlichen Fortschritt als auch neue Geschäftsmodelle für innovative Startups und Unternehmen, sowie ökologische und soziale Innovationen. Auch für eine bürger*innenorientierte öffentliche Verwaltung und einen dienenden, lernenden Staat sind Daten von entscheidender Bedeutung. Mit verlässlichen und verfügbaren Daten können Pandemieverläufe besser verstanden oder Gesundheitsämter durch digitale Anwendungen bei der Kontaktnachverfolgung entlastet werden. An Fahrrädern kann der Abstand überholender Autos gemessen und in die Entscheidung von Kommunen über den Ausbau von Radwegen aufgenommen werden. Der Energieverbrauch der Industrie kann durch datenbasierte Prozessoptimierung sinken, ein digitaler Mobilpass alle Verkehrsmittel einfach zugänglich und verknüpfbar machen. Digitale Produktpässe, mit Informationen über die in einem Produkt verwendeten Materialien und chemischen Substanzen, erhöhen die Reparierbarkeit, ermöglichen eine fachgerechte Entsorgung und erleichtern das Recycling wertvoller Ressourcen. Eine Initiative für Schokolade ohne Kinderarbeit teilt Daten entlang der Produktionskette, um gute Bezahlung für Bäuer*innen sicherzustellen und Kinderarbeit auf den Kakaoplantagen zu verhindern. Kurzum: Daten ermöglichen Wissen und eröffnen das Potenzial, Prozesse von Anfang bis Ende mit zu verfolgen, zu transformieren und so beispielsweise die Kreislaufwirtschaft voran zu bringen.

Der Änderungsantrag beruht auf den Forderungen in einem gleichnamigen 10-seitigen Positionspapier aus dem Sommer 2021 von Anna Christmann, Dieter Janecek, Kai Gehring, Stefan Gelbhaar, den Landesministerinnen Theresia Bauer und Katharina Fegebank sowie der Landtagsabgeordneten und Fraktionsvorsitzenden Katharina Schulze und dem Abgeordneten des Europäischen Parlaments Sergey Lagodinsky. Bereits 2019 wurden die Grundlagen für diesen Ansatz im Umfeld der Bundestagsfraktion erarbeitet und dabei aufgezeigt, wie mit dezentralen Datenpools, Multi-Layer-Struktur und Datentreuhändern das konkret gehen kann, was später als "Mehr-Ebenen-Governance komplexer Datenökosysteme" ganz ähnlich von der Datenethikkommission vorgeschlagen wurde. Dieser Ansatz bzw. seine Grundlagen haben es auch in das Bundestagswahlprogramm und in den Koalitionsvertrag geschafft.

WP-2-542 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	27.11.2021

Text

Von Zeile 542 bis 543 einfügen:
die richtigen Beratungsstrukturen, bauen die Gründungsförderung an Hochschulen aus und stärken die Startup-Kultur insbesondere im ländlichen Raum. Wenn der Strukturwandel den Bedarf an Großimmobilien für den Handel schrumpfen lässt, dann möchten wir das dort neben Wohnraum, auch digitale Arbeitsräume und Bürger*inenzentren entstehen. Hier sollen der Wirtschaft, den Verwaltungen, der Politik und den Bürger*innen gemeinsame Arbeitsräume, Reallabore und Maker Spaces geboten werden. Und hier soll innovativ gearbeitet, ausprobiert aber auch um die besten und kreativsten Lösungen gerungen werden, um den Herausforderungen des Strukturwandels, der Transformation und der Digitalisierung gemeinschaftlich, innovativ und friedlich zu begegnen.

Begründung

Das sind die Grundgedanken des Konzepts von WeSprint, das von der LAG DigiMe, LAG WiFi und AK DiWa KV Bonn unterstützt werden.

Hier geht es nicht um Start-Ups, sondern um ein genossenschaflliches Konzept, bei dem der Wirtschaft, den Verwaltungen, der Politik und den Bürgern in innerstädtische Großimmobilien Raum zum gemeinsamen Arbeiten und Diskurs geboten werden sollen. Auf die neuen Herausforderungen unserer Zeit sollen die gesellschaftlichen Gruppen gemeinsame Sichtweisen entwickeln, um daduch sowohl neue, vor allem aber auch gemeinschaftlich-tragfähige Lösungen zu finden.

WP-2-28 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	27.11.2021

Text

Von Zeile 28 bis 29 einfügen:
Wirtschaft für das Gemeinwohl funktioniert mit uns haben sie eine verlässliche Partnerin. Wir gehen voran und stärken die digitalen Geschäftsmodelle der Social Entrepreneurs und gemeinwohlorientierten Start-Ups mit einer Beschaffungsquote der öffentlichen Hand.

Begründung

erfolgt mündlich

WP-2-59 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 59 bis 61 einfügen:
Grüner Industriepolitik. Die Instrumente dafür, allen voran Klimaverträge, müssen vor allem auf Bundesebene geschaffen werden. Wir unterstützen die Einführung eines wirksamen Mechanismus gegen Klimadumping auf EU-Ebene.

Begründung

Anpassung an Koalitionsvertrag

WP-2-101 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 101 bis 103 einfügen:
Importinfrastrukturen aus Norddeutschland und mit Pipelines aus dem Ausland muss daher neben einer Erneuerbaren-Offensive Priorität haben. Deutschland will bis 2030 Leitmarkt für Wasserstoff werden. Wir werden dafür sorgen, dass NRW die Chancen nutzt, die sich daraus ergeben. NRW hat bereits das größte Wasserstoffnetz Deutschlands. Dieses Netz muss mit Hochdruck

Begründung

Anpassung an Koalitionsvertrag

WP-3-231 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Ortsverband Jülich
Beschlussdatum: 12.11.2021

Text

Von Zeile 231 bis 232 einfügen:
und natürlich zusätzliche Ressourcen. Innovative Schulentwicklung wie in den „Primusschulen“ soll schulgesetzlich verankert werden. Außerdem setzen wir eine Kommission zur Reformierung des Schulsystems ein. Erstes Ziel der Kommission ist die stufenweise Abschaffung von Noten in den Schulen und die Einführung neuer, zeitgemäßer Bewertungsformen.

Begründung

Das Schulsystem muss grundsätzlich überdacht werden. Neben der Abkehr von der Fixierung auf Abschlüsse und das damit einhergehende Ausbildungssystem müssen Bewertungskriterien völlig neu entwickelt werden.

Schulnoten erzeugen Druck und demotivieren die Schüler*innen mehr als sie motivieren. Die Motivation, etwas zu lernen, sollte nicht aus der Angst vor schlechten Noten oder einem schlechten Abschluss kommen, sondern von der durch den Unterricht geweckten Neugierde auf neues Wissen und dem Anwenden desselbigen. Noten sind wenig aussagekräftig, da sie kaum etwas über das tatsächliche Wissensvermögen der Schüler*innen aussagen. Stattdessen sind sie Momentaufnahmen und zeugen in den meisten Fällen mehr von einem Reproduzieren von Ergebnissen und weniger vom Anwenden des Wissens.

Noten zeigen mehr, wie gut oder schlecht Schüler*innen unter Zeitdruck Gelerntes wiedergeben können, als dass sie das tatsächliche Wissen bewerten. Noten sind darüber hinaus ein Ergebnis einer leistungsorientierten Gesellschaft der Vergangenheit. Sie zeugen von der Sicht auf Schule als Ausbildungsort und nicht als kreativen Bildungs- und Wissensvermittlungsort. Wissbegierde und Neugierde werden durch Noten gehemmt, da Schüler*innen nicht die Möglichkeit gegeben wird, neue Wege zu suchen und auch mal Fehler zu machen, ohne dafür mit schlechten Noten bestraft zu werden.

Daher müssen wir eine Kommission zur Reformierung des Schulsystems einsetzen, die all die Herausforderungen der Zukunft im Blick hat und aus den Fehlern der Vergangenheit lernt. Der erste Schritt sollte die stufenweise Abschaffung von Schulnoten und Einführung alternativer, zeitgemäßer Bewertungsformen sein.

WP-3-167 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Reiner Neumann (KV Duisburg)

Text

Von Zeile 167 bis 168 einfügen:
Familie eine Vorbildfunktion, weshalb wir sie familienfreundlich gestalten werden.

Ausbau der Familienbildung- und beratung
Trennungen von Familien führen regelmäßig zu individuellen Belastungen von Kindern und Erwachsenen. Dies verursacht nicht nur Leid, sondern oftmals auch hohe soziale und gesundheitliche Kosten. Wir wollen den präventiven Charakter der Familienbildung- und beratung stärken, indem wir die Paar- und Familienberatung ausbauen. Dabei werben wir für die gerechte Aufteilung der Sorgearbeit vor, aber auch nach einer Trennung.

Begründung

Bei Änderungsantrag handelt es sich um die Umsetzung einer Forderung des GRÜNEN Grundsatzprogramms:

„(209) Viele Eltern wollen sich Sorge und Erwerbsarbeit gleichberechtigt aufteilen. Das wird möglich durch gesetzliche Rahmenbedingungen, ein flächendeckendes, zeitlich flexibles und qualitativ hochwertiges Betreuungs-, Bildungs und Beratungsangebot, einen Wandel der Arbeitswelt sowie eine Reduzierung der Arbeitszeit."

Auch im GRÜNEN Bundestagswahlprogramm 2021 wird auf die gerechte Verteilung der Sorgearbeit (Care-Arbeit) Bezug genommen:

„Wir wollen, dass die Sorge in der Familie gemeinsam und gleichberechtigt getragen wird, und sehen darin eine Voraussetzung für Chancengerechtigkeit und Gleichberechtigung der Geschlechter. Dafür ist es notwendig, dass insbesondere Väter gleichermaßen Verantwortung und Sorgearbeit in der Familie übernehmen." (Kapitel 3 „Wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen stärken").

Die Familienbildung- und Beratung ist insbesondere eine Aufgabe der Länder:

Zitat https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/familie/chancen-und-teilhabe-fuer-familien/direkte-beratung-und-informationen-fuer-familien/familienbildung-und-familienberatung/familienbildung-und-familienberatung-73492

"Die Ausgestaltung der Familienbildung vor Ort liegt in der Verantwortung der Länder und Kommunen. Die Angebote werden von öffentlichen Trägern (in den Gemeinden) und freien Trägern (insbesondere kirchliche Träger oder Träger der freien Wohlfahrtspflege) den Familien bereitgestellt.

Familienbildung und Familienberatung leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Stärkung von Familien in Deutschland. Das ist eines der zentralen Ergebnisse der von der Prognos AG im Jahr 2020 im Auftrag des Bundesfamilienministeriums durchgeführten Studie. Auf der Datenbasis von insgesamt 2188 Einrichtungen aus allen 16 Bundesländern wurde eine aktuelle und umfassende Bestandsaufnahme zu Strukturen, Zielgruppen, Themen und Angeboten der Familienbildung und Familienberatung in Deutschland erstellt. Die Studie ist eine Fortschreibung und Aktualisierung der der repräsentativen Untersuchung zu den Angeboten familienbezogener Bildungsmaßnahmen und ihrer Wirksamkeit aus dem Jahr 2006."

Unterstützer*innen

Stefan Dringenberg (KV Essen); Ulf Hofes (KV Gelsenkirchen); Helle Sönnecken (KV Hochsauerland); Daniel Niessen (KV Köln); Ulf Stennei (KV Duisburg); Maria Böhme (KV Rhein-Sieg); Rudolf Sanders (KV Mark); Niklas Graf (KV Wesel); Axel Hercher (KV Mülheim); Jeanne Emilia Riedel (KV München); Silvio Köthe (KV Wesel); Annette Berger (KV Wesel); Elisabeth Füllgraf (KV Wesel); Jörg Thiele (KV Krefeld); Thomas Scherer (KV Köln); Kerstin Engel (KV Wesel); Johannes Lingnau (KV Wesel)

WP-3-200 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: LAG Bildung
Beschlussdatum: 13.11.2021

Text

Von Zeile 200 bis 201 einfügen:
entsprechenden Lernmitteln. Der Lernerfolg der Schüler*innen ist abhängig von ihrer Herkunft, Bildungsnähe und der Finanzkraft ihrer Eltern. Wir sehen im gemeinsamen Lernen aller Kinder und damit in den integrierten Schulformen die größten Chancen, Kinder auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten und mehr Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. An dem Ziel einer Schule, an der alle Kinder willkommen sind und gemeinsam lernen, halten wir fest.

WP-3-218 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: LAG Bildung
Beschlussdatum: 13.11.2021

Text

Von Zeile 218 bis 220 einfügen:
Krediten, sondern auch bei der Tilgung wie schon beim Programm „Gute Schule 2020“. Die Aufgabenverteilung bei der Steuerung von Schulentwicklungsplanungen und bei der Finanzierung von Schulen zwischen Land und Städten und Gemeinden wollen wir gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden

WP-3-272 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	13.11.2021

Text

Von Zeile 272 bis 274 einfügen:
Grundschulen, aber auch Schulen in herausfordernden Lagen, sind besonders vom Lehrer*innenmangel betroffen. Wir wollen die Lehrer*innenversorgung insbesondere auch der Schulen der Sekundarstufe I in herausfordernden Lagen besser steuern und dafür die Möglichkeiten des Personalrechts und der Reduzierung von Unterrichtsverpflichtungen, aber auch finanzielle und laufbahntechnische Anreize nutzen.

Wir wollen mit einer praxisnahen Ausbildungsreform und zusätzlichen (Weiter-)Qualifikationsmöglichkeiten endlich alle Schulformen bedarfsgerecht mit Lehrkräften versorgen.
Neben Fortbildungsangeboten aller Art, digitalen, analogen wie hybriden, sollten dabei Vernetzungs- und Kommunikations-angebote im Mittelpunkt stehen, um “peer learning” sowie “co-creative Prozesse” zu ermöglichen.

WP-3-311 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: LAG Bildung
Beschlussdatum: 13.11.2021

Text

Von Zeile 311 bis 314:
staatlichen Mittel zukünftig nach Bedarf und nicht mehr mit der Gießkanne verteilen. ~~Anhand eines soliden schulscharfen Sozialindexes werden wir zusätzliche Stellen und Finanzen verstärkt an jene Schulen verteilen, an denen die Herausforderungen am größten sind.~~Anhand eines soliden und transparenten schülerscharfen Sozialindexes werden wir zusätzliche Stellen und zusätzliche Finanzen verstärkt an die Schulen an herausfordernden Standorten verteilen.

WP-3-73 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	13.11.2021

Text

Von Zeile 73 bis 75:
die Bewegungsförderung in den Kitas fördern. Die Mittagsverpflegung wird in Kitas und der Kindertagespflege mit uns ~~kostenfrei~~beitragsfrei. Kitas in einem Umfeld, in dem viele Familien erschwerte Startbedingungen haben, verdienen besondere

WP-3-281 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: LAG Bildung
Beschlussdatum: 13.11.2021

Text

Von Zeile 281 bis 283:
Vergangenheit angehören. Es darf nicht länger vom Wohnort abhängen, ob Kinder die Chance auf eine ~~kostenfreie~~beitragsfreie ganztägige Bildung bekommen und ihre Eltern Familie und Beruf vereinbaren können.

WP-3-303 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: LAG Bildung
Beschlussdatum: 13.11.2021

Text

Von Zeile 303 bis 305:
Deshalb wollen wir die Lernmittelfreiheit um eine digitale Lernmittelfreiheit ergänzen. Unser Ziel ist, dass Bildung für Alle ~~kostenfrei~~beitragsfrei wird. Auf dem Weg dahin werden wir eine landesweit einheitliche Beitragstabelle für Kitas und

WP-3-308 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	13.11.2021

Text

Von Zeile 308 bis 309:
So wollen wir den Einstieg in eine ~~kostenfreie~~beitragsfreie Bildung schaffen und für einen Systemwechsel sorgen: Wir setzen auf frühe Hilfen statt später Reparaturen.

WP-3-306 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: LAG Bildung
Beschlussdatum: 13.11.2021

Text

Von Zeile 306 bis 307 einfügen:
Ganztagsschulen einführen, die eine gerechte soziale Staffelung der Gebühren und eine Gebührenbefreiung für Geringverdienende vorsieht.

Den qualitativ hochwertigen, als Arbeitsplatz attraktiven Ganztag an den Grundschulen und den weiterführenden Schulen, einschließlich gebundener Formen, wollen wir ausbauen und mit ausreichend Stellen von qualifiziertem pädagogischem Personal versorgen.

WP-3-233 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Bildung
Beschlussdatum:	13.11.2021

Text

Von Zeile 233 bis 234:

Modern, digital, vielfältig: ~~Schüler*innen~~Menschen auf die Zukunft vorbereiten

WP-3-235 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: LAG Bildung
Beschlussdatum: 13.11.2021

Text

Von Zeile 235 bis 238:
Die Herausforderungen für und die Erwartungen an Schule und Bildung steigen stetig. ~~Die Welt ist im Wandel und ein Großteil der Schulkinder von heute wird zukünftig in Berufen arbeiten, die wir jetzt noch nicht kennen.~~Die Welt ist im Wandel und für das Verständnis von und den Umgang mit dieser grundlegende Transformation ist Bildung ein Schlüssel. Darauf muss Schule reagieren. Wir wissen um die enorme Aufgabe, die Lehrkräfte hierfür fit

WP-3-342 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Bela Kassan (KV Rhein-Erft-Kreis)

Text

Nach Zeile 342 einfügen:
Wir fördern gesundes und nachhaltiges Schulessen

Schüler*innen lernen im Unterricht, wie sinnvoll und bereichernd eine gesunde, ökologisch nachhaltige und sozial verantwortungsbewusste Ernährung ist. Nahrungspyramide, ökologische Landwirtschaft, fairer Handel - die meisten Kinder und Jugendlichen kennen die Theorie.

Umso wichtiger ist es, dass Kinder und Jugendliche am Schulkiosk und in der Mensa eine gesunde und bewusste Ernährung auch ganz praktisch erleben und einüben können. Qualitativ hochwertige Schulverpflegung ist ein wichtiger Teil des schulischen Bildungsangebots und darf weder die Eltern finanziell belasten, noch darf es an den Kosten scheitern.

Mithilfe von Förderprogrammen werden wir Schulen und Schulträger dabei unterstützen, Schulverpflegung gesünder und nachhaltiger zu machen. Indem wir Maßnahmen zur Steigerung der Essensqualität bezuschussen und Beratungsangebote ausweiten, werden wir diesbezügliche Anreize schaffen, und dafür sorgen, dass an den Schulen des Landes mehr gesundes und nachhaltiges Essen auf den Tisch kommt.

Begründung

Wir konnten in diesem Herbst (Studie der Ludwig-Maximilian-Univerität München) noch einmal schwarz auf weiß lesen, was viele schon lange wissen. Deutschlands Politik muss gesunde Ernährung politisch besser fördern. Ganz oben auf der To-Do-Liste steht laut der Forscher*innen: Besseres Essen in Schulen und Kitas. (https://www.sueddeutsche.de/gesundheit/ernaehrung-bundesregierung-gesundheit-1.5443633)

Gesundes Essen steigert unmittelbar die Leistungsfähigkeit und macht gute Laune, langfristig trägt es zur Gesundheit bei und ist somit auch gesellschaftlich und volkswirtschaftlich relevant. Nachhaltige, das heißt, regionale, saisonale, ökologisch angebaute und überwiegend pflanzliche Ernährung ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz und der Konsum fair gehandelter Lebensmittel und Produkte erzeugt Druck auf ausbeuterische Lieferketten.

Ernährung ist eine Frage der Gewohnheit. Schule - insbesondere im Ganztag - bietet die Chance, positiven Einfluss auf die Essensgewohnheiten junger Menschen zu nehmen und ihnen einen Zugang zu Lebensmitteln und Zubereitungsweisen zu bieten, der ihnen ansonsten vielleicht verborgen bliebe.

In der Praxis werden jedoch derzeit noch an vielen Schulen Schokodonuts und Caprisonne zum Frühstück und Schnitzel mit Pommes o.ä. zum Mittagessen verkauft. Dies sollten wir versuchen zu ändern und dazu beitragen, dass Schulessen bspw. an den Standards der DGE (Deutschen Gesellschaft für Ernährung) „Schule + Essen = Note 1“(https://www.schuleplusessen.de/startseite/) ausgerichtet wird.

Wenn das Essen dadurch nicht teurer und damit exklusiv werden soll, muss es jedoch bezuschusst werden. Für viele Schulträger ist eine direkte Subvention des Schulessens eine schwer zu leistende konsumtive Ausgabe. Je nach den politischen Mehrheitsverhältnissen der Kommunen scheitert es auch einfach am politische Willen.

Durch ein entsprechende gezielte Förderprogramme können wir hier nachhelfen.

Indem wir als Land Maßnahmen zur Steigerung der Verpflegungsqualität an Schulen anteilig bezuschussen, können wir hier an einer wichtigen Stelle die richtigen Anreize schaffen.

(Das im Kapitel WP1 „Lebensgrundlagen erhalten“ vorgestellte Programm „300 mal 30 Prozent“ (Z. 865ff) weist in die richtige Richtung. Es vernachlässigt jedoch die besondere Bedeutung von Kitas und Schulen als Bildungseinrichtungen für junge Menschen.

Auszug aus WP1 „Lebensgrundlagen erhalten“, Z.865ff:

„Mit dem „300 mal 30 Prozent-Programm“ fördern wir mindestens 300 Kantinen und Mensen von Betrieben, Krankenhäusern, Behörden, Kitas und Schulen dabei, mindestens 30 Prozent ihrer Produkte aus dem Ökolandbau zu beziehen – so viel wie möglich davon regional, direkt von den Betrieben oder regionalen Vertriebsnetzen. Hochwertiges Bio-Fleisch aus der Region machen wir von der Ausnahme zum Standard, vollwertige fleischfreie und vegane Angebote zur täglichen Selbstverständlichkeit. So schaffen wir regionale Märkte mit fairen Preisen und Planungs- und Investitionssicherheit für landwirtschaftliche Betriebe.“)

Unterstützer*innen

Katja Meike Brennan (KV Rhein-Erft-Kreis); Volker Tüllner (KV Dortmund); Christina Hennen (KV Heinsberg); Daniela Kortmann (KV Viersen); Carlotta Rainoldi (KV Köln); Julia Pierick (KV Rhein-Erft-Kreis); Holger Radke (KV Bonn); Alexander Horstmann (KV Bielefeld); Niklas Müller (KV Bochum); Stefan Gudde (KV Köln)

WP-3-140 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: LAG Queer
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Nach Zeile 140 einfügen:

Queere Jugendzentren sichern und ausbauen

Wir wollen queere Jugendarbeit nachhaltig fördern. Hier wollen wir ein besonderes Augenmerk auf die ländlichen Räume legen und eine Intersektionalität legen. Die Arbeit von Queeren Zentren und Jugendzentren muss überregional gedacht und im Landesförderplan langfristig abgesichert werden, da diese einen Anzugspunkt für queere Menschen in den Regionen bilden.

WP-3-37 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Kinder, Jugend, Familie
Beschlussdatum:	19.11.2021

Text

Von Zeile 37 bis 40:
Kinder brauchen Kinder. Gemeinsam mit Gleichaltrigen in der Kita oder Kindertagespflege zu spielen, zu singen und zu essen und sich auszuprobieren, macht Kindern Freude und trägt zu einer guten Entwicklung bei. Wir werden jedem Kind ab dem ersten Lebensjahr ein gutes ~~Betreuungsangebot~~Angebot für frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung machen. Dafür werden wir die frühkindliche Bildung in NRW ausbauen und qualitativ

Begründung

Bitte nicht das Image von Kitas und Tagespflege mit solchen Formulierungen schwächen. Dort werden Kinder in ihrer Entwicklung von pädagogischen Fachkräften unterstützt und gefördert, damit sie sich irgendwann zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten entfalten können.

WP-3-102 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Kinder, Jugend, Familie
Beschlussdatum:	19.11.2021

Text

Von Zeile 102 bis 105:
unkomplizierter werden. Wir werden die praxisintegrierte Ausbildung „PIA“ zur Fachkräftegewinnung fördern. Den ~~Fachkräften~~Menschen , die zu Corona-Zeiten als ~~Kita-Helferin~~Alltags-Helfer*innen eingesetzt werden, wollen wir durch Weiterqualifizierung das Angebot machen, in den Kitas zu bleiben.

Begründung

Als Kita Helfer*innen wurden nicht unbedingt Fachkräfte eingesetzt, auch ohne Qualifizierung können Menschen die Arbeit in den Kitas als Alltagshelfer*in unterstützen.

WP-3-157 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: LAG Kinder, Jugend, Familie
Beschlussdatum: 19.11.2021

Text

Von Zeile 157 bis 161:
Organisation ihres Alltags immer mehr unter Zeitdruck. Das ist der Grund dafür, dass wir kommunale Zeitbüros fördern wollen, in denen zum Beispiel ermittelt wird, welche ~~Kita-Öffnungszeiten~~Zeiten sowohl bei den Eltern ~~brauchen~~als auch bei den Kindern eine Rolle spielen und wo Busfahrpläne so optimiert werden sollten, dass sie den Familien mit ~~schulpflichtigen~~ Kindern in den Stoßzeiten helfen. Entsprechend können die Zeitbedürfnisse von Bürger*innen, Unternehmen, ÖPNV-

Begründung

Bedarfsgerechte Betreuungszeiten sind bereits Teil der Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII.

WP-3-304 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Kinder, Jugend, Familie
Beschlussdatum:	19.11.2021

Text

Von Zeile 304 bis 307:
ergänzen. Unser Ziel ist, dass Bildung für Alle kostenfrei wird. Auf dem Weg dahin werden wir ~~eine~~ landesweit einheitliche ~~Beitragstabelle~~Elternbeitragstabellen für Kitas, Kindertagespflege und ~~Ganztagsschulen~~OGS (offenen Ganztag) einführen, die eine gerechte soziale Staffelung der Gebühren und eine Gebührenbefreiung für Geringverdienende ~~vorsieht~~vorsehen .

Begründung

Landeseinheitliche Elternbeiträge müssen für die drei unterschiedlichen Beitragstabellen bzw. Betreuungssettings gelten, für die nach dem SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) Elternbeiträge erhoben werden dürfen.

WP-3-45 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Kinder, Jugend, Familie
Beschlussdatum:	19.11.2021

Text

Von Zeile 45 bis 49:
Urlaubstage müssen einberechnet werden und auch Krankheitsfälle dürfen nicht zu alltäglicher Personalknappheit führen. Die Kita-Leitung braucht Zeit,
~~um~~die Organisation der Einrichtung zu regeln, die pädagogische ~~Konzepte~~Arbeit zu ~~erstellen~~begleiten und in Netzwerken mit den ~~weiterführenden Grundschulen, Familienbildungsstätten~~umliegenden Grundschulen/Familienbildungsstätten und dem Jugendamt zusammenzuarbeiten. Wie viele Kinder pro Erzieher*in betreut und wie viel Zeit für Leitungsaufgaben

Begründung

Kita-Leitungen erstellen pädagogische Konzepte in Zusammenarbeit mit ihren Kita-Teams, damit die Fachexpertise aller pädagogischen Fachkräfte einfließen kann. Vor dem Hintergrund, dass wir multi-professionelle Teams stärken wollen, darf diese Aufgabe auch nicht beispielhaft allein bei den Leitungen verortet sein.

WP-3-49 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Kinder, Jugend, Familie
Beschlussdatum:	19.11.2021

Text

Von Zeile 49 bis 51 einfügen:
viele Kinder pro Erzieher*in betreut und wie viel Zeit für Leitungsaufgaben sowie Fortbildung gebraucht werden, werden wir im Austausch mit Akteur*innen der Praxis und anhand wissenschaftlicher Standards neu regeln. Zur Entlastung der Erzieher*innen und Kita-Leitungen

Begründung

Die Fachexpertise der pädagogisch tätigen Personen in den Kitas gilt es anzuerkennen und zu stärken. Wissenschaftliche Erkenntnisse können diese nur ergänzen, keinesfalls jedoch ersetzen.

WP-3-70 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: LAG Kinder, Jugend, Familie
Beschlussdatum: 19.11.2021

Text

Von Zeile 70 bis 74:
einbezogen werden. Daneben ist die Mehrsprachigkeit Teil der Lebensrealität von vielen Kindern. Sie wollen wir in den Kitas fördern. ~~Bewegung, Motorik und Ernährung sind elementar für die gesunde Entwicklung von Kindern, weshalb wir die Bewegungsförderung in den Kitas fördern.~~Bewegung und gesunde Ernährung sind elementar für die kindliche Entwicklung. Deshalb möchten wir die Bewegungs- und Gesundheitsförderung von Kindern in Kitas und Kindertagespflege besonders stärken. Die Mittagsverpflegung wird in Kitas und der Kindertagespflege mit uns kostenfrei. Kitas in einem Umfeld, in

Begründung

Die Textstelle irritiert auf Grund der doppelten Verwendung von Motorik und Bewegung. Darüberhinaus erschließt sich der Zusammenhang von gesunder Ernährung und Bewegungsförderung nicht. Hier bedarf es einer Differenzierung.

WP-3-144 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Kinder, Jugend, Familie
Beschlussdatum:	19.11.2021

Text

Von Zeile 144 bis 146 einfügen:
zu Familienzentren weiterentwickelt wurden, sind solche Orte des Austauschs, der Weiterbildung und einer niedrigschwelligen Unterstützung von Eltern. Wir wollen Kitas und Träger auf dem Weg der Familienzentren unterstützen und diesen möglichst bürokratiearm gestalten.Die Fragen, die Eltern haben, hören nach der Kita nicht auf. Im Gegenteil: Der Übergang von

Begründung

Der Weg zu zertifizierten Familienzentrum ist u.a. deswegen hoch aufwendig, weil damit sehr viel bürokratischer Aufwand für die Einrichtungen verbunden ist, der ohne Qualitätsverlust deutlich reduziert werden kann.

WP-3-185 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Queer
Beschlussdatum:	20.11.2021

Text

Von Zeile 185 bis 186:
Lesbische Mütter, schwule Väter, ~~Trans*, Bi-~~bi, trans*, inter*, nicht binäre Eltern und Regenbogeneltern mit Kinderwunsch – Familien in NRW sind vielfältig und bunt. Und so vielfältig sind

Begründung

trans* (und inter) Menschen statt Trans*-Menschen aus den bekannten Gründen(Es gibt auch keine Schwul-Menschen und Blauaug-Menschen; Trans-Menschen othert und insinuiert eine andere Art Mensch, dabei ist es eine einzelne Eigenschaft und als Adjektiv zu verwenden.)

inter und nicht binäre Eltern gesondert nennen, denn sind gerade bei Elternschaft eigenen Diskriminierungen ausgesetzt. (Z.B. komplette Verweigerung der Geburtsurkunde oder Aberkennung von Elternschaft.)

Auch in der Satzlogik ergibt Trans-, Bi- und Regenbogen keinen Sinn, denn es geht nicht um trans oder Regenbogen sondern 'alle möglichen Regenbogeneltern', und 'Regenbogeneltern mit Kinderwunsch' noch mal einzeln aufgeführt da auch in dieser Situation besondere Diskriminierungen greifen.

WP-3-72 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Niklas Graf (KV Wesel)

Text

Von Zeile 72 bis 74 einfügen:
Ernährung sind elementar für die gesunde Entwicklung von Kindern, weshalb wir die Bewegungsförderung in den Kitas fördern. Perspektivisch setzen wir uns dafür ein, dass die Priorisierung von Motorik- und Koordinationsfähigkeiten im kompletten Bildungssystem von den Kitas bis zu den weiterführenden Schulen zentraler Bestandteil der Bewegungsförderung wird und aktuelle Erziehungs- und Lehrmethoden angepasst werden. Die Mittagsverpflegung wird in Kitas und der Kindertagespflege mit uns kostenfrei. Kitas in einem Umfeld, in

Begründung

In Bezug auf den steigenden Bewegungsmangel und fehlende koordinative Fähigkeiten bei einem zunehmenden Anteil der heranwachsenden Kinder und Jugendlichen liegt es in staatlicher Verantwortung für einen Ausgleich zu sorgen, um die ehrenamtlichen Vereine bei der Unterstützung der Bewegungsförderung zu entlasten. Bisher sind die zentralen Inhalte in der sportbezogenen Bildungspolitik nicht ausreichend auf den gesellschaftlichen Wandel und zurückgehende private sportliche Betätigungen ausgelegt. Hier ist es auch aus gesundheitspolitischer Perspektive notwendig sich für zeitgemäße Vorgaben für die Erziehung und Bildung an Kitas und Schulen einzusetzen.

Unterstützer*innen

Clara Stockhorst (KV Wesel); Annette Berger (KV Wesel); Elke Christiane Langenbrink (KV Wesel); Juli Scharffe (KV Münster); Beate Barabasch (KV Mettmann); Rainer Lagemann (KV Steinfurt); Anja Lamodke (KV Bonn); Mike Lautenschläger (KV Herne); Karl-Heinz Freckmann (KV Wesel); Karl Stelthove (KV Warendorf); Andreas Köhler (KV Wesel); Johann Sebastian Ritzmann (KV Wesel); Manfred Schramm (KV Wesel); Michael Denstädt (KV Wesel); Petra Platen (KV Wesel); Monika Heiming (KV Wesel)

WP-3-250 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Niklas Graf (KV Wesel)

Text

Von Zeile 250 bis 252 einfügen:
Weichen dafür stellen, dass außerschulische Bildungsangebote und -orte verstärkt genutzt werden. Zu unserem internationalen und europäischen Selbstverständnis gehört es dabei auch einen Schwerpunkt auf möglichst weitreichende Angebote für das Erlernen von Sprachen zu setzen. Neben der Garantie mit dem Englischen bilingual in NRW aufwachsen zu können, wollen wir so vielen Schüler*innen und Student*innen so früh wie möglich die Chance geben sich tri- oder multilingual weiterzuentwickeln. Die Schule der Zukunft setzt vermehrt auf Gestaltungskompetenzen statt auf reines Faktenwissen. Die Mitwirkung von Schüler*innen- und

Begründung

Ein wichtiger Bestandteil einer weiter zusammenwachsenden Europäischen Union, aber auch unserer internationalen Gemeinschaft, ist der kulturelle Austausch und die gegenseitige Bereicherung durch den direkten Kontakt. Der Spracherwerb bzw. die vorhandenen Sprachkenntnisse sind eine essentielle Grundlage für diesen wichtigen Aspekt europäischer und internationaler Beziehungen - sowohl auf gesellschaftlicher, politischer wie wirtschaftlicher Ebene. Es ist daher Aufgabe von Bildungspolitik die notwendigen Angebote dafür zu fördern und möglichst weitreichend vorzuhalten.

Unterstützer*innen

Clara Stockhorst (KV Wesel); Tanja Kruber (KV Wesel); Juli Scharffe (KV Münster); Andreas Köhler (KV Wesel); Johann Sebastian Ritzmann (KV Wesel); Manfred Schramm (KV Wesel); Monika Heiming (KV Wesel); Gisela Brick (KV Wesel); Martin Höffkes (KV Wesel); Hans-Günter Menner (KV Wesel)

WP-3-329 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Migration und Flucht
Beschlussdatum:	20.11.2021

Text

Von Zeile 329 bis 330:
Rassismus, ~~Antisemitismus, Homo-~~insbesondere gegen Rom*nja und ~~Transphobie~~Sinti*zze, Muslim*innen, Schwarze Menschen, asiatisch gelesene Personen, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind Realität im Alltag vieler Menschen,

WP-3-341 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Migration und Flucht
Beschlussdatum:	20.11.2021

Text

Von Zeile 341 bis 342 einfügen:
werden wir rassismuskritische Inhalte und die Aufarbeitung der deutschen und europäischen Kolonialgeschichte stärker verankern. Lehrmaterialien sollen auf die Repräsentanz von Minderheiten überprüft und gegebenefalls überarbeitet werden.

WP-3-270 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Kultur
Beschlussdatum:	13.11.2021

Text

Von Zeile 270 bis 271 einfügen:
Bildungsangebot in allen Schulformen und damit echte Chancen für ihre Zukunft erhalten. Kulturelle Bildung in der Schule soll gestärkt werden. Angebote in Kooperation mit Kulturinstitutionen und der Freien Szene sollen ausgebaut und bedarfsorientiert gefördert werden. Dabei ist eine angemessene Honorierung sicherzustellen.

Begründung

Schulen sind ein wichtiger Ort für kulturelle Bildung. Daher schlagen wir als LAG Kultur an dieser Stelle (oder an andrere geeigneter) vor, diesem Bereich auch im Wp im Rahmen der Frage von Bildung Rechnung zu tragen und ihn zu erwähnen.

WP-3-474 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Wirtschaft
Beschlussdatum:	20.11.2021

Text

Von Zeile 474 bis 475 einfügen:
eröffnet, hin zu Recycling, nachhaltigen Materialien und Produkten. Forschung und Lehre zur Ökologie des Waldes fördern wir besser. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass nachhaltige und soziale Wirtschafts-Wissenschaften, wie zum Beispiel die "Plurale Ökonomik", deutlich mehr berücksichtigt werden.

Begründung

Die Herausforderungen unserer Zeit sind vielfältig und mehrdimensional. Die Antworten der akademischen VWL, privaten Forschungsinstituten und der Presse sind hingegen meist eindimensional. Ein wichtiger Grund hierfür ist, dass die dahinter liegenden theoretischen Konzepte meist ein und derselben Denkschule entspringen. Die Modelle und Annahmen sind so meist einseitig und ihre Perspektive ist eingeschränkt.

Siehe dafür auch die Veröffentlichung der OECD "Jenseits des Wachstums - Auf dem Weg zu einem neuen ökonomischen Ansatz" (2021), welche von der Heinrich-Böll-Stiftung übersetzt wurde (https://www.boell.de/de/2021/02/01/jenseits-des-wachstums). Für den nachhaltigen und gerechten Wandel ist es sehr wichtig, dass wir eine entsprechende Bildung und Forschung weiterentwickeln.

WP-3-242 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: KV Bielefeld
Beschlussdatum: 22.11.2021

Text

Von Zeile 242 bis 244 einfügen:
Wir sorgen so dafür, dass das Lernen mit digitalen Medien in allen Schulen in NRW funktionieren kann und zur Selbstverständlichkeit im Schulalltag wird. Damit dies möglich ist, sorgen wir für eine 1 zu 1 Ausstattung von mobilen Geräten und sichern die Ausstattung langfristig und setzten IT-Administrator*innen an Schulen ein. Für die Finanzierung braucht es neue Vereinbarungen zwischen Kommunen und Land.

Begründung

Neben der oft fehlenden Ausstattung an Geräten fehlt es an IT-Administrator*innen, so dass Lehrer*innen diesen Job übernehmen. Das ist Zeit, die bei der Arbeit mit den Schüler*innen fehlt. Eine klare Aussage im Wahlprogramm, dass wir dieses Problem angehen, wäre ein sehr wichtiges Zeichen für Schulen.

WP-3-324 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: KV Bielefeld
Beschlussdatum: 22.11.2021

Text

Von Zeile 324 bis 327:
deshalb alles tun, bei den besonderen Herausforderungen finanziell und personell zu unterstützen, etwa durch fest installierte multiprofessionelle Teams ~~und~~ , fest verankerte Sonderpädagog*innen, durch
Fortbildungen sowie über Barrierefreiheit in den Gebäuden und Raumausstattungen, die Inklusion ermöglichen (wie z.B. Therapieräume und Pflegebäder). Dazu gehören auch landesweite und vom Land finanzierte Baustandards. Darüber hinaus wollen wir kommunale/regionale Unterstützungszentren aufbauen. Diagnostische Materialien, sonderpädagogische Expertise und individuelle Fördermittel sollen unabhängig vom Förderort umfänglich für alle Kinder mit Förderbedarfen zur Verfügung stehen und nutzbar sein.[Zeilenumbruch]

Begründung

Gerade die feste Verankerung von multiprofessionellen Teams und Sonderpädagog*innen in Schulen ist wichtig, um allen Kindern mit und ohne Förderbedarf gerecht zu werden. Besonders im Grundschulbereich muss die Zuweisung von Personal unabhängig von Förderbedarf geschehen.

Es gibt schon einen Änderungsantrag der LAG zum selben Abschnitt, der vor allem Inklusion an allen Schulen herausstellt. Daher ist dies nicht hier mit aufgenommen. Wir hatten zeitlich bei der LAG leider keine möglichkeit weitere Änderungsanträge zu diskutieren und wurden gebeten diese über andere Kanäle einzubringen.

WP-3-340 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Luis Hotten (KV Dortmund)

Text

Von Zeile 340 bis 342 einfügen:
ohne Homophobie" werden wir ausbauen und weiterentwickeln. In den Lehrplänen werden wir rassismuskritische und antidiskriminierende Inhalte und die Aufarbeitung der deutschen und europäischen Kolonialgeschichte stärker verankern. Die Vielfalt der Gesellschaft sollte sich fächerübergreifend angemessen in den Lehrplänen wiederfinden.

Begründung

Im Absatz werden neben Rassismus auch Antisemitismus, Homo- und Transphobie und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit genannt. Diese umfassende Beschreibung von Diskriminierungsformen sollte sich auch in der Forderung zu den Lehrplaninhalten wiederfinden. Neben antidiskriminierenden Inhalten sollten die Lehrpläne noch weiter gehen und aktiv die Vielfalt der Gesellschaft bezogen auf Menschen mit Migrationsgeschichte, sexuelle Orientierungen, geschlechtliche Identitäten, moderne Familienbilder und vieles mehr an die Schüler*innen vermitteln.

Unterstützer*innen

Michelle Jura (KV Dortmund); Meike Sofie Sittart (KV Dortmund); Vera Theresa Sittart (KV Bochum); Hannah Reger (KV Dortmund); Louis Nathaniel Lorenz (KV Dortmund); Hannah Sassen (KV Dortmund); Yannick Bungers (KV Dortmund); Franca Fischer (KV Dortmund); Katrin Lögering (KV Dortmund); Finn Wilken (KV Dortmund); Hannah Rosenbaum (KV Dortmund); Janne Mijdam (KV Dortmund); Kira Deltenre (KV Dortmund); Felix Berger (KV Dortmund)

WP-3-75 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Kinder, Jugend, Familie
Beschlussdatum:	19.11.2021

Text

Von Zeile 76 bis 78 löschen:
Förderung. Deshalb werden wir die „plusKitas“ bedarfsgerecht ausbauen und ~~personell~~ stärken, indem wir zusätzlich Kita-Sozialarbeiter*innen-Stunden fördern. Die kulturelle Bildung in Kitas werden wir stärken, damit kulturelle

Begründung

Es gibt in anderen Bundesl ändern und mehreren Modellprojekten sehr unterschiedliche Modelle der Kita Sozialarbeit. Nicht alle gehen einher mit einer personellen Stärkung der Kita selbst. Zum Beispiel arbeiten die Kita Sozialarbeiter*innen in Bochum nicht in der Kita selbst, sondern in Bezirksstellen des Jugendamtes, wo sie von Kitas bei Bedarf angefragt werden, unabh ä ngig vom Träger. Die vorgeschlagene Streichung ist daher modelloffener.

WP-3-122 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Kinder, Jugend, Familie
Beschlussdatum:	19.11.2021

Text

Von Zeile 122 bis 123 einfügen:

Für eine eigenständige Jugendpolitik - Die Jugendarbeit von heute ist inklusiv

Begründung

Jugendpolitik und Jugendarbeit in NRW haben das Problem, in ihrer Eigenständigkeit und in ihrer Rechtsstellung als verpflichtende Leistung der Jugendhilfe wahrgenommen zu werden. Der Jugendpolitik geht es daher häufig so, wie Jugendlichen im Alltag häufig auch: mangelnde Wahrnehmung und mangelhafte Beteiligung. Die Formulierung "Für eine eigenständige Jugendpolitik" zeigt, dass Grüne Jugendpolitik und Jugend hervorheben.

WP-3-151 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: LAG Kinder, Jugend, Familie
Beschlussdatum: 19.11.2021

Text

Von Zeile 151 bis 152 einfügen:
anderen Einrichtungen im Stadtteil, in dem Eltern leben, führt zu einer ganzheitlichen Beratung und Hilfestellung. Um dies zu erreichen, wollen wir die Familienbildung, Familienpflege und die Familienberatung in NRW stärken. Wir setzen uns für eine Familienbildung ein, die von den Kindern, Jugendlichen und Eltern mitgestaltet wird.

Begründung

Begründung erster neuer Satz: Einer wachsenden Zahl an Familienzentren in Kitas und Grundschulen muss auch eine Stärkung von Familienbildung und Familienberatung folgen, denn die Familienzentren arbeiten immer mit diesen zusammen. Die Familienpflege wurde mit in die Aufzählung aufgenommen, da es sich um eine neue gesetzliche Anspruchsleistung gegen über den Jugend ä mtern handelt (SGB VIII Reform im Sommer 2021), die für Familien in Notsituationen sehr hilfreich sein kann.

Begründung zweiter neuer Satz: Beteiligung, ernst gemeint und professionell gestaltet ist die Voraussetzung für Aneignungsprozesse bei Menschen – unabhängig von Bildungsmilieus und Alter. Sog. bildungsferne Milieus werden erreicht, wenn echte Offenheit für ihre Interessen und Entwicklungsideen besteht. Entsprechend müssen Bildungsgelegenheiten und –angebote gestaltet sein. Wir sollten diesen Prozess fordern und fördern, um alle zu erreichen.

WP-3-41 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Kinder, Jugend, Familie
Beschlussdatum:	22.11.2021

Text

Von Zeile 41 bis 43:
weiterentwickeln. Gute pädagogische Arbeit braucht qualifizierte Fachkräfte und Qualität braucht Zeit. ~~Dafür müssen die~~ Wir beteiligen in einem intensiven fachlichen Austausch Erzieher*innen und Träger zu Fragen der Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und der Qualität der Bildungsarbeit. Die Personalkapazitäten müssen so berechnet werden, dass sie die alltäglichen Anforderungen und die Arbeitsrealität in den Kitas

Begründung

Hier muss deutlich werden, dass wir Beteiligung der Fachkräfte meinen. Nur so wird eine Verbesserung nachhaltig Wirkung entfalten.

WP-3-55 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Kinder, Jugend, Familie
Beschlussdatum:	22.11.2021

Text

Von Zeile 55 bis 56 einfügen:
Studienplätze an den Berufsschulen und Hochschulen werden wir dem Bedarf in der Berufspraxis anpassen. Wir möchten die Kindertagespflege in NRW bedarfsgerecht ausbauen und setzen uns dafür ein, dass auch die Fachberatungsstellen für Kindertagespflege hinreichend ausgestattet und für ihre vielfältigen Aufgaben gut qualifiziert sind.

Begründung

Die Kindertagespflege ist ein unabdingbarer Bestandteil der Kindertagesbetreuung. Bei den Betreuungsangeboten für Kinder unter 3 Jahren deckt die Kindertagespflege mehr als ein Drittel der Plätze in NRW ab. NRW ist das einzige (!) Bundesland, in dem die Kindertagespflege wächst. Dies muss entsprechend wertgeschätzt werden. Die Kindertagespflege hat während der Corona-Pandemie quasi durchgehend ihr Betreuungsangebot aufrechterhalten. Die jetzige Landesregierung hat die Latte sehr hochgelegt, indem sie viel für die Kindertagespflege erreicht hat. Dahinter können wir Grüne nicht zurückbleiben und müssen noch bessere Vorschläge für die Weiterentwicklung der Kindertagespflege parat haben und die Betreuungsarbeit der Kindertagespflegepersonen wertschätzen.

WP-3-72-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Kinder, Jugend, Familie
Beschlussdatum:	22.11.2021

Text

Von Zeile 72 bis 74:
Ernährung sind elementar für die gesunde Entwicklung von Kindern, weshalb wir die Bewegungsförderung in den Kitas fördern. ~~Die~~Eine qualitativ hochwertige Mittagsverpflegung wird in Kitas und der Kindertagespflege mit uns kostenfrei. Kitas in einem Umfeld, in

Begründung

Die Betonung der Qualität sollte ergänzt werden, auch um klarzustellen, dass eine kostenfreie Verpflegung nicht zum Qualitätsverlust führen darf.

WP-3-93 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Kinder, Jugend, Familie
Beschlussdatum:	22.11.2021

Text

Von Zeile 93 bis 95 einfügen:
Dabei wollen wir auch unterschiedliche Zugänge zum Beruf ermöglichen. Die praxisintegrierte Ausbildung (PiA) wird gut angenommen und soll ausgebaut werden bis hin zum Regelmodell. Dabei sind Teilzeitausbildungen zu ermöglichen. Außerdem wollen wir Kitas, die ausbilden, mehr Mittel geben.

Begründung

Ausbildungen müssen vergütet werden! In Zeiten fehlenden Personals sind selbst bezahlte (bzw. Bafög-finanzierte) Ausbildungen wie die klassische Erzieher*innen Ausbildung zu beenden.

Vielfach können jedoch an einer Erzieher*innen Ausbildung interessierte Personen eine Ausbildung nur dann beginnen, wenn sie auch in Teilzeit möglich ist. Dies ist häufig der Fall bei Quereinsteiger*innen, die wir ja durchaus gewinnen wollen, wenn diese z.B. eigene Familie haben.

WP-3-162 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Kinder, Jugend, Familie
Beschlussdatum:	22.11.2021

Text

Von Zeile 162 bis 164 einfügen:
Anbietern, Schulen, Kitas und Dienstleistern besser abgestimmt werden. Klar ist aber auch, dass Arbeit und Familie vereinbar sein müssen. Dabei sind auch die Arbeitgeber:innen gefordert. Daher werden wir das Netzwerk „Familienfreundliches Unternehmen@NRW“ gründen, um einen Austausch

Begründung

Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird oft allein den Familien überlassen (und dort meist den Frauen). Dabei gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, sich als Unternehmen/Behörde für eine bessere Vereinbarkeit einzusetzen. Es gibt da sehr viel (z.B. Zertifizierungen), es ist aber noch nicht hinreichend verbreitet und in den Köpfen. Der neue Satz soll auch die Arbeitgeber*innen in die Pflicht nehmen.

WP-3-185-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Kinder, Jugend, Familie
Beschlussdatum:	22.11.2021

Text

Von Zeile 185 bis 186:
~~Lesbische~~Familie ist für uns dort, wo Menschen unterschiedlicher Generationen füreinander dauerhaft Verantwortung übernehmen. Egal ob klassische Familie Mutter-Vater-Kind, lesbische Mütter, schwule Väter, Trans*-, Bi- und Regenbogeneltern mit Kinderwunsch – Familien in NRW sind vielfältig und bunt. Und so vielfältig sind

Begründung

Unsere Definition von Familie ist ein grünes Alleinstellungsmerkmal gegenüber allen anderen Parteien, deswegen wäre es schön, sie zu erwähnen. Die dafür geeignetste Stelle im Programmentwurf erscheint uns ein einleitender Satz im Abschnitt „Regenbogenfamilien unterstützen“.

Teilweise wird bei der Definition „unterschiedlicher Generationen“ weggelassen, damit wird aber an die Familienform solcher Erwachsener erinnert, die Eltern oder andere hochbetagte Menschen in häuslicher Gemeinschaft pflegen.

WP-3-119 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 119 bis 121 einfügen:
Jugendcheck für Gesetzesvorhaben durch ein regelmäßiges Jugend-Monitoring zu den Auswirkungen politischer Entscheidungen auf junge Menschen ergänzt werden. Zudem setzen wir uns für ein finanziell und personell gut ausgestattetes Jugendparlament mit echten Kompetenzen ein. Kinder und Jugendliche haben das Recht, über ihre Zukunft mitzuentscheiden.

Begründung

erfolgt mündlich

WP-3-121 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 121 bis 122 einfügen:
Kinder und Jugendliche haben das Recht, über ihre Zukunft mitzuentscheiden. Deshalb setzen wir uns für die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ein - und werden nach Evaulation dessen, das Wahlalter weiter absenken.

Begründung

erfolgt mündlich

WP-3-220 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Text

Von Zeile 220 bis 221 einfügen:
Städten und Gemeinden wollen wir gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden neu verabreden. Wir setzen uns dafür ein, dass das Kooperationsverbot zwischen Bund, Ländern und Kommunen abgeschafft wird, um eine bessere Finanzierung der Bildung sicherzustellen.

Begründung

erfolgt mündlich

WP-3-200-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 200 bis 201 einfügen:
entsprechenden Lernmitteln. Der Lernerfolg der Schüler*innen ist abhängig von ihrer Herkunft und der Finanzkraft ihrer Eltern. Für ein gemeinsames Lernen und Leben ist die inklusive Ganztagsschule für Alle weiterhin erklärtes Ziel.

Begründung

erfolgt mündlich

WP-3-225 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 225 bis 231:
überlassen. Wir wollen unsere Schulen fit für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts machen und Innovation ermöglichen. ~~Dafür werden wir unseren Schulen mehr pädagogische Freiheit geben, denn sie wissen selbst am besten, was ihre Schüler*innen brauchen. Dazu gehören u.a. Möglichkeiten für das Lernen in Projekten und jenseits von Fächergrenzen, Alternativen zum klassischen Notensystem,~~ Wir mildern den Leistungsdruck in Schulen und schaffen Schulnoten in den Klassen 1-6 als Bewertungssystem ab und ersetzen diese durch ein differenziertes Feedbacksystem. Außerdem fördern wir das Lernen in Projekten anstatt in festen Klassen und Fächergrenzen.
Dafür werden wir unseren Schulen mehr pädagogische Freiheit geben, denn sie wissen selbst am besten, was ihre Schüler*innen brauchen. Dazu gehören u.a. mehr Entscheidungskompetenzen in Personalfragen für die Schulen – und natürlich zusätzliche Ressourcen. Innovative Schulentwicklung wie in den

Begründung

erfolgt mündlich

WP-3-240 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 240 bis 241 einfügen:
Schulbetrieb zu integrieren. Deshalb wollen wir in den nächsten fünf Jahren eine Fortbildungsoffensive für alle, die in unseren Schulen arbeiten, durchführen. Außerdem schaffen wir eine elternunabhängige Hardwareausstattung für Schüler*innen und versorgen Lehrer*innen flächendeckend mit Arbeitslaptops/-tablets.

Begründung

erfolgt mündlich

WP-3-252 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 252 bis 253 einfügen:
statt auf reines Faktenwissen. Die Mitwirkung von Schüler*innen- und Elternvertretung soll auf der kommunalen Ebene verankert werden. Wir refomieren den Sexualkundeuntericht umfassend, damit Kinder und Jugendliche von Beginn an eine Breite an geschlechtlicher und sexueller Vielfalt lernen und wir so Stigmatisierung und Diskriminierung entgegenwirken.

Begründung

erfolgt mündlich

WP-3-265 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 265 bis 268:
Lehrkräften versorgen. Wir entlasten das pädagogische Personal von Verwaltungsaufgaben, damit mehr Zeit fürs Lehren bleibt. ~~Deshalb~~ Dafür schaffen wir mindestens zwei Schulsozialarbeiter*innenstellen an jeder Schule, die unbefristet Landesmitteln bezahlt werden. Außerdem
werden wir mit Kulturagent*innen, Inklusionspat*innen, ~~Schulsozialarbeiter*innen,~~
Schulpsycholog*innen, Quereinsteiger*innen, Verwaltungskräften, IT-Fachkräften

Begründung

erfolgt mündlich

WP-3-346 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 346 bis 348 einfügen:
brauchen Perspektiven. Eine erfolgreich abgeschlossene Ausbildung kann eine gute Basis sein, um die eigene Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. Dafür werden wir eine Ausbildungsgarantie einführen, die es allen Jugendlichen ermöglicht, einen vollwertigen Berufsabschluss zu erreichen.

Begründung

erfolgt mündlich

WP-3-351 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Text

Von Zeile 351 bis 353:
setzen uns für die Weiterentwicklung des Erfolgsmodells „Kein Abschluss ohne Anschluss“ ein und fördern weiterhin die Berufseinstiegsbegleitung.~~[Leerzeichen]~~
Genauso fördern wir das Programm „Kurs auf Ausbildung“ und erweitern dieses um einen präventiven Ansatz.

Begründung

erfolgt mündlich

WP-3-354 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 354 bis 356 einfügen:
außerbetriebliche Ausbildungsmöglichkeiten erweitern und jungen Menschen eine Ausbildung garantieren. Außerdem machen wir den integrativen Erwerb der Fachhochschulreife zum Standardangebot an allen Berufskollegs und machen die verpflichtende Anrechnung bereits erworbener Ausbildungsleistungen zum Regelfall.

Begründung

erfolgt mündlich

WP-3-375 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 375 bis 378:
Sprachkursteilnehmer*innen. Azubi-Tickets im ÖPNV wollen wir mit Studierendentickets gleichstellen ~~und einen~~. Mit einem Ausbildungsfonds, in den alle Unternehmen einzahlen, ~~soll sicherstellen~~stellen wir sicher, dass die finanzielle Last verteilt wird. Ausbildungen müssen flexibler werden. Teilzeitausbildungen ermöglichen

Begründung

erfolgt mündlich

WP-3-383 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 383 bis 384 einfügen:
außerdem die Sicherheit haben, dass die Azubis, die einen ungesicherten Aufenthaltsstatus haben, nicht von einer Abschiebung bedroht werden. Um allen Azubis eine Berufsperspektive zu schaffen, werden alle Auszubildenden, die nicht von ihrem Unternehmen übernommen werden im Zweifel vom Land beschäftigt.

Begründung

erfolgt mündlich

WP-3-387 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 387 bis 389 einfügen:
Die Stärkung unseres Schulsystems ist das eine. Der Blick auf die Menschen, die in der Vergangenheit vom System nicht erreicht wurden, das andere. Denn jede*r fünfte Schulabgänger*in verbleibt in NRW dauerhaft ohne jede berufliche Qualifikation. Diesem Trend wirken wir mit einem Landesprogramm entgegen.

Begründung

erfolgt mündlich

WP-3-395 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 395 bis 396 einfügen:
beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung ausbauen und bei Bedarf auch außerbetriebliche Ausbildungsangebote ausweiten. Dafür brauchen wir die Berufskollegs in öffentlich-rechtlicher Hand und erteilen allen Privatisierungsüberlegungen eine Abfuhr.

Begründung

erfolgt mündlich

WP-3-401 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 401 bis 403 einfügen:
Reform der Meisterausbildung, Meistergründungsprämien und mehr Stipendien erhalten Handwerker*innen bessere Aufstiegschancen. Doch auch das Gehalt muss sich dementsprechend anpassen, damit wir genügend Fachkräfte für morgen haben, müssen Ausbildungsgehälter und Gehälter nach der Ausbildung kräftig ansteigen.

Begründung

erfolgt mündlich

WP-3-424 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 424 bis 425 einfügen:
vielfältige Perspektiven und fördern Talente durch Programme zur Förderung von Diversity Management an Hochschulen. Das neue Hochschulgesetz brachte viele Einschränkungen der Möglichkeiten und der Mitbestimmung der Studierenden mit sich. Wir werden Anwesenheitspflichten wieder verbieten und die Viertelparität rechtssicher im Senat wieder einführen. Für eine weitere Demokratisierung der Hochschulen wollen wir den Hochschulrat abschaffen.

Begründung

erfolgt mündlich

WP-3-439 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 439 bis 441 einfügen:
eine starke Mitbestimmung. Wir stellen rechtlich sicher, dass die Vertreter*innen von Beschäftigten und Studierenden in den Hochschulgremien, zum Beispiel durch ein studentisches Rektoratsmitglied, angemessen mitbestimmen können. Als Beitrag für gute Arbeitsbedingungen und

Begründung

erfolgt mündlich

WP-3-469 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 469 bis 471 einfügen:
angemessenen Mitteln und einem landesweiten Netzwerk. Dass öffentlich geförderte Forschung transparent ist und dem Frieden dient, stellen wir über die Wiedereinführung der Zivilklausel rechtlich sicher. Die Forschung an alternativen Methoden zu Tierversuchen unterstützen wir, um die

Begründung

erfolgt mündlich

WP-3-331 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 331 bis 333 einfügen:
auf der Straße, im Netz und in Institutionen. Sie machen deshalb vor unseren Schulen keinen Halt. Deswegen müssen Schüler*innen und Lehrkräften für Hass, Hetze und sexuelle Belästigung gerade im Netz sensibilisiert werden.

Begründung

erfolgt mündlich

WP-3-336 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 336 bis 339:
und rassismuskritische Aufklärungsarbeit in den Schulen des Landes noch weiter etablieren. ~~Lehrkräfte sollen dabei durch regelmäßige Fortbildungen und Handreichungen in ihrer Handlungssicherheit unterstützt werden.~~Dazu führen wir verpflichtende Aus- und Weiterbildungen für Schulpersonal zu verschiedenen Diskriminierung ein
und entwickeln Handreichungen um die Handlungssicherheit zu erhöhen. Programme wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und “Schule der Vielfalt – Schule

Begründung

erfolgt mündlich

WP-3-337 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 337 bis 339 einfügen:
etablieren. Lehrkräfte sollen dabei durch regelmäßige Fortbildungen und Handreichungen in ihrer Handlungssicherheit unterstützt werden. Dazu gehört auch eine geschlechtersensible Sprache.

Begründung

erfolgt mündlich

WP-3-337-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 337 bis 341:
etablieren. Lehrkräfte sollen dabei durch regelmäßige Fortbildungen und Handreichungen in ihrer Handlungssicherheit unterstützt werden. ~~Programme wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und “Schule der Vielfalt – Schule ohne Homophobie”~~ Antidiskriminierungsprogramme und Programme, die die gesellschaftliche Vielfalt fördern

Begründung

erfolgt mündlich

WP-3-339 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 339 bis 342 einfügen:
„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und “Schule der Vielfalt – Schule ohne Homophobie” werden wir ausbauen und weiterentwickeln. In den Lehrplänen und Schulbüchern werden wir rassismuskritische Inhalte und die Aufarbeitung der deutschen und europäischen Kolonialgeschichte stärker verankern. Zudem werden wir die Diversität der Gesellschaft in den schulischen Inhalten verankern.

Begründung

erfolgt mündlich

WP-3-247-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Text

Von Zeile 247 bis 249:
Wertesystem, unsere Demokratie zu stärken und unsere Umwelt und unser Klima zu schützen.
~~Dafür~~Umso fataler, dass die Landesregierung das Schulfach Sozialwissenschaften abgeschafft hat. Für uns ist klar: SoWi bleibt! Wir werden ~~wir~~ den SoWi Unterricht wieder einführen und den Fokus noch stärker auf die Bereiche Politik, Sozialwissenschaften und Gesellschaft legen.
Wir werden außerdem Schwerpunkte im Bereich „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“, „Antidiskriminierung“ und „Politische Bildung“ legen und die

Begründung

erfolgt mündlich

WP-3-233-2 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: KV Düsseldorf
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Von Zeile 233 bis 234:

Modern, digital, vielfältig: ~~Schüler*innen~~Menschen auf die Zukunft vorbereiten

Begründung

Das BNE im Bildungskapitel nur marginal auftaucht, ist ein eklatanter Mangel. Dem wäre abzuhelfen, indem ein Teil des Absatzes „Natur und Umwelt lernen – Wir bilden Naturschützer*innen von morgen“ von dem übergreifenden Kapitel „Lebensgrundlagen erhalten“ in das entsprechende Kapitel „Zukunft durch Bildung“ verschoben wird. An bisheriger Stelle im Entwurf wird zudem durch die Überschrift der Eindruck erweckt, es gehe um so etwas wie eine modernere Umweltbildung. Durch die Verschiebung ins Bildungskapitel wird die Bedeutung des Konzepts BNE für den Bildungsbereich hervorgehoben.

WP-3-235-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: KV Düsseldorf
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Von Zeile 235 bis 238:
Die Herausforderungen für und die Erwartungen an Schule und Bildung steigen stetig. ~~Die Welt ist im Wandel und ein Großteil der Schulkinder von heute wird zukünftig in Berufen arbeiten, die wir jetzt noch nicht kennen.~~ Die Welt ist im Wandel und für das Verständnis von und den Umgang mit dieser grundlegende Transformation ist Bildung ein Schlüssel.Darauf muss Schule reagieren. Wir wissen um die enorme Aufgabe, die Lehrkräfte hierfür fit

WP-3-406 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	KV Mönchengladbach
Beschlussdatum:	25.11.2021

Text

Von Zeile 406 bis 407 einfügen:
Qualifizierungsmöglichkeiten zum Beispiel für das Lehrpersonal in der Pflege und in der Hebammenausbildung.

Förderung der digitalen Teilhabe von Senioren*innen durch Weiterbildung
Alle Bürger*innen von jung bis alt sollten sowohl im Umgang mit der entstehenden digitalen Verwaltung als auch im Umgang mit sozialen Medien über entsprechende Kompetenzen verfügen. Bereits in der Pandemie hat sich gezeigt, dass hier insbesondere bei Senioren*innen sehr häufig Unsicherheit im Umgang und ein entsprechender Nachholbedarf besteht. Wir fördern entsprechende niederschwellige Qualifizierungsangebote.

Begründung

Senior*innen tauchen im Bereich Bildung nirgends auf.

WP-3-414-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 24.11.2021

Text

Von Zeile 414 bis 416 einfügen:
der Semesterbeiträge wollen wir sicherstellen, dass sie für Studierende gut bezahlbar werden. Damit Materialkosten im Studium nicht zu Zugangshindernissen werden, muss der Staat hier im Bedarfsfall die Kosten übernehmen. Um mehr Wohnungen für Studierende zu schaffen, fördern wir deren Neubau und Sanierung über Zuschüsse an die Studierendenwerke. Mit einer

Begründung

Es ist wichtig und richtig, dass ein Studium nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein sollte. Damit das auch in der Praxis nicht passiert, müssen auch indirekte Zugangshindernisse wie extrem hohe Materialkosten effektiv verhindert werden.

WP-3-360 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Marvin Reschinsky (KV Herford)

Text

Von Zeile 360 bis 361 einfügen:
diesen Teil. In die überbetrieblichen Lehrinhalte werden die Themen Digitalisierung und Klimaschutz aufgenommen.

Neben einer stärkeren Förderung müssen jedoch auch die Unternehmen ihrer Ausbildungspflicht stärker als bisher nachkommen, denn noch immer gibt es in manchen Regionen und Berufen deutlich zu wenige Ausbildungsplätze. Besonders in ländlicheren Regionen führen fehlende oder sinkende Ausbildungsplätze zu Abwanderung, Reduzierung des wohnortnahen Bildungsangebotes der Berufskollegs sowie zu einer Verstärkung des Fachkräftemangels. Deshalb werden wir prüfen, inwieweit Unternehmen, die bislang nicht ausbilden, solidarisch an der Ausbildung der Fachkräfte von morgen beteiligt werden können.

Begründung

Es bestehen in vielen Regionen und Berufen in NRW deutlich zu wenige Ausbildungsplätze. Das Angebot an Ausbildungsplätzen sinkt in NRW seit Jahren trotz z.T. akutem Fachkräftemangels. Auch die Anzahl von Ausbildungsbetrieben sinkt konstant, so bildeten im Bereich der IHK NRW 2019 nur noch 45.118 Betriebe von knapp 350.000 im Handelsregister erfassten Mitgliedsunternehmen aus. Auch im Handwerk sehen die Zahlen nicht besser aus, von knapp 200.000 ausbildungsfähigen Betrieben in NRW bildet nur etwas mehr als jeder sechste Handwerksbetrieb aus. Die Zahlen zeigen, dass eine freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen nicht greift.

Zwar befindet sich die Zahl der offenen Ausbildungsstellen auf einem hohen Niveau. Die fehlende Gleichverteilung der offenen Ausbildungsstellen nach Regionen, Berufen, etc. führt jedoch oftmals dazu, dass Jugendliche keinen passenden Ausbildungsplatz finden können. So verzeichnen NRW-Regionen, wie Oberhausen, Bochum, Detmold oder Hagen die höchsten Quoten bei Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben und zählen damit zu den bundesweiten Schlusslichtern. Darüber hinaus sind offene Ausbildungsstellen oftmals niedrig vergütet oder weisen andere Defizite in den Ausbildungsbedingungen auf.

Besonders im ländlichen Raum führt ein fehlendes attraktives und breites Ausbildungsangebot zu Abwanderung mit schwerwiegenden Folgen für die betroffenen Regionen. Wenn Ausbildungszahlen sinken, hat dies aber auch Folgen für das Bildungsangebot in den Berufskollegs vor Ort. Schließungen von Fachbereichen folgen, die verbleibenden Auszubildenden der Region müssen weite Wege zu ihren neuen Berufsschulen in Kauf nehmen. Eine schwer zu durchbrechende Abwärtsspirale für das lokale Ausbildungsangebot und die örtlichen Betriebe wird in Gang gesetzt.

Es ist deshalb zu überprüfen, wie Unternehmen stärker als bisher ihrer Ausbildungspflicht nachkommen, damit alle Jugendlichen einen passenden Ausbildungsplatz finden können.

Unterstützer*innen

Johannes Menze (KV Paderborn); Florian Wüpping (KV Münster); Cim Kartal (KV Bielefeld); Ismail Arabaci (KV Köln); Klaus Kurtz (KV Düsseldorf); Maik Babenhauserheide (KV Herford); Florian

Pankowski (KV Bochum); Nora Ricken (KV Düsseldorf); Björn Eckert (KV Siegen-Wittgenstein); Elisabeth Lang (KV Aachen); Jens Frantzen (KV Düsseldorf); Esther Engberding (KV Düsseldorf); Philipp Schlee (KV Düsseldorf); Martin Petermann (KV Bochum); Marietheres Mimberg (KV Aachen); Markus Rieger (KV Paderborn); Nicola Dichant (KV Köln); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Anke Tönsmann (KV Herford); Maik Biermann (KV Herford); Malte Schäffer (KV Herford); Angelika Fleischer (KV Herford); Andrea Tapp (KV Herford); Ulrike Heusinger von Waldegge (KV Herford); Derya Gür-Seker (KV Rhein-Sieg); Nabiha Ghanem (KV Soest); Walburga Halbrügge-Schneider (KV Steinfurt); David Maus (KV Düsseldorf); Katrin Feldmann (KV Aachen); Christoph Schenk (KV Köln); Robin Prömpler (KV Aachen); Moritz Oberberg (KV Bochum); Karin Schmitt-Promny (KV Aachen); Annette Von dem Bottlenberg (KV Soest); Burkhard Kalle (KV Soest); Marc Kersten (KV Köln); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Irmgard Pehle (KV Herford); Juli Scharffe (KV Münster); Karl Sasserath (KV Mönchengladbach); Norika Creuzmann (KV Paderborn); Andrea Haack (KV Herford); Gerrit Pape (KV Paderborn); Ulrich Möhl (KV Paderborn); Marvin Schuth (KV Köln); Uta Lücking (KV Höxter); Meral Thoms (KV Viersen)

WP-3-339-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: KV Dortmund
Beschlussdatum: 25.11.2021

Text

Von Zeile 339 bis 341:
„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und “Schule der Vielfalt – Schule ohne Homophobie” werden wir ausbauen und ~~weiterentwickeln~~an strengere und umfangreichere Kriterien binden, welche Rassismus und Diskriminierung wirksam entgegenwirken. In den Lehrplänen werden wir rassismuskritische Inhalte und die Aufarbeitung der deutschen und

Begründung

Gerade der Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ wird unter sehr geringen Anforderungen vergeben. 70 % aller Menschen, die an der Schule arbeiten und lernen, müssen eine Selbstverpflichtung eingehen und einmal im Jahr muss ein Projekttag zum Thema Diskriminierung an der Schule durchgeführt werden. Das ist deutlich zu wenig und bekämpft Rassismus nicht.
Die „Schule der Vielfalt“ ist dort schon deutlich weiter. Es gibt zahlreiche verpflichtende Maßnahmen, wie die Teilnahme an Vernetzungstreffen, Aus- & Fortbildungen für Lehrkräfte, Aufnahme der Vielfalt der sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten fächerübergreifend in die Lehrpläne, thematische Veranstaltungen und einige mehr.
Solche Kriterien müssen auch für die „Schule ohne Rassismus“ entwickelt und durchgesetzt werden.

WP-3-473 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Antje Grothus (KV Rhein-Erft-Kreis)

Text

Von Zeile 473 bis 475:
stärken diejenige Forschung, die den Weg in eine echte Kreislaufwirtschaft ~~eröffnet~~, hin zu Recycling, nachhaltigen Materialien und Produkten, sowie zu suffizienten Innovationen und qualitativem Wachstum eröffnet.~~[Leerzeichen]~~

Begründung

Wir tun uns leider schwer mit dem Begriff Suffizienz und Postwachstumsstrategien. Dennoch ist an dieser Stelle ein Hinweis auf suffziente Innovationen angebracht. Hier die Begründung:

Ø https://www.aramis.admin.ch/Texte/?ProjectID=44950

„Dies meint, dass eine Entkoppelung des Ressourcenverbrauchs vom Wirtschaftswachstum mit Effizienz- und Konsistenzansätzen allein nicht ausreichend ist. Zusätzlich müssen wir die Wohlfahrt/ Lebensqualität vom Wirtschaftswachstum entkoppeln (bpsw. mit einer Suffizienzstrategie). Der bisher eng gefasste Innovationsbegriff – meistens auf Produkte und Technologien – soll breiter gefasst werden. Insbesondere sollen immaterielle Formen von Innovationen wie neue Gouvernanz-Strukturen, veränderte Lebensstile und Konsumpraktiken, neuartige Kooperationen und Partizipationsformen oder auch Kommunikationsformen mehr Betrachtung erfahren. Das heisst, technische und soziale Innovationen müssen gleichwertig diskutiert werden.“,

Unterstützer*innen

Lilo Schmitz (KV Rhein-Erft-Kreis); Yvonne Elisabeth Anna Zimmermann (KV Rhein-Erft-Kreis); Martin Bender (KV Rhein-Erft-Kreis); Britta Bojung (KV Rhein-Erft-Kreis); Bela Kassan (KV Rhein-Erft-Kreis); Marion Küke (KV Rhein-Erft-Kreis); Karin Schmitt-Promny (KV Aachen); Katrin Feldmann (KV Aachen); Niklas Graf (KV Wesel); Philipp Noack (KV Aachen)

WP-3-55-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Leon Schlömer (KV Köln)

Text

Von Zeile 55 bis 56:
Studienplätze an den Berufsschulen und Hochschulen werden wir dem Bedarf in der Berufspraxis ~~anpassen~~entsprechend stark erhöhen.

Begründung

Die Praxis zeigt, dass der Bedarf schon jetzt höher ist als das Angebot. Eine bedarfsgerechte Anpassung heißt daher Erhöhung, das kann und sollte man so formulieren.

Unterstützer*innen

Jonas Ebersbach (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Dilara Ates (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Benedikt Enderer (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Julia Woller (KV Köln); Marc Kersten (KV Köln); Kornelia von Pidoll (KV Köln); Christiane Klingenburg-Steinhausen (KV Köln); Phi Burghardt (KV Köln); Monika Götze (KV Köln); Valentin Westerboer (KV Köln); Bünyamin Özkaya (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Katrin Schäfer-Rosenmüller (KV Köln); Sami Chakkour (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln)

WP-3-248 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Ali Bas (KV Warendorf)

Text

Von Zeile 248 bis 250 einfügen:
schützen. Dafür werden wir Schwerpunkte im Bereich „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“, „Antidiskriminierung“, "Medienkompetenz" und „Politische Bildung“ legen und die Weichen dafür stellen, dass außerschulische Bildungsangebote und -orte verstärkt

Begründung

Der kritische und kompetente Umgang mit dem Internet und Social Media muss in der Schule verstärkt trainiert werden. Gerade in Zeiten von Fakenews müssen Nutzer*innen in der Lage sein, diese sachlich und kritisch einzuordnen.

Unterstützer*innen

Katja Behrendt (KV Warendorf); Gerhard Klünder (KV Warendorf); Hedwig Tarner (KV Warendorf); Jürgen Blümer (KV Warendorf); Jessica Wessels (KV Warendorf); Elisabeth Hollenhorst (KV Warendorf); Tatjana Scharfe (KV Warendorf); Sabine Grohnert (KV Warendorf); Madelaine Valeska Grap (KV Warendorf); Karl Stelthove (KV Warendorf); Jens Steiner (KV Borken); Musa Bagrac (KV Hamm); Anna Lena Laumann (KV Warendorf)

WP-3-250-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Ali Bas (KV Warendorf)

Text

Von Zeile 250 bis 252 einfügen:
Weichen dafür stellen, dass außerschulische Bildungsangebote und -orte verstärkt genutzt werden. „Politische Bildung“ soll ebenso verstärkt die gesellschaftspolitischen und historischen Hintergründe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte berücksichtigen, u.a. vor dem Hintergrund antidemokratischer und nationalistischer Entwicklungen in den ehemaligen Herkunftsländern, die auch Einfluss auf NRW haben.

Begründung

Politische Bildung muss in einer pluralen und demokratischen Gesellschaft weiterentwickelt werden und auch die gesellschaftspolitischen und historischen Hintergründe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte mitdenken. Antidemokratische und nationalistische Entwicklungen im Ausland sind auch in den Communities von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte Themen und beeinflussen diese. Ausländische Regierungen versuchen in diesem Kontext politischen Einfluss auf hier lebende Communities zu gewinnen, um für ihre antidemokratischen und mitunter extremistischen Positionen zu werben. Das kann nicht im Sinne eines friedlichen und demokratischen Miteinanders in NRW sein.

Unterstützer*innen

Elisabeth Hollenhorst (KV Warendorf); Gerhard Klünder (KV Warendorf); Hedwig Tarner (KV Warendorf); Jürgen Blümer (KV Warendorf); Katja Behrendt (KV Warendorf); Jessica Wessels (KV Warendorf); Sabine Grohnert (KV Warendorf); Madelaine Valeska Grap (KV Warendorf); Karl Stelthove (KV Warendorf); Jens Steiner (KV Borken); Musa Bagrac (KV Hamm); Anna Lena Laumann (KV Warendorf)

WP-3-412 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Christopher Margraf (KV Münster)

Text

Von Zeile 412 bis 414 einfügen:
finanzielle Unterstützung. Wir sehen den Staat in der Verantwortung dafür zu sorgen, dass ein Studium nicht am Geldbeutel oder an anderen sozialen Hürden scheitert. Bei der Preisentwicklung der Semesterbeiträge wollen wir sicherstellen, dass sie für Studierende gut

Begründung

Es sind nicht nur die monetären, sondern auch „mentale“, bzw. soziokulturelle Problematiken, die Hürden für die Aufnahme eines Studiums darstellen.

Unterstützer*innen

Anna Lena Krug (KV Münster); Simon Haack (KV Münster); Luis Hotten (KV Dortmund); Sonja Völker (KV Münster); Mike Wördemann (KV Münster); Ulrich Kathöfer (KV Münster); Tim Lautner (KV Münster); Nicolas Sylvester Stursberg (KV Münster); Ilka Sander-Maas (KV Münster); Peter Umlauf (KV Münster)

WP-3-415 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Christopher Margraf (KV Münster)

Text

Von Zeile 415 bis 417 einfügen:
bezahlbar werden. Um mehr Wohnungen für Studierende zu schaffen, fördern wir deren Neubau und Sanierung über erhöhte Zuschüsse an die Studierendenwerke. Mit einer Studienstarthilfe von bis zu 1.000 Euro fördern wir bedürftige

Begründung

Die Zuschüsse existieren bereits, aber müssen deutlich erhöht werden, damit mehr Wohnheimplätze geschaffen werden können und Studierende in den Sozialbeiträgen an die Studierendenwerke entlastet werden können.

Unterstützer*innen

Anna Lena Krug (KV Münster); Simon Haack (KV Münster); Luis Hotten (KV Dortmund); Sonja Völker (KV Münster); Mike Wördemann (KV Münster); Ulrich Kathöfer (KV Münster); Tim Lautner (KV Münster); Nicolas Sylvester Stursberg (KV Münster); Ilka Sander-Maas (KV Münster); Peter Umlauf (KV Münster)

WP-3-433 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Christopher Margraf (KV Münster)

Text

Von Zeile 433 bis 435 einfügen:
Karrierewege abseits einer Professur. Studentische Hilfskräfte brauchen einen eigenen Tarifvertrag und eine gesetzlich verankerte Vertretung an den Hochschulen. Wir wollen mehr Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen oder Juniorprofessuren, für die nach einer erfolgreichen

Begründung

Die SHK-Vertretung soll wieder gesetzliche Pflicht an den Hochschulen werden.

Unterstützer*innen

Anna Lena Krug (KV Münster); Simon Haack (KV Münster); Luis Hotten (KV Dortmund); Sonja Völker (KV Münster); Tim Lautner (KV Münster); Nicolas Sylvester Stursberg (KV Münster); Peter Umlauf (KV Münster); Nicolai-Leonid Bathen (KV Münster); Marcus Lamprecht (KV Viersen); Gerrit Pape (KV Paderborn); Katrin Lögering (KV Dortmund); Hannah Rosenbaum (KV Dortmund)

WP-3-434 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Christopher Margraf (KV Münster)

Text

Von Zeile 434 bis 436:
eigenen Tarifvertrag. Wir wollen mehr Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen ~~oder~~und Juniorprofessuren, für die nach einer erfolgreichen Bewährungszeit eine unbefristete Professur garantiert wird. Wissenschaftliche

Begründung

Warum entweder-oder? Wir brauchen in beiden Bereichen mehr Stellen, da wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und Juniorprofessor*innen unterschiedliche Arbeitsschwerpunkte haben

Unterstützer*innen

Anna Lena Krug (KV Münster); Sonja Völker (KV Münster); Ulrich Kathöfer (KV Münster); Mike Wördemann (KV Münster); Nicolas Sylvester Stursberg (KV Münster); Peter Umlauf (KV Münster); Gerrit Pape (KV Paderborn); Katrin Lögering (KV Dortmund); Alexandra Michels (KV Münster); Felix Berger (KV Dortmund); Ramona Karatas (KV Recklinghausen)

WP-3-480 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Christopher Margraf (KV Münster)

Text

Von Zeile 480 bis 484:
Unternehmen ein deutlich anderes Verständnis von Datenschutz haben als wir. Daher wollen wir die interdisziplinäre Digitalisierungsforschung und die Entwicklung digitaler Lösungen in NRW stärker fördern. Insbesondere IT-Sicherheit~~,~~ und neue Quantentechnologien ~~und eine interdisziplinäre Forschung~~ werden dabei gezielt unterstützt. Wir fördern die Forschung und Entwicklung zu Künstlicher Intelligenz (KI) erheblich stärker, insbesondere in

Begründung

Nur Forschung über die Digitalisierung bringt die Hochschulen nicht voran. Wir brauchen ebenfalls eine Digitalisierung an den Hochschulen und in der Wissenschaft. Um Methodik und Forschungsfelder zu entwirren, streichen wir „interdisziplinär“ an unterer Stelle und schieben es hoch.

Unterstützer*innen

Anna Lena Krug (KV Münster); Sonja Völker (KV Münster); Ulrich Kathöfer (KV Münster); Raphaela Blümer (KV Warendorf); Tim Lautner (KV Münster); Nicolas Sylvester Stursberg (KV Münster); Peter Umlauf (KV Münster); Nicolai-Leonid Bathen (KV Münster); Marcus Lamprecht (KV Viersen); Gerrit Pape (KV Paderborn); Katrin Lögering (KV Dortmund); Hannah Rosenbaum (KV Dortmund)

WP-3-485 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Christopher Margraf (KV Münster)

Text

Von Zeile 485 bis 487:
den Bereichen Nachhaltigkeit, Verwaltung und Mittelstand. Dabei setzen wir auf eine solche KI, die ~~daten- und~~ energiesparsam sowie im Ergebnis diskriminierungsfrei ist und die unserem Datenschutzniveau entspricht. Wir fördern ideell die Digitalisierung

Begründung

Datensparsamkeit ist keine sinnvolle Forderung an KI, denn diese lebt von möglichst großen Datenmengen. Datensparsamkeit gehört zum Datenschutz (und der ist ja schon erwähnt). KI ist das Erkennen von Mustern und die Zuordnung zu diesen – also Diskriminierung. Diskriminierungsfrei ist nur eine Forderung an das Ergebnis.

Unterstützer*innen

Anna Lena Krug (KV Münster); Simon Haack (KV Münster); Luis Hotten (KV Dortmund); Sonja Völker (KV Münster); Mike Wördemann (KV Münster); Ulrich Kathöfer (KV Münster); Silvia Marx (KV Münster); Nicolas Sylvester Stursberg (KV Münster); Peter Umlauf (KV Münster); Nicolai-Leonid Bathen (KV Münster)

WP-3-469-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Christopher Margraf (KV Münster)

Text

Von Zeile 469 bis 471:
angemessenen Mitteln und einem landesweiten Netzwerk. Dass öffentlich geförderte Forschung transparent ist und nicht gegen das Gebot verstößt, dem Frieden ~~dient~~zu dienen, stellen wir rechtlich sicher. Dafür schreiben wir die Zivilklausuel wieder im Hochschulgesetz fest.. Die Forschung an alternativen Methoden zu Tierversuchen unterstützen wir, um die

Begründung

Wiedereinführung der Zivilklausel.

Unterstützer*innen

Anna Lena Krug (KV Münster); Luis Hotten (KV Dortmund); Mike Wördemann (KV Münster); Ulrich Kathöfer (KV Münster); Tim Lautner (KV Münster); Nicolas Sylvester Stursberg (KV Münster); Peter Umlauf (KV Münster); Nicolai-Leonid Bathen (KV Münster); Marcus Lamprecht (KV Viersen); Gerrit Pape (KV Paderborn); Hannah Rosenbaum (KV Dortmund)

WP-3-448 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Christopher Margraf (KV Münster)

Text

Von Zeile 448 bis 450:
eine klimaneutrale Wissenschaft bis 2035 ein. Dazu gehört ein Modernisierungsprogramm, das den Sanierungsstau in der Wissenschaft ~~aufbaut~~abbaut, sowie ein Förderprogramm für die Einrichtung von Green Offices mit studentischer Beteiligung. Hochschulen, Universitätskliniken und Studierendenwerke werden damit

Begründung

Wir wollen Sanierungsstau hoffentlich abbauen und nicht aufbauen.

Es braucht zentrale Stellen an den Hochschulen die für Nachhaltigkeit verantwortlich sind und an denen sich alle Akteur*innen einbringen können. Eine Form davon sind zum Beispiel Green Offices, die an vielen Universitäten schon positive Effekte und deutliche Verbesserungen im Bereich Nachhaltigkeit hervorgebracht haben.

Unterstützer*innen

Anna Lena Krug (KV Münster); Simon Haack (KV Münster); Luis Hotten (KV Dortmund); Tim Lautner (KV Münster); Nicolas Sylvester Stursberg (KV Münster); Peter Umlauf (KV Münster); Nicolai-Leonid Bathen (KV Münster); Marcus Lamprecht (KV Viersen); Gerrit Pape (KV Paderborn); Katrin Lögering (KV Dortmund); Hannah Rosenbaum (KV Dortmund)

WP-3-321 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Heike Marré (KV Düren)

Text

Von Zeile 321 bis 323 einfügen:
allen Schulformen willkommen und werden zu dem für sie bestmöglichen Abschluss begleitet. Für Kinder mit Schwierigkeiten beim Lesen, Schreiben und Rechnen schaffen wir die gesetzlichen Voraussetzungen für eine bestmögliche Unterstützung: Wir überarbeiten den LRS- Erlass und erarbeiten erstmalig für NRW einen Dyskalkulie-Erlass. Gelingende Inklusion ist eine Frage der Ressourcen. Wir sind überzeugt, dass das gemeinsame Lernen eine Bereicherung für alle ist. Wir werden

Begründung

„Inklusion im weit(er)en Sinne“ legt- im Gegensatz zur jetzigen Bildungspolitik der Landesregierung- die Definition der UN-Behindertenkommission zu Grunde, allen Kindern erfolgreiche Partizipation und Teilhabe am allgemeinen Bildungssystem zu ermöglichen. Neben den Kindern mit Förderschwerpunkten (ca. 7%) sind dies auch solche mit weiteren medizinischen Diagnosen (Teilleistungsschwächen). Hierunter fällt z.B. neben Lese-Rechtschreib-Störungen/Legasthenie (ca. 5-12 % der Kinder) auch Dyskalkulie (ca. 6 - 8%), aber eben auch mit Migrationshintergrund bzw. Fluchterfahrungen und Deutsch als Zweit-/Fremdsprache (ca. 13%), die bislang aus dem politischen Inklusionskonzept herausfallen.
Der LRS-Erlass muss entsprechend erweitert werden.
Einen Dyskalkulie-Erlass HAT Nordrhein-Westfalen – im Gegensatz zu anderen Bundesländer – gar nicht. Auch u.a. in Hinblick auf die geänderten ZP-10-Vorgaben in Mathematik ist es dringend notwendig, dass ein solcher Erlass auch für NRW erstellt und verabschiedet wird.

Beide Erlasse sind grundlegend, um die Chancengleichheit der LRS- bzw. Dyskalkulie-Kinder bei Schulabschlüssen zu gewährleisten.

Unterstützer*innen

Jessica Stenders (KV Düren); Regina Kühn (KV Olpe); Manuela Köninger (KV Siegen-Wittgenstein); Sigrid Beer (KV Paderborn); Nermin Ermis (KV Düren); Annette Von dem Bottlenberg (KV Soest); Jan Meißner (KV Düren); Tina Görg-Mager (KV Rhein-Sieg); Karin Schmitt-Promny (KV Aachen); Hans-Ulrich Bangert (KV Unna); Anja Lamodke (KV Bonn); Sylvia Brüders (KV Düren); Uta Lücking (KV Höxter); Wilhelm Roer (KV Soest); Beate Barabasch (KV Mettmann); Daniel Flieger (KV Düren); Burkhard Pohl (KV Lippe); Stephanie Bethmann (KV Rhein-Erft-Kreis); Hendrik Flöttmann (KV Soest); Margarete Moll (KV Düren); Annelie Gretel Wulff (KV Krefeld); Christopher Löhr (KV Düren); Jörg Thiele (KV Krefeld); Gönül Eglence (KV Essen); Benjamin Zander (KV Krefeld); Lars Himmler (KV Düren); Arnold Evertz (KV Ennepe-Ruhr); Herbert Pelzer (KV Düren); Sabine Auerswald (KV Düren); Manuel Carrasco Molina (KV Düren); Stephanie Theiß (KV Düren); Peter Meindl (KV Düren); Julia Müller (KV Krefeld)

WP-3-450 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Christopher Margraf (KV Münster)

Text

Von Zeile 450 bis 452 einfügen:
Hochschulen, Universitätskliniken und Studierendenwerke werden damit klimagerecht saniert. Wir geben den Hochschulen, Universitätsklinken und Studierendenwerken die Möglichkeit höhere Baustandards vom BLB einzufordern. Wir wollen die Lehre nachhaltig machen, indem mehr Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Studiengängen vermittelt wird. Dafür fördern

Begründung

Der BLB baut aktuell nur nach gesetzlichen Standards. Die Hochschulen haben bisher auch nicht die Möglichkeiten höhere Standards einzufordern und selber zu finanzieren. Das wollen wir mit diesem Absatz ändern.

Unterstützer*innen

Anna Lena Krug (KV Münster); Simon Haack (KV Münster); Luis Hotten (KV Dortmund); Mike Wördemann (KV Münster); Ulrich Kathöfer (KV Münster); Tim Lautner (KV Münster); Peter Umlauf (KV Münster); Nicolai-Leonid Bathen (KV Münster); Marcus Lamprecht (KV Viersen); Gerrit Pape (KV Paderborn); Katrin Lögering (KV Dortmund); Hannah Rosenbaum (KV Dortmund)

WP-3-450-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Christopher Margraf (KV Münster)

Text

Von Zeile 450 bis 452 einfügen:
Hochschulen, Universitätskliniken und Studierendenwerke werden damit klimagerecht saniert. Bauprojekte an Hochschulen lassen wir durch paritätisch besetzte Baukommissionen begleiten. Wir wollen die Lehre nachhaltig machen, indem mehr Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Studiengängen vermittelt wird. Dafür fördern

Begründung

Alle Akteur*innen der Hochschule sollen sich an Bauprojekten beteiligen und somit die Bedürfnisse ihrer Statusgruppe über eine Baukommission einbringen können und Hochschulspezifische Standards für Ausstattungen festlegen.

Unterstützer*innen

Anna Lena Krug (KV Münster); Luis Hotten (KV Dortmund); Nicolas Sylvester Stursberg (KV Münster); Peter Umlauf (KV Münster); Nicolai-Leonid Bathen (KV Münster); Marcus Lamprecht (KV Viersen); Gerrit Pape (KV Paderborn); Katrin Lögering (KV Dortmund); Hannah Rosenbaum (KV Dortmund); Felix Berger (KV Dortmund); Uta Wilms (KV Münster)

WP-3-452 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Christopher Margraf (KV Münster)

Text

Von Zeile 452 bis 454 einfügen:
für nachhaltige Entwicklung in den Studiengängen vermittelt wird. Dafür fördern wir einen öffentlichen Dialog mit allen Akteur*innen an den Hochschulen, scheiben Nachhaltigkeitsberichte im Hochschulgesetz fest und schaffen die Möglichkeit auf ein studium oecologicum.. Damit wir noch bessere Instrumente und Wege zur Klimaneutralität finden, richten wir

Begründung

Nachhaltigkeitsberichte sind aus Transparenzgründen sehr wichtig und ermöglichen eine Vergleichbarkeit der Hochschulen. Das Studium oecologicum bietet Studierenden die Möglichkeit sich neben ihrem Studium mit Nachhaltigkeitsthemen zu befassen und sich in diesem Bereich fortzubilden.

Unterstützer*innen

Anna Lena Krug (KV Münster); Simon Haack (KV Münster); Luis Hotten (KV Dortmund); Raphaela Blümer (KV Warendorf); Tim Lautner (KV Münster); Nicolas Sylvester Stursberg (KV Münster); Peter Umlauf (KV Münster); Nicolai-Leonid Bathen (KV Münster); Marcus Lamprecht (KV Viersen); Gerrit Pape (KV Paderborn); Katrin Lögering (KV Dortmund); Hannah Rosenbaum (KV Dortmund)

WP-3-437 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Christopher Margraf (KV Münster)

Text

Von Zeile 437 bis 439 einfügen:
Karrieren von Frauen unterstützen wir mit einem Mentoring- und Stipendienprogramm für Promotionen und Habilitationen. Besetzungskommissionen besetzten wir quotiert und geben den Gleichstellungsbeauftragten ein umfangreiches Veto-Recht. Gute Arbeit braucht auch eine starke Mitbestimmung. Wir stellen rechtlich sicher, dass die

Begründung

Durch die Quotierung von Besetzungskommissionen und das Veto-Recht der Gleichstellungsbeauftragten schaffen wir eine Möglichkeit zur geschlechter-gerechteren Besetzung von Professuren.

Unterstützer*innen

Anna Lena Krug (KV Münster); Simon Haack (KV Münster); Luis Hotten (KV Dortmund); Nicolai-Leonid Bathen (KV Münster); Marcus Lamprecht (KV Viersen); Gerrit Pape (KV Paderborn); Katrin Lögering (KV Dortmund); Hannah Rosenbaum (KV Dortmund); Alexandra Michels (KV Münster); Felix Berger (KV Dortmund); Uta Wilms (KV Münster); Ramona Karatas (KV Recklinghausen)

WP-3-437-3 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Christopher Margraf (KV Münster)

Text

Von Zeile 437 bis 439 einfügen:
Karrieren von Frauen unterstützen wir mit einem Mentoring- und Stipendienprogramm für Promotionen und Habilitationen. Wir setzten uns dafür ein, Awareness-strukturen anzubieten und fördern die Gender-Forschung in NRW. Gute Arbeit braucht auch eine starke Mitbestimmung. Wir stellen rechtlich sicher, dass die

Begründung

Die Förderung von Gender-Forschung und Awareness-Strukturen schafft die Grundlage, damit sich FINTA*-Personen jetzt und in Zukunft wohler in der Wissenschaft fühlen.

Unterstützer*innen

Luis Hotten (KV Dortmund); Nicolas Sylvester Stursberg (KV Münster); Marcus Lamprecht (KV Viersen); Gerrit Pape (KV Paderborn); Katrin Lögering (KV Dortmund); Hannah Rosenbaum (KV Dortmund); Felix Berger (KV Dortmund); Uta Wilms (KV Münster); Ramona Karatas (KV Recklinghausen); Jan Kirchner (KV Münster)

WP-3-437-2 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Christopher Margraf (KV Münster)

Text

Von Zeile 437 bis 439 einfügen:
Karrieren von Frauen unterstützen wir mit einem Mentoring- und Stipendienprogramm für Promotionen und Habilitationen. Ebenfalls sollen Stil- und Wickelräume zukünftig geschlechtsneutral und flächendeckend zur Verfügung stehen. Für Studierende und Beschäftige mit Kind fördern wir Kindertagesstätten an Universitäten um die Randzeitbetreuung zu verbessern.Gute Arbeit braucht auch eine starke Mitbestimmung. Wir stellen rechtlich sicher, dass die

Begründung

Kinderversorgung ist nicht an das Geschlecht gebunden. Daher müssen Stil- und Wickelräume geschlechtsneutral zugänglich sind und nicht nur auf Frauen-Toiletten vorhanden sein. Außerdem sollen sie flächendeckend zur Verfügung stehen. Eine Verbesserung der Randzeitbetreuung ist notwendig, damit Studierende und Beschäftigte mit Kind an Vorlesungen, Seminaren und Praktika teilnehmen können und dennoch ihr Kind sicher behütet wissen.

Unterstützer*innen

Anna Lena Krug (KV Münster); Simon Haack (KV Münster); Luis Hotten (KV Dortmund); Sonja Völker (KV Münster); Mike Wördemann (KV Münster); Silvia Marx (KV Münster); Nicolas Sylvester Stursberg (KV Münster); Dorothea Deppermann (KV Münster); Peter Umlauf (KV Münster); Marcus Lamprecht (KV Viersen); Gerrit Pape (KV Paderborn); Katrin Lögering (KV Dortmund); Hannah Rosenbaum (KV Dortmund)

WP-3-464 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Christopher Margraf (KV Münster)

Text

Von Zeile 464 bis 466 einfügen:
Reduzierung der Lehrverpflichtung von Professor*innen, mit zusätzlichen Professuren und Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen sowie Lehrkräfte für besondere Aufgaben. Wir sichern wissenschaftlichen Nachwuchs dieser Hochschulen durch eine verlässliche

Begründung

Zusatz muss hinzugefügt werden, da an Hochschulen für angewandte Wissenschaften diese, zusätzlich zu den Professor*innen, für Lehre eingesetzt werden.

Unterstützer*innen

Anna Lena Krug (KV Münster); Sonja Völker (KV Münster); Ulrich Kathöfer (KV Münster); Mike Wördemann (KV Münster); Nicolas Sylvester Stursberg (KV Münster); Peter Umlauf (KV Münster); Nicolai-Leonid Bathen (KV Münster); Gerrit Pape (KV Paderborn); Katrin Lögering (KV Dortmund); Alexandra Michels (KV Münster); Felix Berger (KV Dortmund); Ramona Karatas (KV Recklinghausen)

WP-3-486 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	27.11.2021

Text

Von Zeile 486 bis 488 löschen:
eine solche KI, die daten- und energiesparsam sowie diskriminierungsfrei ist und die unserem Datenschutzniveau entspricht. Wir fördern ~~ideell~~ die Digitalisierung der Wissenschaft in Forschung, Lehre, Verwaltung, Infrastruktur und Services.

Begründung

"ideel" streichen, da es ansonsten so klingt, als wollten wir die Digitialisierung der Wissenschaft nicht mit finanziellen Mitteln, sondern nur mit "warmen Worten" fördern und das ist bestimmt nicht gemeint, oder?

WP-3-481 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	27.11.2021

Text

Von Zeile 481 bis 483 einfügen:
Daher wollen wir die Digitalisierungsforschung in NRW stärker fördern. Insbesondere IT-Sicherheit, Data Science, neue Quantentechnologien und eine interdisziplinäre Forschung werden dabei gezielt unterstützt. Wir fördern die Forschung und

Begründung

Data Science / Datenanalyse ist das Sektor übergreifend meist nachgefragte IT-Einsatzprofil und der Mangel an Analysten und Expertiese hier ein zunehmendes Problem für zukunftsfähige Wertschöpfung.

WP-3-236 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	27.11.2021

Text

Von Zeile 236 bis 239 einfügen:
stetig. Die Welt ist im Wandel und ein Großteil der Schulkinder von heute wird zukünftig in Berufen arbeiten, die wir jetzt noch nicht kennen. Und so wie Lesen, Schreiben und Rechnen als elementare Kulturtechniken der Moderne erst ein mündiges und selbstbestimmtes Leben in einer immer komplexeren Industriegesellschaft ermöglicht haben, so werden Kenntnisse und Fertigkeiten im Bereich Codes, Algorithmen, Datenvernetzung und Computational Thinking Grundlage für soziale Teilhabe und gesamtgesellschaftlichen Fortschritt in der digitalen Gesellschaft sein. Darauf muss Schule reagieren. Wir wissen um die enorme Aufgabe, auch die Lehrkräfte hierfür fit und mit neuen Medien und Techniken vertraut zu machen und dies in den laufenden

Begründung

Genauso wie die Vergemeinschaftung der basalen Kulturtechniken Lesen/Schreiben/Rechnen via allgemeiner Schulpflicht erst die moderne (Indstrie-) Gesellschaft mit ihren ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Freiheiten und Fortschritten ermöglicht hat, bedarf es der Vergemeinschaftung der basalen Kulturtechniken des digitalen Zeitalters, um auch in dieser neuen Epoche der Menschheit frei, gleich, brüderlich und nachhaltig (sinnhaft) zusammenleben zu können. Denn die Mündigkeit bzw. Souveränität von Individuen, Gruppen und der Gesellschaft als Ganzes steht und fällt im 21. Jahrhundert insbesondere mit unseren Anpassungs- und Lösungsstrategien gegenüber einer digital strukturierten Lebens- und Erlebenswelt.

Die dafür nötige digitale Kompetenz oder Mündigkeit kommt aber nicht mit dem Möbelwagen, sie steht/fällt nicht mit der Verfügbarkeit und der Einübung von digitalen Tools/Lösungen (Hard-/Software), sondern mit den informatischen Kenntnissen und Fertigkeiten dahinter. Genau so, wie es nicht Stift, Papier, Lineal, xy etc. sind, nicht die Medien selbst, die uns in die Moderne gebracht haben, sondern die Kulturtechniken dahinter, also das Lesen/Schreiben und Rechnen, das dann immer neue Technologien/Medien hervorgebracht hat, auf/mit denen wir lesen/schreiben und rechnen. In der Digitalen Gesellschaft kommt es gleichfalls auf die dahinter stehenden Kulturtechniken an, also auf Kenntnisse und Fertigkeiten im Bereich Codes, Algorithmen, Datenvernetzung und Computational Thinking, um nicht nur User, sondern Creator sein zu können, also selbstverständlich, kreativ und souverän in und gegenüber einer digitalen Gesellschaft mit ihren immer neuen Medien, Tools/Lösungen (Hard-/Software) selbstbestimmt leben zu können.

WP-3-242-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 242 bis 243 einfügen:
Wir sorgen so dafür, dass informatische Grundlagen für alle und das Lernen mit digitalen Medien in allen Schulen in NRW funktionieren kann und zur Selbstverständlichkeit im Schulalltag wird. Auch

Begründung

Genauso wie die Vergemeinschaftung der basalen Kulturtechniken Lesen/Schreiben/Rechnen via allgemeiner Schulpflicht erst die moderne (Indstrie-) Gesellschaft mit ihren ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Freiheiten und Fortschritten ermöglicht hat, bedarf es der Vergemeinschaftung der basalen Kulturtechniken des digitalen Zeitalters, um auch in dieser neuen Epoche der Menschheit frei, gleich, brüderlich und nachhaltig (sinnhaft) zusammenleben zu können. Denn die Mündigkeit bzw. Souveränität von Individuen, Gruppen und der Gesellschaft als Ganzes steht und fällt im 21. Jahrhundert insbesondere mit unseren Anpassungs- und Lösungsstrategien gegenüber einer digital strukturierten Lebens- und Erlebenswelt.

Die dafür nötige digitale Kompetenz oder Mündigkeit kommt aber nicht mit dem Möbelwagen, sie steht/fällt nicht mit der Verfügbarkeit und der Einübung von digitalen Tools/Lösungen (Hard-/Software), sondern mit den informatischen Kenntnissen und Fertigkeiten dahinter. Genau so, wie es nicht Stift, Papier, Lineal, xy etc. sind, nicht die Medien selbst, die uns in die Moderne gebracht haben, sondern die Kulturtechniken dahinter, also das Lesen/Schreiben und Rechnen, das dann immer neue Technologien/Medien hervorgebracht hat, auf/mit denen wir lesen/schreiben und rechnen. In der Digitalen Gesellschaft kommt es gleichfalls auf die dahinter stehenden Kulturtechniken an, also auf Kenntnisse und Fertigkeiten im Bereich Codes, Algorithmen, Datenvernetzung und Computational Thinking, um nicht nur User, sondern Creator sein zu können, also selbstverständlich, kreativ und souverän in und gegenüber einer digitalen Gesellschaft mit ihren immer neuen Medien, Tools/Lösungen (Hard-/Software) selbstbestimmt leben zu können.

WP-3-424-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	27.11.2021

Text

Von Zeile 424 bis 425 einfügen:
vielfältige Perspektiven und fördern Talente durch Programme zur Förderung von Diversity Management an Hochschulen. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass der Weg von der Schule ins Studium und vom Bachelor zum Master mit digitalen Werkzeugen transparenter wird: Es soll einfacher werden, zu erfahren, welche Voraussetzungen (noch) notwendig sind, um ein Studium beginnen oder sich auf einen Master zu bewerben.

Begründung

erfolgt mündlich

WP-3-493 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Christopher Margraf (KV Münster)

Text

Von Zeile 493 bis 494 einfügen:
Innovationen eingeführt werden. Durch problem- oder projektorientierte Gestaltung wird das forschende und selbstständige Lernen gestärkt. Hochschuldidaktische Initiativen werden gefördert.

Begründung

Vorteile von Problem- oder projektorientierte Gestaltung usw. sind bekannt, aber es finden zu wenige Initiativen statt für die Hochschullehrenden, damit sie die Techniken auch einsetzen möchten und können.

Unterstützer*innen

Anna Lena Krug (KV Münster); Luis Hotten (KV Dortmund); Ulrich Kathöfer (KV Münster); Mike Wördemann (KV Münster); Nicolas Sylvester Stursberg (KV Münster); Peter Umlauf (KV Münster); Nicolai-Leonid Bathen (KV Münster); Gerrit Pape (KV Paderborn); Marcus Lamprecht (KV Viersen); Katrin Lögering (KV Dortmund); Hannah Rosenbaum (KV Dortmund)

WP-3-424-2 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Christopher Margraf (KV Münster)

Text

Von Zeile 424 bis 425 einfügen:
vielfältige Perspektiven und fördern Talente durch Programme zur Förderung von Diversity Management an Hochschulen.

Weil Studierende uns nicht egal sind - Lehre an Hochschulen neu denken

Wir wollen die Lehre an Hochschulen in NRW für alle verbessern und insgesamt inklusiver gestalten. Um die Betreuungsrelation zu verbessern, passen wir die Zwei-Drittel-Regel im Studiumsqualitätsgesetz flexibel an, sodass auch SHK darunter fallen. Wir etablieren ein Förderprogramm für barrierefreie Lehre. Damit sollen zum Beispiel der Einbau von Induktionsschleifenanlagen, die Anschaffung von höhenverstellbaren Tischen und der Einbau von höhenverstellbaren Abzügen in Laboren gefördert werden. Die Drittversuchs-Regelung wollen wir NRW-weit abschaffen und damit den psychischen Druck auf Studierende verringern. Nachteilsausgleiche wollen wir Studierenden-freundlicher ausgestalten. Anwesenheitspflichten sollten nur mit sehr guter Begründung eingesetzt werden dürfen. Durch die Förderung von digitaler Vorlesungstechnik schaffen wir die Möglichkeit zu hybrider Lehre und zur Aufzeichnung von Vorlesungen. Die Anzahl der Grundschullehramts-Studienplätze wollen wir deutlich erhöhen und Lehramts-Studiengänge mit den Schwerpunkten Sonderförderung und Inklusion sowie mit dem Schwerpunkt Begabtenförderung einrichten. Die Interdisziplinarität der Lehre und den Austausch zwischen den Fächern fördern wir unter anderem über die Möglichkeit eines Studium Generale. Das Praktische Jahr im Medizinstudium gestalten wir NRW-weit fairer und Studierendenfreundlicher. An Krankenhäusern undinsbesondere den Universitätskliniken fördern wir die Einrichtung von interprofessionellen Ausbildungsstationen, in denen PJler*innen und Pflegerschüler*innen im dritten Lehrjahr gemeinsam für Patient*innen Verantwortung übernehmen. Wir schaffen berufsbegleitende Studienplätze und Teilzeitstudiengänge zum Beispiel für das Lehrpersonal in der Pflegeausbildung und in anderen Gesundheitsfachberufen.

Begründung

Es geht direkt vom Hochschulzugang zu den Arbeitsbedingungen an der Universtität. Der Lehraspekt wird komplett weggelassen. Das soll dieser ÄA ändern.

Begründungen der einzelnen Sätze:
- Die Lehre soll inklusiver werden, damit auch behinderte und chronisch-kranke Studierende mehr gewürdigt werden.

- Die 2/3-Regel schreibt vor, dass 2/3 der QVM für festangestelltes Lehrpersonal aufgewendet werden müssen. Die Betreuung in Tutorien, Seminaren, Übungen, Praktika und quasi allen Bereichen abseits der Vorlesungen geschieht häufig über SHK Kräfte. Diese tragen also erheblich zur Verbesserung der Lehre und der Betreuungsrelation bei. Daher sollten auch SHK-Kräfte unter diese 2/3-Regelung fallen.

- Behinderte und chronisch-kranke Studierende profitieren massiv von einem Förderprogramm. Induktionsschleifenanlagen bieten höreingeschränkten Studierenden die Möglichkeit der Vorlesung besser folgen zu können.

- Der Drittversuch (im Staatsexamen Jura der Zweitversuch) baut auf Studierende einen unglaublichen psychischen Druck auf. Es gibt Studierende, die deshalb eine Therapie beginnen oder zu Ritalin und anderen Substanzen greifen, nur um nicht durchzufallen. Das Problem ist, dass wenn man z.B. nach drei Versuchen die Statistik-Vorlesung noch nicht bestanden hat, es nicht mehr möglich ist irgendein Fach in Deutschland zu studieren in dem es ein Statistik-Modul gibt. Vielfach waren dann 2 Jahre Studium umsonst. Der Drittversuch (und generell die Begrenzung der Versuche) ist ein leistungsgesellschaftliches Relikt, dass eigentlich keine Daseinsberechtigung mehr hat. Warum sollen wir Studierende so massiv einschränken und ihnen vielleicht auch ihre Zukunft versperren?

- Anwesenheitspflicht bezieht sich hier auf die Pflicht an Seminaren, Tutorien etc. teilzunehmen. Gerade für Studierende mit Kind, pflegende Angehörige und Studis, die sich etwas dazuverdienen müssen, führt eine weit gefasste Anwesenheitspflicht dazu, dass ihnen enorme Hürden in den Weg gestellt werden, die bis zu einem Studiumsabbruch führen können.

- Es gibt bisher kein Förderprogramm dafür, sondern die Unis müssen das selber stemmen, was für kleine Hochschulen oft schwierig ist. Eine digitale Möglichkeit der Teilnahem schafft für Studierende erhöhte Flexibilität, baut Hürden ab und kann so dazu beitragen, das Studium einfacher leichter zugänglich zu gestalten.

- Der Bedarf an Grundschullehrer*innen ist sehr hoch und die Anzahl an Studienplätzen enstpricht nicht der Nachfrage nach Absolvent*innen und nicht der Anzahl an Beweber*innen. Daher sollen mehr Studienplätze diesen Bedarf abfedern. Die Lehramtsstudiengänge zu Begabtenförderung und Sonderförderung/Inklusion tragen dem Inklusionsgedanken und der Individualität von Schüler*innen Geltung. Es soll vermittelt werden mehr auf die individuellen Stärken und Schwächen der Schüler*innen einzugehen und explizit Talente zu fördern und Schwächen auszugleichen.

- Die Ausgestaltung des Studium generale kann den Hochschulen selbst überlassen werden. Möglich wäre zum Beispiel, das Studium Generale als 1-2 Semester vor dem eigentlichen Bachelor anzubieten (orientierungsbietend), andere Möglichkeiten wären die Anrechenbarkeit in den einzelnen Studiengängen oder die Möglichkeit, ein Zertifikat neben dem eigentlich Studiengang zu erwerben (ähnlich der Fachsprachausbildung bei den Jurist*innen)

- Das PJ ist mehr als einfach nur der letzte Abschnitt des Medizinstudiums. Es verbindet theoretisches Wissen mit praktischen Kenntnissen und Fertigkeiten. Außerdem soll es angemessen auf den ärztlichen Arbeitsalltag vorbereiten und eine Orientierungshilfe bei der Wahl der anschließenden Facharztweiterbildung bieten. Vor diesem Hintergrund sind optimale und verlässliche Rahmenbedingungen für ein Faires PJ erforderlich. Zu einem fairen PJ zählt zum Beispiel eine monatliche PJ-Vergütung i.H.v. mindestens 350 Euro. Die PJ-Vergütung kann mit einer Aufwandsentschädigung oder in Form einer sonstigen Vergütung bzw. sonstigen Zulage erfüllt werden. Eine sonstige Zuwendung kann beispielsweise ein Verpflegungskostenzuschuss, ein Wohnkostenzuschuss oder ein Fahrtkostenzuschuss sein, welcher allen PJ-Studierenden zusteht. Den PJ-Studierenden muss während der regulären Arbeitszeit auch Zeit zum Selbststudium eingeräumt werden.

- Der Aufbau einer interprofessionellen Ausbildungsstation findet nicht im luftleeren Raum statt. Vielmehr treffen die Ideen und gestalterischen Ziele, mit denen sie Ihr Ansinnen verfolgen, im Krankenhauskontext auf einen laufenden Versorgungsbetrieb, ein hochgradig ausdifferenziertes soziotechnisches System und somit auf eine komplexe organisationale Umwelt. Die Station, auf der sie Ihr Projekt umsetzen wollen, hat ihre eigene Historie, ihre etablierten Routinen und damit verbundene Behar- rungstendenzen, und nicht alle Menschen, die dort arbeiten, werden unmittelbar im Projektteam involviert sein. Das Gleiche gilt natürlich auch für andere Abteilungen und Funktionsbereiche im Klinikum, die mitunter stärker an reibungslosen Abläufen interessiert sein mögen, denn an innovativen Ausbildungskonzepten. Und doch sind alle in irgendeiner Weise von Ihrem Projekt betroffen – sei es als zentrale Praxisanleitung, IT-Support oder PJ-Beauftragte, sei es als

PDL oder als Oberärztin der Nachbarstation an der Schnittstelle – während sie gleichermaßen auf die Mitwirkung der unterschiedlichsten Akteure angewiesen sind. https://www.gesundheitskongresse.de/dresden/2018/dokumente/praesentationen/Ballnus-Rene---Interprofessionelle-Ausbildungsstation.pdf?m=1524569111&

Unterstützer*innen

Anna Lena Krug (KV Münster); Luis Hotten (KV Dortmund); Ulrich Kathöfer (KV Münster); Silvia Marx (KV Münster); Nicolas Sylvester Stursberg (KV Münster); Tim Lautner (KV Münster); Ilka Sander-Maas (KV Münster); Peter Umlauf (KV Münster); Nicolai-Leonid Bathen (KV Münster); Marcus Lamprecht (KV Viersen); Gerrit Pape (KV Paderborn); Katrin Lögering (KV Dortmund); Hannah Rosenbaum (KV Dortmund)

WP-3-405 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Christopher Margraf (KV Münster)

Text

Von Zeile 405 bis 407 löschen:
des Lehrpersonals gestiegen. Wir schaffen berufsbegleitende Qualifizierungsmöglichkeiten zum Beispiel für das Lehrpersonal in der Pflege ~~und in der Hebammenausbildung.~~

Begründung

Es gibt keinen Ausbildungsberuf zur Hebamme mehr (ist jetzt ein Studium), daher hier streichen und neu einfügen im Hochschulteil.

Unterstützer*innen

Anna Lena Krug (KV Münster); Sonja Völker (KV Münster); Raphaela Blümer (KV Warendorf); Ulrich Kathöfer (KV Münster); Mike Wördemann (KV Münster); Silvia Marx (KV Münster); Peter Umlauf (KV Münster); Nicolai-Leonid Bathen (KV Münster); Katrin Lögering (KV Dortmund); Felix Berger (KV Dortmund); Uta Wilms (KV Münster)

WP-3-27 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Nils Behler (KV Dortmund)

Text

Von Zeile 27 bis 28 einfügen:
einen Beruf nicht mehr für das ganze Leben zu treffen. Mit mehr Weiterbildung in jeder Lebensphase schaffen wir Halt im Wandel. Das darf bei Menschen mit Behinderungen nicht an mangelnder Assistenz scheitern.

Begründung

Es wäre schade, wenn Behinderten Menschen der Zugang zur Bildung durch einen Mangel an Assistenz nicht möglich wäre. Dieser Antrag ist einer von mehreren Anträgen einer Gruppe von Menschen mit Behinderung aus NRW.

Unterstützer*innen

Marc Kersten (KV Köln); Nabiha Ghanem (KV Soest); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Dennis Sonne (KV Coesfeld); Philipp Küpperbusch (KV Wesel); Irmgard Pehle (KV Herford); Andreas Müller (KV Essen); Ralf Schulz (KV Ennepe-Ruhr); Juli Scharffe (KV Münster); Philipp Hoffmann (KV Mülheim); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Lena Cornelissen (KV Bonn); Manfred Becker (KV Bonn); Anja Beiers (KV Warendorf)

WP-3-351-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Nils Behler (KV Dortmund)

Text

Von Zeile 351 bis 353 einfügen:
setzen uns für die Weiterentwicklung des Erfolgsmodells „Kein Abschluss ohne Anschluss“ ein und fördern weiterhin die Berufseinstiegsbegleitung. und stärken diese vor allem für Menschen mit Behinderungen. Dabei müssen Begabung, charakterliche Eignung und persönliche Neigung im Vordergrund stehen. Damit alle Jugendlichen auch in Krisenzeiten in die Zukunft starten können, wollen wir

Begründung

Auch Menschen mit einer Behinderung sollten beim Einstieg in den Beruf nach Begabung und Neigung und nicht etwa nach ihrer Behinderung begleitet und beraten werden. Dazu sollten sie nach Abschluss der Schule Praktika in Verschiedenen Berufsfeldern machen können um die Möglichkeit zu haben eigene Erfahrungen zu sammeln.

HINWEIS: Dieser Antrag ist einer von vielen, der in einer Arbeitsgruppe für Inklusion durch mehrere Mitglieder erarbeitet wurde.

Unterstützer*innen

Marc Kersten (KV Köln); Nabiha Ghanem (KV Soest); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Philipp Küpperbusch (KV Wesel); Irmgard Pehle (KV Herford); Andreas Müller (KV Essen); Ralf Schulz (KV Ennepe-Ruhr); Juli Scharffe (KV Münster); Philipp Hoffmann (KV Mülheim); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Lena Cornelissen (KV Bonn); Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Andreas Wern (KV Leverkusen)

WP-3-265-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: KV Leverkusen
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 265 bis 267:
Lehrkräften versorgen. Wir entlasten das pädagogische Personal von Verwaltungsaufgaben~~, damit~~. Außerdem definiert sich Arbeitszeit von Lehrkräften in Zukunft nicht mehr ~~Zeit fürs Lehren bleibt~~nur über das Stundendeputat im Unterricht, sondern bezieht zum Beispiel Individualbetreuung, Teamzeiten, Fortbildungen u.a. ~~Deshalb~~mit ein. So werden wir mit Kulturagent*innen, Inklusionspat*innen, Schulsozialarbeiter*innen,

Begründung

Eine Entlastung von Verwaltungsaufgaben greift zu kurz. Eine Arbeitszeitstudie von 2018 in Niedersachsen (vgl. Niedersächsisches Kultusministerium: https://www.mk.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen/expertengremium-arbeitszeitanalyse-legt-abschlussbericht-vor-170499.html) hat gezeigt, dass mehr als die Hälfte aller Lehrkräfte weit mehr als die vorgesehenen 46 Stunden (Ferien sind eingerechnet) arbeitet. Insgesamt gibt es aber ganz erhebliche Differenzen zwischen denen, die viel und denen, die unterdurchschnittlich arbeiten. Das liegt daran, dass im Durchschnitt nur 70 Prozent der Arbeitszeit auf Unterricht und dessen Vorbereitung entfällt und die Belastung durch andere außerunterrichtliche Aufgaben und Fortbildung von Lehrkraft zu Lehrkraft stark differiert. Einer Metastudie der Uni Göttingen (https://kooperationsstelle.uni-goettingen.de/projekte/expertise-zeiterfassungsstudien-in-deutschland/) zufolge sank der Anteil des reinen Unterrichtens für Gymnasiallehrer sogar auf 30%. Soll eine Lehrkraft mit ihrem gesamten Deputat also sowohl für den Unterricht als auch für die Arbeit im Team (bezahlt) zur Verfügung stehen, kann nicht das Stundendeputat die maßgebliche Größe für die Besoldung bleiben.

WP-3-319 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	KV Leverkusen
Beschlussdatum:	27.11.2021

Text

Von Zeile 319 bis 323:
braucht Zeit und Beharrlichkeit. Wir wollen uns dem stellen. Unser Ziel ist weiterhin eine Pädagogik der Vielfalt: ~~Alle Kinder sind an allen Schulen und an allen Schulformen willkommen und werden zu dem für sie bestmöglichen Abschluss begleitet. Gelingende Inklusion ist eine Frage der Ressourcen.~~ Gelingende Inklusion ist eine Frage der Ressourcen. Gemeinsames Lernen ist eine Bereicherung für alle. Wir sind überzeugt, dass das gemeinsame Lernen eine Bereicherung für alle ist. Wir werden

Begründung

Gemeinsames Lernen soll er für alle Bildungsbereiche gelten, nicht nur explizit für die Schule

WP-3-319-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	KV Leverkusen
Beschlussdatum:	27.11.2021

Text

Von Zeile 319 bis 321:
braucht Zeit und Beharrlichkeit. Wir wollen uns dem stellen. Unser Ziel ist weiterhin eine ~~Pädagogik~~Bildung der Vielfalt: Alle Kinder sind an allen Schulen und an allen Schulformen willkommen und werden zu dem für sie bestmöglichen Abschluss

WP-3-329-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: KV Leverkusen
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 329 bis 330:
Rassismus, Antisemitismus, Homo- und ~~Transphobie~~Transfeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind Realität im Alltag vieler Menschen,

Begründung

Wegen der Begriffsähnlichkeit zu einem Angstzustand (Phobie) und der damit einhergehenden Verharmlosung der strukturellen Gewalt gegen trans Menschen sollte eher von Transfeindlichkeit gesprochen werden, da es sich um gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit handelt.

WP-3-337-2 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: KV Leverkusen
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 337 bis 339 einfügen:
etablieren. Lehrkräfte sollen dabei durch regelmäßige Fortbildungen und Handreichungen in ihrer Handlungssicherheit unterstützt werden. Zusätzlich sollen rassifizierte Lehrkräfte bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingestellt werden. Programme wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und “Schule der Vielfalt – Schule

Begründung

Rassismus ist nach wie vor ein wirkungsmächtiges, omnipräsentes Phänomen und Ausdruck von Gewalt, Unterdrückung und Diskriminierung. Obwohl oft bagatellisiert, ist er wieder verstärkt in der Mitte der Gesellschaft sichtbar und salonfähig. Wir stellen uns entschieden gegen jede Form von Rassismus, da dieser eine Bedrohung für die Stabilität und soziale Integrität unserer Gesellschaft, die Demokratie an sich und die Menschenrechte darstellt.

Für viele Schüler*innen sind Lehrer*innen wichtige Bezugspersonen, schließlich verbringen sie einen Großteil ihrer Zeit in der Schule. Somit fungieren Lehrer*innen auch als Vorbilder, denn Heranwachsende suchen nach Orientierung und finden diese in der Regel bei den Erwachsenen.

Rassifizierte Lehrkräfte haben somit nicht nur eine wichtige Vorbild-, sondern auch Empowerement-Funktion. Außerdem arbeiten wir durch diese Selbstverpflichtung aktiv gegen institutionellen Rassismus an.

Zum Begriff „rassifiziert“ s. Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e.V. (IDA): https://bit.ly/30WTP9u

WP-3-349 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: KV Leverkusen
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 349 bis 351 einfügen:
richtigen Ausbildungsberuf. Sie muss an allen Schulformen stattfinden und die Schülerinnen und Schüler abschluss- und geschlechterunabhängig gleichermaßen ansprechen. Wir setzen uns für die Weiterentwicklung des Erfolgsmodells „Kein Abschluss ohne

Begründung

Das Ziel der Berufsorientierung ist es, junge Menschen zu befähigen, eigene Entscheidungen im Hinblick auf den Übergang in das Studium oder in das Erwerbsleben zu treffen. Aus diesem Grund ist es wichtig, Schüler*innen jeder Schulform auch unabhängig vom angestrebten Schulabschlusses der jeweiligen Schulform zu beraten. Wir bestärken Schüler*innen so, den für sie passenden Abschluss und Ausbildungsweg anzustreben.

WP-3-421 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	KV Leverkusen
Beschlussdatum:	27.11.2021

Text

Von Zeile 421 bis 423 einfügen:
stärken die Beauftragten für Studierende mit Behinderung und chronischer Erkrankung und machen Inklusion zur Querschnittsaufgabe in Forschung, Lehre und Administration. Und wir fördern den Ausbau der psychologischen Beratung an Hochschulen und Studierendenwerken. Wir fördern in Bildung und Forschung

Begründung

Inklusion findet an den Hochschulen bisher wenig Beachtung. Die Beantragung von Nachteilsausgleichen ist undurchsichtig und mit Hürden verbunden. Bildungs- und Chancengerechtigkeit können wir jedoch nur erreichen, wenn wir unsere Hochschulen auch wirklich zugänglich für alle machen. Die Entscheidung für ein Studium oder eine akademische Karriere darf nicht davon abhängig sein, ob man eine Behinderung hat.

WP-3-247-3 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: KV Düsseldorf
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Von Zeile 247 bis 253:
Wertesystem, unsere Demokratie zu stärken und unsere Umwelt und unser Klima zu schützen. Dafür werden wir Schwerpunkte im Bereich ~~„Bildung für Nachhaltige Entwicklung“, „Antidiskriminierung“ und „Politische Bildung“ legen und die Weichen dafür stellen, dass außerschulische Bildungsangebote und -orte verstärkt genutzt werden. Die Schule der Zukunft setzt vermehrt auf Gestaltungskompetenzen statt auf reines Faktenwissen.~~„Antidiskriminierung“ und „Politische Bildung“ legen. Besonders fördern werden wir transformative bzw. Gestaltungskompetenzen.Dabei leitet uns das Konzept der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), das wir in allen Bildungsbereichen fest verankern werden. Das Wissen über die internationalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (sustainable development goals) und die sozial-ökologische Transformation zur Erreichung dieser Ziele werden so in die Breite der Gesellschaft getragen – von der Kita, über die Lehrerinnenbildung bis zur Senioren-Uni. Dafür setzen wir einen Rahmen, der von den Bildungsträgern mit ihren didaktischen Konzepten mit Leben gefüllt werden kann. In den regionalen Bildungsnetzwerken wird Bildung für nachhaltige Entwicklung zu einer tragenden Säule. Wir fördern außerschulische Kooperationspartnerschaften und bauen die BNE-Regionalzentren zu einem landesweiten BNE-Landesnetzwerk aus, das mehr Projekte, Netzwerkpartner und kommunale Aktivitäten beinhaltet und die Weichen dafür stellen, dass außerschulische Bildungsangebote und -orte verstärkt genutzt werden. . Die Mitwirkung von Schüler*innen- und Elternvertretung soll auf der kommunalen Ebene verankert werden.

Begründung

Die LAG Bildung unterstützt diesen Änderungsantrag.
Das BNE im Bildungskapitel nur marginal auftaucht, ist ein eklatanter Mangel. Dem wäre abzuhelfen, indem ein Teil des Absatzes „Natur und Umwelt lernen – Wir bilden Naturschützer*innen von morgen“ von dem übergreifenden Kapitel „Lebensgrundlagen erhalten“ in das entsprechende Kapitel „Zukunft durch Bildung“ verschoben wird. An bisheriger Stelle im Entwurf wird zudem durch die Überschrift der Eindruck erweckt, es gehe um so etwas wie eine modernere Umweltbildung. Durch die Verschiebung ins Bildungskapitel wird die Bedeutung des Konzepts BNE für den Bildungsbereich hervorgehoben.

WP-3-98 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	KV Bochum und Wattenscheid
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 98 bis 100 einfügen:
an den Kitas noch immer zu wenig männliche Erzieher. Mit gezielter Ansprache wollen wir sie für diesen Beruf gewinnen. Hierzu legen wir ein Programm „Soziale Jungs“ auf, mit dem Kommunen Beratungsstellen einrichten können, die männliche Jugendliche während der Betriebspraktika in der 9. Klasse an soziale Berufe heranführen.Auch sind Menschen mit anderen Berufserfahrungen für das Team wertvoll. Der Quereinstieg in den Beruf der

Von Zeile 104 bis 105 einfügen:
Helferin eingesetzt werden, wollen wir durch Weiterqualifizierung das Angebot machen, in den Kitas zu bleiben.Das Programm der Alltagshelfer*innen wird solange fortgeführt, bis angemessene Personalschlüssel beschlossen und umgesetzt sind.

WP-3-274 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	KV Bochum und Wattenscheid
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 274 bis 275 einfügen:
Eingangsbesoldung) – nicht nur für die neu ausgebildeten Lehrer*innen – ist unser Ziel. Wir werden die Personalzuordnungen und die Klassengrößen am Sozialindex der Schulen ausrichten und Schulen mit einem hohen Sozialindex deutlich besser ausstatten als Schulen mit einem niedrigen Sozialindex. Darüber hinaus entwickeln wir mit den Hochschulen und den Schulämtern vor Ort Angebote und Maßnahmen, die Studierende pädagogischer Studiengänge gezielt an die Begleitung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen durch Nachhilfe und weitere unterstützende Maßnahmen heranführt und in die Zusammenarbeit mit Lehrer*innen, die Schul-Sozialarbeit, die Umsetzung von Lernförderung nach BuT und Umsetzung der Corona-Nachholprogramme einbindet..

WP-3-474-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Alexander Tietz-Latza (KV Aachen)

Text

Von Zeile 474 bis 475 einfügen:
eröffnet, hin zu Recycling, nachhaltigen Materialien und Produkten. Forschung und Lehre zur Ökologie des Waldes fördern wir besser.
Eine zusätzliche Förderung langfristig orientierter Präventionsforschung im Zusammenhang mit Covid-19 zur Ermittlung von alterns-assoziierten Prozessen für die derzeitige, aber besonders auch für zukünftige Gefährdungssituationen begrüßen wir. Wir werden uns dafür einsetzten, NRW als Standort für das im Ampelkoalitionsvertrag vereinbarte Zentrum für Alternsforschung zu etablieren.

Begründung

Gerade in einer Pandemie wird die herausragende Bedeutung der Forschung und Prävention, insbesondere auch für ältere Menschen deutlich.

Unterstützer*innen

Marc Kersten (KV Köln); Anna Haas (KV Rhein-Sieg); Ingelore Fohr (KV Düsseldorf); Andreas Wern (KV Leverkusen); Markus Spitzer-Pachel (KV Essen); Ilona Schäfer (KV Wuppertal); Hans Schwanitz (KV Köln); Harald Wölter (KV Münster); Gerda Bruhn (KV Aachen); Bianca Schöttelndreier (KV Duisburg); Marianne Michael-Fränzel (KV Rhein-Kreis-Neuss)

WP-3-7 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Europa, Frieden, Internationales (EFI)
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 7 bis 9 einfügen:
Die Welt wandelt sich. Sie wird digital, erfordert Teamwork und die Fähigkeit, neue Probleme zu lösen. Sie wird global, erfordert ein fundiertes Wissen europäischer und internationaler Zusammenhänge, in denen unsere Grundwerte der Freiheit, des Friedens, der Gerechtigkeit und der Menschenrechte von uns und unseren Kindern immer wieder verteidigt werden müssen. Wie sollen Bildungseinrichtungen Schritt halten, wenn nicht einmal das WLAN funktioniert und die Deutschlehrerin wieder nur einen

Begründung

Wir wollen, dass auch die Bildung in NRW konsequent europäisch und international gedacht wird. Die Welt vernetzt sich immer rasanter und unsere Kindern brauchen das Rüstzeug, um sich in dieser globalisierten Welt orientieren sowie agieren zu können. Nicht zuletzt bedeutet dies, dass wir unsere Gesellschaft nachhaltig stärken auch in einem internationalen Systemwettbewerb immer wieder für unser Wertesystem zu kämpfen.

WP-3-32-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Europa, Frieden, Internationales (EFI)
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 32 bis 33 einfügen:
mit. Wir stehen für freie Hochschulen, an denen hochwertige Lehre, gute Arbeitsbedingungen und exzellente Forschung Hand in Hand gehen. Kooperationen mit Partner*innen in autoritären Regimen müssen auf unsere freiheitlichen Werte aufbauen und Forschung und Lehre darf nicht durch externe Einflussnahme eingeschränkt werden.

Begründung

Wir wahren die Hochschulfreiheit und beobachten zugleich eine steigende Einflussnahme von autoritären Staaten (insbesondere China) auf Lehre und Forschung. Hier darf sich die Landesregierung nicht einfach wegducken, sondern muss klare Stellung beziehen.
Weitere Infos: https://matthi-bolte.de/2021/10/25/pressemitteilung-einfluss-chinas-an-hochschulen-ist-nicht-akzeptabel/

WP-3-247-4 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: KV Düsseldorf
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Von Zeile 247 bis 253:
Wertesystem, unsere Demokratie zu stärken und unsere Umwelt und unser Klima zu schützen. Dafür werden wir Schwerpunkte im Bereich ~~„Bildung für Nachhaltige Entwicklung“, „Antidiskriminierung“ und „Politische Bildung“ legen und die Weichen dafür stellen, dass außerschulische Bildungsangebote und -orte verstärkt genutzt werden. Die Schule der Zukunft setzt vermehrt auf Gestaltungskompetenzen statt auf reines Faktenwissen. Die~~„Antidiskriminierung“ und „Politische Bildung“ legen und die Weichen dafür stellen, dass außerschulische Bildungsangebote und -orte verstärkt genutzt werden. Besonders fördern werden wir transformative bzw. Gestaltungskompetenzen. Dabei leitet uns das Konzept der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), das wir in allen Bildungsbereichen fest verankern werden. Das Wissen über die internationalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (sustainable development goals) und die sozial-ökologische Transformation zur Erreichung dieser Ziele werden so in die Breite der Gesellschaft getragen – von der Kita, über die Lehrerinnenbildung bis zur Senioren-Uni. Dafür setzen wir einen Rahmen, der von den Bildungsträgern mit ihren didaktischen Konzepten mit Leben gefüllt werden kann. In den regionalen Bildungsnetzwerken wird Bildung für nachhaltige Entwicklung zu einer tragenden Säule. Wir fördern außerschulische Kooperationspartnerschaften und bauen die BNE-Regionalzentren zu einem landesweiten BNE-Landesnetzwerk aus, das mehr Projekte, Netzwerkpartner und kommunale Aktivitäten beinhaltet und die Weichen dafür stellen, dass außerschulische Bildungsangebote und -orte verstärkt genutzt werdenDie Mitwirkung von Schüler*innen- und Elternvertretung soll auf der kommunalen Ebene verankert werden.

Begründung

Das BNE im Bildungskapitel nur marginal auftaucht, ist ein eklatanter Mangel. Dem wäre abzuhelfen, indem ein Teil des Absatzes „Natur und Umwelt lernen – Wir bilden Naturschützer*innen von morgen“ von dem übergreifenden Kapitel „Lebensgrundlagen erhalten“ in das entsprechende Kapitel „Zukunft durch Bildung“ verschoben wird. An bisheriger Stelle wird zudem durch die Überschrift der Eindruck erweckt, es gehe um so etwas wie eine moderne Umweltbildung. Durch die Verschiebung ins Bildungskapitel wird die Bedeutung des Konzepts BNE für den Bildungsbereich hervorgehoben.

WP-3-274-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Kreisverband Essen
Beschlussdatum: 25.11.2021

Text

Von Zeile 274 bis 275 einfügen:
Eingangsbesoldung) – nicht nur für die neu ausgebildeten Lehrer*innen – ist unser Ziel.

Zusätzlich verdienen Quer- und Seiteneinsteiger:innen in Anlehnung an ihre verbeamteten Kolleg:innen gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Die tarifliche Eingruppierung wird daher für Quer- und Seiteneinsteiger:innen entsprechend verbessert.

Begründung

Die Bedingungen unter denen Quer- und Seiteneinsteriger:innen arbeiten, müssen gerecht und attraktiv sein. Zurzeit werden Quer- und Seiteneinsteriger:innen trotz gleicher Arbeit schlechter bezahlt, als verbeamtete Lehrer:innen. Dieser Schieflage muss ausgleichen werden.

WP-3-122-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Kreisverband Essen
Beschlussdatum: 25.11.2021

Text

Nach Zeile 122 einfügen:
Transparenzoffensive
Wir wollen die Entscheidungsgrundlagen Eltern versachlichen und vor allem transparenter gestalten, denn Kinder haben unterschiedliche Bedürfnisse - und Schulen haben unterschiedliche Stärken und Schwächen. Deshalb sollten wir ein Gesetz auf dem Weg bringen, das das Recht der Eltern stärkt, alle relevanten Informationen über die Qualität der Bildungseinrichtung ihres Kindes zu erhalten und zu erfahren, wie eine Bildungseinrichtung sich im Vergleich zu anderen Einrichtungen verhält. Dieses Gesetz trägt dann auch dazu bei, den Eltern eine datenbasierte Entscheidung zu ermöglichen, in welche Schule sie ihr Kind entsenden. Viele Daten liegen auch schon vorher, sind aber nur schwer zugänglich oder/und lesbar und noch weniger einheitlich. Dies stellt eine Zugangshürde insbesondere für einkommensschwächere Bevölkerungsteile dar, die faktisch dazu führt, dass es in der Regel nur bildungsnahen Familien gelingt, eine informierte Entscheidung für ihr Kind zu fällen. Idealerweise entsteht so zugleich ein - digitaler - Ort, an dem diese Daten leicht zugänglich sind. Auch eine Intensivierung und Institutionalisierung der schulischen Wirkungsmessung und zur regionalen Bildungsberichterstattung sollte ein Ziel sein.

Begründung

Transparenz ist die Voraussetzung wirksamer Lernprozesse und ermöglicht Veränderung. Heute wählen Eltern die Schule für ihr Kind im Wesentlichen nach Beratung durch Grundschullehrkräfte aber vor allem nach Gefühl und Hörensagen. Diese Entscheidung sollte versachlicht werden.

WP-3-267 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Kreisverband Essen
Beschlussdatum: 25.11.2021

Text

Von Zeile 267 bis 271:
Kulturagent*innen, Inklusionspat*innen, Schulsozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen, Quereinsteiger*innen, Verwaltungskräften, IT-Fachkräften ~~und vielen anderen Menschen dafür sorgen, dass unsere Schüler*innen ein breites Bildungsangebot in allen Schulformen und damit echte Chancen für ihre Zukunft erhalten.~~

sowie Expertise aus der Zivilgesellschaft und vielen anderen Menschen dafür sorgen, dass unsere Schüler*innen ein breites Bildungsangebot in allen Schulformen und damit echte Chancen für ihre Zukunft erhalten.

Begründung

Wir wissen, dass es in der Zivilgesellschaft bereits viel Expertise zu diversen Themen gibt, die seit Jahren aufgebaut wurden. Es ist unrealistisch zu erwarten, dass alle Lehrkräfte zu Expert:innen in allen notwendigen Feldern werden. Das müssen sie auch nicht. Stattdessen müssen wir Schulen öffnen, um notwendige und bedarfsgerechte Expertise in Schule zu holen. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen im WP zu nennen ist auch ein Zeichen für Anerkennung und Wertschätzung. Schulsozialarbeit allein kann das nicht lösen und ist auf Dauer kostspieliger, als bedarfsorientierte Unterstützung ggf. auch temporär einzuholen.

WP-3-270-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Kreisverband Essen
Beschlussdatum: 25.11.2021

Text

Von Zeile 270 bis 271 einfügen:
Bildungsangebot in allen Schulformen und damit echte Chancen für ihre Zukunft erhalten.

Wir wollen außerdem das Problem der zu geringen Diversität der Lehrer:innenschaft adressieren und angehen. Daher wollen wir insbesondere Menschen mit Fluchterfahrung für die Arbeit an Schulen gewinnen und befähigen. Hierfür wollen wir die Anerkennung ausländischer Schulabschlüsse und im Ausland gewonnene Berufserfahrung deutlich verbessern und erleichtern.
Zudem wollen wir zur Gewinnung weiterer Gruppen, namentlich mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, Erstakademiker:innen und sogenannte Bildungsaufsteiger:innen durch Überarbeitung der Voraussetzungen und Qualifizierungsangebote im Rahmen des Seiten – und Quereinstiegs, zB durch Training-on-the-Job-Angebote oder duale Ausbildungsmöglichkeiten deutlich erleichtern. Unnötige Hürden wollen wir abbauen und den Arbeitsort Schule damit attraktiver für mehr Menschen machen

Begründung

Ein großes Problem in der Schullandschaft stellt nach wie vor das Verhältnis von Lehrkräften mit Zuwanderungsgeschichte und Schüler:innen mit selbiger dar. Schülerinnen und Schüler brauchen Vorbilder und auch die Lehrer:innenzimmer müssen die Einwanderungsgesellschaft abbilden. Jedes 4. Kind hat einen Migrationshintergrund, die Lehrer:innen aber nicht. Auch im Zuge der Neuzuwanderung und den Fluchterfahrungen von immer mehr Kindern macht dies erforderlich.

Darüber hinaus fehlt auch mehr männliches Lehrpersonal zB an Grundschulen und der Arbeitsort Schule ist für wenig Menschen attraktiv genug, um einen Karrierewechsel anzustreben. Gleichzeitig fehlen in Deutschland rund 200.000 Lehrkräfte. Wir müssen also an unseren Strukturen etwas ändern um hier Abhilfe zu schaffen.

WP-3-252-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: KV Rhein-Sieg
Beschlussdatum: 25.11.2021

Text

Von Zeile 252 bis 253 einfügen:
statt auf reines Faktenwissen. Die Mitwirkung von Schüler*innen- und Elternvertretung soll auf der kommunalen Ebene verankert werden.
Viele Probleme (z.B. Klimawandel, Pandemien) lassen sich nur international lösen. Zudem lernt man kulturelle Vielfalt unter anderem dadurch zu schätzen, dass man sie selbst erlebt. Umso früher das der Fall ist, umso einfacher und nachhaltiger ist dies. Wir fördern daher kurz- und langfristige Austauschbegegnungen in allen Schulformen und auch für Studierende und Azubis. Für Chancengerechtigkeit sollen einkommensabhängige Förderungen zur Verfügung stehen. Lehrkräfte sollen bei der Etablierung und Durchführung von Austauschprojekten unterstützt werden.

Begründung

Die Förderung des Jugend- und Studierendenaustauschs fehlte komplett im Programmentwurf und könnte an dieser Stelle gut passen.

WP-3-225-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Ursula Schmitz (KV Mönchengladbach)

Text

Von Zeile 225 bis 227:
überlassen. Wir wollen unsere Schulen fit für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts machen und Innovation ermöglichen.
Für die weiterführenden Schulen streben wir eine strukturelle Veränderung der Schullandschaft an. ~~Dafür~~ Durch den Ausbau von Gesamtschulen und die Abkehr vom mehrgliedrigen Schulsystem fördern wir ein verlängertes gemeinsames Lernen aller Schüler*innen. Wir ersparen vielen jungen Menschen die frustrierende Erfahrung eines Schulformwechsels. Zudem trägt diese Maßnahme zur Reduzierung der Zahl von Schulabgänger*innen ohne Abschluss bei.
Für die Verwirklichung neuer Ideen werden wir unseren Schulen mehr pädagogische Freiheit geben, denn sie wissen selbst am besten, was ihre

Begründung

Der Aspekt des längeren gemeinsamen Lernens und die damit verbundene Forderung nach Ausbau des Gesamtschulen und nach Abkehr vom mehrgliedrigen Schulsystem fehlt im Wahlprogramm.

Unterstützer*innen

Thomas Schmieder (KV Mönchengladbach); Micaela Popov (KV Mönchengladbach); Anita Parker (KV Mönchengladbach); Ulrich Wulf (KV Mönchengladbach); Gerd Schaeben (KV Mönchengladbach); Claudia Schüller (KV Mönchengladbach); Jonas Gesthuysen (KV Mönchengladbach); Boris Wolkowski (KV Mönchengladbach); Marion Manske (KV Mönchengladbach); Fabian Sneider (KV Mönchengladbach)

WP-3-248-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Europa, Frieden, Internationales (EFI)
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 248 bis 250 einfügen:
schützen. Dafür werden wir Schwerpunkte im Bereich „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“, „Antidiskriminierung“, „Europa“, „Frieden“ und allgemeine „Politische Bildung“ legen und die Weichen dafür stellen, dass außerschulische Bildungsangebote und -orte verstärkt

Begründung

Zur Stärkung unseres Wertesystems und der Demokratie sind Kompetenzen im Bereich von Europa und Frieden essentiell. Nicht zuletzt garantiert uns die EU seit Jahrzehnten Frieden in Europa.

WP-3-360-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Europa, Frieden, Internationales (EFI)
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 360 bis 361 einfügen:
diesen Teil. In die überbetrieblichen Lehrinhalte werden die Themen Digitalisierung und Klimaschutz aufgenommen. Des Weiteren profitieren Auszubildene und Ausbildungsbetriebe von europäischem Austausch. Wir starten eine Informationskampagne über Angebote, die im Kontext von ERASMUS+ zur Verfügung stehen und treten vor allem mit kleinen und mittelständigen Betrieben in den Dialog, um für die Möglichkeiten von ERASMUS+ zu werben.

Begründung

Erasmus+ wird zu oft nur als Förderprogramm für Studierende gesehen. Uns ist es wichtig, dass wir auch jungen Menschen in der Ausbildung die Möglichkeit geben, Auslandserfahrung zu sammeln und sich über Ländergrenzen hinweg zu vernetzen. Jedoch stellt die dezentrale Struktur mit vielen kleineren Ausbildungsbetrieben eine Herausforderung da. Es fehlt an Know-How und Umsetzungskapazitäten, um einen Austausch zu organisieren. Wir wollen Betriebe ermutigen, ihren Auszubildenen die Chance zu geben, ein Erasmus-Angebot anzunehmen und dabei klar kommunizieren, dass auch Ausbildungsbetriebe dadurch profitieren. Eine Erasmus-Erfahrung stärkt nicht nur die interkulturelle Kompetenz, sondern trägt u.a. auch zu mehr Selbstständigkeit bei. In anderen Worten wollen wir auch für Auszubildene und Ausbildene eine "Erasmus+ Win-Win-Situation" schaffen und somit den europäischen Einigungsprozess erlebbar machen.

WP-3-424-3 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Europa, Frieden, Internationales (EFI)
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 424 bis 425 einfügen:
vielfältige Perspektiven und fördern Talente durch Programme zur Förderung von Diversity Management an Hochschulen. Zudem stärken wir die internationale und interkulturelle Kompetenz der Studierenden durch Programme wie "Erasmus+".

Begründung

Erasmus+ ist eines der absoluten Erfolgsprogramme der EU. Studierende, Lehrende und Forschende profitieren von einer Vielzahl verschiedener Austauschmöglichkeiten und lernen dabei vielfältige Perspektiven kennen.

WP-3-457 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Hochschulpolitik
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Nach Zeile 457 einfügen:

Wir lösen globale Herausforderungen gemeinsam

Wir stärken die internationale Ausrichtung von Studium, Forschung und Lehre und fördern internationale Zusammenarbeit auf Augenhöhe, auch im Hinblick auf Diversity-Aspekte. Globale gesellschaftliche Herausforderungen lösen wir gemeinsam. Die internationale Vernetzung und Zusammenarbeit unserer Forschungs- und Hochschuleinrichtungen unterstützen wir durch entsprechende Förderprogramme und setzen Schwerpunkte auf Themen wie Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Sozialer Zusammenhalt und Pandemiebekämpfung.

Begründung

Wissenschaft kennt keine Grenzen - diesen Anspruch sollten wir in unserem GRÜNEN Wahlprogramm unterstreichen. Nur durch internationale Zusammenarbeit von Hochschul- und Forschungseinrichtungen werden wir den Herausforderungen globaler, gesamtgesellschaftlicher Aufgaben wie der Klimakrise gerecht. Hierbei geht es sowohl um internationale, als auch um interdisziplinäre Herangehensweisen.

Zudem sind Hochschulen sich verändernden weltpolitischen Rahmenbedingungen unterworfen und benötigen daher bei ihren Internationalisierungsstrategien und Kooperationen politische Unterstützung: Dabei geht es um Mobilität von wissenschaftlichem und nicht-wissenschaftlichem Personal, um Chancen und Möglichkeiten von Digitalisierungsstrategien und um personelle und finanzielle Ressourcen. Als GRÜNE lassen wir die Hochschulen bei diesen Aufgaben nicht allein.

WP-3-433-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Hochschulpolitik
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 433 bis 435 einfügen:
Karrierewege abseits einer Professur. Studentische Hilfskräfte brauchen einen eigenen Tarifvertrag und gleichwertige Personalvertretungsrechte. Wir wollen mehr Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen oder Juniorprofessuren, für die nach einer erfolgreichen

Begründung

SHKs gelten in NRW nicht als Beschäftigte im Sinne des Personalvertretungsrechts, verfügten aber vor der letzten Novellierung des Hochschulgesetzes durch schwarz-gelb über eine Vertretung für die Belange der studentischen Hilfskräfte. Diese wurde durch die Novellierung optionalisiert und hat zudem nicht die Rechte eines vollwertigen Personalrats.

Dies bedeutet, dass studentische Hilfskräfte im Gegensatz zu wissenschaftlichen Hilfskräften mit Bachelor, die oft ähnliche Aufgaben haben, sich weder als Personalratsmitglied zur Wahl stellen, noch selber wählen dürfen. Sie werden also strukturell von der betrieblichen Mitbestimmung ausgeschlossen.

Gerade weil sich studentische Beschäftigte oft in besonderen Abhängigkeitsverhältnissen befinden, spielt die flächendeckende Durchsetzung einer Personalvertretung eine sehr wichtige Rolle - Als GRÜNE treiben wir diese Forderung voran.

WP-3-440 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: LAG Hochschulpolitik
Beschlussdatum: 29.11.2021

Text

Von Zeile 440 bis 442 einfügen:
Vertreter*innen von Beschäftigten und Studierenden in den Hochschulgremien angemessen mitbestimmen können. Dazu wollen wir die Rechte der direkt von den Mitgliedern der Hochschule gewählten Gremien stärken und diese soweit rechtlich möglich viertelparitätisch besetzen.

Begründung

Mit der schwarz-gelben Novellierung des Hochschulgesetzes veränderte sich das demokratische Miteinander an unseren Hochschulen. Die Änderungen stärkten den Einfluss Externer auf die Hochschulen sowie dominanter Stimmen innerhalb der Hochschulen. Unter anderem wurde die gleichberechtigte Zusammenarbeit im Senat optional und Kompetenzen wurden auf höhere Entscheidungsebenen wie Rektorat oder auf die hochschulexternen Hochschulräte übertragen - dies kam einer Schwächung des demokratisch gewählten Senats gleich. Ähnliche Veränderungen konnten im Rahmen der Hochschulgesetznovellierung an den Fakultäten beobachtet werden.

Als GRÜNE stehen wir für einen Gegenentwurf zu schwarz-gelb: Wir stehen für gleichberechtigte demokratische Verhältnisse an den Hochschulen. Diesen Diskurs nur auf Basis juristischer Urteile aus dem letzten Jahrhundert zu führen, wird der Sache nicht gerecht: Die Entscheidungskompetenzen sollten wieder auf die paritätisch besetzten Senate übertragen werden, um diese zu stärken und so die formalen Vorraussetzungen für gute Entscheidungen gleichberechtigter Statusgruppen an unseren Hochschulen zu schaffen.

WP-3-431 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Hochschulpolitik
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 431 bis 434:
Karrierewege an den Hochschulen unseres Landes. Dazu gehören vor allem Dauerstellen für Daueraufgaben, planbare Qualifikationsverläufe, ~~und~~ Anstellungen für die volle Dauer von Promotions-, Habilitationsphasen, neue Karrierewege abseits einer Professur sowie Wiedereinstiegsmöglichkeiten. Studentische Hilfskräfte brauchen einen eigenen Tarifvertrag. Wir wollen mehr Stellen für wissenschaftliche

Begründung

Das Programm geht sehr allgemein auf "Planbarkeit" ein und fordert sehr spezifisch Aussicht auf unbefristete Professuren nach der Qualifikationsphase. Damit ist ein absolutes Hauptproblem auf dem Weg *bis* zur Professorabilität nicht angesprochen: Nämlich die Tatsache, dass viele Promovierenden und Habilitierenden die diese Qualifikationsphasen benötigten Zeiträume entweder durch viel kürzere Anstellungen überhaupt nicht bekommen - oder für die die theoretisch volle Gesamtanstellungszeit gemäß WissZeitVG sich durch einzelne Kurz-Fristverträge zusammensetzt und durch Umzüge, Neuanfänge und ungesicherte Unterbrechungen ohne Finanzierung durchbrochen ist. Eine erhebliche Personenzahl strandet so trotz bester Qualifiziertheit dank existenzieller Nöte, ohne Dissertationen oder Habils fertigstellen zu können. Zeitweise Anstellungen führen zu Phasen in der wissenschaftlichen Laufbahn, in denen die Sorge um Anschlussbeschäftigungen für existenzielle Nöte sorgen und so die wissenschaftliche Arbeit trüben. Gute Arbeitsbedingungen an unseren Hochschulen bedeuten Planbarkeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Entsprechend dieser Grundsätze müssen auch Promotions- und Habilitationsphasen ausgestaltet sein. Dass Anstellungen zur Promotion oder Habilitation auch die dafür notwendige Dauer haben, muss bereits auf Landesebene sichergestellt werden auch jenseits der Frage, ob und wann auf Bundesebene eine Reform des derzeitigen WIssZeitVG erfolgt.

Neben dem Weg zur Professur auch Karrierewege abseits einer Professur zur ermöglichen, sollte außerdem auch durch verbesserte Möglichkeiten zum Wiedereinstieg in akademische Karrieren inclusive Professuren ergänzt werden: für bessere Quereinstiege aus der Praxis, für Menschen, die akademische Karrierewege z.B. aus familiären Gründen unterbrechen mussten/wollten, aber auch für Personen, deren akademische Karrieren bereits von der obengenannten Zerbrechung von Qualifikationsphasen besonders betroffen waren oder zwangsweise zerstört wurden.

WP-3-411 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Hochschulpolitik
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 411 bis 413 einfügen:
Studieren ist in der Regel ein Vollzeitjob ohne Einkommen und erfordert finanzielle Unterstützung. Viele Studierende müssen ein Studium auch mit Behinderung, chronischer Erkrankung bewältigen oder mit Familie, Care-Arbeit oder anderen Verpflichtungen in Einklang bringen und brauchen dafür finanzielle Unterstützung und flexible Studienmodelle. Wir sehen den Staat in der Verantwortung dafür zu sorgen, dass ein Studium nicht am Geldbeutel scheitert. Bei der Preisentwicklung

Begründung

Die vorige Zeile vom Studieren als "Vollzeitjob" berücksichtigt nicht ausreichend die besonderen zeitlichen oder finanziellen Bedürfnisse von Menschen, die diesen "Job" mit zusätzlichen Hürden wie Behinderungen oder parallelen Verpflichtungen wie Care-Arbeit meistern müssen. Ob in flexiblerer "Vollzeit" oder ggf. auch in Teilzeit (zu letzterem siehe gesonderter ÄA) : Studentische Lebensrealitäten sind vielfältig. Unterschiedlichen Lebensmodellen und Herausforderungen muss Zeit-strukturell wie auch finanziell Rechnung getragen werden und die besonderen, individuellen Herausforderungen vieler Studierender im Hinblick auf solche Diversity-Aspekte sollten an dieser Stelle genannt werden.

WP-3-419 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Hochschulpolitik
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 419 bis 421 einfügen:
verlässliche Unterstützung des NRW-Zentrums für Talentförderung aber auch die zusätzliche Unterstützung für Hochschulen, fördern wir Chancen für alle. Wir wollen das Angebot von Teilzeitstudiengängen ausbauen. Wir stärken die Beauftragten für Studierende mit Behinderung und chronischer

Begründung

Studentische Lebensrealitäten haben sich verändert. Unterschiedliche Lebensmodelle wie ein Studium neben dem Beruf oder neben familiären Verpflichtungen, Care-Arbeit sowie die Vereinbarkeit eines Studiums mit einer Behinderung oder chronischer Erkrankung begründen den hohen Bedarf nach mehr Flexibilität.

Als GRÜNE schaffen wir für jedes Lebensmodell passende, zeitgemäße Bildungsangebote, fördern diese und erkennen sie an. Modelle von Teilzeit- und Fernstudiengängen sind wichtige Instrumente des diversityorientierten Studiums und stellen Bemühungen um wirtschaftliche und soziale Integration dar. Trotzdem sind Studiengänge bisher selten auch in Fern- oder Teilzeit studierbar. Wichtig wäre daher eine weniger bürokratische, das Teilzeitstudium ermöglichende, bologna- und familiengerechte Studienfinanzierung und der generelle Ausbau von Teilzeitstudiengängen.

WP-3-448-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Hochschulpolitik
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 448 bis 450:
eine klimaneutrale Wissenschaft bis 2035 ein. Dazu gehört ein Modernisierungsprogramm, das den Sanierungsstau in der Wissenschaft ~~auf~~ab baut. Hochschulen, Universitätskliniken und Studierendenwerke werden damit

Begründung

Wir vermuten, dies ist kein inhaltlicher sondern ein redaktioneller Antrag ;)

WP-3-475 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Hochschulpolitik
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Nach Zeile 475 einfügen:
Für nachhaltige Transformation und die Lösung gesellschaftlicher Probleme bilden starke Forschung und Lehre in den Geistes-, Kultur und Sozialwissenschaften eine wichtige Grundlage. Wir fördern diese langfristig und legen besonderen Wert auf ihre Einbindung in interdisziplinäre Projekte.

Begründung

Eine plurale Forschungs- und Wissenschaftslandschaft ist an unseren Hochschulen von elementarer Bedeutung. Um diese Pluralität und Interdisziplinarität zu unterstreichen, halten wir es an dieser Stelle für elementar wichtig, die Bedeutung der Geistes- Kultur und Sozialwissenschaften zu betonen. Wenn Forschung z.B. den im Programm genanntenfriedlichen und nachhaltigen Zielen verpflichtet sein soll, brauchen wir die Diskussion in unseren Gesellschaftswissenschaften, um diese Ziele einzufordern. Diese sind chronisch unterfinanziert und müssen explizit genannt werden, sonst ist von den zu Beginn des Unterkapitels genannten "sozialen Fragen" nichts mehr übrig am Ende eines Kapitels, das sich ausschließlich Beispielen wie Recycling-, Materialforschung oder Waldökologie widmet.

WP-3-482 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	LAG Hochschulpolitik
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 482 bis 484 einfügen:
Insbesondere IT-Sicherheit, neue Quantentechnologien und eine interdisziplinäre Forschung, vor allem auch in Bezug auf soziale und ethische Aspekte sowie Technikfolgenabschätzung, werden dabei gezielt unterstützt. Wir fördern die Forschung und Entwicklung zu Künstlicher Intelligenz (KI) erheblich stärker, insbesondere in

Begründung

Wenn Technik nicht unhinterfragter Selbstzweck sein soll, wenn KI - wie es später in der Passage heißt - diskriminierungsfrei sein soll oder der Nachhaltigkeit dienen soll, müssen soziale und ethische Fragen und die Disziplinen, die sich ihnen vorrangig widmen, viel stärker integraler Teil der Technikforschung und -entwicklung werden. Auch wenn Forschung friedlichen und nachhaltigen Zielen verpflichtet sein soll, brauchen wir die Diskussion in unseren Gesellschaftswissenschaften, um diese Ziele einzufordern.

Eine plurale Forschungs- und Wissenschaftslandschaft ist an unseren Hochschulen von elementarer Bedeutung. Um diese Pluralität und Interdisziplinarität zu unterstreichen, halten wir es an dieser Stelle für elementar wichtig, im Anschluss an die Beispiele im Forschungskapitel aus den MINT-Bereichen die Bedeutung der Geistes- Kultur und Sozialwissenschaften durch ihren Impact hinsichtlich sozialer und ethischer Aspekte und Technikfolgeabschätzung zu betonen.

WP-3-242-2 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Landesvorstand
Beschlussdatum: 29.11.2021

Text

Von Zeile 242 bis 244 einfügen:
Wir sorgen so dafür, dass das Lernen mit digitalen Medien in allen Schulen in NRW funktionieren kann und zur Selbstverständlichkeit im Schulalltag wird. Deshalb werden wir den Mittelabfluss des Digitalpakts beschleunigen und die Erarbeitung des vom Bund geplanten Digitalpakts 2.0 eng begleiten und seine schnelle Umsetzung in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit den Kommunen organisieren. Auch der Umgang mit der gesellschaftlichen Realität von Mehrsprachigkeit, Inklusion,

Begründung

Anpassung an Koalitionsvertrag

WP-3-220-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 220 bis 221 einfügen:
Städten und Gemeinden wollen wir gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden neu verabreden. Die vom Bund zur Verfügung gestellten Investitionsmittel, die Schulbudgets für Schulen in benachteiligten Regionen und Quartieren sowie die zusätzlichen Stellen für Schulsozialarbeit werden wir nach sozialen Kriterien verteilen, damit sie vor allem dort ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden.

Begründung

Anpassung an Koalitionsvertrag

WP-3-387-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Landesvorstand
Beschlussdatum: 29.11.2021

Text

Von Zeile 387 bis 396:
~~Die Stärkung unseres Schulsystems ist das eine. Der Blick auf die Menschen, die in der Vergangenheit vom System nicht erreicht wurden, das andere.~~ In unserer Gesellschaft gibt es zu viele Menschen ohne Schulabschluss, ohne Ausbildung, mit erheblichen Problemen beim Rechnen, Schreiben und Lesen ~~–~~ - den Grundfertigkeiten[Zeilenumbruch]
für echte gesellschaftliche Teilhabe. Jede und jeder soll das Recht ~~bekommen~~haben, einen Schulabschluss zu erwerben oder eine Ausbildung abzuschließen. Um dies umzusetzen, werden wir die Angebote im Zweiten Bildungsweg~~, z.B.~~ - etwa von Volkshochschulen~~,~~ und Einrichtungen in freier Trägerschaft -verstärken und die Berufskollegs zu regionalen Zentren der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung ausbauen und bei Bedarf auch außerbetriebliche Ausbildungsangebote ausweiten.
Das gerade verabschiedete Weiterbildungsentwicklungsgesetz des Landes haben wir mitgestaltet und Bildung für Nachhaltige Entwicklung und die Stärkung der politischen Bildung als Aufgabe in den Weiterbildungseinrichtungen verankert. Wir werden nun die dauerhafte Dynamisierung der Finanzierung für die gemeinwohlorientierte Weiterbildung festschreiben. Die Angebote sollen inklusive und sozialraumorientiert sein und alle Menschen unabhängig von Herkunft oder Geldbeutel erreichen. Dazu wollen wir auch die Bildungsberatung im Lebenslauf ausbauen. Zu einer auskömmlichen Finanzierung der öffentlich geförderten Weiterbildung gehören auch Honorare für Kursleitungen und pädagogisches Personal in entsprechendem Umfang. Dies dient der Qualitätssicherung von Weiterbildungsangeboten. Ebenso setzen wir uns für die dauerhafte fachliche Unterstützung der Weiterbildungslandschaft durch die Supportstelle Weiterbildung und die Landesorganisationen für Weiterbildung ein.

WP-3-279 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Lena Maria Zingsheim-Zobel (KV Mönchengladbach)

Text

Von Zeile 279 bis 282:
werden wir ändern. Dabei geht es nicht nur um den reinen Ausbau, sondern auch um die Qualität. ~~Die Trennung zwischen Unterricht und Betreuung muss~~ Guter Ganztag beginnt nicht erst, wenn der ~~Vergangenheit angehören~~Unterricht endet. Deshalb wollen wir, dass Schulen eng in multiprofessionellen Teams zusammenarbeiten.[Leerzeichen] Es darf nicht länger vom Wohnort abhängen, ob Kinder die Chance auf eine kostenfreie ganztägige Bildung bekommen und ihre Eltern

Unterstützer*innen

Thomas Schmieder (KV Mönchengladbach); Marion Manske (KV Mönchengladbach); Fabian Sneider (KV Mönchengladbach); Laura Steeger (KV Mönchengladbach); Boris Wolkowski (KV Mönchengladbach); Sigrid Beer (KV Paderborn); Ursula Schmitz (KV Mönchengladbach); Nyke Slawik (KV Leverkusen); Jule Wenzel (KV Duisburg); Nicola Dichant (KV Köln); Jürgen Küsener (KV Mönchengladbach); Kathrin-Rosa Rose (KV Mülheim); Michael Röls (KV Dortmund)

WP-3-326 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Lena Maria Zingsheim-Zobel (KV Mönchengladbach)

Text

Von Zeile 326 bis 327 einfügen:
über Barrierefreiheit in den Gebäuden. Dazu gehören auch landesweite und vom Land finanzierte Baustandards[Leerzeichen]sowie Inklusionskoordinator*innen auf Schulleitungsebene.

Unterstützer*innen

Thomas Schmieder (KV Mönchengladbach); Marion Manske (KV Mönchengladbach); Laura Steeger (KV Mönchengladbach); Fabian Sneider (KV Mönchengladbach); Boris Wolkowski (KV Mönchengladbach); Sigrid Beer (KV Paderborn); Ursula Schmitz (KV Mönchengladbach); Nyke Slawik (KV Leverkusen); Jule Wenzel (KV Duisburg); Nicola Dichant (KV Köln); Jürgen Küsener (KV Mönchengladbach); Kathrin-Rosa Rose (KV Mülheim); Michael Röls (KV Dortmund)

WP-3-265-2 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Lena Maria Zingsheim-Zobel (KV Mönchengladbach)

Text

Von Zeile 265 bis 267 einfügen:
Lehrkräften versorgen. Wir entlasten das pädagogische Personal von Verwaltungsaufgaben, damit mehr Zeit fürs Lehren bleibt. Ein modernes Schulsystem braucht eine entsprechende Lehrer*innenausbildung, die Lehrkräfte ausbildet, welche die Individualität der Schüler*innen im Blick hat. Deshalb wollen wir eine Studienreform, die durch duale Elemente und Studiengänge erweitert wird. Deshalb werden wir mit Kulturagent*innen, Inklusionspat*innen, Schulsozialarbeiter*innen,

Unterstützer*innen

Sigrid Beer (KV Paderborn); Jürgen Küsener (KV Mönchengladbach); Ursula Schmitz (KV Mönchengladbach); Nicola Dichant (KV Köln); Kathrin-Rosa Rose (KV Mülheim); Laura Steeger (KV Mönchengladbach); Michael Röls (KV Dortmund); Jule Wenzel (KV Duisburg); Marion Manske (KV Mönchengladbach); Nyke Slawik (KV Leverkusen)

WP-3-316-1 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: Lisa Brockerhoff (KV Bielefeld)

Text

Von Zeile 316 bis 317 einfügen:
Inklusion ist ein Menschenrecht – und Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Inklusion ist unserer Ansicht nach Aufgabe aller Schulformen und ein Gewinn für alle Schüler*innen.Die UN-Behindertenrechtskonvention ist Leitlinie unserer Bildungspolitik.

Von Zeile 320 bis 323 einfügen:
weiterhin eine Pädagogik der Vielfalt: Alle Kinder sind an allen Schulen und an allen Schulformen willkommen auch an den Schulen des gegliederten System und werden zu dem für sie bestmöglichen Abschluss begleitet. Einen für die betroffenen Schülerinnen und Schüler wie ihre Eltern belastenden erzwungenen Schulwechsel aus Leistungsgründen wollen wir ausschließen. Gelingende Inklusion ist eine Frage der Ressourcen. Wir sind überzeugt, dass das gemeinsame Lernen eine Bereicherung für alle ist. Wir werden

Unterstützer*innen

Cim Kartal (KV Bielefeld); Klaus Feurich (KV Bielefeld); Sarah Laukötter (KV Bielefeld); Lisa Waimann (KV Bielefeld); Gaby Grosser-Tatoglu (KV Bielefeld); Sigrid Beer (KV Paderborn); Romy Mamerow (KV Bielefeld); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Uta Lücking (KV Höxter); Daniela Kluge (KV Bielefeld)

WP-4-421 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Simon Rock (KV Rhein-Kreis-Neuss)

Text

Nach Zeile 421 einfügen:
Wir wollen die kommunalen Förderprogramme entbürokratisieren, indem die Mittel vornehmlich und zweckgebunden über das Gemeindefinanzierungsgsetz (GFG) ausgezahlt werden, anstatt individuell beantragt werden zu müssen.

Begründung

Häufig müssen Förderprogramm von Kommunen aufwändig identifiziert und beantragt werden. Dies bindet Personalressourcen, die an anderer Stelle dringender gebraucht werden. Wenn Fördermittel zweckgebunden über das GFG verteilt werden, entfällt dieser Aufwand, ohne dass gleichzeitig Abstriche bei den jeweiligen Förderzielen gemacht werden müssen.

Unterstützer*innen

Volkhard Wille (KV Kleve); Jutta Velte (KV Remscheid); Claudia Wiese (KV Leverkusen); Paul-Patrick Muschiol (KV Viersen); Dirk Schimanski (KV Rhein-Kreis-Neuss); Eva Miriam Fuchs (KV Wuppertal); Elias Aaron Ackburally (KV Rhein-Kreis-Neuss); Morice-Constantin Ippers (KV Rhein-Kreis-Neuss); Petra Schenke (KV Rhein-Kreis-Neuss); Swenja Krüppel (KV Rhein-Kreis-Neuss)

WP-4-421-1 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Simon Rock (KV Rhein-Kreis-Neuss)

Text

Nach Zeile 421 einfügen:
Wir wollen bei der kommunalen Vergabepraxis den Aspekt der Nachhaltigkeit stärken. Hierzu werden wir die rechtlichen Vorgaben anpassen. Zukünftig soll neben der Wirtschaftlichkeit auch der Grad der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit eines Angebots berücksichtigt werden.

Begründung

Nach der derzeitigen Rechtslage müssen Kommunen Aufträge an den wirtschaftlichsten und damit in der Regel an den preisgünstigsten Anbieter vergeben. Soziale und ökologische Aspekte bleiben hierbei regelmäßig unbeachtet. Damit diese Aspekte zukünftig stärker beachtet werden, ist eine entsprechende Rechtsänderung notwendig.

Unterstützer*innen

Klaus Mewes (KV Düsseldorf); Volkhard Wille (KV Kleve); Claudia Wiese (KV Leverkusen); Paul-Patrick Muschiol (KV Viersen); Dirk Schimanski (KV Rhein-Kreis-Neuss); Eva Miriam Fuchs (KV Wuppertal); Elias Aaron Ackburally (KV Rhein-Kreis-Neuss); Morice-Constantin Ippers (KV Rhein-Kreis-Neuss); Petra Schenke (KV Rhein-Kreis-Neuss); Swenja Krüppel (KV Rhein-Kreis-Neuss)

WP-4-256-1 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Text

Von Zeile 256 bis 259:
bei Beginn einer Geburt in angemessener Fahrzeit ein Krankenhaus erreichen können. Dabei ~~können~~spielen Krankenhäuser in öffentlicher Hand eine wichtige Rolle ~~spielen~~, weshalb wir weitere Privatisierungen ablehnen und die Möglichkeit zur Rekommunalisierung prüfen wollen. Für planbare, komplexere Eingriffe ist die Fahrzeit nicht ausschlaggebend. Wichtiger ist es, dass eine

Begründung

Sind wir uns tatsächlich unsicher, ob Krankenhäuser in öffentlicher Hand eine positive Rolle spielen? Ansonsten können wir hier getrost auf den Konjunktiv verzichten!

Zudem wollen viele in unserer Partei den Trend zur Privatisierung nicht nur stoppen, sondern rückgängig machen.

Natürlich steht dies allerorten unter Finanzierungsvorbehalt, deshalb würde hier eine Prüfoption passen.

Unterstützer*innen

Charlotte Kugler (KV Köln); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Marvin Schuth (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Mario Schiffer (KV Köln); René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Philipp Küpperbusch (KV Wesel); Andreas Franco (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Nabiha Ghanem (KV Soest); Sandra Schmitz (KV Köln); Anne Roth (KV Köln); Irmgard Pehle (KV Herford); Thomas Ketelaer (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Christiane Schmidt (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Jörg Thiele (KV Krefeld)

WP-4-179 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Maximilian Ruta (KV Köln)

Text

Von Zeile 179 bis 181:
Übernachtungsmöglichkeiten erfahren. Wir wollen “Housing first” in ganz NRW ausbreiten und sozialen Trägern und Kommunen helfen, ~~geeignete Wohnungen~~geeigneten Wohnraum, insbesondere auch für selbstverwaltete Wohnprojekte dauerhaft zur Verfügung zu stellen.

Begründung

Über die Förderung von gemeinschaftlichen Wohnprojekte über den "Housing First" Ansatz können wir mehr Menschen in deutlich festeren und solidarischeren Strukturen in Wohnraum bringen, als sich hierbei ausschließlich auf einzelne Personen zu konzentrieren.

Unterstützer*innen

Marc Kersten (KV Köln); René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Philipp Küpperbusch (KV Wesel); Andreas Franco (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Chris Cranz (KV Köln); Mela Chu (KV Köln); Leonie Nora Sieger (KV Wuppertal); Tanja Deiters (KV Köln)

WP-4-235-2 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Text

Von Zeile 235 bis 237 einfügen:
Sport, guter Ernährung und dem Gesundheitswissen einen größeren Stellenwert und stärken den Öffentlichen Gesundheitsdienst. Wir sorgen für einen breiten Impfschutz und unterstützen zielgruppengerechte Aufklärungskampagnen, z.B. zu sexuell übertragbaren Krankheiten. Immer mehr Menschen sind zudem einsam und werden dadurch krank. Wir bekämpfen die Einsamkeit mit einer landesweiten

Begründung

Im Gegensatz zum Landtagswahlprogramm 2017 taucht das Thema sexuell übertragbarer Krankheiten wie Syphilis und Aids diesmal gar nicht auf. Vielleicht weil wir gerade auf einen anderen Virus fixiert sind. Dennoch sollte zumindest ein kurzer Satz dazu ins Programm. Das ist (leider) ein Dauerthema für unser Gesundheitswesen.

Unterstützer*innen

Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Philipp Küpperbusch (KV Wesel); Achim Stump (KV Köln); Ruth Fischer-Bieniek (KV Solingen); Andreas Franco (KV Köln); René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Ulrike Tadema (KV Duisburg); Kerstin Reinhardt (KV Ennepe-Ruhr); Nabiha Ghanem (KV Soest); Bianca Schöttelndreier (KV Duisburg); Sandra Schmitz (KV Köln); Harald Wölter (KV Münster); Ina Gießwein (KV Ennepe-Ruhr); Nils Behler (KV Dortmund); Maximilian Ruta (KV Köln); Dirk Herres (KV Köln); Leonie Tonsen (KV Düsseldorf); Tanja Deiters (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Jörg Thiele (KV Krefeld)

WP-4-15-1 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Text

Von Zeile 15 bis 16:
Unser Gesundheitssystem ~~gehört zu den besten der Welt~~muss sich im internationalen Vergleich nicht verstecken und wir können auf die großartige Arbeit stolz sein, die hier trotz starker personeller Unterbesetzung geleistet wird. . Doch es ist nicht gut genug, solange diejenigen, die für die Gesundheit anderer arbeiten, selbst dabei

Von Zeile 20 bis 21 einfügen:
Wohnort, der Herkunft oder der Lebenslage abhängen. Das Recht auf Gesundheit gilt für alle gleichermaßen, unabhängig vom Versicherungsstatus.

Begründung

Bei mir löst der erste Satz ein massives Störgefühl aus und ich denke vielen Wähler*innen wird es ähnlich gehen.

Es ist mehr als gewagt, von einem der weltweit besten Gesundheitssystemen zu sprechen während...

- viele Menschen monatelang auf Facharzttermine warten müssen, obwohl die Kassenärztlichen Vereinigungen etwas anderes versprechen[1]

- wir aktuell einen Pflexit erleben, von tausenden, die den Pflegeberuf verlassen[2]

- die Zustände in der stationären Altenpflege nicht immer menschenwürdig sind[3]

Deshalb sollten wir hier vorsichtiger und empathischer formulieren. Und neben den aufgezählten Merkmalen, die eine gute Gesundheitsversorgung verhindern können auch die Art des Versicherungsschutzes erwähnen. Denn de facto haben wir eine Zwei-Klassen-Medizin.

[1] https://www.test.de/Facharzttermin-Bei-Anruf-Arzt-4975763-0/

[2] https://www.rechtsdepesche.de/pflexit-corona/

[3] https://www.zeit.de/arbeit/2019-11/altenpflege-pflegeheim-menschenwuerde-beruf-fachkraeftemangel

Unterstützer*innen

Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Andreas Franco (KV Köln); René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Sandra Schmitz (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Juli Scharffe (KV Münster); Irmgard Pehle (KV Herford); Thomas Ketelaer (KV Köln); Chris Cranz (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Georg Sieglen (KV Köln); Till Hoffmann (KV Köln); Christiane Schmidt (KV Köln); Jörg Thiele (KV Krefeld)

WP-4-386 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Niklas Graf (KV Wesel)

Text

Von Zeile 386 bis 388 einfügen:
wir mit dem bestehenden Rettungsschirm weiter nutzen und wenn nötig ausbauen, um zielgerichtete und wirksame Hilfen auf den Weg zu bringen. Um den Landeshaushalt auch strukturell zu entlasten wollen wir ergebnisoffen nach Ansatzpunkten suchen, um klimaschädliche Subventionen abzubauen und Exnovationen zu begünstigen. Die Anlagen des Landes, wie den Pensionsfonds und die „NRW.Bank“, richten wir weiterhin

Begründung

Das Öko-Institut e.V. beschreibt Exnovation oder Exnovation-Governance, welche in der Forschung als Prozess zum Ausstieg aus nicht-nachhaltigen Strukturen und Praktiken verstanden wird, als "nicht nur ein(en) notwendige(n) sondern auch ein(en) machbare(n) Schritt."Für uns GRÜNE NRW wäre es wichtig den strukturellen Ansatz zum Landeshaushalt im LTWP mitaufzunehmen, um durch eine entschlossene Prüfung der Landesfinanzen bei einer Regierungsbeteiligung Freiräume für eine nachhaltige Investitionspolitik schaffen zu können und fehlgerichtete Lenkungswirkungen des Haushalts schrittweise abzubauen.

Unterstützer*innen

Jan Matzoll (KV Recklinghausen); Jonas Wischermann (KV Wesel); Simon Rock (KV Rhein-Kreis-Neuss); Clara Stockhorst (KV Wesel); Kerstin Engel (KV Wesel); Juli Scharffe (KV Münster); Jan Krüßmann (KV Wesel); Paul Muschiol (KV Viersen); Johannes Lingnau (KV Wesel); Wolfgang Buddemeier (KV Wesel); Andreas Köhler (KV Wesel); Johann Sebastian Ritzmann (KV Wesel); Manfred Schramm (KV Wesel); Michael Denstädt (KV Wesel); Monika Heiming (KV Wesel)

WP-4-361 Solidarität sichern

Antragsteller*in: LAG Queer
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Nach Zeile 361 einfügen:

Zentren für sexuelle Gesundheit in die Regionen

Wir GRÜNEN werden uns für interdisziplinäre, sektor- und rechtsübergreifende Zentren für sexuelle Gesundheit für die Regionen, Städte und Gemeinden in NRW einsetzen. Als Modellprojekte hierfür können das WIR Zentrum Bochum oder die „GUM-Kliniken“ (genito-urinary clinics) in England dienen. Wir setzen uns für eine ganzheitliche Betrachtung sexueller Gesundheit ein.

Außerdem sollen sexualpädagogische Präventionsangebote für Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen, Jugendzentren, psychologische Beratungen und therapeutische Settings rund um das Thema Sex, aber auch Beratung und therapeutische Angebote zu sexualisierter Gewalt, eine kompetente, queerfreundliche und sexpositive Beratung, die alle Lebensrealitäten abdeckt sowie Beratung bei Kinderwunsch, Schwangerschaften und zum Thema Schwangerschaftsabbrüche angeboten werden, also den gesamten Bereich sexueller Gesundheit abdecken.

Zur Bildung solcher Zentren sollen bereits bestehende Strukturen genutzt werden und die Zusammenarbeit von Kliniken, Aidshilfen, den Gesundheitsämtern und anderen Initiativen, Vereinen und Verbänden, die sich bereits mit sexueller Gesundheit beschäftigen, gestärkt werden. Vereine und Verbände, die sich an den Zentren beteiligen, müssen eine planungssichere und langfristige staatliche Förderung erhalten. Des Weiteren müssen die Gesundheitsämter in den Bereichen der Prävention vor sexuell übertragbaren Krankheiten gestärkt und flächendeckend ausgebaut werden. §19 Infektionsschutzgesetz wollen wir mit einem Ausführungsgesetz versehen, das die oben genannten Forderungen absichert. Der Staat und die gesetzlichen Krankenkassen dürfen beim Thema sexuelle Gesundheit durch solche Zentren jedoch nicht aus der Verantwortung genommen werden. Gerade für vulnerable Gruppen wie Sexarbeiter*innen ist der Staat hier in der Pflicht.

WP-4-235 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Clara Stockhorst (KV Wesel)

Text

Von Zeile 235 bis 237 einfügen:
Sport, guter Ernährung und dem Gesundheitswissen einen größeren Stellenwert und stärken den Öffentlichen Gesundheitsdienst. Um Synergieeffekte zwischen den Bereichen Sport und Ernährung zu erzielen, setzen wir uns über den bisherigen Sportunterricht hinaus für eine möglichst frühzeitige verpflichtende Ernährungsaufklärung im Bildungsbereich durch zusätzliche ernährungsbezogene Lehrinhalte, beispielsweise in der Sekundarstufe, ein. Diese dient insbesondere der Prävention und Reduzierung von Essstörungen, die größtenteils im Jugend- und jungen Erwachsenenalter entstehen sowie einer bewussteren und gesünderen Ernährung.

Begründung

Neben der gesamtgesellschaftlichen Förderung von Sport, Ernährung und Gesundheitswissen bietet eine verbesserte Ernährungsaufklärung im Kindes- und Jugendalter das größte Potenzial für die Prävention von ernährungsbedingten physischen und psychischen Krankheiten oder anderen negativen gesundheitlichen Folgekonstellationen. Um allen Kindern und Jugendlichen unabhängig ihres sozialen Hintergrundes eine fundierte Ernährungsbildung zu ermöglichen, bietet sich eine verbesserte Implementierung ernährungsbezogener Lehrinhalte im Schulsystem an.

Unterstützer*innen

Niklas Graf (KV Wesel); Elke Christiane Langenbrink (KV Wesel); Juli Scharffe (KV Münster); Jan Krüßmann (KV Wesel); Beate Barabasch (KV Mettmann); Johannes Lingnau (KV Wesel); Anja Lamodke (KV Bonn); Mike Lautenschläger (KV Herne); Shirin Benazzouz (KV Wesel); Karl-Heinz Freckmann (KV Wesel); Karl Stelthove (KV Warendorf); Stefanie Weyland (KV Wesel); Johann Sebastian Ritzmann (KV Wesel); Manfred Schramm (KV Wesel); Mascha Gores (KV Wesel); Michael Denstädt (KV Wesel); Sebastian Hamers (KV Wesel); Petra Platen (KV Wesel); Monika Heiming (KV Wesel)

WP-4-112 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Peter Pütz (KV Bielefeld)

Text

Von Zeile 112 bis 114 löschen:
Insbesondere das untere und mittlere Segment des Wohnungsmarktes ist in den Ballungsgebieten stark angespannt ~~und so wird Wohnraum knapp~~. Im letzten Jahrzehnt hat sich die Anzahl der geförderten Wohnungen nahezu halbiert, da die

Begründung

Wohnraum wird nicht knapp, weil der Wohnungsmarkt angespannt ist, umgekehrt würde es eher Sinn ergeben. Zudem ist auch der Wohnraum in den wenigsten Ballungsgebieten knapp, er ist aber sehr ungleich verteilt und wird nicht effizient genutzt.

Unterstützer*innen

Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Paul Muschiol (KV Viersen); Christina Osei (KV Bielefeld); Jana Bohne (KV Bielefeld); Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (KV Bielefeld); Jannik Struckmeyer (KV Bielefeld); Sarah Laukötter (KV Bielefeld); Anne Rehrmann (KV Höxter); Willi Kortmann (KV Coesfeld); Tim Lautner (KV Münster)

WP-4-116 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Peter Pütz (KV Bielefeld)

Text

Von Zeile 116 bis 118 einfügen:
entgegen und unterstützen Kommunen dabei, die Bindungen aufzukaufen, zu verlängern und auch neue Bindungen zu kaufen. Mieterschutzbestimmungen wie die Mietpreisbremse und die Kappungsgrenze weiten wir aus. So sichern wir preisgünstigen Wohnraum. Außerdem fördern wir verstärkt den Bau von neuen sozialen und

Begründung

Aufgrund einer mangelhaften Datenbasis und fragwürdigen Annahmen dürfen viele Gemeinden in NRW seit 2020 bestimmte Maßnahmen aus der Mieterschutzverordnung nicht mehr erlassen (https://www.mieterbund-nrw.de/politik-standpunkte/news-details/das-bedeutet-die-neue-mieterschutz-verordnung-nrw, https://www.hausundgrund-verband.de/aktuelles/einzelansicht/mieterschutzverordnung-was-vermieter-in-nrw-jetzt-wissen-muessen-5188/, https://www.mhkbg.nrw/themen/bau/wohnen/mieterschutz-und-wohnungsaufsicht, https://www.mhkbg.nrw/sites/default/files/media/document/file/empirica_Mantelgutachten_zu_den_mietrechtlichen_Verordnungen_in_NRW.pdf), deshalb sollten wir wieder eine Ausweitung auf weitere Kommunen fordern – wie auch hier formuliert: https://gruene-fraktion-nrw.de/presse/klocke-nrw-mieterschutz-nicht-verwaessern/

Unterstützer*innen

Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Paul Muschiol (KV Viersen); Jana Bohne (KV Bielefeld); Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (KV Bielefeld); Jannik Struckmeyer (KV Bielefeld); Sarah Laukötter (KV Bielefeld); Jonas Runge (KV Bielefeld); Romy Mamerow (KV Bielefeld); Anne Rehrmann (KV Höxter); Tim Lautner (KV Münster)

WP-4-354 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Paul Muschiol (KV Viersen)

Text

Von Zeile 354 bis 356 einfügen:
zulassen, werden wir in NRW wissenschaftlich begleitete Modellprojekte zur kontrollierten Beschaffung entlang der kompletten Lieferkette und die Abgabe von Cannabis an volljährige Konsument*innen unterstützen. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf neuere Erscheinungsformen der Sucht, von

Begründung

Die in den Niederlanden bekannte "Hintertürproblematik" erschafft für die Organisierte Kriminalität (OK) fast legitime Absatzmärkte. Um die OK zu bekämpfen muss die gesamte Lieferkette kontrolliert werden.

Unterstützer*innen

Michael Merkel (KV Bochum); Niklas Graf (KV Wesel); Ulrich Deppen (KV Viersen); Ulrich Hoolmans (KV Viersen); Claudia Stein (KV Bochum); Gerrit Heil (KV Unna); Claudia Wiese (KV Leverkusen); Jens-Christian Winkler (KV Viersen); Andreas Schulz (KV Viersen); Margret Henning (KV Viersen); Dirk Druve (KV Viersen); Merlin Praetor (KV Viersen); Viktor Di Dio (KV Viersen); Klaus Behrla (KV Viersen); Martina Haak (KV Viersen); Andrea Kiontke (KV Viersen); Manuel Britsch (KV Viersen)

WP-4-117 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Sonja Völker (KV Münster)

Text

Von Zeile 117 bis 119 einfügen:
verlängern und auch neue Bindungen zu kaufen. So sichern wir preisgünstigen Wohnraum. In Gebieten, in denen der Wohnungsmarkt angespannt ist, beschränken wir die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen, damit der Wohnraum bezahlbar bleibt und diejenigen, die in Mietwohnungen wohnen, nicht durch die Umwandlung in Eigentumswohnungen verdrängt werden. Außerdem fördern wir verstärkt den Bau von neuen sozialen und preiswerten Wohnungen. Wir unterstützen die Kommunen ebenfalls dabei, Flächen

Begründung

Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen führt oft dazu, dass Menschen, die bisher in den Wohnungen zur Miete gewohnt haben und sich diese Mieten leisten konnten, verdrängt werden. Zwar haben die Mieter*innen bei der Umwandlung in Eigentumswohnungen die Möglichkeit, die Wohnung zu kaufen, das können sich aber viele nicht leisten. Deshalb ist es vor allem in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt wichtig, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zu beschränken.

Seit Mitte 2021 enthält das Baugesetzbuch (BauGB) eine Ermächtigung der Bundesländer, Gebiete zu benennen, in denen ein angespannter Wohnungsmarkt herrscht (§ 201a BauBG) und in denen deshalb Mietwohnungen nur mit Genehmigung der Gemeinde in Eigentumswohnungen umgewandelt werden dürfen (§ 250 BauGB). Bisher nutzt NRW diese Möglichkeit noch nicht.

Unterstützer*innen

Anja Kallfelz (KV Münster); Joachim Specht (KV Münster); Annika Bürger (KV Münster); Robin Korte (KV Münster); Dorothea Deppermann (KV Münster); Simon Haack (KV Münster); Anne Kathrin Herbermann (KV Münster); Florian Wüpping (KV Münster); Leandra Praetzel (KV Münster); Jan Wiemers (KV Münster); Julia Schick (KV Münster)

WP-4-235-1 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Helle Sönnecken (KV Hochsauerland)

Text

Von Zeile 235 bis 242:
Sport, guter Ernährung und dem Gesundheitswissen einen größeren Stellenwert und stärken den Öffentlichen Gesundheitsdienst. ~~Immer mehr Menschen sind einsam und werden dadurch krank. Wir bekämpfen die Einsamkeit mit einer landesweiten Kampagne, die Bewusstsein schafft, entstigmatisiert und mit der frühen Vermittlung von Kompetenzen zur psychischen Gesundheit einhergeht. Die Klimakrise ist eine Herausforderung für die Gesundheit der Menschen. Das Klima zu schützen und die Städte an den Klimawandel anzupassen, bedeutet auch, unsere Gesundheit zu schützen.~~Durch eine landesweite Kampagne möchten wir das Bewusstsein für eine Verbesserung der psychischen Gesundheit schaffen und aufklären. Stress bestimmt den Alltag vieler Menschen jeder Altersgruppe. Dabei macht Stress nachweislich krank: Magen-Darm-Erkrankungen, Depressionen, Hautausschläge, Diabetes, chronische Schmerzen, Demenz. Hier soll gezielte Prävention nicht nur vor der eigentlichen Erkrankung schützen, sondern langfristig die Pflege und das Gesundheitssystem entlasten. Zur Prävention gehört unbedingt auch der Schutz des Klimas und die Reduktion von CO2 im Zusammenhang mit gesunder Atemluft, gesunder Ernährung und ausreichender Bewegung, um Krankheiten vorzubeugen und Stress zu reduzieren.

Begründung

Einsamkeit ist zweifellos ein ernstzunehmendes Thema. Jedoch bin ich der Überzeugung, dass Stress eine noch größere Anzahl Menschen jeden Alters und Lebensphase im Alltag begleitet und zur neuen Normalität geworden ist. Die Auswirkungen von Stress werden völlig unterschätzt oder ignoriert.

Unterstützer*innen

Liliane Schafiyha-Canisius (KV Hochsauerland); Stefan Slembrouck (KV Hochsauerland); Reiner Neumann (KV Duisburg); Marjan Frauke Eggers (KV Mark); Katrin Disselhoff (KV Hochsauerland); Hadewich Eggermont (KV Hochsauerland); Winfried Müller (KV Hochsauerland); Hubertus Canisius (KV Hochsauerland); Thomas Reimann (KV Soest); Angela Degner (KV Hochsauerland)

WP-4-184 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Claudia Poetsch (KV Viersen)

Text

Von Zeile 184 bis 186:
Alle Menschen sollen Chancen und Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Wir unterstützen ~~Langzeitarbeitslose und Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen~~Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen keine oder nur geringe Einstiegschancen in den ersten Arbeitsmarkt haben über den sogenannten „Sozialen Arbeitsmarkt“, so dass sie in Unternehmen wieder

Unterstützer*innen

Klaus Behrla (KV Viersen); Paul Muschiol (KV Viersen); Andreas Schulz (KV Viersen); Eike Belgardt (KV Viersen); Nicole Brumme (KV Viersen); Merlin Praetor (KV Viersen); Ulrich Deppen (KV Viersen); Miriam Battistiol (KV Viersen); Manuel Zach (KV Viersen); Susanne Zilz-Rombey (KV Viersen)

WP-4-266 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Helle Sönnecken (KV Hochsauerland)

Text

Von Zeile 266 bis 270 einfügen:
Es ist das vorrangige Ziel aller Aktivitäten und Maßnahmen im Bereich öffentlicher Gesundheit, Bedingungen zu schaffen, in denen möglichst alle Menschen gesund leben können. Dabei sind die Bereiche Psychiatrie, Sucht- und Behindertenhilfe als zentrale Teilbereiche eines umfassenden Verständnisses des ÖGD anzusehen. Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) führt Schuleingangsuntersuchungen durch, bietet Impfungen an und ist verantwortlich für den Infektionsschutz. Die Mitarbeitenden im Gesundheitsamt koordinieren und leisten selbst psychosoziale Hilfen. Sie überwachen die Qualität des Trinkwassers, beraten zu Lebensmittelhygiene und vieles andere mehr. Während der Corona-Pandemie ist

Von Zeile 273 bis 275:
Das wollen wir ändern. Wir heben die finanziellen Mittel für den ÖGD an und etablieren ~~einen~~neben einem eigenständigen Tarif für das medizinische Personal eine flächendeckende Einführung einer Fachkräftezulage zur Bindung des Personals. Wir stärken die Verantwortung des Landeszentrums für Gesundheit, so dass es Standards und

Von Zeile 282 bis 283 einfügen:
ein Team, das mit verschiedenen Perspektiven die Gesundheitsprävention insbesondere für benachteiligte Gruppen verbessert. Die Pandemie zeigt, dass der Umgang mit gesundheitlichen Krisen zukünftig langfristig geplant und strukturiert werden muss. Gerade vor dem Hintergrund des Klimawandels und damit einhergehende Gefahren wie Hitzewellen oder Hochwasserkatastrophen sowie neu aufkommenden Krankheiten muss die Zusammenarbeit zuständiger Behörden verbessert werden. Hierfür unterstützen wir Beirat Pakt ÖGD mit seinen wesentlichen Empfehlungen zur Modernisierung des Öffentlichen Gesundheitdienstes.

Begründung

Mit diesem Änderungsantrag möchte ich auf die psychischen Erkrankungen aufmerksam machen, die auch durch den ÖGD geleistet werden. Außerdem habe ich wichtige Punkte ergänzt, wie der ÖGD für zukünftige, sehr wahrscheinliche, Ereignisse gestärkt werden kann.

Unterstützer*innen

Liliane Schafiyha-Canisius (KV Hochsauerland); Stefan Slembrouck (KV Hochsauerland); Reiner Neumann (KV Duisburg); Marjan Frauke Eggers (KV Mark); Katrin Disselhoff (KV Hochsauerland); Hadewich Eggermont (KV Hochsauerland); Winfried Müller (KV Hochsauerland); Klaus Bergfeld (KV Hochsauerland); Hubertus Canisius (KV Hochsauerland); Angela Degner (KV Hochsauerland); Jan Hense (KV Soest)

WP-4-291 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Helle Sönnecken (KV Hochsauerland)

Text

Von Zeile 291 bis 295:
zu verkürzen und Zwangseinweisungen in psychiatrische Kliniken zu reduzieren. ~~Digitale Bausteine wie Videosprechstunden ergänzen~~Hierfür wird es wichtig sein, dass adäquate rechtliche Grundlagen, auch im Bereich der Psychiatriekoordination, Suchtkoordination, sowie Behindertenkoordination, geschaffen und die ~~Angebote~~gesetzliche Verankerung und standardmäßige Förderung von der Implementierung Gemeindepsychiatrischer Verbünde gefördert werden. Wir unterstützen ein gleichberechtigtes Miteinander von Betroffenen, Angehörigen und Professionellen im Sinne einer inklusiven Sicht psychiatrischen Denkens und Handelns und setzen uns damit gegen die Stigmatisierung psychisch Erkrankter ein. Wir setzen uns darüber hinaus für eine flächendeckende ausreichende Versorgung von ambulanter Psychotherapie in der Stadt und in ländlichen Regionen ein. Wir bauen die Möglichkeit digitaler Sprechstunden und Behandlungsportale im Bereich Beratung und therapeutischer Angebote aus. Wir beziehen Menschen mit Psychiatrieerfahrung und Behinderung in den Prozess mit ein. Wir stärken die Ausbildung von Psychotherapeut*innen und lehnen Rasterpsychotherapie ab. Da immer mehr Kinder und Jugendliche nach einer ADHS-Diagnose frühzeitig mit Medikamenten behandelt werden, unterstützen wir die Leitlinien der Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK), welche eine Aufklärung der Eltern, des Kindes und der Lehrer, Elterntraining und Familientherapie, sowie Interventionen im Kindergarten oder in der Schule beinhaltet. Dabei sollten auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die zur Ausprägung von ADHS beitragen, kritisch betrachtet und verändert werden.

Begründung

Obwohl das Wissen um ADHS und ihre Behandlung sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verbessert hat, ist es notwendig, präventive, diagnostische und therapeutische Maßnahmen weiter auszubauen. In der Öffentlichkeit sind Fehlinformationen über das Störungsbild und seine Behandlung immer noch weit verbreitet. Eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit ist daher notwendig.

Unterstützer*innen

Liliane Schafiyha-Canisius (KV Hochsauerland); Stefan Slembrouck (KV Hochsauerland); Reiner Neumann (KV Duisburg); Marjan Frauke Eggers (KV Mark); Katrin Disselhoff (KV Hochsauerland); Hadewich Eggermont (KV Hochsauerland); Winfried Müller (KV Hochsauerland); Hubertus Canisius (KV Hochsauerland); Angela Degner (KV Hochsauerland); Jan Hense (KV Soest); Nicole Lucciardi (KV Soest)

WP-4-190 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Claudia Poetsch (KV Viersen)

Text

Von Zeile 190 bis 195:
Menschen mit Behinderungen haben deutlich geringere Chancen einen geeigneten Arbeitsplatz zu finden und tragen daher ein überproportional größeres Risiko, auch langfristig arbeitslos zu ~~werden~~sein als Menschen mit der gleichen Qualifikation ohne Behinderungen. Wir streben einen inklusiven Arbeitsmarkt an, in dem selbstverständlich Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam arbeiten~~, wenn sie dies wünschen~~. Wir streben die Weiterentwicklung von sog. Werkstätten hin zu Inklusionssbetrieben an. Wir setzen uns für eine faire Entlohnung für ~~die Arbeit in den Werkstätten an~~Menshen mit Behinderung ein,. . Wir machen die Erfüllung der gesetzlichen Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter zum notwendigen

Von Zeile 198 bis 202:
Beratung, wie sie Stellen individuell für Bewerber*innen mit Behinderung ‚zuschneiden' können. ~~Außerdem~~Wir erleichtern ~~wir~~ die Rahmenbedingungen für „Inklusionsbetriebe" , fördern aktiv deren Gründung und setzen uns für deren sozialräumlich ausgewogene Verteilung in NRW ein, so dass auch Menschen mit Behinderung einen wohnortnahen Arbeitsplatz finden können. ~~Das~~Inklusionsbetriebe sind Unternehmen des allgemeinen Arbeitsmarktes, die zwischen 30 und 50 Prozent Menschen mit Behinderungen beschäftigen.~~[Leerzeichen]~~

Unterstützer*innen

Klaus Behrla (KV Viersen); Andreas Schulz (KV Viersen); Eike Belgardt (KV Viersen); Nicole Brumme (KV Viersen); Merlin Praetor (KV Viersen); Ulrich Deppen (KV Viersen); Miriam Battistiol (KV Viersen); Manuel Zach (KV Viersen); Joachim Straeten (KV Viersen); Bernd Sandbrink (KV Düsseldorf)

WP-4-349 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Helle Sönnecken (KV Hochsauerland)

Text

Von Zeile 349 bis 351 einfügen:
Menschen, Schäden durch riskanten Drogenkonsum zu reduzieren. Kinder und Jugendliche werden besonders geschützt. Wir wollen Cannabiskonsum legalisieren unter Berücksichtigung altersspezifischen Bedingungen.So entwickelt sich das Gehirn von Jugendlichen bis zum 21. Lebensjahr. Cannabiskonsum in dieser Lebensspanne kann zu Schädigungen des Gehirn und Folgen wie Gedächtnis- und Konzentrationsstörungen, bei entsprechender Konstitution oder längerem Konsum zu Psychoseerkrankungen führen. Die Teilnahme am Straßenverkehr wird beeinflusst durch verlangsamte Reaktionsfähigkeit. Gleichzeitig empfiehlt sich die Legalisierung, um die THC-Konzentration zu kontrollieren und so die Versetzung mit zusätzlich süchtig machenden und schädlichen Stoffen von Cannabis zu verhindern. Gerade die Cannabis-Verbotspolitik ist aber ungeeignet: Zurzeit erhalten Kinder und Jugendliche Cannabis einfach auf

Von Zeile 353 bis 361:
bevormundet und kriminalisiert. Sobald bundesgesetzliche Änderungen dies zulassen, werden wir uns in NRW für wissenschaftlich begleitete Modellprojekte zur kontrollierten Abgabe von Cannabis an ~~volljährige~~ Konsument*innen ~~unterstützen~~ab dem 21. Lebensjahr einsetzen. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf neuere Erscheinungsformen der Sucht, von denen besonders jüngere Menschen betroffen sind~~.~~: ~~So~~Wir unterstützen Konzepte im Umgang mit Medienabhängigkeit, begegnen ~~wir~~ den rechtlichen Entwicklungen im ~~“Gaming”~~"Gaming"-Sektor (digitale Spiele) ~~wenn notwendig mit Aufklärungskampagnen~~und im Bereich Glückspiel und klären über die damit zusammenhängenden Gefahren auf. Wir unterstützen die Städte und Kommunen dabei, ~~dass~~ Suchtberatungsstellen und ~~besonders~~ Drogencafés besser ~~geschützt werden, um die~~vor der Verdrängung an den Stadtrand zu ~~verhindern~~schützen . ~~Die Beratungsstrukturen stärken wir~~Suchtberatungsstellen, sowie Suchtselbsthilfe leisten in einer gut ausgebauten kommunalen Suchthilfe eine unverzichtbare Hilfe: Wir sorgen dafür, dass ambulante und stationäre Entwöhnungseinrichtungen ausreichend und verlässlich finanziell und damit auch personell und technisch versorgt sind.

Begründung

Der Cannabiskonsum soll nicht generell legalisiert werden, sondern beim gleichzeitigen Schutz junger Menschen, begleitet mit einer Aufklärungskampagne, sodass die Legalisierung den Konsum nicht verharmlost.

Unterstützer*innen

Liliane Schafiyha-Canisius (KV Hochsauerland); Stefan Slembrouck (KV Hochsauerland); Marjan Frauke Eggers (KV Mark); Katrin Disselhoff (KV Hochsauerland); Hadewich Eggermont (KV Hochsauerland); Winfried Müller (KV Hochsauerland); Klaus Bergfeld (KV Hochsauerland); Hubertus Canisius (KV Hochsauerland); Angela Degner (KV Hochsauerland); Jan Hense (KV Soest); Nicole Lucciardi (KV Soest)

WP-4-395 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	LAG Kinder, Jugend, Familie
Beschlussdatum:	22.11.2021

Text

Von Zeile 395 bis 397 einfügen:
bewältigen können. Wir brauchen deutlich mehr Investitionen in die Infrastruktur von morgen: bei den Einrichtungen der Kindertagesbetreuung und Schulen, der Digitalisierung, der Mobilitätsswende, beim Klimaschutz und bei der Anpassung an die Klimafolgen. Diese

Begründung

Um die Bedeutung der frühkindlichen Bildung zu betonen, müssen die Einrichtungen der Kindertagesbetreuung hier ebenfalls erwähnt werden.

WP-4-341-2 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Marvin Schuth (KV Köln)

Text

Von Zeile 341 bis 343 einfügen:
vorhandenem Personal. Deshalb benötigen wir wissenschaftlich fundierte, verbindliche Personalbemessungsinstrumente in der stationären Pflege. Wir setzen uns dafür ein, dass in NRW das Angebot an Pflegestudiengängen ausgebaut wird. In NRW verbessern wir die Pflegeausbildung auch dadurch, dass mehr Lehrkräfte die

Begründung

Deutschland hängt bei der Akademisierung der Pflege international hinterher. Studien belegen, dass akademisch ausgebildete Pflegende positive Auswirkungen auf die Versorgung von Patient*innen haben. Geringere Mortalitätsraten, weniger postoperative Komplikationen und kürzere Liegezeiten sind die Folgen (1).

Insbesondere die Unikliniken in NRW sollten Duale Studiengänge anbieten, bei denen die Studierende die Ausbildung zur Pflegefachperson und einen Bachelorabschluss erlangen. Duale Studierende sind nach dem Tarifvertrag für dual Studierende der Länder in ausbildungsintegrierten dualen Studiengängen (TvdS-L) zu entlohnen (2).

1. https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-662-56822-4_15
2. https://www.tdl-online.de/fileadmin/downloads/rechte_Navigation/F._Auszubildende__Praktikanten/04_TV_Dual_Studierende/TVdS-L_v._29.01.20_Homepage.pdf

Unterstützer*innen

Frederik Grundmeier (KV Köln); Frederik Paul Antary (KV Ennepe-Ruhr); Andrea Peuler-Kampe (KV Hagen); Marcel Pascal Hinzer (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Cyrill Ibn Salem (KV Köln); Daniel Bauer-Dahm (KV Köln); Taran Mostofizadeh (KV Ennepe-Ruhr); Florian Pankowski (KV Bochum); Lukas Flohr (KV Köln)

WP-4-257 Solidarität sichern

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 24.11.2021

Text

Von Zeile 257 bis 259 einfügen:
können. Dabei können Krankenhäuser in öffentlicher Hand eine wichtige Rolle spielen, weshalb wir weitere Privatisierungen ablehnen und wo sinnvoll eine Rekommunalisierung unterstützen. Für planbare, komplexere Eingriffe ist die Fahrzeit nicht ausschlaggebend. Wichtiger ist es, dass eine

Begründung

Die Corona Krise hat spätestens gezeigt, dass die zunehmende Privatisierung des Gesundheitsbereich keine sinnvolle Angelegenheit ist. Der Gesundheitsbereich gehört zur existenziellen öffentlichen Daseinsvorsorge. Wenn die Möglichkeit für Kommunen besteht Krankenhäuser wieder selbst zu betreiben, sollte die neue Landesregierung dies auch unterstützen. Dies kann insbesondere im Sinne der im Abschnitt genannten Ziele der Versorgungssicherheit, Qualität, Spezialisierung und Kooperation sinnvoll sein. Genauso kann es helfen eine geschlechtergerechte und inklusive Gesundheitsversorgung zu gewährleisten und Problemen der Gewinnorientierung entgegenzuwirken.

WP-4-163 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Text

Von Zeile 163 bis 171:
Wohnen ist ein Menschenrecht! Dessen Umsetzung eine wichtige Priorität für die kommende Legislaturperiode sein wird. Unser Ziel ist, dass alle Menschen in NRW ~~mehr Menschen~~ in ihren Wohnungen bleiben können oder wieder ein Zuhause bekommen. Deshalb führen wir eine Meldepflicht für Vermieter ein, bevor diese Räumungsklagen einreichen, um Wohnungslosigkeit zu vermeiden. Wir ~~stärken~~werden den ~~sozialen~~öffentlich geförderten Wohnungsbau massiv stärken und die Kommunen beim Kauf von Belegungsrechten für besonders schwer vermittelbare Mieter*innen unterstützen. So erreichen ~~dadurch~~wir, dass auch Personen mit geringem Einkommen und in schwierigen Lebenslagen eine angemessene Wohnung finden.

Mit einem landesweiten Aktionsplan tragen wir als Land NRW zum EU-Ziel bei, bis 2030 Obdachlosigkeit zu einem Fremdwort zu machen. Obdachlose dürfen dabei nicht unter dem Aspekt der Gefahrenabwehr behandelt werden, sondern als Menschen mit gleichen Rechten und Würde.
Menschen, die bereits wohnungslos sind, ~~brauchen~~wollen wir wieder ein Dach über dem Kopf und eine dauerhafte, menschenwürdige Unterbringung verschaffen. Sammelunterkünfte betrachten wir, genauso wie bei Geflüchteten, als Auslaufmodell. Dort, wo es noch keine ausreichenden Unterstützungsangebote für Wohnungslose gibt, bauen wir sie aus, machen sie bedarfsgerechter und heben die Trennung in Notschlafstellen und Tagesaufenthalte auf. ~~Dazu gehören~~Wir brauchen auch spezielle Angebote für Frauen, ~~Jugendliche~~queere Menschen, Jugendliche, Betroffene mit Haustieren und Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Darüber hinaus unterstützen wir Familien, die wohnungslos geworden sind oder von

Von Zeile 179 bis 181:
Übernachtungsmöglichkeiten erfahren. Wir wollen “Housing first” in ganz NRW ~~ausbreiten~~erheblich ausweiten und sozialen Trägern und Kommunen umfassend helfen, geeignete Wohnungen dauerhaft zur Verfügung zu stellen.

Begründung

Wohnen ist ein Menschenrecht. Es ist in der EU-Sozialcharta sowie in der UN-Erklärung der universellen Menschenrechte explizit als Grundrecht definiert. Doch dieses Grundrecht wird jeden Tag mit Füßen getreten. Für uns als Menschenrechtspartei muss es eine klare Priorität sein, dies zu ändern!

Wir können nicht sagen, dass Wohnen ein Menschenrecht ist und dann zaghaft vorschlagen, wie es vermutlich absolut jede zur Landtagswahl antretende Partei sagen wird, dass wir MEHR Menschen bezahlbares Wohnen ermöglichen und ein Dach über dem Kopf geben wollen. Ein Grundrecht bedeutet schon per Definition, dass es für ALLE gilt. Dann lasst es uns auch so als Ziel formulieren!

Das Phänomen Wohnungslosigkeit ist auch ein Gradmesser dafür, wie eine Gesellschaft mit ihren schwächsten Gliedern umgeht. Vor allem in unseren Großstädten wird es von der Zivilgesellschaft als großes Problem wahrgenommen. Gerade vor dem Hintergrund der zahlreichen Farbanschläge auf Obdachlose in Köln in den letzten Wochen, gilt es jetzt, die Menschenwürde in den Vordergrund zu rücken.

Wenn wir Obdachlosigkeit zum Fremdwort machen wollen, wie es sich die EU unter einer CDU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf die Fahnen geschrieben und auch die Ampelkoalition im Bund nun vereinbart hat, dann brauchen wir…

- eine massive Stärkung des sozialen Wohnungsbaus

- keine kosmetischen Verbesserungen und Sprechblasen, sondern einen umfassenden Ausbau von Housing First und eine deutlich stärkere Unterstützung der Kommunen beim Aufkauf von Belegungsrechten für explizit diese Zielgruppe

- keinen lokalen Flickenteppich an Maßnahmen, sondern einen landesweit koordinierten Plan

- mittelfristig eine Überwindung unwürdiger Sammelunterkünfte/Notschlafstellen, die das Recht auf Privatsphäre missachten und auch gesundheitspolitisch kaum zu verantworten sind

- die Aufhebung der unzeitgemäßen und menschenunwürdigen Trennung in Nacht- und Tagesaufenthalte verbunden mit der damit einhergehenden täglichen Retraumatisierung Betroffener

- schon jetzt bedarfsgerechtere Hilfsangebote, auch für queere Menschen und vor allem für Obdachlose mit Haustieren, solange das übergeordnete Ziel nicht erreicht ist

Lasst uns das Problem mutig und mit konkreten Konzepten angehen und die entsprechenden Bemühungen der Ampel aus NRW unterstützen. Das Thema ist zu wichtig, um es der politischen Konkurrenz zu überlassen.

Unterstützer*innen

Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Jenny Brunner (KV Dortmund); Claudia Schmidt (KV Wuppertal); René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Dave Daniel Pador-Sundermeyer (KV Minden-Lübbecke); Emelie Segler (KV Minden-Lübbecke); Tobias Wolf (KV Minden-Lübbecke); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Philipp Küpperbusch (KV Wesel); Achim Stump (KV Köln); Andreas Franco (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Rafael Kleemann (KV Minden-Lübbecke); Leonie Nora Sieger (KV Wuppertal); Manfred Becker (KV Bonn); Klaus-Dieter Seiffert (KV Gelsenkirchen); Irmgard Pehle (KV Herford); Heike Havermeier (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Monika Heiming (KV Wesel); Tanja Deiters (KV Köln); Chris Cranz (KV Köln); Till Hoffmann (KV Köln); Christiane Schmidt (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Jörg Thiele (KV Krefeld)

WP-4-298 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Text

Von Zeile 298 bis 300 einfügen:
Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderungen weist große Lücken auf. Viele Geflüchtete, Obdachlose, Menschen ohne Papiere und manche EU-Zugewanderte sind nicht krankenversichert. Eine angemessene Versorgung im Krankheitsfall gehört jedoch

Begründung

Als jemand, der in der Obdachlosenhilfe aktiv ist, weiß ich nur zu gut, dass auch viele Obdachlose keinen Versicherungsschutz genießen. Das betrifft nicht nur EU-Arbeitsmigrant*innen. Trotz inzwischen in Deutschland geltender Krankenversicherungspflicht bekommen deshalb viele Betroffene nicht die (nachhaltige) medizinische Versorgung, die sie benötigen. Deshalb gibt es vielerorts im Öffentlichen Gesundheitsdienst (teils unterstützt von sozialen Trägern) besondere Anlaufstellen. Obdachlose gehören deshalb ganz klar in diese Auflistung mit rein.

Unterstützer*innen

Claudia Schmidt (KV Wuppertal); Eva Miriam Fuchs (KV Wuppertal); Jenny Brunner (KV Dortmund); Ilona Schäfer (KV Wuppertal); René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Ralf Pirsig (KV Paderborn); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Philipp Küpperbusch (KV Wesel); Achim Stump (KV Köln); Alexander Tietz-Latza (KV Aachen); Andreas Franco (KV Köln); Ulrike Tadema (KV Duisburg); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Kerstin Reinhardt (KV Ennepe-Ruhr); Arne von Holdt (KV Ennepe-Ruhr); Bianca Schöttelndreier (KV Duisburg); Sandra Schmitz (KV Köln); Anne Roth (KV Köln); Werner Jülke (KV Paderborn); Leonie Nora Sieger (KV Wuppertal); Ina Gießwein (KV Ennepe-Ruhr); Harald Wölter (KV Münster); Heike Marré (KV Düren); Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Nils Behler (KV Dortmund); Manfred Becker (KV Bonn); Thomas Ketelaer (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Dirk Herres (KV Köln); Monika Heiming (KV Wesel); Leonie Tonsen (KV Düsseldorf); Tanja Deiters (KV Köln); Till Hoffmann (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Jörg Thiele (KV Krefeld)

WP-4-285 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Text

Von Zeile 285 bis 287:
Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder in einer psychischen Krise brauchen schnelle Hilfe, damit sich ihr Leid ~~nicht verschlimmert~~lindert. Schon seit mehreren Jahren existieren Empfehlungen, wie Betroffene besser unterstützt und

Begründung

Ich hoffe wir sind uns alle einig, dass das Ziel psycho-therapeutischer Behandlung nicht nur ist, eine Verschlimmerung zu verhindern, sondern eine Besserung/Linderung zu erreichen :-)

Unterstützer*innen

Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Andreas Franco (KV Köln); René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Leonie Nora Sieger (KV Wuppertal); Nils Behler (KV Dortmund); Thomas Ketelaer (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Chris Cranz (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Christiane Schmidt (KV Köln); Jörg Thiele (KV Krefeld)

WP-4-258 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Text

Von Zeile 258 bis 260:
spielen, weshalb wir weitere Privatisierungen ablehnen. Für planbare, komplexere Eingriffe ist die Fahrzeit ~~nicht~~weniger ausschlaggebend. Wichtiger ist es, dass eine durchgehend gute Qualität in der Patientenversorgung angeboten wird. Wir planen

Begründung

Die absolute Formulierung negiert, dass es für manche Patient*innen sehr wohl relevant sein kann, wie weit ein Krankenhaus von der eigenen Wohnung entfernt ist. Zum Beispiel, wenn der Patient oder dessen Angehörige kein eigenes Auto haben oder die Fahrtkosten für Besuche ihr Budget übersteigen.

Unterstützer*innen

René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Ralf Pirsig (KV Paderborn); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Ruth Fischer-Bieniek (KV Solingen); Ulrike Tadema (KV Duisburg); Bianca Schöttelndreier (KV Duisburg); Helle Sönnecken (KV Hochsauerland); Harald Wölter (KV Münster); Ingelore Fohr (KV Düsseldorf); Dirk Herres (KV Köln); Leonie Tonsen (KV Düsseldorf)

WP-4-112-1 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Text

Von Zeile 112 bis 114 einfügen:
Insbesondere das untere und mittlere Segment des Wohnungsmarktes ist in den Ballungsgebieten stark angespannt und so wird Wohnraum knapp. Deswegen werden wir die Mietpreisbremse flächendeckend einführen, um die Mietenerhöhung zu bremsen und uns kurzfristig für eine Verschärfung dieser auf Bundesebene einsetzen. Diese muss auch für Neubauten und nach Modernisierung gelten. Ergänzend braucht es ein groß angelegtes Sofortprogramm für bezahlbares Wohnen mit zeitlich unbegrenzter Sozialbindung durch Kommunen und das Land. Im letzten Jahrzehnt hat sich die Anzahl der geförderten Wohnungen nahezu halbiert, da die

WP-4-117-1 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Text

Von Zeile 117 bis 119 einfügen:
verlängern und auch neue Bindungen zu kaufen. So sichern wir preisgünstigen Wohnraum. Wir setzen uns für die Stärkung des wohnungspolitischen Ordnungsrechts ein. Der kommunalen Wohnungsaufsicht müssen ein stärkerer Zugriff und effektive Sanktionierung im Falle von Zweckentfremdung oder Leerstand von Wohnraum möglich sein.Außerdem fördern wir verstärkt den Bau von neuen sozialen und preiswerten Wohnungen. Wir unterstützen die Kommunen ebenfalls dabei, Flächen

WP-4-112-2 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Text

Von Zeile 112 bis 114 einfügen:
Insbesondere das untere und mittlere Segment des Wohnungsmarktes ist in den Ballungsgebieten stark angespannt und so wird Wohnraum knapp. Außerdem setzen wir uns für einen Mietendeckel auf Bundesebene ein, da nur so wirksam die Mieten dauerhaft gesenkt werden können. Im letzten Jahrzehnt hat sich die Anzahl der geförderten Wohnungen nahezu halbiert, da die

Begründung

erfolgt mündlich

WP-4-112-3 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 112 bis 114 einfügen:
Insbesondere das untere und mittlere Segment des Wohnungsmarktes ist in den Ballungsgebieten stark angespannt und so wird Wohnraum knapp. In einigen Städten in NRW sind die Mieten mittlerweile außer Kontrolle geraten und werden durch große, private Wohnungsgesellschaften getrieben. Als letztes Mittel muss über eine Überführung dieser in die öffentliche Hand nachgedacht werden. Im letzten Jahrzehnt hat sich die Anzahl der geförderten Wohnungen nahezu halbiert, da die

Begründung

Begründung erfolgt mündlich

WP-4-118 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Text

Von Zeile 118 bis 120 einfügen:
Wohnraum. Außerdem fördern wir verstärkt den Bau von neuen sozialen und preiswerten Wohnungen. Unser Ziel ist die Schaffung von 100.000 günstigen Wohnungen pro Jahr durch Neubau und Umnutzung. Wir unterstützen die Kommunen ebenfalls dabei, Flächen anzukaufen, auf denen geförderte Wohnungen entstehen können. Wir sorgen dafür,

Begründung

Begründung erfolgt mündlich

WP-4-119 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 119 bis 121 einfügen:
preiswerten Wohnungen. Wir unterstützen die Kommunen ebenfalls dabei, Flächen anzukaufen, auf denen geförderte Wohnungen entstehen können. Außerdem geben wir den Kommunen ein preislimitiertes Vorkaufsrecht an die Hand. Wir sorgen dafür, dass öffentliche Flächen nicht mehr nach dem Höchstgebot, sondern nach sozialen,

Begründung

erfolgt mündlich

WP-4-127 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 127 bis 129 einfügen:
Klimaschutz auch im Gebäudebereich wirksam umzusetzen. Dies soll konsequent gefördert werden und damit sozial gerecht geschehen. Hierbei sollen nicht die Mieter*innen die Kosten tragen, sondern eine Finanzierung durch Vermieter*innen und öffentliche Hand sichergestellt werden. Auch stärken wir die Teilhabe und Selbstständigkeit von Menschen mit Behinderungen, indem wir wieder

Begründung

erfolgt mündlich

WP-4-127-1 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Text

Von Zeile 127 bis 129 einfügen:
Klimaschutz auch im Gebäudebereich wirksam umzusetzen. Dies soll konsequent gefördert werden und damit sozial gerecht geschehen. Außerdem muss der Mieter*innenschutz gestärkt werden, damit Mieter*innen wirksam vorLuxussanierungen und überhöhten Mieten geschützt werden.Auch stärken wir die Teilhabe und Selbstständigkeit von Menschen mit Behinderungen, indem wir wieder

Begründung

erfolgt mündlich

WP-4-178 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 178 bis 180:
Schutz vor Gewalt und Ausbeutung, die sie häufig im Tausch für Übernachtungsmöglichkeiten erfahren. Wir ~~wollen~~werden “Housing first” in ganz NRW ausbreiten und sozialen Trägern und Kommunen helfen, geeignete Wohnungen

Begründung

erfolgt mündlich

WP-4-257-1 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 257 bis 259 einfügen:
können. Dabei können Krankenhäuser in öffentlicher Hand eine wichtige Rolle spielen, weshalb wir weitere Privatisierungen ablehnen und wenn möglich Krankenhäuser zurück in die öffentliche Hand überführen. Für planbare, komplexere Eingriffe ist die Fahrzeit nicht ausschlaggebend. Wichtiger ist es, dass eine

Begründung

erfolgt mündlich

WP-4-359 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 359 bis 361 einfügen:
Aufklärungskampagnen. Wir unterstützen die Städte und Kommunen dabei, dass Suchtberatungsstellen und besonders Drogencafés und Drogenkonsumräume besser geschützt werden, um die Verdrängung an den Stadtrand zu verhindern. Die Beratungsstrukturen stärken wir.

Begründung

erfolgt mündlich

WP-1-290 Solidarität sichern

Antragsteller*in: KV Olpe
Beschlussdatum: 19.11.2021

Text

Von Zeile 290 bis 292 einfügen:
und psychiatrische Krisenhilfe auszubauen, Wartezeiten zur ambulanten Behandlung zu verkürzen und Zwangseinweisungen in psychiatrische Kliniken zu reduzieren. Wir setzen uns für eine Entstigmatisierung von psychisch Erkrankten ein. Psychische Erkrankungen und Abhängigkeiten können alle Menschen treffen und benötigen Aufklärung um Stigmatisierung und Vorverurteilungen vorzubeugen. Digitale Bausteine wie Videosprechstunden ergänzen die Angebote. Wir beziehen

WP-4-356 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Judith Hasselmann (KV Köln)

Text

Von Zeile 356 bis 358:
Ein besonderes Augenmerk legen wir auf neuere Erscheinungsformen der Sucht, von denen besonders jüngere Menschen betroffen sind. ~~So~~ Dafür ist eine Intensivierung der Kooperation zwischen Jugend- und Suchthilfe und Gesundheitssystem erforderlich und eine Unterstützung für die Betroffenen, die sich am Stand der individuellen Reife und den Teilhabeeinschränkungen des Betroffenen orientieren, statt an Altersgrenzen. Die Ausgestaltung einer spezifischen „Adoleszenten-Versorgung“ im kommunalen Hilfesystem. Als systematischer Standard in der Suchthilfe müssen als trialogische Partner*innen Suchthilfestruktur, Betroffene und Angehörige mit einbezogen werden. Auf jeden Fall sollten Eltern, die noch fürsorgepflichtig sind in die Strukturen der Suchthilfe einbezogen werden. Benfalls
Wir begegnen wir den rechtlichen Entwicklungen im “Gaming”-Sektor (digitale Spiele) wenn notwendig mit

Von Zeile 360 bis 361 einfügen:
Suchtberatungsstellen und besonders Drogencafés besser geschützt werden, um die Verdrängung an den Stadtrand zu verhindern. Die Beratungsstrukturen stärken wir und legen Wert auf Einbeziehung der Selbsthilfestrukturen von Betroffenen, Ex-Betroffenen und Angehörigen. Wir stocken Kapazitäten bei den stationären Hilfen in der Psychiatrie und in Rehabilitationskliniken und den ambulanten Hilfen auf und etablieren nahtlose Therapieübergänge und eine Stärkung Prophylaxe und der Rückfallprophylaxe für Abhängigkeitserkrankte. Die Gesundheitsversorgung im Bereich der Sekundär- und Tertiärprävention soll für als Nahtlosverfahren organisiert sein.

Begründung

Begründung:

NRW hat eine vergleichsweise moderne Gesetzgebung, was den Suchtbereich und die Beratungsinfrastruktur angeht. Allerdings sind die Regelungen aus dem Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen (ÖGDG NRW) nie gebündelt umgesetzt worden, weil die Kooperation zwischen den einzelnen betroffenen Ministerien (Gesundheit, Familie- und Jugend, Soziales und auch Justiz bisher nicht umgesetzt wurden. Die Elemente, die moderne Konzepte enthalten, finden sich in Deutschland und auch NRW derzeit zusammenhangslos verteilt auf die Ressorts Familie, Bildung, Arbeit und Soziales und Gesundheit. Wünschenswert ist ein ressortübergreifendes Konzept: keine Suchtprävention mehr für Jugendliche, und Heranwachsende, die nur aus dem Gesundheitsressort heraus gedacht und gesteuert wird!

Um ein effektives, an den Bedarfen von jungen Menschen orientiertes Hilfesystem bei Suchterkrankungen und Doppeldiagnosen zu installieren, müssen Krankenhausplanungen und Planungen für Wohnangebote (stationär und ambulant) den Bedarf realistisch erfassen und die Angebote erweitern und dann dem Bedarf angepasst werden. Derzeit können Jugendliche/ junge Erwachsene mit schweren Suchterkrankungen - jetzte unter Corona noch limitiert durch die reduzierte Belegung von Kliniken - nicht damit rechnen zeitnah versorgt zu werden. Das Ziel muss es sein, wirklichkeitsnahe, moderne Behandlungskonzepte in der Fläche zu entwickeln und in den Krankenhäusern eine entsprechende zeitnahe Versorgung einzurichten, die für die Entwicklung in ein selbstständiges Leben notwendig sind. Salutogenese statt Fokussierung auf Krankheit (Pathogenese) sollte für diese Patient*innen Pflicht sein!

Fixe Altersgrenzen einzuziehen ist nicht sinnvoll, da sich durch intensiven Drogenkonsum die Entwicklung verzögern kann und indidviduell sehr unterschiedlich ist, sich aber in jedem Fall nicht an dem Geburtstdatum festmachen lässt.

Unterstützer*innen

Helle Sönnecken (KV Hochsauerland); Eileen Woestmann (KV Köln); Svenja Rabenstein (KV Köln); Katja Dörner (KV Bonn); Irina Prüm (KV Leverkusen); Moritz Rüger (KV Köln); Ulle Schauws (KV Krefeld); Karsten Ludwig (KV Krefeld); Julia Müller (KV Krefeld); Julia Woller (KV Köln)

WP-4-218 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Marvin Reschinsky (KV Herford)

Text

Von Zeile 218 bis 219 einfügen:
durch mehr finanzielle und personelle Ressourcen und damit mehr Kontrollen. Arbeitsfreie Sonntage sollen die Regel sein. Deshalb werden wir die schwarz-gelbe Ausweitung von verkaufsoffenen Sonntagen rückgängig machen.

Begründung

Durch die sogenannten "Entfesselungsgesetze" von Schwarz-Gelb wurde eine rechtlich unklare Gesetzeslage geschaffen. Dies hat zu zahlreichen Prozessen vor (Ober-)Verwaltungsgerichten geführt, die beabsichtigte Ladenöffnungen an Sonntagen in den meisten Fällen untersagt haben. Deshalb sollten wir die landesrechtlichen Bestimmungen zu Ladenöffnungen im Sinne des Grundsatzes arbeitsfreier Sonntage erneut schärfen und auf die ursprünglichen vier verkaufsoffenen Sonntage im Jahr reduzieren.

Unterstützer*innen

Nora Ricken (KV Düsseldorf); Florian Wüpping (KV Münster); Tim Lautner (KV Münster); Esther Engberding (KV Düsseldorf); Anne Birkelbach (KV Paderborn); Patrick Schiffer (KV Düsseldorf); Johannes Menze (KV Paderborn); Sascha Heußen (KV Köln); Jörg Schlüter (KV Paderborn); Sebastian Jansen (KV Köln); Ismail Arabaci (KV Köln); Elisabeth Lang (KV Aachen); Maik Babenhauserheide (KV Herford); Klaus Kurtz (KV Düsseldorf); Björn Eckert (KV Siegen-Wittgenstein); Theda de Morais Dourado (KV Düsseldorf); Katrin Feldmann (KV Aachen); Philipp Schlee (KV Düsseldorf); Martin Petermann (KV Bochum); Markus Rieger (KV Paderborn); Nicola Dichant (KV Köln); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Laura Jungbluth (KV Siegen-Wittgenstein); Malte Schäffer (KV Herford); Maik Biermann (KV Herford); Ulrike Heusinger von Waldegge (KV Herford); Andrea Tapp (KV Herford); Angelika Fleischer (KV Herford); Anke Tönsmann (KV Herford); Johannes Diermeier (KV Köln); Antje Grothus (KV Rhein-Erft-Kreis); Walburga Halbrügge-Schneider (KV Steinfurt); David Maus (KV Düsseldorf); Christian Becher (KV Köln); Irmgard Pehle (KV Herford); Christoph Schenk (KV Köln); Robin Prömpler (KV Aachen); Moritz Oberberg (KV Bochum); Niklas Graf (KV Wesel); Karin Schmitt-Promny (KV Aachen); Annette Von dem Bottlenberg (KV Soest); Burkhard Kalle (KV Soest); Marc Kersten (KV Köln); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Anja Boenke (KV Leverkusen); Cyrill Ibn Salem (KV Köln); Juli Scharffe (KV Münster); Karl Sasserath (KV Mönchengladbach); Cim Kartal (KV Bielefeld); Norika Creuzmann (KV Paderborn); Andrea Haack (KV Herford); Romy Mamerow (KV Bielefeld); Ulrich Möhl (KV Paderborn); Marvin Schuth (KV Köln); Uta Lücking (KV Höxter); Meral Thoms (KV Viersen)

WP-4-184-1 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Text

Von Zeile 184 bis 186 löschen:
Alle Menschen sollen Chancen und Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Wir unterstützen Langzeitarbeitslose und Menschen mit ~~psychischen~~ Beeinträchtigungen über den sogenannten „Sozialen Arbeitsmarkt“, so dass sie in Unternehmen wieder

Begründung

Nicht nur Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen haben es extrem schwer, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Vielen mit körperlichen Beeinträchtigungen geht es ähnlich. Insofern ist die Einschränkung auf eine Untergruppe von Menschen mit Schwerbehinderung nicht sinnvoll.

DISCLAIMER: Dieser Antrag wurde von einer Arbeitsgruppe von Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen erarbeitet

Unterstützer*innen

René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Ulrike Tadema (KV Duisburg); Bianca Schöttelndreier (KV Duisburg); Helle Sönnecken (KV Hochsauerland); Martina Hoffmann-Badache (KV Solingen); Harald Wölter (KV Münster); Manfred Becker (KV Bonn); Klaus-Dieter Seiffert (KV Gelsenkirchen); Ilona Schäfer (KV Wuppertal); Dennis Sonne (KV Coesfeld); Philipp Küpperbusch (KV Wesel); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Nils Behler (KV Dortmund); Irmgard Pehle (KV Herford); Andreas Müller (KV Essen); Ralf Schulz (KV Ennepe-Ruhr); Nabiha Ghanem (KV Soest); Philipp Hoffmann (KV Mülheim); Dirk Herres (KV Köln); Monika Heiming (KV Wesel); Burkhard Kalle (KV Soest); Meral Thoms (KV Viersen); Leonie Tonsen (KV Düsseldorf); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Holger Schelte (KV Recklinghausen); Max Lehmann (KV Leverkusen); Georg Sieglen (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Johannes West (KV Düsseldorf); Dagmar Hanses (KV Soest); Till Hoffmann (KV Köln); Annette Von dem Bottlenberg (KV Soest); Philippe Bergmann (KV Oberberg); Jörg Thiele (KV Krefeld); Eike Danke (KV Köln); Jeanne Emilia Riedel (KV München); Niclas Ehrenberg (KV Mettmann); Silke Behrendt (KV Mülheim)

WP-4-353-1 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Gerhard Klünder (KV Warendorf)

Text

Von Zeile 353 bis 356:
bevormundet und kriminalisiert. Sobald bundesgesetzliche Änderungen dies zulassen, werden wir in NRW ~~wissenschaftlich begleitete Modellprojekte zur kontrollierten Abgabe von Cannabis an volljährige Konsument*innen unterstützen.~~den kontrollierten Verkauf von Cannabis an volljährige Konsument*innen freigeben Ein besonderes Augenmerk legen wir auf neuere Erscheinungsformen der Sucht, von

Begründung

Klartext! B 90/Die Grünen stehen seit langer Zeit für die Legalisierung von Cannabis und Cannabisprodukten, nicht für Modellversuche. In diesem Augenblick, in dem die Legalisierung greifbar ist, zurückzuweichen, wäre „Angst vor der eigenen Courage".

Auszug aus dem Wahlprogramm der Bundespartei von 1994:
„Haschisch und Marihuana sind für den legalen Handel zuzulassen und sollen wie Tabak und Alkohol mit einer Steuer belegt und gemäß dem Lebensmittelrecht überwacht werden. Der Verkauf an Kinder und Jugendliche soll verboten bleiben."

Auszug aus dem Koalitionsvertrag der Ampel:

Wir führen die kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften ein. Dadurch wird die Qualität kontrolliert, die Weitergabe verunreinigter Substanzen verhindert und der Jugendschutz gewährleistet. Das Gesetz evaluieren wir nach vier Jahren auf gesellschaftliche Auswirkungen. Modelle zum Drugchecking und Maßnahmen der Schadensminderung ermöglichen und bauen wir aus.

Unterstützer*innen

Katja Behrendt (KV Warendorf); Marian Husmann (KV Warendorf); Jürgen Blümer (KV Warendorf); Britta Sporket (KV Warendorf); Peter Spieker (KV Warendorf); Tatjana Scharfe (KV Warendorf); Anja Beiers (KV Warendorf); Hedwig Tarner (KV Warendorf); Elisabeth Hollenhorst (KV Warendorf); Ali Bas (KV Warendorf); Jessica Wessels (KV Warendorf); Sabine Grohnert (KV Warendorf); Valeska Grap (KV Warendorf); Stephanie Holtmann (KV Warendorf); Michael Brandherm (KV Warendorf); Bernhard Meyer (KV Warendorf); Willi Kortmann (KV Coesfeld); Karl Stelthove (KV Warendorf)

WP-4-379 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Eva Miriam Fuchs (KV Wuppertal)

Text

Von Zeile 379 bis 381 einfügen:
Kommunen mit einem Altschuldenfonds wieder in die Lage zu versetzen, diese Investitionen eigenständig tätigen zu können und den Abruf von Förderprogrammen durch finanzschwache Kommunen mittels personeller Unterstützung zu erleichtern. Zum jahrzehntelang aufgebauten Investitionsstau kommen mindestens noch bis zum Jahr 2023 die Bewältigung der

Begründung

Die Kommunen sind die Transformationszellen, die wir nähren müssen. Um NRW auf den 1.5 Grad Pfad zu bringen und zukunftsfest zu machen, sieht unser Programmvorschlag für die Landtagswahl ein sehr breit gefächertes Angebot an Förderprogrammen für die Kommunen vor.

Allerdings zeigt sich bereits heute, dass v.a. finanzschwache Kommunen nicht in der Lage sind, die schon existierenden Förderprogramme z.B. zur fahrradgerechten Stadt oder für Spiel- und Sportstätten in Anspruch zu nehmen, da es sowohl an Personal für die Antragstellung der jeweiligen Fördermittel als auch an Fachkräften für die technische Umsetzung dieser Vorhaben mangelt.

Wir können aber nicht ein NRW der zwei Geschwindigkeiten erlauben, in dem sich finanziell und personell gut ausgestattete Kommunen diese Transformationsmittel sichern und die finanzschwachen und in der Folge zumeist auch personell knapp besetzten Kommunen immer weiter den Anschluss verlieren.

Daher soll im Wirtschaftsministerium ein Team bestehend aus Förderprogrammmanager*innen und technischen Fachkräften (z.B. Ingenieur*innen, Verkehrsplaner*innen) angesiedelt werden, dessen Kernaufgaben die Beratung von Kommunen hinsichtlich der möglichen Förderkulisse, die Unterstützung – inhaltlicher und personeller Art – bei der Antragsstellung und die Sicherstellung der sach- und fachgerechten Umsetzung der geförderten Vorhaben sein soll. So sichern wir einen zielgerechten Einsatz der öffentlichen Fördermittel sowie deren flächendeckende Nutzbarkeit.

Neben diesem allgemeinen Einschub zum Kapiteleinstieg wird eine präzisierende Ergänzung im Absatz "Solide Finanzen für lebenswerte Kommunen" mit gleicher Begründung vorgeschlagen.

Unterstützer*innen

Manuel Britsch (KV Viersen); Niklas Geßner (KV Solingen); Helle Sönnecken (KV Hochsauerland); Martina Witzel (KV Aachen); Klaus Lüdemann (KV Wuppertal); Paul Muschiol (KV Viersen); Tim Lautner (KV Münster); Vera Johanna Jandt (KV Wuppertal); Bernd Sandbrink (KV Düsseldorf); Stefan Falkenstein (KV Euskirchen); Jan Matzoll (KV Recklinghausen); Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Alex Lüttgen (KV Wuppertal); Claudia Wiese (KV Leverkusen); Jan Ovelgönne (KV Hochsauerland); Lauren Schubbe (KV Wuppertal); Hans-Christian Hierweck (KV Unna); Markos Jung (KV Rhein-Sieg); Sandra Sibille Lüttgen (KV Wuppertal)

WP-4-407 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Eva Miriam Fuchs (KV Wuppertal)

Text

Von Zeile 407 bis 409 einfügen:
investieren zu können. Dazu werden wir einen Altschuldenfonds einrichten, um die Gemeinden beim Schuldenabbau zu unterstützen. Außerdem werden wir durch landeseigenes Personal dafür sorgen, dass auch finanzschwache und personell knapp besetzte Kommunen in die Lage versetzt werden, das für ihr Vorhaben passende Förderprogramm zu identifizieren und Mittel daraus zu beantragen und abzurufen. Dort, wo Fachkräftemangel in den Verwaltungen die Umsetzung der Vorhaben gefährdet, unterstützen wir die Kommunen mit der Möglichkeit, auf einen neu etablierten Fachkräfte-Pool des Landes zuzugreifen. Auch die Steuerausfälle aus der Corona-Krise müssen solidarisch ausgeglichen werden.

Begründung

Die Kommunen sind die Transformationszellen, die wir nähren müssen. Um NRW auf den 1.5 Grad Pfad zu bringen und zukunftsfest zu machen, sieht unser Programmvorschlag für die Landtagswahl ein sehr breit gefächertes Angebot an Förderprogrammen für die Kommunen vor.

Allerdings zeigt sich bereits heute, dass v.a. finanzschwache Kommunen nicht in der Lage sind, die schon existierenden Förderprogramme z.B. zur fahrradgerechten Stadt oder für Spiel- und Sportstätten in Anspruch zu nehmen, da es sowohl an Personal für die Antragstellung der jeweiligen Fördermittel als auch an Fachkräften für die technische Umsetzung dieser Vorhaben mangelt.

Wir können aber nicht ein NRW der zwei Geschwindigkeiten erlauben, in dem sich finanziell und personell gut ausgestattete Kommunen diese Transformationsmittel sichern und die finanzschwachen und in der Folge zumeist auch personell knapp besetzten Kommunen immer weiter den Anschluss verlieren.

Daher soll im Wirtschaftsministerium ein Team bestehend aus Förderprogrammmanager*innen und technischen Fachkräften (z.B. Ingenieur*innen, Verkehrsplaner*innen) angesiedelt werden, dessen Kernaufgaben die Beratung von Kommunen hinsichtlich der möglichen Förderkulisse, die Unterstützung – inhaltlicher und personeller Art – bei der Antragsstellung und die Sicherstellung der sach- und fachgerechten Umsetzung der geförderten Vorhaben sein soll. So sichern wir einen zielgerechten Einsatz der öffentlichen Fördermittel sowie deren flächendeckende Nutzbarkeit.

Neben der hier eingefügten, konkreten Ausformulierung wird ein allgemeiner gehaltener Einschub zum Kapitelbeginn vorgeschlagen.

Unterstützer*innen

Manuel Britsch (KV Viersen); Helle Sönnecken (KV Hochsauerland); Martina Witzel (KV Aachen); Klaus Lüdemann (KV Wuppertal); Paul Muschiol (KV Viersen); Tim Lautner (KV Münster); Vera Johanna Jandt (KV Wuppertal); Bernd Sandbrink (KV Düsseldorf); Jan Matzoll (KV Recklinghausen); Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Niklas Geßner (KV Solingen); Alex Lüttgen (KV Wuppertal); Claudia Wiese (KV Leverkusen); Jan Ovelgönne (KV Hochsauerland); Lauren Schubbe (KV Wuppertal); Hans-Christian Hierweck (KV Unna); Sandra Sibille Lüttgen (KV Wuppertal)

WP-4-193 Solidarität sichern

Antragsteller*in: KV Dortmund
Beschlussdatum: 25.11.2021

Text

Von Zeile 193 bis 195 einfügen:
Behinderung gemeinsam arbeiten, wenn sie dies wünschen. Wir streben eine faire Entlohnung für die Arbeit in den Werkstätten an, mindestens auf branchenüblichem Mindestlohnniveau. Wir machen die Erfüllung der gesetzlichen Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter zum notwendigen

Begründung

Wir streben eine gleichwertige Bezahlung für Menschen in Behindertenwerkstätten an. Die Formulierung sollte dies auch eindeutig kommunizieren und keinen Deutungsspielraum lassen.

WP-4-213 Solidarität sichern

Antragsteller*in: KV Dortmund
Beschlussdatum: 25.11.2021

Text

Von Zeile 213 bis 215:
NRW als nachhaltigen Wirtschaftsstandort. Dienstleistungsjobs in der Landesverwaltung wie ~~Putzkräfte~~Reinigungskräfte und Pförtner*innen werden wir nicht weiter outsourcen und so faire Arbeitsbedingungen garantieren. Arbeitsschutz-

Begründung

Die Berufsbezeichnung heißt Reinigungskräfte und nicht Putzkräfte.

WP-4-9 Solidarität sichern

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 24.11.2021

Text

Von Zeile 9 bis 10 einfügen:
Ein solidarisches, inklusives und lebenswertes NRW – das ist ein Ort, an dem kein Kind, keine Alleinerziehende und kein Rentner in Armut leben muss. Ein Ort, an dem man

Begründung

Neben einem solidarischen und lebenswerten NRW sollte es für GRÜNE auch darum gehen, die Infrastruktur so zu gestalten, dass eine Teilhabe für alle strukturell möglich ist. Hierzu verpflichtet uns seit 2009 auch die UN-BRK, die auch in Deutschland ratifiziert worden ist und deren Grundlagen seither auch in die Gesetzgebung mit eingeflossen ist. Auch deshalb sollte die inklusive Ausrichtung als grundlegende Ausrichtung auch mit in die Präambel zu diesem Kapitel miteingefügt werden. Denn Solidarität und lebenswert erfordert auch inklusive Strukturen, damit dies für alle Menschen gelten kann.

WP-4-12 Solidarität sichern

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 24.11.2021

Text

Von Zeile 12 bis 14 einfügen:
jede*r eine Chance auf dem Arbeitsmarkt bekommt, auch ein zweites oder drittes Mal. Ein Land ohne Barrieren, in dem alle Menschen mit oder ohne Beeinträchtigung gemeinsam Leben und teilhaben können. In dem die Mieten bezahlbar sind und auch in ländlichen Regionen der Supermarkt, die Ärztin oder die Apotheke vor Ort erreichbar sind.

Begründung

Neben den beispielhaften Benennungen um was es bei einem solidarischen und lebenswerten und ergänzt auch inklusiven NRW gehen muss, sollte auch der Abbau der Barrieren mit angeführt werden.

WP-4-124 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	KV Münster
Beschlussdatum:	24.11.2021

Text

Von Zeile 124 bis 126 einfügen:
Wohnungsunternehmen und Genossenschaften bei der Vergabe von baureifen Flächen und fördern die Neugründung von Genossenschaften und Baugruppen. Gleiches gilt für die Bereitstellung von Baugrundstücken für Gemeinschaftliche und inklusive Wohnformen für Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf. Neue Wohnungen sollen direkt klimaneutral gebaut und vorhandene modernisiert werden, um

Begründung

Neben der Schaffung und Sicherung öffentlich geförderten Wohnraums mit bezahlbaren Mieten ist auch die Sicherung von Grundstücken für gemeinschaftliche Wohnformen bspw. für Ältere, Menschen mit Pflege- oder Unterstützungsbedarf wie auch Mehrgenrationen ein zentrales Thema. Um dies zu sichern haben einige Kommunen auch zu diesem Zweck die sogenannte Konzeptvergabe vorgesehen.

WP-4-151 Solidarität sichern

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 24.11.2021

Text

In Zeile 151 einfügen:

Landesinitiative “Mehr Platz zum gemeinsamen Spielen”

Begründung

Unsere Grüne Landesinitiative „Mehr Platz zum Spielen“ sollte von Anfang an inklusiv ausgerichtet sein, damit alle Kinder einbezogen werden können. Die UN-Behindertenrechtskonvention und deren Ratifizierung in Deutschland von 2009 gibt hier die Rechte auf Teilhabe vor. Hierzu gehört auch die Nutzung von Kinderspielplätzen für Kinder mit und ohne Behinderung. Dies ist in der Praxis leider noch nicht überall selbstverständlich. Deshalb sollte gerade ein Grünes Projekt dies auch zum Inhalt haben. Dabei gibt es bereits Normen, die barrierefreie Spielplätze berücksichtigen, wie die DIN 33942 „Barrierefreie Spielplatzgeräte“ oder die DIN 18034 „Spielplätze und Freiräume zum Spielen“. Nach dieser DIN müssen zur "Barrierefreien Nutzung" Spielplätze so beschaffen sein, dass sie auch für Menschen mit besonderen Anforderungen und Bedürfnissen, zum Beispiel bei Bewegung und Wahrnehmung, zugänglich und nutzbar sind.

Inklusive Spielplätze und -räume bieten Angebote, die jedes Kind entsprechend seinen Möglichkeiten nutzen kann – unabhängig von einer Behinderung. In diesem Sinne sollte ein Spielplatz allen Kindern Spielmöglichkeiten bieten. Dabei muss nicht jedes Spielgerät von jedem Kind gleichermaßen nutzbar sein. Hier kommt es auf das Angebot insgesamt an. Dabei sollte das Gelände des Spielplatzes so gestaltet sein, dass mobilitätsbeeinträchtigte Kinder und Erwachsene sich hier gut zurechtfinden und aufhalten können.

WP-4-154 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	KV Münster
Beschlussdatum:	24.11.2021

Text

Von Zeile 154 bis 158:
spielen können, brauchen sie Platz und eine anregende und sichere Umgebung. Mit unserem Förderprogramm " Mehr Platz zum ~~Spielen"~~Spielen inklusiv" können Kommunen bereits bespielbare Flächen (Spielplätze, Parks, Bolz- oder Skateplätze) im öffentlichen Raum erhalten und barrierefrei für das gemeinsame Spielen von Kindern mit[Leerzeichen]und ohne Beeinträchtigung[Leerzeichen]ausbauen. Zusätzlich ermöglichen wir, dass Kommunen ihre Bauprojekte so planen, dass sie Freiräume zum Spielen erhalten und verbessern.

Begründung

Unsere Grüne Landesinitiative „Mehr Platz zum Spielen" sollte von Anfang an inklusiv ausgerichtet sein, damit alle Kinder einbezogen werden können. Die UN-Behindertenrechtskonvention und deren Ratifizierung in Deutschland von 2009 gibt hier die Rechte auf Teilhabe vor. Hierzu gehört auch die Nutzung von Kinderspielplätzen für Kinder mit und ohne Behinderung. Dies ist in der Praxis leider noch nicht überall selbstverständlich. Deshalb sollte gerade ein Grünes Projekt dies auch zum Inhalt haben. Dabei gibt es bereits Normen, die barrierefreie Spielplätze berücksichtigen, wie die DIN 33942 „Barrierefreie Spielplatzgeräte" oder die DIN 18034 „Spielplätze und Freiräume zum Spielen". Nach dieser DIN müssen zur "Barrierefreien Nutzung" Spielplätze so beschaffen sein, dass sie auch für Menschen mit besonderen Anforderungen und Bedürfnissen, zum Beispiel bei Bewegung und Wahrnehmung, zugänglich und nutzbar sind.

Inklusive Spielplätze und -räume bieten Angebote, die jedes Kind entsprechend seinen Möglichkeiten nutzen kann – unabhängig von einer Behinderung. In diesem Sinne sollte ein Spielplatz allen Kindern Spielmöglichkeiten bieten. Dabei muss nicht jedes Spielgerät von jedem Kind gleichermaßen nutzbar sein. Hier kommt es auf das Angebot insgesamt an. Dabei sollte das Gelände des Spielplatzes so gestaltet sein, dass mobilitätsbeeinträchtigte Kinder und Erwachsene sich hier gut zurechtfinden und aufhalten können.

WP-4-180 Solidarität sichern

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 24.11.2021

Text

Von Zeile 180 bis 181 einfügen:
ausbreiten und sozialen Trägern und Kommunen helfen, geeignete Wohnungen dauerhaft zur Verfügung zu stellen. Zudem wollen wir für wohnungslose Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf ein selbstbestimmtes Wohnen in der eigenen Wohnung im Quartier ermöglichen und unterstützende Wohnprojekte fördern.

Begründung

In Ergänzung zu „Housing first“ bedarf es auch Wohnprojekte wie 60+. Mit der Bereitstellung von Apartments in einer Wohnanlage erhalten Wohnungslose Menschen wieder eine eigene Wohnung und zusätzlich auch die Sicherheit, falls sie Unterstützung und Pflege benötigen, je nach individuellem Bedarf. Angelehnt an die Projekte zum selbstbestimmten Wohnen und Leben bieten diese Wohnprojekte insbesondere für ältere Menschen, die auf der Straße leben wieder eine eigene Wohnung und zugleich Schutz und Unterstützung. Sie sind ein Baustein in einem inklusiven Quartierskonzept, das Menschen in prekären Lebenssituationen unterstützt und wieder ein Leben in einer eigenen Wohnung ermöglicht. Wir wollen diese Angebote sichern und setzen und für einen Ausbau weiterer unterstützter Wohnprojekte und deren Förderung ein.

Weitere Infos siehe unter:https://gruene-muenster.de/2020/gruene-besuchen-york-hoefe-und-wohnprojekte-60

WP-4-359-1 Solidarität sichern

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 24.11.2021

Text

Von Zeile 359 bis 361:
Aufklärungskampagnen. Wir unterstützen die Städte und Kommunen dabei, dass Suchtberatungsstellen und besonders Drogencafés ~~besser geschützt werden,~~ und Konsumräume weiterhin gefördert und deren Standorte gesichert bleiben, um die Verdrängung an den Stadtrand zu verhindern. Die zielgruppenspezifischen Hilfeangebote und Beratungsstrukturen stärken wir.

Begründung

Redaktionelle Überarbeitung, damit deutlicher ausgedrückt wird, dass es um eine Sicherung der bestehenden Standorte für Drogen- und Suchthilfeeinrichtungen geht. Darüber hinaus werden nun sowohl die Drogenkonsumräume explizit genannt, deren Bestand gleichwohl gesichert bleiben muss als auch die Förderung zielgruppenspezifischer Hilfeangebot, so wie bisher auch.

WP-4-150 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Johannes Remmel MdL

Text

Nach Zeile 150 einfügen:

Innenstädte als gemeinsames Zentrum der Nachbarschaften

In den nächsten Jahren gilt es, das System Stadt neu zu gestalten und gleichzeitig die Jahrhundertherausforderung Klimaschutz zu bewältigen. Unsere Innenstädte stehen dabei besonders im Fokus. Wo früher nur über immer mehr Parkplätze und Sonntagsöffnungen debattiert wurde, muss es heute um Digitalisierung, Klimaschutz und die Mobilitätswende als komplexe und miteinander verschränkte Herausforderungen gehen. Ein vielfältiger Nutzungsmix vom Handel über produzierendes Gewerbe bis hin zu Wohnen steigert sowohl die Attraktivität der Zentren; er schafft zugleich die nötige Resilienz für die Zentren. Die sozialökologische Entwicklung der Innenstädte zeigt sich in attraktiven Plätzen, dem Ausbau grüner und blauer Infrastruktur sowie Quartieren für alle. Die Zentren sind Ort der Begegnung und des Austausches der Menschen in NRW. Die Kommunen müssen finanziell besser ausgestattet werden, damit sie vorsorgende Liegenschaftspolitik für die Transformation der Zentren betreiben können. So können sie die Grundlage für Projekte legen, die aus der Zivilgesellschaft initiiert werden. Das Land NRW sollte diese partizipativen Prozesse (vergleichbar zum LEADER-Programm der EU) unterstützen indem sie die örtlichen Maßnahmen qualifizieren und die Fördermittel des Landes konzeptorientiert (zum Beispiel durch Förderlotsen) vermitteln.

Unterstützer*innen

Ulrike Burkert (KV Soest); Anne Roth (KV Köln); Astrid Wiesendorf (KV Düsseldorf); Johannes Tobias Habermann (KV Dortmund); Kirsten Deggim (KV Ennepe-Ruhr); Sonia Teimann (KV Rhein-Sieg); Michèle Eichhorn (KV Düsseldorf); Nathalie Konias (KV Euskirchen); Martin Metz (KV Rhein-Sieg); Richard Dembowski (KV Köln); Johannes Remmel (KV Siegen-Wittgenstein)

WP-4-203 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Ilona Schäfer (KV Wuppertal)

Text

Von Zeile 203 bis 204 einfügen:
Anerkennung ihrer Qualifikation unbürokratischer werden, etwa durch die Anerkennung mehrsprachiger Zeugnisse. Wir unterstützen theoriereduzierte Ausbildungen für junge Menschen mit Behinderung und statten Berufsschulen so aus, dass sie diese Auszubildenden adäquat beschulen können.

Begründung

Inklusion muss sich auch in der Ausbildung und im Berufsschulleben widerspiegeln, um jungen Menschen mit Behinderung eine Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Kammerberater*innen werben inzwischen in einer Reihe von IHKen und Handwerkskammern in NRW dafür, junge Menschen mit Behinderung in einer Fachpraktiker*innen-Ausbildung auszubilden. Leider gibt es aber oft keine nahegelegene Berufsschule, die diese jungen Auszubildenden adäquat beschulen kann, wenn sie einen Ausbildungsplatz gefunden haben. Diesen Ausbildungsweg müssen wir stärker fördern!

Unterstützer*innen

Karin Schmitt-Promny (KV Aachen); Lauren Schubbe (KV Wuppertal); Eva Miriam Fuchs (KV Wuppertal); Inan Özer (KV Wuppertal); Claus Scholl (KV Bonn); Martina Zsack-Möllmann (KV Solingen); Andreas Kanschat (KV Mettmann); Martina Hoffmann-Badache (KV Solingen); Lutz Weidner (KV Wuppertal); Ingrid Tews (KV Mülheim); Suzanne Kettig (KV Wuppertal)

WP-4-131 Solidarität sichern

Antragsteller*in: LAG Altenpolitik
Beschlussdatum: 19.11.2021

Text

Von Zeile 131 bis 132 einfügen:

Quartiere und Nachbarschaften für alle Generationen

Begründung

Hier geht es nicht nur um Nachbarschaften sondern insgesamt um Quartiere für alle Generationen. Laumann hat in der schwarz-gelben Regierungszeit versucht das „grüne“ Thema der Quartierskonzepte und die soziale Quartiersentwicklung wieder ad Acta zu legen. Für uns Grüne ist es wichtig, hier wieder einen Focus drauf zu legen und dies zu befördern. Deshalb sollte wir in unserem Grünen Wahlprogramm das Thema Quartier auch wieder benennen.

WP-4-149 Solidarität sichern

Antragsteller*in: LAG Altenpolitik
Beschlussdatum: 19.11.2021

Text

Von Zeile 149 bis 150 einfügen:
Lots*innen ein, die ältere Menschen befähigen, digitale Kommunikations- und Informationstechnologien zu nutzen. Sie tragen zur Selbstständigkeit und Sicherheit bei und eröffnen ein Mehr an Selbstbestimmung.

Teilhabe stärken – gegen Vereinsamung und Ausgrenzung
Vereinsamung und oftmals auch Armut bestimmen die Lebenssituation von vielen älteren Menschen. Deshalb sind soziale Netze vor Ort wichtig, die ältere Menschen in ihrer Selbständigkeit unterstützen und die Teilhabe fördern, wie Treffpunkte und digitale Vernetzungsstrukturen (z.B. Senioren-Chatgruppen) bis hin zu sozialen und kulturellen Angeboten im Wohnquartier. Teilhabe an Aktivitäten wollen wir durch Sozialtickets und Vergünstigungen bei Kultur- und Freizeitangeboten ermöglichen und örtliche Angebote unterstützen. Mit zunehmendem Pflege- und Unterstützungsbedarf sind Angebote zur sozialen Teilhabe im Quartier mit mobilitätsunterstützenden Angeboten zu verbinden. Hier spielen technologische Entwicklungen zur Förderung außerhäuslicher Aktivitäten eine bedeutende Rolle. Wir fördern unterstützende Nachbarschaften, eine Kultur des „Sich-Kümmerns“ sowie die Mobilität im Alter“.

Begründung

Das Thema Teilhabe, Vereinsamung und Ausgrenzung bei älteren Menschen findet bislang im Programmentwurf nicht statt, betrifft aber einen erheblichen Teil der älteren Generation. Die Ergänzung greift grüne Forderungen auf, die der Grüne Landesverband NRW bereits im Beschluss zum Antrag „Selbstbestimmt Leben im Alter – selbstbestimmt Leben im Quartier“ am 15.02.2020 auf Landeseben beschlossen hat.

WP-4-303 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	LAG Altenpolitik
Beschlussdatum:	19.11.2021

Text

Von Zeile 303 bis 305 einfügen:
„anonymen Krankenschein“ einführen. Wir bauen die „Clearingstellen“ flächendeckend aus und sichern deren Finanzierung . Sie helfen, den Krankenversicherungsstatus zu klären. Um Menschen mit Behinderungen besser zu versorgen, entwickeln wir einen

Begründung

Bislang bestehen in NRW insgesamt lediglich fünf Clearingstellen zur Unterstützung der gesundheitlichen Versorgung von Menschen ohne Papiere und Menschen bei denen der Krankenversichertenstatus ungeklärt ist. Es ist richtig hier für einen flächendeckenden Ausbau einzutreten. Zudem ist es notwendig auch die Finanzierung der Clearingstellen zu sichern.

WP-4-118-1 Solidarität sichern

Antragsteller*in: LAG Regional- und Stadtentwicklung
Beschlussdatum: 19.11.2021

Text

Von Zeile 118 bis 121:
Wohnraum. Außerdem fördern wir verstärkt den Bau von neuen sozialen und preiswerten Wohnungen. Hierfür fehlt es den Kommunen an eigenem Grund und Boden. Wir ~~unterstützen~~werden sie rechtlich und finanziell in die ~~Kommunen ebenfalls dabei, Flächen anzukaufen, auf denen geförderte Wohnungen entstehen~~Lage versetzen, eine vorsorge Grundstückspolitik betreiben zu können. Wir sorgen dafür, dass öffentliche Flächen nicht mehr nach dem Höchstgebot, sondern nach sozialen,

Von Zeile 124 bis 126 einfügen:
Wohnungsunternehmen und Genossenschaften bei der Vergabe von baureifen Flächen und fördern die Neugründung von Genossenschaften und Baugruppen. So bleibt die Bodennutzung langfristig sozial. Neue Wohnungen sollen direkt klimaneutral gebaut und vorhandene modernisiert werden, um

Begründung

Kommunen brauchen eigenen Grund & Boden, um Nutzungen langfristig sozialökologisch zu steuern. Das Städtebaurecht (als öffentliches Recht) ist zu häufig ein zahnloser Tiger gegenüber dem freien Markt. Die Änderungen unterstreichen die Notwendigkeit, die Kommunen wieder in die Lage zu versetzen, selbst über Grundstücke zu verfügen und diese dann über Konzeptvergaben an gemeinnützige Träger zu vergeben.

WP-4-130 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Text

Von Zeile 130 bis 131 einfügen:
klare Standards für barrierefreien Wohnraum in die Landesbauordnung aufnehmen und für genügend rollstuhlgerechte Wohnungen sorgen.

Wir stehen an der Seite von Mieter*innen, die Angst haben müssen, aus ihren Quartieren verdrängt zu werden. Deshalb werden wir auf allen Ebenen dafür eintreten, dass Kommunen das Instrument der sozialen Erhaltungssatzung schneller, effektiver und rechtssicher einsetzen können, um effektiv gegen Luxussanierungen und andere mietentreibende Maßnahmen vorgehen können. Wir wollen alle Möglichkeiten im Rahmen der bundesgesetzlichen Regeln ausschöpfen, um Schlupflöcher bei der Mietpreisbremse zu stopfen und den Mietanstieg zu begrenzen. Dabei sehen wir die Mieterschutzvereine als wichtige Partner.

Begründung

Im ganzen Solidaritätskapitel (das übrigens nichtmal halb so lang ist wie das Umweltkapitel) werden Mieter*innen kein einziges Mal erwähnt. Bei allem Verständnis für den Wunsch nach einem kürzeren Wahlprogramm: Lasst uns nicht an der falschen Stelle mit Worten geizen!

Das Instrument der sozialen Erhaltungssatzung (auch als "Milieuschutzsatzung" bekannt) ist einer der wenigen kommunalen Hebel, um Mietsteigerungen einzugrenzen. Die jetzige schwarz-gelbe Landesregierung hat dieses Instrument wieder eingeschränkt. Zudem klagen Kommunen darüber, dass die Umsetzung solcher Satzungen sehr lange dauert und mit Unsicherheiten verbunden ist. Dies hat sich durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 9. November nochmals verschärft, welches das Vorkaufsrecht von Kommunen in Frage stellt.

Deshalb müssen wir dringend das Instrument der sozialen Erhaltungssatzung landesgesetzlich nachschärfen und im Bund auf eine Änderung des Bundesbaugesetzes drängen, um für mehr Rechtssicherheit zu sorgen.

Auch andere mögliche Hebel der Mietpreisbegrenzung werden nicht angesprochen, obwohl wir hier im Rahmen der bundesgesetzlichen Regelungen Ausgestaltungsspielräume nutzen sollten.

An anderer Stelle des Programms nennen wir zivilgesellschaftliche Organisationen und Bewegungen. Gut so! Warum nicht auch die wichtigen Mietervereine?

Unterstützer*innen

René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Philipp Küpperbusch (KV Wesel); Achim Stump (KV Köln); Andreas Franco (KV Köln); Sandra Schmitz (KV Köln); Anne Roth (KV Köln); Manfred Becker (KV Bonn); Peter Ruther (KV Köln); Irmgard Pehle (KV Herford); Thomas Ketelaer (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Chris Cranz (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Monika Heiming (KV Wesel); Ursula Niermann (KV Coesfeld); Tanja Deiters (KV Köln); Till Hoffmann (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Jörg Thiele (KV Krefeld)

WP-4-118-2 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Text

Von Zeile 118 bis 121 einfügen:
Wohnraum. Außerdem fördern wir verstärkt den Bau von neuen sozialen und preiswerten Wohnungen und schöpfen alle rechtlichen Möglichkeiten aus, die Mietpreisbindung deutlich länger als bisher zu gestalten. Wir unterstützen die Kommunen ebenfalls dabei, Flächen anzukaufen, auf denen geförderte Wohnungen entstehen können. Wir prüfen, ob die jetzigen Sanktionsinstrumente ausreichen, um Spekulation mit Bauland sowie Leerstand und Zweckentfremdung von Wohnraum zu unterbinden. Wir sorgen dafür, dass öffentliche Flächen nicht mehr nach dem Höchstgebot, sondern nach sozialen,

Begründung

Seit langem fallen jedes Jahr mehr Wohnungen aus der Sozialbindung als neue öffentlich geförderte Wohnung entstehen. In Städten wir Köln stehen nur für etwa 10% der Wohnberechtigungsscheinberechtigten auch eine entsprechende Wohnung zur Verfügung. Das liegt maßgeblich auch an der zu geringen Dauer der Belegungsbindungen. Diese fallen in die Regelungskompetenz der Länder und werden in NRW durch die Wohnraumförderungsbestimmungen (https://www.mhkbg.nrw/sites/default/files/media/document/file/2021_02_1_WFB_2021.pdf) festgelegt, hier genau in § 2.3.1.1.

Desweiteren kann über Förderhöhe, Darlehensdauer, Festlegung von Nachwirkungsfristen und Verlängerungsoptionen auf die tatsächliche Dauer von Belegungs- und Mietpreisbindungen eingewirkt werden.

Lasst uns die entsprechenden Möglichkeiten ausschöpfen und ausbauen. Millionen Mieter*innen in NRW werden es uns danken.

Unterstützer*innen

René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Philipp Küpperbusch (KV Wesel); Achim Stump (KV Köln); Andreas Franco (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Petra Schmidt-Niersmann (KV Wesel); Sandra Schmitz (KV Köln); Manfred Becker (KV Bonn); Sabine Jutta Müller (KV Köln); Peter Ruther (KV Köln); Irmgard Pehle (KV Herford); Heike Havermeier (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Monika Heiming (KV Wesel); Ursula Niermann (KV Coesfeld); Georg Sieglen (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Till Hoffmann (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Jörg Thiele (KV Krefeld)

WP-4-344 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Text

Von Zeile 344 bis 346 einfügen:
Auszubildenden unterrichten. Zurzeit bauen engagierte Fachkräfte die Pflegekammer auf. Ein Prozess der nur mit breiter Zustimmung und demokratischer Legitimation Erfolg haben kann. Dabei müssen Kosten und Nutzen in Einklang gebracht werden, durch eine sensible Gebührensatzung und echte Mitspracherechte, perspektivisch auch im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA). Wir werden den Dialog zwischen Pflegekammer, Gewerkschaften, Verbänden und anderen Berufskammern unterstützen, um gemeinsam für bessere Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen zu sorgen.

Begründung

Für uns als Politik sind Pflegekammern ein praktisches Instrument, da sie uns klare Ansprechpartner*innen an die Hand geben. Ich bin aber nicht sicher, ob unserer Partei die Sprengkraft des Themas "Pflegekammer" komplett bewusst ist. Kaum eine andere Frage sorgt für hitzigere Diskussionen in Altenheimen und Krankenhäusern. Die Skepsis ist groß, die Ablehnung intensiv, bis hin zu Hass und Hetze. Als jemand der für eine Fachzeitschrift im Gesundheitswesen arbeitet, bekomme ich das beinahe täglich mit. In zwei Bundesländern wurden Pflegekammern mittlerweile wieder aufgelöst! [1] [2]

Deswegen ist dieses Thema nicht mit zwei eher nichtssagenden Sätzen abzuhandeln. Insbesondere dann, wenn der erste Satz als implizite und kritiklose Zustimmung zu Pflegekammern zu verstehen ist. Zumal auch die Gewerkschaften die Pflegekammern kritisch sehen und als potenzielle Konkurrenz. [3]

Deshalb besteht hier hohes Fettnäpfchenpotenzial und wir sollten zumindest deutlich machen, dass wir gewisse Kritikpunkte sehen und lösen wollen. Darunter fallen die Finanzierungsfrage, die Beitragsordnung und vor allem die mangelnde Durchsetzungskraft. Hierzu hat die Ampel nun beschlossen, Pflegekammern einen Platz im G-BA in Aussicht zu stellen.

Dies ist eine Frage, die für hunderttausende Beschäftigte im Gesundheitswesen unter Umständen wahlentscheidend sein wird. Bitte lasst uns hier differenziert und empathisch formulieren.

[1] https://www.rechtsdepesche.de/aufloesung-der-pflegekammer-schleswig-holstein/

[2] https://www.pflegekammer-nds.de/files/presse/pm-pk-nds-gesetz-auflösung-pflegekammer.pdf

[3] https://nrw.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++91cc38d8-3018-11ec-8bdd-001a4a160100

Unterstützer*innen

René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Ralf Pirsig (KV Paderborn); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Philipp Küpperbusch (KV Wesel); Achim Stump (KV Köln); Andreas Franco (KV Köln); Ulrike Tadema (KV Duisburg); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Nabiha Ghanem (KV Soest); Arne von Holdt (KV Ennepe-Ruhr); Bianca Schöttelndreier (KV Duisburg); Anne Roth (KV Köln); Veronika Redeker (KV Recklinghausen); Heike Marré (KV Düren); Ilona Schäfer (KV Wuppertal); Ingelore Fohr (KV Düsseldorf);

Maximilian Ruta (KV Köln); Monika Heiming (KV Wesel); Dirk Herres (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Till Hoffmann (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Jörg Thiele (KV Krefeld)

WP-4-125 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	KV Rhein-Sieg
Beschlussdatum:	25.11.2021

Text

Von Zeile 125 bis 131:
und fördern die Neugründung von Genossenschaften und Baugruppen. Neue Wohnungen sollen direkt klimaneutral und barrierefrei gebaut und vorhandene modernisiert werden, um Klimaschutz sowie Barrierefreiheit auch im Gebäudebereich wirksam umzusetzen. Dies soll konsequent gefördert werden und damit sozial gerecht geschehen. Auch stärken wir die Teilhabe und Selbstständigkeit von Menschen mit Behinderungen, indem wir wieder klare Standards für barrierefreien Wohnraum sowie barrierefreie Quartiere/Stadtteile in die Landesbauordnung aufnehmen und für genügend ~~rollstuhlgerechte~~barrierefreie bezahlbare Wohnungen sorgen.

Begründung

Wir wollen Barrierefreiheit stärken und werben daher dafür, diese in unserem Programm stärker hervorzuheben.

WP-4-141 Solidarität sichern

Antragsteller*in: KV Rhein-Sieg
Beschlussdatum: 25.11.2021

Text

Von Zeile 141 bis 142:
auch für ehemals wohnungslose Personen – werden ausgebaut. Die Nachbarschaft für alle Generationen ist fußgängerfreundlich und ~~barrierearm~~barrierefrei..

Begründung

Wir wollen Barrierefreiheit stärken und werben daher dafür, diese in unserem Programm stärker hervorzuheben.

WP-4-263 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Marvin Schuth (KV Köln)

Text

Von Zeile 263 bis 264 einfügen:
Rehabilitationseinrichtungen verbinden. Mittels patientenorientierter Digitalisierung werden die Angebote besser vernetzt. Um die ärztliche Versorgung in NRW nachhaltig zu sichern, sorgen wir für eine bessere finanzielle Ausstattung der medizinischen Fakultäten an den Hochschulen und schaffen sofort 200 neue Studienplätze für Humanmedizin. Langfristig sollen 800 weitere solcher Studienplätze zusätzlich entstehen.

Begründung

Es besteht akuter Ärzt*innenmangel. Dass dieser Mangel derzeit durch das Abwerben von Fachkräften aus dem Ausland zu überbrücken versucht wird, ist nicht nur unsolidarisch, sondern auch ineffektiv. Deshalb fordern der Marburger Bund, das Zentralinstitut für kassenärztliche Versorgung und der Berufsverband Kinder- und Jugendärzte langfristig 5000 zusätzliche Medizinstudienplätze, der Bedarf für mindestens 1000 neue Medizinstudienplätze wird als akut und äußerst dringend eingeschätzt. Da in NRW ca. ein Fünftel der Menschen in Deutschland lebt und ca. ein Fünftel der staatlichen Medizinfakultäten ansässig ist, sollte NRW 20% dieses zusätzlichen Bedarfs decken.

Unterstützer*innen

Luca Mehlig (KV Köln); Dilara Ates (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Benedikt Enderer (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Leon Schlömer (KV Köln); Jonas Günther (KV Köln); Phi Burghardt (KV Köln); Valentin Westerboer (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln)

WP-4-332 Solidarität sichern

Antragsteller*in: LAG Altenpolitik
Beschlussdatum: 19.11.2021

Text

Von Zeile 332 bis 335:
~~Selbstbestimmt leben und dennoch gut versorgt sein – das wünschen sich viele Menschen im Alter. Bisher orientiert sich das Angebot an Pflegeplätzen stark am Interesse von Investoren. Deren Großheime sollen Rendite bringen.~~Noch immer wird der Großteil der Pflege und Unterstützungsleistungen von Angehörigen erbracht. Viele sind berufstätig und doppelt belastet oder selbst im höheren Lebensalter und wenig belastbar. Deshalb brauchen wir Rahmenbedingungen, die einer würdevollen Pflege gerecht werden und die Angehörige stärkt. Es verlangt eine Pflege, die die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention erfüllt und kultur- wie auch LSBTQ*sensible ausgerichtet ist. Selbstbestimmt leben und dennoch gut versorgt sein – das wünschen sich viele Menschen im Alter. Das Angebot ist aber vielfach noch geprägt durch Großheime. Deshalb wollen wir weg von einem weiteren Ausbau von Großeinrichtungen Wir setzen insbesondere auf Alternativen wie Wohn- und Hausgemeinschaften mit einem umfassenden Pflege- und Unterstützungsangebot. Über den Ausbau ambulanter Pflege sowie der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege und Angebote wie Quartierstützpunkte oder Nachbarschaftszentren, sichern wir Pflege rund um die Uhr ab. So entlasten wir auch pflegende Angehörige. Wir unterstützen die Umgestaltung der Heime mit durchgängig Einzelzimmern, die Öffnung zum Quartier und den Wandel hin zu Wohnanlagen mit Pflege, in der alle Generationen willkommen sind. Neue quartierorientierte Versorgungsformen werden wir unterstützen.
Wir wollen erreichen, dass möglichst viele Städte und Kreise ihre Pflegeinfrastruktur mit

Begründung

Die Grüne Landtagsfraktion leistet engagierte Arbeit gerade in dem Themenfelde Pflege. Dies wird auf Landesebene auch in den kommenden Jahren ein zentrales Thema im Bereich Arbeit, Soziales und Gesundheit sein. Hierfür ist im Programmentwurf der Abschnitt zu diesem komplexen Thema leider etwas kurz geraten. Im Vergleich zu anderen Abschnitten zu Einzelthemen stellt sich der Abschnitt zum komplexen Themenfeld Pflege leider zu rudimentär dar und wird der sehr guten Arbeit der Landtagsfraktion hierzu nicht ganz gerecht. Es bedarf klarere Aussagen zur Weiterentwicklung der Pflegeinfrastruktur mit einem Vorrang ambulant verfasster Angebote, mit denen auch eine umfassende Pflege gesichert werden kann. Zudem sollten auch pflegende Angehörige als größte Gruppe, derer die Pflegearbeit leisten, angesprochen werden. Zumal auch ein Großerteil als Zielgruppe deutlich Grün-orientiert ist.

Pflege als kommunale Aufgabe und die Rolle der Kommunen und Kreise sollten ebenso deutlicher dargestellt werden. In den letzten Jahren ist es uns gelungen die verbindliche Pflegebedarfsplanung als kommunales Steuerungselement für eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung im Sinne der örtlichen Bevölkerung zu verankern. Die Rolle der Kommunen und die Rechte und Wünsche der Pflegebedürftigen wollen wir weiter stärken.

Schließlich haben wir mit den Ergänzungen die Aussagen zum Berufsfeld Pflege präzisiert und sinnvollerweise erweitert.

WP-4-332-1 Solidarität sichern

Antragsteller*in: LAG Altenpolitik
Beschlussdatum: 19.11.2021

Text

Von Zeile 332 bis 341:
Selbstbestimmt leben und dennoch gut versorgt sein – das wünschen sich viele Menschen im Alter. ~~Bisher orientiert sich~~

Pflege als kommunale Aufgabe verankern
Der Ausbau der Pflegeinfrastruktur ist allzu oft geprägt durch das ~~Angebot an Pflegeplätzen stark am~~ Interesse von Investoren, in renditeträchtig in Großeinrichtungen zu investieren Wir wollen hingegen eine gemeinwesenorientierte Ausrichtung befördern. ~~Deren Großheime~~Vorranging sollen ~~Rendite bringen~~freigemeinnützige und kommunale Träger als Akteure der Alten- und Pflegearbeit berücksichtigt werden und Investoren eine lokale ober regionale Anbindung aufweisen. Wir wollen erreichen, dass möglichst viele Städte und Kreise ihre Pflegeinfrastruktur mit der „verbindlichen Pflegebedarfsplanung“ im Interesse der Bevölkerung gestalten. Gleiches gilt für eine altersgerechte Wohnungs- und Quartierspolitik.Von der Bundesebene erwarten wir eine „doppelte Pflegegarantie“: Der Eigenanteil der Pflegekosten - ambulant wie stationär - wird gedeckelt und dadurch planbar und bezahlbar. Alle darüber hinaus entstehenden Pflegekosten für eine bedarfsgerechte Versorgung übernimmt die Pflegeversicherung.~~[Leerzeichen]~~

Begründung

Pflege als kommunale Aufgabe und die Rolle der Kommunen und Kreise sollten ebenso deutlicher dargestellt werden. In den letzten Jahren ist es uns gelungen die verbindliche Pflegebedarfsplanung als kommunales Steuerungselement für eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung im Sinne der örtlichen Bevölkerung zu verankern. Die Rolle der Kommunen und die Rechte und Wünsche der Pflegebedürftigen wollen wir weiter stärken.

WP-4-304 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Text

Von Zeile 304 bis 307 einfügen:
flächendeckend aus. Sie helfen, den Krankenversicherungsstatus zu klären. Um Menschen mit Behinderungen besser zu versorgen, entwickeln wir gemeinsam mit Fachleuten und Betroffenen einen ressortübergreifenden Inklusionsplan, der Hürden im Gesundheitswesen abbaut und die Inklusionsforschung stärkt. Wir machen verbindliche Vorgaben zur Barrierefreiheit bei der Bedarfsplanung und

Begründung

Pläne zu Inklusion sollten immer auch unter Einbeziehung Betroffener entwickelt werden, da sie einen anderen Blickwinkel haben, der oft untergeht.

Und es darf bei dem Plan nicht nur um die medizinische Versorgung gehen, sondern auch um Inklusionsforschung. Denn die Optimierung von Pflege und Assistenz, sind gerade in Zeiten der Digitalisierung ein wichtiges Thema.

HINWEIS: Dieser Antrag ist einer von vielen, der in einer Arbeitsgruppe für Inklusion durch mehrere Mitglieder erarbeitet wurde.

Unterstützer*innen

René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Philipp Küpperbusch (KV Wesel); Achim Stump (KV Köln); Andreas Franco (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Nabiha Ghanem (KV Soest); Arne von Holdt (KV Ennepe-Ruhr); Bianca Schöttelndreier (KV Duisburg); Louisa Albrecht (KV Recklinghausen); Leonie Nora Sieger (KV Wuppertal); Harald Wölter (KV Münster); Heike Marré (KV Düren); Nils Behler (KV Dortmund); Klaus-Dieter Seiffert (KV Gelsenkirchen); Ingelore Fohr (KV Düsseldorf); Dennis Sonne (KV Coesfeld); Philipp Hoffmann (KV Mülheim); Irmgard Pehle (KV Herford); Thomas Ketelaer (KV Köln); Andreas Müller (KV Essen); Ralf Schulz (KV Ennepe-Ruhr); Maximilian Ruta (KV Köln); Juli Scharffe (KV Münster); Dirk Herres (KV Köln); Leonie Tonsen (KV Düsseldorf); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Lena Cornelissen (KV Bonn); Manfred Becker (KV Bonn); Anja Beiers (KV Warendorf); Tanja Deiters (KV Köln); Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Andreas Wern (KV Leverkusen); Ingolf Hosbach (KV Bochum); Johannes West (KV Düsseldorf); Annette Von dem Bottlenberg (KV Soest); Christiane Schmidt (KV Köln); Philippe Bergmann (KV Oberberg); Jörg Thiele (KV Krefeld); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Jeanne Emilia Riedel (KV München); Taran Mostofizadeh (KV Ennepe-Ruhr); Niclas Ehrenberg (KV Mettmann); Silke Behrendt (KV Mülheim)

WP-4-130-1 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Text

Von Zeile 130 bis 131:
klare Standards für barrierefreien Wohnraum in die Landesbauordnung aufnehmen und bei Neubauten standardmäßig für ~~genügend~~unter anderem rollstuhlgerechte Wohnungen sorgen. Die Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet uns dazu, selbständiges Wohnen mit begleitender Unterstützung und Pflege auch dann zu ermöglichen, wenn eine Heimunterbringung günstiger wäre.

Begründung

Die Einschränkung bei barrierefreiem Wohnraum auf Rollstuhlfahrende berücksichtigt Menschen mit anderen Behinderungen nicht.

"Genügend" ist ebenfalls sehr dehnbar. Denn wir wollen ja nicht nur, dass Menschen mit Behinderungen in ihrer EIGENEN Wohnung Barrierefreiheit genießen, sondern auch z.B. Freunde barrierefrei besuchen können. Alles andere ist keine gleichberechtigte Teilhabe.

Und wenn wir es ernst meinen mit der Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung, dann darf es keinen Kostenvorbehalt beim selbständigen Wohnen geben. Dies war bereits Forderung in unserem Landtagswahlprogramm 2017.

HINWEIS: Dieser Antrag ist einer von vielen, der in einer Arbeitsgruppe für Inklusion durch mehrere Mitglieder erarbeitet wurde.

Unterstützer*innen

René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Philipp Küpperbusch (KV Wesel); Achim Stump (KV Köln); Andreas Franco (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Nabiha Ghanem (KV Soest); Louisa Albrecht (KV Recklinghausen); Leonie Nora Sieger (KV Wuppertal); Nils Behler (KV Dortmund); Manfred Becker (KV Bonn); Klaus-Dieter Seiffert (KV Gelsenkirchen); Ilona Schäfer (KV Wuppertal); Dennis Sonne (KV Coesfeld); Thomas Ketelaer (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Andreas Müller (KV Essen); Philipp Hoffmann (KV Mülheim); Petra Schmidt-Niersmann (KV Wesel); Ralf Schulz (KV Ennepe-Ruhr); Maximilian Ruta (KV Köln); Juli Scharffe (KV Münster); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Lena Cornelissen (KV Bonn); Holger Schelte (KV Recklinghausen); Max Lehmann (KV Leverkusen); Tanja Deiters (KV Köln); Johannes West (KV Düsseldorf); Till Hoffmann (KV Köln); Annette Von dem Bottlenberg (KV Soest); Ingelore Fohr (KV Düsseldorf); Philippe Bergmann (KV Oberberg); Jörg Thiele (KV Krefeld); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Eike Danke (KV Köln); Tim Lautner (KV Münster); Harald Wölter (KV Münster); Jeanne Emilia Riedel (KV München); Taran Mostofizadeh (KV Ennepe-Ruhr); Niclas Ehrenberg (KV Mettmann); Silke Behrendt (KV Mülheim)

WP-4-339 Solidarität sichern

Antragsteller*in: LAG Altenpolitik
Beschlussdatum: 19.11.2021

Text

Von Zeile 339 bis 345:
entstehenden Pflegekosten für eine bedarfsgerechte Versorgung übernimmt die Pflegeversicherung. ~~[Leerzeichen]~~

Gute Pflege gelingt nur mit gutem und ausreichend vorhandenem Personal.
Wir setzen uns für bessere Arbeitsbedingungen und verlässliche Arbeitszeiten ein. Voraussetzung hierfür sind bessere Personalbesetzungen in allen Versorgungsformen. Deshalb ~~benötigen wir wissenschaftlich fundierte, verbindliche~~müssen die fundierten, verbindlichen Personalbemessungsinstrumente in der stationären Pflege vollumfänglich umgesetzt werden. Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass es in NRW genügend Ausbildungsplätze für Fach- und Assistenzkräfte gibt. In NRW verbessern wir die Pflegeausbildung auch dadurch, dass mehr Lehrkräfte die Auszubildenden unterrichten und die Praxisanleitungen in den Betrieben gestärkt werden . Notwendig ist eine bessere und angemessene Bezahlung in der Pflege und den Gesundheitsberufen. Hierzu gehört eine Angleichung der Dauerpflege mit der Akutpflege. Zurzeit bauen engagierte Fachkräfte die Pflegekammer auf. Wir werden den Dialog zwischen Pflegekammer, Gewerkschaften,

Begründung

Im Berufsfeld Pflege sollten wir weitere Aussagen treffen, die die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und verlässliche Arbeitszeiten betreffen. Hierzu gehört eine bessere Personalbesetzungen in allen Versorgungsformen. Die verbindlichen Personalbemessungsinstrumente in der stationären Pflege müssen vollumfänglich umgesetzt werden. Weiter wollen wir Aussagen zur Schaffung von genügend Ausbildungsplätze für Fach- und Assistenzkräfte im Programm treffen und zu mehr Lehrkräften und Praxisanleitungen in den Betrieben. Schließlich haben wir die Notwendigkeit einer angemessenen Bezahlung in der Pflege und den Gesundheitsberufen angesprochen. Hierzu gehört eine Angleichung der Dauerpflege mit der Akutpflege.

WP-4-78 Solidarität sichern

Antragsteller*in: KV Leverkusen
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 78 bis 84:
diejenigen Jugendlichen, die nach ihrer Volljährigkeit die stationäre Jugendhilfe verlassen. ~~Wir fördern Jugendhäuser, die mit multiprofessionellen Teams Jugendliche ganzheitlich beraten und bei ihren vielfältigen "Baustellen" vom Ausbildungsplatz bis zur Wohnungssuche unterstützen. In den Jugendhäusern sollen aber auch junge Volljährige beraten werden, die derzeit noch aus dem Raster fallen.~~Wir fördern Jugendhäuser, die wegen Ihrer Niedrigschweilligkeit Jugendliche und junge Erwachsene an geeignete Beratungsangebote vermitteln. Hierzu zählt vor allem die Jugendberufshilfe. Sie berät ganzheitlich mit dem Schwerpunkt berufliche Entwicklung, nimmt aber auch Wohnungsprobleme und psychosoziale Schwierigkeiten in den Blick. Dieses Angebot wollen wir ausbauen. Wenn ein Leben zu Hause nicht mehr möglich ist, werden wir Jugendliche vor einem Leben auf der Straße schützen. Hierfür werden wir die

Begründung

Die Schwerpunktaufgaben von Jugendhäusern sind Gruppenangebote im Freizeibereich. Sie eignen sich auch als Anlaufstelle für Jugendliche, die erhebliche Schwierigkeiten bei Berufseinmündung, oft in Kombination mit prekären Wohn-/Familienbedingungen haben. Jugendhäuser können aber keine langfristigen, intensiven Beratungs- und Unterstützungsleistungen durchführen. Hierfür gibt es ambulante erzieherische Hilfen und das System Jugendberufshilfe. Hier leisten freie Träger sehr gute Arbeit. Sie haben zwar zunächst den Fokus auf der beruflichen Thematik. Sie arbeiten aber idR ganzheitlich und nehmen die häufig bestehenden familiären bzw. wohnlichen Probleme mit in ihren Blick. Bei erheblichen psychischen und Suchtproblemen vermitteln sie an geeignete Institutionen.

WP-4-135 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	LAG Regional- und Stadtentwicklung
Beschlussdatum:	16.11.2021

Text

Von Zeile 135 bis 137 einfügen:
Oasen, gute Versorgungsstrukturen und die Möglichkeit, andere Menschen zu treffen, schaffen Lebensqualität. Wir möchten den gesundheitsförderlichen und sozialen Wert von öffentlichen Plätzen, Stadtgrün und Wasserflächen im Wohnumfeld ausweiten. Ziel ist die fußläufige Erreichbarkeit für alle – als Beitrag zur öffentlichen Gesundheit „Public Health“. Ältere Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen finden Unterstützung, Beratung und Versorgungssicherheit.

Begründung

Wir GRÜNE können uns dadurch profilieren, dass wir diese Bedarfe wahrnehmen und das kreative, engagierte Potential der Bevölkerung und der sozialen Institutionen unterstützen. Das sind Massnahmen die zur öffentlichen Gesundheit mit dem Standardbegriff "Public Health" beitragen.

WP-4-233 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Meral Thoms (KV Viersen)

Text

Von Zeile 233 bis 234 einfügen:
Prävention und Schutz der Gesundheit muss schon bei den Kleinsten anfangen. So wird der Grundstein gelegt für ein langes, gesundes Leben. Wir wollen flächendeckend Programme der gesundheitlichen Bildung an KITAs und Schulen einführen. Gesundheitskompetenz und das Wissen um einen gesunden Lebensstil soll allen Kindern und Jugendlichen vermittelt werden, unabhängig von Einkommen, Bildung und Herkunft der Eltern. Hierzu sollen lokale Netzwerke aufgebaut werden zwischen dem Öffentlichen Gesundheitsdienst, Ärzt:innen, Krankenkassen, Sportvereinen, Elternverbänden etc.

Begründung

Nicht erst die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, wie schlecht es um die körperliche und psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen gestellt ist.

- Laut einer WHO-Studie sind 18% der Mädchen und 14% der Jungen zwischen 11 und 15 Jahren in Deutschland übergewichtig.
- Nur 7 % der Mädchen und 13% der Jungen sind täglich 60 Minuten körperlich aktiv.
- 21% der Jungen und 41% der Mädchen berichten über zwei oder mehr psychosomatische Beschwerden wöchentlich.
- Die o.g. Ergebnisse der Studie “Health Behaviour in School-aged Children“ (HBSC) wurden vor der Corona-Pandemie erhoben. Der nächste Befragungszeitraum wird im Jahr 2022 sein. Dann werden auch die Folgen der Corona-Pandemie auf die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen abgebildet werden können.

Quelle: Kinder- und Jugendärzte im Netz, https://www.kinderaerzte-im-netz.de/news-archiv/meldung/article/who-studie-jeder-fuenfte-jugendliche-in-deutschland-ist-zu-dick/

Unterstützer*innen

Arne von Holdt (KV Ennepe-Ruhr); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Andreas Wern (KV Leverkusen); Helle Sönnecken (KV Hochsauerland); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Heike Marré (KV Düren); Simon Haack (KV Münster); Siedi Serag (KV Mettmann); Harald Wölter (KV Münster); Ramona Karatas (KV Recklinghausen); Kerstin Reinhardt (KV Ennepe-Ruhr)

WP-4-67 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	KV Bochum und Wattenscheid
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 67 bis 69 einfügen:
Beispiel hat mit der „Youcard“ ein Modell entwickelt, dass die Abrechnung vereinfacht. Solch kreative und praktische Lösungen werden wir fördern. Wir verpflichten die Kommunen, die Inanspruchnahme der BuT-Leistungen trennscharf nach Schulen und Stadtteilen sowie mit Bezug zum sozialen Schulindex darzustellen und daraus Maßnahmen vor Ort abzuleiten, die die Inanspruchnahme von BuT ausweiten. Wir stärken außerdem die Familienberatung und -unterstützung in den Stadtteilen und

WP-4-124-1 Solidarität sichern

Antragsteller*in: Lukas Mielczarek (KV Düsseldorf)

Text

Von Zeile 124 bis 126 einfügen:
Wohnungsunternehmen und Genossenschaften bei der Vergabe von baureifen Flächen und fördern die Neugründung von Genossenschaften und Baugruppen. Die sozialgerechte Bodennutzung soll als Staatsziel in die Landesverfassung aufgenommen werden. Neue Wohnungen sollen direkt klimaneutral gebaut und vorhandene modernisiert werden, um

Begründung

Durch das Ziel der sozialgerechten Bodennutzung sollen private Grundstückseigentümer*innen an der Erreichung von wohnungs- und sozialpolitischen Zielen beteiligt werden. Nach dem Grundsatz „Eigentum verpflichtet“ wird es so möglich, private Eigentümer*innen bei Bodenwertsteigerung durch Entwicklung ihrer Grundstücke an Kosten zur Erreichung einer sozialen Wohnungspolitik zu beteiligen - insbesondere Kosten für die Errichtung von sozialem, d. h. preisgünstigem Wohnungsbau.

Der Begriff der sozialgerechten Bodennutzung entstammt dem §1 Abs. 5 Baugesetzbuch, der verlangt, dass kommunale Bauleitplanung eine "sozialgerechte Bodennutzung" sicherstellt. Während dies bereits häufig auf die Übernahme von Erschließungskosten und Folgekosten für soziale Infrastruktur appliziert wird, ist die Beteiligung zur Sicherstellung sozialer Wohnungspolitik bisher die Ausnahme.

Bayern hat die sozialgerechte Bodennutzung bereits in seiner Landesverfassung verankert („Art. 161 Abs. 2 der Bayerischen Verfassung: „Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.“) Zur Verbesserung des Rechtsrahmens für eine soziale Wohnungspolitik ist die Aufnahme der sozialgerechten Bodennutzung in die NRW-Landesverfassung ein wichtiger Baustein.

Unterstützer*innen

Harald Schwenk (KV Düsseldorf); Thorsten Graeßner (KV Düsseldorf); Jörk Cardeneo (KV Düsseldorf); Claudia Gelbke-Mößmer (KV Düsseldorf); Stephan Soll (KV Düsseldorf); Frank Schulz (KV Düsseldorf); Sarah Löffler (KV Düsseldorf); Antonia Frey (KV Düsseldorf); Uwe Marold Warnecke (KV Düsseldorf); Leonie Tonsen (KV Düsseldorf); Björn Syffus (KV Düsseldorf); Christian Dortschy (KV Düsseldorf); Marc Kersten (KV Köln); Niklas Graf (KV Wesel); Marcel Mücke (KV Düsseldorf); Sandra Patalla (KV Düsseldorf); Moritz Oberberg (KV Bochum); Pascale Sophie Frohmann (KV Düsseldorf); David Sasserath (KV Düsseldorf); Kerstin Prasuhn (KV Düsseldorf); Nicole Blank (KV Düsseldorf); Petra Schmidt-Niersmann (KV Wesel); Hendrik Gruner (KV Düsseldorf); Juli Scharffe (KV Münster); Frederik Franz Hartmann (KV Düsseldorf); Rocco Melzer (KV Düsseldorf); Christine Majewski (KV Düsseldorf); Julia Ohligschläger (KV Düsseldorf); Astrid Wiesendorf (KV Düsseldorf); Elena Balke (KV Düsseldorf); Mario Howind (KV Düsseldorf); Daniel Laps (KV Düsseldorf); Johannes West (KV Düsseldorf); Susanne Ott (KV Düsseldorf); Klaus Kurtz (KV Düsseldorf)

WP-4-399-1 Solidarität sichern

Antragsteller*in: KV Dortmund
Beschlussdatum: 25.11.2021

Text

Von Zeile 339 bis 342:
entstehenden Pflegekosten für eine bedarfsgerechte Versorgung übernimmt die Pflegeversicherung. Gute Pflege gelingt nur mit ~~gutem~~qualifiziertem Personal und ~~ausreichend vorhandenem Personal~~mit verbessertem Personalschlüssel für alle Berufsgruppen in der Pflege, Hauswirtschaft und im Sozialen Dienst. Damit auch im Krankheitsfall und in der Urlaubszeit die Versorgung gesichert ist. Deshalb benötigen wir wissenschaftlich fundierte, verbindliche Personalbemessungsinstrumente in der stationären Pflege. In NRW

Begründung

Gerade in den Pflegeinrichtungen hat sich gezeigt, dass Corona nur durch das Zusammenspiel aller Mitarbeiter*innen im Team bekämpft werden konnte. Bei der Bemessung von Personal in der "Pflege" sollten wir deshalb darstellen, dass dies für uns mehr umfasst als nur die medizinischen Dienstleistungen.

WP-4-337 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	KV Dortmund
Beschlussdatum:	25.11.2021

Text

Von Zeile 337 bis 340 einfügen:
Von der Bundesebene erwarten wir eine „doppelte Pflegegarantie“: Der Eigenanteil der Hauswirtschaftlichen- und Pflegekosten wird gedeckelt und dadurch planbar. Alle darüber hinaus entstehenden Hauswirtschaftlichen- und Pflegekosten für eine bedarfsgerechte Versorgung übernimmt die Pflegeversicherung. Gute Pflege gelingt nur mit gutem und ausreichend

Begründung

Die Bewohner*innen und Angehörige zahlen auch Hausreinigung, Wäschedienst, die Zubereitung der Mahlzeiten, das Eindecken und das Servieren des Essens. Also alle Arbeiten, die in einem privaten Haushalt zu erledigen sind, die die Bewohner*innen aber aufgrund der Gebrechen nicht mehr erbringen können.

WP-4-391 Solidarität sichern

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 391 bis 393:
Wir werden mit einem Grünen Zukunftspakt NRW nachhaltige Investitionen stärken, die Konjunkturimpulse mit der ~~Bewältigung der Klimakrise~~ökologisch-sozialen Transformation unseres Landes verbinden. Die öffentliche Infrastruktur in NRW leidet unter einem massiven Investitionsstau,

Begründung

An dieser Stelle findet sich eine der grundlegendsten Aussagen zu Grüner Wirtschaftspolitik. Den geplanten Zukunftspakt nur ökologisch auszurichten steht jedoch nicht in Grüner Tradition. Wir sind die Partei, die Umwelt und Soziales verbindet, die stets von der ökologisch-sozialen Transformation spricht. Diesen Zweiklang, der die beiden Hauptprioritäten (nicht nur) unserer Wähler*innen verbindet, sollten wir beibehalten.

WP-4-162 Solidarität sichern

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 162 bis 181:
Wohnen ist ein Menschenrecht!

Dessen Umsetzung eine wichtige Priorität für die kommende Legislaturperiode sein wird. Unser Ziel ist, dass in NRW alle Menschen in NRW in ihren Wohnungen bleiben können oder wieder ein Zuhause bekommen. Wir werden den sozialen Wohnungsbau massivstärken und die Kommunen beim Kauf von Belegungsrechten für besonders schwer vermittelbare Mieter*innen unterstützen. So erreichen wir, dass auch Personen mit geringem Einkommen und in schwierigen Lebenslagen eine angemessene Wohnung finden.

Mit einem landesweiten Aktionsplan tragen wir als Land NRW zum EU-Ziel bei, bis 2030 Obdachlosigkeit zu einem Fremdwort zu machen. Obdachlose dürfen dabei nicht unter dem Aspekt der Gefahrenabwehr behandelt werden, sondern als Menschen mit gleichen Rechten und Würde. Menschen, die bereits wohnungslos sind, wollen wir wieder ein Dach über dem Kopf und eine dauerhafte, menschenwürdige Unterbringung verschaffen. Sammelunterkünfte betrachten wir, genauso wie bei Geflüchteten, als Auslaufmodell.

~~Wohnen ist ein Menschenrecht! Unser Ziel ist, dass in NRW mehr Menschen in ihren Wohnungen bleiben können oder wieder ein Zuhause bekommen. Wir stärken den sozialen Wohnungsbau und erreichen dadurch, dass auch Personen mit geringem Einkommen und in schwierigen Lebenslagen eine angemessene Wohnung finden. Menschen, die bereits wohnungslos sind, brauchen wieder ein Dach über dem Kopf.~~ Dort, wo es noch keine ausreichenden Unterstützungsangebote für Wohnungslose[Zeilenumbruch]
gibt, bauen wir sie aus, machen sie bedarfsgerechter und heben die Trennung in Notschlafstellen und Tagesaufenthalte auf. ~~Dazu gehören~~Wir brauchen auch spezielle Angebote[Zeilenumbruch]
für Frauen, ~~Jugendliche~~queere Menschen, Jugendliche, Betroffene mit Haustieren und Menschen[Zeilenumbruch]
ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Darüber hinaus unterstützen wir Familien, die[Zeilenumbruch]
wohnungslos geworden sind oder von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Gerade Kinder[Zeilenumbruch]
und Jugendliche brauchen in dieser familiären Notlage Schutz und Unterstützung.[Zeilenumbruch]
Der Ansatz “Housing first” bedeutet, Wohnungslose, ohne in Deutschland übliche[Zeilenumbruch]
Vorbedingungen wie “Trainingswohnen”, in eine normale Wohnung zu vermitteln.[Zeilenumbruch]
Zusätzlich werden persönliche Hilfen angeboten. Dadurch können sich die[Zeilenumbruch]
Betroffenen stabilisieren und wieder ein selbstbestimmtes Leben führen. Gerade[Zeilenumbruch]
Frauen bietet dieser Ansatz Schutz vor Gewalt und Ausbeutung, die sie häufig im[Zeilenumbruch]
Tausch für Übernachtungsmöglichkeiten erfahren. Wir wollen “Housing first” in[Zeilenumbruch]
ganz NRW ~~ausbreiten~~erheblich ausweiten und sozialen Trägern und Kommunen ~~helfen,~~ umfassend helfen,
geeignete Wohnungen dauerhaft zur Verfügung zu stellen.

Begründung

Wohnen ist ein Menschenrecht. Es ist in der EU-Sozialcharta sowie in der UN-Erklärung der universellen Menschenrechte explizit als Grundrecht definiert. Doch dieses Grundrecht wird jeden Tag mit Füßen getreten. Für uns als Menschenrechtspartei muss es eine klare Priorität sein, dies zu ändern!

Wir können nicht sagen, dass Wohnen ein Menschenrecht ist und dann zaghaft vorschlagen, wie es vermutlich absolut jede zur Landtagswahl antretende Partei sagen wird, dass wir MEHR Menschen bezahlbares Wohnen ermöglichen und ein Dach über dem Kopf geben wollen. Ein Grundrecht bedeutet schon per Definition, dass es für ALLE gilt. Dann lasst es uns auch so als Ziel formulieren!

Das Phänomen Wohnungslosigkeit ist auch ein Gradmesser dafür, wie eine Gesellschaft mit ihren schwächsten Gliedern umgeht. Vor allem in unseren Großstädten wird es von der Zivilgesellschaft als großes Problem wahrgenommen. Gerade vor dem Hintergrund der zahlreichen Farbanschläge auf Obdachlose in Köln in den letzten Wochen, gilt es jetzt, die Menschenwürde in den Vordergrund zu rücken.

Wenn wir Obdachlosigkeit zum Fremdwort machen wollen, wie es sich die EU unter einer CDU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf die Fahnen geschrieben hat, dann brauchen wir…

- eine massive Stärkung des sozialen Wohnungsbaus

- keine kosmetischen Verbesserungen und Sprechblasen, sondern einen umfassenden Ausbau von Housing First und eine deutlich stärkere Unterstützung der Kommunen beim Aufkauf von Belegungsrechten für explizit diese Zielgruppe

- keinen lokalen Flickenteppich an Maßnahmen, sondern einen landesweit koordinierten Plan

- mittelfristig eine Überwindung unwürdiger Sammelunterkünfte/Notschlafstellen, die das Recht auf Privatsphäre missachten und auch gesundheitspolitisch kaum zu verantworten sind

- die Aufhebung der unzeitgemäßen und menschenunwürdigen Trennung in Nacht- und Tagesaufenthalte verbunden mit der damit einhergehenden täglichen Retraumatisierung Betroffener

- schon jetzt bedarfsgerechtere Hilfsangebote, auch für queere Menschen und vor allem für Obdachlose mit Haustieren, solange das übergeordnete Ziel nicht erreicht ist

Lasst uns das Problem mutig und mit konkreten Konzepten angehen. Es ist auch zu wichtig, um es der politischen Konkurrenz zu überlassen.

WP-4-189 Solidarität sichern

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 189 bis 190 einfügen:
Und gehen als Land NRW vorbildlich voran, indem wir eine verwaltungsinterne Beschäftigungsquote anstreben, die dem Anteil Schwerbehinderter in der Bevölkerung entspricht. Menschen mit Behinderungen haben ein größeres Risiko, arbeitslos zu werden als

Begründung

Die Anliegen von Menschen mit Schwerbehinderung und chronischen Erkrankungen werden in politischen Debatten gerne aufs Nebengleis geschoben. Und das obwohl gut 9% der Bevölkerung einen Schwerbehindertenausweis haben und nach Schätzungen mehr als 25% der Bevölkerung unter einer schweren gesundheitlichen Beeinträchtigung leiden.

Auch auf dem Arbeitsmarkt sind sie erheblich benachteiligt, obwohl es eine gesetzliche Mindestquote von 5% gibt. Diese wird aber kaum irgendwo erreicht.

Um so wichtiger ist es, dass der öffentliche Dienst hier als Vorbild vorangeht und sich mehr als das bisher gesetzlich Vorgeschriebene zum Ziel setzt. Die gewählte Formulierung ist bewusst als Soll- statt Muss-Regelung formuliert, da das Ziel nicht kurzfristig zu erreichen sein wird.

BITTE VOTET für diesen Antrag, damit Menschen mit Behinderung zumindest entsprechend ihres Anteils in der Bevölkerung berücksichtigt werden, was wir Grüne ja auch in unserem neuen Vielfaltsstatut fordern.

WP-4-284 Solidarität sichern

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 284 bis 285 einfügen:
u. a. durch mehr psychotherapeutische Kassenzulassungen, die sich am tatsächlichen Bedarf orientieren, Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder in einer psychischen Krise

Begründung

In Deutschland warten Patient*innen im Durchschnitt 20 Wochen auf den Beginn einer Psychotherapie[1]. Das Problem ließe sich beheben, wenn mehr Psychotherapeut*innen eine Kassenzulassung bekämen. Denn ohne Kassenzulassung kann ein*e Therapeut*in nur Privatpatient*innen und Selbstzahler*innen behandeln – eine Alternative, die für viele Erkrankte nicht bezahlbar ist.

Die Bedarfsplanung, nach der sich die Kassenzulassungen auch heute noch richtet, wurde auf Grundlage eines historischen Stichtags im Jahre 1999 festgelegt. Anhand des Beispiels Köln lässt sich jedoch allzu gut die Diskrepanz zwischen damals festgelegter Theorie und gegenwärtiger Praxis erkennen: Der Bedarfsplanung zufolge kommen dort auf eine psychologische Psychotherapeutin ca. 3.000 Einwohner*innen[2]. Bei einer Millionen-Stadt wie Köln sind das gerade einmal 342 psychologische Psychotherapeut*innen. Bei jährlich ca. 260.000 psychisch Erkrankten[3], von denen evtl. die Hälfte Interesse an einer psychotherapeutischen Behandlung haben könnte, blieben dann immer noch 383 Patient*innen, die ein*e einzige*r Therapeut*in pro Jahr behandeln müsste. Die Behandlungsstunden von Psychotherapeut*innen liegen jedoch im Durchschnitt bei 28 Sitzungen pro Woche[4]. Bis die Behandlung eines*r Patient*in abgeschlossen ist, vergeht dann meist ein Jahr[5]. Bei 28 behandelten Patient*innen bliebe also ein Defizit von 355 Unbehandelten pro Jahr und Therapeut*in.

Ferner unterstellt die Bedarfsplanung, dass psychische Erkrankungen auf dem Land deutlich seltener vorkommen würden, als in der Großstadt. Jedoch unterscheidet sich die Häufigkeit von psychischen Erkrankungen zwischen städtischen und ländlichen Regionen kaum[6]. Auch die Annahme, dass Großstädte ihre Umgebung mitversorgen und deshalb im Umland eine geringere Psychotherapeut*innendichte notwendig ist, stimmt häufig nicht. Tatsächlich sind die Wartezeiten auf eine Psychotherapie in der Umgebung einer Großstadt erheblich länger als in den Großstädten selbst[7].
Entgegen der Darstellung in der Bedarfsplanung zeugen diese Fakten von einer Mangelversorgung in der Psychotherapie und nicht von einer Überversorgung.

Um eine Verkürzung der Wartezeiten für einen ambulanten Psychotherapieplatz zu erreichen, müssen folglich mehr Kassensitze zugelassen werden.

[1]https://www.dgppn.de/_Resources/Persistent/17452fbcf559a53a36e71334cde8d18e8d-6793fa/20210727_Factsheet_Kennzahlen.pdf

[2]https://gesundheitsdaten.kbv.de/cms/media/sp/I.1.2.1.pdf

[3]https://www.dgppn.de/_Resources/Persistent/17452fbcf559a53a36e71334cde8d18e8d-6793fa/20210727_Factsheet_Kennzahlen.pdf

[4]https://www.zi.de/publikationen

[5]https://www.lpk-bw.de/archiv/news2011/pdf/110216_studie_dptv.pdf

[6] Bundes-Gesundheitssurvey, DEGS1-MH-Studie

[7] Bundes-Gesundheitssurvey, DEGS1-MH-Studie

WP-4-122-1 Solidarität sichern

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 112 bis 119:
Insbesondere das untere und mittlere Segment des Wohnungsmarktes ist in den Ballungsgebieten stark angespannt und so wird Wohnraum knapp. Im letzten[Zeilenumbruch]
Jahrzehnt hat sich die Anzahl ~~der geförderten~~geförderter Wohnungen nahezu halbiert, da ~~die~~ [Zeilenumbruch]
Mietpreisbindungen ~~für sie ausgelaufen sind~~auslaufen, und nicht in gleichem Ausmaß neu geschaffen werden
können.[Zeilenumbruch]
Dieser Tendenz stellen wir uns entgegen und unterstützen Kommunen ~~dabei, die Bindungen aufzukaufen, zu verlängern und~~ prioritär bei
der Rekommunalisierung von Flächen, aber auch ~~neue Bindungen zu kaufen~~bei Aufkauf, Verlängerung und
Schaffung von Mietpreisbindungen. So sichern ~~wir~~wie preisgünstigen Wohnraum
langfristig. Außerdem fördern wir verstärkt den Bau von neuen sozialen und[Zeilenumbruch]
preiswerten Wohnungen. Wir unterstützen die Kommunen ebenfalls dabei, Flächen

Begründung

Eine langfristige Bereitstellung von preiswertem Wohnraum kann nur sichergestellt werden wenn Flächen dauerhaft in öffentlicher Hand sind. Bindungen haben keinen dauerhaften effekt uns sollten daher zweite Priorität sein.

WP-4-250 Solidarität sichern

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 250 bis 252 einfügen:
Versorgung wollen wir belohnen. Die Kommunen können auch moderne Gesundheits- und Pflegezentren errichten. Gemeinwohlorientierte, interprofessionelle Gesundheitszentren, in denen neue Formen der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Gesundheitsberufen umgesetzt werden, sollen als Modellprojekte gefördert werden und langfristig eine Erweiterung der Versorgungsstruktur werden. Deutschlandweit fehlen gerade in ländlichen Bereichen Krankenhäuser, die für Notfälle gebraucht werden. Andererseits gibt es

Begründung

Wie bereits im Grundsatzprogramm und Bundestagswahlprogramm beschlossen sollen regionale interprofessionelle Gesundheitszentren auch in NRW umgesetzt werden.

Die Corona-Pandemie hat erneut verdeutlicht, dass die sozialen Verhältnisse, in denen die Menschen leben, einen großen Einfluss auf die Gesundheit haben. Die Wahrscheinlichkeit infiziert zu werden und das Risiko eines schweren Verlaufs mit Hospitalisierung waren und sind bei einem niedrigen sozioökonomischen Status deutlich erhöht. Um dieser, auch unabhängig der Pandemie bestehenden, gesundheitlichen Ungerechtigkeit entgegenzuwirken, sollen Präventionsangebote ausgebaut werden, in denen der Verhältnisprävention ein größerer Stellenwert eingeräumt wird. Regionale interprofessionelle Gesundheitszentren können diese Präventionsarbeit leisten, wenn sie in den Sozialräumen verankert sind und über die Versorgungsleistungen eine enge Anbindung an die Nutzer*innen haben. Um eine Gesundheitsversorgung in Stadt und Land sicherzustellen, müssen die spezifischen Begebenheiten und Bedarfe in den Sozialräumen erfasst und in die Planung miteinbezogen werden. In diesen Planungsräumen/Gesundheitsregionen sollen interprofessionelle Gesundheitszentren zum Ankerpunkt der Versorgung werden. Zahlreiche internationale Beispiele und erste Modellprojekte in Deutschland (z. B. vom Poliklinik Syndikat) zeigen deutlich, dass eine enge, interprofessionelle Zusammenarbeit die Versorgungsqualität verbessert. Die räumliche und organisatorische Nähe von verschiedenen Gesundheitsberufen schafft gute Ausgangsbedingungen für eine solche Zusammenarbeit.

In der Studie des IGES-Institut/ Robert-Bosch-Stiftung (https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2021-05/Studie_Primaerversorgung_Gesundheitszentren-fuer-Deutschland.pdf abgerufen 03.11.21) wird ebenfalls eine Verankerung der multiprofessionellen Primärversorgung als eigenständiger Versorgungsbereich gefordert:

„Dazu sollte in Deutschland die Primärversorgung als eine eigenständige kooperative und multiprofessionelle Versorgungsform im SGB V sowie in den nachgeordneten Vertragswerken formal verankert werden. Die spezifischen Leistungen dieser Versorgungsform werden durch lokale Versorgungseinrichtungen (Primärversorgungszentren) erbracht, an denen jeweils mehrereunterschiedliche Leistungserbringer und Gesundheitsprofessionen beteiligt sind. Es ist wünschenswert, dass neben zugelassenen Leistungserbringern der Sozialgesetzbücher V und XI auch öffentliche und zivilgesellschaftliche Instanzen und Akteure vertreten sind. Die Integration und Zusammenarbeit mit diesen Akteuren werden durch entsprechende Regelungen in den Vertrags- und

Vergütungsbedingungen der Versorgungsform „Primärversorgung“ eigens gefördert.“ (IGES-Institut, 2021, S.68)

Die gemeinnützige oder kommunale Trägerschaft ist dabei zentral, für die Umsetzung einer bedarfsorientierten Versorgung.

WP-4-329 Solidarität sichern

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 329 bis 330 einfügen:
durchführen zu lassen. Dazu gehört auch die Verankerung des Themas Schwangerschaftsabbrüche in der medizinischen Aus-, Fort- und Weiterbildung.

Gesundheitsversorgung frei von Diskriminierung

Diskriminierung ist in unserem Gesundheitssystem weit verbreitet und wird doch viel zu selten auf gesamtgesellschaftlicher Ebene als Problem erkannt und angegangen. Hier wollen wir ansetzen und als Land NRW eine entsprechende Forschungsförderung etablieren, um Diskriminierung im Gesundheitswesen in seinen Mechanismen und Auswirkungen systematisch und wissenschaftlich zu untersuchen. Ebenso müssen diskriminierungskritische und intersektionale Perspektiven selbstverständlicher Teil der medizinischen und gesundheitsberuflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung werden. Im psychotherapeutischen Bereich wollen wir diskriminierungssensible Therapieangebote mit entsprechend geschulten Therapeut*innen anbieten. Insgesamt bedarf es eines fortlaufenden Monitorings sowie der Weiterentwicklung organisationaler Strukturen (z.B. durch Diskriminierungsbeauftrage und Dolmetscher*innen in Krankenhäusern und im ambulanten Bereich) um diskriminierende Strukturen und Praktiken benennen und aufbrechen zu können.

Begründung

Diskriminierungserfahrungen im Gesundheitswesen gehören für viele Patient*innen, Ärzt*innen, Pfleger*innen oder Angehörige zum traurigen Alltag und können dazu führen, dass medizinische oder therapeutische Leistungen seltener in Anspruch genommen werden oder die Berufsausübung als belastend erfahren und im schlimmsten Fall unfreiwillig beendet wird. Gleichzeitig fehlen in Deutschland systematische, wissenschaftliche Untersuchungen zum Vorkommen von Diskriminierung im Gesundheitswesen, seinen Mechanismen und Auswirkungen.

Diskriminierungsformen im Gesundheitswesen sind dabei vielfältig und zeigen sich beispielhaft und in nicht erschöpfender Weise, wenn:

- Schwarze Patient*innen oder Patient*innen of Color eine schlechtere medizinische Behandlung erhalten, weil nicht-weiße Körper ungenügend in die medizinische Lehre einbezogen werden;
- Menschen mit Zuwanderungsgeschichte aufgrund rassistischer Zuschreibungen in ihrer Symptomatik nicht ernst genommen werden („Morbus Mediterraneus“) oder die einsprachige

Ausrichtung des Gesundheitssystems Zugangsmöglichkeiten zu gesundheitlicher Information und Behandlung versperrt;

- sich LSBTIQA+ aufgrund queerfeindlicher Vorbehalte ständig erklären müssen und sich trans- und intergeschlechtliche Personen aufgrund biologistischer Zuschreibungen aufwendigen und demütigenden Verfahren unterziehen müssen;
- Menschen mit Behinderung eine bedarfsgerechte Behandlung verwehrt bleibt und Zugänge jeden Tag aufs Neue erkämpft werden müssen;
- Ganz grundsätzlich Betroffenen von Diskriminierung ihre spezifischen Erfahrungen in therapeutischen Settings abgesprochen werden,
- Oder wenn Beschäftigte im Gesundheitswesen (Ärzt*innen, Pfleger*innen, Therapeut*innen etc.) von ihren Kolleg*innen oder Vorgesetzten aufgrund von Differenzzuschreibungen zu „anderen“ gemacht und ausgeschlossen, gemobbt, subtil zurechtgewiesen oder belehrt, penetrant befragt oder ganz grundsätzlich in ihrer beruflichen Entfaltung behindert werden.

Als GRÜNE wollen wir ein Gesundheitssystem, in dem über Diskriminierung gesprochen wird und sich Betroffene nicht weiter allein gelassen fühlen. Wo Diskriminierung hingegen unbenannt bleibt, kann sie sich umso hemmungsloser stabilisieren und verbreiten.

Wahlprogrammentwurf: Kapitel:

WP-4: Solidarität sichern

Zeilennummer:

330

- PDF-Version
- Zurück zur Übersicht

WP-4-369 Solidarität sichern

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 369 bis 370 einfügen:
investieren. Wir wollen, dass alle finanzpolitischen Entscheidungen am 1,5-Grad-Ziel sowie an den sozialen Folgen gemessen werden.

Begründung

Wenn wir über diesen Antrag reden und nachdenken, dann sollten wir uns zunächst bewusst werden, wo er steht. Nämlich im Kapitel "Solidarität sichern". An dieser sehr zentralen Stelle zu formulieren, dass grüne Finanzpolitik sich nur am Klimaschutz zu orientieren habe, steht nicht in Grüner Tradition. Wir sind die Partei, die Umwelt und Soziales verbindet und gerade in dem Kapitel, das die soziale Dimension Grüner Politik beschreiben soll, ist es undenkbar, diesen Grünen Zweiklang zu verlassen.

Finanzpolitik muss nachhaltig sein, keine Frage. Aber sie muss auch sozial und solidarisch sein, weil uns das Land sonst um die Ohren fliegt.

Kurzer Reminder: Auch wenn wir Grüne im September ständig von der "Klimawahl" gesprochen haben, stand am Ende für mehr Wähler*innen das Thema soziale Gerechtigkeit an 1. Stelle. Lasst uns die Menschen hier mitnehmen, auch über die Grüne Kernklientel hinaus!

WP-4-221 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	LAG Frauen
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 221 bis 223 einfügen:
Beruf und Lebenssituation müssen zusammenpassen. Wir helfen Unternehmen, familien- und pflegefreundlich zu werden. Arbeitgeber*innen aus jedem Berufsfeld soll es möglich sein private Care-arbeit von Beschäftigten zu unterstützten, auch in den sozialen Berufen wie Pflege oder im Erziehungsdienst. Dazu sollen den Beschäftigten freie Tage und die Möglichkeit auf Vorbereitungszeit im Homeoffice eingeräumt werden. Für Menschen, die zu Hause Care-Arbeit leisten, braucht es die Möglichkeit einer 30 Std. Woche bei voller Entlohnung um genügend Zeit für diese zusätzliche Arbeit aufbringen zu können. Besonders wichtig ist es, dass dieses Modell von allen Berufsfeldern genutzt werden kann.

WP-4-329-1 Solidarität sichern

Antragsteller*in: LAG Gesundheit
Beschlussdatum: 29.11.2021

Text

Von Zeile 329 bis 330 einfügen:
durchführen zu lassen. Dazu gehört auch die Verankerung des Themas Schwangerschaftsabbrüche in der medizinischen Aus-, Fort- und Weiterbildung.

Gesundheitsversorgung frei von Diskriminierung

Diskriminierung ist in unserem Gesundheitssystem weit verbreitet und wird doch viel zu selten auf gesamtgesellschaftlicher Ebene als Problem erkannt und angegangen.Hier wollen wir ansetzen und als Land NRW eine entsprechende Forschungsförderung etablieren, um Diskriminierung im Gesundheitswesen in seinen Mechanismen und Auswirkungen systematisch und wissenschaftlich zu untersuchen. Ebenso müssen diskriminierungskritische und intersektionale Perspektiven selbstverständlicher Teil der medizinischen und gesundheitsberuflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung werden. Im psychotherapeutischen Bereich wollen wir diskriminierungssensible Therapieangebote mit entsprechend geschulten Therapeut*innen anbieten. Insgesamt bedarf es eines fortlaufenden Monitorings sowie der Weiterentwicklung organisationaler Strukturen (z.B. durch Diskriminierungsbeauftrage und Dolmetscher*innen in Krankenhäusern und im ambulanten Bereich) um diskriminierende Strukturen und Praktiken benennen und aufbrechen zu können.

Begründung

Diskriminierungserfahrungen im Gesundheitswesen gehören für viele Patient*innen, Ärzt*innen, Pfleger*innen oder Angehörige zum traurigen Alltag und können dazu führen, dass medizinische oder therapeutische Leistungen seltener in Anspruch genommen werden oder die Berufsausübung als belastend erfahren und im schlimmsten Fall unfreiwillig beendet wird. Gleichzeitig fehlen in Deutschland systematische, wissenschaftliche Untersuchungen zum Vorkommen von Diskriminierung im Gesundheitswesen, seinen Mechanismen und Auswirkungen.

Diskriminierungsformen im Gesundheitswesen sind dabei vielfältig und zeigen sich beispielhaft und in nicht erschöpfender Weise, wenn:

- Schwarze Patient*innen oder Patient*innen of Color eine schlechtere medizinische Behandlung erhalten, weil nicht-weiße Körper ungenügend in die medizinische Lehre einbezogen werden;
- Menschen mit Zuwanderungsgeschichte aufgrund rassistischer Zuschreibungen in ihrer Symptomatik nicht ernst genommen werden („Morbus Mediterraneus“) oder die einsprachige Ausrichtung des Gesundheitssystems Zugangsmöglichkeiten zu gesundheitlicher Information und Behandlung versperrt;
- sich LSBTIQA+ aufgrund queerfeindlicher Vorbehalte ständig erklären müssen und sich trans- und intergeschlechtliche Personen aufgrund biologistischer Zuschreibungen aufwendigen und demütigenden Verfahren unterziehen müssen;
- Menschen mit Behinderung eine bedarfsgerechte Behandlung verwehrt bleibt und Zugänge jeden Tag aufs Neue erkämpft werden müssen;
- Ganz grundsätzlich Betroffenen von Diskriminierung ihre spezifischen Erfahrungen in therapeutischen Settings abgesprochen werden,

- Oder wenn Beschäftigte im Gesundheitswesen (Ärzt*innen, Pfleger*innen, Therapeut*innen etc.) von ihren Kolleg*innen oder Vorgesetzten aufgrund von Differenzzuschreibungen zu „anderen“ gemacht und ausgeschlossen, gemobbt, subtil zurechtgewiesen oder belehrt, penetrant befragt oder ganz grundsätzlich in ihrer beruflichen Entfaltung behindert werden.

Als GRÜNE wollen wir ein Gesundheitssystem, in dem über Diskriminierung gesprochen wird und sich Betroffene nicht weiter allein gelassen fühlen. Wo Diskriminierung hingegen unbenannt bleibt, kann sie sich umso hemmungsloser stabilisieren und verbreiten.

WP-4-250-1 Solidarität sichern

Antragsteller*in: LAG Gesundheit
Beschlussdatum: 29.11.2021

Text

Von Zeile 250 bis 252 einfügen:
Versorgung wollen wir belohnen. Die Kommunen können auch moderne Gesundheits- und Pflegezentren errichten. Gemeinwohlorientierte, interprofessionelle Gesundheitszentren, in denen neue Formen der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Gesundheitsberufen umgesetzt werden, sollen als Modellprojekte gefördert und langfristig eine Erweiterung der Versorgungsstruktur werden. Deutschlandweit fehlen gerade in ländlichen Bereichen Krankenhäuser, die für Notfälle gebraucht werden. Andererseits gibt es

Begründung

Wie bereits im Grundsatzprogramm und Bundestagswahlprogramm beschlossen sollen regionale interprofessionelle Gesundheitszentren auch in NRW umgesetzt werden.

Die Corona-Pandemie hat erneut verdeutlicht, dass die sozialen Verhältnisse, in denen die Menschen leben, einen großen Einfluss auf die Gesundheit haben. Die Wahrscheinlichkeit infiziert zu werden und das Risiko eines schweren Verlaufs mit Hospitalisierung waren und sind bei einem niedrigen sozioökonomischen Status deutlich erhöht. Um dieser, auch unabhängig der Pandemie bestehenden, gesundheitlichen Ungerechtigkeit entgegenzuwirken, sollen Präventionsangebote ausgebaut werden, in denen der Verhältnisprävention ein größerer Stellenwert eingeräumt wird. Regionale interprofessionelle Gesundheitszentren können diese Präventionsarbeit leisten, wenn sie in den Sozialräumen verankert sind und über die Versorgungsleistungen eine enge Anbindung an die Nutzer*innen haben. Um eine Gesundheitsversorgung in Stadt und Land sicherzustellen, müssen die spezifischen Begebenheiten und Bedarfe in den Sozialräumen erfasst und in die Planung miteinbezogen werden. In diesen Planungsräumen/Gesundheitsregionen sollen interprofessionelle Gesundheitszentren zum Ankerpunkt der Versorgung werden. Zahlreiche internationale Beispiele und erste Modellprojekte in Deutschland (z. B. vom Poliklinik Syndikat) zeigen deutlich, dass eine enge, interprofessionelle Zusammenarbeit die Versorgungsqualität verbessert. Die räumliche und organisatorische Nähe von verschiedenen Gesundheitsberufen schafft gute Ausgangsbedingungen für eine solche Zusammenarbeit.

In der Studie des IGES-Institut/ Robert-Bosch-Stiftung (https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2021-05/Studie_Primaerversorgung_Gesundheitszentren-fuer-Deutschland.pdf abgerufen 03.11.21) wird ebenfalls eine Verankerung der multiprofessionellen Primärversorgung als eigenständiger Versorgungsbereich gefordert:

„Dazu sollte in Deutschland die Primärversorgung als eine eigenständige kooperative und multiprofessionelle Versorgungsform im SGB V sowie in den nachgeordneten Vertragswerken formal verankert werden. Die spezifischen Leistungen dieser Versorgungsform werden durch lokale Versorgungseinrichtungen (Primärversorgungszentren) erbracht, an denen jeweils mehrere unterschiedliche Leistungserbringer und Gesundheitsprofessionen beteiligt sind. Es ist wünschenswert, dass neben zugelassenen Leistungserbringern der Sozialgesetzbücher V und XI auch öffentliche und zivilgesellschaftliche Instanzen und Akteure vertreten sind. Die Integration und Zusammenarbeit mit diesen Akteuren werden durch entsprechende Regelungen in den Vertrags- und Vergütungsbedingungen der Versorgungsform „Primärversorgung“ eigens gefördert.“ (IGES-Institut, 2021, S.68)

Die gemeinnützige oder kommunale Trägerschaft ist dabei zentral, für die Umsetzung einer bedarfsorientierten Versorgung.

WP-4-289 Solidarität sichern

Antragsteller*in: LAG Gesundheit
Beschlussdatum: 29.11.2021

Text

Von Zeile 289 bis 291 einfügen:
„Landespsychiatrieplans“ endlich um! Dazu gehört es, die ambulante psychosoziale und psychiatrische Krisenhilfe auszubauen, Wartezeiten zur ambulanten Behandlung u. a. durch mehr psychotherapeutische Kassenzulassungen, die sich am tatsächlichen Bedarf orientieren, zu verkürzen und Zwangseinweisungen in psychiatrische Kliniken zu reduzieren.

Begründung

In Deutschland warten Patient*innen im Durchschnitt 20 Wochen auf den Beginn einer Psychotherapie[1]. Das Problem ließe sich beheben, wenn mehr Psychotherapeut*innen eine Kassenzulassung bekämen. Denn ohne Kassenzulassung kann ein*e Therapeut*in nur Privatpatient*innen und Selbstzahler*innen behandeln – eine Alternative, die für viele Erkrankte nicht bezahlbar ist.

Die Bedarfsplanung, nach der sich die Kassenzulassungen auch heute noch richtet, wurde auf Grundlage eines historischen Stichtags im Jahre 1999 festgelegt. Anhand des Beispiels Köln lässt sich jedoch allzu gut die Diskrepanz zwischen damals festgelegter Theorie und gegenwärtiger Praxis erkennen: Der Bedarfsplanung zufolge kommen dort auf eine psychologische Psychotherapeutin ca. 3.000 Einwohner*innen[2]. Bei einer Millionen-Stadt wie Köln sind das gerade einmal 342 psychologische Psychotherapeut*innen. Bei jährlich ca. 260.000 psychisch Erkrankten[3], von denen evtl. die Hälfte Interesse an einer psychotherapeutischen Behandlung haben könnte, blieben dann immer noch 383 Patient*innen, die ein*e einzige*r Therapeut*in pro Jahr behandeln müsste. Die Behandlungsstunden von Psychotherapeut*innen liegen jedoch im Durchschnitt bei 28 Sitzungen pro Woche[4]. Bis die Behandlung eines*r Patient*in abgeschlossen ist, vergeht dann meist ein Jahr[5]. Bei 28 behandelten Patient*innen bliebe also ein Defizit von 355 Unbehandelten pro Jahr und Therapeut*in.

Ferner unterstellt die Bedarfsplanung, dass psychische Erkrankungen auf dem Land deutlich seltener vorkommen würden, als in der Großstadt. Jedoch unterscheidet sich die Häufigkeit von psychischen Erkrankungen zwischen städtischen und ländlichen Regionen kaum[6]. Auch die Annahme, dass Großstädte ihre Umgebung mitversorgen und deshalb im Umland eine geringere Psychotherapeut*innendichte notwendig ist, stimmt häufig nicht. Tatsächlich sind die Wartezeiten auf eine Psychotherapie in der Umgebung einer Großstadt erheblich länger als in den Großstädten selbst[7].
Entgegen der Darstellung in der Bedarfsplanung zeugen diese Fakten von einer Mangelversorgung in der Psychotherapie und nicht von einer Überversorgung.

Um eine Verkürzung der Wartezeiten für einen ambulanten Psychotherapieplatz zu erreichen, müssen folglich mehr Kassensitze zugelassen werden.

[1] https://www.dgppn.de/_Resources/Persistent/17452fbcf559a53a36e71334cde8d18e8d6793fa/20210727_Factsheet_Kennzahlen.pdf

[2] https://gesundheitsdaten.kbv.de/cms/media/sp/I.1.2.1.pdf

[3] https://www.dgppn.de/_Resources/Persistent/17452fbcf559a53a36e71334cde8d18e8d6793fa/20210727_Factsheet_Kennzahlen.pdf

[4] https://www.zi.de/publikationen

[5] https://www.lpk-bw.de/archiv/news2011/pdf/110216_studie_dptv.pdf

[6] Bundes-Gesundheitssurvey, DEGS1-MH-Studie

[7] Bundes-Gesundheitssurvey, DEGS1-MH-Studie

WP-4-259 Solidarität sichern

Antragsteller*in: LAG Gesundheit
Beschlussdatum: 29.11.2021

Text

Von Zeile 259 bis 261 einfügen:
Eingriffe ist die Fahrzeit nicht ausschlaggebend. Wichtiger ist es, dass eine durchgehend gute Qualität in der Patientenversorgung angeboten wird. Dazu gehört auch, dass - ausgehend von einer zwingend notwendigen besseren personellen und infrastrukturellen Ausstattung - das subjektive Wohlbefinden von Patient*innen und Beschäftigten einen zentralen Stellenwert im Krankenhausalltag erhalten muss.
Wir planen die Krankenhausversorgung so, dass sich die Krankenhäuser enger mit ambulanten

Begründung

Viele Patient*innen verbinden Krankenhausaufenthalte mit Ängsten und traumatischen Erfahrungen, die nicht allein (oder gar primär) von ihren Erkrankungen herrühren. Doch bereits vor der Corona-Pandemie verhinderten Ökonomisierungsdruck und Personalmangel, dass auf subjektive und psychische Bedürfnisse von Patient*innen und Beschäftigten ausreichend Rücksicht genommen werden kann. Ausgehend von einer zwingend notwendigen besseren personellen und infrastrukturellen Ausstattung, wollen wir einen Bewusstseinswandel einleiten und organisationale Routinen und Praktiken im Krankenhaus dahingehend untersuchen, inwiefern sie zum subjektiven Wohlbefinden von Patient*innen und Beschäftigten beitragen oder umgekehrt Ängste, Leidenserfahrungen und Stressfaktoren auslösen oder verschlimmern. Verschiedenste Instrumente (u.a. Fortbildungen, Monitoring, Berücksichtigung von Wohlbefindens-Indikatoren als Zusatz-Komponente der Krankenhausvergütung) sind grundsätzlich vorstellbar, um einen entsprechenden Wandel einzuleiten.

WP-4-294 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	LAG Gesundheit
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 294 bis 295 einfügen:
stärken die Ausbildung von Psychotherapeut*innen und lehnen Rasterpsychotherapie ab.
Patient*innen wollen wir die Übersicht über vorhandene Therapie- und Hilfsangebote durch eine Informationsplattform in Kooperation mit Kommunen und Kassenärztlichen Vereinigungen erleichtern.

Begründung

Diese Formulierung haben wir bereits auf der letzten LDK im Rahmen des gesundheitspolitischen Leitantrages beschlossen. Sie ist wichtig, weil…

- wir viel zu selten aus der Betroffenenperspektive denken und formulieren
- Betroffenen die Vielfalt der Angebote oft nicht bekannt ist, ebensowenig wie ihren Hausärzten
- Betroffene ohne Hilfe bei der Auswahl oft nicht bedarfsgerecht behandelt werden, was den Therapieerfolg gefährdet und ggf. die Behandlungskosten erhöht

WP-4-15 Solidarität sichern

Antragsteller*in: LAG Gesundheit
Beschlussdatum: 29.11.2021

Text

Von Zeile 15 bis 16:
Unser Gesundheitssystem ~~gehört zu den besten der Welt~~muss sich im internationalen Vergleich nicht verstecken und wir können auf die großartige Arbeit stolz sein, die hier trotz starker personeller Unterbesetzung geleistet wird. Doch es ist nicht gut genug, solange diejenigen, die für die Gesundheit anderer arbeiten, selbst dabei

Von Zeile 20 bis 21 einfügen:
Wohnort, der Herkunft oder der Lebenslage abhängen. Das Recht auf Gesundheit gilt für alle gleichermaßen, unabhängig vom Versicherungsstatus.

Begründung

Bei vielen Wähler*innen dürfte der erste Satz ein massives Störgefühl auslösen.

Es ist mehr als gewagt, von einem der weltweit besten Gesundheitssystemen zu sprechen während…

- viele Menschen monatelang auf Facharzttermine warten müssen, obwohl die Kassenärztlichen Vereinigungen etwas anderes versprechen[1]

- wir aktuell einen Pflexit erleben, von tausenden, die den Pflegeberuf verlassen[2]

- die Zustände in der stationären Altenpflege nicht immer menschenwürdig sind[3]

Deshalb sollten wir hier vorsichtiger und empathischer formulieren. Und neben den aufgezählten Merkmalen, die eine gute Gesundheitsversorgung verhindern können auch die Art des Versicherungsschutzes erwähnen. Denn de facto haben wir eine Zwei-Klassen-Medizin.

[1] https://www.test.de/Facharzttermin-Bei-Anruf-Arzt-4975763-0/
[2] https://www.rechtsdepesche.de/pflexit-corona/
[3] https://www.zeit.de/arbeit/2019-11/altenpflege-pflegeheim-menschenwuerde-beruf-fachkraeftemangel

WP-4-256 Solidarität sichern

Antragsteller*in: LAG Gesundheit
Beschlussdatum: 29.11.2021

Text

Von Zeile 256 bis 259:
bei Beginn einer Geburt in angemessener Fahrzeit ein Krankenhaus erreichen können. Dabei ~~können~~spielen Krankenhäuser in öffentlicher Hand eine wichtige Rolle ~~spielen~~, weshalb wir weitere Privatisierungen ablehnen und die Möglichkeit zur Rekommunalisierung prüfen wollen. Für planbare, komplexere Eingriffe ist die Fahrzeit nicht ausschlaggebend. Wichtiger ist es, dass eine

Begründung

Sind wir uns tatsächlich unsicher, ob Krankenhäuser in öffentlicher Hand eine positive Rolle spielen? Ansonsten können wir hier getrost auf den Konjunktiv verzichten!

Zudem wollen viele in unserer Partei den Trend zur Privatisierung nicht nur stoppen, sondern rückgängig machen.

Natürlich steht dies allerorten unter Finanzierungsvorbehalt, deshalb würde die hier gewählte Prüfoption passen.

WP-4-341 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	LAG Gesundheit
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 341 bis 343 einfügen:
vorhandenem Personal. Deshalb benötigen wir wissenschaftlich fundierte, verbindliche Personalbemessungsinstrumente in der stationären Pflege, die mehr Zeit für eine ganzheitliche Versorgung schaffen. Durch die Förderung von Werkswohnungen und eine stark vergünstigte ÖPNV-Nutzung für Pflegekräfte in Anlehnung an das Semesterticket, tun wir das Unsere, um den Beruf attraktiver zu gestalten In NRW verbessern wir die Pflegeausbildung auch dadurch, dass mehr Lehrkräfte die

Begründung

In Sonntagsreden sprechen die Verantwortlichen immer wieder über eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege. Angesichts des Pflegenotstandes ist dies auch dringend nötig.

Doch dabei bleibt es meist im Allgemeinen. Konkrete Schritte? Fehlanzeige!

Dabei könnte das Land NRW hier sehr konkret helfen. Sowohl eine Förderung von Werkswohnungen, als auch eine stark vergünstigste ÖPNV-Nutzung für Pflegekräfte wären eine spürbare Hilfe und Entlastung.

Lasst uns Antworten geben, statt Applaus und Worthülsen.

Und lasst uns nicht in abstrakten akademisch klingenden Begriffen wie "Personalbemessungsinstrumenten" stehen bleiben, sondern erklären, was wir damit für die Patient*innen verbessern wollen. Dass wir damit mehr Zeit für ALL ihre Bedürfnisse schaffen wollen.

WP-4-136 Solidarität sichern

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 136 bis 139:
treffen, schaffen Lebensqualität. Ältere Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen finden ~~Unterstützung, Beratung~~ Versorgungssicherheit sowie jeweils die Unterstützung
und ~~Versorgungssicherheit~~Beratung, die zu ihrer jeweiligen Situation passt.. Kinder können sicher spielen, Jugendliche erhalten Gestaltungsräume, Parks sind mit ausreichend Sitzgelegenheiten und öffentlichen Toiletten ausgestattet.. Plätze und Grünflächen bieten Raum für Begegnung und Erholung. Barrierefreie Wohnungen,

Begründung

Antragspaket Grüne Alte Köln

WP-4-255 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	LAG Gesundheit
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 255 bis 257:
mitkommen. Regionen müssen so versorgt sein, dass Patient*innen im Notfall oder bei Beginn einer Geburt in ~~angemessener Fahrzeit~~maximal 20 Minuten ein Krankenhaus erreichen können. Dabei können Krankenhäuser in öffentlicher Hand eine wichtige Rolle

Begründung

Die jetzige Formulierung ist sehr unkonkret und interpretationsfähig. Bei einem Herzinfarkt oder Schlaganfall können 5 Minuten längere Fahrtzeit den Unterschied machen zwischen Leben und Tod, zwischen baldiger Genesung und lebenslangem Pflegefall.

In NRW gibt es leider immer noch viele Ortschaften, die über 20 Minuten von einem Krankenhaus entfernt sind. Ein paar Orte, z.B. im Sieger- oder Sauerland liegen sogar über 30 Minuten.

Hier zu einer deutlichen Verbesserung zu kommen, ist auch eine Frage der Stadt-Land-Gerechtigkeit.

Quelle: https://www.deutschlandatlas.bund.de/DE/Karten/Unsere-Gesundheitsversorgung/126-PKW-Krankenhaeuser-Grundversorgung.html

WP-4-146 Solidarität sichern

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 146 bis 148 einfügen:
communities“ (altersgerechte Stadt und altersgerechte Gemeinde) beitreten wollen, werden dabei unterstützt. Dadurch
werden Senior*innen im Quartier integriert, was Einsamkeit lindert und auch
gesundheitlichen Problemen vorbeugt. Dieses Konzept muss sowohl in Großstädten,
als auch im ländlichen Raum Anwendung finden. Wir fördern den Einsatz von technischen und digitalen Hilfsmitteln zum Ausgleich von Beeinträchtigungen und setzen

Begründung

Antragspaket Grüne Alte Köln

WP-4-360 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	LAG Gesundheit
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 360 bis 361 einfügen:
Suchtberatungsstellen und besonders Drogencafés besser geschützt werden, um die Verdrängung an den Stadtrand zu verhindern. Die Beratungsstrukturen stärken wir, u.a. mit mehr Drogenkonsumräumen und höherer Verfügbarkeit von Drogenersatzprogrammen.

Begründung

Wir brauchen nicht nur bessere Beratungsstrukturen, sondern auch mehr Konsumräume und Drogenersatzprogramme. Alles andere stellt ein unzumutbares Gesundheitsrisiko nicht nur für die Betroffenen dar (z.B. Übertragung von HIV, Hepatitis etc.), sondern auch für die Mitbürger*innen (herumliegende Spritzen).

Ohne ausreichende Drogenersatzprogramme erzeugen wir unnötige Beschaffungskriminalität und gefährden die öffentliche Sicherheit.

WP-4-229 Solidarität sichern

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 229 bis 230 einfügen:
zum Beispiel mehr Zeit haben, um ihre Angehörigen zu pflegen. Ausbildung und Studium in Teilzeit erleichtern wir. Viele fitte Senior*innen wollen weiterhin arbeiten, um sich sinnvoll zu betätigen. Dies wollen wir ermöglichen und fördern.

Begründung

Antragspaket Grüne Alte Köln

WP-4-355 Solidarität sichern

Antragsteller*in: LAG Gesundheit
Beschlussdatum: 29.11.2021

Text

Von Zeile 355 bis 357 einfügen:
kontrollierten Abgabe von Cannabis an volljährige Konsument*innen unterstützen. Ein besonderes Augenmerk legen wir neben klassischer Spielsucht auch auf neuere Erscheinungsformen der Sucht, von denen besonders jüngere Menschen betroffen sind. So begegnen wir den rechtlichen

Begründung

So, wie wir bei Menschen mit Behinderung vor allem Rollstuhlfahrende vor Augen haben, denken wir bei Sucht meistens nur an Substanzabhängigkeit. Dabei ist auch Spielsucht ein stark verbreitetes Problem, nicht nur gesundheitlich, sondern auch sozial. Denn es kann Menschen in eine Überschuldung treiben.

Deshalb sollte hier nicht nur auf Computer- und Konsolenspiele gezielt werden. Die Explosion von Wettbüros und Online-Wetten ist ein großes Problem. In vielen Kommunen entsteht dadurch auch ein negativer Teufelskreis bei der Quartiersentwicklung.

WP-4-348 Solidarität sichern

Antragsteller*in: LAG Gesundheit
Beschlussdatum: 29.11.2021

Text

Von Zeile 348 bis 349:
Eine moderne Drogen- und Suchtpolitik setzt weitestmöglich auf Selbstbestimmung, klärt über Risiken auf und hilft ~~süchtigen~~substanzabhängigen Menschen, Schäden durch riskanten Drogenkonsum zu reduzieren. Kinder und

Von Zeile 353 bis 356:
bevormundet und kriminalisiert. Sobald bundesgesetzliche Änderungen dies zulassen, werden wir in NRW ~~wissenschaftlich begleitete Modellprojekte zur kontrollierten~~den Aufbau eines zuverlässigen Netzes zertifizierter Verkaufsstellen für die kontrollierte Abgabe ~~von Cannabis~~ an volljährige Konsument*innen ~~unterstützen~~landesrechtlich absichern und begleiten. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf neuere Erscheinungsformen der Sucht, von

Von Zeile 359 bis 361 einfügen:
Aufklärungskampagnen. Wir unterstützen die Städte und Kommunen dabei, dass Suchtberatungsstellen, Druckräume und besonders Drogencafés besser geschützt werden, um die Verdrängung an den Stadtrand zu verhindern. Die Beratungsstrukturen stärken wir.

Begründung

Selbstbestimmung war schon immer eine der Leitlinien Grüner Drogenpolitik und gehört deshalb in diesen Einführungssatz.

Auch Druckräume benötigen stärkeren Schutz. In Köln ist ein mobiles Angebot im Mai durch ein Feuer zerstört worden.

Der Koalitionsvertrag der Ampel sorgt zudem dazu, dass die Cannabis-Passage des Programmentwurfs überholt ist. Jetzt gilt es, die praktische Umsetzung der legalen kontrollierten Cannabisabgabe in NRW zu organisieren.

WP-4-356-1 Solidarität sichern

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 24.11.2021

Text

Von Zeile 356 bis 358 einfügen:
Ein besonderes Augenmerk legen wir auf neuere Erscheinungsformen der Sucht, von denen besonders jüngere Menschen betroffen sind, wie zum Beispiel Onlinesucht. So begegnen wir den rechtlichen Entwicklungen im “Gaming”-Sektor (digitale Spiele) wenn notwendig mit

Begründung

Es ist wichtig einen expliziten Fokus auf Onlinesucht zu setzen, weil es sich hier um eine Sucht handelt, die vom Land durch die Landschaftsverbände bereits mit Angeboten begleitet wird, wo diese Angebote aber nicht ansatzweise in der Breite verfügbar sind, in der sie gebraucht werden. Onlinesucht unterscheidet sich grundlegend von Drogensucht und auch von den im Satz danach angesprochenen Suchtmechanismen in Spielen, welche in Richtung von Glücksspielsucht gehen. Auch wenn Gamingsucht und Onlinesucht oft zusammen auftreten, so ist dies hauptsächlich bei Männern der Fall. Hier ist es wichtig Angebote geschlechtergerecht anzubieten, weil Frauen diese deutlich weniger häufig nutzen.

WP-4-263-1 Solidarität sichern

Antragsteller*in: KV Rhein-Sieg
Beschlussdatum: 25.11.2021

Text

Von Zeile 263 bis 264 einfügen:
Rehabilitationseinrichtungen verbinden. Mittels patientenorientierter Digitalisierung werden die Angebote besser vernetzt. Weiterhin wird beim (Um-)Bau von Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäusern und Pflegeheimen der Hitze- und Klimaschutz berücksichtigt.

Begründung

Das deutsche Gesundheitssystem ist verantwortlich für etwa 5% des deutschen CO2-Ausstoßes - mehr als der Flugverkehr. Krankenhäuser und öffentliche Gesundheitseinrichtungen sind oftmals baulich veraltet: sie sind schlecht gedämmt, verfügen über eine mangelhafte Klimaregulation und keine Möglichkeit, selber grünen Strom herzustellen. Das Land NRW ist verantwortlich für die Finanzierung öffentlichen Gesundheitseinrichtungen - seiner Krankenhäuser.

Wie unter Abschnitt A1 dargelegt, bedarf es der finanziellen Unterstützung durch das Land, um den öffentlichen Gebäudestand klimaneutral zu gestalten. Für Krankenhäuser, Pflegeheime und andere öffentliche Gesundheitseinrichtungen reicht Klimaschutz allein jedoch nicht aus: Ihre Klientel ist gegenüber Hitze besonders vulnerabel, also benötigen sie auch Hitzeschutz. Anhaltende Hitze kann bestehende Erkrankungen verschlimmern, zu hitzebedingte Erkrankungen und sogar zum Tod führen. Daher bedarf es unter anderem folgender Maßnahmen: Klimaanlagen, Dämmung, Sonnenschutz, Begrünung etc. Solche baulichen Hitzeschutzmaßnahmen sind in den meisten Einrichtungen nicht ausreichend oder gar nicht vorhanden.

WP-1-119 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	KV Rhein-Sieg
Beschlussdatum:	25.11.2021

Text

Von Zeile 119 bis 121 einfügen:
preiswerten Wohnungen. Wir unterstützen die Kommunen ebenfalls dabei, Flächen anzukaufen, auf denen geförderte Wohnungen entstehen können. Bei der Wohnungsvermittlung nach Dringlichkeitskategorien achten wir darauf, dass diese Kategorien zeitgemäß und nachvollziehbar sind. Wir sorgen dafür, dass öffentliche Flächen nicht mehr nach dem Höchstgebot, sondern nach sozialen,

Begründung

Im aktuell geltenden Erlass, an dem sich Kommunen orientieren https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_text_anzeigen?v_id=10000000000000000462, wird eine Rangordnung zur Dringlichkeit der Wohnungsvermittlung beschrieben, die mMn nicht sinnvoll nachvollziehbar ist:

1. schwangere Frauen
2. Haushalte mit Kindern, junge Ehepaare, ältere Menschen (§29 Nummer 7 Satz 2). Schwerbehinderte sowie Wohnungslose und sonstige hilfsbedürftige Personen

Fragen, die sich ergeben: Wieso stehen schwangere Frauen per se vor den anderen Personen, zum Beispiel Wohnungslosen? Wieso stehen junge Ehepaare (wobei nicht erkennbar ist, ob sich das "jung" auf das Alter oder auf die Dauer der Ehe bezieht) auf derselben Stufe wie Haushalte mit Kindern etc.? Der Fakt, dass man ein Ehepaar ist, sagt nichts über die Hilfsbedürftigkeit aus.

WP-4-2 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	LAG Europa, Frieden, Internationales (EFI)
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 2 bis 4 einfügen:
zu schätzen gelernt, was unsere Gesellschaft stark macht: Verantwortung füreinander übernehmen und Gemeinsinn leben über Grenzen hinweg. So stark unser Streben nach individueller Freiheit und dem persönlichen Glück ist – so sehr brauchen wir

Begründung

Wir möchten an dieser Stelle deutlich machen, dass Gemeinsinn und Verantwortung auch über Landesgrenzen hinweg gelebt wird. Dies wurde nicht zuletzt in der pandemischen Situation deutlich.

WP-4-188 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	LAG Soziales, Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 188 bis 189 einfügen:
stabilisieren und ihnen die nötige Unterstützung zu geben, setzen wir auf eine staatlich unabhängige Beratungsstruktur auf Augenhöhe. Die Arbeit der Arbeitslosenzentren werden wir bedarfsgerecht weiter finanzieren.

Begründung

Wir Grüne und die Grüne Landtagsfraktion haben letztes Jahr mit sehr öffentlicher Kritik die Streichungspläne der schwarz-gelben Landesregierung bei den Arbeitslosenzentren kritisiert[1] und das Schlimmste verhindern können. Um so wichtiger ist es jetzt, an dem Thema dran zu bleiben. Die jetzige Formulierung ist sehr allgemein gehalten und nennt die Arbeitslosenzentren nicht namentlich. Der Begriff "auf Augenhöhe" sagt nichts über die Förderhöhe aus und lässt so ziemlich jede Entscheidung hinterher zu.

Eine bedarfsgerechte Finanzierung impliziert hingegen auch mögliche Aufstockungen, falls sich die Lage am Arbeitsmarkt verschlechtern sollte.

Lasst uns hier nicht im Ungefähren bleiben. Die Betroffenen werden es uns danken. Und vielleicht landen wir dann ja auch mal deutlich vor der AfD in der entsprechenden Wähler*innengruppe.[2]

---

[1] https://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2019-12/48411969-gruene-kritisieren-mittelstreichungen-in-nrw-arbeitslosenzentren-003.htm

[2] https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1257096/umfrage/wahlverhalten-bei-der-bundestagswahl-nach-taetigkeiten/

WP-4-107 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	LAG Soziales, Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 107 bis 108 einfügen:
Qualitätsstandards für die Arbeit der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung.
Arbeitslosenzentren und Erwerbslosenberatungsstellen werden wir fördern und weiter entwickeln. Neben der wirtschaftlichen Stablisierung und der beruflichen Neuorientierung sind sie soziale Orte, die zum Erhalt der Beschäftigung einen wichtigen Beitrag leisten. Auch ihren Beitrag zur Bekämpfung ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse unterstützen wir.

Begründung

Arbeitslosenzentren und Erwerbslosenzentren gehören zum Bestand grüner Arbeitsmarkt-und Beschäftigungspolitik in Nordrhein-Westfalen. Die Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen NRW hat die Arbeit der Einrichtungen immer unterstützt. Die CDU/FDP geführte Landesregierung hat die Arbeit der Arbeitslosenzentren als niederschwellige Einrichtungen der Begegnung durch die Streichung der Landesförderung in Höhe von 15.000,- EURO p.a. in der Förderphase bis 2022 gegen den Widerstand von BG 90/Die Grünen geschwächt. Das wollen wir rückgängig machen. Gleichzeitig erkennen wir den Beitrag, den die Beratungsstellen Arbeit zur Bekämpfung ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse leisten, an.

WP-4-369-1 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	LAG Soziales, Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 369 bis 370 einfügen:
investieren. Wir wollen, dass alle finanzpolitischen Entscheidungen am 1,5-Grad-Ziel und ihren sozialen Folgen gemessen werden.

Begründung

Wenn wir über diesen Antrag reden und nachdenken, dann sollten wir uns zunächst bewusst werden, wo er steht. Nämlich im Kapitel "Solidarität sichern". An dieser sehr zentralen Stelle zu formulieren, dass grüne Finanzpolitik sich nur am Klimaschutz zu orientieren habe, steht nicht in Grüner Tradition. Wir sind die Partei, die Umwelt und Soziales verbindet und gerade in dem Kapitel, das die soziale Dimension Grüner Politik beschreiben soll, ist es undenkbar, diesen Grünen Zweiklang zu verlassen.

Finanzpolitik muss nachhaltig sein, keine Frage. Aber sie muss auch sozial und solidarisch sein, weil uns das Land sonst um die Ohren fliegt.

Kurzer Reminder: Auch wenn wir Grüne im September ständig von der "Klimawahl" gesprochen haben, stand am Ende für mehr Wähler*innen das Thema soziale Gerechtigkeit an 1. Stelle. Lasst uns die Menschen hier mitnehmen, auch über die Grüne Kernklientel hinaus!

WP-4-177-1 Solidarität sichern

Antragsteller*in: LAG Soziales, Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik
Beschlussdatum: 29.11.2021

Text

Von Zeile 117 bis 120:
verlängern und auch neue Bindungen zu kaufen. So sichern wir preisgünstigen Wohnraum. Außerdem ~~fördern~~wollen wir ~~verstärkt~~die Fördermittel für den Bau von neuen sozialen und preiswerten Wohnungen verdoppeln. Wir unterstützen die Kommunen ebenfalls dabei, Flächen anzukaufen, auf denen geförderte Wohnungen entstehen können. Wir sorgen dafür,

Begründung

Reden wir nicht um den heißen Brei herum: Wir haben einen Wohnungsnotstand in vielen Städten wie z.B. Köln und Niedrigverdienende haben kaum Chancen auf dem freien Wohnungsmarkt, der außer Kontrolle geraten ist. Ohne massive Anstrengungen beim sozialen Wohnungsbau werden wir den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum aber nicht annähernd decken können. Das haben auch SPD, FDP und Grüne erkannt und sich ambitionierte Ziele gesetzt und in ihrem Sondierungspapier vereinbart. Diese zu erreichen hängt nicht allein von Fördermitteln ab, aber ohne sie geht es auf keinen Fall!

Damit diese Ziele erreicht werden, müssen auch die Bundesländer ihren Anteil leisten! Die jetzige Aussage dazu ist extrem unkonkret und unambitioniert.

Zur Einordnung der hier formulierten Forderung: Würden die für den Bau neuer sozialgebundener Mietwohnungen vorgesehenen Mittel in NRW verdoppelt, würde dieser Betrag immer noch weniger als 1,5% des Landeshaushaltes ausmachen!

Verbunden mit der Zielmarke, dass alle neugebauten Wohnungen demnächst klimaneutral gebaut werden sollen (gemäß Ampelsondierung) und es hierfür massive Bundeszuschüsse geben soll, wäre NRW schlecht beraten, an dieser Stelle nicht in seine nachhaltige und soziale Zukunft zu investieren.

WP-4-9-1 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	LAG Soziales, Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 9 bis 11:
Ein solidarisches und lebenswertes NRW – das ist ein Ort, an dem kein ~~Kind, keine Alleinerziehende und kein Rentner~~Mensch in Armut leben muss. Ein Ort, an dem man von der eigenen Arbeit leben und eine Familie versorgen kann. Ein Land, in dem

Begründung

Die bisherige Formulierung ist mir zu ungenau. Richtigerweise sollte es sowieso "Alleinerziehende*r" als auch "Rentner*in" heißen. Es gibt aber auch Kranke, geflüchtete Menschen usw. die in der bisherigen Aufzählung nicht erfasst sind. Mensch ist ein allumfassender Begriff, der jede*n in seiner jeweiligen Lebenssituation einschließt.

WP-4-335 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	LAG Soziales, Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 335 bis 337 einfügen:
erreichen, dass möglichst viele Städte und Kreise ihre Pflegeinfrastruktur mit der „verbindlichen Pflegebedarfsplanung“ im Interesse der Bevölkerung gestalten. Wir priorisieren den Bau von gemeinwirtschaftlich betriebenen Pflegeeinrichtungen. Die Pflege von kranken und alten Menschen darf kein Geschäftsmodell sein. Von der Bundesebene erwarten wir eine „doppelte Pflegegarantie“: Der Eigenanteil

Begründung

Die Änderung begründet sich an sich selbst. Die Leistungen aus der Pflegeversicherung dürfen nicht länger zur Erwirtschaftung privater Gewinne verwendet werden. Gewinne aus dem Betrieb einer Pflegeeinrichtung müssen wieder der Einrichtung zufließen und den betroffenen Menschen zu Gute kommen, sei es durch mehr und besser bezaltes Personal als auch durch Verbesserungen von Angeboten innerhalb der Einrichtungen.

WP-4-215 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	LAG Soziales, Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 215 bis 217:
outsourcen und so faire Arbeitsbedingungen garantieren. Arbeitsschutz-Mindeststandards ~~gelten~~müssen auch für die EU-Arbeitnehmer*innen gelten, die auf den Feldern und in den Fleischbetrieben in NRW arbeiten. Wir verbessern den Arbeitsschutz

Begründung

Der Antrag spricht eigentlich für sich. Die Arbeitsschutzstandards sollten und müssen auch für EU-Bürger*innen gelten. De facto werden sie oft ausgehebelt. Deshalb ist die aktuelle Formulierung unglücklich gewählt.

WP-4-193-1 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	LAG Soziales, Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 193 bis 195 einfügen:
Behinderung gemeinsam arbeiten, wenn sie dies wünschen. Wir streben eine faire Entlohnung für die Arbeit in den Werkstätten an und überprüfen das System auf Übereinstimmung mit Artikel 1 GG und der UN-Behindertenrechtskonvention. Wir machen die Erfüllung der gesetzlichen Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter zum notwendigen

Begründung

Die Diskussion bei Betroffenen und Organisationen von Menschen mit Behinderungen zum Thema Werkstätten geht weiter als zum Thema Bezahlung. Viele fordern eine Abschaffung des Systems an sich, weil es nicht mit dem Grundsatz der Menschenwürde und den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention vereinbar sei. Wir sollten deshalb hier zumindest eine Überprüfung fordern. Die finale innerparteiliche Meinungsbildung können wir dann in Ruhe nach der Wahl führen, gemeinsam mit der Fraktion.

WP-4-215-1 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	LAG Soziales, Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 215 bis 219:
outsourcen und so faire Arbeitsbedingungen garantieren. Arbeitsschutz-Mindeststandards gelten auch für die EU-Arbeitnehmer*innen, die auf den Feldern ~~und~~, in den Fleischbetrieben oder der Logistik usw. in NRW arbeiten. Wir verbessern den Arbeitsschutz durch mehr finanzielle und personelle Ressourcen. Wir setzen uns für eine wirksame Arbeitsinspektion ein, die ausbeuterische Arbeitsverhältnisse konsequent bekämpft, humane Arbeitsbedingungen durch regelmäßige Kontrollen durchsetzt und ~~damit mehr Kontrollen~~die gerechte Bezahlung sichert. Arbeitsfreie Sonntage sollen die Regel sein. Gleichzeitig unterstützen wir die Einrichtungen der fairen Mobilität in NRW.

Begründung

Der Antragstext präzisiert die Arbeitsfelder ausbeuterische Arbeitsverhältnisse in NRW. Er benennt die Forderung nach einer wirksamen Arbeitsinspektion und benennt deren Aufgaben. Gleichzeitig stellt der Antragstext auf die Einrichtungen der fairen Mobilität, die heute in NRW arbeiten, ab und weist ihnen eine wichtige Aufgabe in der Bekämpfung ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse zu.

WP-4-97 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	LAG Soziales, Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 97 bis 99 einfügen:
Zuständigkeiten verhindern eine effektive Beratung. Wir wollen, dass beide Beratungsinstrumente besser ineinandergreifen, auch gescheiterte Gewerbetreibende unterstützen und werden die Trennung schnellstmöglich beenden, so wie es in anderen Bundesländern bereits geschieht.

Begründung

Menschen, die Schulden aus einem Gewerbebetrieb haben, wurden in der Vergangenheit oft von den bestehenden Beratungsstrukturen abgewiesen. Teilweise aus formalen Gründen, teilweise weil die zusätzliche Komplexität der Fälle abschreckt. Hierauf sollten wir bei einer Reform auch einen Blick werfen.

Quelle: https://www.schuldnerberatung.de/selbststaendige/

WP-4-195 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	LAG Soziales, Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 195 bis 197 einfügen:
gesetzlichen Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter zum notwendigen Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Und gehen als Land NRW vorbildlich voran, indem wir eine verwaltungsinterne Beschäftigungsquote anstreben, die dem Anteil Schwerbehinderter in der Bevölkerung entspricht. Gleichzeitig senken wir die Hürden für Unternehmen, Menschen mit Behinderung einzustellen. Betriebe erhalten

Begründung

Die Anliegen von Menschen mit Schwerbehinderung und chronischen Erkrankungen werden in politischen Debatten gerne aufs Nebengleis geschoben. Und das obwohl fast 10% der Bevölkerung einen Schwerbehindertenausweis haben und nach Schätzungen mehr als 25% der Bevölkerung unter einer schweren gesundheitlichen Beeinträchtigung leiden.

Auch auf dem Arbeitsmarkt sind sie erheblich benachteiligt, obwohl es eine gesetzliche Mindestquote von 5% gibt. Diese wird aber kaum irgendwo erreicht.

Um so wichtiger ist es, dass der öffentliche Dienst hier als Vorbild vorangeht und sich mehr als das bisher gesetzlich Vorgeschriebene zum Ziel setzt. Die gewählte Formulierung ist bewusst als Soll- statt Muss-Regelung formuliert, da das Ziel nicht kurzfristig zu erreichen sein wird.

WP-4-84 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	LAG Soziales, Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 84 bis 85 einfügen:
Jugendliche vor einem Leben auf der Straße schützen. Hierfür werden wir die Jugendwohnheime in NRW ausbauen, in denen auch junge Volljährige wohnen dürfen. Wir fördern Jugendhäuser, die wegen Ihrer Niedrigschwelligkeit Jugendliche und junge Erwachsene an geeignete Beratungsangebote vermitteln. Hierzu zählt vor allem die Jugendberufshilfe. Sie berät ganzheitlich mit dem Schwerpunkt berufliche Entwicklung, nimmt aber auch Wohnungsprobleme und psychosoziale Schwierigkeiten in den Blick. Dieses Angebot wollen wir ausbauen.

Wenn ein Leben zu Hause nicht mehr möglich ist, werden wir Jugendliche vor einem Leben auf der Straße schützen. Hierfür werden wir die Jugendwohnheime in NRW ausbauen, in denen auch junge Volljährige wohnen dürfen.

Begründung

Die Schwerpunktaufgaben von Jugendhäusern sind Gruppenangebote im Freizeibereich. Sie eignen sich auch als Anlaufstelle für Jugendliche, die erhebliche Schwierigkeiten bei Berufseinmündung, oft in Kombination mit prekären Wohn-/Familienbedingungen haben. Jugendhäuser können aber keine langfristigen, intensiven Beratungs- und Unterstützungsleistungen durchführen. Hierfür gibt es ambulante erzieherische Hilfen und das System Jugendberufshilfe. Hier leisten freie Träger sehr gute Arbeit. Sie haben zwar zunächst den Fokus auf der beruflichen Thematik. Sie arbeiten aber idR ganzheitlich und nehmen die häufig bestehenden familiären bzw. wohnlichen Probleme mit in ihren Blick. Bei erheblichen psychischen und Suchtproblemen vermitteln sie an geeignete Institutionen.

WP-4-214 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	LAG Soziales, Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 214 bis 216 einfügen:
Landesverwaltung wie Putzkräfte und Pförtner*innen werden wir nicht weiter outsourcen und so faire Arbeitsbedingungen garantieren. Auch im Bereich von Erwachsenenbildung, Sprach- und Weiterbildungskursen werden Aufträge nur an solche Träger vergeben, die den Lehrenden bzw. Trainer*innen faire, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse bieten. Arbeitsschutz-Mindeststandards gelten auch für die EU-Arbeitnehmer*innen, die auf den Feldern

Begründung

Im Kapitel zum Thema Bildung heißt es: "Ausbildung oder Studium dürfen nicht zum finanziellen Risiko werden". Dies gilt derzeit aber für fast alle, die sich beruflich der Ausbildung jenseits der Grund- und Weiterführenden Schulen widmen. An Hochschulen bekommen Lehrbeauftragte in der Regel nur kurzfrstige Verträge, in der außeruniversitären Erwachsenenbildung nicht einmal das, sondern Werksverträge, die jede Lücke des unzureichende Scheinselbstständigen-Gesetzes ausnützen. Dies bedeutet für die Betroffenen, dass sie keine Rentenvorsoge und keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall haben. Bei der geringen Bezahlung und hohen Lebenshaltungskosten in den Ballungsgebieten kann in einem solchen Arbeitsverhältnis eine simple Erkrankung ebenso existenzbedrohend sein wie Betriebferien oder ein Monat, in den besonders viele Feiertage fallen, an denen kein Geld verdient werden kann. Ganz zu schweigen davon, dass die mangelnde Planungssicherheit dazu führt, dass Betroffene nur schwer einen Mietvertrag bekommen, noch weniger einen Immobilienkredit, und eine Familienplanung für sie auch nicht zur Debatte stehen kann.

Selbstverständlich muss hier das Bundesrecht revidiert werden, um solche Scheinselbstständigkeiten zu unterbinden. Bis dies umgesetzt ist, muss zumindest damit Schluss sein, dass derartig ausbeuterische Praktiken mit öffentlichen Geldern finanziert und unterstützt werden.

WP-4-49 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	LAG Soziales, Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 49 bis 50 einfügen:
Wohnraum. Viele Menschen sind arm, obwohl sie arbeiten. Deshalb brauchen wir faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen.

Menschen in prekären Lebensverhältnissen haben oft gesundheitliche Probleme, wohnen meist in durchschnittlich kleineren Wohnungen in eher „mietgünstigeren" Wohnvierteln, haben öfter Ernährungs- und Bewegungsmängel und wohnen oft dort, wo es deutlich weniger grün, aber mehr Lärm, mehr Abgase und mehr Beton gibt. Und mehr Hitze im Sommer. Klimawandel und Corona-Pandemie treffen die vulnerablen Bürger*innen ungleich härter als den Durchschnitt. Gesundheit, Umwelt und soziale Lage müssen stärker als bisher zusammen gedacht und zusammen verbessert werden. NRW muss seinen Kommunen langfristige Fördermittel- und Förderangebote zu einer integrierten kommunalen Armutsprävention, Gesundheitsförderung und Klimafolgenanpassung bereitstellen, damit diese sich den Herausforderungen eines sozial-ökologischen Umsteuerns stellen können. Sozial(raum)planung und Stadtentwicklungsplanung können hier einen wesentlichen Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Umweltgerechtigkeit in den städtischen Quartieren und ländlichen Gemeinden leisten.

Begründung

Ich möchte gerne die Ankündigung im Einleitungsteil: "Wir werden die Städte, Gemeinden und Kreise unterstützen, damit sie stark für ihre Bürger*innen sein können" durch eine konkrete Forderung zur Unterstützung der Kommunen ergänzen. Armutsbekämpfung und Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist im wesentlichen Aufgabe der kommunalen Daseinsfürsorge, auch wenn es natürlich der Grundlagen durch bundesweite Regelungen und Gesetze und teilw. von Landesauführungsgesetzen bedarf. In mehren Bundesländern gefördert und seit vielen Jahren unterstützt durch die Freie Wohlfahrt kann die integrierte Sozial(raum)planung die planerische und operative Brücke zwischen Verwaltung, Freien Trägern und Quartier/Gemeinde schlagen. Gerade die ärmeren Kommunen brauchen hier aber vor allem eine längerfristig angelegte personelle Förderung und beratende Unterstützung.

WP-4-193-2 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	LAG Soziales, Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 193 bis 195 einfügen:
Behinderung gemeinsam arbeiten, wenn sie dies wünschen. Wir streben eine faire Entlohnung für die Arbeit in den Werkstätten an. Die Angebote von Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) werden wir stärker auf die Integration sowie die Begleitung von Beschäftigungsverhältnissen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt ausrichten. Wir machen die Erfüllung der gesetzlichen Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter zum notwendigen

Begründung

Die Menschen sollen raus aus den Werkstätten in reguläre Beschäftigungsverhältnisse. Den Text hab ich aus dem Bundeswahlprogramm übernommen.

WP-4-193-3 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	LAG Soziales
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 193 bis 195 einfügen:
Behinderung gemeinsam arbeiten, wenn sie dies wünschen. Wir streben eine faire Entlohnung für die Arbeit in den Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) an. Wir werden das Beteiligungsvorhaben zur Entwicklung eines transparenten, nachhaltigen und zukunftsfähigen Entgeltsystem in den WfbM und deren Perspektiven auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt fortsetzen und die Erkenntnisse umsetzen. Wir machen die Erfüllung der gesetzlichen Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter zum notwendigen

Begründung

Noch etwas detaillierter auch aus dem Bundeswahlprogramm.

WP-4-193-4 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	LAG Soziales
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 193 bis 195 einfügen:
Behinderung gemeinsam arbeiten, wenn sie dies wünschen. Wir streben eine faire Entlohnung für die Arbeit in den Werkstätten an. Darüber hinaus entwickeln wir die Teilhabeangebote auch für diejenigen weiter, deren Ziel nicht oder nicht nur die Teilhabe am Arbeitsleben ist. Wir machen die Erfüllung der gesetzlichen Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter zum notwendigen

Begründung

auch aus dem Bundeswahlprogramm

WP-4-199 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	LAG Soziales
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 199 bis 201:
‚zuschneiden' können. Außerdem erleichtern wir die Rahmenbedingungen für ~~„Inklusionsbetriebe"~~ „Inklusionsunternehmen". Das sind Unternehmen des allgemeinen Arbeitsmarktes, die zwischen 30 und 50 Prozent Menschen mit Behinderungen beschäftigen. Für

Begründung

Im Bundeswahlprogramm steht der Name Inklusionsunternehmen und es macht Sinn einen einheitlichen Begriff zu verwenden.

WP-4-39 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 39 bis 41:
und macht krank. Auf Landesebene können wir die Gründe für Armut nicht restlos beseitigen – für eine gerechte Steuerpolitik und ~~eine~~die Ausgestaltung des Bürgergelds zur Überwindung des Hartz-IV-Systems ist der Bund zuständig. Aber gemeinsam mit den Akteuren aus der

Begründung

Anpassung an Koalitionsvertrag

WP-4-61 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 61 bis 69:
Ärzt*innen, Sozialpädagog*innen, Verbände und Verwaltung vernetzen, um den Kindern gut abgestimmte Hilfsangebote zu machen. ~~Die Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket werden von Eltern selten abgerufen, weil die Beantragung zu kompliziert ist, der Anspruch nicht bekannt ist und auch Scham eine Rolle spielt. Solange diese Mittel nicht von einer Kindergrundsicherung abgelöst sind, sorgen wir dafür, dass sie bei den Kindern auch ankommen. Die Stadt Hamm zum Beispiel hat mit der „Youcard“ ein Modell entwickelt, dass die Abrechnung vereinfacht. Solch kreative und praktische Lösungen werden wir fördern.~~Durch die Einführung der Kindergrundsicherung werden finanzielle Mittel bei den von Armut betroffenen Kindern endlich ankommen. Gemeinsam mit der Bundesregierung werden wir dafür sorgen, dass die Mittel des Bildungs- und Teilhabepakets von Eltern auch abgerufen werden. Dafür wirken wir an der Umsetzung des Kinderchancenportals mit, durch das die Mittel für Kinder einfacher zugänglich sind. Wir stärken außerdem die Familienberatung und -unterstützung in den Stadtteilen und

Begründung

Anpassung an Koalitionsvertrag

WP-4-339-1 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 339 bis 341 einfügen:
entstehenden Pflegekosten für eine bedarfsgerechte Versorgung übernimmt die Pflegeversicherung. Wir werden uns zur Erreichung dieser Ziele aktiv in die bis 2023 abzuschließende Ausgestaltung der Pflegeversicherung einbringen.Gute Pflege gelingt nur mit gutem und ausreichend vorhandenem Personal. Deshalb benötigen wir wissenschaftlich fundierte,

WP-4-341-1 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 341 bis 343:
vorhandenem Personal. Deshalb benötigen wir wissenschaftlich fundierte, verbindliche Personalbemessungsinstrumente in der stationären ~~Pflege~~sowie in der Langzeitpflege. In NRW verbessern wir die Pflegeausbildung auch dadurch, dass mehr Lehrkräfte die

WP-4-353 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 353 bis 356:
bevormundet und kriminalisiert. Sobald bundesgesetzliche Änderungen dies zulassen, werden wir in NRW ~~wissenschaftlich begleitete Modellprojekte zur kontrollierten Abgabe von Cannabis an volljährige Konsument*innen unterstützen.~~die kontrollierte Abgabe von Cannabis an volljährige Konsument*innen zügig und aktiv umsetzen. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf neuere Erscheinungsformen der Sucht, von

Begründung

Anpassung an Koalitionsvertrag

WP-4-380 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 380 bis 382:
Investitionen eigenständig tätigen zu können. Zum jahrzehntelang aufgebauten Investitionsstau kommen mindestens noch bis zum Jahr 202~~3~~2 die Bewältigung der finanziellen Folgen der Pandemie hinzu. Land und Kommunen werden weniger Steuern

WP-4-332-2 Solidarität sichern

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 332 bis 346:
~~Selbstbestimmt leben und dennoch gut versorgt sein – das wünschen sich viele Menschen im Alter. Bisher orientiert sich das Angebot an Pflegeplätzen stark am Interesse von Investoren. Deren Großheime sollen Rendite bringen. Wir wollen erreichen, dass möglichst viele Städte und Kreise ihre Pflegeinfrastruktur mit der „verbindlichen Pflegebedarfsplanung“ im Interesse der Bevölkerung gestalten. Von der Bundesebene erwarten wir eine „doppelte Pflegegarantie“: Der Eigenanteil der Pflegekosten wird gedeckelt und dadurch planbar. Alle darüber hinaus entstehenden Pflegekosten für eine bedarfsgerechte Versorgung übernimmt die Pflegeversicherung. Gute Pflege gelingt nur mit gutem und ausreichend vorhandenem Personal. Deshalb benötigen wir wissenschaftlich fundierte, verbindliche Personalbemessungsinstrumente in der stationären Pflege. In NRW verbessern wir die Pflegeausbildung auch dadurch, dass mehr Lehrkräfte die Auszubildenden unterrichten. Zurzeit bauen engagierte Fachkräfte die Pflegekammer auf. Wir werden den Dialog zwischen Pflegekammer, Gewerkschaften, Verbänden und anderen Berufskammern unterstützen.~~

Gute und bezahlbare Pflege mit besseren Arbeitsbedingungen
Gute Pflege gelingt nur mit gutem und ausreichend vorhandenem Personal. Eine angemessene Bezahlung spiegelt den gesellschaftlichen Wert von Pflegearbeit wider. Deshalb benötigen wir wissenschaftlich fundierte, verbindliche Personalbemessungsinstrumente in der stationären Pflege. In NRW verbessern wir die Pflegeausbildung auch dadurch, dass mehr Lehrkräfte die Auszubildenden unterrichten. Zurzeit bauen engagierte Fachkräfte die Pflegekammer auf. Wir werden den Dialog zwischen Pflegekammer, Gewerkschaften, Verbänden und anderen Berufskammern unterstützen.

Pflege im Alter
Selbstbestimmt leben und dennoch gut versorgt sein – das wünschen sich viele Menschen im Alter. Der Bedarf geht von einfacher Freizeitbegleitung über die häusliche Pflege bis hin zur stationären Pflege. Alle diese Aspekte sind wichtig und müssen entsprechend finanziert sein. Eine gute häusliche Pflege ermöglicht es Senior*innen länger in ihrem gewohnten Umfeld leben zu bleiben und Kontakte in der Nachbarschaft zu halten. In der häuslichen Pflege sind oft die Angehörigen, meist die Frauen, gefordert. Das ist oft körperlich und psychisch belastend. Um hier gegenzusteuern, brauchen wir mehr wohnortnahe ambulante Pflegeangebote. Zur Prävention sollen Senior*innen außerdem Angebote in den Quartieren vorfinden, zum Beispiel von „Fit für 100“. Bisher orientiert sich das Angebot an Pflegeplätzen stark am Interesse von Investoren. Deren Großheime sollen Rendite bringen. Wir wollen erreichen, dass möglichst viele Städte und Kreise ihre Pflegeinfrastruktur mit der „verbindlichen Pflegebedarfsplanung“ im Interesse der Bevölkerung gestalten. Von der Bundesebene erwarten wir eine „doppelte Pflegegarantie“: Der Eigenanteil der Pflegekosten wird gedeckelt und dadurch planbar. Alle darüber hinaus entstehenden Pflegekosten für eine bedarfsgerechte Versorgung übernimmt die Pflegeversicherung.

Begründung

Antragspaket Grüne Alte Köln

WP-4-274 Solidarität sichern

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 274 bis 277:
etablieren einen eigenständigen Tarif für das medizinische Personal. Wir stärken die Verantwortung des Landeszentrums für Gesundheit~~, so dass es Standards und Verfahren etwa in der Pandemiebekämpfung für die Gesundheitsämter bietet.~~ Wir werden die Strukturen zur Bekämpfung von Pandemien deutlich verbessern und dazu den Pandemierahmenplan überarbeiten, damit dieser Mechanismen wie feste Krisenstäbe, wissenschaftliche Beratung, die Einrichtung von Pandemieräten, regelmäßige Anpassungen sowie viele präventive Maßnahmen enthält. Ein gestärkter öffentlicher Gesundheitssektor wird die Funktionsfähigkeit von Meldesystemen, die Bevorratung von Schutzmaterial und viele weitere Faktoren überwachen. Wir ermöglichen eine gute digitale Ausstattung, einheitliche Standards und

WP-4-221-1 Solidarität sichern

Antragsteller*in: KV Leverkusen
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 221 bis 224:
Beruf und Lebenssituation müssen zusammenpassen. Wir helfen Unternehmen, familien- und pflegefreundlich zu werden. ~~Betriebskindergärten werden ausgebaut und das~~Das Recht auf Homeoffice ~~unterstützt. In~~wird unterstützt und in dezentralen „Co-Working Spaces“ können die Mitarbeiter*innen einen wohnortnahen Arbeitsplatz außerhalb ihrer

Begründung

Die Kindertagesbetreuung liegt in der Verantwortung der öffentlichen Träger der Jugendhilfe und jedes Kind hat einen Rechtsanspruch auf qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung in Kita oder Tagespflege. Betriebskitas werden von Firmen eingerichtet und (zusätzlich) finanziert; sie stehen idR nur einem privilegierten Kreis an Familien zur Verfügung. Die öffentlichen Träger werden somit aus der Verantwortung genommen, ein gutes Bildungsangebot für alle Kinder vorzuhalten. Damit kommt es zu zunehmender Privatisierung frühkindlicher Bildungsangebote.
Eine Streichung der Formulierung bedeutet nicht, sich gegen Betriebskitas auszusprechen, sie soll lediglich eine Hervorhebung/Betonung vermeiden.

WP-5-366 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Landesvorstand
Beschlussdatum: 02.11.2021

Text

Von Zeile 366 bis 368:
Diskurs mit den Religionsgemeinschaften – auf Basis des Grundgesetzes, in dem dieses Fach verankert ist – zu einem ~~gemeinsamen konfessionellen~~ kooperativ-konfessionellen Unterricht weiterentwickeln, der auch den islamischen Religionsunterricht mit einbezieht.

WP-5-724 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum:	08.11.2021

Text

Von Zeile 724 bis 726 einfügen:
Einstellungszahlen in der Polizei werden wir aufrechterhalten und dabei die Vielfalt der Gesellschaft auch in der Polizei abbilden. Trotz der hohen Einstellungszahlen wollen wir eine hohe Qualifikation der Kommissaranwärter*innen garantieren. Dazu müssen die Ausbildungsstätten (LAFP/HSPV) personell und sachlich weiter ausgebaut, die persönliche Betreuung während der Praktika gewährleistet und gleichzeitig die Qualitätsansprüche an die Kommissaranwärter*innen gewahrt werden. Wir wollen für mehr Beamt*innen im Bezirks- und Schwerpunktdienst sorgen, um die wichtige

Begründung

Durch die seit 2015 ansteigenden Einstellungszahlen sind sowohl die HSPV als auch das LAFP personell und sachlich unter Druck. Beim LAFP laufen bereits 2-Schichten Systeme, die dennoch an ihre Grenzen kommen. Zudem können Ausbildungsinhalte nicht vollumfänglich vermittelt werden.

Bei den HSPV wurden vermehrt nebenamtlich Dozierende für den Kernunterricht auf Honorarbasis eingestellt. Aufgrund des Platzmangels wurden „Containerdörfer“ zu Hochschulen ernannt (Mühlheim an der Ruhr).

Statt einer 1:1 Betreuung während der Praktika kommen nunmehr auf eine*n Polizeibeamt*in mehrere Anwärter*innen.

Zudem wurden die Anforderungen an die Anwärter*innen abgesenkt: Sowohl bei der Benotung der HSPV, bei sogenannten „Sport- oder Schießabnahmen“ im LAFP, als auch bei der Einstellung im Rahmen des Bewerbungsprozesses.

Vor dem Hintergrund der umfangreichen Kompetenzen der Polizei, der Gewährleistung verhältnismäßiger Maßnahmen und der Verhinderung von Rassismus und Diskriminierung ist ein hohes Niveau der Ausbildung notwendig.

WP-5-117 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum: 08.11.2021

Text

Von Zeile 117 bis 118 einfügen:
Zugänge, dort wo sie bisher fehlen, um das politische Engagement und die Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung in politischen Prozessen zu erhöhen. Wir wollen die Rechte des Kreistages gegenüber Landrat und Verwaltung stärken und hierbei insbesondere vom Kreistag zu wählende Kreisbeigeordnete einführen, wie dies bereits für kreisfreie und kreisangehörige Kommunen der Fall ist.

Begründung

Anders als in den Kommunen werden in den Kreisverwaltungen die Dezernenten nicht vom Kreistag gewählt, sondern vom Landrat bestimmt. Die Einführung von gewählten Kreisbeigeordneten war in der letzten Regierungszeit von Rot-Grün mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP zwar bereits beschlossen worden, allerdings ist dieses Gesetz von der derzeitigen schwarz-gelben Koalition wieder abgeschafft worden, bevor es überhaupt in Kraft getreten ist.

WP-5-547 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum:	08.11.2021

Text

Von Zeile 547 bis 552:
Unsere Gerichte und Staatsanwaltschaften kämpfen schon jetzt mit ~~dem Fachkräftemangel~~einem eklatanten Personalmangel. In den nächsten Jahren werden überdurchschnittlich viele Richter*innen und Staatsanwält*innen in Pension gehen. Dem IT-Betrieb der Justiz gelingt es nicht, seinen Personalbedarf an Fachkräften zu decken, weshalb die Digitalisierung der Justiz in Gefahr ist. Darauf müssen wir frühzeitig reagieren. Deshalb benötigen wir moderne, flexiblere und familienfreundlichere Strukturen, die insbesondere für Frauen die Tätigkeit in der Justiz – auch und vor allem in Führungspositionen - attraktiver machen. Die Justiz muss zudem ein besonderes Augenmerk darauf richten, die Vielfalt der Bevölkerung in Ihren Reihen abzudecken. Bei der Auswahl von Justizbediensteten, Richter*innen und Staatsanwält*innen darf eine Migrationsgeschichte oder eine andere Vielfaltsdimension nicht als Hindernis betrachtet werden. Momentan ist die Justiz mit zu vielen Aufgaben betraut. Dadurch dauern Verfahren viel zu lang. Um die

Begründung

Auch die Staatsanwaltschaften sind in den Blick zu nehmen.

In der Justiz wirkt der Begriff „Fachkräftemangel“ fremd, da die Justiz keine Fachkräfte im herkömmlichen Sinn beschäftigt.

Die Justiz ist bereits weiblich: Mehr als 70 % der neu eingestellten Richter*innen im Bezirk des OLG Hamm sind z.B. Frauen. Der Gesamtanteil in der R1-Besoldung liegt inzwischen bei mindestens 50 %. Vor allem in den leitenden Positionen besteht aber noch eine erhebliche Unterrepräsentation.

Das Vielfaltsstatut darf sich nicht nur bei der Polizei und im Verhalten gegenüber Bürger*innen niederschlagen, sondern muss auch bei der Besetzung von Stellen in der öffentlichen Verwaltung – hier der Justiz – berücksichtigt werden. Noch immer sind Menschen mit Migrationsgeschichte, aus queerem Kontext, mit körperlichen oder geistig-seelischen Herausforderungen oder sonstigen Vielfaltsdimensionen in allen Bereichen der Justiz massiv unterrepräsentiert.

WP-5-104 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum: 08.11.2021

Text

Von Zeile 104 bis 106 einfügen:
gleichberechtigte Beteiligung verhindert haben. Wir richten das politische Ehrenamt und die gesellschaftlichen Rahmenbedingunge so aus, dass jede*r unabhängig von Schulabschluss, Einkommen oder individueller Lebenssituation sich aktiv am politischen Prozess beteiligen kann.

Begründung

Der jetzige Satz zur Ermöglichung ehrenamtlichen Engagements klingt erstmal sehr gut. Menschen sollen sich unabhängig vom Einkommen und anderen Faktoren gesellschaftlich engagieren können. Bravo!

Dafür soll das Ehrenamt entsprechend "ausgerichtet" werden. Aber es sind doch nicht die formalen Rahmenbedingungen des Ehrenamtes, die alleinerziehende Mütter oder Niedrigverdienende abhält sich zu engagieren, sondern die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Das sollten wir auch so offen sagen, statt uns der Illusion hinzugeben, dass wir nur ein bisschen an den Stellschrauben des Ehrenamtes ändern müssen.

WP-5-127 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum:	08.11.2021

Text

Von Zeile 127 bis 129:
Verbänden, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Organisationen eine entscheidende Rolle, nicht zuletzt ein verlässlicher Status der Gemeinnützigkeit. ~~[Leerzeichen]~~

Begründung

Nicht erst seit der Causa "attac" wissen wir, wie wichtig der steuerliche Status der Gemeinnützigkeit für zivilgesellschaftliche Organisationen ist. Auch diesbezüglich brauchen NGOs Verlässlichkeit. Die Gemeinnützigkeit darf nicht als politisches Druckmittel instrumentalisiert werden.

WP-5-703 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum:	08.11.2021

Text

Von Zeile 703 bis 705:
werden wir den Übergang vom Strafvollzug in die Freiheit besser organisieren, so dass ehemalige Straftäter*innen ~~besser Fuß fassen können~~nicht arbeits- oder obdachlos werden und die nötige Unterstützung ~~beispielsweise durch Sozialarbeiter*innen erhalten~~erhalten, um gesellschaftlich Fuß zu fassen..

Begründung

Strafvollzug dient vor allem der Resozialisierung. Deshalb kommt dem Übergangsmanagement aus dem Strafvollzug eine besonders große Bedeutung zu. Wenn in dieser sensiblen Phase die Weichen falsch gestellt werden, kann der Resozialisierungserfolg massiv gefährdet werden. Insbesondere wenn Menschen keine Wohnung finden und in Arbeitslosigkeit abrutschen, droht eine erneute Strafffälligkeit.

Die jetzige Formulierung ist deshalb viel zu allgemein und drückt nicht aus, was wir tatsächlich gegenüber dem Ist-Zustand verändern wollen. Denn schon jetzt gibt es natürlich Hilfe, aber eben nicht in ausreichendem Maße.

WP-5-9 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum: 08.11.2021

Text

Von Zeile 9 bis 11:
über ihre Zukunft mitentscheiden, statt nur vom Spielfeldrand zuzuschauen – deshalb senken wir das Wahlalter ~~auf 16 Jahre~~deutlich ab. Frauen steht die Hälfte der Macht in unserem Land zu, auch in unseren Parlamenten. Und unser Wahlrecht kann

Begründung

Nach langer Debatte auf der Grundsatzprogramm BDK 2020 haben wir uns beim Thema Wahlrecht auf eine neue Linie festgelegt: Wir wollen das Wahlalter "deutlich" und perspektivisch auf unter 16 Jahre absenken. Diese Kompromisslinie sollte sich auch im NRW-Wahlprogramm widerspiegeln.

Zudem wollen wir ja nur das aktive Wahlrecht absenken, das sollte klargestellt werden!

Deshalb schlägt die LAG Demokratie und Recht kleine Textänderungen an zwei Stellen vor:

1. In Zeile 8 "deutlich" statt "auf 16 Jahre"

2. In Zeile 86ff ergänzt um "aktives" und "in einem ersten Schritt"

Da es technisch nicht möglich ist, an zwei Absätzen zugleich Änderungsanträge einzureichen, gibt es nun zwei separate, die aber als Einheit beraten und ggf. abgestimmt werden sollren.

WP-5-85 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum: 08.11.2021

Text

Von Zeile 85 bis 88 einfügen:
Jugendliche haben das Recht, über die Welt, in der sie leben und über ihre Zukunft mitzuentscheiden. Wir werden das aktive Wahlalter für die Landtagswahlen deshalb in einem ersten Schritt auf 16 Jahre senken. So erreichen wir auch, dass alle politischen Akteure die Belange der Jugendlichen besser in den Blick nehmen. Kinderrechte

Begründung

Nach langer Debatte auf der Grundsatzprogramm BDK 2020 haben wir uns beim Thema Wahlrecht auf eine neue Linie festgelegt: Wir wollen das Wahlalter "deutlich" und perspektivisch auf unter 16 Jahre absenken. Diese Kompromisslinie sollte sich auch im NRW-Wahlprogramm widerspiegeln.

Zudem wollen wir ja nur das aktive Wahlrecht absenken, das sollte klargestellt werden!

Deshalb schlägt die LAG Demokratie und Recht kleine Textänderungen an zwei Stellen vor:

1. In Zeile 8 "deutlich" statt "auf 16 Jahre"

2. In Zeile 86ff ergänzt um "aktive" und "in einem ersten Schritt"

Da es technisch nicht möglich ist, an zwei Absätzen zugleich Änderungsanträge einzureichen, gibt es nun zwei separate, die aber als Einheit beraten und ggf. abgestimmt werden sollten.

WP-5-996 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Landesvorstand
Beschlussdatum: 12.11.2021

Text

Von Zeile 996 bis 998:
dauerhaften Kulturförderung gehören können. Über eine Gagenuntergrenze für öffentliche Theater für Solo-~~Selbstständige~~Beschäftigte auf und hinter der Bühne verbessern wir außerdem die Arbeitsbedingungen von Künstler*innen.

WP-5-397 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Säkulare
Beschlussdatum: 13.11.2021

Text

Von Zeile 397 bis 399 einfügen:
wollen wir erhalten und wo nötig weiterentwickeln, denn der Staat muss selbst grundsätzlich weltanschaulich neutral handeln. Daher verbietet sich die "Ehrfurcht vor Gott" als allgemeines Bildungsziel. So plädieren wir für eine Novelle des Feiertagsgesetzes, die an „stillen“ Feiertagen das bestehende, generelle

WP-5-402 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Säkulare
Beschlussdatum: 13.11.2021

Text

Von Zeile 402 bis 404 einfügen:
sowohl in der Schule wie auch im Arbeitsleben. Wir unterstützen das Anliegen, die Kirchenaustrittsgebühr und mit dem Austritt einhergehende bürokratische Hürden abzuschaffen und im Dialog mit den Kirchen dem Auftrag des Grundgesetzes endlich nachzukommen und die altrechtlichen

WP-5-402-1 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Säkulare
Beschlussdatum: 13.11.2021

Text

Von Zeile 402 bis 404 löschen:
sowohl in der Schule wie auch im Arbeitsleben. Wir unterstützen das Anliegen, die Kirchenaustrittsgebühr abzuschaffen und ~~im Dialog mit den Kirchen~~ dem Auftrag des Grundgesetzes endlich nachzukommen und die altrechtlichen

Begründung

Derartige Gespräche gehören in die Mitte der Gesellschaft.

WP-5-400 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Säkulare
Beschlussdatum: 13.11.2021

Text

Von Zeile 400 bis 402:
Verbot von Kultur- und Tanzveranstaltungen begrenzt. Außerdem wollen wir, dass ~~Angehörigen religiöser Minderheiten~~Allen ein individueller Feiertag im Rahmen der bestehenden Urlaubsregelungen ermöglicht wird – sowohl in der Schule wie auch im Arbeitsleben. Wir unterstützen das Anliegen,

Begründung

Dies würde auch nicht-religiöse Feiertage wie bspw. kulturelle Feste (Neujahrstage) beinhalten. Dies sichert die Gleichberechtigung aller Menschen hierzulande.

WP-5-742 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum: 15.11.2021

Text

Von Zeile 742 bis 743 einfügen:
Einführung einer individualisierten und anonymisierten Kennzeichnung unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Beamt*innen an.[Zeilenumbruch]

Polizeirecht verfassungsfest ausgestalten

Polizei und Bürger*innen brauchen einfach verständliche und verfassungsfeste Rechtsgrundlagen. Grundrechtseingriffe müssen auf das unbedingt Erforderliche beschränkt werden. Weitreichende, aber begrifflich unscharfe Eingriffsbefugnisse helfen auch den in schwierigen Situationen handelnden Polizeibeamt*innen nicht. Deshalb wollen wir die Polizeirechtsverschärfungen aus dem Jahr 2018 korrigieren und die Polizeiarbeit damit auf eine effektive, aber grundrechtssensible Basis stellen. Präventive Freiheitseingriffe ohne eine konkrete Gefahrenlage lehnen wir ab. Vorbeugende Ingewahrsamnahmen wollen wir auf eine Dauer von 48 Stunden begrenzen und den Betroffenen einen Rechtsbeistand beiordnen. Anlassunabhängige Kontrollen werden wir abschaffen; kontrollierte Personen sollen zukünftig eine schriftliche Bestätigung (sog. Kontrollquittung) erhalten, mit der sie die Begründung der Maßnahme später überprüfen lassen können.

WP-5-949 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum: 15.11.2021

Text

Von Zeile 949 bis 952 einfügen:
Demokratie. Wenn sie gefälscht und manipuliert werden, ist das ein Angriff auf unsere freie Gesellschaft und kann zudem Menschenleben kosten, wie wir in dieser Pandemie erleben. Gerade das Internet und die sozialen Medien beinhalten beides und bedürfen stärkerer Selbstkontrolle und Regulierung. Deshalb ist es auch so wichtig, dass alle Bürger*innen in NRW lernen, kompetent mit Informationen und Medien umzugehen – von klein auf, bis

Von Zeile 961 bis 965:
oder gesellschaftliche Willensbildung hier zu beeinflussen. Demokratiefeindlichen, desinformierenden und hetzerischen Inhalten schieben wir einen Riegel vor. ~~Dafür müssen~~Indem wir nicht nur Medienkompetenz und Faktenchecks fördern, sondern auch
das Recht auf Gegendarstellung ausweiten, eine konsequente Strafverfolgung sicherstellen und unsere Sicherheitsbehörden entsprechend sensibilisier~~t~~en und ~~ausgestattet sein~~ausstatten. Gleichzeitig setzen wir uns für eine deutliche Wiederausweitung des mehrsprachigen Angebots des WDR ein, so dass unabhängige

Begründung

Verschwörungstheorien und das bewusste Verbreiten von Falschnachrichten sind neben Rechtsextremismus eine der großen Bedrohungen unserer Demokratie. Das sehen inzwischen auch einige Verfassungsschutzbehörden so, u.a. im Hinblick auf die stark aus dem Ausland gesteuerte Desinformationskampagne gegen Annalena Baerbock.

Wenn sich eine Gesellschaft überspitzt gesagt nicht mehr darauf einigen kann, ob Himmel blau und Rasen wirklich grün ist, besteht keine gemeinsame Grundlage mehr für demokratische Diskurse. Donald Trump hat es vorgemacht und dabei vor allem die Gleichgültigkeit sozialer Netzwerke ausgenutzt. Deshalb gehört natürlich auch ein Halbsatz zur stärkeren Selbstkontrolle und Regulierung von Facebook & Co. in den Text. Es reicht nicht immer wieder „Bitte, bitte“ bei Mark Zuckerberg zu sagen. Es muss sich was tun!

Aber Falschinformationen gefährden nicht nur unsere Demokratie, sie gefährden auch ganz konkret Menschenleben, wie uns in dieser Pandemie schmerzlich bewusst wird. Wie viele unserer Mitbürger*innen könnten noch leben, wenn sie keinen Verschwörungstheorien aufgesessen wären?!

Doch Medien und Politik gehen recht hilflos mit dem Thema um und nur mit dem Ausbau von Medienkompetenz, so wichtig dies ist, werden wir dem Phänomen nicht Herr werden können.

Während eine mögliche Strafbarkeit des bewussten Verbreitens von Falschinformationen Bundesangelegenheit ist, fällt die Strafverfolgung z.B. von Beleidigung, übler Nachrede und Verleumdung in Landeskompetenz, ebenso wie zivilgesellschaftliche Gegendarstellungsansprüche, die in Artikel 7 des Landespressegesetzes geregelt sind und viele digitale Verbreitungswege nicht abdecken. Deshalb müssen wir Polizei, Justiz und andere Landesbehörden dafür sensibilisieren, dass Hass, Hetze und Falschinformation keine Kavaliersdelikte sind. Sie müssen ausreichend ausgestattet sein, um solche Delikte zu verfolgen.

WP-5-533 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Landesvorstand
Beschlussdatum: 12.11.2021

Text

Von Zeile 533 bis 535:
nutzen. Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass Abschiebehindernisse gewahrt bleiben und besonders zu schützende Personengruppen wie ~~Sinti*zze und Rom*ja~~Rom*nja und wegen Gewalt gefährdete Frauen vor einer Abschiebung in Unrechtsregime und

WP-5-77-1 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum: 15.11.2021

Text

Von Zeile 77 bis 82:
eine Sache einsetzen zu können ist ein sehr wichtiger Bestandteil unserer Demokratie. ~~Wir wollen ein Versammlungsrecht, das Versammlungen in NRW ermöglicht und schützt und nicht erschwert und bei dem es für jede*n unbürokratisch möglich ist Versammlungen anzumelden und rechtssicher durchzuführen. Der Schutz der persönlichen Daten darf auch bei Demonstrierenden nicht weiter beschnitten werden.~~

Wir wollen ein Versammlungsrecht, das Versammlungen in NRW ermöglicht und schützt. Es soll für jede*n unbürokratisch möglich sein, Versammlungen anzumelden und rechtssicher durchzuführen. Auch das Recht auf hör- und sichtbare Gegendemonstrationen schützen wir. Der Schutz der persönlichen Daten ist bei Versammlungen von besonders großer Bedeutung. Eine Befugnis zur Anfertigung von Videoaufnahmen, die über das Versammlungsgesetz des Bundes hinausgeht, lehnen wir ab. Jegliche Form der Datenerhebung hat offen zu erfolgen. Wir orientieren uns an vielen anderen Ländern und wandeln – wo angemessen – Straftatbestände des Bundesgesetzes in Ordnungswidrigkeiten um, wie etwa beim Vermummungsverbot. Die von der Landesregierung betriebene Kriminalisierung der Klimagerechtigkeitsbewegung lehnen wir ab.

WP-5-589 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum: 15.11.2021

Text

Von Zeile 589 bis 591 einfügen:
bei zusätzlich geschaffenen Stellen sollten die Fachdienste im psychologischen, pädagogischen, seelsorgerischen und medizinischen Bereich bilden. Außerdem ist die enge Einbeziehung der Freien Träger der Straffälligenhilfe in den Bereichen Haft und Übergangsmanagement ein wichtiger Bestandteil für Erfolge bei der Resozialisierung der Inhaftierten.Laut Gesetz haben Inhaftierte Anspruch auf eine humane Unterbringung. Der jetzige, oft

Begründung

Die Freien Träger der Straffälligenhilfe müssen an dieser Stelle unbedingt genannt werden. Sie leisten einen bedeuteten Beitrag zum Übergangsmanagement, zur Resozialisierung und damit auch zur Prävention von Straftaten. Wir verzichten an dieser Stelle auf weitergehende Forderungen bzgl. der Finanzierung, örtlichen Nähe und der Angebote vor Ort. Doch die Benennung dieser wichtigen Akteure halten wir für unverzichtbar.

WP-5-855 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum:	15.11.2021

Text

Von Zeile 855 bis 857 einfügen:
dabei einen klaren Fokus auf gewaltbereite Bestrebungen legen. Auf diesen Kern seiner Tätigkeit werden wir ihn beschränken. Den Einsatz von besonders grundrechtsproblematischen Befugnissen wie Staatstrojanern zur Überwachung elektronischer Geräte, die die IT-Sicherheit aller Bürger*innen gefährden, lehnen wir ab. Wir gründen ein Forschungsnetzwerk, zur Erforschung und Dokumentation von Strukturen und Zusammenhängen von

WP-5-1063 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Ulrich Burmeister (KV Bielefeld)

Text

Von Zeile 1063 bis 1065 einfügen:
halten und aus dieser Erinnerung heraus für unsere Demokratie und unsere gesellschaftlichen Freiheiten einzutreten.Wir werden uns weiterhin für die Realisierung der geplanten national bedeutsamen Gedenkstätte STALAG 326 in Schloss Holte-Stukenbrock einsetzen, in der der Versklavung und Vernichtung von Hunderttausenden sowjetischer Kriegsgefangener durch das NS Regime und die Deutsche Wehrmacht gedacht werden soll. Es gibt nur noch sehr wenige Zeitzeugen, die von ihren Erlebnissen berichten können und längst nicht jede

Begründung

Die auch von Grünen unterstützte Schaffung einer "Gedenkstätte von nationaler und internationaler Bedeutung" für das ehemalige Stalag 326 bedarf einer engagierten Unterstützung auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. Sie sollte deshalb auch expliziter Bestandteil des Koalitionsvertrages einer neuen Landesregierung werden.

Unterstützer*innen

Sebastian Stölting (KV Gütersloh); Anke Schmidt (KV Bielefeld); Silvia Bose (KV Bielefeld); Cim Kartal (KV Bielefeld); Klaus Rees (KV Bielefeld); Alexander Horstmann (KV Bielefeld); Christina Osei (KV Bielefeld); Helga Boldt (KV Bielefeld); Rainer Kronshage (KV Bielefeld); Doris Kuhlmann (KV Bielefeld)

WP-5-465 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Queer
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Nach Zeile 465 einfügen:
Um die langfristige Absicherung von Akteur*innen zu sichern und neue zu fördern werden wir GRÜNEN uns für einen queeren Fördertopf des Landes NRW für Einrichtungen, Vereine und Verbänden der Community einsetzen. Dieser soll die Vielfältigkeit unserer Gesellschaft fördern und die Community langfristig krisenfest absichern.

Begründung

Erfolgt mündlich

WP-5-458 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Queer
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Von Zeile 458 bis 465:
den „Aktionsplan für queeres Leben“ weiterentwickeln. Er sorgt für Gleichstellung durch Aufklärung, Bildung und Schutz~~. Wir bauen das Angebot von Beratung, Koordination, Kinder- und Jugendarbeit und Selbsthilfegruppen aus und stärken es. Insbesondere auch jenseits der großen Städte wollen wir Angebote schaffen und bestehende finanziell absichern. Außerdem legen wir ein wirksames Konzept für die Bekämpfung von Hasskriminalität vor. Dazu gehören fachlich qualifizierte und lokal verankerte Kontaktstellen für LSBTIQ*, die Opfer von Hasskriminalität und Gewalt geworden sind.~~

, soll in allen Ministerien umgesetzt und als Querschnittaufgabe dauerhaft verankert werden.Wir bauen das Angebot von Beratung, Koordination, Kinder- und Jugendarbeit und Selbsthilfegruppen aus und stärken es. Insbesondere auch jenseits der großen Städte wollen wir Angebote schaffen und bestehende finanziell absichern. Außerdem legen wir ein wirksames Konzept für die Bekämpfung von Hasskriminalität vor. Dazu gehören fachlich qualifizierte und lokal verankerte Kontaktstellen für LSBTIQ*, die Opfer von Hasskriminalität und Gewalt geworden sind.

Begründung

Erfolgt mündlich

WP-5-448 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Queer
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Nach Zeile 448 einfügen:
Wir bauen das Angebot von niedrigschwelliger und intersektionaler Beratung, Koordination, Kinder-, Jugend- und Senior*innenarbeit, psychosozialer Beratung und Selbsthilfegruppen aus und stärken es.

Von Zeile 458 bis 462 löschen:
den „Aktionsplan für queeres Leben“ weiterentwickeln. Er sorgt für Gleichstellung durch Aufklärung, Bildung und Schutz. ~~Wir bauen das Angebot von Beratung, Koordination, Kinder- und Jugendarbeit und Selbsthilfegruppen aus und stärken es.~~ Insbesondere auch jenseits der großen Städte wollen wir Angebote schaffen und bestehende finanziell absichern. Außerdem legen wir ein wirksames

WP-5-465-1 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Queer
Beschlussdatum:	20.11.2021

Text

Nach Zeile 465 einfügen:
Die Geschichte der Diskriminierung und Verfolgung queerer Menschen in unserem Land werden wir aufarbeiten, Opfer entschädigen und Orte der Erinnerung schaffen. Auf Bundesebene werden wir uns als Land konsequent für die Rechte queerer Menschen einsetzen und uns z.B. für ein Selbstbestimmungsgesetz und gegen das Blutspendeverbot von Menschen aus der queeren Community stark machen.

Begründung

Erfolgt mündlich

WP-5-544 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Queer
Beschlussdatum:	20.11.2021

Text

Nach Zeile 544 einfügen:
Für queere Geflüchtete ist Mehrfachdiskriminierung Alltag. Sie werden mit rassistischer Diskriminierung und Gewalt konfrontiert und erleben Ablehnung aufgrund ihrer sexuellen, romantischen Orientierung oder geschlechtlichen Identität. Deshalb gestalten wir Integration grundsätzlich queerinklusiv.

WP-5-744 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Queer
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

In Zeile 744 einfügen:

Gemeinsam gegen Rassismus und Queerfeindlichkeit in der Polizei

WP-5-675 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Queer
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Nach Zeile 675 einfügen:
Hasskriminalität an LSBTIQ* muss konsequent verfolgt und in der Statistik gesondert ausgewiesen werden. Die Bearbeitung von solchen Fällen muss in der Justiz durch geschultes und sensibilisiertes Personal in Schwerpunktstaatsanwaltschaften erfolgen.

WP-5-752 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Queer
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Von Zeile 752 bis 754 einfügen:
Regelungen zur Rotation. Zudem wollen wir verpflichtende Fortbildungen zum Themenfeld Rechtsextremismus und Rassismus und zur Sensibilisierung zu LSBTIQ*-Themen und Hassverbrechen einführen und die Meldung von Hinweisen erleichtern. Führungskräfte müssen besser qualifiziert und

WP-5-758 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Queer
Beschlussdatum:	20.11.2021

Text

Nach Zeile 758 einfügen:
Bei der Polizei wird eine zentrale Ansprechstelle für LSBTIQ*-Themen eingerichtet. Die Ansprechpersonen sind sowohl für Bürger:innen als auch für Menschen im Polizeidienst zuständig.

Begründung

Erfolgt mündlich

WP-5-506 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Queer
Beschlussdatum:	20.11.2021

Text

Von Zeile 506 bis 508:
brauchen Menschen mit einer Fluchtgeschichte Ruhe und Privatsphäre in geschützten Räumen, wo sie ankommen und sich sicher fühlen können.~~[Leerzeichen]~~

Wir schaffen Schutzräume für Frauen, Kinder und queere Geflüchtete.

WP-5-457 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Queer
Beschlussdatum:	20.11.2021

Text

Von Zeile 457 bis 459 einfügen:
Wir stärken queeres Leben und die Vielfalt unserer Zivilgesellschaft, indem wir den „Aktionsplan für queeres Leben“ weiterentwickeln und konsequent umsetzen. Er sorgt für Gleichstellung durch Aufklärung, Bildung und Schutz. Wir bauen das Angebot von

Begründung

Erfolgt mündlich

WP-5-449 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Queer
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Von Zeile 449 bis 451:
Wir streiten seit unserer Gründung dafür, dass Lesben, Schwule, ~~Bisexuelle, Trans*, Inter*~~ bisexuelle,trans*, inter*, nicht binäre und queere Menschen (LSBTIQ*) in NRW selbstbestimmt, ohne Ausgrenzung und Angst leben können. Vielfalt ist gelebter Alltag in unserem Land

Begründung

trans* und inter* Menschen statt Trans*-Menschen und Inter*-Menschen aus den bekannten Gründen.(Es gibt auch keine Schwul-Menschen und Blauaug-Menschen; Trans-Menschen othert und insinuiert eine andere Art Mensch, dabei ist es eine einzelne Eigenschaft und als Adjektiv zu verwenden.)

nicht binäre Menschen gesondert nennen, denn sie werden zu oft unsichtbar gemacht.

WP-5-533-1 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Queer
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Von Zeile 533 bis 535 einfügen:
nutzen. Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass Abschiebehindernisse gewahrt bleiben und besonders zu schützende Personengruppen wie Sinti*zze und Rom*ja, LSBTIQ* und wegen Gewalt gefährdete Frauen vor einer Abschiebung in Unrechtsregime und

Begründung

Erfolgt mündlich

WP-5-55 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Migration und Flucht
Beschlussdatum:	20.11.2021

Text

Von Zeile 55 bis 57:
Demokratie lebt vom Mitmachen! Beteiligung hilft uns, Lösungen zu finden, die von allen mitgetragen werden. Sie kann politische Entscheidungen ~~verbessern~~optimieren, weil die Alltagserfahrung und das Wissen der Bürger*innen einfließen. Das ist

WP-5-268 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Migration und Flucht
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Von Zeile 268 bis 269 einfügen:
und Museum über die Migration in Deutschland (DoMiD e.V.) leistet dafür einen wichtigen Beitrag, was wir auch in Zukunft unterstützen werden. Wir möchten außerdem weitere Einrichtungen, die sich mit der Geschichte der Migration in NRW befassen, stärken.

WP-5-278 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Migration und Flucht
Beschlussdatum:	20.11.2021

Text

Von Zeile 278 bis 282 einfügen:
breiter zu fassen und auch die deutsche Kolonialgeschichte und ihre Folgen systematisch aufzuarbeiten. Hierzu wollen wir ein maßnahmengestütztes Konzept entwickeln, das sowohl die historische Aufarbeitung der Verantwortung in NRW als auch eine Auseinandersetzung mit dem Thema in Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie in Stadt-Quartieren umfasst. Dabei ist es wichtig, auch in den Blick zu nehmen, welche wirtschaftliche Wertschöpfung auch heute noch aus dem kolonialistischen Unrecht gezogen wird

WP-5-285 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Migration und Flucht
Beschlussdatum:	20.11.2021

Text

Von Zeile 285 bis 286:
Jeder Mensch ist ~~anders~~unterschiedlich, das macht unser Zusammenleben interessant und dynamisch. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich alle Menschen mit

Von Zeile 296 bis 297 einfügen:
Stereotype und Vorurteile – bewusst oder unbewusst – wider. Diesen strukturellen Benachteiligungen werden wir mit mehreren Maßnahmen auf allen Ebenen entgegenwirken.

WP-5-306 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Migration und Flucht
Beschlussdatum:	20.11.2021

Text

Von Zeile 306 bis 310 einfügen:
Gleichzeitig braucht es ein engmaschiges und niedrigschwelliges Unterstützungs- und Beratungsnetz für alle Formen von Diskriminierung. Die bisherigen Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit wollen wir deshalb flächendeckend ausbauen. Eine Landesantidiskriminierungsstelle vertritt diese Servicestellen auf Landesebene, übernimmt eine Ombudsfunktion und schafft innovative Wege, um die Bevölkerung über Diskriminierungsformen

WP-5-318 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Migration und Flucht
Beschlussdatum:	20.11.2021

Text

Von Zeile 318 bis 319 einfügen:
oder um Wohngeld geht, der Gang zum Amt sollte für Jede*n gleichermaßen zugänglich, verbindlich und verständlich sein. Dabei ist uns wichtig, dass bei verschiedenen Anliegen genug personelle Ressourcen vorhanden sind, um auch komplexe Anliegen zu bearbeiten und gemeinsame Lösungen zu finden.

WP-5-324 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Migration und Flucht
Beschlussdatum:	20.11.2021

Text

Von Zeile 324 bis 326:
Weiterbildungsmaßnahmen, die internationale Menschenrechte, Interkulturalität und Antidiskriminierung beinhalten und schreiben rassismuskritische Bildungsarbeit und Antidiskriminierungstrainings als verpflichtende Schulungen im Öffentlichen Dienst fest. ~~[Leerzeichen]~~Mehrsprachigkeit in Behörden, bei der Polizei und in Notdiensten bauen wir aus, egal, ob der Kontakt online,

WP-5-330 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Migration und Flucht
Beschlussdatum:	20.11.2021

Text

Von Zeile 330 bis 331 einfügen:
Auch sollten sich Führungskräfte mit internationaler Biographie in den Verwaltungen stärker miteinander vernetzen können. Außerdem sollte sichergestellt sein, dass es ausreichende Sanktionsmöglichkeiten gibt, wenn Bedienstete und Beschäftigte des Landes rechtsextremes und menschenverachtendes Handeln an den Tag legen.

WP-5-489 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Migration und Flucht
Beschlussdatum:	20.11.2021

Text

Von Zeile 489 bis 492:
Engagement von zivilen Seenotretter*innen. Sie springen dort ein und retten Menschenleben, wo die Institutionen der Europäischen Union versagen. Wir ~~stehen an der Seite der~~unterstützen die zahlreichen Kommunen in NRW, die Geflüchteten in Not einen Sicheren Hafen bieten. Mit einem eigenen Landesaufnahmeprogramm wollen wir diese

WP-5-504 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Migration und Flucht
Beschlussdatum:	20.11.2021

Text

Von Zeile 504 bis 506:
wir ab. Wir müssen weg von übergroßen und isolierten Einrichtungen hin zu dezentralen und kleineren Wohneinheiten. Denn gerade ~~in den ersten Wochen~~zu Beginn brauchen Menschen mit einer Fluchtgeschichte Ruhe und Privatsphäre in

WP-5-515 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Migration und Flucht
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Von Zeile 515 bis 517 einfügen:
Eine qualitativ hochwertige Flüchtlings- und Integrationspolitik gelingt nur im Schulterschluss mit den Kommunen. Wir wollen daher den Austausch zwischen den Kommunen, etwa den Kommunalen Integrationszentren und Akteuren der kreisangehörigen Gemeinden und Städte und dem Land in diesem Bereich ausbauen und die Kommunen dabei unterstützen, gemeinsam verbindliche Standards für Flüchtlingsunterkünfte zu entwickeln, die

WP-5-515-1 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Migration und Flucht
Beschlussdatum:	20.11.2021

Text

Von Zeile 515 bis 516:
Eine ~~qualitativ hochwertige~~gute Flüchtlings- und Integrationspolitik gelingt nur im Schulterschluss mit den Kommunen. Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen,

WP-5-519 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Migration und Flucht
Beschlussdatum:	20.11.2021

Text

Von Zeile 519 bis 520 einfügen:
hier zu unterstützen, erhöhen wir die Pauschale im Flüchtlingsaufnahmegesetz, die keine Unterscheidung zwischen Asylbewerber*innen und Geduldeten macht, sodass die Kosten für die Kommunen angemessen sind.

WP-5-532 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Migration und Flucht
Beschlussdatum:	20.11.2021

Text

Von Zeile 532 bis 534 einfügen:
und ebenso die Spielräume für Bleibeperspektiven für Geduldete weitreichend nutzen. Dieses Modell setzt auf individuelle und aktive Beratung sowie Zusammenarbeit mit den Klient*innen. Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass Abschiebehindernisse gewahrt bleiben und besonders zu schützende Personengruppen wie Sinti*zze und Rom*ja und

WP-5-631 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Migration und Flucht
Beschlussdatum:	20.11.2021

Text

Von Zeile 631 bis 634:
sich Hass und Hetze entgegenstellen. Wir werden außerdem die Zentral- und Ansprechstelle „Cybercrime“ ~~auf den~~im Bereich ~~der~~ "Hate-Speech" ~~erweitern~~stärken und ~~so~~ eine ~~zentrale und kompetente~~gut ausgestattete Strafverfolgungsbehörde gegen "Hate-Speech" ~~aufbauen~~weiter ausbauen..

WP-5-800 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Migration und Flucht
Beschlussdatum:	20.11.2021

Text

Von Zeile 800 bis 802:
Wir schließen einen Vertrag für die Demokratie: Die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus, insbesondere gegen Rom*nja und ~~Rassismus~~Sinti*zze, Musli*innen, Schwarze Menschen und asiatisch gelesene Personen, und Antisemitismus kann nur gemeinsam mit der demokratischen Zivilgesellschaft gelingen. Wir wollen die Zivilgesellschaft durch einen

WP-5-979 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Kultur
Beschlussdatum: 13.11.2021

Text

Von Zeile 979 bis 982:
bessere und verlässliche Kulturförderung stärken wir außerdem die Finanzen der Städte, Gemeinden und Kreise. . Denn ~~sie sind wichtige Geldgeber für~~Kulturförderung findet hauptsächlich auf kommunaler Eben statt Um dies weiterhin nachhaltig leisten zu können, werden die ~~Kultur vor Ort~~Kommunen stärker unterstützt. Mittelfristig entwickeln wir die Förderlandschaft des Landes weiter und machen sie krisenfest. Dafür untersuchen wir die Förderstrukturen und beziehen

WP-5-1006 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Kultur
Beschlussdatum: 13.11.2021

Text

Von Zeile 1006 bis 1008 einfügen:
sich für solche kulturellen Projekte oder Zwischennutzungen. Dafür machen wir den Weg frei. Wir werden NRW Urban und den Bau - und Liegenschaftsbetrieb NRW dafür in die Pflicht nehmen, mit den Kommunen zu kooperieren. Wir passen die Anforderungen zum Lärmschutz so an, dass zwischen dem berechtigten Ruheinteresse von Anwohner*innen und den Anforderungen an

Begründung

BRW Urban und der Bau - und Liegenschaftsbetireb NRW agieren häufig an den Kommunen vorbei, veräußern an Dritte , statt an Kommunen etc (z.B. Otto Langen Quartier in Köln). Dies darf so nicht sein - denn es geht letztlich immer um dieselben Steuergelder und ein kreatives für alle Seiten gewinnbringendes fruchtbares Zusammenspiel

WP-5-1004 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Kultur
Beschlussdatum: 13.11.2021

Text

Von Zeile 1004 bis 1006 einfügen:
leerstehender Gebäude ermöglichen wollen, etwa durch die Übernahme von Versicherungen. Kulturraumschutz ist häufig eine Sache der Kommunen.Wir unterstützen die Kommunen finanziell in der Organisation von Reallaboren, in denen Visionen für die Entwicklung konkreter Maßnahmen entwickelt werden, um der Kultur gegenüber dem hohen Wohnnutzungsdruck, sowie dem Vorhalten von Industrie - und Gewerbeflächen ihren Raum zu ermöglichen und werden entsprechende Fördermöglichkeiten entwickeln.Auch Landesgebäude und freistehende Flächen des Landes eignen sich für solche kulturellen Projekte oder Zwischennutzungen. Dafür machen wir

WP-5-1020 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Kultur
Beschlussdatum: 13.11.2021

Text

Von Zeile 1020 bis 1022 einfügen:
auch „JeKits – Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen“ klug und modern weiterentwickeln. Wir werden die Förderangebote bedarfsgerecht, bürokratie - und barriereärmer gestalten.Wir wollen die musischen Fächer in den Schulen wieder stärken, Theater-, Museums- und Konzertbesuch sollten künftig auch zum schulischen Kanon

Begründung

Derzeit greifen viele Förderangebote nicht und können den Bedarf vor Ort nicht bedarfsorientiert abdecken. Daher brauchen wir andere , bzw anders gestaltete Förderinstrumente. Dies ist wichtig, damit kulturelle Bildung vor Ort auch tatsächlich gelingen kann. Es gehört auch dazu, Angebote nicht nur projektorientiert, sondern auch über längere Zeiträume gestalten zu können.

Derzeit scheitern Projekte und gute Ideen an finanzieller Unterstützung. Oder es wird ein Angebot kultureller Bildung aufgebaut, das dann mit Auslaufen des Projektes nicht länger aufrecht erhalten werden kann.

WP-5-1028 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Kultur
Beschlussdatum: 13.11.2021

Text

Von Zeile 1028 bis 1029 einfügen:
Freier Szene und öffentlichen Kultureinrichtungen sollen verstärkt gefördert werden. Wir werden wie es andere Länder wie z.B.Frankreichs bereits praktizieren, einen Kulturpass für Jugendliche und junge Erwachsene erproben.

Begründung

Es geht um niederschwellige kulturelle Teilhabe. Mit dem Kulturpass können nicht nur Veranstaltungen bsucht, sondern auch Materialien für eigene kulturelle Projekte und Aktivitäten erworben werden

WP-5-973 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Kultur
Beschlussdatum:	13.11.2021

Text

Von Zeile 973 bis 975 einfügen:
Kulturpolitik. Wir geben Nordrhein-Westfalens einmaliger Kulturlandschaft Sicherheit und stehen für ihren Erhalt und Ausbau. Wir Grüne setzen und auch künftig für eine deutliche Erhöhung der Kulturförderung im Land ein. Unser Ziel ist, dass die NRW-Kulturszene nach der Corona-Krise wieder als Nährboden unserer offenen und

WP-5-853-1 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Claudia Poetsch (KV Viersen)

Text

Von Zeile 853 bis 861:
Der Verfassungsschutz soll die Feinde unserer ~~Demokratie~~freiheitlichen demokratischen Grundordnung und Gegner unserer vielfältigen Gesellschaft mit öffentlichen und nachrichtendienstlichen Mitteln beobachten. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen bewertet und ~~dabei einen klaren Fokus auf gewaltbereite Bestrebungen legen~~zur Aufklärung der Zivilgesellschaft, der Politik und sicherheitsrelevanten Institutionen in geeigneter Weise zur Verfügung gestellt werden. ~~Auf diesen~~Die Arbeit des Verfassungsschutzes soll im Kern ~~seiner Tätigkeit werden wir ihn beschränken~~neben verfassungsfeindlichen und gewaltbereiten Bestrebungen auch verfassungsschutzrelevante Deligitimierungsbestrebungen fokussieren. Wir ~~gründen ein Forschungsnetzwerk,~~setzen uns für die Gründung eines Wissenschaftsnetzwerkes zur Erforschung und Dokumentation von Strukturen und Zusammenhängen von demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen. ein, das mit seinen Erkenntnissen den Verfassungsschutz in Bewertung und Fokussierung seiner Arbeit eng begleitet und unterstützt. Das Wissenschaftsnetzwerk soll fachliche Expertise zur Unterstützung und Begleitung des weiteren Ausbaus der implementierten Präventions- und Aussteigerprogramme beitragen. Insbesondere setzen wir uns für mehr Online-Präsenz und Online-Beratungsangebote der Präventionsprogramme ein. Wir schaffen mehr Transparenz über die Arbeit des Verfassungsschutzes durch öffentliche Sitzungen des parlamentarischen Kontrollgremiums des Landtags. Zusätzlich richten wir~~d~~ die Stelle einer/eines ständigen Sachverständigen beim Parlamentarischen

Unterstützer*innen

Jürgen Heinen (KV Viersen); Manuel Zach (KV Viersen); Klaus Behrla (KV Viersen); Paul Muschiol (KV Viersen); Andreas Schulz (KV Viersen); Eike Belgardt (KV Viersen); Nicole Brumme (KV Viersen); Merlin Praetor (KV Viersen); Ulrich Deppen (KV Viersen); Joachim Straeten (KV Viersen)

WP-5-648 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Kinder, Jugend, Familie
Beschlussdatum:	22.11.2021

Text

Von Zeile 648 bis 649 einfügen:
arbeiten in Zukunft in verlässlichen und dauerhaften Netzwerken zusammen. Die Koordination dieses Netzwerkes in der Kommune finanziert das Land. Die bereits bestehenden Fachstellen mit ihrer Expertise zur Prävention, Diagnostik, Intervention und Fachberatung werden wir finanziell absichern und flächendeckend ausbauen.

Begründung

Prävention und direkte Hilfen für die Kinder/ Familien können nicht außen vor gelassen werden.

WP-5-654 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Kinder, Jugend, Familie
Beschlussdatum:	22.11.2021

Text

Von Zeile 654 bis 655 einfügen:
kindgerechten Vernehmungen gestärkt werden. Wir wollen dafür sorgen, dass den Betroffenen bei der Polizei kompetente Partner*innen zur Seite stehen. Alltagsstabilisierende Soforthilfen nach der Aufdeckung sexualisierter Gewalterfahrung und anderer Formen der Kindeswohlgefährdung müssen bereit stehen.

Begründung

Den Fokus bei der Thematik und dem Umgang mit sexualisierter Gewalt gegen Kinder auf eher abstrakte, aber natürlich auch sehr wichtige Maßnahmen zu beschränken, wird den Erfordernissen nicht gerecht. Prävention und direkte Hilfen für die Kinder/ Familien können nicht außen vor gelassen werden.

WP-5-255 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 24.11.2021

Text

Von Zeile 255 bis 257 einfügen:
staatliche Stellen ihre Informationen proaktiv maschinenlesbar und unter Berücksichtigung der Open Data-Kriterien veröffentlichen. Damit Bürger*innen das vom Staat auch einfordern können, statten wir sie mit einem wirksamen Rechtsbehelf aus. Mit uns werden Open Data, Open Source und Open Access zum Standard für alle öffentlichen Stellen vom

Begründung

Der Zugang zu Informationen ist stark demokratiefördernd. Bereits jetzt gibt es in NRW ein Informationsfreiheitsgesetz (IFG). Eine große Schwäche dieses Gesetzes ist dessen Rechtsbehelf. Behörden haben aktuell einen Monat Zeit, um die angeforderten Informationen bereitzustellen. Kommen Behörden dieser Pflicht nicht nach, müssen Bürger*innen auf Gewährung des Zugangs klagen. Diese Gerichtsverfahren dauern Monate bis Jahre, sodass die eigentlich bewusst kurz gewählte Frist des IFG wirkungslos verpufft. Will die Behörde eine Information nicht teilen, so kann sie den Zugang so verschleppen.

WP-5-537 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	KV Münster
Beschlussdatum:	24.11.2021

Text

Von Zeile 537 bis 539 einfügen:
aber gleichzeitig immer fair, individuelle Bedürfnisse berücksichtigen und transparent sein. Utopische Mitwirkungspflichten sind damit unvereinbar. Die Anforderungen an Asylbewerber*innen müssen sich immer an dem praktisch Leistbaren orientieren. Bei einer Aufenthaltsbeendigung müssen Abschiebungen immer das letzte Mittel sein. Wir setzen uns dafür ein, mildere Mittel zur Abschiebehaft

Begründung

In bestimmten Fällen erwarten die derzeitigen Ausländerbehörden von Geflüchteten Leistungen zu erbringen (zum Beispiel Pässe zu besorgen), die praktisch nicht möglich oder mindestens absolut menschenunwürdig sind, das sollten wir kritisieren. Beispielhaft gibt es eine bessere Verwaltungspraxis durch Landesvorgaben in Hamburg, welche es auch in NRW geben sollte (https://www.migrationsrecht.net/nachrichten-auslaenderrecht-politik-gesetzgebung/reiseausweise-fuer-eritreische-staatsangehoerige-mit-subsidiaerem-schutz.html).

WP-5-1158 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft
Beschlussdatum: 20.11.2021

Text

Von Zeile 1158 bis 1159 einfügen:
Tariftreue- und Vergabegesetz nach nachhaltigen und sozialen Kriterien ausrichten. Die Kommunen unterstützen wir auf Wunsch bei der Ausschreibung von Beschaffungsmaßnahmen und Fragen zur Nachhaltigkeit, da oftmals vor Ort noch nicht die erforderlichen Strukturen aufgebaut und Wissen vermittelt ist. Pilotkommunen sollen Vorbilder und Wissensvermittler bei Ausschreibungen von Beschaffungsmaßnahmen und Fragen zur Nachhaltigkeit, Tariftreue und sozialen Kriterien sein. So wird anderen geholfen die erforderlichen Strukturen aufzubauen.

Begründung

Kommunen dürfen bei der Umsetzung nicht allein gelassen werden.

WP-5-846 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: OV Warstein
Beschlussdatum: 11.11.2021

Text

Von Zeile 846 bis 850:
ernstzunehmende Gefahr für unsere Gesellschaft aus. Die Sicherheitsbehörden müssen ~~hier weiterhin sehr wachsam sein~~diesem Extremismus konsequent entgegentreten, um mögliche weitere Anschläge zu verhindern. Aber auch die Präventionsarbeit gegen den gewaltbereiten Salafismus und Jihadismus als gesamtgesellschaftliche Aufgabe haben wir im Blick und möchten diese gemeinsam mit allen gesellschaftlich relevanten Akteur*innen stärken und ausbauen. Das von uns angestoßene ganzheitliche Handlungskonzept gegen den gewaltbereiten

WP-5-1004-1 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Kultur
Beschlussdatum: 13.11.2021

Text

Von Zeile 1004 bis 1006 einfügen:
leerstehender Gebäude ermöglichen wollen, etwa durch die Übernahme von Versicherungen. Um NRW als Standort der Kunst und Kulturproduktion zu stärken fördern wir Produktionsräume für die Kunst, die gemeinsam und kostengünstig genutzt werden können. Nach dem Konzept des „Werkkunsthaus NRW“ und dem Vorbild der Werkstätten des Kulturwerks des Berufsverband Bildender Künstler*innen Berlin werden wir flexibel nutzbare Werkstätten schaffen, um Künstler*innen eine bessere Infrastruktur für ihre Produktion zur Verfügung zu stellen. Auch Landesgebäude und freistehende Flächen des Landes eignen sich für solche kulturellen Projekte oder Zwischennutzungen. Dafür machen wir

Begründung

Die Vorgehensweise vieler Künstler*innen hat sich in den letzten Jahren zu einer projektbezogenen Arbeit hin verändert. Daraus resultieren immer wieder andere Anforderungen für die Umsetzung und Realisierung von Kunstwerken. Es stellt eine große, auch finanzielle Herausforderung dar, dabei stets auf dem neuesten Stand der technischen Möglichkeiten zu arbeiten. Andererseits sind viele nach wie vor von Künstler*innen verwendete Techniken im Verschwinden begriffen und kaum aus eigener Kraft vor- und instand zu halten. Diese Hürden möchten wir durch das Zusammenlegen und die gemeinsame Nutzung vorhandener und neu zu schaffender Ressourcen in gemeinschaftlich genutzten Werkstätten auflösen. Der Geist des Miteinander-Teilens von Produktionsmitteln, aber auch von Erfahrungswissen, inspiriert von den Werkstätten des Kulturwerks Berlin, soll auch in NRW Einzug halten.

WP-5-1058 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Kultur
Beschlussdatum: 13.11.2021

Text

Von Zeile 1058 bis 1059 einfügen:
den Fach- und Kunsthochschulen in NRW weiter ausbauen und zusätzlich auch eine effektive Popkulturförderung in NRW etablieren. Wir wollen das fotografische Erbe in größtmöglicher Vielfalt erfassen, erforschen und bewahren. Dazu werden wir die Kooperation zwischen bestehenden Archiven und Sammlungen, die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Kunst, Wissenschaft und Wirtschaft und die Sicherung von Nachlässen fördern. Wir unterstützen daher die Initiative des Bundes ein Deutsches Fotoinstitut in NRW anzusiedeln.

WP-5-50 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Text

Von Zeile 50 bis 52:
Menschen, Umwelt und Klima in den Partnerländern lehnen wir ab. Und wir fordern weiterhin eine europäische ~~Flüchtlingspolitik~~Flucht- und Migrationspolitik, die das Recht auf Leben und Unversehrtheit zur obersten Maxime macht.

Begründung

Erfolgt mündlich

WP-5-81 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 24.11.2021

Text

Von Zeile 81 bis 82 einfügen:
durchzuführen. Der Schutz der persönlichen Daten darf auch bei Demonstrierenden nicht weiter beschnitten werden. Antifaschistische Demonstrationen sind ein wichtiger Teil einer wehrhaften Zivilgesellschaft und dürfen nicht kriminalisiert werden.

Begründung

Die letzte Landesregierung versucht immer wieder und besonders natürlich mit dem neuen Versammlungsgesetz antifaschistische Demonstrationen grundsätzlich zu kriminalisieren. Dabei wissen wir, dass unsere heutige Demokratie explizit als Gegenentwurf zum Faschismus geschaffen wurde. Es ist daher unerlässlich, dass sie sich immer klar gegen faschistische Bewegungen wehrt. Genau dies machen antifaschistische Demonstrationen und sind daher ein wichtiger Faktor für unsere demokratische und offene Gesellschaft. Dies sollte auch unser Wahlprogramm klarstellen.

WP-5-404 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 24.11.2021

Text

Von Zeile 404 bis 405 einfügen:
Auftrag des Grundgesetzes endlich nachzukommen und die altrechtlichen Staatsleistungen abzulösen.
Wir erwarten außerdem endlich eine vernünftige Aufarbeitung der Missbrauchsskandale in der Kirche und eine vollumfängliche Zusammenarbeit mit der Justiz .

Begründung

Es ist wichtig, das Verhältnis zwischen Staat und christlichen Kirchen vollumfänglich zu beleuchten. Hierzu gehört auch die Betonung der Missbrauchsskandale und deren unzureichende Aufarbeitung. Noch immer werden zu viele Opfer sexueller Gewalt in der Kirche alleine gelassen. Hier braucht es endlich eine vernünftige Aufklärung und ZUsammenarbiet mit der Justiz. Das sollten wir auch in unserem Wahlprogram klar benennen insbesondere da auch die Bistümer in NRW nicht besonders proaktiv an den Vorwürfen arbeiten.

WP-5-80 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 80 bis 82 einfügen:
unbürokratisch möglich ist Versammlungen anzumelden und rechtssicher durchzuführen. Wir lehnen alle geplanten Verschärfungen im Entwurf des Versammlungsgesetzes für Nordrhein-Westfalen strikt ab und schaffen stattdessen ein Versammlungsfreiheitsgesetz, um das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit umfassend zu gewährleisten. Der Schutz der persönlichen Daten darf auch bei Demonstrierenden nicht weiter beschnitten werden.

Begründung

Erfolgt mündlich

WP-5-216 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Text

Von Zeile 216 bis 217 einfügen:
Landesregierung im Bundesrat machen wir transparenter und setzen uns dafür ein, dass dies für den ganzen Bundesrat leicht nachvollziehbar wird. Wir wollen verbindliche Obergrenzen und eine umfassende Offenlegung bei Parteispenden von Unternehmen und Lobbyverbänden.

Begründung

Erfolgt mündlich

WP-5-418 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 418 bis 420:
lokaler Projekte und Initiativen. Wir sorgen dafür, dass die Interessen und Bedarfe von ~~Frauen und Mädchen~~allen Geschlechtern bei allen politischen Entscheidungen berücksichtigt werden.

Begründung

Erfolgt mündlich

WP-5-503 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 24.11.2021

Text

Von Zeile 503 bis 506:
stets im Blick behalten. Lange Aufenthaltszeiten in Landesunterkünften lehnen wir ab. Das Konzept von Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) halten wir für gescheitert. Wir müssen weg von übergroßen und isolierten Einrichtungen hin zu dezentralen und kleineren Wohneinheiten. ~~Denn~~Eine verstärkte Zusammenarbeit mit den jeweiligen Kommunen ist dabei zentral, denn gerade in den ersten Wochen brauchen Menschen mit einer Fluchtgeschichte Ruhe und Privatsphäre in

Begründung

Wir Grüne haben immer die ZUEn kritisiert, damit dürfen wir nicht jetzt aufhören, wo wir sie beenden können. Deshalb brauchen wir dazu auch eindeutige Worte in unserem Programm.

WP-5-504-1 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Text

Von Zeile 504 bis 506 einfügen:
wir ab. Wir müssen weg von übergroßen und isolierten Einrichtungen hin zu dezentralen und kleineren Wohneinheiten mit genügend persönlichen Rückzugsorten und möglichst eigenen Zimmern. Denn gerade in den ersten Wochen brauchen Menschen mit einer Fluchtgeschichte Ruhe und Privatsphäre in

Begründung

Erfolgt mündlich

WP-6-509 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Text

Von Zeile 509 bis 511 einfügen:
der Beratung und Betreuung der Geflüchteten einen unerlässlichen Beitrag, den wir hoch schätzen und weiterhin stärken wollen. Perspektivisch muss die Grundversorgung von Geflüchteten allerdings durch das Land gewährleistet und nicht auf Ehrenamtliche abgewälzt werden. Ebenso ist eine umfassende Gesundheitsversorgung zentral. Auch hier wollen wir neue Standards setzen, die

Begründung

Erfolgt mündlich

WP-5-515-2 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 515 bis 520:
Eine qualitativ hochwertige ~~Flüchtlings~~Geflüchteten- und Integrationspolitik gelingt nur im Schulterschluss mit den Kommunen. Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen, gemeinsam verbindliche Standards für ~~Flüchtlingsunterkünfte~~Geflüchtetenunterkünfte zu entwickeln, die die individuellen Schutzbedürfnisse der Betroffenen beachten. Um die Kommunen hier zu unterstützen, erhöhen wir die Pauschale im ~~Flüchtlingsaufnahmegesetz~~Geflüchtetenaufnahmegesetz, die keine Unterscheidung zwischen Asylbewerber*innen und Geduldeten macht.

Begründung

Erfolgt mündlich

WP-5-609 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 609 bis 610:
Pflichten im deutschen Rechtsstaat aufgeklärt werden. Die Kurse werden z.B. in Vereinen, ~~Flüchtlingsunterkünften~~Geflüchtetenunterkünften oder Schulen stattfinden.

Begründung

Erfolgt mündlich

WP-5-525 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Text

Von Zeile 525 bis 527 einfügen:
für die Ankommenden die Basis für ein eigenständiges Leben in unserer Gesellschaft. Wir werden die internationalen Förderklassen grundsätzlich auf zwei Jahre und die Berufsschulpflicht für Geflüchtete bis einschließlich zum 21. Lebensjahr verlängern. Damit auch Frauen mit Kindern die Kurse belegen und erfolgreich abschließen können, bauen wir begleitende Kinderbetreuungsangebote aus. Als

Begründung

Erfolgt mündlich

WP-5-538 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Text

Von Zeile 538 bis 542:
transparent sein. Bei einer Aufenthaltsbeendigung müssen Abschiebungen immer das letzte Mittel sein. ~~Wir setzen uns dafür ein, mildere Mittel zur Abschiebehaft als Alternative auszuschöpfen und wollen garantieren, dass die Rechte der Betroffenen geachtet werden.~~Wir werden die Abschiebehaft in Nordrhein-Westfalen abschaffen. Denn die Inhaftierung von Menschen, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen, stellt eine massive Einschränkung ihrer Rechte

Begründung

Erfolgt mündlich

WP-5-722 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Text

Von Zeile 722 bis 724 einfügen:
sein. Wir nehmen das Leitbild der Polizei-NRW ernst und wollen eine bürgerorientierte, professionelle und rechtsstaatliche Polizei. Um all das umzusetzen, wollen wir die unter schwarz-gelb erlassene, repressive Reform des Polizeigesetzes rückgängig machen und die Polizeiarbeit grundsätzlich neu aufstellen. Die hohen Einstellungszahlen in der Polizei werden wir aufrechterhalten und dabei die

Begründung

Erfolgt mündlich

WP-5-728 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Text

Von Zeile 728 bis 730 einfügen:
leisten wir einen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung und erhöhen das Sicherheitsgefühl der Bürger*innen. Polizeiarbeit ersetzt umfassende präventive Arbeit durch speziell geschulte Berufsgruppen nicht. Wir setzen deshalb vermehrt auf Sanitäter*innen, Streetworker*innen und psychologische Krisenhilfe. Durch den Ausbau von finanziellen und personellen Ressourcen dieser zivilen Träger schützen wir nicht nur die Betroffenen, sondern entlasten auch die Polizei.
Flächendeckende und anlasslose Videoüberwachung lehnen wir ab. Für eine Ausstattung mit Tasern, außer für

Begründung

Erfolgt mündlich

WP-5-523 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 24.11.2021

Text

Von Zeile 523 bis 525 einfügen:
Wir wollen Integrations-, Teilhabeangebote und Sprachkurse von Anfang an für alle Geflüchteten ermöglichen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus und der Bleibeperspektive. Sie schaffen für die Ankommenden die Basis für ein eigenständiges Leben in unserer

Begründung

Bleibeperspektiven werden allgemein bestimmt und sagen nicht in jedem Falll etwas darüber aus über die Person im Land bleiben kann. Darüber hinaus sollten alle Menschen die Chance bekommen in Deutschland anzukommen. Dazu gehört auch Sprachunterricht von Beginn an, selbst wenn sie dann doch nicht in Deutschland bleiben sollten.

WP-5-729 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 729 bis 731 einfügen:
Sicherheitsgefühl der Bürger*innen. Flächendeckende und anlasslose Videoüberwachung, Gesichtserkennungssoftware und eine weitere Nutzung der Palantir-Software lehnen wir ab. Für eine Ausstattung mit Tasern, außer für Spezialkräfte, sehen wir keinen Bedarf.

Begründung

Erfolgt mündlich

WP-5-730 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 730 bis 731 einfügen:
Videoüberwachung lehnen wir ab. Für eine Ausstattung mit Tasern, außer für Spezialkräfte, sehen wir keinen Bedarf. Die in den letzten Jahren getätigte Aufrüstung der Polizei werden wir beenden.

Begründung

Erfolgt mündlich

WP-5-737 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 737 bis 742:
Schichtdienstmodelle und den Ausbau von Krisenintervention und Supervision verringert werden. ~~Die Fortbildung, insbesondere der Führungskräfte, beispielsweise bei der Deeskalationskompetenz, der Sensibilisierung gegen Rechtsextremismus und Rassismus, bei Hasskriminalität sowie der Menschenrechtsbildung stärken wir weiter.~~Wir wollen die Deeskalationskompetenz, die Sensibilisierung gegen Rechtsextremismus und Rassismus, Hasskriminalität sowie Menschenrechtsbildung als verpflichtenden Aus- und Fortbildungsstoff für alle Polizist*innen stärken.
Wir streben die rechtssichere Einführung einer individualisierten und anonymisierten Kennzeichnung unter

Begründung

Erfolgt mündlich

WP-5-747 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 747 bis 749 einfügen:
Polizei sie schützt und nicht diskriminiert. Daher wiegen die Fälle von Rassismus und anderen menschenverachtenden Äußerungen in der Polizei schwer. Alle Polizeiskandale und Fälle von Polizeigewalt in NRW müssen lückenlos aufgeklärt und rechte Netzwerke innerhalb der Polizei NRW konsequent zerschlagen werden. Die Handlungsempfehlungen der Stabsstelle „Rechtsextremistische Tendenzen in der

Begründung

Erfolgt mündlich

WP-5-765 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 765 bis 770:
Polizei müssen deshalb besonders geschützt werden und ihre Anliegen vorbringen können, ohne irgendwelche Nachteile fürchten zu müssen. ~~Wir wollen daher die Stelle einer*eines unabhängigen Polizeibeauftragten beim Landtag NRW ansiedeln. Die Stelle soll sowohl für Bürger*innen als auch für Polizeibeamt*innen ansprechbar sein, den Landtag bei der Beratung von Themen zur Polizei unterstützen und einen regelmäßigen Tätigkeitsbericht vorlegen.~~Wir werden daher eine unabhängige Beschwerdestelle beim Landtag NRW ansiedeln, die aus einem breiten und multiqualifizierten Team besteht. Sie nimmt Beschwerden von Betroffenen und Dritten entgegen. Sie erhält Auskunfts-, Akteneinsichts-, Befragungs- und Inspektionsrecht, Ermittlungsbefugnis sowie die Möglichkeit, Disziplinarmaßnahmen gegen Polizist*innen zu verhängen.

Begründung

Erfolgt mündlich

WP-5-1169 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	23.11.2021

Text

Von Zeile 1169 bis 1171:
Handlungsauftrag dar, bis 2040 klimaneutral zu sein. Wir wollen in NRW vorangehen und ~~uns dieser Verantwortung stellen~~bis 2035 klimaneutral werden. Unser Ziel muss sein, unseren Kindern einen Planeten zu hinterlassen, der lebenswert ist.

Begründung

Erfolgt mündlich

WP-5-853 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Text

Von Zeile 853 bis 863:
~~Der Verfassungsschutz soll die Feinde unserer Demokratie und vielfältigen Gesellschaft mit öffentlichen und nachrichtendienstlichen Mitteln beobachten und dabei einen klaren Fokus auf gewaltbereite Bestrebungen legen. Auf diesen Kern seiner Tätigkeit werden wir ihn beschränken. Wir gründen ein Forschungsnetzwerk, zur Erforschung und Dokumentation von Strukturen und Zusammenhängen von demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen. Wir schaffen mehr Transparenz über die Arbeit des Verfassungsschutzes durch öffentliche Sitzungen des parlamentarischen Kontrollgremiums des Landtags. Zusätzlich richten wird die Stelle einer/eines ständigen Sachverständigen beim Parlamentarischen Kontrollgremium ein, um das Gremium bei der Kontrolle des Verfassungsschutzes, insbesondere bezüglich des Einsatzes von V-Leuten, zu unterstützen.~~

Der NSU-Skandal und viele weitere Vorfälle haben es mehr als deutlich gemacht: Der Verfassungsschutz erfüllt seine Aufgabe nicht. Statt sich vorrangig auf rechtsextreme und islamistische Bestrebungen zu konzentrieren und diese tatsächlich zu bekämpfen, stellt er friedliche, linke Aktivist*innen unter Beobachtung und finanziert durch die Beschäftigung von V-Leuten rechte Strukturen. Dabei entzieht sich seine Arbeit fast vollständig der parlamentarischen Kontrolle. Wir nehmen den Schutz der Verfassung in NRW ernst und werden die aktuell bestehende Behörde deshalb abschaffen. Sie wird durch ein rein wissenschaftlich arbeitendes Institut zum Schutz der Verfassung sowie durch ein Landesamt zur Gefahrenerkennung und Spionageabwehr ersetzt. Das Landesamt arbeitet ohne V-Leute und unter umfassender parlamentarischer Kontrolle.

Begründung

erfolgt mündlich

WP-5-852 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum: 23.11.2021

Text

In Zeile 852:

~~Den Verfassungsschutz neu ordnen~~

Den Schutz der Verfassung ernst nehmen

WP-5-798 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Gerhard Klünder (KV Warendorf)

Text

Nach Zeile 798 einfügen:
Perspektivwechsel in der Extremismusbekämpfung

Wir versuchen einen Perspektivwechsel in der Analyse der gesellschaftlichen Wirkung und der Bekämpfung von rechtem, linken und religiös motiviertem Extremismus.

Die derzeitige Wahrnehmung und auch Selbstdarstellung extremistischer Kreise ist die einer jeweiligen Speerspitze der entsprechenden weltanschaulichen gesellschaftlichen Gruppe. Das erzeugt den Eindruck grundsätzlicher Frontstellungen zwischen verschiedenen kulturellen Prägungen und gefährdet mit Absicht das friedliche Zusammenleben.

Die Realität ist aber eine andere: Der absolut überwiegende Teil der konservativ, links oder auch religiös geprägten Bürgerinnen und Bürger genießen das Leben in einer friedlichen und demokratischen Gesellschaft, in der sie ihre weltanschaulichen Gegensätze bei Bedarf diskutieren und in das Gemeinwesen einbringen können.

Ihnen gegenüber stehen extremistische Kreise, die genau dieses friedliche Zusammenleben unterminieren wollen. Hier haben rechte, linke und auch religiöse Gruppen das gemeinsame Interesse der gesellschaftlichen Radikalisierung, profitieren gegenseitig von einander und müssen als eine Fraktion betrachtet werden.

Das Problem besteht zwischen dieser radikalen Fraktion und der übergroßen und friedlichen Gesellschaft. Diese Gesellschaft muss ihr gemeinsames Interesse erkennen und sich gemeinsam gegen extremistische Tendenzen abgrenzen.

Begründung

Der bisherige Kampf gegen Extremismus ist ganz offensichtlich nicht zielführend und „Kampf gegen Extremismus“ klingt ja auch schon wie ein Widerspruch in sich. Der übergroße friedliebende Teil unserer Gesellschaft muss die Gemeinsamkeit erkennen und zur Grundlage ihrer Position zu extremistischen Auswüchsen machen. So können auch tendenzielle Identifizierungen mit extremistischen Kreisen verhindert oder verringert werden, was dem Extremismus auf Dauer die Grundlage entzieht. Weiter ergeben sich positive Wirkungen auf das gegenseitige Verständnis unterschiedlicher Gruppierungen.

Um einen Perspektivwechsel zu erreichen, muss er immer wieder verbalisiert und in die Gesellschaft getragen werden. Wir beginnen hier.

Unterstützer*innen

Katja Behrendt (KV Warendorf); Anna Lena Laumann (KV Warendorf); Marian Husmann (KV Warendorf); Jürgen Blümer (KV Warendorf); Britta Sporket (KV Warendorf); Peter Spieker (KV Warendorf); Marcus Behrendt (KV Warendorf); Tatjana Scharfe (KV Warendorf); Anja Beiers (KV Warendorf); Raphaela Blümer (KV Warendorf); Hedwig Tarner (KV Warendorf); Elisabeth Hollenhorst (KV Warendorf); Ali Bas (KV Warendorf); Jessica Wessels (KV Warendorf); Sabine Grohnert (KV Warendorf); Valeska Grap (KV

Warendorf); Madelaine Valeska Grap (KV Warendorf); Stephanie Holtmann (KV Warendorf); Bernhard Meyer (KV Warendorf); Karl Stelthove (KV Warendorf)

WP-5-489-1 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 24.11.2021

Text

Von Zeile 489 bis 491 einfügen:
Engagement von zivilen Seenotretter*innen. Sie springen dort ein und retten Menschenleben, wo die Institutionen der Europäischen Union versagen. Wir setzen uns darüber hinaus auch für die Wiedereinführung einer staatlichen Seenotrettung auf dem Mittelmeer ein. Wir stehen an der Seite der zahlreichen Kommunen in NRW, die Geflüchteten in Not einen

Begründung

Das Bekenntnis zur zivilen Seenotrettung ist wichtig und sinnvoll, aber diese kann nicht ausreichen und tut es de facto auch nicht, wie wir an die seit Jahren hohen Todeszahlen - besonders im Mittelmeer - sehen. Wir können uns nicht nur auf NGOs verlassen, weil diese oft zu wenige Kapazitäten haben und das auf jeden Fall auch nicht deren Aufgabe ist. Eigentlich waren sie nur temporäre Lückenfüller. Für die Seenotrettung sind - auch rechtlich gesehen - die Staaten verantwortlich. Deswegen sollten wir uns klar dazu bekennen, dass staatliche Seenotrettung notwendig ist, besonders im Hinblick auf die seit Jahren andauernde Abwesenheit einer solchen und weil eine staatlich organisierte Seenotrettung weitere Tote verhindern kann. Die EU-Staaten dürfen sich nicht weiter hinter der zivilen Seenotrettung verstecken, sondern müssen auch selbst wieder aktiv ihrer Pflicht zur Seenotrettung nachkommen. Wir sollten uns für eine Wiedereinführung einer staatlichen Seenotrettung auf dem Mittelmeer einsetzen. Selbst wenn das Land NRW dies nicht alleine entscheiden kann, sind wir doch dazu verpflichtet, uns zu positionieren und die richtigen Weichen zu stellen.

WP-5-532-1 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 24.11.2021

Text

Von Zeile 532 bis 534 einfügen:
und ebenso die Spielräume für Bleibeperspektiven für Geduldete weitreichend nutzen. Eine vielfältige Mitarbeiter*innenschaft und rassismuskritische Fortbildung der Mitarbeitenden sind dafür unerlässlich. Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass Abschiebehindernisse gewahrt bleiben und besonders zu schützende Personengruppen wie Sinti*zze und Rom*ja und

Begründung

Dieser Antrag stellt ein konsequentes Weiterdenken der Willkommensbehörden dar, denn diese können nur vernünftig funktionieren, wenn die Mitarbeitenden professionell agieren und gut geschult sind. Dafür braucht es Fortbildungen, denn wir alle sind mit mehr oder weniger rassistischen Gedankenstrukturen sozialisiert worden. Es ist absolut notwendig, dass Mitarbeitende mit Themen, die Geflüchtete und Asylsuchende mitbringen, sensibel umgehen. Es ist aktuell so, dass viele Menschen von einem unwürdigen Umgang in solchen Behörden berichten. Das darf natürlich nicht sein und ist kontraproduktiv. Schulungen für die Mitarbeiter*innen sollen diesem als Teilpunkt entgegenwirken.

WP-5-729-1 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: KV Dortmund
Beschlussdatum: 25.11.2021

Text

Von Zeile 729 bis 731:
Sicherheitsgefühl der Bürger*innen. Flächendeckende und anlasslose Videoüberwachung lehnen wir ab. ~~Für eine~~Eine Ausstattung mit Tasern, ~~außer für~~außerhalb der Spezialkräfte, ~~sehen~~halten wir ~~keinen Bedarf~~für gefährlich. Eine flächendeckende Ausstattung des Wachdienstes mit Tasern lehnen wir entschieden ab. Zu diesem Zweck bereits eingesetze Taser werden wir zurückgeben.

Begründung

Taser sind nicht in Planung, sondern schon fest im Einsatz. Die sogenannte "Testphase" in einigen Städten und Kreisen (z.B. Dortmund) wurde vorzeitig beendet, Taser gehören damit bereits jetzt zur Ausstattung der Polizei und werden auch benutzt. Dementsprechend brauchen wir neben einer politischen Positionierung auch eine klare Aussage, wie wir mit den im Einsatz befindlichen Tasern umgehen wollen.

WP-5-354-1 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Säkulare Grüne
Beschlussdatum: 26.11.2021

Text

Von Zeile 354 bis 358:
Ob und was Schüler*innen in NRW glauben, wird immer vielfältiger. Deshalb ist es wichtig, dass ~~jede*r Schüler*in~~alle Schüler*innen von der ersten Klasse ~~an wirklich die freie Wahl hat, am konfessionellen Religionsunterricht oder~~ an einem altersgemäßen ~~Philosophieunterricht teilzunehmen~~integrativen Pflichtfach Philosophie gemeinsam teilnehmen, welches Kenntnisse über Religionen und Weltanschauungen vermittelt, ihre Fähigkeit, eigene Maßstäbe für deren Beurteilung zu entwickeln, fördert und ihnen Hilfen in der Lebensgestaltung bietet. Dieser Unterricht verbindet und bietet Orientierung und Verständigung in unserer vielfältigen Gesellschaft. Hemmnisse für den seit 2015 möglichen Umbau von Bekenntnisschulen in bekenntnisfreie Grundschulen werden wir abbauen. Wir

Von Zeile 367 bis 370 löschen:
dieses Fach verankert ist – zu einem gemeinsamen konfessionellen Unterricht weiterentwickeln, der auch den islamischen Religionsunterricht mit einbezieht~~. Dieser Unterrichtet verbindet und bietet Orientierung und Verständigung in unserer vielfältigen Gesellschaft~~.

Begründung

Beschluß der LDK Borken 1997 aufgrund des gemeinsamen Antrages der LAG Christinnen und Christen und der LAG Trennung von Kirche und Staat, der insbesondere die Schaffung eines "Ersatz"faches aus gesellschaftspolitischen, bildungspolitischen und verfassungsrechtlichen Gründen ablehnt. Der damals beschlossene Schulversuch "Praktische Philosophie" ist seitdem fortgeschritten und die Folgerungen der Erfahrungen mit diesem können nun plangemäß in einem integratives Schulfach für alle implementiert werden.

WP-5-769 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 24.11.2021

Text

Von Zeile 769 bis 770 einfügen:
ansprechbar sein, den Landtag bei der Beratung von Themen zur Polizei unterstützen und einen regelmäßigen Tätigkeitsbericht vorlegen. Aber auch die einzelnen Fälle von Polizeigewalt sind ein großes Problem und werden oft nicht aufgeklärt, da ein Korpsgeist in der Polizei herrscht und Vorwürfe nicht konsequent verfolgt werden. Wir werden eine externe Beschwerdestelle für Polizeigewalt einrichten, die dann auch selbst die Ermittlungen übernehmen kann.

Begründung

Polizeigewalt ist ein Problem, das durch interne Ermittlungen nicht adäquat bekämpft werden kann. Vielmehr braucht es hier eine externe Stelle, die Ermittlungen offen und unvoreingenommen führt, wie auch von Wissenschaftler*innen gefordert wird (https://www.spiegel.de/panorama/justiz/polizeigewalt-daenemarks-unabhaengige-ermittler-wie-das-land-mit-beschwerden-umgeht-a-ed437109-a710-40ed-904f-11d23a170b33). Vorbild hierfür kann zum Beispiel die Praxis in Dänemark und anderen Bundesländern sein. Die Entlastung von Vorwürfen durch unabhängige Stellen hat eine höhere Aussagekraft und Glaubwürdigkeit und kann so dazu beitragen, dass schwindende Vertrauen in die Neutralität der Aufklärung diesen Fällen wieder zu stärken.

WP-5-589-1 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 24.11.2021

Text

Von Zeile 589 bis 592:
bei zusätzlich geschaffenen Stellen sollten die Fachdienste im psychologischen, pädagogischen, seelsorgerischen und medizinischen Bereich bilden. ~~Laut Gesetz haben~~ Inhaftierte haben einen Anspruch auf eine humane Unterbringung. Der jetzige, oft baufällige Zustand einiger Haftanstalten darf deshalb kein Dauerzustand bleiben.

Begründung

Alle Menschen haben einen Anspruch auf eine humane Unterbringung, unabhängig davon, ob das gesetzlich geregelt ist.

WP-5-597 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: KV Münster
Beschlussdatum: 24.11.2021

Text

Von Zeile 597 bis 598 einfügen:
erfolgversprechender umzusetzen und auch den Bediensteten den Arbeitsalltag zu erleichtern. Damit Menschen seltener erneut straffällig werden, muss auch der persönliche Umgang mit Inhaftierten respektvoller und menschlicher werden, unter Anderem durch mehr Freiheiten bei der Lebensgestaltung in den Gefängnissen. Zusätzlich braucht es in Modellprojekten nach norwegischem Vorbild einen Ausbau von Rehabilitierungsprogrammen, Berufsvorbereitung und Unterstützung bei der Wiedereingliederung, sowie im Anschluss an die Haft Unterstützung bei der Job-Suche und im privaten Bereich.

Begründung

Unser derzeitiges Haftsystem basiert vor allem auf Bestrafung, dabei sollte das oberste Ziel sein, dass Menschen nicht erneut straffällig werden. In Deutschland werden zurzeit ca. 48% der Menschen, die einmal inhaftiert waren, wieder straffällig. In Norwegen ist diese Quote bei ca. 20%, weil dort die Bestrafung als Leitprinzip zurückgestellt wird und vor allem auf Rehabilitierung, Ausbildung und Resozialisierung gesetzt wird. Es geht darum, mit den Menschen eine Perspektive für die Zeit nach der Haft zu erarbeiten, denn das verringert die Wahrscheinlichkeit wieder straffällig zu werden, vor allem bei Menschen, die vor der Haft keine Perspektiven, keine Arbeit und kein stabiles Umfeld hatten. Auch eine Betreuung und Unterstützung nach der Haft ist wichtig.

Darüber hinaus werden die dort inhaftierten Menschen im persönlichen Umgang respektvoller und menschlicher behandelt und haben mehr Freiheiten in den Gefängnissen, beispielsweise durch Bewegungsfreiheit, Eigenständigkeit und Vertrauen.

Die dadurch entstehenden zusätzlichen Kosten für diese Maßnahmen stehen dabei ähnlich hohen eingesparten Kosten durch weniger inhaftierte Menschen gegenüber. Die Frage der Kosten sollte nicht ausschlaggebend dafür sein, mit den Menschen an einer Perspektive nach der Haft zu arbeiten.

WP-5-67 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Antje Grothus (KV Rhein-Erft-Kreis)

Text

Von Zeile 67 bis 69 einfügen:
ausgewählte Bürger*innen beraten über eine konkrete Fragestellung und erarbeiten Handlungsempfehlungen. Diese muss das Parlament dann beraten. Aufgrund der durch den vorgezogenen Kohlelausstieg und der sich weiter beschleunigenden Strukturwandelprozesse gegebenen Dringlichkeit, setzen wir uns konkret für einen Bürger*innenrat zur Leitbildentwicklung für den Strukturwandel im Rheinischen Revier ein, damit die betroffenen Menschen den Wandel und die damit verbundenen Umbrüche aktiv mitgestalten können.

Begründung

Aus eigenen Beobachtung und Erfahrungen kann ich feststellen, dass die Bevölkerung und organsierte Zivilgesellschaft beim Strukturwandelprozess durch die Dynamik im Prozess bereits weitgehend abgehängt wurde. Das sog. Leitbild, was seinen Namen nicht verdient, wurde bereits im Rahmen der Arbeit der Kohlekommission auf die Schnelle zusammengeschrieben und ist unzulänglich und nicht zukunftsfest (zb Ressourcensicherung statt Ressourcenschonung).

Durch den vorgezogennen Kohelausstieg wird sich das Tempo erhöhen (müssen) und die Zivilgesellschaft und Bürgerschaft bleibt auf der Strecke. Daher braucht es sehr schnell nach der Wahl einen Bürgerrat für eine Leitbildentwicklung im RR.

Auch wissenschaftliche Anlaysen kritisieren den bisherigen Beteiligungsprozess.

Ø Begründung mit Studie https://www.iass-potsdam.de/sites/default/files/2020-08/LY_IASS_Studie_Lausitz_200827.pdf

„Bisher liegt allerdings noch kein langfristiges Konzept für die ausgewogene Beteiligung der vielfältigen organisierten Interessen und der Bürger*innenschaft vor.“, S. 16

Unterstützer*innen

Lilo Schmitz (KV Rhein-Erft-Kreis); Isabel Elsner (KV Düren); Yvonne Elisabeth Anna Zimmermann (KV Rhein-Erft-Kreis); Britta Bojung (KV Rhein-Erft-Kreis); Bela Kassan (KV Rhein-Erft-Kreis); Marion Küke (KV Rhein-Erft-Kreis); Anne Klein (KV Rhein-Erft-Kreis); Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (KV Bielefeld); Karin Schmitt-Promny (KV Aachen); Raimund Ellenbeck (KV Aachen); Katrin Feldmann (KV Aachen)

WP-5-1039 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Kultur
Beschlussdatum: 13.11.2021

Text

Von Zeile 1039 bis 1040 einfügen:
überkommenen, stark hierarchischen Intendanz-Modell, sollen nicht die Ausnahme, sondern die Regel werden. Machtmissbrauch und Diskriminierung in kulturellen Institutionen muss entgegenwirkt und die Mitwirkung und künstlerische Freiheit der Künstler*innen gestärkt werden. Durch die Förderung von Modellprojekten regen wir die Entwicklung neuer kollektiver und partizipativer Strukturen an.

WP-5-149 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: KV Rhein-Sieg
Beschlussdatum: 25.11.2021

Text

Von Zeile 149 bis 151 einfügen:
unterschiedlichen Hintergründen und Erfahrungen in der Kommunalpolitik mitmischen. Wir wollen auf kommunaler Ebene die Teilhabe stärken, sodass unter anderem Gremien wie Jugend-, Senioren-, Migrations- und Inklusionsbeiräte geschaffen werden. Mehr Personalmittel für hauptamtliche Unterstützung für die Fraktionen in kommunalen Gremien entlasten die Mandatsträger*innen.

Begründung

Wir wollen Menschen mit verschiedensten Hintergründen Teilhabe an der Kommunalpolitik ermöglichen.

WP-5-254 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	27.11.2021

Text

Von Zeile 254 bis 256 einfügen:
zugänglich sein. Wir schreiben in einem Informationszugangsgesetz fest, dass staatliche Stellen auf Landes- und Kommunalebene ihre Informationen proaktiv maschinenlesbar und unter Berücksichtigung der Open Data-Kriterien veröffentlichen. Mit uns werden Open

Begründung

Klarstellung, dass es hier nur um öffentliche Stellen auf Landes- und Kommunalebene geht.

WP-5-945 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	27.11.2021

Text

Von Zeile 945 bis 946 einfügen:
Lokalradioszene. Die NRW-Landesmedienanstalt leistet hier bereits gute Unterstützungsarbeit, die wir fortsetzen werden. Eine vielfältige Presse- und Medienlandschaft wird auch durch unabhängige Kontrollen gewährleistet. Die Voraussetzung dafür ist ein wirksames Medienkonzentrationsrecht, das ungesunde Verflechtungen von Medienunternehmen und monopolartige Strukturen verhindert. Die aktuelle NRW-Landesregierung blockiert seit Jahren aufgrund vermeintlicher Standortinteressen eine Reform des Medienstaatsvertrag der Länder, welcher aktuell nur die "klassischen" Medien wie das lineare Fernsehen im Fokus hat. Wir unterstützen die Forderung der Landesmedienanstalten nach einem Update des Medienkonzentrationsrechts, das zukünftig alle relevanten Mediengattungen und -märkte - insbesondere auch auf dem Feld der digitalen Medien - in den Blick nehmen muss.

Begründung

Die Reform des Medienstaatsvertrags insbesondere mit Blick auf die notwendige Ausweitung des Medienkonzentrationsrechts auf die digitalen Medien sollte als wichtiges medienpolitisches Thema unbedingt Eingang in das Wahlprogramm finden, zumal hier bislang gerade das Land NRW gemeinsam mit Bayern blockiert.
Siehe hierzu auch:
https://www.medienkorrespondenz.de/politik/artikel/medienkonzentrationsrecht-eine-reform-steht-weiter-aus.html
https://taz.de/Medienkonzentration-in-Deutschland/!5738640/

WP-5-25 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	27.11.2021

Text

Von Zeile 25 bis 27:
Diensten ist, der es leicht macht, ihn zu verstehen und sich einzubringen. Der digital, technisch und personell bestens ausgerüstet ist ~~und~~, der den Datenschutz sowie die Privatsphäre respektiert der Menschen respektiert, schützt und ~~schützt~~der die Souveränität der Bürgerinnen und der Bürger nicht nur im analogen, sondern auch im digitalen Raum garantiert.

Begründung

Der Staat muss zum Schutz der Demokratie die Souveränität der Bürger*innen auch im digitalen Raum schützen.

WP-5-185 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	27.11.2021

Text

Von Zeile 185 bis 187:
Verfahren und der entsprechenden Software, damit kein Flickenteppich entsteht, ~~in~~auf dem jede Kommune sich gezwungen sieht, ihre eigene Lösung ~~entwickelt~~entwickeln zu müssen. Und wir nutzen die Digitalisierung der Verwaltungsabläufe, um gleichzeitig moderne Arbeitsweisen

Begründung

Formulierung unterstreicht den Zwang zu Inselbildung, wenn es keine gemeinsamen Angebote und Repositorien gibt.

WP-5-189 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	27.11.2021

Text

Von Zeile 189 bis 191:
großer Transparenz nach innen, flexibel und mit flachen Hierarchien. Diese Vision werden wir in ausgewählten Pilot-Behörden mit Ansätzen von „New Work“ ~~und~~, agilen Methoden ~~ausprobieren~~und Inkobationsprozessen testen, in denen die Behörden kulturell anspruchsvolle Projekte außerhalb ihrer beharrungs-mächtigen Strukturen zu einer Reife entwickeln können, die einen gleichermaßen sanfteren und erfolgversprechenderen Übergang in den neuen Betrieb ermöglichen.

Begründung

Verwaltungs-Inkubator aus dem WeSprint-Konzept. WeSprint wird unterstützt von LAG DigiMe, LAG WiFi und AK DiWa, KV Bonn.

WP-5-144 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Dennis Sonne (KV Coesfeld)

Text

Von Zeile 144 bis 145 einfügen:
haben, an digitalen Sitzungen teilzunehmen. Das umfasst Hardware, Software und Schulungen. Wir wollen auf kommunaler Ebene die Teilhabe stärken, indem wir flächendeckend Jugend-, Senioren-, Migrations- und Inklusionsbeiräte schaffen.

Begründung

Um von dem Wissen der Expert*innen in eigener Sache zu partizipieren brauchen wir Gremien/Beiräte auf kommunaler Ebene. Diese wichtigen Gremien werden bei Ihrer Gründung selten unterstützt. Wir Grüne müssen uns für diese einsetzen, umso eine moderne und bürgernahe Politik zu verwirklichen.

Dieser Antrag ist einer von vielen, der in einer Arbeitsgruppe für Inklusion durch mehrere Mitglieder erarbeitet wurde.

Unterstützer*innen

Helle Sönnecken (KV Hochsauerland); Marc Kersten (KV Köln); Frederike Reichmann (KV Coesfeld); Sebastian Koch (KV Coesfeld); Philipp Küpperbusch (KV Wesel); Nabiha Ghanem (KV Soest); Björn Krumminga (KV Coesfeld); Jöran Kortmann (KV Coesfeld); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Nils Behler (KV Dortmund); Klaus-Dieter Seiffert (KV Gelsenkirchen); Wolfgang Mattern (KV Coesfeld); René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Willi Kortmann (KV Coesfeld)

WP-5-337 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Text

Von Zeile 337 bis 348:
Behindertenrechtskonvention basiert auf dem Menschenrecht auf eine gleichberechtigte Teilhabe. Ihre Umsetzung ~~wollen~~werden wir auf Basis des weiterzuentwickelnden landesweiten Aktionsplans konsequent voranbringen und gleichzeitig das Inklusionskataster und die Teilhabeberichterstattung ausbauen. ~~Zum Beispiel sollen Menschen,~~Wir statten die Monitoringsstelle der Landesregierung bedarfsgerecht aus und stärken die Unabhängigkeit der Landesbeauftragten für Inklusion und Patient*innen. Mehr Teilhabe geht nur, wenn Menschen mit Assistenz- und Hilfsmittelbedarf schnelle und unbürokratische Hilfe erhalten, wofür wir unter Einbeziehung der Krankenkassen und Landschaftsverbände sorgen wollen. Wer zum Beispiel eingeschränkt sehfähig oder im Rollstuhl ~~in der Stadt~~ unterwegs ~~sind,~~ist, sollte ohne große Umwege und ohne fremde Hilfe ~~ihr~~das Ziel erreichen. ~~Kinder und Jugendliche~~Menschen, egal ob mit sichtbarer oder ~~ohne~~unsichtbarer Behinderung, sollen den Beruf erlernen und ausüben können, für den sie sich interessieren. Und die nötige Hilfe bekommen, beim Zugang zu Praktika, Auslandsaufenthalten oder auch dem Weg in die Selbständigkeit. Sich ehrenamtlich zu engagieren, zum Beispiel ein politisches Mandat zu bekleiden oder in einem Sportverein mitzuwirken, soll allen Menschen möglich sein. Auf dem Arbeitsmarkt ~~erinnern~~erleichtern wir Unternehmen und Ausbildungsbetriebe ~~an,~~ ihre Pflicht tatsächlich zu erfüllen, Menschen mit Behinderung einzustellen und überzeugen sie von den Vorteilen. Wir planen Barrierefreiheit durch Änderungen im Bauwesen und der Quartiersentwicklung von Beginn an ein, wenn ~~Schulen~~z.B. öffentliche Gebäude oder Wohnungen gebaut werden. Politische Abläufe und Verwaltungsprozesse kommunizieren wir in leichter

Begründung

Fast 10% der Menschen in NRW besitzen einen Schwerbehindertenausweis. Bis zu 25% leiden an schweren gesundheitlichen Einschränkungen! Dem muss ein Grünes Landtagswahlprogramm adäquat Rechnung tragen.

Wir wollen mit diesem Antrag zumindest die Grundanforderungen an ein inklusionspolitisches Unterkapitel erfüllen. Zu fordern gäbe es noch ungleich mehr.

Viele der kleineren Änderungen erklären sich wohl von selbst.

Wir haben die wichtigsten Player, Referenzgrundlagen und Schaltstellen der Inklusionspolitik in NRW ergänzt. Und die Aspekte der Berufswahl und vor allem der Assistenz hervorgehoben. Denn mangelnde Assistenz ist für ebenso viele Menschen ein Teilhabehindernis wie mangelnde Barrierefreiheit des öffentlichen Raums!

HINWEIS: Dieser Antrag ist einer von vielen, der in einer Arbeitsgruppe für Inklusion durch mehrere Mitglieder erarbeitet wurde.

Unterstützer*innen

René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Philipp Küpperbusch (KV Wesel); Achim Stump (KV Köln); Andreas Franco (KV Köln); Ulrike Tadema (KV Duisburg); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Arne von Holdt (KV Ennepe-Ruhr); Nabiha Ghanem (KV

Soest); Anne Roth (KV Köln); Bianca Schöttelndreier (KV Duisburg); Louisa Albrecht (KV Recklinghausen); Harald Wölter (KV Münster); Heike Marré (KV Düren); Ina Gießwein (KV Ennepe-Ruhr); Nils Behler (KV Dortmund); Klaus-Dieter Seiffert (KV Gelsenkirchen); Monika Heiming (KV Wesel); Manfred Becker (KV Bonn); Ilona Schäfer (KV Wuppertal); Niklas Graf (KV Wesel); Ingelore Fohr (KV Düsseldorf); Dennis Sonne (KV Coesfeld); Irmgard Pehle (KV Herford); Andreas Müller (KV Essen); Heike Havermeier (KV Köln); Petra Schmidt-Niersmann (KV Wesel); Maximilian Ruta (KV Köln); Juli Scharffe (KV Münster); Dirk Herres (KV Köln); Burkhard Kalle (KV Soest); Philipp Hoffmann (KV Mülheim); Meral Thoms (KV Viersen); Leonie Tonsen (KV Düsseldorf); Antje Westhues (KV Bochum); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Lena Cornelissen (KV Bonn); Holger Schelte (KV Recklinghausen); Ursula Niermann (KV Coesfeld); Tanja Deiters (KV Köln); Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Johannes West (KV Düsseldorf); Dagmar Hanses (KV Soest); Till Hoffmann (KV Köln); Annette Von dem Bottlenberg (KV Soest); Philippe Bergmann (KV Oberberg); Jörg Thiele (KV Krefeld); Andrea Peuler-Kampe (KV Hagen); Eike Danke (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Marie Leclere (KV Günzburg); Jeanne Emilia Riedel (KV München); Silke Behrendt (KV Mülheim); Lothar Kemmerzell (KV Soest)

WP-5-291 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Text

Von Zeile 291 bis 293:
sozialen Herkunft Diskriminierungen am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche oder in der Freizeit. Oft werden Menschen aufgrund mehrerer Merkmale diskriminiert und manchmal führt eine Benachteiligung zu einer weiteren. Gesellschaftliche Benachteiligung ist ein intersektionales und strukturelles Problem. Benachteiligungen gibt es ~~auch~~ in vielen ~~anderen~~
alltäglichen Lebensbereichen, wie in der Schule oder bei Behördengängen. Diskriminierung in

Begründung

Mehrfachdiskriminierung und Intersektionalität sind strukturelle Probleme unserer Gesellschaft. Deshalb haben wir uns als Grüne ein Vielfaltsstatut gegeben und deshalb wollen wir ein Landesantidiskriminierungsgesetz einführen.

Viele Menschen haben mehr als ein Merkmal aufgrund dessen sie benachteiligt sind/werden. Und manchmal werden sie auch nur aufgrund einer Kombination von Merkmalen diskriminiert. Das wird als Intersektionalität bezeichnet.

Und manchmal führt eine Benachteiligung zu einer weiteren: Armut macht oft krank. Und Krankheit macht arm. Das wird in der wissenschaftlichen Diskussion als Interdependenz bezeichnet.

Dieser Antrag soll Bewusstsein schaffen für diese strukturellen gesellschaftlichen Phänomene und auch ein wenig dazu aufrufen, mit dem Schubladendenken aufzuhören. Eine Frau kann auch wegen ihrer Migrationsgeschichte diskriminiert werden. Ein Trans*Mann kann auch benachteiligt sein, weil er unterbezahlt in der Fleischindustrie arbeiten muss. Ein Mensch mit Behinderung weil er schwul ist.

Und vieles davon ist keine individuelle und absichtliche Diskriminierung. Deshalb lasst uns diese Diskussion nicht aggressiv und mit erhobenem Zeigefinger führen, sondern geduldig, aufklärend und empathisch.

Unterstützer*innen

René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Nabiha Ghanem (KV Soest); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Philipp Küpperbusch (KV Wesel); Achim Stump (KV Köln); Andreas Franco (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Sandra Schmitz (KV Köln); Anne Roth (KV Köln); Louisa Albrecht (KV Recklinghausen); Nils Behler (KV Dortmund); Clara Padberg (KV Bochum); Manfred Becker (KV Bonn); Meral Thoms (KV Viersen); Irmgard Pehle (KV Herford); Heike Havermeier (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Monika Heiming (KV Wesel); Leon Schlömer (KV Köln); Ursula Niermann (KV Coesfeld); Tanja Deiters (KV Köln); Chris Cranz (KV Köln); Till Hoffmann (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Jörg Thiele (KV Krefeld)

WP-5-1075 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Sport
Beschlussdatum: 28.11.2021

Text

In Zeile 1075:

Sport braucht ~~weiter~~ eine intakte und nachhaltige Infrastruktur

Begründung

Die Nachhaltigekeit der Infrastruktur ist so wichtig, dass sie auch schon in der Überschrift stehen sollte. Und "weiter" bedeutet, dass es diese intakte Infrastruktur schon gäbe, dies ist mitnichten so, marode Schwimmbäder und Turnhallen und andere Sportstätten gibt es im Land leider zuhauf.

WP-5-1075-1 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Sport
Beschlussdatum: 28.11.2021

Text

Von Zeile 1075 bis 1095:
S

~~Sport ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtig, denn Sport ist gut für Gesundheit und Wohlbefinden. In den Vereinen, auf Sportplätzen, in Hallen und Schwimmbädern kommen Menschen verschiedener Herkunft, unterschiedlichsten Alters und unterschiedlichster Erfahrungen zusammen. Mit seinen vielen ehrenamtlich Engagierten ist der organisierte Sport wortwörtlich die größte Bürger*innenbewegung in NRW. Aber auch jenseits der Vereine und Verbände finden sich Menschen zusammen, um gemeinsam Sport zu treiben und in Bewegung zu bleiben. Im Sport werden die Werte einer offenen und solidarischen Gesellschaft gelebt und vermittelt: Fairness, Respekt, Teamgeist und Vielfalt. Und Sport hält uns fit und fördert unsere Gesundheit. Wir Grüne unterstützen deshalb den Sport im Land aus voller Überzeugung. Viele Sportstätten werden zurzeit durch das Programm "Gute Sportstätten 2022" instandgesetzt. Den Erfolg des Programms werden wir evaluieren und das Programm weiterentwickeln. Wir setzen uns insbesondere für eine gute Bäderinfrastruktur ein und stärken den Schwimmunterricht an Schulen und in Vereinen. Unser Ziel ist es, dass jedes Kind bis zum Ende der Grundschulzeit die Möglichkeit hat, schwimmen zu lernen. Daneben werden wir Bewegungsmöglichkeiten für Klein und Groß in die Wohnumgebung integrieren. Sportmöglichkeiten, wie beispielsweise auf dem Grüngürtel in Köln, erfreuen sich großer Beliebtheit und fördern das Zusammenleben in den Quartieren.~~

port ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtig. In den Vereinen, auf Sportplätzen, in Hallen und Schwimmbädern kommen Menschen verschiedener Herkunft, unterschiedlichsten Alters und unterschiedlichster Lebenserfahrungen zusammen. Mit seinen vielen ehrenamtlich Engagierten ist der organisierte Sport wortwörtlich die größte Bürger*innenbewegung in NRW, die Werte einer offenen und solidarischen Gesellschaft vermittelt und jüngeren Menschen vorlebt. Fairness, Respekt, Teamgeist und Vielfalt stehen dabei im Vordergrund. Aber auch jenseits der Vereine und Verbände finden sich Menschen zusammen, um gemeinsam Sport zu treiben und in Bewegung zu bleiben. Sport hält uns fit und fördert unsere Gesundheit. Wir Grüne unterstützen deshalb den Sport im Land aus voller Überzeugung. Viele vereinseigene Sportstätten werden zurzeit durch das Programm "Gute Sportstätten 2022" instandgesetzt. Den Erfolg des Programms werden wir evaluieren und das Programm weiterentwickeln.

Auch die finanzielle Unterstützung der Kommunen für den nachhaltigen und klimagerechten Umbau der Sportstätten jeglicher Art (auch jenseits der Norm) muss gewährleistet werden. So bedarf es im Bereich der Kunstrasenplätze plastikfreier Alternativen, im Bereich der Quartiersentwicklung auch der Umnutzung von früher anderweitig genutzten Flächen.

Wir setzen uns insbesondere für eine gute Bäderinfrastruktur ein und stärken den Schwimmunterricht an Schulen und in Vereinen. Auch kleinere Wasserflächen können für Jung und Alt attraktive Möglichkeiten bieten. Unser Ziel ist es, dass jedes Kind bis zum Ende der Grundschulzeit die Möglichkeit hat, schwimmen zu lernen. Daneben werden wir Bewegungsmöglichkeiten für alle Generationenin die Wohnumgebung integrieren. Frei zugängliche Sportmöglichkeiten erfreuen sich großer Beliebtheit, fördern das Zusammenleben in den Quartieren und stärken die Gesundheit. Deshalb werden wir das Thema „Bewegungs-und Sportflächen in Quartieren" in zukünftigen Städtebauprogammen des Landes als Förderkriterium mit aufnehmen.

Das Miteinander im Sport, das gemeinsame Bewegen, die vielfältige Bildungsfunktion gerade des organisierten Sports und die aktivierende Förderung von Bewegung braucht aber neben der Infrastruktur Menschen, die - vielfach ehrenamtlich - anderen und der Gesellschaft den Sport erst ermöglichen. Wir schätzen und wissen um die existenzielle Bedeutung von Trainer*innen, Übungsleiter*innen, Vereinsverantwortlichen oder Stadtteilakteuren. Gerade in der Post-Corona-Zeit wollen wir mit Kampagnen und Maßnahmen auch in Abstimmung mit dem organisierten Sport und seinen Bildungswerken dieses Engagement neu beleben, denn auch die beste Sportstätte braucht Übungsleiter*innen für Bewegungsangebote.

Begründung

Kleinere textliche Umstellungen und die Hervorhebung der Nachhaltigeit der Sportstätten.
Die Hervorhebung der Ehrenamtlichkeit der unterschiedlichen Akteure im Sport wird noch mehr verdeutlicht.
Die Einbeziehung des Sportes und der Bewegung in die Quartiersentwicklung ist ebenfalls deutlicher hervorgehoben.

WP-5-1099 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Sport
Beschlussdatum: 28.11.2021

Text

Von Zeile 1099 bis 1101:
an. Außerdem profitieren sowohl der Leistungs- als auch der Breitensport von solchen Events. ~~Deshalb~~Um ihre Akzeptanz zu fördern sollen sie in Nordrhein-Westfalen unter der Maßgabe von Nachhaltigkeit und Kostentransparenz und unter Beteiligung der Bürger*innen in

WP-5-1104 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Sport
Beschlussdatum: 28.11.2021

Text

Von Zeile 1104 bis 1107:
Wir werden den Präventionsgedanken noch stärker in die Sportförderung integrieren. Prävention und Gesundheitsförderung sind ein Mehrwert für alle~~, aber insbesondere auch für ältere Menschen~~. Durch neue Formen der Vermittlung (z. B. Gesundheits-Kioske) und Angebote kann Sport in Bevölkerungsgruppen hineingetragen werden, die dieser in der klassischen Form bisher nicht erreicht hat. Unser Ziel ist es, die Förderung der guten, eigenverantwortlichen Arbeit des LSB NRW nach „Good-Governance"-Kriterien

Begründung

Gesundheitsförderung sollte für alle gleich wichtig sein, nuícht nur für ältere Menschen.
Neue Formen der Vermittlung müssen etabliert werden.

WP-5-1117 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Sport
Beschlussdatum: 28.11.2021

Text

Von Zeile 1117 bis 1120:
dem die ganze Gesellschaft teilnehmen kann. Dafür sollen regelmäßige Dialogformate und Fan~~h~~-Hearings die Kommunikation und Kooperation zwischen allen Beteiligten verbessern~~. Wir werden unsere Verbündeten~~ und das Engagement gegen Gewalt, Diskriminierung, Ausgrenzung und Hass im Sport stärken. Wir setzen dabei

Begründung

bessere Lesbarkeit und "unsere Verbündeten" durch den allg. Begriff Engagement ersetzt, da übergreifender.

WP-5-1125 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Sport
Beschlussdatum: 28.11.2021

Text

Von Zeile 1125 bis 1127:
Wir ~~unterstützen~~wissen um die wachsende Bedeutung der Gaming-Kultur ~~und insbesondere den eSport finanziell~~ und ~~ideell stärker~~des eSports gerade für junge Menschen. Wir setzen uns dafür ein, dass eSport-Vereine als gemeinnützig anerkannt werden. Um Austausch und Verständigung zwischen beiden Welten zu

Begründung

Die Formulierung der Unterstützung und ideeler und finanzieller Art von Gaming und eSport ist zu stark.

WP-5-1047 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Frank Jablonski (KV Köln)

Text

Nach Zeile 1047 einfügen:
Denkmalschutz in Nordrhein-Westfalen stärken -

baukulturelles Erbe erhalten

Denkmäler zu schützen heißt, unsere kulturelle Identität zu schützen und zu bewahren. Es bedeutet gleichermaßen Geschichte und Zeitgeist an authentischen Orten der Erinnerung lebendig zu halten. Der Schutz und die Pflege des kulturellen Erbes in der Bundesrepublik Deutschland ist ein länderübergreifender gesellschaftlicher Auftrag, den wir Grüne in NRW stärken wollen. Mit dem geplanten Denkmalschutzgesetz der schwarz-gelben Landesregierung droht dieser Schutz zu bröckeln und macht insbesondere die Baudenkmäler zum Spielball politischer und wirtschaftlicher Interessen. Wir Grüne wollen deshalb die Stellung der bei den Landschaftsverbänden angesiedelten Denkmalfachämter für Baudenkmalpflege mit ihrer fachlichen Expertise erhalten und die bewährte Zusammenarbeit zwischen den unteren Denkmalbehörden und den Fachämtern belassen. Gleichzeitig gilt es in intelligenter Weise, ökologisches und klimagerechtes Bauen mit dem Denkmalschutz zu vereinbaren. Hierzu wollen wir in einen Dialog mit den Fachverbänden und Denkmalschutzbehörden eintreten.

Begründung

Das kurz vor der Verabschiedung stehende neue Denkmalschutzgesetz NRW, das Frau Ministerin Scharrenbach noch vor Ende der Legislaturperiode durchpeitschen möchte, ist ein Desaster für den Denkmalschutz in NRW, da es das Primat des Bauens und nicht mehr in erster Linie den Schutz des Denkmals verfolgt. Es bedeutet eine ernsthafte Gefährdung des kulturellen Erbes in NRW und wird von den Fachverbänden im Denkmalschutz deutschlandweit kritisiert. Dabei sitzt anerkanntermaßen die „geballte“ wissenschaftliche, kunsthistorische, architektonische und restauratorische Fachkompetenz bei den bundesweit renommierten Denkmalpflegeämtern in Brauweiler und Münster, deren Kompetenzen drastisch beschnitten werden sollen.

Unterstützer*innen

Ruth Seidl (KV Heinsberg); Ralf Klemm (KV Köln); Karin Schmitt-Promny (KV Aachen); Jörg Thiele (KV Krefeld); Martina Hoffmann-Badache (KV Solingen); Andreas Kanschat (KV Mettmann); Paul Muschiol (KV Viersen); Bärbel Hölzing-Clasen (KV Köln); Annelie Gretel Wulff (KV Krefeld); Alexander Tietz-Latza (KV Aachen); Johannes Martin Maria Bortlisz-Dickhoff (KV Rhein-Erft-Kreis); Benjamin Zander (KV Krefeld); Heinz-Josef Kremers (KV Mönchengladbach); Dieter Walendy (KV Bonn); Martin Kresse (KV Rhein-Kreis-Neuss); Rolf Beu (KV Bonn); Hans-Josef Dederichs (KV Heinsberg)

WP-5-915 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Frank Jablonski (KV Köln)

Text

Nach Zeile 915 einfügen:
Umstellung:
Verlässliche Förderung für einen neuen Kultur-Aufschwung
Kulturschaffende und Künstler*innen besser absíchern
Mehr Raum für Kultur
Kultur ist für alle da – Zugang zu Kultur erleichtern
Erinnerungen bewahren und aus ihnen lernen
Den Kunstbetrieb vielfältiger und ökologischer machen
Ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk für alle
Demokratie braucht Medienvielfalt und Lokaljournalismus
Medienkompetenz für alle – gegen Fake News
Medien, Film- und Kreativwirtschaft fördern
Sport braucht weiter eine intakte Infrastruktur

Begründung

Änderung der Reihenfolge der Abschnitte im Unterkapitel „Wir fördern Kultur, Medien und Sport“

Beginn: „Verlässliche Förderung für einen neuen Kultur-Aufschwung“ bis „Den Kunstbetrieb vielfältiger und ökologischer machen“.

Daran schließt sich der Abschnitt „Erinnerungen bewahren und aus ihnen lernen“ an.

Dann folgen die Abschnitte „Ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk für alle“ bis „Medienkompetenz für alle - gegen Fake News“

Begründung

Vorgeschlagen wird eine redaktionelle Änderung vor: Das Unterkapitel ist überschrieben mit „Wir fördern Kultur, Medien und Sport“. Dieser Reihenfolge sollte auch die Reihenfolge der Abschnitte Rechnung tragen. Hinzu kommt, dass der Begriff „Kultur“ der übergreifende Begriff ist.

Unterstützer*innen

Ruth Seidl (KV Heinsberg); Ralf Klemm (KV Köln); Karin Schmitt-Promny (KV Aachen); Martina Hoffmann-Badache (KV Solingen); Jörg Thiele (KV Krefeld); Andreas Kanschat (KV Mettmann); Bärbel Hölzing-Clasen (KV Köln); Annelie Gretel Wulff (KV Krefeld); Alexander Tietz-Latza (KV Aachen); Johannes Martin Maria Bortlisz-Dickhoff (KV Rhein-Erft-Kreis); Benjamin Zander (KV Krefeld); Heinz-Josef Kremers (KV Mönchengladbach); Dieter Walendy (KV Bonn); Martin Kresse (KV Rhein-Kreis-Neuss); Rolf Beu (KV Bonn); Hans-Josef Dederichs (KV Heinsberg)

WP-5-81-1 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 81 bis 82 einfügen:
durchzuführen. Der Schutz der persönlichen Daten darf auch bei Demonstrierenden nicht weiter beschnitten werden. Daher lehnen wir die aktuelle Gesetzesvorlage der schwarz-gelben Landesregierung entschieden ab.

Begründung

Die Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG) stellt in unserer Demokratie ein zentrales Grundrecht dar, weil sie es der Zivilgesellschaft ermöglicht, ihre Anliegen auf die Straße zu tragen und Missstände anzuprangern. In der sog. In der sog. Brokdorfentscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG, Beschluss vom 14. Mai 1985 – 1 BvR 233/81 –, BVerfGE 69, 315-372, juris Rz. 61) heißt es hierzu wörtlich: „Als Abwehrrecht, das auch und vor allem andersdenkenden Minderheiten zugute kommt, gewährleistet Art 8 GG den Grundrechtsträgern das Selbstbestimmungsrecht über Ort, Zeitpunkt, Art und Inhalt der Veranstaltung und untersagt zugleich staatlichen Zwang, an einer öffentlichen Versammlung teilzunehmen oder ihr fernzubleiben. Schon in diesem Sinne gebührt dem Grundrecht in einem freiheitlichen Staatswesen ein besonderer Rang; das Recht, sich ungehindert und ohne besondere Erlaubnis mit anderen zu versammeln, galt seit jeher als Zeichen der Freiheit, Unabhängigkeit und Mündigkeit des selbstbewußten Bürgers. In ihrer Geltung für politische Veranstaltungen verkörpert die Freiheitsgarantie aber zugleich eine Grundentscheidung, die in ihrer Bedeutung über den Schutz gegen staatliche Eingriffe in die ungehinderte Persönlichkeitsentfaltung hinausreicht.“

Um diesem Zweck gerecht zu werden, brauchen wir ein modernes Versammlungsfreiheitsgesetz, das insbesondere auch den Protest gegen rechte Demonstrationen nicht nur ermöglicht, sondern auch schützt.

Der aktuelle Gesetzesentwurf der schwarz-gelben Landesregierung zur Einführung eines VersG NRW wird diesem Anspruch nicht nur nicht gerecht, sondern konterkariert ihn regelrecht und muss somit entschieden abgelehnt und sein Erlass verhindert werden.

WP-5-348 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 348 bis 350 einfügen:
Politische Abläufe und Verwaltungsprozesse kommunizieren wir in leichter Sprache, in Gebärdensprache oder in Blindenschrift. Es gilt auch die Bedürfnisse und Interessen von Menschen mit nicht-sichtbaren Behinderungen oder psychischen Erkrankungen zu berücksichtigen. Wir fördern die organisierten Selbstvertretungen von Menschen mit Behinderung und finden

Begründung

Menschen mit nicht-sichtbaren Behinderungen oder psychischen Erkrankungen werden bei Maßnahmen für Inklusion und Barrierefreiheit oft nicht berücksichtigt. Dem müssen wir aktiv entgegenwirken.

WP-5-399 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 399 bis 401:
des Feiertagsgesetzes, die an „stillen“ Feiertagen das bestehende, generelle Verbot von Kultur- und Tanzveranstaltungen ~~begrenzt~~abschafft. Außerdem wollen wir, dass Angehörigen religiöser Minderheiten ein individueller Feiertag ermöglicht wird –

Begründung

Bei dem nach wie vor bestehenden Verbot von Kultur- und Tanzveranstaltungen, handelt es sich um einen unverhältnismäßigen Eingriff einer Religionsgemeinschaft in das Leben der Allgemeinheit. Die Trennung von Staat und Kirche kann bei einem Bestehenbleiben dieser Ordnung nicht vorangebracht werden.

WP-5-292 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 292 bis 294 einfügen:
in der Freizeit. Benachteiligungen gibt es auch in vielen anderen alltäglichen Lebensbereichen, wie in der Schule Ausbildung, Universität oder bei Behördengängen. Diskriminierung in Institutionen und Behörden findet dabei nicht unbedingt als absichtsvolle

Begründung

Auszubildende und Studierende, generell junge Menschen und ihre Belange werden von der Politik meistens immer noch übersehen. Deshalb ist es wichtig sie bei Beispielen für Teilhabe aufzuzählen.

WP-5-434 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Frauen
Beschlussdatum: 29.11.2021

Text

Von Zeile 434 bis 442:
wirtschaftlich unabhängig und im Alter gut abgesichert. Was selbstverständlich klingt, muss endlich Realität werden! Wir setzen uns ein für eine ~~gerechte~~gleiche Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen in allen Berufsfeldern ein.
Die systemrelevanten Care-Berufe~~n~~ wie Pflege und Erziehung, die zu über 70 Prozent von Frauen ausgeübt werden, sollen finanziell und strukturell aufgewertet werden. Bausteine dazu sind, die Arbeitszeiten an das Leben anzupassen (6-Stunden-Tage), die Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung zu verbessern und Minijobs generell in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen umzuwandeln.
Und wir nutzen die Möglichkeiten der Landespolitik, um die wirtschaftliche Situation von Frauen zu verbessern und Beruf und Familie besser „unter einen Hut“ zu bekommen. Grundlage dafür ist ~~der Ausbau~~, die Qualität und Quantität von Betreuungsplätzen in Kindertagespflege, Kita und Ganztagsbetreuung in ~~der Grundschule~~den Schulen zu erhöhen. In einem Modellprojekt helfen wir berufstätigen Eltern, insbesondere einkommensschwachen und Alleinerziehenden,

Von Zeile 445 bis 446 einfügen:
Perspektiven jenseits von Schwarzarbeit oder ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen im haushaltsnahen Dienstleistungssektor.

WP-5-483 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 483 bis 486:
müssen. Aber noch immer verharren Geflüchtete dicht gedrängt in provisorischen Lagern auf den griechischen Inseln oder an den europäischen Außengrenzen. Noch[Zeilenumbruch]
immer ertrinken jedes Jahr ~~viel zu viele~~ Menschen auf der Flucht im Mittelmeer. Die europäische Flucht- und Asylpolitik muss menschlicher werden. Statt die

Begründung

Jeder Mensch, der im Mittelmeer ertrinken muss, ist zu viel. Der bisherige Text suggeriert, dass es eine akzeptable Anzahl geben könne.

WP-5-667 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 667 bis 668 einfügen:
schaffen, die unter anderem durch separate Rückzugsräume und speziell geschultes Personal gewährleistet wird. Für trans* Frauen muss der Zugang zu Frauenhilfestrukturen sowie ihr Schutz in diesen gewährleistet werden.

Begründung

Trans* Frauen erfahren oft verschiedenste Formen von Diskriminierung in Frauenhilfestrukturen. Dagegen müssen wir entsprechende Maßnahmen ergreifen, sodass sie entsprechend ihrer Geschlechtsidentität sicher Hilfsangebote in Anspruch nehmen können.

WP-5-270 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 270 bis 272:
Wir setzen uns dafür ein, dass alle gleichermaßen sichtbar sind, dieselben Chancen auf Teilhabe haben und ihre Stimmen Gehör finden. Wir wollen deshalb die~~[Leerzeichen]~~
Anerkennung von und den Umgang mit Mehrsprachigkeit in unserer Gesellschaft stärken, internationale

Begründung

Wir müssen klar machen, dass Mehrsprachigkeit erwünscht ist und gefördert werden soll. Unterschiedliche Arten der Mehrsprachigkeit dürfen dabei nicht unterschiedlich bewertet werden. Allen Menschen muss gleiche Partizipation ermöglicht werden.

WP-5-326 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: KV Köln
Beschlussdatum: 27.11.2021

Text

Von Zeile 326 bis 328 einfügen:
Polizei und in Notdiensten bauen wir aus, egal, ob der Kontakt online, telefonisch oder persönlich erfolgt. Behörden müssen für die Lebensrealitäten von queeren und trans* Menschen sensibilisiert werden, Unser Ziel ist, dass öffentliche Einrichtungen die soziale und kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden.

Begründung

Gerade queere Menschen erfahren in Behörden und Institutionen massive Diskriminierung.
Auch hier gilt es gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um diese zu bekämpfen

WP-5-511 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Frauen
Beschlussdatum: 29.11.2021

Text

Von Zeile 511 bis 513 einfügen:
Gesundheitsversorgung zentral. Auch hier wollen wir neue Standards setzen, die helfen, Erkrankungen frühzeitig zu identifizieren und entsprechend zu behandeln. Auch psychische Beratungen und psychische Behandlungen, besonders für Mädchen und Frauen, wollen wir ausbauen und einen niedrigschwelligen Zugang schaffen.

WP-5-170 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Frauen
Beschlussdatum: 29.11.2021

Text

Von Zeile 170 bis 172 einfügen:
gibt es noch viel zu tun um die „gläserne Decke“ für Frauen zu überwinden und ihnen gleichberechtigte Aufstiegschancen – auch in Spitzenpositionen - zu garantieren. Dafür werden wir die Instrumente für eine gleichberechtigte Personalentwicklung nutzen und ausbauen. Bausteine dazu sind: Mentoringprogramme für Frauen in Führungspositionen, bereichsübergreifende Vernetzung von weiblichen Führungskräften sowie Führen in Teilzeit, Jobsharing und Führen in Teams.

WP-5-369 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Christ*innen
Beschlussdatum:	27.11.2021

Text

Von Zeile 369 bis 370:
Dieser Unterrichtet verbindet und bietet Orientierung und Verständigung in unserer vielfältigen Gesellschaft. und schafft die Möglichkeit der direkten Auseinandersetzung mit verschiedenen Konfessionen und Religionen

WP-5-395 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Christ*innen
Beschlussdatum:	27.11.2021

Text

Von Zeile 395 bis 397:
gerechtere Welt. Das Land und die Kommunen pflegen viele Kooperationen mit ihnen – etwa im Bereich ~~Bildung~~der Bildung, der Kinder- und Jugendarbeit oder der Gesundheitsversorgung. Diese gewachsene Beziehung wollen wir erhalten und wo nötig weiterentwickeln, denn der Staat muss selbst

WP-5-145 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: KV Rhein-Sieg
Beschlussdatum: 25.11.2021

Text

Von Zeile 145 bis 146 einfügen:
Viele Menschen, z.B. Berufstätige und Menschen mit Verantwortung für Kinder oder Angehörige, die

Begründung

Es gibt Leute, die weder berufstätig sind, noch Kinder oder Angehörige haben, um die sie sich kümmern müssen. Zum Beispiel Studierende oder Personen, die andere Ehrenämter innehaben. Auch Personen, die zurzeit "nur" Hartz-IV erhalten, sind in dieser Aufzählung nicht eingeschlossen und können trotzdem durch den Aufwand abgeschreckt sein. Die Aufzählung ist nett gemeint, aber nicht so stark zielführend wie beabsichtigt.

WP-5-314 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	KV Rhein-Sieg
Beschlussdatum:	25.11.2021

Text

In Zeile 314:

Behörden der Zukunft: ~~Partner~~Partnerinnen der Vielfalt

Begründung

Die Behörde ist grammatisch feminin, daher Partnerinnen

WP-5-348-1 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Text

Von Zeile 348 bis 352:
Politische Abläufe und Verwaltungsprozesse kommunizieren wir in leichter Sprache, in Gebärdensprache ~~oder~~, mit Untertiteln und in Blindenschrift. Dabei gehen wir als Partei mit gutem Beispiel voran, schon jetzt im Wahlkampf. Wir ~~fördern~~wollen eine Landesregierung, die z.B. im Inklusionsbeirat auf Augenhöhe mit Betroffenen spricht und die organisierten Selbstvertretungen von Menschen mit Behinderung ~~und~~stärker fördert. Gemeinsam finden ~~gemeinsam mit ihnen~~wir Lösungen für die Bereiche, die noch nicht für alle auffindbar, zugänglich und nutzbar sind. Nur so garantieren wir echte Teilhabe.

Begründung

Diese Textänderung sollte eigentlich noch ein Teil dieses Änderungsantrages sein:

https://gruene-nrw.antragsgruen.de/ldk21-3/demokratie-in-der-offenen-gesellschaft-6595/52305

Wir bitten um eine gemeinsame Befassung.

Dass Politik mit Betroffenen auf Augenhöhe reden sollte und wir als Grüne bzgl. Barrierefreiheit mit gutem Beispiel vorangehen sollten, dürfte unstrittig sein.

Für viele Menschen, die erst im Laufe ihres Lebens ihre Hörfähigkeit ganz oder teilweise einbüßen, ist Gebärdensprache nicht die Lösung. Sie bevorzugen und brauchen eine Untertitelung, wie sie u.a. bei Videokonferenzen der BAG Behindertenpolitik stattfindet.

Unterstützer*innen

René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Maximilian Ruta (KV Köln); Dirk Herres (KV Köln); Klaus-Dieter Seiffert (KV Gelsenkirchen); Marvin Schuth (KV Köln); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Niklas Geßner (KV Solingen); Heike Marré (KV Düren); Nabiha Ghanem (KV Soest); Andrea Peuler-Kampe (KV Hagen); Andreas Franco (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Luisa Schwab (KV Köln); Jörg Thiele (KV Krefeld); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Fiona Spilker (KV Köln); Anne Roth (KV Köln); Melsa Yildirim (KV Hagen); Marie Leclere (KV Günzburg); Philipp Küpperbusch (KV Wesel); Anja Boenke (KV Leverkusen); Dennis Sonne (KV Coesfeld)

WP-5-2 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Europa, Frieden, Internationales (EFI)
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 3 bis 5 einfügen:
Frauenhaus, im Katastrophenschutz oder im Stadtrat. Sie stehen füreinander ein, heißen Geflüchtete willkommen, demonstrieren für die Rechte queerer Menschen, kämpfen für globale Gerechtigkeit, gestalten die europäische Einigung und sorgen so dafür, das Versprechen unserer Demokratie einzulösen: Wir sind

Begründung

Wichtiger Verweis auf das zivilgesellschaftliche Engagment im Bereich von Entwicklungs-, Friedens- und Europathemen.

WP-5-277 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Europa, Frieden, Internationales (EFI)
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 277 bis 279 einfügen:
Wir sehen NRW auch in der Verantwortung, erinnerungskulturelle Angebote noch breiter zu fassen und auch die deutsche sowie europäische Kolonialgeschichte und ihre Folgen systematisch aufzuarbeiten. Hierzu wollen wir ein Konzept entwickeln, das sowohl

Begründung

Nicht nur die deutsche Kolonialgeschichte muss aufgearbeitet werden, sondern die gesamte europäische Kolonialgeschichte muss aufgearbeitet und erinnert werden.

WP-5-879 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Europa, Frieden, Internationales (EFI)
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 879 bis 881 einfügen:
verbindlich regeln, damit die Kommunikation mit den unterschiedlichen Behörden effektiv, schnell und einheitlich gelingt. Wir stärken die Koordination zwischen Bund, Ländern und Hilfsorganisationen, um auf europäischer Ebene einen effektiven grenzübergreifenden Katastrophenschutz zu erreichen. Im Katastrophenfall müssen Warnsysteme so gestaltet sein, dass sie möglichst alle Menschen erreichen und

Begründung

Vergangene Katastrophen auch in NRW haben gezeigt, dass wir besser grenzübergreifend agieren müssen.

WP-5-1133 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Europa, Frieden, Internationales (EFI)
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 1133 bis 1137:
Wir Grüne sind eine Europapartei: Unsere Grundwerte decken sich mit denen der Europäischen Union. Frieden, Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sind die Basis für unser politisches Handeln, das konsequent die europäische Dimension mitdenkt. Für uns ist der Austausch mit unseren europäischen Partner*innen eine Selbstverständlichkeit und wir streben die Schaffung einer europäischen föderalen Republik an. Auf diesem Weg begrüßen wir die Konferenz zur Zukunft Europas und setzen uns für weitere Schritte im Einigungsprozess ein. NRW liegt als bevölkerungsreichstes Bundesland im Herzen Europas und profitiert als starke Wirtschaftsregion von der europäischen Integration. Wir sind überzeugt, dass wir die sozialen und ökologischen Herausforderungen des Klimawandels nur auf internationaler Ebene bewältigen können~~. Ganz besonders zählen wir~~ und setzen dabei besonders auf ~~unsere~~die Zusammenarbeit mit unseren europäischen ~~Partner~~Partner*innen.

Begründung

Wir machen klar, dass wir DIE treibende Kraft für den europäischen Einigungsprozess sind - auch in NRW. Europa steckt in unserer DNA und das muss auch in unserem Wahlprogramm erkennbar sein.

WP-5-1146 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Europa, Frieden, Internationales (EFI)
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 1146 bis 1147 einfügen:
Rechtsstaatsprinzipien innerhalb der EU ein und halten entschieden gegen antidemokratische Angriffe. Zugleich intensivieren wir die Zusammenarbeit mit europäischen Partner*innen außerhalb der EU. Unter Berücksichtigung unserer umfangreichen und historischen Beziehungen zu Großbritannien unterstützen wir europäische Initiativen zur gezielten Vernetzung von Zivilgesellschaft sowie der Förderung von wirtschaftlichem und kulturellem Austausch.

Begründung

Großbritannien hat eine sehr wichtige historische, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung für NRW. Diese wollen wir um europäischen Kontext weiter voranbringen.

WP-5-1168 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Europa, Frieden, Internationales (EFI)
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 1168 bis 1170 einfügen:
eingehalten werden, Der Europäische Grüne Deal stellt für uns einen klaren Handlungsauftrag dar, bis 2040 klimaneutral zu sein. Grundlage dafür ist auch ein fairer und nachhaltiger Handel. Die Handelsabkommen CETA und Mercosur lehnen wir ab, da diese die entsprechenden Kriterien jetziger Form nicht erfüllen. Wir wollen in NRW vorangehen und uns dieser Verantwortung stellen. Unser Ziel muss sein, unseren

Begründung

Die Ausgestaltung einer nachhaltigen Handelspolitik ist grundlegend für den Erfolg einer grünen Transformation unseres Wirtschaftssystems in NRW.

WP-5-1216 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	LAG Europa, Frieden, Internationales (EFI)
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 1216 bis 1217 einfügen:
für kommunale Entwicklungszusammenarbeit im Gemeindefinanzierungsgesetz zur Verfügung. Wir ermutigen Kommunen weitere Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens zu schließen.

Begründung

Dezentrale Netzwerke auf verschiedenen Ebenen sind Grundlage für eine nachhaltige und respektvolle Verständigung zwischen Menschen über Landesgrenzen hinweg.

WP-5-109 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 109 bis 113:
langem in NRW ihren Lebensmittelpunkt haben, erhalten das kommunale Wahlrecht. Mehrstaatlichkeit wird hier gelebt und gehört zu einem modernen Staat. ~~Auch werden wir unseren Einfluss auf die Bundespolitik nutzen, um mehrere Staatsangehörigkeiten neben der Deutschen zu ermöglichen.~~Die von der Bundesregierung geplanten Erleichterungen im Staatsangehörigkeitsrecht, die Mehrfachstaatsangehörigkeit und erleichterte Einbürgerungen vorsehen, werden wir dafür nutzen, um offensiv für Einbürgerungen zu werben. Wer sich eine Meinung bilden und aktiv mitgestalten will, muss verstehen können und verstanden werden.

Begründung

Anpassung an Koalitionsvertrag

WP-5-565 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Landesvorstand
Beschlussdatum: 29.11.2021

Text

Von Zeile 565 bis 566 einfügen:
Warnschussarrest widerspricht dem wichtigen Strafrechtsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit. Wir unterstützen zudem die geplante Verstetigung des Paktes für den Rechtsstaat zwischen Bund und Ländern und die Erweiterung um einen Digitalpakt.

Begründung

Anpassung an Koalitionsvertrag

WP-5-681 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 681 bis 682 einfügen:
Gewaltschutz-Einrichtungen und ihrer Zusammenarbeit. Darüber hinaus werden wir ein Monitoring zum Umsetzungsstand der Istanbul-Konvention in NRW entwickeln. Um innerfamiliäre Konflikte gar nicht erst eskalieren zu lassen braucht es präventive Täterarbeit. Diese wollen wir ausbauen.

WP-5-677 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 677 bis 679:
Wir werden ~~in NRW eine~~die Koordinierungsstelle zur ~~Verhütung und~~ Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und ~~häuslicher Gewalt schaffen~~Männer weiterentwickeln und durch ein Monitoring zum Stand der Umsetzung von Gewaltschutzmaßnahmen in NRW ergänzen. . Damit setzen wir die Istanbul-Konvention weiter um, zu der NRW sich bekannt hat. Die Stelle bringt

WP-5-1158-1 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Landesvorstand
Beschlussdatum: 29.11.2021

Text

Von Zeile 1158 bis 1159 einfügen:
Tariftreue- und Vergabegesetz nach nachhaltigen und sozialen Kriterien ausrichten. Darüber hinaus werden wir die Kommunen im Land bei der Umsetzung einer nachhaltigen Beschaffung unterstützen.

WP-5-1219 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 1219 bis 1221 einfügen:
NRW ist mit seiner Bundesstadt Bonn ein wichtiges Zentrum für internationale und Eine-Welt-Politik. Wir stehen zum Bonn-Berlin-Gesetz und werden diesen besonderen Standort mit einer vertraglichen Zusatzvereinbarung weiter unterstützen.Allein die UN sind hier mit 20 Einrichtungen vertreten, hinzu kommen noch über 150 weitere internationale Institutionen, Vereine und

WP-5-10 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Demokratie & Recht
Beschlussdatum: 15.11.2021

Text

Von Zeile 10 bis 14:
deshalb senken wir das Wahlalter auf 16 Jahre ab. Frauen steht die Hälfte der Macht in unserem Land zu, auch in unseren Parlamenten. ~~Und unser Wahlrecht kann~~Wir werden noch viel mehr Menschen mit Einwanderungsgeschichte den Weg zur Wahlurne bereiten. Und unser Wahlrecht modernisieren, indem wir z.B. mit einer Ersatzstimme dafür sorgen, dass alle Wählenden repräsentiert werden. Wir sprechen die Einladung aus, Entscheidungen nicht über den Kopf der Bürger*innen zu treffen, sondern mit einer neuen Politik der Beteiligung.

Begründung

Wir Grüne wollen Repräsentationsdefizite in unserer Demokratie abbauen und dass die Stimmen aller Wähler*innen gleich viel Wert sind [1], ohne auf den stabilisierenden Effekt der 5 %-Hürde zu verzichten. Das könnten wir mit einer Modernisierung des Wahlrechts erreichen. Unsere LAG Demokratie und Recht beschäftigt sich schon seit 2016 mit diesem Thema. Nach intensiver Diskussion möchten wir der Landespartei als eine mögliche Option die sogenannte “Alternativstimme” empfehlen, bei der man wie bisher ein Kreuz ODER stattdessen die Parteien/Kandidat*innen in der Reihenfolge ihrer Präferenz auswählen kann. Also in die selben runden Kreise auf unverändert aussehenden Wahlzetteln kann man dann "1" für die Erstpräferenz und "2" für die Zeitpräferenz eintragen. So verfallen die Stimmen der Anhänger*innen von Kleinstparteien nicht, wenn Sie eine Zweitpräferenz für eine größere Partei abgeben.

Bei der Bundestagswahl 2017 verfielen aufgrund der 5%-Hürde sage und schreibe 15,7% der Wähler*innenstimmen. [2]

Auf diese Weise lassen sich im Übrigen auch Stichwahlen vermeiden, die nicht nur zusätzliche Kosten erzeugen, sondern in der Regel auch eine deutlich niedrigere Wahlbeteiligung aufweisen, was die Legitimation senkt.

Da uns bewusst ist, dass vor einer endgültigen Festlegung noch weitere Diskussionen in der Partei erforderlich sind, haben wir die Alternativstimme bewusst nur als Option formuliert.

Weitere Vorteile:

+ Grüne zeigen ein Gefühl für Fairness: „Auch Deine Stimme muss zählen“

+ Wahlsystem entwickelt sich organisch weiter, Wahlzettel sehen aus wie bisher

+ Alternativstimme ist optional, ein einzelnes Kreuz zu setzen weiter möglich

+ die Wähler*innen von Kleinstparteien sehen uns als Alliierten (wie im EP)

+ Entschärfung des Konflikts z.B. mit Klimaliste

[1] https://www.jura.fu-berlin.de/fachbereich/einrichtungen/oeffentliches-recht/emeriti/pestalozzac/Ressourcen/LT-Aussch-Pruefbericht-7_-Okt-2015-Drs_-15_1543.pdf

[2] https://www.bundeswahlleiter.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2013/2013-10-09-endgueltiges-amtliches-ergebnis-der-bundestagswahl-2013.html

WP-5-667-1 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Landesvorstand
Beschlussdatum: 29.11.2021

Text

Von Zeile 667 bis 668 einfügen:
schaffen, die unter anderem durch separate Rückzugsräume und speziell geschultes Personal gewährleistet wird. Präventive Täterarbeit bauen wir aus. Wir wollen ein starkes Bündnis gegen Sexismus. Die gerichtsverwertbare vertrauliche Beweissicherung setzen wir flächendeckend, wohnortnah um.

WP-5-700 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	29.11.2021

Text

Von Zeile 700 bis 703:
gewordener Menschen gehen, um für mehr Sicherheit für die Bevölkerung zu sorgen. ~~Im~~In einem neuen ~~Landesresozialisierungs- und~~ Opferschutzgesetz werden wir den Opferschutz stärken und ~~bei der~~dort, oder in einem eigenen Landesresozialisierungsgesetz, die Resozialisierung ~~mit~~berücksichtigen. Außerdem werden wir den Übergang vom Strafvollzug in die Freiheit besser organisieren, so

WP-5-440 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Landesvorstand
Beschlussdatum: 29.11.2021

Text

Von Zeile 440 bis 446 löschen:
Grundlage dafür ist der Ausbau von Betreuungsplätzen in Kindertagespflege, Kita und Ganztagsbetreuung in der Grundschule. ~~In einem Modellprojekt helfen wir berufstätigen Eltern, insbesondere einkommensschwachen und Alleinerziehenden, Unterstützung durch Reinigungskräfte und Kinderbetreuung zu buchen – fair bezahlt, versichert und sozial abgesichert. Damit schaffen wir gleichzeitig Perspektiven jenseits von Schwarzarbeit oder ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen im haushaltsnahen Dienstleistungssektor.~~

Begründung

Erledigt, da es auf Bundesebene eingeführt wird.

WP-5-1112 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Landesvorstand
Beschlussdatum: 29.11.2021

Text

Von Zeile 1112 bis 1113 einfügen:
einem Sportfördergesetz die Grundlage, dass alle Menschen in NRW die Möglichkeit haben, entsprechend ihren Wünschen und Fähigkeiten Sport zu treiben.

Wir stärken den Kampf gegen physische, psychische und sexualisierte Gewalt und entwickeln das Programm ‚Schweigen schützt die Falschen' gemeinsam mit dem Landessportbund weiter. Wir bauen darüber hinaus eine unabhängige Anlaufstelle auf.

WP-5-188 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: KV Unna
Beschlussdatum: 29.11.2021

Text

Von Zeile 188 bis 190 einfügen:
einzuführen. Die Verwaltung der Zukunft arbeitet vernetzt und in Teams, mit großer Transparenz nach innen und außen, flexibel und mit flachen Hierarchien. Diese Vision werden wir in ausgewählten Pilot-Behörden mit Ansätzen von „New Work“ und

WP-5-171 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Landesvorstand
Beschlussdatum: 29.11.2021

Text

Von Zeile 171 bis 172 einfügen:
ihnen gleichberechtigte Aufstiegschancen zu garantieren. Dafür werden wir die Instrumente für eine gleichberechtigte Personalentwicklung nutzen und ausbauen.
Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst verurteilen wir. Mit den Gewerkschaften und den Kommunen wollen wir mit geeigneten Mitteln – wie etwa baulichen Maßnahmen in Räumen mit Publikumsverkehr sowie Deeskalationstrainings - dafür sorgen, dass Angriffe und Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst auf Landes- und kommunaler Ebene verhindert und besser verfolgt werden.

WP-5-150 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: KV Unna
Beschlussdatum: 29.11.2021

Text

Von Zeile 150 bis 151 einfügen:
mitmischen. Mehr Personalmittel für hauptamtliche Unterstützung für die Fraktionen in kommunalen Gremien entlasten die Mandatsträger*innen. Wir setzten uns dafür ein, dass im Ratsmandat auf Unwägbarkeiten reagiert werden kann. In besonderen Fällen (zum Beispiel Erziehung, Pflege oder Krankheit) soll es möglich sein, das Ratsmandant zu pausieren.

WP-5-631-1 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Landesvorstand
Beschlussdatum: 29.11.2021

Text

Von Zeile 631 bis 634:
sich Hass und Hetze entgegenstellen. Wir werden außerdem die Zentral- und Ansprechstelle „Cybercrime“ ~~auf den Bereich der "Hate-Speech" erweitern und so eine zentrale und kompetente Strafverfolgungsbehörde gegen "Hate-Speech" aufbauen.~~in der Justiz sowie das Cybercrime Kompetenzzentrum bei Landeskriminalamt NRW im Bereich "Hate-Speech" ausbauen und speziell geschulte Ansprechpersonen für Betroffene bei der Staatsanwaltschaft und in der Polizei einsetzen.

WP-5-729-2 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Landesvorstand
Beschlussdatum: 29.11.2021

Text

Von Zeile 729 bis 731 einfügen:
Sicherheitsgefühl der Bürger*innen. Flächendeckende und anlasslose Videoüberwachung lehnen wir ab. Wir stehen für eine rationale, verhältnismäßige Innenpolitik anstatt Bürgerinnen und Bürger unter einen Generalverdacht zu stellen. Die Befugnisse von Polizei und Verfassungsschutz wollen wir im Rahmen einer Überwachungsgesamtrechnung fortlaufend überprüfen. Für eine Ausstattung mit Tasern, außer für Spezialkräfte, sehen wir keinen Bedarf.

WP-5-603 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: KV Unna
Beschlussdatum: 29.11.2021

Text

Von Zeile 603 bis 604 einfügen:
über ihre Rechte und Möglichkeiten zu Beratungs-, Verfahrens- und Prozesskostenhilfe in einfacher und verständlicher Sprache aufgeklärt werden. Um diese Möglichkeiten bekannter zu machen, setzen wir uns für einen verpflichtenden Hinweis in jeder Rechtsmittelbelehrung ein.

WP-5-1143 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: LAG Europa, Frieden, Internationales (EFI)
Beschlussdatum: 29.11.2021

Text

Von Zeile 1143 bis 1145 einfügen:
stärkt, erneuert sie den europäischen Zusammenhalt und macht die Errungenschaften der Europäischen Union für die Bürger*innen vor Ort erlebbar. Zusätzlich werden wir das Programm „Erasmus +“ noch stärker ausbauen und etablieren – in Lehre und Forschung. EU-Rahmenprogramme wie „Horizon Europe“ müssen weiter ausgestaltet werden. Auch die Entwicklung von Zukunftstechnologien lebt von internationalem Austausch! Darüber hinaus streben wir eine stringentere Europakoordinierung an, um die europäische Perspektive übergreifend zu integrieren, ein kohärentes Handeln sicherzustellen und NRW bestmöglich in Europa aufzustellen. Wir setzen uns von NRW aus für die Einhaltung der Menschenrechte und

Begründung

Die Vernetzung durch das Erasmus+ Programm ist grundlegend für Erfolge in der Lehre und Forschung.
Die Europakoordinierung ziehlt auf eine optimale Rolle NRWs ab.